

Gemeinsam für den Stadtteil

Kooperationen von Freier Wohlfahrtspflege und Kommunen
zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere



Gemeinsam für den Stadtteil

Kooperation von Freier Wohlfahrtspflege und Kommunen zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere

Autorinnen:

Ulrike Berendt, Regina Höbel, Melanie Kloth
InWIS Forschung & Beratung GmbH, Bochum

Darüber hinaus sind Beiträge der cept consult GmbH, Köln
in die Untersuchung eingegangen

im Auftrag
des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort



Die vorliegende Untersuchung zur Stadtteilprävention ist das aktuelle Ergebnis einer langjährigen Kooperation zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege (LAG Ö/F) und dem Sozialministerium NRW zur Verhinderung und Be-

kämpfung von Wohnungslosigkeit und zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere.

Eine Kernrolle nimmt dabei die Zentrale Fachstelle ein, die als verwaltungsreformerische Antwort auf das gegliederte Verwaltungshandeln bei Wohnungsnotfällen in vielen Kommunen in NRW eingerichtet wurde. Das Landessozialministerium fördert im Rahmen des Handlungsprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ die Einrichtung und Weiterentwicklung dieser Fachstellen. Gemeinsam mit der LAG Ö/F und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) haben wir auch ein Handbuch zur Einrichtung dieser erfolgreichen Querschnittsstellen in der Kommunalverwaltung herausgegeben.

„Zentrale Fachstellen: Prävention, Wohnraumversorgung und Quartiersmanagement“, so lautete der Titel eines Workshops im Februar 2000, zu dem wir ebenfalls gemeinsam mit der LAG Ö/F eingeladen haben. Im Fokus der Veranstaltung standen die Möglichkeiten und Grenzen Zentraler Fachstellen angesichts zunehmender räumlicher Konzentrationen von Wohnungsnotfällen und sozialer Probleme in benachteiligten Stadtteilen.

Im Rahmen des Workshops verdichtete sich die Frage, in welcher Form Zentrale Fachstellen und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege im Bereich der Stadtteilprävention zusammenarbeiten können und sollten, um ihre jeweiligen Kompetenzen und Ressourcen möglichst effektiv und effizient einzusetzen und Synergieeffekte zu nutzen.

Birgit Fischer
Ministerin für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie des Landes
Nordrhein-Westfalen



Dies nahm der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. (DiCV) zum Anlass, in zwei Kölner Stadtteilen (Bilderstöckchen und Stammheim) Modellprojekte einzurichten, die durch Aktivierung und Koordinierung lokaler Akteure, Bewohnerinnen und

Bewohner sowie durch

die Zusammenarbeit mit der Kommune zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Stadtteilen und damit zu ihrer Stabilisierung beitragen sollten. Diesem „bottom up Ansatz“ steht das kommunale Konzept zur Stadtteilstabilisierung bzw. -erneuerung in dem Kölner Stadtteil Finkenberg beispielhaft gegenüber, bei dem die Kommune ihrerseits versucht, die lokalen Akteure und Bewohnerinnen und Bewohner in die Stadtteilentwicklung einzubinden („top down Ansatz“).

Ziel der Untersuchung, deren Ergebnisse hier vorgelegt werden, ist die Auslotung von Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Freien Wohlfahrtspflege in Kooperation mit der Kommune, der Wohnungswirtschaft und anderen beteiligten Akteuren zur nachhaltigen Vermeidung sozialer Ausgrenzungsprozesse. Die im Fachstellenmodell angelegte sozialräumliche Orientierung wird aufgegriffen und auf ihr Potenzial zur Vermeidung und Stabilisierung sozialer Brennpunkte hin überprüft.

Die vorliegenden Ergebnisse verweisen darauf, dass Stadtteilprävention am effektivsten und effizientesten gelingt, wenn alle beteiligten Akteure sich auf ihre jeweiligen Stärken, d.h. auf ihren Kernbereich, beschränken, aber ihre Zielsetzungen, Strategien und Aktivitäten so früh wie möglich eng miteinander abstimmen. Die als Leitfaden angelegten Empfehlungen des Berichts stellen eine gute Handlungsorientierung für die zukünftige Stadtteilprävention von Kommune und Freier Wohlfahrtspflege dar.

Dr. Jörg Steinhausen
Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft
der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in
Nordrhein-Westfalen

Inhalt

1	Kurzfassung.....	6
2	Forschungsdesign.....	18
2.1	Hintergrund der Untersuchung.....	18
2.2	Untersuchungsfragestellungen	19
2.3	Anlage des Forschungsprojektes.....	20
3	Stadtteilbezogene Prävention – eine Antwort auf soziale Entmischung	23
3.1	Definition und Rahmenbedingungen sozialer Entmischung	23
3.2	Bewertung sozialer Entmischungsprozesse	27
3.3	Benachteiligung und benachteiligte Stadtteile und Quartiere	28
3.4	Zielsetzungen, Handlungsfelder und Akteure von Stadtteilprävention als Antwort auf soziale Entmischungstendenzen.....	29
3.5	Exkurs: Förderung von Engagement und Selbsthilfepotenzialen als Handlungsfeld der Stadtteilprävention	31
4	Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenber	36
4.1	Bilderstöckchen.....	36
4.1.1	Historische Entwicklung und räumliche Lage	36
4.1.2	Soziale und ökonomische Lage der Stadtteilbewohner.....	37
4.1.3	Räumliche Dimension der Lebenslagen: Städtebauliche Qualität und Infrastrukturausstattung.....	40
4.1.4	Wohnliche Dimension der Lebenslage: Wohnraumversorgung und Prävention vor Wohnungsverlust .	43
4.1.5	Kulturelle Dimension der Lebenslage: Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	43
4.1.6	Konsequenzen aus den Lebenslagen: Image, Verbundenheit mit dem Stadtteil, sozialräumliche Problemlagen	44
4.1.7	Fazit	45
4.2	Stammheim	45
4.2.1	Historische Entwicklung und räumliche Lage	45
4.2.2	Soziale und ökonomische Dimension der Lebenslage der Stadtteilbewohner	47
4.2.3	Räumliche Dimension der Lebenslage: Städtebauliche Qualität und Infrastrukturausstattung.....	51
4.2.4	Wohnliche Dimension der Lebenslage: Wohnraumversorgung und Prävention vor Wohnungsverlust .	53
4.2.5	Kulturelle Dimension der Lebenslage: Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	53
4.2.6	Konsequenzen aus den Lebenslagen: Image, Kriminalität, Verbundenheit mit dem Stadtteil, sozialräumliche Problemlagen	54
4.2.7	Fazit	55
4.3	Finkenber	55
4.3.1	Historische Entwicklung der Wohnquartiers Finkenber	55
4.3.2	Abgrenzung der Untersuchungsgebiete in Finkenber	57
4.3.3	Soziale und ökonomische Dimension der Lebenslage der Quartiersbewohner.....	58
4.3.4	Räumliche Dimension der Lebenslage: Städtebauliche Qualität und Infrastrukturausstattung.....	61
4.3.5	Wohnliche Dimension der Lebenslage: Wohnraumversorgung und Prävention vor Wohnungsverlust .	65
4.3.6	Kulturelle Dimension der Lebenslage: Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	65
4.3.7	Konsequenzen aus den Lebenslagen: Image, Kriminalität, Verbundenheit mit dem Stadtteil, sozialräumliche Problemlagen	67
4.3.8	Fazit	67
5	Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim	69
5.1	Kurzbeschreibung der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim.....	69
5.1.1	Konzeptionierung und Initiierung.....	69
5.1.2	Konkrete Zielsetzungen und Handlungsebenen der Projekte.....	74
5.1.2.1	Das „Nachbarschaftsprojekt“ in Bilderstöckchen	74
5.1.2.2	Das „Projekt gegen soziale Entmischung“ in Stammheim	78
5.2	Qualitative Effekte	82
5.2.1	Qualitative Effekte des Modellprojektes in Bilderstöckchen.....	82

Inhalt

5.2.2	Qualitative Effekte des Modellprojektes Stammheim.....	87
5.3	Effekte in der Organisation und Kooperation	90
5.3.1	Vernetzungstätigkeit der Projekte auf der Stadtteilebene	90
5.3.1.1	Zielvorgaben des DiCV	90
5.3.1.2	Ziele, Aktivitäten und Effektes des Modellprojektes Stammheim.....	90
5.3.1.3	Ziele, Aktivitäten und Effekte des Modellprojektes Bilderstöckchen.....	99
5.3.2	Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung	105
5.3.3	Einbindung in die Strukturen der Projektträger/der Verbände.....	106
5.3.3.1	Trägerinterne Einbindung	106
5.3.3.2	Steuerung und Koordination	109
5.4	Ressourceneinsatz	111
5.4.1	Beispielhafte Kostenstruktur der Modellprojekte	112
5.4.2	Arbeitseinsatz und Zeitaufwand.....	113
5.5	Effekte der Modellprojekte in der Stadtteilprävention.....	115
5.5.1	Effekte im Zielbereich „Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation“	117
5.5.2	Effekte im Zielbereich „Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner/innen benachteiligter Stadtquartiere“	118
5.5.3	Effekte im (Teil-)Zielbereich „Förderung der Partizipation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“	119
5.5.4	Effekte im Zielbereich „Schaffung geeigneter Voraussetzungen für ein zielgerichtetes Handeln der relevanten Akteure“	121
5.5.5	Zusammenfassende Einschätzung der Effekte der Modellprojekte in der Stadtteilprävention	124
5.5.6	Potenziale und Grenzen von stadtteilbezogenen Ansätzen der Wohlfahrtspflege für die Stadtteilprävention	125
6	Beschreibung des Ansatzes und der Effekte in Finkenbergr.....	127
6.1	Beteiligte Akteure und Akteurskonstellation im Stadtteil.....	127
6.2	Handlungskonzept und Umsetzung.....	130
6.3	Einschätzung des gewählten Organisationsmodells für die Stadtteil- prävention.....	131
6.3.1	Vernetzung im Stadtteil	131
6.3.2	Kommunikation zwischen Stadtteil und Verwaltung.....	132
6.3.3	Vernetzung innerhalb der Verwaltung	132
6.4	Fazit	132
7	Potenziale von Freier Wohlfahrtspflege und Kommune für die Stadtteilprävention	133
7.1	Profile weiterer Untersuchungsbeispiele für eine stadtteilbezogene Prävention.....	133
7.1.1	Stadtteilbezogene Arbeitsansätze der Zentralen Fachstelle in der Stadt Duisburg	133
7.1.2	Stadtteilbezogene Arbeitsansätze der Fachstelle Wohnen in der Stadt Köln.....	134
7.1.3	Stadtteilbezogene Arbeitsansätze der Stadt Gelsenkirchen.....	136
7.1.4	Das sozial- und bewohnerorientierte Stadtteilentwicklungsprojekt in Hamm-Norden	138
7.1.5	Das Projekt der stadtteilbezogenen Prävention in Siegen-Heidenberg	139
7.2	Strukturelle Unterschiede zwischen freier Wohlfahrtspflege und Kommune im Hinblick auf Arbeitsansätze der Stadtteilprävention.....	141
7.3	Stärken und Schwächen von freier Wohlfahrtspflege und kommunalen Ansätzen in der Stadtteilprävention	142
7.3.1	Erhalt und Ausbau von preisgünstigen Wohnungen im Stadtgebiet	145
7.3.2	Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte	145
7.3.3	Verhinderung der konzentrierten Zuweisung von benachteiligten Haushalten.....	146
7.3.4	Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadtteilen	146
7.3.5	Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner/innen	147
7.3.6	Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung.....	148
7.3.7	Förderung der Partizipation und Teilhabe.....	148
7.3.8	Verbesserung der Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention	149
7.3.9	Sensibilisierung und Aktivierung der relevanten Akteure im Stadtteil.....	150
7.4	Fazit	150

Inhalt

8	Ziele und Organisationsformen in der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit	153
8.1	Geeignete Zielsetzungen und Organisationsformen für stadtteilbezogene Projekte der freien Wohlfahrtspflege.....	153
8.1.1	Motivation der freien Wohlfahrtspflege für stadtteilbezogene Prävention	153
8.1.2	Potenziale und geeignete Zielsetzungen in der Stadtteilprävention	154
8.1.3	Arbeitsansatz und Funktion stadtteilbezogener Projekte der freien Wohlfahrtspflege.....	157
8.1.4	Geeignete Wege der Initiierung	160
8.1.5	Interne Projektorganisation	163
8.2	Geeignete Zielsetzungen und Organisationsformen für kommunale, stadtteilbezogene Präventionsansätze.....	166
8.2.1	Zielsetzungen und Aufgabenfelder	166
8.2.2	Geeignete Organisationsformen.....	169
8.3	Zusammenarbeit zwischen freier Wohlfahrtspflege und Kommunalverwaltung.....	171
8.4	Geeignete Vernetzungsformen im Stadtteil	178
9	Leitfaden für zukünftige Projekte der Freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention	183
9.1	Zielsetzungen in der Stadtteilprävention.....	183
9.2	Geeignete Wege in der Projektinitiierung.....	183
9.3	Hinweise zur Projektorganisation und -steuerung	186
9.4	Relevante Handlungsfelder in der Stadtteilprävention.....	189
9.5	Empfehlungen zur Vernetzung im Stadtteil.....	193
9.6	Empfehlungen zur Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung	194
9.7	Arbeitsmaterialien.....	197
10	Exkurs: Monitoringsystem als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen auf Stadtelebene	201
10.1	Einleitung.....	201
10.2	Zielsetzung eines Monitoringsystems	201
10.3	Anforderungen an ein Monitoringsystem	203
10.3.1	Themenfelder	204
10.3.2	Vorauswahl geeigneter Indikatoren für ein Monitoringmodell.....	207
10.3.3	Räumliche Darstellungsebene der ausgewählten Indikatoren.....	211
10.3.4	Festlegung und Definition geeigneter quantitativer Indikatoren.....	211
10.3.5	Festlegung von Grenzwerten bzw. „tipping-points“	213
10.4	Beispielhafte Darstellung eines Monitoringsystems für die Stadt Köln.....	214
10.4.1	Monitoringsystem auf Basis quantitativer Indikatoren	214
10.4.2	Erweiterung des Monitoringsystems durch qualitative Indikatoren.....	221
10.4.2.1	Stammheim	229
10.4.2.2	Bilderstöckchen.....	229
10.4.2.3	Porz/ Finkenbergl.....	230
10.5	Fazit und Empfehlungen	230
	Abbildungsverzeichnis.....	233
	Literatur.....	235
	Mitglieder des Lenkungsgremiums des Projektes.....	242

1 Kurzfassung

Überblick

Die Untersuchung steht im Zusammenhang mit der Landespolitik zur Verhinderung und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere.

Die vorliegende Untersuchung steht in Zusammenhang mit der Landespolitik zur Verhinderung und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere. Ziel ist die Auslotung von Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Freien Wohlfahrtspflege in Kooperation mit der Kommune, der Wohnungswirtschaft und anderen beteiligten Akteuren zur nachhaltigen Vermeidung sozialer Ausgrenzungsprozesse. Eine Kernrolle nimmt dabei die Zentrale Fachstelle ein, die als verwaltungsreformerische Antwort auf das gegliederte Verwaltungshandeln bei Wohnungsnotfällen in vielen Kommunen in NRW eingerichtet wurde und erfolgreiche Arbeit leistet. Die im Fachstellenmodell angelegte sozialräumliche Orientierung wird aufgegriffen und auf ihr Potenzial zur Vermeidung und Stabilisierung sozialer Brennpunkte hin überprüft.

Ausgangspunkt der Untersuchung bilden Aktivitäten in drei Kölner Stadtteilen.

Ausgangspunkt der Untersuchung bilden die Aktivitäten in den Kölner Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenbergring des Diözesan-Caritasverbands und der Stadt Köln. Diese Ansätze werden analysiert, gebündelt und in ein auf andere Kommunen übertragbares Handlungskonzept zur Stadtteilprävention integriert. Das in diesem Kontext entwickelte Monitoring unterstützt als Frühwarnsystem die Vermeidung der Entstehung benachteiligter Quartiere.

Stadtteilprävention als Antwort auf die räumliche Konzentration sozialer Probleme

Hohe Konzentration von benachteiligten Personengruppen in einigen Stadtteilen.

Immer mehr Städte, vor allem die großen Ruhrgebietsstädte, sind geprägt durch ein starkes soziales Süd-Nord-Gefälle. So weisen insbesondere die nördlichen Stadtteile eine hohe Konzentration von benachteiligten Personengruppen (Sozialhilfeempfänger, Geringverdiener, Arbeitslose, Kinder in Armut, Alleinerziehende mit besonderen Problemlagen, unterschiedliche ethnische Gruppen) auf. Überschuldung, unregelmäßige Einkommen und daraus resultierende familiäre Konflikte und Probleme sind charakteristisch für die Lebenslage vieler dieser Haushalte. Latente Wohnungslosigkeit ist die Folge. Gleichzeitig sind die Stadtteile durch ein negatives Image stigmatisiert sowie durch eine ungenügende soziale und quartiersbezogene Infrastruktur und ungenügende Wohnbedingungen gekennzeichnet.

In Quartieren mit hohem Anteil benachteiligter Haushalte sind besondere präventive Maßnahmen der Wohnungsnotfallhilfe erforderlich.

Im Bereich der Wohnungsnotfallhilfe sind in diesen Quartieren mit einem hohen Anteil sozial und wirtschaftlich benachteiligter Haushalte besondere präventive Maßnahmen erforderlich, d.h. Maßnahmen zur Schaffung bzw. Verbesserung der sozialen und materiellen Infrastruktur und zur Revitalisierung und Mobilisierung der Selbsthilfepotentiale der Stadtteil- oder Quartiersbewohner/-innen, damit eine dauerhafte Wohnungssicherung und eine Verbesserung der Wohnsituation erzielt werden kann.

Die soziale Ungleichheit ist eine entscheidende Rahmenbedingung für die Entstehung von städtischen Quartieren, in denen sich Wohnungsnotfälle und Haushalte in schwierigen sozialen Lebenslagen konzentrieren. Die sozialräumliche Segregation ist aber auch das Resultat von (Wohnungs-)Marktprozessen und Handlungen der Kommunalpolitik: Hierzu zählt z.B. die Hierarchisierung von Stadtteilen durch die Wohnstandortpräferenzen von Haushalten, aber auch durch die Prioritäten der Kommunalpolitik und Stadtplanung.

Kurzfassung

Zugleich führt der Abbau des Sozialen Wohnungsbestandes dazu, dass in den verbleibenden Beständen – räumlich konzentriert – nur noch die „dringendsten Fälle“ von Wohnungssuchenden untergebracht werden. Aber auch die Zuweisungsmechanismen von Wohnungsmarktsegmenten zu sozialen Gruppen bedingen, dass bestimmte Mietergruppen, die von sozialen Problemen betroffen sind, zu bestimmten Wohnungsteilmärkten keinen Zugang haben. In Verbindung mit den bestehenden räumlichen Disparitäten zwischen den verschiedenen Wohnquartieren einer Stadt führen die beschriebenen Rahmenbedingungen zu einer – zunehmenden – Konzentration benachteiligter Haushalte in bestimmten städtischen Quartieren, die ihrerseits häufig selbst benachteiligend wirken. Das Kennzeichen benachteiligter Gebiete liegt in der Kumulation verschiedener Formen der Benachteiligung.

Vor diesem Hintergrund setzt die Stadtteilprävention an, deren Ziel die Verhinderung einer (weiteren) sozialen Entmischung und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen im Stadtteil ist. Um eine von den Bewohner/innen wahrgenommene, schleichende Abwärtsentwicklung ihrer Lebenssituation und des Stadtteils zu bremsen, müssen ihre Probleme und Bedürfnisse aufgegriffen und Lösungen entwickelt werden. Hierbei zeigt sich, dass sehr vielfältige und komplexe Themenfelder zu besetzen sind.

In der Stadtteilprävention können zwei übergeordnete Zielsetzungen formuliert werden, die aus den Ursache-Wirkungszusammenhängen der Entstehung benachteiligter Quartiere abgeleitet sind:

(1) *Der fortschreitenden sozialräumlichen Segregation mit seinen negativen Effekten der Entstehung benachteiligter Quartiere ist im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten entgegenzuwirken, um eine soziale Polarisierung in den Städten zu verhindern.* Hierzu gehören die Handlungsfelder:

- Der Erhalt und die Ausweitung des Angebotes an preiswerten Wohnungen an unterschiedlichen Wohnstandorten bzw. Stadtteilen.
- Die Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte aus benachteiligten Gebieten.
- Die Verhinderung der konzentrierten Zuweisung von benachteiligten Haushalten in sozialräumlich segregierte Stadtteile durch sensible Belegungssteuerung.
- Die Verringerung räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadträumen.

(2) *Zudem sind lokalspezifische Strategien zu entwickeln, die die Lebensbedingungen der Bewohner/innen benachteiligter Quartiere nachhaltig verbessern, um eine dauerhafte Wohnungssicherung und erweiterte Handlungsmöglichkeiten für benachteiligte Haushalte zu schaffen.* Hierzu gehören:

- Die Verbesserung der ökonomischen Situation und sozialen Lage der Bewohner.
- Die Förderung der Partizipation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
- Die Verbesserung der Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention.

Zugleich ist es jedoch auch erforderlich, geeignete Voraussetzungen für ein zielgerichtetes Handeln der relevanten Akteure in der Stadtteilprävention zu schaffen. Dazu gehören die Sensibilisierung der Akteure für die Thematik der Stadtteilprävention und ihre Aktivie-

Soziale Ungleichheit und räumliche Disparitäten führen vermittelt über Mechanismen desse Wohnungsmarktes zu sozialräumlicher Segregation.

Stadtteilprävention will soziale Entmischung verhindern und Abwärtsentwicklung von Stadtteilen bremsen.

Stadtteilprävention erfordert eine akteursübergreifende Umsetzung von integrierten Strategien in der Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Sozialpolitik

Kurzfassung

Voraussetzung für erfolgreiche Stadtteilprävention ist die Sensibilisierung und Aktivierung der relevanten Akteure.

Die Handlungsfelder in den entsprechenden Handlungsfeldern. Welche Handlungsfelder vorrangig zu bearbeiten und welche Maßnahmen im Einzelnen erforderlich sind, ist abhängig von der jeweiligen Ausgangssituation im Stadtteil. Die Kumulation der Problemlagen in den benachteiligten Quartieren macht jedoch integrierte Lösungsansätze erforderlich: Es gilt, in verschiedenen Handlungsfeldern zugleich tätig zu sein und durch ein Zusammenwirken der Akteure und ihrer Maßnahmen nennenswerte Fortschritte in der Stadtteilprävention zu erzielen.

Politische Antworten auf sozialräumliche Konzentrationsprozesse

Als politische Reaktion auf die räumliche Konzentration sozialer Probleme sind integrierte Programme aufgelegt worden.

Als politische Reaktion auf die räumliche Konzentration sozialer Probleme und benachteiligter Haushalte sind von Bund und Ländern integrierte Programme aufgelegt worden wie das Handlungsprogramm für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ in NRW oder das Städtebauförderungsprogramm des Bundes „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“, für das das NRW-Programm Vorbild war. Ziel dieser Programme ist, den Entwicklungen in den betroffenen Stadtteilen durch planvolle stadtteilbezogene Interventionen und ressortübergreifende Bündelung unterschiedlicher Maßnahmen zu begegnen.

Im Landesmodellprogramm „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ sind stadtteilbezogene präventive Strategien fest verankert.

Beim Landesprogramm „Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern“ sind stadtteilbezogene präventive Strategien in den drei Förderschwerpunkten ‚Vermeidung von Wohnungslosigkeit‘, ‚Sicherstellung bedarfsgerechter Wohnraumversorgung für Wohnungslose‘ und ‚wirkungsvolle Maßnahmen der aufsuchenden sozialen Arbeit‘ fest verankert.

Darüber hinaus gibt es in NRW eine Vielzahl von Einzelförderprogrammen, deren Zielsetzung die Vermeidung und Bekämpfung sozialräumlicher Benachteiligung ist.

Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten zur Verhinderung und Bekämpfung sozialräumlicher Ausgrenzung

Neben der Freien Wohlfahrtspflege kommt der Kommune bzw. der Kommunalverwaltung eine wichtige Rolle in der Stadtteilprävention zu.

Die bestehenden Ansätze zur Verhinderung von Ausgrenzungsprozessen richten sich sowohl auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und -lagen der Stadtteilbewohner/innen als auch auf das Entgegenwirken sozialräumlicher Segregation. Neben der Freien Wohlfahrtspflege kommt der Kommune bzw. der Kommunalverwaltung eine wichtige Rolle in der Stadtteilprävention zu. In der kommunalen Praxis wird die Präventionsarbeit an unterschiedlich organisierte, querschnittsorientierte Verwaltungseinheiten angebunden, wobei die Zentrale Fachstelle als präventiv ausgerichtetes Querschnittsamt der Verwaltung ein hohes Potential zur Vermeidung sozialer Brennpunkte aufweist und daher grundsätzlich eine von mehreren Möglichkeiten der Anbindung darstellt.

Wesentliche Fragestellung der Untersuchung ist, wie sich die Handlungsansätze der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommune verbinden lassen.

Wesentliche Fragestellung der vorliegenden Untersuchung ist es deshalb, wie sich die unterschiedlichen Handlungsansätze der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommunalverwaltung verbinden lassen, um sozialräumliche Ausgrenzung nachhaltig zu verhindern und welche Organisationsmodelle und Steuerungsmaßnahmen diesen Prozess effektiv unterstützen können.

Kurzfassung

Folgende Fragestellungen stehen im Mittelpunkt:

- Welche Potenziale weist die Freie Wohlfahrtspflege und welche weist eine querschnittsorientierte Verwaltungseinheit bzw. eine Zentrale Fachstelle für die stadtteilbezogene Prävention auf?
- In welcher Form sowie mit welchen Funktionen können querschnittsorientierte Organisationsformen der Kommunalverwaltung Stadtteilprävention leisten?
- Welche Möglichkeiten hat eine Zentrale Fachstelle und welche Grenzen sind ihr gesetzt, über ihren Kernbereich hinaus stadtteilorientierte Ansätze zur Sicherung der Wohnraumversorgung zu verfolgen?
- Wie kann das Arbeitsfeld der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention definiert werden?
- Wie lassen sich die unterschiedlichen Ansätze und Zielsetzungen der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommunalverwaltung – u.a. mit ihren Zentralen Fachstellen – in der Stadtteilprävention verbinden?

Darüber hinaus wurde als ein Instrument in der Stadtteilprävention ein gesamtstädtisches Monitoring werden, das auf Stadtteilebene als Frühwarnsystem für die Entstehung benachteiligter Quartiere eingesetzt werden kann.

Exemplarische Handlungsansätze der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommune

Wesentliche Grundlagen der in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse sind eine projektbegleitende Evaluation zweier in der Stadtteilprävention tätig gewordenen Modellprojekte des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln e.V. (DiCV) in den Kölner Stadtteilen Bilderstöckchen und Stammheim und eine Analyse der Steuerung des Erneuerungsprozesses im Stadtteil Finkenberg durch einen sozialraumorientierten Ansatz der Kölner Verwaltung. Hinzu kamen weitere Analysen zu ausgewählten, sozialräumlichen Handlungsansätzen der Zentralen Fachstellen in Köln, Duisburg und Siegen, der Freien Wohlfahrtspflege in Hamm sowie der Stadtverwaltung Gelsenkirchen. Ziel aller Projekte ist, Lücken und Defizite im Gesamthilfesystem auf je unterschiedliche Art zu schließen, unterschiedliche Akteure, Maßnahmen und Handlungsbereiche der Stadtteilprävention (Bevölkerung, Wohnen, Wohnumfeld, Sanierung, Bewohnerbeteiligung, soziale Infrastruktur u.a.) zu vernetzen und nach Möglichkeiten zu suchen, wie Einzelaktivitäten und -projekte zu einem Gesamthilfesystem verbunden werden können. Letztlich zielen die untersuchten Projekte darauf ab, wie die Vielfalt von stadtentwicklungs-, wohnungs- und sozialpolitischen Strategien der Freien Wohlfahrtspflege, der Kommune sowie der Wohnungswirtschaft und anderen Akteuren im Quartier gebündelt und gesteuert werden kann.

Die Modellprojekte des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln e.V. (DiCV) wurden in zwei Kölner Stadtteilen – Bilderstöckchen und Stammheim – eingerichtet. In diesen Stadtteilen lebt bereits ein überdurchschnittlich hoher Anteil an benachteiligten Bevölkerungsgruppen, sie laufen darüber hinaus Gefahr, sich zu benachteiligten Stadtteilen zu entwickeln. Die Projekte verfolgten die übergeordnete Zielsetzung, durch Aktivierung und Koordinierung relevanter Akteure und Bewohner/innen und in Zusammenar-

In die Untersuchung wurden unterschiedliche, praktizierte Ansätze und Projekte in der Stadtteilprävention einbezogen.

Die Freie Wohlfahrtspflege in Köln erprobte mit zwei Modellprojekten exemplarisch Handlungsansätze in der Stadtteilprävention.

Kurzfassung

beit mit der Kommune dieser Gefahr vorzubeugen, die Standort- und Lebensbedingungen aller Bürger/-innen im Stadtteil zu verbessern und somit die Bewohner/-innen an ihren Stadtteil zu binden. In diesem Rahmen zielte ihre Arbeit darauf ab, die Stadtteilbewohner/-innen bereits im Vorfeld von manifesten Krisen zu erreichen und Selbsthilfekräfte zu aktivieren. Hierzu wollten sie sowohl als Ansprechpartner für Bürger eine Vor-Ort-Präsenz zeigen als auch nachbarschaftliche Hilfe im Quartier entwickeln, zudem auch das örtliche Hilfesystem in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ausbauen bzw. auf den Stadtteil abstimmen. Auf einen Zeitraum von drei Jahren begrenzt waren die beiden Projekte mit jeweils einem Vor-Ort-Büro in der Stadtteilprävention tätig.

Die Stadtverwaltung Köln erprobt eine querschnittsorientierte Verwaltungsorganisation in der Umsetzung eines Konzepts der Stadtteilprävention.

Im Unterschied zu diesem „bottom up Ansatz“ der Freien Wohlfahrtspflege stand bei dem dritten evaluierten Projekt, dem „top down Ansatz“, das kommunale Konzept zur Stabilisierung des Kölner Stadtteils Finkenberg im Vordergrund. Hier ist es Ziel der Kommune, die lokalen Akteure und Bewohner/-innen in die Stadtteilentwicklung einzubinden. Der Handlungsansatz bezieht sich dabei auf einen Stadtteil, der bereits als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf – also als benachteiligt – eingestuft worden ist.

Die Fachstelle Wohnen war an der Initiierung des Erneuerungsprozesses in Finkenberg beteiligt.

Innerhalb der Stadtverwaltung war die Fachstelle Wohnen an der Initiierung des umfassenden Erneuerungsprozesses für den Stadtteil Finkenberg entscheidend beteiligt. Die Fachstelle erkannte im Stadtteil erhebliche Defizite im Wohnungsbestand sowie soziale Probleme, die sich u.a. in hoher Fluktuation und häufigen Kündigungen und Räumungsklagen durch die Vermieter ausdrückten.

Das Integrierte Handlungskonzept wurde in einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe erstellt.

Das „Integrierte Handlungskonzept Finkenberg“ wurde in der Kommunalverwaltung von einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe erstellt und integriert verschiedene Handlungsfelder: Wohnen, Wohnumfeld und Infrastruktur, Kinder und Jugend, Arbeit und Soziales. Ein Quartiersmanagement soll ein zielorientiertes, am Handlungskonzept ausgerichtetes Zusammenwirken der Fachämter der Verwaltung und der Akteure vor Ort erreichen. Ihm ist als querschnittsorientierte Verwaltungsorganisation eine Lenkungsgruppe übergeordnet, deren Mitglieder sich aus den verschiedensten Fachämtern rekrutiert, darunter u.a. auch die Fachstelle Wohnen. Diese Lenkungsgruppe soll ein abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen der Kommunalverwaltung sicherstellen.

Wirkungsvolle Stadtteilprävention durch Bündelung der Potentiale der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommune

Weder die Kommunen noch die Freie Wohlfahrtspflege sind alleine in der Lage, der sozialen Segregation entgegenzuwirken.

Ein wesentliches Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist, dass wegen ihrer unterschiedlichen Stärken und Schwächen weder die Kommunen – u.a. mit ihren Zentralen Fachstellen – noch die Freie Wohlfahrtspflege alleine in der Lage sind, der sozialen Segregation entgegenzuwirken und gute Lebensbedingungen in den Stadtteilen zu sichern bzw. wieder herzustellen.

Kurzfassung

Die Freie Wohlfahrtspflege ist überall dort stark,

- wo es um das Aufgreifen, Bündeln und Weitervermitteln von Bedarfen und Problemen der Stadtteilbewohner geht,
- wo eine direkte Arbeit mit (benachteiligten) Menschen gefordert ist, z.B. in Form niedrigschwelliger Einzelfallberatung und Zielgruppenarbeit,
- wo Gemeinwesenarbeit erforderlich ist (Förderung von Nachbarschaftskontakten, Aktivierung von Bewohner/innen, Initiierung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen),
- wo es um die Sensibilisierung und (anlassbezogene) Aktivierung von Akteuren aus dem sozialen Bereich geht,
- wo eine größere Unabhängigkeit und Flexibilität in der Umsetzung von stadtteilbezogenen Maßnahmen gefordert ist.

Demgegenüber weist die Kommunalverwaltung ihre Stärken in den Bereichen auf,

- die auf gesamtstädtischer Ebene angesiedelt sind und wo strategische Entscheidungen in der Kommunalverwaltung und -politik getroffen werden müssen, z.B. bei Maßnahmen zum Abbau räumlicher Disparitäten oder zum Erhalt preisgünstigen Wohnraums,
- wo notwendige kommunale Ressourcen für den Stadtteil mobilisiert werden müssen,
- in denen Akteure angesprochen und zur aktiven Mitarbeit gewonnen werden müssen, die nicht dem sozialen Bereich zugerechnet werden können,
- die zumindest teilweise in den originären Zuständigkeitsbereich der Kommune fallen (z.B. Belegungssteuerung, Wohnungsnotfallprävention, Stadtteilentwicklungsplanung).

Die unterschiedlichen Potenziale der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommunalverwaltung können durch eine Kooperation der beiden Akteure in der Stadtteilprävention wirkungsvoll eingesetzt werden.

Frühzeitige Intervention durch niedrigschwellige Handlungsansätze der Freien Wohlfahrtspflege

Der Anknüpfungspunkt für die Freie Wohlfahrtspflege an die Thematik der Stadtteilprävention besteht darin, ihre Zielgruppen durch den sozialräumlichen Arbeitsansatz in Verbindung mit einer niedrigschwelligen Anlaufstelle vor Ort zu einem möglichst frühen Zeitpunkt – also bevor sich soziale Problemlagen bilden oder zuspitzen – zu erreichen und auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation hinzuwirken.

Die Freie Wohlfahrtspflege hat ihre Stärken im unmittelbaren Zugang zu Bedarfen und Problemen der Stadtteilbewohner/-innen, in der Funktion als „Höhrrohr“ im Stadtteil, in der Aktivierung von Bewohner/-innen und sozialen Akteuren.

Die Kommune hat ihre Stärken in der Vernetzung verschiedener Politikbereiche und Koordination von stadtteilbezogenen Maßnahmen, in der Mobilisierung von kommunalen Ressourcen sowie in der Aktivierung von Akteuren außerhalb der sozialen Arbeit.

Der Anknüpfungspunkt für die Freie Wohlfahrtspflege liegt darin, ihre Zielgruppen möglichst frühzeitig zu erreichen.

Kurzfassung

Zentrale Aufgabenfelder der Freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention liegen in der Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie der Partizipation und Selbsthilfe der Bewohner/-innen und der Zusammenarbeit sozialer Akteure.

Für diese Arbeit bringt die Freie Wohlfahrtspflege vielseitige Potenziale und Stärken mit, die zugleich auch ihre vorrangigen Aufgabenfelder in der Stadtteilprävention darstellen. Sie umfassen die Sammlung und Aufbereitung von Informationen über Bedarfe und Probleme der Stadtteilbewohner, die Verbesserung defizitärer sozialer und kultureller Infrastruktur durch die Schaffung von ortsnahen Angeboten, die Initiierung von und Vermittlung an Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote beim Projektträger, die Förderung von Nachbarschaftskontakten und -hilfe sowie die Förderung der Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Zugleich käme ihr auch die Aufgabe der Sensibilisierung und Aktivierung relevanter Akteure vorzugsweise aus dem Bereich der sozialen Arbeit zu.

Darüber hinaus wäre es auch ihre Aufgabe, bei der Kommunalverwaltung und bei anderen örtlichen Akteuren auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im Stadtteil hinzuwirken, etwa bei der Belegungssteuerung oder der Wohnraumversorgung.

Wirkungsvolle Strategien der Freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention setzen eine ganzheitliche Ausrichtung auf den Stadtteil und seine Bewohner/-innen voraus und zielen auf die Stärkung der Kommunikation und Kooperation im Stadtteil.

Da Stadtteilprävention eine sozialräumliche Strategie ist, muss sich die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege ganzheitlich auf den Stadtteil ausrichten. Das bedeutet, dass sie den engen Rahmen der Sozialarbeit im Sinne der pädagogischen Ausrichtung auf einzelne Individuen überschreiten oder sogar verlassen und auch stadtplanerische sowie wohnungs- und kommunalpolitische Handlungsbedarfe aufgreifen und einer Bearbeitung bei den dafür zuständigen Institutionen zuführen muss. In der Präventionsarbeit geht es vor allem um die Veränderung benachteiligender oder in den Entwicklungsmöglichkeiten der Stadtteilbewohner hemmender Lebensbedingungen. Personenbezogene Präventionsstrategien sollten entsprechend der begrenzten personellen Ressourcen stark in den Hintergrund treten und durch eine Weitervermittlung der Beratungsbedarfe an geeignete Hilfeangebote abgedeckt werden. Der Fokus auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen ist jedoch zu erweitern, indem auch die Probleme und Bedürfnisse von Bewohnern ohne soziale Problemlagen aufgegriffen werden, um ihnen den Verbleib im Stadtteil zu erleichtern. Aus der Praxis der Modellprojekte hat sich eine ressourcenorientierte und integrative Arbeitsweise als besonders effizient herauskristallisiert. Integrativ steht dabei für die Kommunikation und Vernetzung mit anderen Stadtteilakteuren und Bewohnern, um Barrieren zwischen Nationalitäten, Generation und Akteuren abzubauen. Ressourcenorientiert bedeutet, dass bei der Umsetzung von Angeboten in der Stadtteilarbeit vorrangig andere Akteure als Angebots-träger zu gewinnen und somit die eigenen Ressourcen zu multiplizieren sind.

Will ein Projekt der Freien Wohlfahrtspflege Motor in der Stadtteilprävention sein, muss es – basierend auf den Erfahrungen der Modellprojekte – folgende Funktionen übernehmen:

Zudem muss die Freie Wohlfahrtspflege die Funktion des „Hörrohrs“ im Stadtteil übernehmen, sie muss moderieren, eine Brückenfunktion wahrnehmen, Bündnisse mit der Verwaltung stiften und einen Beitrag zum Stadtteilmanagement leisten.

- Es muss als „Hörrohr“ im Stadtteil fungieren, das heißt die örtlichen Bedarfe der Bewohner und Akteure sammeln, bündeln und sie an geeignete Akteure weitervermitteln.
- Es muss eine *Moderationsfunktion* übernehmen, das heißt die gebündelten Bedarfe aus dem Stadtteil zur Diskussion stellen und den Prozess der Lösungs- und Handlungsorientierung anstoßen und moderieren.
- Es muss eine *Brückenfunktion* wahrnehmen, das heißt Verbindungen zwischen den Bewohnern mit ihren Interessen und Problemen und den lokalen Akteuren knüpfen, aber auch Verbindungen zwischen den im Stadtteil lebenden Bewohnern und professionellen Akteuren einerseits und der Politik und Verwaltung andererseits herstellen,

Kurzfassung

damit seitens Politik und Verwaltung begünstigende Rahmenbedingungen für die Stadtteilentwicklung geschaffen werden.

- Es muss *Bündnisse mit der Verwaltung* stiften, damit von dort Ressourcen für die Stadtteilprävention bereitgestellt und die Potenziale der Verwaltung für die Stadtteilprävention nutzbar gemacht werden.
- Es muss einen *Beitrag zum Stadtteilmanagement* leisten, das heißt ein Moderieren, Koordinieren und Organisieren im Entwicklungsprozess.

Geeignete Träger der Freien Wohlfahrtspflege für ein Stadtteilpräventionsprojekt sind solche, bei denen ein großer inhaltlicher Bezug zu diesem Arbeitsfeld mit seinem expliziten sozialräumlichen und strukturbezogenen Präventionsansatz besteht oder die ein hohes Interesse daran haben, dieses Arbeitsfeld zu entwickeln. Die Anbindung eines Projektes an eine Trägergemeinschaft schafft darüber hinaus Vorteile durch die Bündelung von notwendigen Ressourcen. Erfahrungsgemäß erleichtert auch ein eigenes Budget, über das das Projekt zweckgebunden verfügen kann, die Projektarbeit.

Damit ein Präventionsprojekt eine niederschwellige Anlaufstelle für Bewohner/innen und Stadtteilakteure sein kann, müssen im Stadtteil geeignete Räumlichkeiten vorhanden sein, die den Kontakt vor Ort ermöglichen.

In der konkreten Arbeit ist es für ein Präventionsprojekt wichtig, ausreichend Handlungsspielraum durch den Träger zu bekommen, um auf sich verändernde inhaltliche und strukturelle Anforderungen der Stadtteilarbeit eingehen zu können. Gleichzeitig müssen jedoch, um angesichts der zumeist begrenzten personellen Ressourcen eine effiziente Arbeit in der Stadtteilprävention zu leisten, immer wieder klare inhaltliche Prioritäten in der Stadtteilarbeit gesetzt werden. Wenn nicht bereits bei der Projektinitiierung eine enge Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung erzielt werden konnte, benötigen die Projekte zudem die konsequente Unterstützung des Trägers beim Kontaktaufbau zu denjenigen Ämtern, die entscheidend sind für die Schaffung begünstigender Rahmenbedingungen für die Stadtteilprävention.

Nachhaltige Intervention durch systematische Bündelung von Informationen und Ressourcen durch die Kommune

Der Anknüpfungspunkt für die Kommune und dort ggf. der Zentralen Fachstelle an die Thematik der Stadtteilprävention liegt im Auftrag der Primärprävention von Wohnungsnotfällen – hier verstanden als das Ausschalten von allgemeinen Bedingungsfaktoren und Ursachen der Wohnungsnotfallproblematik. Die untersuchten Beispiele haben gezeigt, dass Zentrale Fachstellen für diese Arbeit vielfältige Potenziale mitbringen. Generell sind für diese Aufgaben innerhalb der Kommune aber auch andere querschnittsorientierte Verwaltungseinheiten gut geeignet. Die Stärken der Kommune bzw. der Zentralen Fachstelle und damit auch ihre Aufgabenbereiche liegen vor allem im (Mit-)Aufbau eines Frühwarnsystems zur rechtzeitigen Erkennung von problematischen Entwicklungen in den Stadtteilen, in der Einflussnahme auf kommunale Dienststellen zwecks Erhalt und Ausweitung des Angebotes an preiswerten Wohnungen, in der sensiblen Belegungssteuerung im Sozialen Wohnungsbau, in der Verbesserung defizitärer sozialer Infrastruktur durch Schaffung von Beratungsangeboten, in der Vermittlung von Bedarfen im Abbau räumlicher Disparitäten an entsprechende Fachressorts und – als originäre Aufgabe – die Wohnungsnotfall-

Geeignete Träger der Freien Wohlfahrtspflege für ein Stadtteilprojekt sind solche, bei denen ein enger Bezug zur sozialräumlichen und strukturbezogenen Prävention besteht.

Ein Präventionsprojekt muss eine niederschwellige Anlaufstelle sein.

Ein Präventionsprojekt braucht ausreichend Handlungsspielraum durch den Träger und dessen konsequente Unterstützung beim Kontaktaufbau mit der Verwaltung.

Wesentliche Aufgabenfelder der Kommune in der Stadtteilprävention liegen im Aufbau eines Frühwarnsystems, in der sensiblen Belegungssteuerung, in der Verbesserung defizitärer sozialer Infrastruktur und der Wohnungsnotfallprävention.

Hierfür hat sich die Zentrale Fachstelle bewährt, gut geeignet sind aber auch andere querschnittsorientierte Verwaltungseinheiten.

Kurzfassung

prävention. Zudem käme ihr in der Stadtteilprävention auch die Aufgabe der Sensibilisierung und Aktivierung relevanter Akteure vorzugsweise aus Stadtverwaltung, Politik und (Wohnungs-)Wirtschaft zu.

Die zentrale Fachstelle kann eine Brückenfunktion zwischen dem Stadtteil und den anderen Verwaltungsabteilungen wahrnehmen.

Darüber hinaus gibt es weitere Handlungsfelder, in denen die Zentrale Fachstelle bzw. eine andere querschnittsorientierte Verwaltungseinheit zwar nicht selbst tätig werden sollte, aber in denen sie eine Brückenfunktion zwischen den von Bewohner/innen und lokalen Akteuren geäußerten Bedarfen einerseits und der Verwaltung andererseits wahrnehmen sollte, z.B. bei der Modernisierung des baulichen Umfeldes im Stadtteil oder bei der Verbesserung von Bildungschancen.

Stadtteilprävention stellt eine kontinuierliche Aufgabe für die Kommune bzw. die Zentrale Fachstelle dar.

Stadtteilprävention insgesamt ist eine kontinuierliche Aufgabe für die Kommune bzw. die Zentrale Fachstelle. Allerdings wird sie immer mit unterschiedlicher Intensität in den jeweiligen Stadtteilen aktiv sein müssen. Einige der genannten Aufgaben wird die Zentrale Fachstelle kontinuierlich leisten müssen. Dazu gehört z.B. die sensible Belegungssteuerung und die Leitung entsprechender Arbeitskreise mit den örtlichen Wohnungsanbietern und sozialen Trägern. In anderen Bereichen wird die Fachstelle die Intensität ihrer Aktivitäten kontinuierlich verringern können. Hierzu zählt z.B. die Aktivierung von lokalen Akteuren, wenn es gelungen ist, selbsttragende Strukturen aufzubauen.

Grundvoraussetzung für erfolgreiche Stadtteilprävention durch eine Zentrale Fachstelle sind ausreichende personelle Ressourcen.

Grundvoraussetzung für erfolgreiche Stadtteilprävention durch eine Zentrale Fachstelle ist, dass sie ausreichende personelle Ressourcen hat, um die vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können. Wichtig sind aber auch eindeutige und transparente Organisationsstrukturen für die Stadtteilprävention. Eine personenbezogene Aufgabenteilung innerhalb der Fachstelle zwischen strukturbezogener Präventionsarbeit (z.B. Aufbau von Vernetzungsstrukturen) und Einzelfallhilfe in der Wohnungsnotfallprävention hat den Vorteil, dass auch bei hohem Bedarf in der Einzelfallhilfe die Erbringung von stadtteilbezogenen Leistungen gewährleistet ist.

Vorteilhaft für die Stadtteilprävention ist eine Zentrale Fachstelle konzipiert nach dem Grundmodell des Deutschen Städtetages.

Vorteilhaft für die Erfüllung der Aufgaben in der Stadtteilprävention ist zudem, wenn die Zentrale Fachstelle nach dem vom Deutschen Städtetag empfohlenen Grundkonzept konzipiert ist. Denn es ist das weitgehendste Organisations- und Kommunikationsmodell für eine Integration von wohnungs- und sozialpolitischen Instrumenten und Akteuren. Diese Integration ist wiederum eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Stadtteilpräventionsarbeit.

Darüber hinaus benötigt sie Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Stadterneuerung und Wohnungspolitik.

Darüber hinaus braucht sie Mitgestaltungsmöglichkeiten in der kommunalen Stadterneuerung, in der Stadtteilentwicklung und der kommunalen Wohnungspolitik, um auf die Schaffung begünstigender Rahmenbedingungen in der Stadtteilprävention Einfluss nehmen zu können.

Um ihre Brückenfunktion zwischen Stadtteil und Verwaltung wahrnehmen zu können, benötigt die Zentrale Fachstelle einen offiziellen Auftrag durch die Kommune.

Die Anbindung der Fachstelle innerhalb der Verwaltung sollte so gelöst sein, dass sie insbesondere zu den Abteilungen eine große Nähe hat, mit denen sie kontinuierlich zusammenarbeiten muss, etwa beim Erhalt preisgünstigen Wohnraums im Stadtgebiet. Um ihre Brückenfunktion zwischen Stadtteil und Verwaltung wahrnehmen zu können, benötigt die Zentrale Fachstelle eine institutionelle Absicherung, d.h. sie muss den Auftrag zur Stadtteilprävention offiziell erhalten. Dazu sind entsprechende Beschlüsse des Stadtrates und der Verwaltungsspitze erforderlich. Nur so kann erreicht werden, dass die Fachstelle von den anderen Fachressorts als Informantin über dringende Handlungsbedarfe im Stadtteil akzeptiert wird und diese Informationen auch zur Entwicklung entsprechender Maßnahmen in den unterschiedlichen Verwaltungsabteilungen führen.

Kurzfassung

Um diese Kooperation der verschiedenen Fachressorts und Ämter zu erleichtern, sollte innerhalb der Kommunalverwaltung ein zentrales Gremium eingerichtet werden, in dem über die Entwicklung in dem betreffenden Stadtteil berichtet und gemeinsam eine strategische Vorgehensweise entwickelt wird. Wichtig ist hierbei, dass die das Gremium moderierende Instanz – sei es die Zentrale Fachstelle oder andere Dienststellen – bei allen beteiligten Ämtern in dieser Funktion anerkannt ist.

Um die Kooperation der verschiedenen Fachressorts innerhalb der Verwaltung zu erleichtern, ist die Einrichtung eines ressortübergreifenden, koordinierenden Gremiums empfehlenswert.

Erfolgreiche Stadtteilprävention durch frühzeitige und systematische Verzahnung kommunaler und freiverbandlicher Strategien

Für eine effektive und die Ressourcen von Zentraler Fachstelle und Freier Wohlfahrtspflege effizient nutzende Arbeit zur Stadtteilprävention muss ihre Zusammenarbeit geregelt werden. Auf Basis der Erfahrungen aus den untersuchten Praxisbeispielen kann folgende Vorgehensweise empfohlen werden:

Ausgangspunkt für die Stadtteilprävention der Freien Wohlfahrtspflege ist die Wahrnehmung und Auswertung von Handlungsbedarfen in einzelnen Stadtteilen und die frühzeitige Kontaktaufnahme mit der Verwaltung. Nach Klärung der generellen Bereitschaft und Möglichkeit zur Kooperation in der Stadtteilprävention, wird es zunächst erforderlich sein, einen Abgleich zwischen dem Frühwarnsystem der Freien Wohlfahrtspflege und dem Kenntnisstand der Zentralen Fachstelle zu vollziehen. Dazu muss ein gemeinsamer Maßstab für die Bewertung der Notwendigkeit von Maßnahmen in der Stadtteilprävention gefunden werden, an dem sich der Einsatz von Ressourcen misst. Erst wenn die gemeinsame Bewertung der Situation in den Stadtteilen einen Handlungsbedarf anzeigt, können konkrete Stadtteile für Präventionsprojekte der Freien Wohlfahrtspflege bestimmt werden. Der in den ausgewählten Stadtteilen gemeinsam dargelegte Handlungsbedarf bildet dann die Basis für die konsensuale Festlegung der Zielsetzungen in der Stadtteilprävention und der Bestimmung der Aufgabenfelder der Freien Wohlfahrtspflege und der Zentralen Fachstelle bzw. der Kommunalverwaltung. Die Verteilung der Aufgaben zwischen den beiden Akteuren sollte sich an den tendenziellen Stärken und Schwächen orientieren, so dass die Ressourcen beider Partner möglichst optimal genutzt werden können.

Für die Zusammenarbeit zwischen Freier Wohlfahrtspflege und Zentraler Fachstelle ist eine frühzeitige Kontaktaufnahme und eine gemeinsame Bewertung der Stadteilsituation erforderlich.

Für die Zusammenarbeit zwischen Freier Wohlfahrtspflege und Zentraler Fachstelle sind grundsätzlich zwei Kooperationsmodelle denkbar. Die Modelle werden von unterschiedlichen querschnittsorientierten Verwaltungsorganisationen – darunter auch die Zentrale Fachstelle – praktiziert.

Für die Zusammenarbeit sind zwei Kooperationsmodelle denkbar.

Modell A) Die Zentrale Fachstelle erteilt der Freien Wohlfahrtspflege den Auftrag für die Durchführung von Maßnahmen in der Stadtteilprävention und finanziert den dafür notwendigen Ressourceneinsatz auf Basis eines gemeinsam erarbeiteten Entwicklungskonzeptes für den Stadtteil mit Zielvorgaben und Aufgabenbeschreibungen für die Freie Wohlfahrtspflege.

Modell B) Die Freie Wohlfahrtspflege finanziert „ihr“ Stadtteilpräventionsprojekt aus Eigenmitteln, während die Zentrale Fachstelle ihrerseits für die Schaffung von begünstigenden Rahmenbedingungen für die Präventionsarbeit Sorge trägt – vor allem durch die Initiierung und Anregung von stadtteilbezogenen Maßnahmen innerhalb der Verwaltung. Die Basis bildet in diesem Modell ein gemeinsames Konzept, eine Kooperationsvereinbarung sowie geeignete Abstimmungsstrukturen.

Kurzfassung

Die Wohlfahrtspflege übernimmt die Brückenfunktion zum Stadtteil, die Zentrale Fachstelle zu den Ressourcen und Ämtern der Verwaltung.

Beide Modelle sind ähnlich aufgebaut: „Federführend“ für die Arbeit der Stadtteilprävention ist die Zentrale Fachstelle sowie das Projekt der Freien Wohlfahrtspflege, jeweils mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Das Projekt übernimmt eine Brückenfunktion zu den Bewohnern und den Akteuren der sozialen Arbeit, die Fachstelle die Brückenfunktion zu den Ressourcen und Ämtern der Stadtverwaltung. Wichtig ist hierbei, dass das Präventionsprojekt einen festen Ansprechpartner im kooperierenden Amt zugeordnet bekommt, der innerhalb des Amtes und ämterübergreifend die Koordinierungsfunktion für die von der Verwaltung zu leistenden Tätigkeiten in der Stadtteilprävention ausübt.

In der Stadtteilprävention bedarf es der Zusammenarbeit der im Stadtteil relevanten Akteure.

Die Erfahrungen aus den Untersuchungsbeispielen zeigen: Damit die Stadtteilprävention gelingt, bedarf es der Zusammenarbeit der im Stadtteil relevanten Institutionen, Politiker und engagierten Bürgern. Sie sind erfahrungsgemäß wichtige Impulsgeber, Ressourcenträger für die Umsetzung von Aktivitäten im Stadtteil, Multiplikatoren für die Ziele der Stadtteilprävention und eine wichtige Lobby für die Forderung nach integrierten Lösungsansätzen für den Stadtteil. Die Bereitschaft lokaler Akteure, eine gestaltende Funktion für die Zukunft „ihres“ Stadtteils einzunehmen, muss erfahrungsgemäß immer wieder durch das Setzen von Kooperationsanreizen und durch die Unterstützung in der Kooperation gefördert werden.

Grob differenziert käme der Zentralen Fachstelle eher die Rolle des Initiators eines stadtteilbezogenen Kooperationsnetzwerkes zu, die Freie Wohlfahrtspflege kann dagegen Unterstützung in der praktischen Vernetzungsarbeit leisten.

Starke Kooperationsanreize können seitens der Zentralen Fachstelle gesetzt werden durch die Eröffnung einer Perspektive, in einen Dialog mit der Verwaltung zu treten, durch die Lenkung zusätzlicher Ressourcen in den Stadtteil und durch das Einräumen von politischer Einflussnahme. Die Aufgabe eines Projektes der Freien Wohlfahrtspflege liegt demgegenüber darin, vermittelnde Funktionen zwischen Verwaltung und Stadtteilakteuren zu übernehmen und Koordination und Kooperation herzustellen. Zudem kann es Unterstützung bieten, indem es für lokale Akteure konkrete Anknüpfungspunkte für Kooperationen und Engagement aufzeigt, die Zusammenarbeit fördert, kommunikative Aufgaben wie Moderation, Themenbildung und -strukturierung übernimmt und effiziente Diskussionsformen entwickelt. Grob differenziert käme der Zentralen Fachstelle eher die Rolle des Initiators eines stadtteilbezogenen Kooperationsnetzwerkes zu, die Freie Wohlfahrtspflege kann dagegen vielfältige Unterstützung in der praktischen Vernetzungsarbeit leisten.

Ein Monitoringmodell als Frühwarnsystem in der Stadtteilprävention bietet eine zentrale Informations- und Entscheidungsgrundlage und liefert Hinweise auf Handlungsbedarfe.

Eine wichtige Voraussetzung für die Organisation des Präventionsprozessen ist eine gute Informationsbasis. Aus diesem Grund wurde im Rahmen der Untersuchung ein Monitoringsystem als Frühwarnsystem für sozialräumliche Entmischungstendenzen bzw. für Entwicklungen, die zu benachteiligten Quartieren führen können, erarbeitet. Es benennt am Praxisbeispiel der Stadt Köln aussagekräftige Indikatoren für eine laufende Stadtteilbeobachtung. In dieser Funktion kann es den relevanten Akteuren aus der öffentlichen Verwaltung und der freien Wohlfahrtspflege als eine zentrale Informations- und Entscheidungsgrundlage für den Einsatz ihrer zumeist begrenzt vorhandenen Ressourcen in der stadtteilbezogenen Arbeit dienen. Es kann je nach Umfang und Detaillierungsgrad der zu messenden Indikatoren auch Aussagen zu Defiziten und Potenzialen in den Stadtteilen liefern und somit auf konkrete Handlungsbedarfe in der Stadtteilarbeit hinweisen.

Die Kooperation von Freier Wohlfahrtspflege und Kommune bzw. Zentraler Fachstelle bietet für die Stadtteilprävention besondere Vorteile.

Zusammengefasst dargestellt sind vor allem folgende, besondere Vorteile einer Zusammenarbeit von Freier Wohlfahrtspflege und Kommune bzw. Zentraler Fachstelle für die Stadtteilprävention zu benennen:

- Es wird eine solide Informationsbasis für Benennung von Defiziten und Potenzialen in dem betreffenden Stadtteil und für die Benennung konkreter Handlungsbedarfe in der Stadtteilarbeit geschaffen.

Kurzfassung

- Sie ermöglicht eine Bündelung der Informationen über Bedarfe und Interessen der Stadtteilbewohner sowie örtlichen Akteure und bietet damit eine gute Ausgangsbasis für die Berücksichtigung der Belange aller relevanten Akteure im Stadtteilerneuerungsprozess.
- Sie ermöglicht eine Bündelung von Potenzialen und Stärken verschiedener Akteure für eine wirkungsvolle Stadtteilprävention.
- Es erhöhen sich die Chancen für die Umsetzung integrierter Problemlösungsstrategien in der Stadtteilprävention.
- Es erhöht sich die Chance, ein tragfähiges Unterstützungsnetzwerk im Stadtteil auf- bzw. auszubauen.

2 Forschungsdesign

2.1 Hintergrund der Untersuchung

In den vergangenen Jahren konnten in den bundesdeutschen Städten folgende Phänomene beobachtet werden: eine qualitative Veränderung in der Wohnungsnotfallproblematik (steigender Handlungsbedarf zur Verhinderung von Wohnungsverlusten), eine räumliche Konzentration sozialer Probleme in bestimmten Quartieren sowie eine anhaltende Diskussion über Optimierungs- und Innovationspotenziale der Zentralen Fachstelle im Hinblick auf diese Beobachtungen.

In diesem Kontext treten verstärkt stadtteilbezogene, präventive Strategien in den Vordergrund: Dies äußert sich einerseits in der Reorganisation der kommunalen Dienste (z.B. durch Erweiterung um sozialraumbezogene Handlungsansätze), andererseits in quartiersbezogenen Ansätzen der freien Wohlfahrtspflege.

Auch im Rahmen des Landesprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“ werden sozialräumliche, auf das Quartier bezogene Ansätze sowohl im Rahmen der Arbeit der Zentralen Fachstelle als auch im Bereich der aufsuchenden Hilfen der Freien Wohlfahrtspflege gefördert. Diese Ansätze der Stadtteilprävention richten sich sowohl auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und -lagen der Stadtteilbewohner/innen als auch auf das Entgegenwirken sozialräumlicher Segregation.

Betrachtet man die Vielzahl der Akteure und Projekte mit ähnlich gelagerten Zielstellungen in den Stadtteilen, zeigen sich allerdings deutliche Defizite:

- » Suboptimale Vernetzung, Koordination und Steuerung der Aktivitäten der einzelnen Fachämter im Quartier,
- » mangelnde Zusammenarbeit zwischen Zentraler Fachstelle (Kommune) und den Trägern der Sozialen Arbeit (Freie Wohlfahrtspflege),

- » fehlende Ansatzpunkte für die Integration der Hilfeangebote und Kompetenzen der freien Träger in ein kommunales Gesamtkonzept,
- » mangelnde Einbindung der lokalen Akteure wie etwa Wohnungswirtschaft, soziale Träger, Gewerbetreibende, engagierte Bürger in Konzepte und Strategien zur Stadtteilprävention.

Vor diesem Hintergrund setzen die Projekte „Gegen soziale Entmischung“ des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln e.V. (DiCV) in den Kölner Stadtteilen Bilderstöckchen und Stammheim an. Ziel dieser Projekte ist, zu erproben, wie durch eine Vernetzung unterschiedlicher Akteure, Maßnahmen und Handlungsbereiche effektive Stadtteilprävention zu leisten ist. In Kooperation und Vernetzung mit anderen Akteuren soll auf die sozialräumlichen Bedingungen Einfluss genommen, d.h. einer sozialen Entmischung vorgebeugt und die Bindung der Bewohner/innen an ihren Stadtteil erhöht werden. Der DiCV verfolgt mit der Förderung seiner Modellprojekte die zentrale Fragestellung, wie in Zusammenarbeit der Akteure vor Ort und den Zuständigkeiten in der kommunalen Verwaltung Wirkungen erzielt werden können, die das Wohlbefinden aller Menschen im Stadtteil erhöhen.

Den Modellprojekten der freien Wohlfahrtspflege steht ein sozialraumorientierter Ansatz der Kölner Verwaltung gegenüber: Mit Hilfe eines integrierten Handlungskonzeptes soll im Stadtteil Finkenbergring ein Erneuerungsprozess in Gang gesetzt werden, in den sowohl die einzelnen Fachressorts als auch die lokalen Akteure mit ihren jeweiligen Ressourcen eingebunden sind. Gesteuert wird der Erneuerungsprozess über eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung und ein Steuerungsgremium mit lokalen Akteuren im Stadtteil. Die Brücke zwischen beiden Ebenen bildet ein von der Verwaltung eingesetzter Stadtteilmanager. Die Fragestellung, die vor dem Hintergrund dieses Projektes aufgeworfen wird, ist, in welcher Form und mit welchem Erfolg von der Verwaltungsebene aus auf den Erneuerungsprozess eingewirkt werden kann.

Die vorliegende Untersuchung steht im Kontext des Landesprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“, das sowohl darauf zielt, neue Formen des Verwaltungshandelns zu erproben, als auch quartiersbezogene, präventive Maßnahmen zu fördern. Vor diesem Hintergrund hat die Untersuchung die übergeordnete Aufgabe, mit Blick auf die drei Projekte in Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenbergr zu überprüfen, wie sich solche unterschiedlichen Ansätze und Zielsetzungen verbinden lassen, in welcher Form die Einzelaktivitäten und -projekte zu einem Gesamthilfesystem verbunden werden können und wie letztlich die Vielfalt von stadtentwicklungs-, wohnungs- und sozialpolitischen Strategien der freien Wohlfahrtspflege, der Kommune sowie der Wohnungswirtschaft und anderer Akteure im Quartier gebündelt und gesteuert werden kann.

2.2 Untersuchungsfragestellungen

Im Rahmen der genannten, übergeordneten Aufgabe konzentrieren sich die Fragestellungen der Untersuchung auf

- die Evaluation der Modellprojekte des DiCV in Bilderstöckchen und Stammheim,
- die Thematik der Sozialen Entmischung und insbesondere der Möglichkeiten, ihr entgegenzuwirken,
- geeignete Organisationsformen für die Koordination von Maßnahmen und Akteuren im Bereich der Stadtteilprävention,
- Selbsthilfe- und Engagementpotenziale in den Stadtteilen und ihre Aktivierung für die Stadtteilprävention sowie auf
- die Entwicklung eines Monitoringsystems, mit dem soziale Entmischungstendenzen abgebildet werden können.

Im Einzelnen können folgende Fragen als Leitfaden der vorliegenden Untersuchung formuliert werden:

Evaluation der Modellprojekte

- Wie ist die Arbeit der Projekte im Hinblick auf ihre selbst gesetzten Zielsetzungen zu bewerten?
- Wie kann ein Dokumentationssystem aussehen, mit dem die Zielorientierung und Nachhaltigkeit der Maßnahmen der Projekte gesichert und Erfolge ausgewiesen werden können?
- Welche Empfehlungen für die Einrichtung und erfolgreiche Arbeit zukünftiger Projekte können aus den Modellprojekten abgeleitet werden?

Soziale Entmischung

- Welche Handlungsfelder sind zu bearbeiten, um sozialer Entmischung in Stadtteilen entgegenzuwirken?
- Welche Wirkungen haben die Projekte diesbezüglich erzielt?
- Welche politischen Rahmenbedingungen sind notwendig, um auf Stadtteilebene erfolgreich gegen soziale Entmischung arbeiten zu können?

Organisationsformen

- Welche Potenziale weist eine querschnittsorientierte Organisationsform (wie eine Zentrale Fachstelle) in der Kommunalverwaltung für die Stadtteilprävention auf?
- Wie sollten die Schnittstellen zwischen Kommune und Freier Wohlfahrtspflege definiert werden, um möglichst effektiv Stadtteilprävention zu leisten?
- Welcher Organisationsform bzw. welcher Kooperationen zwischen Kommune und Stadtteilebene bedarf es, damit diese Potenziale für die stadtteilorientierte Arbeit der freien Wohlfahrtspflege genutzt werden können?
- Welche Formen von Vernetzung und Kooperation auf Stadtteilebene sind geeignet, die Arbeit

gegen soziale Entmischung zu unterstützen?

- Welche Organisationsform für Projekte der freien Wohlfahrtspflege zur stadtteilorientierten Arbeit ist für eine Arbeit gegen soziale Entmischung besonders geeignet?
- Welche Verfahren zur Initiierung solcher Projekte der Wohlfahrtspflege sind geeignet?

Selbsthilfe und Engagement im Stadtteil

- Welche Selbsthilfe- und Engagementpotenziale sind in den Stadtteilen vorhanden?
- Welche Maßnahmen im Stadtteil sind besonders geeignet, Bewohner/innen zu beteiligen und so ihr Engagement zu fördern?

Monitoring

- Wie kann ein gesamtstädtisches Monitoringssystem aussehen, das auf Stadtteilebene als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen eingesetzt werden kann?

2.3 Anlage des Forschungsprojektes

Bei der Bearbeitung des Forschungsprojektes kam ein Methodenmix zum Einsatz. Die einzelnen Untersuchungsbausteine sind aus der folgenden Abbildung ersichtlich. Sie werden im Anschluss hinsichtlich ihrer Zielsetzung und jeweiligen Vorgehensweise kurz dargestellt.

Bestandsaufnahme Stadteilsituation

Für die Beschreibung der Stadteilsituation wurden quantitative Daten ausgewertet sowie Interviews mit Stadtteilakteuren (s.u.) analysiert und Begehungen durchgeführt.

Deskriptive Analyse und begleitende Evaluation der Modellprojekte

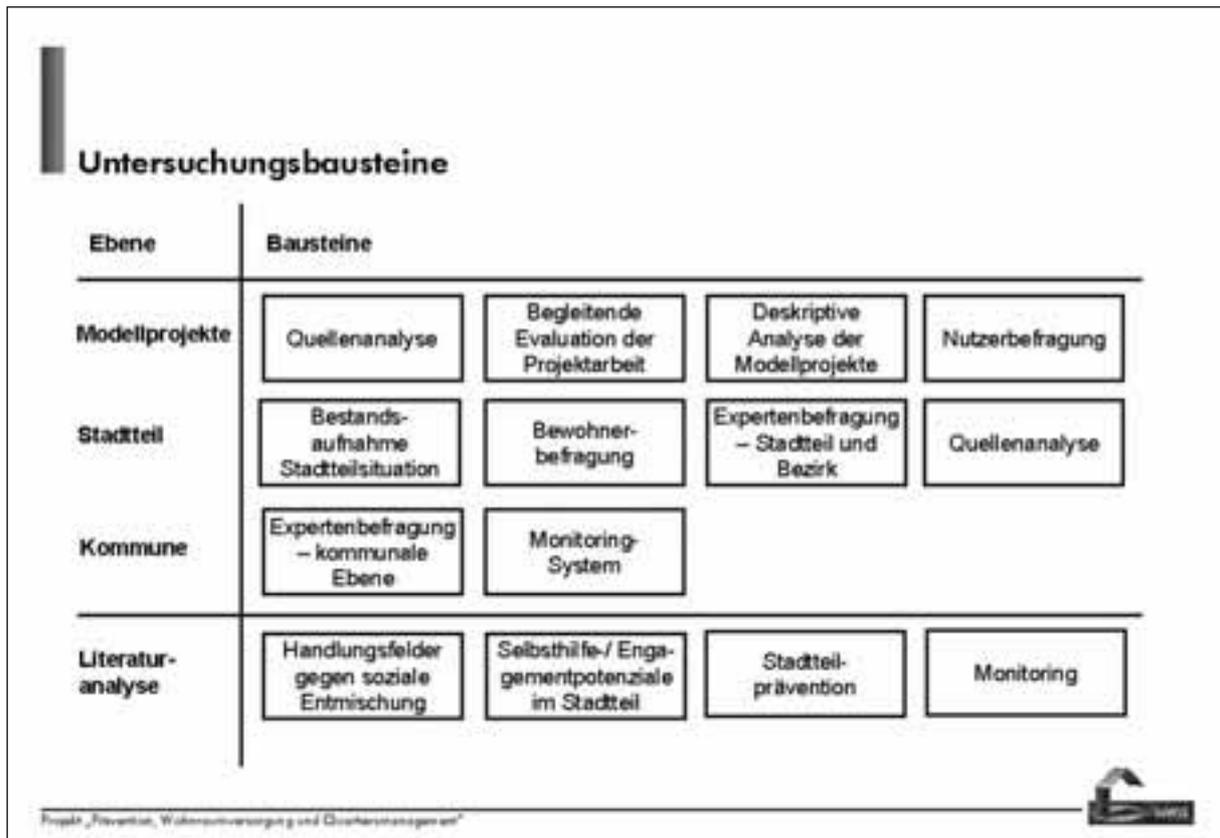
Die Grundlage für die Analyse der Modellprojekte sind Auswertungen der von den Projekten verfassten Dokumentationen (Konzept, Zwischenberichte), Interviews mit den Projektmitarbeiter/innen sowie den zuständigen Personen auf der

Leitungsebene der Projekte, Workshops mit den Projektmitarbeiter/innen (z.B. zur Definition/Abgrenzung und Systematisierung der Projektziele) sowie die Ergebnisse des eingesetzten Dokumentationssystems. Über das Dokumentationssystem wurden von den Projektmitarbeiter/innen Informationen zu den Angebots- und Kooperationsstrukturen der Projekte, der sozialen Struktur und der Besuchsansätze der Einzelfallkontakte in der Einrichtung und zum zeitlichen Einsatz der Mitarbeiter/innen für die einzelnen Maßnahmen und Projektziele systematisch erfasst. Die eingesetzten Erfassungsbögen sind dem Bericht im Anhang beigefügt.

Bewohnerbefragung

Eine telefonische Befragung der Bewohner/innen in den drei untersuchten Stadtteilen diente in erster Linie dazu, die Beurteilung der Stadteilsituation aus Sicht der Bewohner/innen zu ermitteln. Dazu wurden folgende Themenbereiche abgefragt: Wohnzufriedenheit, Image, Identifikation mit dem Stadtteil, interkulturelles Zusammenleben, Sicherheit im Wohnquartier, Teilnahme am Stadteilleben, vorhandenes Hilfeangebot bei sozialen Problemlagen. Daneben war mit der Bewohnerbefragung das Ziel verbunden, den Umfang von Potenzialen für bürgerschaftliches Engagement im Stadtteil zu erheben. In Bilderstöckchen und Stammheim wurde darüber hinaus ermittelt, wie die Arbeit der Modellprojekte von den Bewohner/innen wahrgenommen wird und welche Angebote der Projekte sie selbst aktiv nutzen.

Abbildung 1 Die Untersuchungsbausteine im Überblick



Quelle: eigene Darstellung

Die Befragung wurde anhand eines standardisierten Fragebogens telefonisch durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 186 Haushalte, davon 93 in Stammheim, 63 in Bilderstöckchen und 30 in Finkenbergr. Um differenzierte Aussagen zu einzelnen Teilräumen treffen zu können, wurde die Stichprobe in Stammheim nach 3 Quartieren (Stammheim-Nord, -Mitte und -Süd; je 30 Interviews) und in Bilderstöckchen nach 2 Quartieren (Einzugsbereich von Luckys Haus und übriges Bilderstöckchen, je 30 Interviews) unterteilt.

Als Zielperson für die Befragung wurde der Haushaltsvorstand bzw. diejenige Person, die sich als solche bezeichnet (bzw. der Partner oder die Partnerin), angesprochen. Um dem Anteil ausländischer Bewohner/innen im Stadtteil gerecht zu werden, war Vorgabe für die Stichprobenziehung, dass der Anteil ausländischer (hier= nicht in Deutschland geborener) Interviewpersonen pro Stadtteil 20%-30% betragen sollte. Die Untersuchung wurde

im Oktober 2002 durchgeführt

Expertenbefragung auf Ebene der Stadtteile und Bezirke

In allen drei Stadtteilen wurden rund 10 leitfadengestützte Interviews mit zentralen Akteuren des Stadtteillebens geführt. Zielsetzung dieser Befragung war,

- die Situation im Stadtteil aus Sicht der verschiedenen Akteure zu beschreiben,
- die Akteurskonstellation im Stadtteil zu analysieren,
- Kooperationspotenziale bei den verschiedenen Akteuren zu ermitteln,
- Einschätzungen lokaler Experten zum vorhandenen Selbsthilfe- und Engagementpotenzial zu erheben sowie

Kurzfassung

- in den Stadtteilen Bilderstöckchen und Stammheim den Bekanntheitsgrad der Modellprojekte und Einschätzungen zu ihren Wirkungen zu erfassen.

Die Stadtteilexperten wurden jeweils auf Empfehlung der Projektmitarbeiter/innen bzw. des in Finkenberg zuständigen Stadtteilmanagers sowie nach Hinweisen bereits befragter Schlüsselpersonen im Stadtteil ausgewählt. Zu den befragten Personen/Institutionen zählen die ansässigen Wohnungsunternehmen, soziale Einrichtungen, die Bezirkspolizei, die örtlichen Parteien, Kirchengemeinden, der Allgemeine Sozialpsychiatrische Dienst, die Jugendpflege sowie Kinderbetreuungseinrichtungen.

Experteninterviews mit Akteuren der kommunalen Verwaltung

Zur Beschreibung und Analyse der sozialraumbezogenen Ansätze der kommunalen Verwaltung in Köln wurden Gespräche mit den entsprechenden Mitarbeiter/innen der Fachstelle Wohnen sowie des für das Stadtteilmanagement und die Koordination des Sanierungsprozesses im Stadtteil Finkenberg zuständigen Amtes für Stadtentwicklung und Statistik (damals Stadtplanung und Baukoordination) geführt. In die Analyse der Möglichkeiten querschnittsorganisierter Verwaltungseinheiten für die Stadtteilprävention wurden auch Beispiele aus

Duisburg, Siegen, Hamm und Gelsenkirchen einbezogen. In diesen Städten wurde ebenfalls Interviews mit den zuständigen Akteuren aus der kommunalen Verwaltung und in Hamm darüber hinaus mit einem Mitarbeiter eines sozialraumorientierten Projektes der Freien Wohlfahrtspflege geführt.

Monitoringsystem

Für die Konzeption eines Monitoringsystems, insbesondere für die Auswahl geeigneter Beobachtungsindikatoren, wurde eine Literaturanalyse bereits entwickelter und praktisch angewendeter Dokumentations- und Indikatorensysteme auf sozialräumlicher Ebene durchgeführt. Für die beispielhafte Anwendung des entwickelten Monitoringsystems wurden Daten aus der amtlichen Statistik der Stadt Köln sowie der Bewohnerbefragung zusammengeführt und ausgewertet.

Literaturanalyse

Die Literaturanalyse diente der Zusammenführung und Systematisierung vorliegender Erkenntnisse insbesondere in den Themenbereichen Soziale Entmischung/Segregation und Stadtteilprävention, Selbsthilfe- und Engagementpotenziale sowie Monitoring städtischer Entwicklungsprozesse.

3 Stadtteilbezogene Prävention – eine Antwort auf soziale Entmischung

In den bundesdeutschen Kommunen sind in den vergangenen Jahren verstärkt folgende Phänomene zu beobachten: Zum einen eine qualitative Veränderung in der Wohnungsnotfallproblematik durch die Zunahme von Haushalten, die akut und latent von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Zum anderen Tendenzen der räumlichen Segregation und der Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in bestimmten städtischen Quartieren – also sozialräumliche Entmischungstendenzen. Will man geeignete Antworten, Konzepte und Strategien auf die benannten Probleme finden, so muss zunächst die Problematik genauer untersucht und definiert werden.

3.1 Definition und Rahmenbedingungen sozialer Entmischung

Soziale Entmischung wird im Folgenden synonym zum Begriff der Segregation (lat. Segregatio: Absonderung, Trennung) verwendet. Mit Segregation wird sowohl das Ausmaß der ungleichen Verteilung von Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf räumliche Einheiten wie etwa Stadtteil oder Quartier als auch der Verteilungsprozess selbst bezeichnet¹.

Zu den frühesten Analysen von städtischen Segregationsmustern gehört die Beschreibung der sozialräumlichen Struktur des Prototyps der Industriestadt, der Stadt Manchester, von Friedrich Engels in der 1845 erschienenen "Lage der arbeitenden Klasse in England"². Jahr später entwickelte Ernest Burgess³ im Rahmen der Chicagoer Schule für Sozialökologie das Modell konzentrischer Zonen, das dem Engel'schen Modell der Stadt Manchester

in hohem Maße entspricht. Dabei gilt: Je geringer die Distanz zum Stadtzentrum, desto niedriger der soziale Status der Bewohner, und je größer die soziale Distanz, desto größer die räumliche Distanz. Im Verlaufe der Stadtforschung wurde das Modell konzentrischer Zonen durch sektorale Variationen⁴ und durch die Perspektive mehrerer Kerne⁵ ergänzt. Das Grundprinzip des zentripetalen Sozialgefälles wurde in den 80er Jahren durch die Beobachtung von Prozessen der Gentrification, d.h. der Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen aus modernisierten innerstädtischen Wohnquartieren durch kaufkraftstarke, jüngere Haushalte modifiziert⁶. Darüber hinaus ist auch eine Segregation zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden zu beobachten: Einkommensstärkere, erwerbstätige, deutsche und jüngere Haushalte ziehen aus der Kernstadt in die Umlandgemeinden, gefolgt von Gewerbe, Handel und Freizeiteinrichtungen, die neue Vorstädte am Rande der Ballungsräume bilden. Während die Vorstädte prosperieren, verbleiben in der Kernstadt eher die einkommensschwächeren und die älteren Haushalte sowie Bevölkerungsgruppen anderer ethnischer Zugehörigkeit.

Diesen sozialräumlichen Segregationsprozessen liegen nach Häußermann/ Siebel und Dangschat drei gesellschaftliche Spaltungen zu Grunde:

- "Spaltungen zwischen Einheimischen und Zugewanderten,
- Spaltungen zwischen dem Segment von stabil im Arbeitsmarkt verankerten und dem marginalisierter Jobs resp. Arbeitslosigkeit,

⁴ Hoyt, Homer (1939): *The Structure and Growth of Residential Neighborhoods in American Cities*. Washington.

⁵ Harris, C.D./ Ullmann, E.L. (1945): *The Nature of Cities*. *The Annals* 242, S. 7-17.

⁶ Blasius, Jörg/ Dangschat, Jens S. (Hg.) (1990): *Gentrification – Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel*. Frankfurt am Main, New York.; Blasius, Jörg (1996): *Neue Lebensstile und Wohnformen. Der Wandel von innenstadtnahen Wohngebieten infolge der Wiederaufwertung*. In: Schäfers, Bernhard; Wewer, G. (Hrsg.): *Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Gegenwartskunde. Sonderheft 9*, S. 183-200.

¹ Lichtenberger, Elisabeth (1986): *Stadtgeographie*. Stuttgart, S. 222f.

² Engels, Friedrich (1957): *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*. Marx-Engels-Werke, Bd. 2, Berlin.

³ Burgess, Ernest W. (1925): *The Growth of the City*. In: Park, Robert E. et al. (Hrsg.): *The City*. Chicago, S. 47-62.

- Kulturellen Ausdifferenzierungen. Sie äußern sich in einer Ausdifferenzierung von Lebensstilen, Haushalts- und Wohnformen.⁷

Nach Buitkamp 2001⁸ verlaufen die Spaltungen entlang einer

- ökonomischen Dimension, in der Merkmale wie Eigentum, Einkommen und Position auf dem Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle spielen;
- einer sozialen Dimension, gemessen an Bildung, sozialer Integration und Position auf dem Wohnungsmarkt und
- einer kulturellen Dimension, gemessen an ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Sprache und Lebensstilgruppen bzw. normativen Orientierungen.

Parallel zur gesellschaftlichen Spaltung wird auch eine verringerte soziale Kohäsion aufgrund der Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung in auseinanderdriftenden Lebensstilgruppen konstatiert, verbunden mit einer Erosion von primären sozialen Netzen wie Familie und Nachbarschaft⁹. Dabei kommt es zur Erosion von sozialen Wert- und Normsystemen: Anomie, Kriminalität, Intoleranz und zunehmende Gewaltbereitschaft

gegenüber gesellschaftlichen Außenseitergruppen, so dass auch von einer “Verrohung der Gesellschaft” gesprochen wird¹⁰. Heinze¹¹ spricht von der “fragmentierten Gesellschaft”, in der soziale Probleme nicht mehr aufgefangen werden, sondern häufig kumulieren und in Abwärtsspiralen aus Arbeitsplatzverlust, Überschuldung, Trennung bzw. Scheidung vom Ehepartner, psycho-sozialen Problemen und im Extremfall in Wohnungsverlust münden.

Diese gesellschaftlichen Entwicklungen fördern die residentielle Segregation nach

- ethnisch-religiösen Gruppen, vor allem von Ausländern aus nicht-europäischen Ländern und Aussiedlern.
- sozialem Status der Haushalte, die zu Konzentrationen von Haushalten in schwierigen sozialen und/oder ökonomischen Lebenslagen führt.
- familiärem Status, die zu Konzentrationen von älteren Haushalten in den Kerngebieten und Wohngebieten bestimmter Jahrgänge führt, während die Familien an den Stadtrand und in das Umland abwandern und die jungen Ein- und Zweipersonenhaushalte innerstädtische Wohnstandorte bevorzugen¹².
- Lebensstilgruppen, die zur Verdrängung und Ausgrenzung schwächerer Gruppen im Zuge von gentrification führt.¹³

⁷ S. Dangschat, Jens (1998): Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S. 215; vgl. auch Blasius Jörg; Dangschat, Jens (1994): Lebensstile in den Städten. Opladen; sowie Strohmeier, Klaus Peter (1993): Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 17, S. 11-22.

⁸ Vgl. Buitkamp, Martin (2001): Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslagen und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt. Hannover, S. 9.

⁹ Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt am Main; Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.) (1994): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main; Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnis-Gesellschaft. Frankfurt am Main; Strohmeier, Klaus Peter (1993): Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 17, S. 11-22.

¹⁰ Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (1997a): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt am Main; Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (1997b): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main.

¹¹ Heinze, Rolf G. (1998): Die blockierte Gesellschaft. Opladen/Wiesbaden.

¹² Strohmeier, Klaus Peter (1996): Die Polarisierung der Lebensformen in den Städten und Gemeinden – demographische Strukturbrüche, soziale Hintergründe und sozialpolitische Probleme. In: Schäfers, Bernhard; Wewer, G. (Hrsg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Gegenwartskunde. Sonderheft 9, S. 63 - 84.

¹³ Blasius Jörg; Dangschat, Jens (1994): Lebensstile in den Städten. Opladen

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft eine entscheidende Rahmenbedingung für sozialräumliche Segregation darstellt, sie jedoch nicht erklärt. Allerdings gibt Dangschat zu bedenken, dass “über die Zusammenhänge der Hierarchisierungs- und Ausdifferenzierungsprozesse innerhalb der städtischen Gesellschaften und zwischen den städtischen Teilgebieten zu wenige systematische Erkenntnisse vorliegen.”¹⁴ In der Sozial- und Stadtforschung bestehen zurzeit jedoch noch sehr wenige Erkenntnisse über die Zusammenhänge und Wirkungsprozesse zwischen sozialer Ungleichheit und dem Entstehen sozialräumlicher Segregation.

Zunächst bleibt einmal festzuhalten, dass eine räumliche Ungleichheit der verschiedenen Stadtteile und Quartiere einer Stadt besteht. Dabei spielen geographische Merkmale wie Nähe zu Erholungsgebieten oder dem Stadtzentrum eine Rolle, aber auch die infrastrukturelle Ausstattung im weitesten Sinne: die verkehrliche Anbindung, das Wohnungsangebot, die Wohnumfeldausstattung, die Nähe zu Arbeitsplätzen oder zu Gewerbe- und Industriegebieten mit ihren Emissionen usw. Die Qualität und die Standortmerkmale der Wohnquartiere werden von den Stadtbewohnern und Nachfragern am Wohnungsmarkt – in Abhängigkeit von ihren individuellen Standortpräferenzen – unterschiedlich bewertet.

Nach Freyberg¹⁵ ist die sozialräumliche Segregation auch das Resultat aus vielen Einzelentscheidungen im Rahmen von Marktprozessen, externen ökonomischen Kräften und Handlungen der Kommunalpolitik. Auch Dangschat spricht davon, dass “die Hierarchisierung der Orte seitens der Marktkräfte, aber auch der Kommunalpolitik, der Stadtverwaltungen und der räumlichen Planung verstärkt

(werden).”¹⁶ Zu den Marktkräften und politischen Einflussfaktoren gehören vor allem:

Die Standort-Präferenzen von Haushalten in Verbindung mit Kaufkraft.

- Dangschat spricht unter Bezugnahme auf Bourdieu von Lokalisationsprofite, die Haushalte bei der Wohnstandortwahl erzielen wollen. Die Lokalisationsprofite lassen sich in dreifacher Hinsicht differenzieren: (1) Situationsrenditen (etwa Nähe zu erwünschten Merkmalen des Wohnumfeldes wie Zusammensetzung der Nachbarschaft, Nähe zu Grünanlagen etc. und Entfernung zu unerwünschten Merkmalen des Wohnumfeldes wie Industrieanlagen, Hauptverkehrsstraßen usw.; Zuwachs an Ruhe, Ästhetik und Sicherheit); (2) Raumbelagungsprofite (Quantität des verbrauchten Wohnraumes und Wohnumfeldes, unverbaubares Blickfeld); (3) Positions- oder Rangprofite (Image des Wohnquartiers, Adresse usw.). Je durchsetzungsfähiger ein Haushalt im Hinblick auf seine soziale Lage, ethnische Zugehörigkeit und seiner Kaufkraft ist, desto eher wird er Standortvorteile (gute Wohnlage, große Wohnung, gute Adresse) realisieren können.
- Die relativ entspannte Lage im mittleren und oberen Preissegment des Wohnungsmarktes eröffnet Haushalten, die auch höhere Mieten zahlen können und die nicht aufgrund sozialer oder kultureller Merkmale bei der Wohnungsvergabe vom Wohnungsanbieter diskriminiert werden, eine recht große Wahlfreiheit. Solche Haushalte wandern häufig aus sozial durchmischten Gebieten ab, wenn sie die Veränderungen der Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung als Verschlechterung wahrnehmen¹⁷. Die nachziehenden Haushalte sind oft solche, die aufgrund ihres Einkommens, ihres sozialen

¹⁴ vgl. Dangschat, Jens (2000): Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S. 220.

¹⁵ Freyberg, Thomas von / Schneider, Johann (1999): Sozialraumanalyse als Lernprozeß. Beiträge zur qualitativen Segregationsanalyse. Frankfurt am Main.

¹⁶ vgl. Dangschat, Jens (2000): Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S. 220.

¹⁷ Häußermann, Hartmut (Hg.) (2000): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen.

Status oder ihrer kulturellen Herkunft keine Wahlmöglichkeiten haben. Auf diese Weise entstehen Quartiere, in denen benachteiligte Haushalte konzentriert werden, sogenannte benachteiligte Stadtteile bzw. Quartiere.

Verringerte Förderung im Sozialen Wohnungsbau

- Das Auslaufen der Sozialbindungen führt dazu, dass in den verbleibenden Beständen – räumlich konzentriert – nur noch die “dringendsten Fälle” der Wohnungssuchenden untergebracht werden. Damit wird das Spektrum an unterschiedlichen Haushalten – die “soziale Mischung” – in den verbleibenden Beständen kleiner.

Ausgestaltung der Ausgleichsabgabe

- In den vergangenen Jahren wurde in NRW in einigen Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus eine Freistellung von der Ausgleichsabgabe genehmigt, um den Verbleib der dort wohnenden einkommensstärkeren Haushalten zu fördern und damit die vorhandene “soziale Mischung” zu erhalten. Im Gegenzug befürchten Wohnungsunternehmen eine verstärkte Wegzugsbereitschaft dieser Mietergruppen, sofern die Ausgleichsabgabe erhöht wird. Die Ausgleichsabgabe wird somit zu einem Steuerungsinstrument für soziale Mischung, wobei empirische Untersuchungen über den Zusammenhang von Wegzugsbereitschaft einkommensstärkerer Haushalte und der Höhe der Ausgleichsabgabe noch nicht vorliegen.

Zuweisungsmechanismen von Wohnungsmarktsegmenten zu sozialen Gruppen

- Bei innerstädtischen Altbauquartieren geht im Zuge von Gentrification preiswerter Wohnungsbestand für einkommensschwache Haushalte verloren. Damit geht eine Veränderung der Sozialstruktur hin zu jüngeren und kleineren Haushalten mit höherem ökonomischen Potenzial einher.
- Wohnungswirtschaft und Kommunen sehen sich mit einer wachsenden Zahl an wohnungs-

suchenden Personen und Haushalten konfrontiert, die in der Regel Problemlagen in mehreren Lebensbereichen aufweisen. Infolge des Abschmelzens des belegungsgebundenen Wohnungsbestandes bleibt den Wohnungsämtern meist keine andere Wahl, als die verfügbaren belegungsgebundenen Wohnungen mit Haushalten zu belegen, die sich in einer schwierigen sozialen und/oder wirtschaftlichen Situation befinden, auch wenn dies zu sozial-räumlichen Konzentrationen führt.

- Bestimmte Mietergruppen, die von sozialen Problemen betroffen sind, werden von Vermietern als Problemgruppen bewertet und sowohl auf dem freifinanzierten als auch auf dem sozial gebundenen Wohnungsmarkt diskriminiert (sogenannte soziale Randgruppen wie Arbeitslose, Alleinerziehende, Migrant/innen). Sie haben zu bestimmten Wohnungsteilmärkten keinen Zugang.

Prioritäten der Kommunalpolitik und Stadtplanung

- Die Städte konkurrieren miteinander um Unternehmen bzw. ihre Arbeitsplätze und Steuerzahlungen. Um sich in dieser Konkurrenz zu behaupten, setzen die Städte dabei neben Steuervergünstigungen und anderen Anreizen zur Unternehmenssiedlung zunehmend auf die Entwicklung “weicher Standortfaktoren” wie Lebensqualität, Wohnqualität, Kultur und Einkaufserlebnisse, die der jeweiligen Stadt insgesamt ein neues Image verleihen sollen. In diesem Zusammenhang werden Gentrifizierungsprozesse gefördert oder zumindest begrüßt und die städtischen Ressourcen auf die Modernisierung der Innenstadt konzentriert, gleichzeitig werden räumliche Ungleichheiten und benachteiligte Bevölkerungsgruppen und ihre Wohnquartiere vernachlässigt.

Städtische Segregationsmuster

Das durch sozialräumliche Entmischungsprozesse entstehende Segregationsmuster wird aktuell häufig als Polarisierung oder Dreiteilung der Stadt beschrieben.¹⁸

- Die prosperierende Stadt, die sich aus den Glanz- und Höhepunkten einer Stadt zusammensetzt und sich durch hoch qualifizierte und sehr gut verdienende Haushalte kennzeichnet
- die Mittelschichtsstadt, die die normale Arbeits-, Versorgungs- und Wohnstadt für die überwiegend deutsche Mittelschicht darstellt und
- die marginalisierte Stadt, die Stadt der dauerhaft Arbeitslosen, der Ausländer, der Armen, der beruflich Unqualifizierten.

Innerhalb dieser Kategorien kommt es jedoch zu weiteren Ausdifferenzierungen. Dies führt dazu, dass die Stadtstruktur nicht mehr nur bei großflächiger Betrachtung räumliche Konzentrationen bestimmter sozialer Gruppen aufweist, sondern die Entwicklungen zunehmend eine kleinräumige Segregation hervorbringen¹⁹.

3.2 Bewertung sozialer Entmischungsprozesse

Die Debatte um die Bewertung von Segregation und damit der Frage nach dem "richtigen Maß sozialer Mischung" von Wohnquartieren erscheint in

der Forschung derzeit offen²⁰. So wird kulturell eher einheitlichen Milieus wie z.B. den Quartieren ethnischer Minderheiten eine Funktion als Eingewöhnungs- und Übergangsraum zwischen der Herkunftskultur und der Aufnahmegesellschaft zugeschrieben.

Im Vergleich zu solchen Migrantenquartieren kennzeichnen sich die "neuen" benachteiligten Quartiere zwar auch durch niedrige materielle und soziale Standards, sie stellen aber häufig heterogene und sehr konfliktreiche Milieus dar²¹. Denn hier konzentrieren sich alle Bevölkerungsgruppen (oder besser: werden konzentriert), die aus ökonomischen, sozialen und/oder kulturellen Gründen am Wohnungsmarkt benachteiligt sind, Deutsche wie Migrant/innen. Dabei handelt es sich um eine unfreiwillige Mischung und es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich eine solidarische Subkultur entwickelt.

Von den Befürwortern sozial gemischter Wohnquartiere werden folgende Argumente angeführt:

- Sichtbarkeit und Stigmatisierung. Je stärker Minderheiten konzentriert werden, desto deutlicher werden sie als solche wahrgenommen. Zudem werden die Merkmale der Wohnsituation – also z.B. verwahrloste Häuserfassaden, verschmutzte Zugangsbereiche zu den Häusern – auch den Bewohnerinnen und Bewohnern zugeschrieben.
- Soziale Konflikte. Es entstehen soziale Konflikte zwischen den Bewohnern. Diejenigen Bewohner, die diese Gebiete verlassen, nehmen negative Erfahrungen mit, die sich zu Vorurteilen verdichten (können).

¹⁸ Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität, Frankfurt am Main; vgl. dazu auch Alisch, Monika; Dangschat, Jens (1993): Die solidarische Stadt; Darmstadt; Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1991): Bausteine zu einem Szenario der Entwicklung von Berlin. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Hrsg.): Metropole Berlin: Mehr als Markt! Berlin, S. 27; Dangschat, Jens (2000): Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S. 212 f.

¹⁹ Krätke, Stefan (1991): Strukturwandel der Städte. Frankfurt am Main.

²⁰ vgl. hierzu ausführlich Heitmeyer, Wilhelm /Dollase, Rainer/Backes, Otto (1998): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main.

²¹ vgl. Buitkamp, Martin (2001): Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslage und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt. agis texte Band 23. Hannover, S. 11; Häußermann, Hartmut (Hg.) (2000): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen.

- Marginalisierung. Die Bewohner segregierter Wohngebiete leben unter den Bedingungen von Armut, gesellschaftlicher Benachteiligung, schlechter Wohnverhältnisse und schlechterer infrastruktureller Ausstattung. Räumliche und soziale Benachteiligung überlagern und verstärken sich.
- Konsequenzen für Bildungschancen. Sozial-räumliche Segregation bedeutet de facto Segregation in Schulen und Kindergärten.
- Hierarchisierung der Wohngebiete. Zwischen sozial bzw. ethnisch homogenen Wohngebieten kommt es zu einer Hierarchisierung (“ranking”) mit “guten” und “schlechten” Adressen. Die Bewohner der “schlechten” Wohngebiete werden allein aufgrund ihrer Adresse benachteiligt.
- Kontakt- und Lernchancen. In integrierten Wohnsituationen besteht die Chance, dass die verschiedenen Bevölkerungsgruppen freundschaftliche Kontakte knüpfen, kompatible Verhaltensformen erlernen und einen gemeinsamen modus vivendi finden. Konflikte können somit abgebaut werden.

Ausgehend von der Frage, ob benachteiligte Quartiere in Abstiegsentwicklungen geraten können, die zu Ausgrenzungen durch die übrige Stadtgesellschaft führen, weisen neuere Analysen der Stadtforschung darauf hin, dass die Perspektive auf diese Gebiete erweitert werden muss: Es muss auch das Eigenleben der Quartiere, d.h. die milieuspezifischen Formen des Zusammenhalts und der Abgrenzung der Bewohner untereinander untersucht und interpretiert werden.

So können zu einseitig strukturierte Beziehungsnetze bzw. fehlende Nachbarschaftskontakte Vorurteile gegenüber anderen Bewohner/innen sowie ein schwindendes Selbstwertgefühl der Bewohner Abwärtsentwicklungen verursachen oder beschleunigen. Dagegen können gute Nachbarschaftsbeziehungen und Hilfestrukturen trotz eines hohen Problemdrucks im Quartier eine Abwärtsentwicklung verhindern.

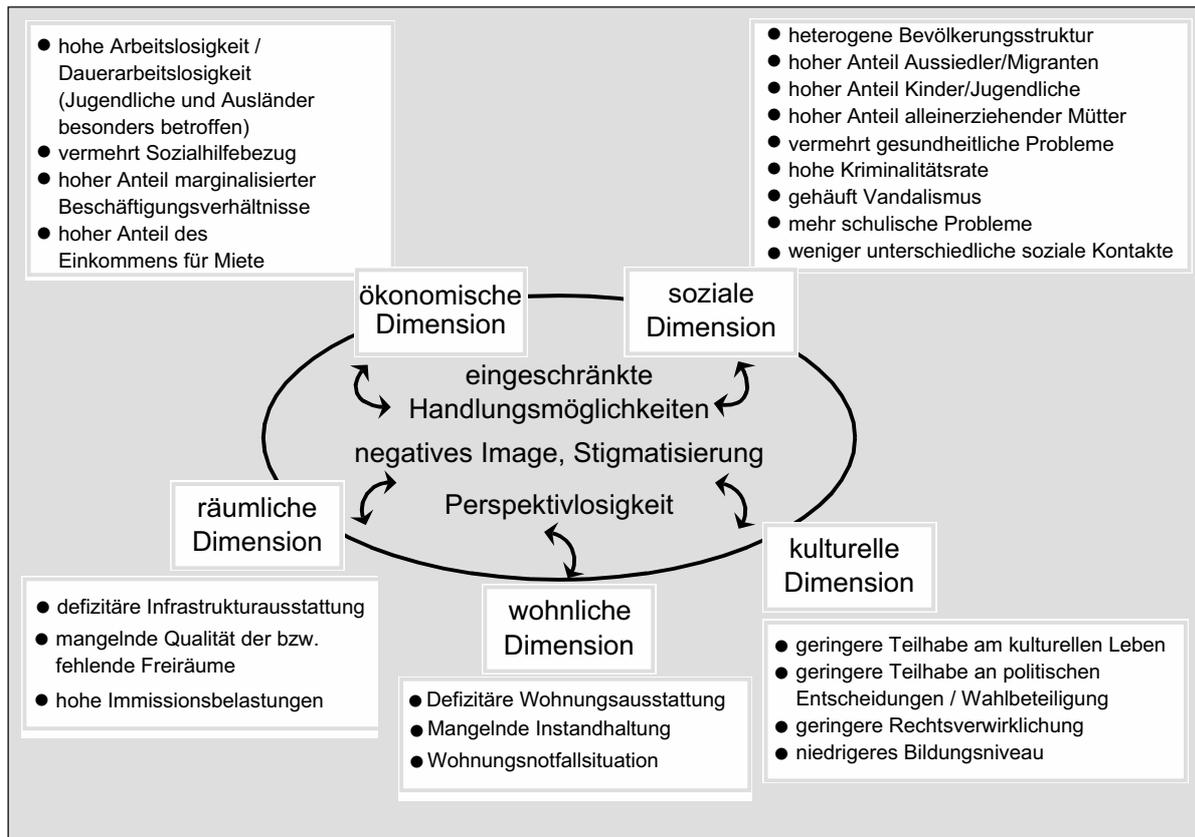
3.3 Benachteiligung und benachteiligte Stadtteile und Quartiere

Die beschriebenen Rahmenbedingungen sozial-räumlicher Segregation trugen dazu bei, dass in den vergangenen 20 Jahren eine zunehmende Konzentration benachteiligter Haushalte in bestimmten städtischen Quartieren zu beobachten ist.

Diese Gebiete bleiben häufig hinsichtlich ihrer Lage, der städtebaulichen Struktur, der Infrastrukturausstattung und/oder der Umweltqualität deutlich hinter der durchschnittlichen Situation in der jeweiligen Stadt zurück. Dadurch wird der Raum selbst zum Faktor der Benachteiligung der hier lebenden Menschen, er wirkt benachteiligend.

Die typischen Merkmale solcher Stadtteile und Quartiere können nach der ökonomischen, sozialen, kulturellen, wohnlichen sowie der räumlichen Dimension von Lebenslagen gegliedert werden.

Abbildung 2 Dimensionen der Lebenslagen in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren



Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Kloth, Melanie (2003): Quartiermanagement zur Entwicklung von Neubauquartieren in benachteiligten Stadtteilen. InWIS-Bericht Nr. 30. Bochum, S. 11.

Nicht alle der dargestellten Merkmale stellen für sich alleine eine Form der Benachteiligung dar: So ist z.B. eine „Heterogene Bevölkerungsstruktur“ an sich kein benachteiligender Faktor. Entscheidend für die Situation benachteiligter Gebiete ist vielmehr das Zusammentreffen vielfältiger Faktoren, zwischen denen zahlreiche Wechselwirkungen bestehen. „Benachteiligte Stadtquartiere“ zeichnen sich dadurch aus, dass neben den hier vorherrschenden „benachteiligenden Wohn- und Umweltbedingungen“ (Wohnqualität, Infrastruktur) in soziokultureller und ökonomischer Hinsicht besonders benachteiligte soziale Gruppen anzutreffen sind²². Das Kennzeichen benachteiligter Gebiete

liegt damit in der Kumulation verschiedener Formen der Benachteiligung.

Als „zentrale“ Folgen dieser Problemkumulation können eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Bewohner/innen, ein negatives Image des Stadtgebietes mit der Folge der Stigmatisierung der Bewohner/innen sowie eine allgemeine Perspektivlosigkeit festgestellt werden. Diese drei Faktoren wirken sich wiederum auf die einzelnen Merkmale aus, so dass sich ein Teufelskreis ergibt.

3.4 Zielsetzungen, Handlungsfelder und Akteure von Stadtteilprävention als Antwort auf soziale Entmischungstendenzen

Verfolgt man den Anspruch einer „sozialen Stadt“, so muss ein sozialer Ausgleich zwischen

Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund (ILS-Schriften 117), S. 23.

²² Staubach, Reiner (1997): Bürger/innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst - Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in

Stadtteilbezogene Prävention – eine Antwort auf soziale Entmischung

den verschiedenen Stadtteilen angestrebt werden. Der Entwicklung benachteiligter Stadtteile muss vorgebeugt, sozialen Entmischungstendenzen begegnet werden. Dies sind Ansatzpunkte der Stadtteilpräventionsarbeit. Hierzu können zwei Zielsetzungen formuliert werden:

- Der fortschreitenden sozialräumlichen Segregation mit seinen negativen Effekten der Entstehung benachteiligter Quartiere ist im Rahmen der – begrenzten – kommunalen Möglichkeiten entgegenzuwirken. Hierzu gehört auch der Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadträumen.

Dennoch wird Segregation und damit die Konzentration Benachteiligter in bestimmten Quartieren aufgrund ihrer globalen Ursachen in den kommenden Jahren auf städtischer Ebene nicht abgebaut werden können. Vor diesem Hintergrund sind

- lokalspezifische Strategien zu entwickeln, die die Lebensbedingungen der Bewohner/innen benachteiligter Quartiere und Stadtteile nachhaltig verbessern.

Je früher die Segregationsprozesse erkannt und diese beiden Zielsetzungen in praktischer, sozialraumorientierter Arbeit verfolgt werden, desto eher kann Stadtteilprävention geleistet werden, d.h. der Entstehung benachteiligter Quartiere oder der Verschärfung sozialräumlicher Problemlagen entgegen gewirkt werden.

Die zwei übergeordneten Zielsetzungen können in unterschiedliche Teilziele und Handlungsfelder untergegliedert werden, denen jeweils spezifische Akteursgruppen zugeordnet werden können.

1. übergeordnete Zielsetzung “Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation”

1. Teilzielsetzung : Erhalt und Ausweitung des Angebotes an preiswerten Wohnungen an unterschiedlichen Wohnstandorten bzw. Stadtteilen durch z.B.
 - Schaffung von zusätzlichen Belegungsmöglichkeiten im Bestand
 - Sozialen Wohnungsneubau

- Verhinderung der Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte im Zuge von Gentrification
2. Teilzielsetzung: Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte aus benachteiligten Gebieten durch z.B.
 - Abbau von sozialen Konfliktlagen im benachteiligten Quartier
 - Steuerung der Miethöhe durch Ausgleichsabgabe
 - Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadtteilen
 3. Teilzielsetzung: Verhinderung der konzentrierten Zuweisung von benachteiligten Haushalten in sozialräumlich segregierte Stadtteile
 - Sensible Belegungssteuerung im Sozialen Wohnungsbau
 4. Teilzielsetzung: Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadträumen
 - Abbau der defizitären Infrastrukturausstattung in benachteiligten Quartieren (verkehrliche Anbindung, soziale Infrastruktur, Einzelhandel, Kultur- und Freizeitangebote)
 - Verbesserung bzw. Modernisierung des baulichen Umfeldes
 - Steigerung der Attraktivität des Wohnumfeldes
 - Verringerung der Immissionsbelastungen

2. übergeordnete Zielsetzung: Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner/innen benachteiligter Stadtquartiere

Diese zweite Zielsetzung lässt sich gemäß der Dimensionen der Lebenslagen der Bewohner/innen in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren (s. Kap. 3.3) in fünf Teilziele differenzieren:

Stadtteilbezogene Prävention – eine Antwort auf soziale Entmischung

1. Teilzielsetzung: Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner.

- Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten,
- Berufliche Förderung/ Förderung der Aus- und Weiterbildung,
- Schaffung von Möglichkeiten des bargeldlosen Erwerbs von Sach- und Dienstleistungen (z.B. Förderung von Nachbarschaftshilfe, Tauschringe)
- Schaffung von Beratungs- und Hilfeangeboten in materiellen Problemlagen (z.B. Schuldnerberatung, Wohngeld-/Sozialhilfeberatung)
- Senkung der Mietbelastung

2. Teilzielsetzung: Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung, z.B. durch

- Schaffung von Beratungs- und Hilfeangeboten in sozialen Problemlagen (z.B. Familienberatung, Kinderbetreuung usw.)
- Erhöhung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens
- Abbau von Vandalismus
- Schaffung von Kontakt- und Lernchancen zwischen verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen
- Förderung von Nachbarschaftskontakten und -bildung sowie Nachbarschaftshilfe
- Verbesserung der Bildungschancen (z.B. schulische Förderung, Sprachförderung)

3. Teilzielsetzung: Förderung der Partizipation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

- Ausbau der Betroffenenbeteiligung
- Förderung von Engagement- und Selbsthilfepotenzialen
- Verbesserung bestehender und Ausbau von kulturellen Angeboten
- Erhöhung des Bildungsniveaus

4. Teilzielsetzung: Verbesserung der Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention

- Verhinderung von Wohnungsnotfallsituationen
- Bedarfsgerechte Modernisierung von Wohnraum

5. Teilzielsetzung: Abbau räumlicher Disparitäten

- Siehe hierzu die Handlungsfelder der 1. Zielsetzung

Um die genannten Zielsetzungen zu erreichen, bedarf es der Schaffung geeigneter Voraussetzungen für ein zielgerichtetes Handeln der relevanten Akteure in den Handlungsfeldern für eine Entwicklung des sozialen Ausgleichs.

Zu den Voraussetzungen gehören:

6. Teilzielsetzung: Sensibilisierung der relevanten Akteure für die Thematik des sozialen Ausgleichs bzw. der sozialräumlichen Segregation

- Öffentlichkeitsarbeit
- Gewinnung von Multiplikatoren

7. Teilzielsetzung: Aktivierung der relevanten Akteure in den Handlungsfeldern durch z.B.

- Erzielen eines kooperativen Vorgehens durch gemeinsame Ziel- und Konzeptformulierung
- Erzielen eines kooperativen Vorgehens durch Bereitstellung und Bündelung von Ressourcen

3.5 Exkurs: Förderung von Engagement und Selbsthilfepotenzialen als Handlungsfeld der Stadtteilprävention

Da im Auftrag dieser Untersuchung dem Thema Selbsthilfe- und Engagementpotenziale eine besondere Bedeutung beigemessen wird, soll dieses Handlungsfeld der Stadtteilprävention hier ausführlicher dargestellt werden. Damit wird auch der hohen Relevanz dieses Themas in den Bemühungen zur Stabilisierung von Stadtteilen Rechnung getragen: die Aktivierung der im Stadtteil vorhandenen Engagementpotenziale ist die Voraussetzung für die erfolgreiche und hinsichtlich der Stadtteilprävention wirksame Umsetzung vieler Maßnahmen in den anderen Handlungsfeldern.

Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement

Unter dem Begriff „Selbsthilfe“ werden im engeren Sinn zunächst solche Handlungen gefasst, die eine Person tätigt, um ihren eigenen Hilfebedarf zu decken („sich selbst helfen“). Unter bürgerschaftlichem Engagement werden demgegenüber alle Arten zwischenmenschlicher Aktionen verstanden, die der Einzelne für einen anderen tätigt. Die Übergänge sind dabei fließend: schließen sich Personen, die von einem Thema individuell betroffen sind, zu einer Gruppe zusammen, um sich gegenseitig bei der Problembewältigung zu unterstützen, lösen sie sich in diesem Moment aus der individuellen Betrachtung der Probleme heraus. Hilfe erfolgt in diesem Fall auch für andere.²³ Der Zugang und damit auch die Motivation für das Engagement sind aber andere: gegenseitige Hilfe in einer Gruppe setzt die eigene Betroffenheit voraus. Bürgerschaftliches Engagement für das Gemeinwesen, abgegrenzt von individuellen Hilfen im privaten Bereich (unter Verwandten und Bekannten), ist dagegen unabhängig von eigener Betroffenheit und setzt eine andere Motivation voraus.²⁴ Grundlegend für die Definition bürgerschaftlichen Engagements ist, dass die Tätigkeiten freiwillig und unentgeltlich übernommen werden.²⁵

Bedeutung von Selbsthilfe und Engagement für die Stadtteilprävention

Die Bereitschaft der Bewohner/innen, sich in schwierigen Lebenssituationen selbst zu helfen, und sich für andere Menschen bzw. Themen zu engagieren, ist eine unverzichtbare gesellschaftliche Ressource. Besonders vor dem Hintergrund der zunehmenden sozialen und ökonomischen Spaltung der Gesellschaft und den damit verbundenen wachsenden Belastungen der Sozialsysteme bei gleichzeitiger Krisensituation der öffentlichen Haushalte wird dem Potenzial an Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement immer mehr Bedeutung beigemessen. Bürgerschaftliches Engagement soll soziale Integration fördern, Ideen und Impulse liefern und den Staat entlasten.

Eine besondere Bedeutung erhält das Engagement der Bewohner/innen daher in den sogenannten benachteiligten Stadtteilen, in denen meist besonders viele Menschen leben, die zur Alltagsbewältigung auf soziale und materielle Hilfen und soziale Netze angewiesen sind. In vielen Gebieten wird zudem konstatiert, dass die nachbarschaftlichen Netze zerrissen sind und die Mitwirkung der Bürger am politischen Leben zum Erliegen gekommen ist, so dass insgesamt das Gemeinwesen nicht mehr funktioniert. In solchen Gebieten erhofft man sich durch die Aktivierung von Selbsthilfe und Bürgerengagement selbsttragende Bewohnerorganisationen sowie stabile nachbarschaftliche Netze zu schaffen und die Entwicklung von Bürgerbewusstsein für den Stadtteil zu fördern.²⁶ Die Beteiligung der Bewohner/innen an der Stadtteilentwicklung soll ihnen Gestaltungsspielräume eröffnen, durch die auch ihr Selbstvertrauen gefördert werde. Dies könne langfristig zu einer Verbesserung des Stadtteilimages und zu einer Stabilisierung des Quartiers

²³ Vgl.: MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen) (1996): *Freiwilliges soziales Engagement in NRW: Potentiale und Förderungsmöglichkeiten*. Zukunft des Sozialstaates Band IV. Düsseldorf, 248f.

²⁴ Vgl.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2000) (Hrsg.): *Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen*. ILS Schrift 167. Dortmund, S. 12.

²⁵ Vgl.: Rosenblatt, Bernhard von (2000): *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart, S. 43, zitiert nach: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2002). *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Bundestagsdrucksache 14/2351. Berlin, S. 26.

²⁶ Vgl.: Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder (Argebau) (2000): *Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“*, Zweite Fassung vom 01.03.2000. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.): *Programmgrundlagen*. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 3. Berlin, S. 4f.

beitragen.²⁷ Dieser erhoffte Beitrag von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement zur Stabilisierung von Quartieren ist entsprechend auch ein wichtiger Ansatzpunkt der Stadtteilprävention.

Wer engagiert sich?

Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys von 1999 zeigen, dass sich in Deutschland rund 22 Millionen Menschen bürgerschaftlich engagieren. Frauen sind engagierter als Männer. Ihr Engagement ist tendenziell familienbezogen und sozial ausgerichtet, während Männer sich stärker in Bereichen mit Berufsrelevanz und Prestige engagieren.²⁸ Die höchsten Quoten an Engagement finden sich in der mittleren Altersgruppe.²⁹ Verschiedene Untersuchungen stellen heraus, dass bürgerschaftliches Engagement mit dem Bildungsstand, dem beruflichen Status sowie mit der Schichtzugehörigkeit positiv korreliert.³⁰ Dies verweist auf die besondere Schwierigkeit, gerade in benachteiligten Stadtteilen die Bewohner/innen für Selbsthilfe und Engagement zu aktivieren. Denn hier sollen gerade die Menschen, die „zur Selbsthilfe, zur Verbesserung ihrer eigenen Situation aus eigenem Engagement

am wenigsten in der Lage sind“, angesprochen werden.³¹

Motive bürgerschaftlichen Engagements

Sollen Selbsthilfe und Engagement im Stadtteil mobilisiert werden, muss Klarheit über mögliche, zu Grunde liegende Motive der Bewohner/innen herrschen. Die Stiftung Mitarbeit stellt folgende Motive für bürgerschaftliches Engagement heraus (ohne Rangfolge):³²

- Betroffenheit (das Thema berührt die eigene Lebenswelt, das eigene Tätigwerden führt zu einer Verbesserung der eigenen Lebensqualität),
- Selbstverwirklichung (eigene Fähigkeiten einbringen und weiterentwickeln, Interessen durchsetzen, Menschen kennen lernen, Interessantes erleben),
- Aktiv sein (aktiv bleiben, aus dem eigenen Umfeld herauskommen, neben Beruf und Freizeit mehr ausgelastet sein),
- Gemeinschaftsorientierung (anderen helfen, Nützliches für das Allgemeinwohl und den Zusammenhalt der Menschen tun, praktische Nächstenliebe),
- Bürgerpflicht (der Bürgerpflicht nachkommen, soziales Ansehen erwerben, öffentliches Geld einsparen helfen).

In der Motivlage ist den letzten Jahren ein Wandel festzustellen: Während die Erfüllung der Bürgerpflicht an Bedeutung verliert, werden die Selbstverwirklichung und das Bedürfnis über den Beruf hinaus aktiv zu sein und eigenen Wünschen und Neigungen nachzugehen wichtiger.³³ Nach wie vor ist die eigene Betroffenheit ein wesentlicher Anlass für Engagement. Modellhaft kann die Entwicklung

²⁷ Vgl.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2000) (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. ILS Schrift 167. Dortmund, S. 46.

²⁸ Vgl.: Rosenblatt, Bernhard von (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart, S. 44, zitiert nach: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2002). Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestagsdrucksache 14/2351. Berlin, S. 26.

²⁹ Vgl.: Eichener, Volker; Fischer, Veronika u.a. (2002): Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements in einer Großstadt. Wissenschaftliche Evaluation der Altenarbeit der Düsseldorfer Netzwerkarbeit. Erstellt am Fachbereich Sozialarbeit der Fachhochschule Düsseldorf im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW. Düsseldorf, S. 13.

³⁰ ebd.

³¹ Selle, Klaus (1991): Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Beobachtungen aus sechs Ländern. Dortmund, S. 73f.

³² Vgl.: Bundesministerium des Innern (2002) (Hrsg.): Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Wegweiser Bürgergesellschaft. Berlin, S. 43

³³ Vgl.: Bundesministerium des Innern (2002) (Hrsg.): Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Wegweiser Bürgergesellschaft. Berlin, S. 23

von der eigenen Betroffenheit hin zu bürgerschaftlichem Engagement in vier Stufen beschrieben werden: Es beginnt mit dem auf sich selbst bezogenen „Ich für mich“, das aus persönlichen Bedürfnissen erwächst. Nach dem Beitritt zu einem Netzwerk/einer Gruppe ist der nächste Schritt das „Ich mit anderen für mich“. Die weitere Integration in die Gruppe führt zur eigenen Übernahme von Aktivitäten und damit zum „Ich mit anderen für andere“. Im positiven Fall folgt daraus bei sich entsprechend veränderten Bedarfslagen das „Andere mit anderen für mich“.³⁴

Formen bürgerschaftlichen Engagements

Ebenso wie die Motive ist auch die Form, in der sich bürgerschaftliches Engagement ausdrückt, sehr unterschiedlich. Sie kann von einer Spende für ein bestimmtes Projekt bis zur langfristigen Übernahme von Positionen und damit Verantwortung in festen Vereins- oder Organisationsstrukturen reichen. Dabei kann in den letzten Jahren ein Wandel festgestellt werden: Immer mehr traditionelle Organisationen und Vereine beklagen die rückläufigen Aktivitäten, Mitgliederverluste oder auch den Mangel an Nachwuchs, insbesondere wenn es um die Übernahme von dauerhaften Verpflichtungen geht. Demgegenüber tritt bürgerschaftliches Engagement zunehmend in neuen Formen der Selbstorganisation wie Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen auf.³⁵ Charakteristisch für diese neuen Formen ist, dass

- das Engagement für abstrakte, übergeordnete Themenbereiche zurückgeht und für projektbezogene Aufgaben zunimmt,
- die Übernahme längerfristiger Verpflichtungen tendenziell abnimmt und die Einsatzbereitschaft für zeitlich begrenzte Aufgaben zunimmt und

- kleine, überschaubare Gruppengrößen an Bedeutung gewinnen, da die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls für den Einzelnen wichtiger wird.³⁶

Aktivierung und Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement

Die Vielfalt an Motiven für und Ausdrucksformen von Engagement macht deutlich, dass es keine generelle Strategie zur Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements geben kann. Methoden zur Aktivierung müssen vielmehr jeweils gezielt auf die Situation vor Ort und die sozialen, kulturellen und ökonomischen Hintergründe der zu gewinnenden Personengruppe zugeschnitten sein. Die Aktivierungsstrategie muss an den Interessen und Themen der Bewohner/innen ansetzen. Um nicht nur kurzfristig Aktivierungserfolge zu erzielen, müssen tatsächliche Handlungsspielräume für Engagement vorhanden sein und den Bewohner/innen muss das Gefühl vermittelt werden können, dass ihr Engagement benötigt und einen sinnvollen Beitrag zum Gemeinwesen im Stadtteil leisten kann. Aus diesen Erkenntnissen lassen sich folgende Empfehlungen für die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement im Kontext der Stadtteilprävention ableiten:

- *Relevante Themen auswählen:* Der Gegenstand des Engagement muss für die Bewohner/innen von Bedeutung sein und eine höhere Dringlichkeit aufweisen als andere Themen. Akute, drängende Probleme müssen angegangen werden, bevor ein weiteres Engagement zu erwarten ist. Für die Menschen im Stadtteil können daher andere Themen relevant sein als für die Experten der Stadtverwaltung.³⁷
- *Interesse wecken und Möglichkeiten aufzeigen:* Bislang nicht engagierte Bewohner/innen können meist nicht über allgemeine Aufrufe zur Mitarbeit gewonnen werden. Um ihr Interesse zu wecken ist eine direkte, auf die Interessen

³⁴ Vgl.: Fischer, Veronika (2003): Der Stellenwert der Erwachsenenbildung im Rahmen der Netzwerkarbeit. In: Fischer, Veronika; Eichener, Volker; Nell, Karin (Hg.): Netzwerke – ein neuer Typ bürgerschaftlichen Engagements. Zur Theorie und Praxis der sozialen Netzwerkarbeit mit Älteren. Schwalbach/Ts., S. 171ff.

³⁵ Vgl.: Bundesministerium des Innern (2002) (Hrsg.): Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Wegweiser Bürgergesellschaft. Berlin, S. 25.

³⁶ Vgl.: Bundesministerium des Innern (2002) (Hrsg.): Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Wegweiser Bürgergesellschaft. Berlin, S. 25.

³⁷ Vgl.: Selle, Klaus (1991): Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Beobachtungen aus sechs Ländern. Dortmund, S. 75.

und Handlungsmuster der jeweiligen Zielgruppe/ Zielperson abgestimmte Ansprache notwendig.³⁸ Entsprechende Aktivitäten sollten niedrigschwellig, aufsuchend und aktivierend sein.³⁹ Um die oft existierende Resignation zu überwinden, müssen dabei die tatsächlich vorhandenen Gestaltungsspielräume und damit der eigentliche Anreiz für Engagement deutlich gemacht werden.⁴⁰

- *Anreize schaffen:* Neben dem Interesse, aktiv zu sein und Verantwortung zu übernehmen, suchen viele Engagierte einen Mehrwert in ihrer Tätigkeit. Sie wollen Erfahrungen sammeln und sich persönlich weiterentwickeln. Dieses Bedürfnis kann z.B. durch entsprechende Qualifizierungsangebote aufgegriffen werden.⁴¹
- *Flexible Möglichkeiten für Engagement schaffen:* Die Bandbreite an möglichen Formen des Engagements muss an die Ressourcen und Wünsche der jeweiligen Zielpersonen angepasst werden. Insbesondere muss gewährleistet sein, dass auch ein Ausstieg aus der freiwilligen Tätigkeit unkompliziert und ohne „Ächtung“ möglich ist.
- *Klare Strukturen schaffen:* Um Engagement zu wecken, muss der Rahmen, in dem die freiwillige Tätigkeit ausgeübt werden soll, transparent werden. Die mit der Tätigkeit verbundenen Ziele müssen eindeutig, die organisatorischen Rahmenbedingungen (z.B. Vereinsstruktur) und die Bedeutung des Engagements für das

jeweilige Projekt klar und der Aufwand einschätzbar sein.⁴²

- *Engagement begleiten und anerkennen:* Um Engagement zu stabilisieren und längerfristig selbsttragende Strukturen zu entwickeln, ist eine Betreuung der Aktiven notwendig. Die Betreuung dient als Ansprechpartner für Fragen, sie sorgt für die Anbindung der „Neuen“ an die bestehenden Strukturen (z.B. informeller Kreis von Aktiven in einem Stadtteil) und für die Rückkopplung der Bedeutung des Engagements bzw. die Anerkennung der Leistungen. Anerkennung kann z.B. über persönliche Dank sagungen, positive Presseresonanz, oder auch öffentliche Auszeichnungen erfolgen.
- *Schnelle Umsetzungen ermöglichen:* Engagement erlischt schnell, wenn selbst kleinere Aktivitäten (z.B. die gemeinsame Bepflanzung einer Grünfläche) nicht zügig und unbürokratisch finanziert werden können. Bewährt haben sich daher Verfügungsfonds, aus denen unkompliziert die Förderung von Aktivitäten ermöglicht werden kann.

³⁸ Vgl.: Bundesministerium des Innern (2002) (Hrsg.): *Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Wegweiser Bürgergesellschaft*. Berlin, S. 39

³⁹ Vgl.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (1997) (Hrsg.): *Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf: ILS Schrift 117*. Dortmund, S. 26.

⁴⁰ Vgl.: Selle, Klaus (1991): *Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Beobachtungen aus sechs Ländern*. Dortmund, S. 77.

⁴¹ Vgl.: Bundesministerium des Innern (2002) (Hrsg.): *Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Wegweiser Bürgergesellschaft*. Berlin, S. 41

⁴² Vgl.: Selle, Klaus (1991): *Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Beobachtungen aus sechs Ländern*. Dortmund, S. 77.

4 Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Die folgende Bestandsaufnahme der drei ausgewählten Kölner Stadtteile stützt sich im Wesentlichen auf die Auswertung der amtlichen Kölner Statistik. Hinsichtlich der sozialstrukturellen Merkmale wurden darüber hinaus Daten des Sozial- sowie des Arbeitsamtes der Stadt Köln (Stand: Januar 2002 bzw. 1. Quartal 2002) eingeholt. Des Weiteren fließen in die Situationsanalyse die Ergebnisse der durchgeführten Interviews mit Schlüsselpersonen aus den Stadtteilen, Ortsbegehungen sowie die Ergebnisse der Bewohner/innenbefragung des InWIS vom Oktober 2002 ein. Für einzelne Stadtteile wird zudem auf spezifisches Informationsmaterial zurückgegriffen:

- für den Stadtteil Stammheim auf die Ergebnisse der „Stadtteil- und Lebensweltanalyse Köln-Stammheim“ vom Dezember 2000⁴³,
- für das Gebiet Finkenberg die Ergebnisse der 1999 fertiggestellten vorbereitenden Untersuchung der Stadt Köln zur Festschreibung des Sanierungsgebietes Finkenberg (gemäß §§ 140, 141 BauGB) sowie das im April 2001 fertiggestellte „Integrierte Handlungskonzept - Stufe 1“ der Stadt Köln,
- für den Stadtteil Bilderstöckchen auf die Projektzwischenberichte des SkM e.V. Köln (vgl. Sozialdienst katholischer Männer e.V. Köln o.O., o.J.) und eine Stadtteilbegehung (durchgeführt im Februar 2003).

4.1 Bilderstöckchen

4.1.1 Historische Entwicklung und räumliche Lage

Der Stadtteil Bilderstöckchen liegt in rund 2 Kilometer Luftlinienentfernung nordwestlich des Kölner Stadtzentrums. Er gehört zum linksrheinischen Stadtbezirk Nippes, in dem, zwischen dem Stadtzentrum und dem Stadtbezirk Chorweiler gelegen, heute rund 110.000 Menschen leben. Der Name Bilderstöckchen stammt von einem Grenzstein (Bildstock) aus dem Jahre 1556. Zur dieser Zeit war Bilderstöckchen ein offenes Flurfeld, das von Bauern aus der Umgebung als Viehweide benutzt oder bewirtschaftet wurde. Erst nach dem 2. Weltkrieg, als die Wohnungsnot in Köln sehr groß war, begann der Ausbau des Stadtteils. Wohneinheiten für Obdachlose und Aussiedlerfamilien entstanden. Innerhalb von wenigen Jahren entwickelte sich die Einwohnerzahl von 400 auf 11.000 Einwohnern⁴⁴.

Heute wird der Stadtteil im Westen von der Autobahn A57, im Norden von einem Gewerbegebiet, im Osten von ausgedehnten Gleisanlagen eines Verschiebebahnhofes und im Süden von einer Bahnlinie sowie der Bundesstraße B55a begrenzt. Vor allem die Autobahn und die zum Bahnhof zugehörigen Gleisanlagen wirken als räumliche Barrieren zu den umliegenden Stadtteilen.

Rund 14.000 Menschen bzw. 6.400 Haushalte leben derzeit, d.h. im Jahr 2001, in Bilderstöckchen, das sich aus fünf statistischen Wohnquartieren (Bilderstöckchen, Parkgürtel-Nord, Parkgürtel-Süd, Gewerbegebiet Bilderstöckchen, Gewerbegebiet Schlachthof-Nord) zusammensetzt (siehe Karte).

⁴³ Vgl. Freiwald, Jens; Müller, Brigitte (2001): Stadtteil- und Lebensweltanalyse Köln-Stammheim im Auftrag des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln e.V. Köln, unveröff. Manuskript. Köln.

⁴⁴ Wer? Was? Wo? Arbeit, Hilfe und Unterstützung, Beratung, Bildung, Freizeit und Kultur im Bezirk Nippes, Broschüre. Köln.

Abbildung 3 Stadtviertel Bilderstöckchen



Quelle: Stadt Köln

4.1.2 Soziale und ökonomische Lage der Stadtteilbewohner

In der demographischen Zusammensetzung der Stadtteilbewohner ist Bilderstöckchen im Vergleich zur Gesamtstadt ein eher familiengeprägter Stadtteil, was sich in einem überdurchschnittlichen Anteil von Kinder und Jugendlichen (21%) ausdrückt. Zudem weist Bilderstöckchen mit 24% einen vergleichsweise hohen Ausländeranteil auf, innerhalb derer türkische Bewohner mit knapp zwei Drittel Anteilen (62%) die größte Bevölkerungsgruppe stellen (zum Vergleich Köln: 42%).

Das Teilgebiet Bilderstöckchen, zu dem auch das in der Kommunalstatistik getrennt aufgeführte

Gewerbegebiet Bilderstöckchen zählen, ist innerhalb des Stadtteils mit rund 7.500 Einwohnern und 3.300 Haushalten das Viertel mit den meisten Bewohnern. In der Zusammensetzung der Bewohner nach Altersstruktur und Nationalitäten spiegelt es die charakteristischen Merkmale des gesamten Stadtteils wider.

Die Teilgebiete Parkgürtel-Nord und Parkgürtel-Süd sind dagegen durch ältere Bewohner (25,5% sind über 60 Jahre, im Vergleich zu 23% im gesamten Stadtteil, Köln: 22%) und dementsprechend weniger Familienhaushalten geprägt. In Parkgürtel-Süd sind immerhin drei Viertel (76%) der dort ansässigen Haushalte Ein- und Zweipersonenhaushalte. Der Ausländeranteil ist mit 21% der Bewohner eher unterdurchschnittlich. Das von der Zahl der Bewohner her kleinste Teilgebiet, der Schlachthof-Nord, kennzeichnet sich durch höhere Bevölkerungsanteile bei jungen Erwachsenen und einen sehr hohen Anteil ausländischer Bewohner mit 36%, zudem beherbergt es vorwiegend Einpersonenhaushalte (51%, Bilderstöckchen gesamt: 40%, Köln: 48%).

Im interkulturellen Zusammenleben der Bevölkerung ist der Ausländeranteil objektiv gesehen zwar hoch, jedoch wird er von fast jedem dritten befragten, deutschen Bewohner noch um mehr als 10 Prozentpunkte überschätzt. In der subjektiven Wahrnehmung erhalten Migranten damit eine überproportionale Bedeutung. Die unterschiedlichen Nationalitäten leben in Bilderstöckchen zudem relativ separiert voneinander: Ebenfalls jeder dritte Befragte hat keinen Kontakt zu Personen anderer Nationalität und wünscht diesen auch nicht.

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung und die Arbeitslosenquote sind Indikatoren für die ökonomische Situation der Stadtteilbewohner.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenbergr

Abbildung 4 Altersstruktur und Ausländeranteil in Bilderstöckchen im Jahr 2001

Stand: Dez. 2001	Einwohner	%	0 – 18	%	18 - 25	%	25 – 65	%	ab 60	%	Ausländer	%
Bilderstöckchen	7.518	54,7	1.712	22,8	610	8,1	3.559	47,3	1.634	21,7	1.801	24,0
Parkgürtel-Nord	2.170	15,8	419	19,3	162	7,5	1.057	48,7	532	24,5	450	20,7
Parkgürtel-Süd	2.688	19,5	483	16,0	209	7,8	1.289	48,0	707	26,3	557	20,7
GE Schlachthof-Nord	1.384	10,0	237	17,1	142	10,3	708	50,4	297	21,5	498	36,0
gesamt	13.773	100,0	2.855	20,7	1.125	8,2	6.621	48,0	3.172	23,0	3.306	24,0
Köln	1.019.049	100,0	163.276	16,1	85.290	8,4	545.151	53,5	225.332	22,1	182.456	17,9

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik – Informationsservice

Abbildung 5 Ursachen des Sozialhilfebezugs im Jahr 2002

Gebiet	Bilderstöckchen		Köln	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Sozialhilfeempfänger Stand: Jan. 2002*; Sozialhilfedichte**	1 191	8,8	64 997	6,7
Bedarfsgemeinschaften Stand: Jan. 2002*	570	100	38 158	100
Sozialhilfebezug durch				
Arbeitslosigkeit	200	35,1	14 658	38,4
häusliche Bindung	103	18,1	4 933	12,9
Krankheit / Behinderung	54	9,5	3 578	9,4
unzureichendes Einkommen	64	11,2	2 506	6,6
unzureichende Rente	68	11,9	4 813	12,6
Ursache beim Unterhaltspf.	39	6,8	1 833	4,8
Sonstiges	42	7,4	5 837	15,3

* Bei den Sozialhilfedaten handelt es sich um Ergebnisse des automatisierten Verfahrens, je nach Erfassungsgrad ca. 90 % aller Fälle, ohne Asylbewerber / **(Personen in % d. Einwohner m. Hauptwohnung)/ Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik – Informationsservice

Die Sozialhilfedichte liegt im Stadtteil Bilderstöckchen mit rund 9% im Jahr 2002 in etwa im Kölner Durchschnitt mit 7%. Allerdings ist der Anteil der Kinder an allen Kindern unter 18 Jahren, die in Sozialhilfe leben, in Bilderstöckchen mit 18% doch etwas deutlicher ausgeprägt als im gesamtstädtischen Durchschnitt mit 14%. Die Bezugsdauer der Sozialhilfe – differenziert nach Bezug bis bzw. über 6 Monaten, unterscheidet sich in Bilderstöckchen nicht vom gesamtstädtischen Durchschnitt: Im gesamten Stadtteil beziehen 14% weniger als 6 Monate Sozialhilfe (Köln: 13%) und 44% schon seit über 4 Jahren (Köln: 41%). Die Hauptursache ist auch hier „Arbeitslosigkeit“ (35%, Köln: 38%), gefolgt von „häuslicher Bindung“ (18%, Köln: 12%) sowie „unzureichendes Einkommen / Rente“ (23%, Köln: 19%).

Differenziert man nach den Teilgebieten innerhalb des Stadtteils, so fällt auf, dass es überproportional viele Bedarfsgemeinschaften⁴⁵ im Quartier Bilderstöckchen (64% zu 52% Haushaltsanteil) gibt, unterproportional wenige in Parkgürtel-Nord (7% zu 16% Haushaltsanteil).

⁴⁵ Eine Bedarfsgemeinschaft ist die Gesamtheit der mit ihren Einkommen und Vermögen in die Bedürftigkeitsprüfung einbezogenen, demselben Haushalt angehörigen Personen (vgl. Schellhorn, Walter; Jirasek, Hans; Seipp, Paul (1997): Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Ein Kommentar für Ausbildung, Praxis und Wissenschaft. 15. Auflage, zitiert nach:

<http://www.5-q.de/paso/instrumente/ErlaeuterungGRunddaten.pdf>)

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenbergr

Abbildung 6 Bezugsdauer in der Sozialhilfe im Jahr 2002

Stand: Jan. 2002	Quartier Bilderstöckchen		Parkgürtel- Nord		Parkgürtel- Süd		Schlachthof- Nord		ges. Bilderstöckchen		Köln ges.
	abs.	% ⁴⁶	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	%
Bedarfsgemeinschaften	365	64%	41	7%	123	22%	40	7%	570	100%	-
Bezug bis 6 Monate	53	14,5	6	0,15	16	0,13	3	0,07	78	0,14	13%
Bezug über 6 Monate	312	85,5	35	0,85	107	0,87	37	0,93	491	0,86	87%

Quelle: Sozialraumanalyse Bilderstöckchen

Abbildung 7 Arbeitslosigkeit im Jahr 2002 Bilderstöckchen nach Alter

Stand: Sep. 2002	Arbeitslose	<25 J.	<25 J. in %
Quartier Bilderstöckchen	415	57	13,7%
Parkgürtel-Nord	78	2	2,6%
Parkgürtel-Süd	167	16	9,6%
Schlachthof-Nord	83	13	15,7%
Bilderstöckchen gesamt	744 (12,4%)	88	11,8%
Köln gesamt	52 298 (12,0%)	-	9,6%

Quoten in Abhängigkeit der zivilen Erwerbstätigen; Quelle: Arbeitsamt Köln

Abbildung 8 Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in Bilderstöckchen und Köln im Vergleich

	Bilderstöckchen	Köln
Arbeitslose (Stand: 31.03. 2002)	703 (14,2%)	52 425 (13,6%)
Langzeitarbeitslose (Stand: 31.12.2001)	231 (33,0%)	18 770 (35,8%)

Quoten in Abhängigkeit der ziv. Erwerbstätigen; Quelle: Arbeitsamt Köln

⁴⁶ jeweils bezogen auf die Gesamtheit der genannten Merkmalsträger

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenbergr

Die Arbeitslosenquote liegt in Bilderstöckchen im 3. Quartal 2002 bei 12,4% und übersteigt damit leicht die gesamtstädtische Quote von 12%. Auffällig hoch ist jedoch die Jugendarbeitslosigkeit: Während im Stadtteil 11,8% der unter 18-Jährigen arbeitslos gemeldet ist, beträgt der Anteil in Köln nur 9,6%. Die Anteile älterer Arbeitsloser über 55 Jahre (16%) sowie der Langzeitarbeitslosen (33%) unterschreiten den Kölner Durchschnitt (18% bzw. 36%).

Innerhalb des Stadtteils gibt es im Teilgebiet Parkgürtel-Nord dabei unterproportional wenige Arbeitslose (10% aller Arbeitslosen im Verhältnis zu 16% Bevölkerungsanteil). In allen anderen Stadtteilen sind sie dafür leicht überrepräsentiert. Dasselbe Muster finden wir auch bei der Jugendarbeitslosigkeit: in Parkgürtel-Nord liegt der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren bei 2,6% (2 Personen). Insgesamt gab es im oben genannten Zeitraum aber so gut wie keine Veränderung bei den unter 25-Jährigen (Anstieg von 86 auf 88 Personen). Die Quote für den Stadtteil liegt bei 11,8% (Köln 9,6%).

Im Vergleich zum 1. Quartal 2002 ist in Bilderstöckchen die Zahl der Arbeitslosen von 703 auf 744 gestiegen, die Quote aber von 14,2% auf 12,4% zurückgegangen. In Köln ist ein Rückgang sowohl der absoluten Zahlen als auch der Quote zu beobachten.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als 1 Jahr arbeitslos) betrug Ende 2001 in Bilderstöckchen 33%, in Köln 26%.

In der sozialen Dimension der Lebenslage der Stadtteilbevölkerung spielt das Sicherheitsempfinden sowie die Sauberkeit und Ordnung des öffentlichen Raumes für das Wohlbefinden im Stadtteil eine große Rolle. Gewaltsame Auseinandersetzungen konkurrierender Jugendbanden sind ein Problem, das in Bilderstöckchen besonders stark und medienwirksam an die Oberfläche geraten ist und das Sicherheitsgefühl der Bewohner/innen nachhaltig beeinflusst. Hinzu treten laut Expertenaussagen oft auch Vandalismus, Drogenkonsum im öffentlichen Raum und eine hohe Zahl häuslicher Gewalttaten. Dies schlägt sich im Sicherheitsempfinden der Stadtteilbewohner nieder: Nach Ergebnissen der

Bewohnerbefragung fühlen sich nur 41% der Befragten in ihrem Wohnumfeld stets sicher.

Besonders konzentriert sich nach Aussagen von befragten Schlüsselpersonen die Bereitschaft zur Gewalt im Bereich der Jugendeinrichtung Luckys Haus und der nahegelegenen Hochhaussiedlung (Am Bilderstöckchen/ Alzeyer Straße), die von den Experten auch als „Armutinseln“ bezeichnet wird.

Die benannten Merkmale der sozialen und ökonomischen Dimension der Lebenslage der Stadtteilbevölkerung tragen sicherlich dazu bei, dass das soziale Umfeld von den befragten Bewohnern mit einer Note von 3,1 als eher wenig zufriedenstellend bewertet wurde.

4.1.3 Räumliche Dimension der Lebenslagen: Städtebauliche Qualität und Infrastrukturausstattung

Städtebauliches Erscheinungsbild

56% der Wohnhäuser in Bilderstöckchen sind Mehrfamilienhäuser, Ein- und Zweifamilienhäuser sind mit rund 40% vertreten. Der Großteil des Wohnbestandes wurde aufgrund der Stadteilerpansion in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg in den 50er Jahren errichtet (47%) und weist dementsprechenden Modernisierungs- und Sanierungsbedarf auf. Daneben existieren Wohnheime für Aussiedler und Obdachlose, z.B. in der Escher Straße nahe der dort gelegenen Hochhäuser.

Als Bauweise herrscht der Zeilenbau der 50er und 60er Jahre vor, wobei der Großteil der Mehrfamilienhäuser zwei bis vier Geschosse aufweist. Lediglich im Teilgebiet Bilderstöckchen existieren einige 6-8 geschossige Wohnanlagen, die in den Experteninterviews als „die Hochhäuser“ bezeichnet wurden. Der Anteil der Wohnungen im Stadtteil, die nur mit einem Wohnberechtigungsschein bezogen werden können (Sozialwohnungen), ist im Vergleich zur Gesamtstadt (13%) mit 28% relativ hoch.

Durch das Abstandsgrün zwischen den Bauzeilen, durch den Verzicht auf eine direkte Straßenrandbebauung, der weitgehenden Anlage von Vorgärten sowie durch die straßenbegleitenden Bäume wirkt der Stadtteil sehr durchgrünt.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenbergr

Kritisch wird von Experten der teilweise schlechte Zustand der Wohnhäuser betrachtet; das Wohnumfeld ist in einigen Bereichen Bilderstöckchens durch Müll und Vandalismuserscheinungen gekennzeichnet. Die befragten Bewohner/innen haben dementsprechend ihre Unzufriedenheit mit dem Zustand der Gebäude und der allgemeinen Sauberkeit und Ordnung dadurch zum Ausdruck gebracht, dass sie lediglich Benotungen von 3,3 bzw. 3,6 vergaben. Besonders nachvollziehbar wird diese Unzufriedenheit bei der Betrachtung der leerstehenden Häuserzeilen im südlichen Bereich des Teilgebietes Bilderstöckchens (ehemalige Wohnungen belgischer Soldaten im Gebiet Uracher Straße/Göppingerstraße). Hier prägen triste und verschmierte Fassaden, fehlende Balkonbrüstungen und Müll das Straßenbild.

Anbindung an ÖPNV und Straßennetz

Als innenstadtnaher Stadtteil ist Bilderstöckchen gut an den ÖPNV angeschlossen. Neben den vier Buslinien, die Bilderstöckchen mit den umliegenden Stadtteilen verbinden, liegen zwei S-Bahnhaltestellen sowie zwei U-Bahnhaltestellen im Stadtteil. Mit der S-Bahn, die im 20 Minuten Takt Bilderstöckchen anfährt, ist es möglich, in 7 Minuten den Kölner Hauptbahnhof zu erreichen. Mit der U-Bahn, die alle 10 Minuten abfährt, benötigt der Reisende für dieselbe Strecke ca. 15 Minuten, wobei er ein einmaliges Umsteigen einkalkulieren muss. Die Bewohner/innen bestätigen diesen, von außen auf Bilderstöckchen gerichteten Blick: Die Bewertung der Mobilität mit den öffentlichen Verkehrsmitteln wird mit einer Note von 1,8 als gut bewertet.

Die verkehrliche Anbindung des Stadtteils für den Individualverkehr kann ebenso als gut bezeichnet werden. Für den Autoverkehr ist Bilderstöckchen über zwei Zufahrten zur A 57 zu erreichen. Zudem führen die Querverbindungen Parkgürtel und Äußere Kanalstraße in andere Stadtteile Kölns.

Verkehrsbelastung

Innerhalb der Wohngebiete ist die Belastung durch den fließenden Verkehr relativ gering, da hier lediglich Anwohnerverkehr dominiert. Allerdings

sind die Straßen, die den Stadtteil umgeben, sowie eine Hauptverkehrsstraße, die Teilgebiete Parkgürtel-Nord und Parkgürtel-Süd voneinander trennt, von Durchgangsverkehr geprägt und weisen durch ihre verbindende Wirkung zum Industriegebiet und zur A57 auch ein hohes LKW-Aufkommen auf. Von Lärmbelastungen durch die Autobahn wird Bilderstöckchen allerdings durch den breiten Grüngürtel im Westen abgeschirmt. Daher ist die Beurteilung der Verkehrsbelastung in ihren Stadtteil durch die befragten Bewohner/innen mit einer Note von 3,1 nicht mehr zufriedenstellend.

Die Freiflächenreduzierung durch den ruhenden Verkehr ist innerhalb Bilderstöckchens mit einer Kfz-Dichte⁴⁷ von 2,8 im Vergleich zur Gesamtstadt Köln (3,6) vergleichsweise gering.

Grünflächenversorgung

Westlich von Bilderstöckchen befindet sich der 1911 eröffnete Blücher Park, der, eingebunden in den Grünzug Bürgerpark Nord, den Inneren und Äußeren Grüngürtel der Stadt Köln miteinander verbindet. Außerdem befindet sich eine größere Kleingartenanlage in diesem Bereich. Beide Anlagen sind fußläufig in wenigen Minuten vom Stadtteil aus zu erreichen. Weiterhin erstreckt sich nach Norden, entlang des Industriegebietes (GE-Bilderstöckchen), eine ausgedehnte Freifläche mit einem Baggersee und zahlreichen Wegenetzverbindungen. Insgesamt wird die Versorgung mit Grünflächen von den Bewohner/innen in Bilderstöckchen als noch zufriedenstellend (Note: 2,3) bewertet.

Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen

Neben vereinzelt gelegenen Kiosken, Imbissen und kleinen Supermärkten, wird die Versorgung der Bewohner Bilderstöckchens mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs weitgehend durch

⁴⁷ Die KFZ-Dichte ermittelt sich aus der Anzahl der gemeldeten KFZ-Fahrzeuge bezogen auf alle Einwohner unter 14 Jahren. Je höher der Wert, desto höher die Kfz-Dichte. Dieser Indikator trifft eine indirekte Aussage über die Freifächensituation im Sozialraum (Bewegungsräume) und über die Belastung aus Lärm und Abgasen, was für Kinder besonders relevant ist.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenbergr

die Geschäfte gewährleistet, die sich entlang des Schiefenburger Weges angesiedelt haben (siehe Karte). Diese Straße bildet die Grenze zwischen den Teilgebieten Bilderstöckchen und Parkgürtel-Nord und ist eine der Hauptverkehrsachsen im Stadtteil. Mehr als eine Grundversorgung ist hierdurch aber nicht gegeben. Allerdings sichert die Nähe und die gute Anbindung Bilderstöckchens mit öffentlichen Verkehrsmitteln die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die nicht täglich bezogen werden müssen. Die Einkaufsmöglichkeiten in Bilderstöckchen werden von den Bewohnern/innen durchschnittlich mit einer Note von 2,9, also gerade noch zufriedenstellend, bewertet.

Für die Erfüllung des öffentlichen Bildungsauftrages sorgen in Bilderstöckchen zwei Grundschulen, zwei weiterführende Schulen (Hauptschule/Gymnasium) und eine berufsbildende Schule. Des Weiteren gibt es im Stadtteil vier Krabbelgruppen, fünf Kindertagesstätten sowie drei Kinderhorte. Die Bewertung des Angebotes an Schulen und Möglichkeiten der Kinderbetreuung durch die Bewohnern/innen des Stadtteils fällt mit einer Note von 2,5 noch zufriedenstellend aus.

Angebot an Freizeitmöglichkeiten

Den Bewohnern/innen stehen in Bilderstöckchen lediglich Sportplätze zur Verfügung, weitere Angebote wie z.B. Schwimmbäder oder städtische Bildungs- und Kultureinrichtungen fehlen völlig. Angebote zur Gestaltung der freien Zeit werden in Bilderstöckchen vorwiegend von kirchlichen Trägern und freien Wohlfahrtsverbänden angeboten. Für Kinder und Jugendliche ist das Angebotsspektrum dabei vergleichsweise am größten und reicht von offenen Freizeittreffs, Ferienprogrammen, Ferienfahrten bis zu verschiedenen Sportangeboten. Allerdings wird aus Bewohnersicht das auf Kinder und Jugendliche zugeschnittene Freizeitangebot als wenig zufriedenstellend bewertet (Note: 3,6), wobei bei dieser Beurteilung aus Erwachsenensicht auch qualitative Aspekte einfließen.

Das quantitative Freizeitangebot für Erwachsene fällt demgegenüber bedeutend schwächer aus, nur ein Sportangebot und ein Computertreff, die beide von dem Verein ökumenischer Fördergemeinschaften angeboten werden, stehen hier den Erwachsenen

zu Verfügung. Auch die Möglichkeit, Cafes und Restaurants im nahen Wohnumfeld zu besuchen, ist gering, da außer einigen wenigen Kneipen und Schnellimbissen diese Angebote im Stadtteil völlig fehlen. Die Bewertung der Bewohner/innen hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit den Freizeitangeboten fällt auf Grund der genannten Defizite schlecht aus. Die durchschnittliche Bewertung liegt hier nur bei einer Note von 3,8.

Beratungs- und Betreuungsangebote

Auch für Hilfe- und Unterstützungsangebote im sozialen Bereich sind in Bilderstöckchen fast ausschließlich kirchliche Träger und freie Wohlfahrtsverbände verantwortlich. Die „Initiative für gemeinsame Arbeit e.V.“ betreibt den „Kellerladen“ mit Angeboten für die Bewohner der „Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH“ und der näheren Umgebung. Der Verein „Netzwerk e.V.“ organisiert eine Kindertagesstätte und den Bürgertreff Bilderstöckchen. Kommunale Behörden und Dienste sind für die Stadtteilbewohner vor allem im Bezirksamt Nippes erreichbar. Hier sind die Bezirksstellen des Sozialamtes, des Ordnungsamtes und des Jugendamtes sowie die Bürgerberatung und der sozialpsychiatrische Dienst angesiedelt. Diese sind mit der U-Bahn nur eine Haltestelle entfernt und damit bestens erreichbar. In Bilderstöckchen selbst befinden sich keine städtischen Dienststellen.

Das stadtteilbezogene Beratungs- und Betreuungsangebot ist dabei gegenüber dem Freizeitangebot breiter angelegt. Entsprechend der Bedarfe der im Stadtteil lebenden Familien liegt der quantitative Angebotsschwerpunkt bei der Kinder- und Jugendarbeit sowie bei der Beratung und Begleitung von Eltern. Kinder und Jugendlichen werden dabei neben Hausaufgabenhilfe und Beratung bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz auch weitergehende psychosoziale Dienste angeboten. Eltern, speziell auch Alleinerziehende, haben in Bilderstöckchen die Möglichkeit, sich in dem Eltern-Kind-Treff oder im Babytreff der Jugendeinrichtung Luckys Haus zu begegnen. Auch in Bezug auf Erziehungs- und Lebensfragen können Eltern bzw. Alleinerziehende in Bilderstöckchen auf eine Vielzahl von Angeboten zurückgreifen (siehe Anhang). Es existieren

jedoch auch mehrere soziale Beratungsangebote, die sich an alle Stadtteibewohner richten. Ausländische Bewohner haben die Möglichkeit, ihre Deutschkenntnisse in Alphabetisierungs- und Deutschkursen zu verbessern. Dem breiten Angebot an sozialen Hilfen entsprechend vermissen lediglich 5% der befragten Bewohner solche Angebote – speziell für ältere Menschen – in ihrem Stadtteil.

In Bilderstöckchen existieren eine evangelische und zwei katholische Gemeinden. Hinweise auf andere aktive religiöse Gemeinschaften, die bei dem hohen Anteil ausländischer Bürger/innen zu erwarten wären, sind in Bilderstöckchen nicht aufzufinden.

4.1.4 Wohnliche Dimension der Lebenslage: Wohnraumversorgung und Prävention vor Wohnungsverlust

Bedingt durch den überwiegenden Anteil an Mietwohnungen, die noch mit einer vergleichsweise geringen Wohnfläche pro Wohnung in den 50er/60er Jahren errichtet wurden, liegt die durchschnittliche Wohnfläche pro Person mit 31,4 qm unter dem Kölner Durchschnitt mit 35,9 qm (Jahr 2001). Die Größe der Wohnung wird von den befragten Bewohnern bei einer Note von 2,2 jedoch als recht zufriedenstellend beurteilt. Eine etwas schlechtere Bewertung erhält die Ausstattung (Note: 2,6), das Preis-Leistungsverhältnis (Note: 2,7) sowie die Wohnung insgesamt (Note: 2,5). Die Mietkostenbelastung überschreitet mit durchschnittlich 36% des Nettoeinkommens der befragten Haushalte die normative Belastungsgrenze von 30%, bei Migrantenhaushalten ist die Differenz noch deutlicher (durchschnittlich 41% Wohnkostenbelastung). 14% der Befragten leben in überbelegten Wohnungen, bei denen die Zahl der Wohnräume die Zahl der Haushaltsmitglieder unterschreitet. Insgesamt besteht hinsichtlich der qualitativen Versorgung mit Wohnraum geringer Handlungsbedarf.

Im Hinblick auf die Wohnungsnotfallproblematik waren im Stadtteil Bilderstöckchen im Jahr 2002 bei 82 von 1.000 Haushalten eine Räumungsklage zu verzeichnen. Dieser Wert ist im Vergleich zur Gesamtstadt als deutlich überdurchschnittlich zu bewerten, er stellt im Gegensatz zu Köln auch eine

deutlich steigende Tendenz im Zeitraum 2000 bis 2002 dar.

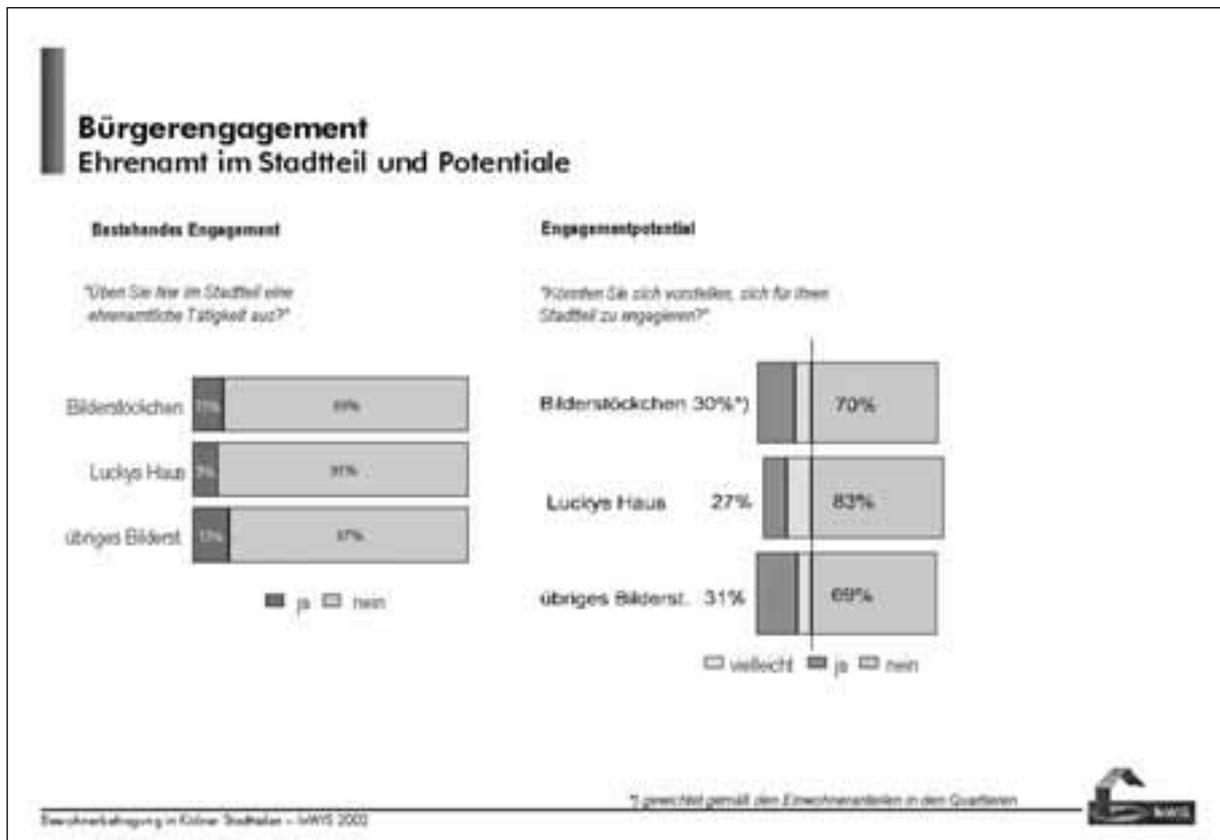
4.1.5 Kulturelle Dimension der Lebenslage: Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Zur Beschreibung der kulturellen Dimension der Lebenslage wird vor allem auf die Ergebnisse der Bewohnerbefragung zurückgegriffen. Ergänzend können Aussagen von Stadtteilexperten herangezogen werden.

Der Stadtteil ist durch ein vergleichsweise geringes Bildungsniveau gekennzeichnet (33% mit Abitur oder Hochschulabschluss, in Finkenbergr sind es 57%). Die Teilhabe am Stadtteilleben ist eher gering ausgeprägt: nur 40% der Befragten sind über örtliche Veranstaltungen informiert, 13% nehmen an ihnen teil, und nur 21% besuchen regelmäßig Stadtteilinitiativen oder Vereine (zum Vergleich: in Stammheim sind 77% über örtliche Veranstaltungen informiert und 46% nehmen an ihnen teil).

Dieses Bild spiegelt sich auch in einem vergleichsweise geringen Engagementpotenzial wider. Jede/r 10. Bewohner/in Bilderstöckchens übt – in Kirchengemeinden, Vereinen Initiativen, u.ä. – bereits eine ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtteil aus. Darüber hinaus ist das Engagementpotenzial aber im Vergleich zu den anderen beiden untersuchten Stadtteilen relativ gering: für 30% der Befragten wäre ein Engagement für den Stadtteil denkbar (Antworten „Ja“ und „Vielleicht“ auf die Frage „Könnten Sie sich vorstellen, sich für Ihren Stadtteil zu engagieren?“). Unterschiede sind diesbezüglich auf Ebene der Teilräume im Stadtteil erkennbar: in der Umgebung von Luckys Haus ist das Engagementpotenzial mit 27% geringer als im übrigen Bilderstöckchen mit 31%. Von Interesse sind dann insbesondere Engagementformen, die zeitlich und thematisch begrenzt und überschaubar sind, wie z.B. die Teilnahme an Diskussionsrunden oder kleineren Projekten.

Abbildung 9 Engagement in Bilderstöckchen



Nach Einschätzung der befragten Akteure im Stadtteil fehlt es Bilderstöckchen an einer Mittelschicht, die bürgerschaftliches Engagement tragen könne, der Stadtteil sei daher eher von Lethargie und Gestaltungspessimismus geprägt. Aktivierung von Engagement gelinge nur vereinzelt und nur bei persönlicher Betroffenheit, d.h. im Sinne von Selbsthilfe. Ein Beispiel dafür ist die Übernahme der Leitung einer Krabbelgruppe, die im Rahmen des Modellprojektes initiiert wurde, durch eine Teilnehmerin.

4.1.6 Konsequenzen aus den Lebenslagen: Image, Verbundenheit mit dem Stadtteil, sozialräumliche Problemlagen

Befragte Schlüsselpersonen (Pfarrer, Bezirkspolizei, Bezirksvertretung u.a.), die durch ihre tägliche Arbeit in Bilderstöckchen als Experten für den Stadtteil bezeichnet werden können, kommen im Bezug auf die Bewertung der sozialräumlichen Situation des Stadtteils zu unterschiedlichen Einschätzungen. So wird teilweise davon ausgegangen, dass Bilderstöckchen bereits „gekippt“ sei, wobei

hauptsächlich der schlechte Zustand der Häuser und der hohe Anteil an Sozialhilfeempfängern angeführt werden. Demgegenüber existiert jedoch auch die Meinung, dass der Stadtteil auf Grund seiner verkehrsgünstigen Lage, dem hohen Erholungswert und den, im Vergleich zu anderen Stadtteilen, günstigen Mieten ein attraktiver Wohnstandort ist. Eine weitere Gruppe vertritt eine differenziertere Einsicht. Sie beobachtet innerhalb Bilderstöckchens ein starkes Gefälle, das sich auf der einen Seite durch „einige angenehme, ruhige und geradezu bürgerliche Wohnquartiere“ (Sozialdienst katholischer Männer e.V. Köln 2001) auszeichnet und auf der anderen Seite Bereiche ausweist in denen sich soziale, Probleme konzentrieren. Besonders stark betroffen sei hier das Gebiet um die Jugendeinrichtung Lucky's Haus sowie die der Einrichtung nahe liegende Hochhaussiedlung im Norden des Stadtteils (siehe Karte).

Das Image des Stadtteils Bilderstöckchen wird aus Sicht der befragten Bewohner als nicht gut bewertet: 79% der befragten Haushalte würden

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenber

Bilderstöckchen nicht ohne Bedenken weiterempfehlen. Verantwortlich hierfür sind – darauf lassen die Befragungsergebnisse schließen – die von den Bewohnern wahrgenommenen Defizite im Sicherheitsempfinden, im sozialen Umfeld, in der Sauberkeit und Ordnung, im Zustand von Gebäuden und Umfeld, in der Verkehrsbelastung sowie bei den Freizeitmöglichkeiten. Allerdings besteht nach wie vor eine hohe Verbundenheit der Bewohner mit ihrem Stadtteil, denn immerhin 60% der Befragten würden ihr Wohngebiet nur ungern verlassen.

4.1.7 Fazit

Bilderstöckchen ist ein Stadtteil mit einem eher hohen Anteil ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen, wobei insbesondere Kinder und Jugendliche vergleichsweise häufig in Familien mit Sozialhilfebezug leben. Das interkulturelle Zusammenleben im Stadtteil ist durch einen sehr hohen Ausländeranteil geprägt, der zudem von der deutschstämmigen Bevölkerung in ihrer subjektiven Wahrnehmung überschätzt wird, sowie durch eine Separierung von Deutschen und Migranten. Das nachbarschaftliche Umfeld wird von den Bewohnern eher als unbefriedigend bewertet und die Nachbarschaftsbeziehungen sind – u.a. bedingt durch die ethnische Separierung – unterdurchschnittlich gut entwickelt. Das Sicherheitsempfinden ist vergleichsweise gering ausgeprägt, zum Teil verursacht durch Kriminalitätsdelikte im öffentlichen Raum, so etwa durch Drogenkonsum oder durch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen.

Das Engagementpotenzial für den Stadtteil als auch die Teilhabe am Stadtteileben sind im Vergleich zu den beiden anderen Untersuchungsgebieten eher gering einzuschätzen.

Im materiellen Wohnumfeld wirken einige Defizite in der Infrastrukturausstattung als auch bei den Umweltbedingungen benachteiligend: Zu nennen sind die Verkehrsbelastung an den Hauptverkehrsadern, der Zustand der Gebäude und des Wohnumfeldes sowie die quantitativ und/oder qualitativ zu bemängelnden Freizeiteinrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten. Potenziale im materiellen Umfeld bieten die Grünflächenversorgung, das Angebot an sozialen Einrichtungen, die verkehrli-

che Anbindung des Stadtteils und die durch eine niedrige Geschossigkeit gekennzeichnete Bebauungsstruktur. Die Versorgung mit Wohnraum ist aus Bewohnersicht als noch zufriedenstellend zu beurteilen.

Trotz der benannten Defizite im sozialen und materiellen Umfeld des Stadtteils und des schlechten Image des Stadtteils besteht als Potenzial eine vergleichsweise hohe Bindung der Bewohner an ihren Stadtteil. Zudem ist von den beschriebenen Mängeln im sozialen Umfeld nicht der gesamte Stadtteil betroffen. Vielmehr konzentrieren sie sich auf einzelne Bereiche Bilderstöckchens, genauer gesagt auf den Bereich rund um die Jugendeinrichtung Luckys Haus und die nahegelegenen Hochhäuser im Teilgebiet Bilderstöckchen. Diese, von Schlüsselpersonen des Stadtteils als „Armutinseln“ bezeichneten Gebiete, sind auch die Bereiche, die teilweise erheblich durch Vandalismus und Vermüllung gekennzeichnet sind und das Image des gesamten Stadtteils nachhaltig prägen.

4.2 Stammheim

4.2.1 Historische Entwicklung und räumliche Lage

Der rechtsrheinische Stadtteil Stammheim liegt im nordöstlichen Teil des Kölner Stadtgebietes und gehört heute, neben weiteren acht Stadtteilen (Buchforst, Buchheim, Delbrück, Dünnwald, Flittard, Höhenhaus und Mülheim) zum Stadtbezirk Mülheim. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war Stammheim ein Bauern- und Fischerdorf mit einer intakten Dorfgemeinschaft und zahlreichen Bräuchen und Traditionen⁴⁸. Erst die zunehmende Industrialisierung und die damit einhergehende Schaffung neuer Arbeitsplätze veränderte das Leben der damaligen Stammheimer: Immer mehr Dorfbewohner fanden in den neu entstandenen Fabriken in Mülheim und Kalk Arbeit. Ab 1895 begann auch das damalige Chemieunternehmen Bayer den Standort Leverkusen aufzubauen, der sich 1912 als Firmensitz des Unternehmens etablierte. In dieser Zeit ließen sich wissenschaftliche

⁴⁸ Vgl.: <http://www.koeln.de/muelheim/stammheim.htm>

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Mitarbeiter mit ihren Familien im nördlichen Teil des heutigen Stammheims nieder, der gegenwärtig allgemein als „Stammheim-Nord“ oder „Bayer-(Akademiker-)Siedlung“ bezeichnet wird.

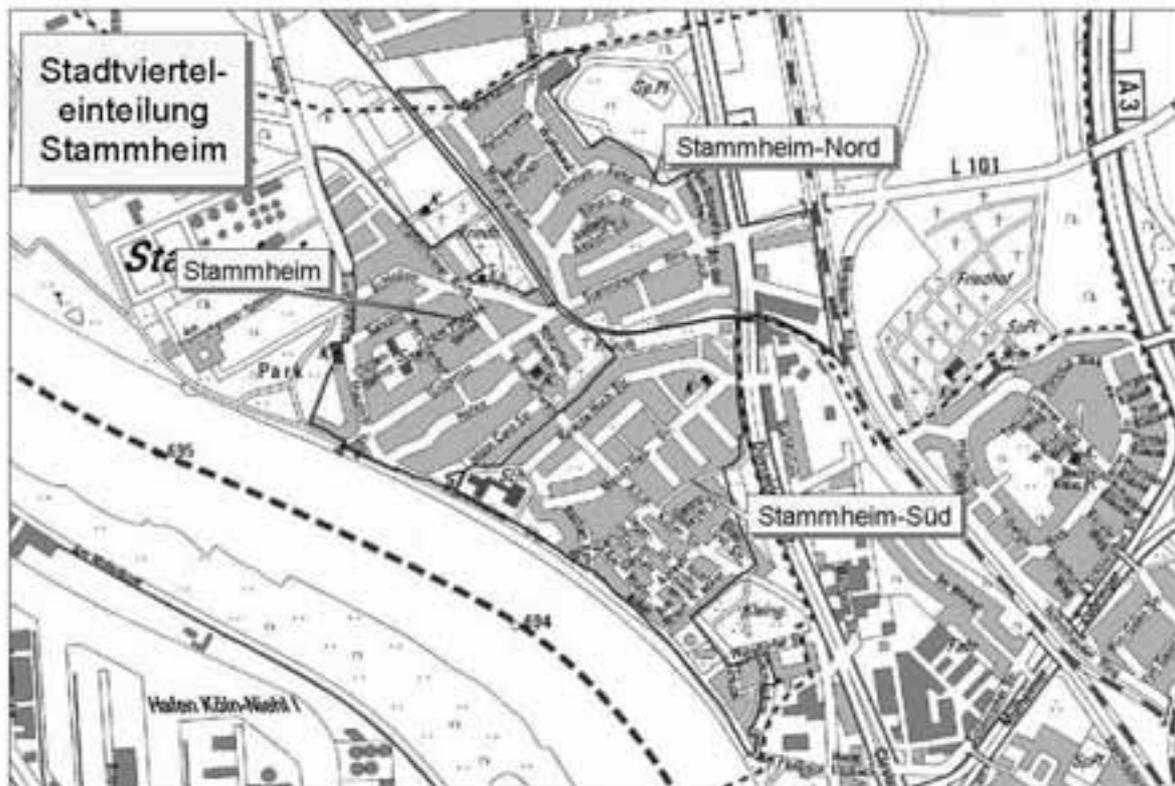
Neben diesem stetig anwachsendem Wohnquartier im Norden des Stadtteils erfährt Stammheim besonders in den 60er Jahren eine deutliche Erweiterung: Südlich des ursprünglichen Dorfes wird eine große Wohnsiedlung des Sozialen Wohnungsbaus errichtet, die heute dem städtischen Wohnungsunternehmen GAG Immobilien AG gehört. Diese Wohnsiedlung wird von der Bevölkerung auf Grund ihrer Lage als „Stammheim-Süd“, zum Teil aber auch als „GAG-Siedlung“ bezeichnet. In Stammheim-Süd leben mit 4.080 Bewohner/innen rund die Hälfte der 8.050 Einwohner Stammheims (wobei sich diese auf 1.700 bzw. 3.595 Haushalte verteilen). In Stammheim-Mitte (wie das ursprüngliche Dorf oftmals bezeichnet wird) sind demgegenüber 2.660 Menschen (1.300 Haushalte) und in

Stammheim-Nord nur 1.310 Menschen (560 Haushalte) ansässig (Stand 31.12.2001).

Der Rückgang der Einwohnerzahlen ist seit Beginn der 90er Jahren in Stammheim kontinuierlich. Dabei beobachten Schlüsselpersonen im Stadtteil, dass tendenziell Haushalte aus Stammheim-Süd wegziehen, die bereits über eine längere Zeitspanne in diesem Ortsteil gelebt haben und hier meist eine hohe soziale Integrität genießen. Insgesamt hat Stammheim in den 90er Jahren 8% seiner Bevölkerung verloren (im Vergleich hierzu hat Köln im gleichen Zeitraum 2% Zuwachs erhalten).

Geographisch ist Stammheim heute deutlich durch den Rhein im Südwesten, eine Kläranlage im Nordwesten, der B8 im Osten und einem Industriegebiet im Süden begrenzt. Die Kommunalstatistik gliedert Stammheim in drei Stadtviertel: Stammheim (auch Stammheim-Mitte genannt), Stammheim-Nord und Stammheim-Süd.

Abbildung 10 Stadtviertel in Stammheim



Quelle: Stadt Köln

4.2.2 Soziale und ökonomische Dimension der Lebenslage der Stadtteibewohner

Stammheim ist ein Stadtteil, in dem ein verhältnismäßig großer Anteil an Kindern und Jugendlichen neben vor allem älteren Menschen lebt: 18% der Stammheimer Bevölkerung sind unter 18 Jahren und 28% über 60 Jahre alt (der Anteil an der Kölner Gesamtbevölkerung liegt hier bei 16% bzw. 22%). In Stammheim-Süd ist dabei mit 20% der höchste Anteil an Kindern und Jugendlichen (unter 18 Jahren) zu verzeichnen, gleichzeitig leben hier mit 31% auch die meisten Bewohner/innen, die über 60 Jahre alt sind.

Mit einem Ausländeranteil von 14% liegt Stammheim unterhalb des gesamtstädtischen Durchschnittswertes von 18%. In Stammheim-Süd

sind 20% der Bewohner/innen Ausländer. Demgegenüber liegt der Anteil an ausländischen Mitbürgern in Stammheim-Mitte bei lediglich 7% (Nord 10%). Der Anteil der Aussiedler liegt bei 10,7% (Köln: 2,8%), der vierthöchste Wert in Köln, so dass Stammheim einen Migrantenanteil von insgesamt 25% hat. Es ist zu vermuten, dass die Aussiedler überwiegend in Stammheim-Süd leben, u.a. in den beiden städtischen Übergangswohnheimen. In der Wahrnehmung der deutschen Stammheimer Bevölkerung wird der Migrantenanteil aber von immerhin fast der Hälfte der Menschen um mehr als 10% überschätzt. Zudem hat ein hoher Anteil an Haushalten keinen Kontakt zu anderen Nationalitäten und wünscht sich einen solchen Kontakt auch nicht (33%), so dass Deutsche und Migranten zum Teil separiert voneinander leben.

Abbildung 11 Altersstruktur und Ausländeranteil in Stammheim

Stand: 31.12.01	Einwohner	%	0 – 18	%	18 - 25	%	25 – 60	%	ab 60	%	Ausländer	%
Stammheim-Mitte	2 660	33,0	424	15,9	184	6,9	1 410	53,0	642	24,1	176	6,6
Stammheim-Süd	4 080	50,7	834	20,4	305	7,5	1 659	40,7	1 282	31,4	844	20,7
Stammheim-Nord	1 312	16,3	217	16,5	79	6,0	665	50,7	351	26,8	124	9,5
gesamt	8 052	100,0	1 475	18,3	568	7,1	3 734	46,4	2 275	28,3	1 144	14,2
Köln	1 019 049	100,0	163 276	16,1	85 290	8,4	545 151	53,5	225 332	22,1	182 456	17,9

Quelle: Stadt Köln

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenbergr

Abbildung 12 Arbeitslosigkeit im Jahr 2002 in Stammheim und Köln im Vergleich

	Stammheim	in %	Köln	in %
Arbeitslose März 2002*	446	15,6%	52 298	13,6%
Darunter:				
- Deutsche	378	84,8%	36 438	69,7%
- Ausländer	68	15,2%	15 860	30,3%
- Personen unter 25 Jahre	46	10,3%	4 889	9,3%
- Personen 55 Jahre und älter	110	24,7%	8 646	16,5%
Langzeitarbeitslose 31.12.2001	174	37,7%	18 770	35,8%

Quelle: Arbeitsamt Köln

Abbildung 13 Sozialhilfequote im Jahr 2002

Stand: Jan. 2002	Stammheim	%	Köln	%
Anzahl Sozialhilfeempfänger	570	100,00	64 997	100,00
Darunter Deutsche	456	80,00	42 682	65,67
Darunter Ausländer	114	20,00	22 315	34,33
Sozialhilfedichte*		7,26		6,72

Personen in Sozialhilfe in % der Einwohner mit Hauptwohnung;

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik – Informationsservice

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

70% der Haushalte sind Ein- und Zweipersonenhaushalten (Köln: 75%), die durchschnittlich auf einer Wohnfläche von rund 33,9 qm je Person leben (Vergleich zur Gesamtstadt Köln: 35,9 qm). Dabei ist Stammheim-Nord mit den höchsten Anteilen an 3- und mehr Personenhaushalten (35% zu 29% in Stammheim insgesamt und 25% in Köln) am stärksten familiengeprägt. In Stammheim-Mitte findet man dagegen mit 40% den höchsten Anteil an Einpersonenhaushalten (Nord und Süd je 34%, Köln: 48%).

Im März 2002 lag die Arbeitslosenquote mit 16% etwas über dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 14%. Während sie in Köln in den Jahren zuvor gestiegen ist (im Zeitraum 1996 bis 2002 um 1,4%), ist sie in Stammheim auf demselben Niveau wie 1996. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit rund 10% leicht über dem Kölner Durchschnitt, die gleiche Tendenz zeigt sich

auch beim Anteil der Langzeitarbeitslosen. Deutlich über dem Kölner Durchschnitt von 16,5% liegt in Stammheim der Anteil der Arbeitslosen, die 55 Jahre und älter sind (25%). (Gleichzeitig liegt aber auch der Anteil an dieser Altersgruppe insgesamt in Stammheim über dem Durchschnitt.)

Auch bei der Sozialhilfequote liegt Stammheim etwas über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Insgesamt beziehen im Stadtteil 7,3% der Bewohner Sozialhilfe, während es in Köln 6,7% sind. Ebenfalls leicht erhöht ist der Anteil der Hilfeempfänger, die über einen längeren Zeitraum von mehr als 1 Jahr ihren Lebensunterhalt mit Sozialhilfe bestreiten. Sehr positiv zu bewerten ist jedoch, dass deutlich weniger Hilfeempfänger als in Gesamtköln die Transferleistungen bereits länger als 4 Jahre beziehen.

Abbildung 14 Bezugsdauer in der Sozialhilfe im Jahr 2002

Bezugsdauer von Sozialhilfe (Jan. 2002)	unter 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 bis 4 Jahre	4 und mehr Jahre	gesamt
Stadtteil Stammheim						
Anzahl Bedarfsgemeinschaften	83	63	79	36	120	381
in %	21,8%	16,5%	20,7%	9,5%	31,5%	100,0%
Stadt Köln						
Anzahl Bedarfsgemeinschaften	8.847	5.564	4.592	3.381	15.774	38.158
in %	23,2%	14,6%	12,0%	8,9%	41,3%	100,0%

Quelle: Amt für Soziales und Senioren der Stadt Köln

Abbildung 15 Ursachen des Sozialhilfebezugs im Jahr 2002

Gebiet	Stammheim		Köln	
	Anzahl	In %	Anzahl	In %
Sozialhilfebezug eingetreten durch:				
- Arbeitslosigkeit	131	34,38	14 658	38,41
- häusliche Bindung	37	9,71	4 933	12,93
- Krankheit / Behinderung	24	6,30	3 578	9,38
- unzureichendes Einkommen	25	6,56	2 506	6,57
- unzureichende Rente	37	9,71	4 813	12,61
- Ursache bei Unterhaltspflicht	15	3,94	1 833	4,80
- Sonstiges	112	29,40	5 837	15,30
Summe Bedarfsgemeinschaften	381	100,00	38 158	100,00

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln – Informationsservice

Die häufigste Ursache des Sozialhilfebedarfs ist die Arbeitslosigkeit (34%, Köln 38%), gefolgt von sonstigen Gründen (29%, Köln 15%). Positiv zu vermelden ist auch, dass der Anteil der Kinder, die in den Bedarfsgemeinschaften⁴⁹ leben, an allen Kindern im Stadtteil in Stammheim bei 12% und damit unterhalb des Köln Durchschnitts von 14% liegt.

Kommunikation und soziale Strukturen

In Stammheim-Mitte, dem alten Dorfkern, leben laut Expertenaussagen in einem überwiegend katholischen Milieu viele Familien, die auf eine lange Tradition in Stammheim zurückblicken können. Das soziale Zusammenleben in Stammheim-Mitte ist durch viele informelle Kommunikationswege gekennzeichnet. Großen Einfluss haben dabei vorwiegend einzelne Persönlichkeiten wie etwa Vereinsvorsitzende oder Geschäftsinhaber. Die Bereitschaft der Bewohner/innen, am Gemeinschaftsleben innerhalb ihres Ortsteils teilzunehmen, wird als groß bezeichnet. Aus

diesem Grund verfügt Stammheim-Mitte über ein reges Vereinsleben. Der Großteil der Bewohner/innen in Stammheim-Mitte identifiziert sich laut Expertenaussagen stark mit ihrem Wohnort, was teilweise dazu führt, dass die momentanen Lebensbedingungen in Stammheim-Mitte idealisiert werden und die Bereitschaft, sich offen mit den sozialräumlichen Problemen des gesamten Stadtteils auseinander zu setzen, eher gering ist. Diesen weitgehenden dörflichen Formen des Gemeinschaftslebens stehen die Strukturen des südlichen Ortsteils gegenüber. In Stammheim-Süd leben Deutsche (teilweise Erstbezieher, die seit über 30 Jahren im Stadtteil wohnen), Spätaussiedler aus Polen und Russland, Türken sowie Flüchtlinge verschiedener Nationalitäten nebeneinander. Aus den Expertengesprächen geht hervor, dass informelle Kommunikationswege hier vorwiegend nur innerhalb der jeweiligen Ethnie existieren, die sich ebenfalls unterschiedlich stark mit ihrem Stadtteil identifizieren. Das Interesse an einem Gemeinschaftsleben außerhalb des eigenen sozialen Gefüges wird als nur gering ausgeprägt charakterisiert. Die Menschen, die in Stammheim-Nord ansässig sind, leben vorwiegend in Familien und bilden aufgrund ihrer gehobenen Beschäftigungsverhältnisse bei den Bayer-Werken eine eigene soziale Gruppe. Der Ortsteil verfügt daher über ein Gemeinschaftsleben mit weitgehend autarken Kommunikationswegen.

⁴⁹ Eine Bedarfsgemeinschaft ist die Gesamtheit der mit ihren Einkommen und Vermögen in die Bedürftigkeitsprüfung einbezogenen, dem selben Haushalt angehörigen Personen (vgl. Schellhorn, Walter; Jirasek, Hans; Seipp, Paul (1997): Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Ein Kommentar für Ausbildung, Praxis und Wissenschaft. 15. Auflage., zitiert nach <http://www.5-q.de/paso/instrumente/ErlaeuterungGrunddaten.pdf>.)

4.2.3 *Räumliche Dimension der Lebenslage: Städtebauliche Qualität und Infrastrukturausstattung*

Städtebauliches Erscheinungsbild

Insgesamt betrachtet ist das Verhältnis zwischen Einfamilienhäusern (42%) und Mehrfamilienhäusern (43%) in Stammheim ausgewogen. Im Vergleich zur Gesamtstadt Köln liegt der Anteil der Häuser, die in der Zeit zwischen 1963 und 1975 errichtet wurden, deutlich höher (40% zu 23%).

Das städtebauliche Erscheinungsbild ist dabei innerhalb Stammheims sehr heterogen. Während sich Stammheim-Mitte und Stammheim-Nord auf Grund ihrer gewachsenen Strukturen durch eine Mischung der Baustile und Formen auszeichnen, prägen im Süden von Stammheim die monostrukturierten Wohnblocks der 60er Jahre das Straßenbild. Auch in Bezug auf die Erhaltung der Bausubstanz schneidet Stammheim-Süd generell schlechter ab als die beiden anderen Wohnquartiere. Erhöhter Sanierungsbedarf besteht hierbei laut Experten vorwiegend im Bereich der GAG-Siedlung. Der Zustand der Gebäude in Stammheim-Mitte und Stammheim-Nord wird demgegenüber überwiegend als gut bis hinreichend bezeichnet.

Der Anteil der Wohnungen, die nur mit einem Wohnberechtigungsschein bezogen werden können (Sozialwohnungen), ist im Vergleich zur Gesamtstadt (13%) mit 42% sehr hoch. Darüber hinaus befinden sich zwei städtische Übergangswohnheime für Asylbewerber, Aussiedler und Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Stammheim-Süd.

Die Zufriedenheit der Bewohner/ innen mit dem Zustand der Gebäude und des Wohnumfeldes sowie mit der Sauberkeit und Ordnung innerhalb des Stadtteils unterstreicht das heterogene Erscheinungsbild Stammheims: Während die Bewohner/innen aus Stammheim-Mitte den Zustand der Gebäude bzw. des Wohnumfeldes mit 2,6 und die Sauberkeit und Ordnung innerhalb des Stadtteils mit 2,7 (auf einer Zufriedenheitsskala von 1 für sehr zufrieden bis 5 für sehr un-

zufrieden) bewerten, vergeben die Einwohner aus Stammheim-Süd für dieselben Merkmale jeweils lediglich eine 3,0.

Anbindung an ÖPNV und Straßennetz

In Bezug auf die Kölner Innenstadt liegt Stammheim peripher am nord-östlichen Rand der Stadt. Dank einer S-Bahnhaltestelle ist der Hauptbahnhof jedoch mit der Linie S6 in 14 Minuten zu erreichen, die Linie verkehrt tagsüber im 20-Minuten-Takt. Das Bayerwerk in Leverkusen ist damit in 3 Minuten, Leverkusen-Mitte in 6 Minuten zu erreichen, der S- und DB-Bahnhof Köln-Mülheim in 4 Minuten. Allerdings liegt die S-Bahnhaltestelle außerhalb des Stadtteils auf der Höhe von Stammheim-Nord und ist von überwiegenden Teilen des Stadtteils nicht zu Fuß zu erreichen. Drei Buslinien verbinden Stammheim aber mit der S-Bahnhaltestelle und den umliegenden Stadtteilen, v.a. Mülheim. Eine Linie führt auch bis zum Kölner Hauptbahnhof (23 Min). Dementsprechend bewerten die Bewohner die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel auch mit einer relativ guten 2,0.

Auch beim Individualverkehr ist Stammheim relativ gut angebunden: Mit dem Auto ist Stammheim über die B8 zu erreichen, über die auch der Autobahnanschluss Mülheim (A3) in ca. 5 Fahrminuten zu erreichen ist.

Verkehrsbelastung

Durch die östlich des Stadtteils vorbeiführende, vielbefahrene B8 als Verbindungsstraße von Mülheim nach Leverkusen und zur A3 bezeichnet Stammheim zwar keinen Durchgangsverkehr, wohl aber Zugangsverkehr zur B8. Der durchschnittliche Zufriedenheitswert der Bewohner/innen mit der Verkehrssituation liegt in Stammheim dementsprechend nur bei 2,9.

Grünflächenversorgung

Das Rheinufer sowie der Schlosspark im Nord-Westen des Stadtteils haben Naherholungswert. Die großen Grünflächen in der GAG-Siedlung sind nur minimal ausgestattet. Stammheim-Nord ist dagegen geprägt durch alten

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Baumbestand und großzügige Grünflächen. Insgesamt wird die Versorgung mit Grünflächen von den Bewohner/innen in Stammheim als gut (2,2) bewertet.

Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen

Die Infrastruktur bezogen auf die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist laut Expertenaussagen in Stammheim-Mitte relativ gut. Der Einzelhandel konzentriert sich dabei v.a. im Kreuzungsbereich Gisbertstraße / Bonhoefferstraße, wo sich auch ein Einkaufszentrum befindet. Es gibt auch mehrere Gaststätten und Imbisse und eine Eisdiele, sowie kleine Handwerksbetriebe. In Stammheim-Nord befinden sich lediglich einige kleine Handwerksbetriebe, Praxen und Dienstleister, sowie eine Tankstelle, einen Gebrauchtgüterhändler und einen Sportplatz. In Stammheim-Süd wird die Versorgungsinfrastruktur, bestehend aus Supermarkt, Schreibwarenladen, Blumenladen, Bäckerei und Kiosk als rudimentär bezeichnet. Weiterhin liegt ein Gasthaus und ein Imbiss sowie einige kleine Handwerksbetriebe in dem Stadtviertel. Ähnlich wie die Expertenmeinungen werden die Einkaufsmöglichkeiten von den Bewohnern bewertet: Stammheim-Süd schneidet auf einer Zufriedenheitsskala von 1 bis 5 mit 2,7 Punkten am schlechtesten, Stammheim-Nord und Stammheim-Mitte dagegen mit 2,3 Punkten dagegen wesentlich besser ab.

Für die Erfüllung des öffentlichen Bildungsauftrages sorgen in Stammheim zwei Grundschulen. Des Weiteren gibt es im Stadtteil einen katholischen Kindergarten, eine katholische Kindertagesstätte, eine städtische Kindertagesstätte und eine evangelische Tageseinrichtung für Kinder, sowie diverse Krabbel- und Mutter&Kind-Gruppen. Die Bewertung der Schulen und der Kinderbetreuung durch die Bewohner/innen des Stadtteils liegt bei 2,5, also eher im Mittelfeld auf einer Zufriedenheitsskala von 1 bis 5.

Freizeitmöglichkeiten

Die Freizeitmöglichkeiten in Stammheim werden vor allem von den zahlreichen Vereinen angeboten, die aber nur in Stammheim-Mitte und

Stammheim-Nord aktiv sind. Aber auch die Kirchengemeinden bieten ein breites Spektrum vom Kirchenchor über die Konversationsgruppe „Deutsch für Aussiedler/innen“ (Café Lichtblick) bis hin zum „Montags-Bastelkreis“. Für Kinder und Jugendliche gibt es Angebote der Kirchengemeinden, der Offenen Tür und der Vereine. Frei zugänglich sind ein größerer Spielplatz und ein Bolzplatz. Die Grünflächen der GAG-Siedlung in Stammheim-Süd haben nur eine minimale Spielausstattung. Das Café Lichtblick (Stammheim-Mitte, betrieben von der evangelischen Kirchengemeinde) ist ein für alle Bewohner und Gruppen offener Kommunikations- und Treffpunkt.

Unterversorgt sind aber spezielle Zielgruppen, v.a. Ausländer. Auch fehlen weitere Angebote wie z.B. Schwimmbäder oder städtische Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Die Bewertung der Bewohner/innen hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit den Freizeitangeboten fällt dabei relativ schlecht aus, die durchschnittliche Bewertung liegt hier bei 3,3.

Beratung und Betreuungsangebote

Für den Bereich der Sozialberatung sind in Stammheim ausschließlich kirchliche Träger und freie Wohlfahrtsverbände verantwortlich. Das Beratungs- und Betreuungsangebot ist dabei nach Experteneinschätzungen gegenüber dem Freizeitangebot nicht so weit ausgebaut. Es gibt eine Behindertengruppe (kath.), Streetwork und Beratung durch die AWO, Beratung für junge Spätaussiedler (Internationaler Bund), verschiedene Seniorenangebote, Selbsthilfegruppen, Rechtsberatung und eine allgemeine Lebensberatung (Café Lichtblick). Aber auch hier fehlen Angebote für Ausländer und (erwachsene) Aussiedler.

In Mülheim⁵⁰ finden sich städtische Angebote (Bürgeramt, Bezirksamt, Bezirksjugendpflege, Familienberatung der Stadt Köln), ein Arbeitsamt und der Allgemeine Soziale Dienst. Mülheim ist mit Bus und S-Bahn bestens er-

⁵⁰ Vgl.: <http://www.koeln.de/muelheim>

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenber

reichbar. In Stammheim selbst befinden sich keine städtischen Dienststellen.

12% der in Stammheim befragten Haushalte sehen ebenfalls ein Defizit in den Hilfeangeboten.

In Stammheim gibt es eine katholische und eine evangelische Kirchengemeinde. Hinweise auf andere aktive religiöse Gemeinschaften gibt es nicht.

4.2.4 Wohnliche Dimension der Lebenslage: Wohnraumversorgung und Prävention vor Wohnungsverlust

Bedingt durch den hohen Anteil an Sozialwohnungen, die sich in Stammheim-Süd konzentrieren, zeichnet sich Stammheim insgesamt durch einen höheren Anteil an Mehrfamilienhäusern (43% zu 41% in Köln) und eine etwas geringere Wohnfläche pro Einwohner (34 qm zu 36 qm in Köln) aus. Die Größe der Wohnung wird von den befragten Bewohnern bei einer Note von 2,3 jedoch als recht zufriedenstellend beurteilt. Eine etwas schlechtere Bewertung erhalten die Ausstattung (Note: 2,3), das Preis-Leistungsverhältnisses (Note: 2,6) sowie die Wohnung insgesamt (Note: 2,5). Die Mietkostenbelastung liegt mit durchschnittlich 31% des Nettoeinkommens der befragten Haushalte in etwa bei der normativen Belastungsgrenze von 30%, bei Migrantenhaushalten ist jedoch eine deutliche Überbelastung feststellbar (durchschnittlich 48% Wohnkostenbelastung). 19% der Befragten leben in überbelegten Wohnungen, bei denen die Zahl der Wohnräume die Zahl der Haushaltsmitglieder unterschreitet.

In der „Stadtteil- und Lebensweltanalyse“ des Stadtteilbüros wird von 18 Wohnungsräumungen im Jahr 2000, überwiegend in der Ricarda-Huch- und der Moses-Heß-Straße, d.h. in Stammheim Süd, berichtet. Aktueller sind jedoch die von der Fachstelle Wohnen der Stadtverwaltung Köln für das Jahr 2002 angegebenen Zahlen zu den Räumungsklagen, die der Fachstelle vom Amtsgericht gemeldet werden. Demnach wurde bei 55 von 1.000 Haushalten eine Räumungsklage ausgesprochen. Dieser Wert liegt etwas über dem

Kölner Durchschnitt von 50 zu 1.000 Wohnungen; er weist im Gegensatz zu Köln aber eine deutlich steigende Tendenz im Zeitraum 2000 bis 2002 auf.

4.2.5 Kulturelle Dimension der Lebenslage: Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Zur Beschreibung der kulturellen Dimension wird in erster Linie auf Ergebnisse der Bewohnerbefragung zurückgegriffen, die durch Aussagen der im Stadtteil befragten Akteure ergänzt werden. Der Stadtteil zeichnet sich durch ein vergleichsweise geringes Bildungsniveau aus (39% mit Abitur oder Hochschulabschluss, in Finkenber sind es 57%). Auffallend hoch ist in Stammheim gegenüber den anderen beiden Untersuchungsgebieten die Teilhabe am Stadtteilleben: 77% sind über örtliche Veranstaltungen informiert, 46% nehmen an ihnen teil und 34% besuchen regelmäßig Stadtteilinitiativen oder Vereine.

Mit diesem hohen Interesse am Stadtteilleben korrespondiert das vergleichsweise hohe bürgerschaftliche Engagement der Stammheimer: 17% der Befragten sind im Stadtteil ehrenamtlich aktiv, in Bilderstöckchen und Finkenber sind dies nur 11 bzw. 10%. Hinzu kommen weitere 9% der Befragten, die außerhalb des Stadtteils einer ehrenamtlichen Tätigkeit nachgehen. Auch dies ein deutlich höherer Wert als in den anderen beiden Gebieten. Das Engagement verteilt sich jedoch sehr unterschiedlich auf die einzelnen Quartiere: In Stammheim-Nord sind 27%, in Mitte 19% und in Süd nur 6% ehrenamtlich engagiert.

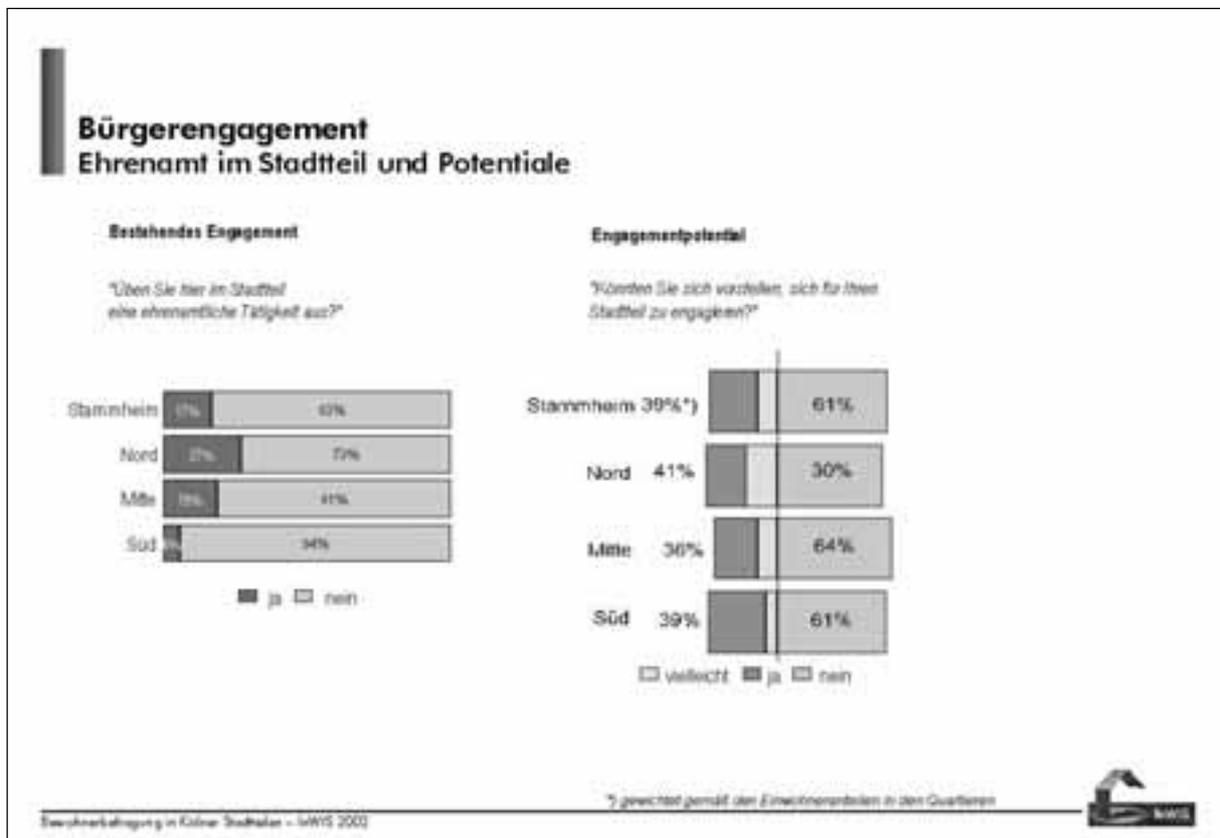
Das Potenzial für weiteres Engagement für den Stadtteil ist aber in allen drei Quartieren hoch: 41% der Befragten in Stammheim-Nord, die noch keiner ehrenamtlichen Tätigkeit nachgehen, sowie 36% in Mitte und 39% in Süd können sich vorstellen, sich für ihren Stadtteil zu engagieren (Antworten „Ja“ und „Vielleicht“). Der entsprechende Wert für Stammheim gesamt liegt mit 39% zwischen den Werten für Bilderstöckchen (30%) und Finkenber (48%). Die größte Bereitschaft besteht diesbezüglich, sich an

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

zeitlich begrenzten Aktivitäten wie Diskussionsrunden oder kleineren Projekten (z.B. Gestaltung

einer Grünfläche) zu beteiligen.

Abbildung 16 Engagement in Stammheim



Die Einschätzung der befragten Stadtteilakteure stimmt mit diesen Befragungsergebnissen nur zum Teil überein. So wird vermutet, dass es aufgrund des ruhigen und störungsfreien Lebens in Stammheim-Nord hier nur ein geringes Engagementpotenzial für den Stadtteil gäbe. Das relativ geringere zusätzliche Potenzial in Stammheim-Mitte erklären einige befragte Experten mit der Existenz des Bürgervereins, der hier seinen Einzugsbereich hat. Der Bürgerverein nutze die traditionellen sozialen Strukturen, in der soziales Engagement sozusagen „vererbt“ werde und „saugt“ so das vorhandene Engagementpotenzial auf. Für Stammheim-Süd ist die einhellige Meinung, dass hier zwar Engagementpotenzial vorhanden sei, hier aber besonders eine externe Initiierung und längerfristige Betreuung von Aktivitäten erforderlich sei.

4.2.6 Konsequenzen aus den Lebenslagen: Image, Kriminalität, Verbundenheit mit dem Stadtteil, sozialräumliche Problemlagen

Aus der Stadtteilanalyse wird deutlich, dass Stammheim nicht nur aus drei statistischen Unterbezirken, sondern auch aus drei unterschiedlichen Sozialräumen besteht. Während Stammheim-Mitte und Stammheim-Nord von den befragten Schlüsselpersonen (aus den Kirchengemeinden, Bürgerverein, GAG Immobilien AG u.a.) als annehmbare und teilweise attraktive Wohngenden betrachtet werden, herrscht gegenüber Stammheim-Süd allgemeine Skepsis. Die Rede ist von Vandalismusercheinungen, Drogenproblematik sowie eine erhöhte Bereitschaft zur Gewalt besonders unter den Jugendlichen. Der Ruf dieses Quartiers wirkt sich auch auf das Sicherheitsempfinden der gesamten

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenber

Bewohnerschaft Stammheims aus: Nur 57% der befragten Bewohner/innen fühlen sich in Stammheim stets sicher. Besonders die städtischen Wohnheime, in denen Asylbewerber und Spätaussiedler untergebracht sind, sorgen nach Experteneinschätzungen auf Grund der mangelnden Integration ihrer Bewohner/innen immer wieder für Vorbehalte gegenüber den Bewohnern von Stammheim-Süd, die als besonders ausgeprägt bei den Einwohnern aus Stammheim-Mitte gelten.

Das Image des Stadtteils wird von den befragten Bewohner/innen unterschiedlich bewertet: Auf die Frage, ob sie ihr Wohnquartier ohne Bedenken weiterempfehlen würden, beantworteten knapp zwei Drittel der Bevölkerung aus Stammheim-Süd diese Frage mit nein, in Stammheim Mitte und Stammheim Nord aber nur die Hälfte der Befragten. Allerdings möchten nur 58% der Bewohner/innen aus Stammheim-Süd gerne ihr Wohngebiet verlassen. Die stärkste Verbundenheit mit ihrem Wohngebiet verzeichnen jedoch die Bewohner in Stammheim-Mitte und Stammheim-Nord: Immerhin rund 75% möchten ihr Wohngebiet ungern verlassen.

4.2.7 Fazit

Insgesamt betrachtet weist Stammheim mit einer erhöhten Arbeitslosen- und Sozialhilfequote zwar ein spürbares, jedoch keine sehr hohe Benachteiligung der Bevölkerung in der ökonomischen Lebenslage auf. Das interkulturelle Zusammenleben ist jedoch durch einen sehr hohen Anteil an Aussiedlern geprägt. Der Migrantanteil wird darüber hinaus von der deutschen Bevölkerung stark überschätzt und die Migranten werden eher gemieden. Das nachbarschaftliche Umfeld wird noch ganz gut bewertet, rund die Hälfte der Bewohner/innen fühlt sich auch wohl, allerdings ist das Sicherheitsempfinden nicht besonders hoch ausgeprägt.

Im Vergleich zu den beiden anderen untersuchten Stadtteilen Bilderstöckchen und Finkenber bietet Stammheim zwar nicht das größte Potenzial an Bürgerengagement, dafür aber die größte tatsächliche Teilhabe am Stadtleben.

Das materielle Wohnumfeld wird als recht zufriedenstellend, wenn auch Defizite bei Sauberkeit und Ordnung, bei der Verkehrsbelastung und beim

Freizeitangebot gesehen werden. Potenziale bieten hier die gute verkehrliche und ÖPNV-Anbindung, das Angebot an Grünflächen und die Einkaufsmöglichkeiten. Die Wohnsituation selbst wird auch überwiegend gut bewertet.

Doch diese positiven Bewertungen gelten überwiegend nur für Stammheim-Mitte und Stammheim-Nord. Stammheim ist ein gespaltener Stadtteil, die Trennlinie verläuft zwischen Stammheim-Süd auf der einen Seite und Stammheim-Mitte und Stammheim-Nord auf der anderen Seite. Im Süden konzentrieren sich die Problemlagen aufgrund hoher Sozialhilfeabhängigkeit, Arbeitslosigkeit, mangelnde Infrastrukturausstattung usw. Eine Integration der dort lebenden Nationalitäten in den Stadtteil findet nicht statt. Hinzu kommen die beiden städtischen Wohnheime, in denen Asylbewerber und Spätaussiedler in Überbelegung untergebracht werden. Die Bausubstanz in Stammheim-Süd wird als größtenteils sanierungsbedürftig betrachtet, Grünflächen und Kinderspielplätze als monoton. Dagegen „schotten“ sich die „Alt-Stammheimer“ ab. Diese leben noch in überwiegend dörflichen Strukturen und haben ein aktives Vereinsleben.

Diese Teilung zeigt sich auch bei den Freizeit- und Beratungsangeboten. Die Vielzahl an Vereinen befindet sich überwiegend in Stammheim-Mitte, in Stammheim-Süd konzentrieren sich dafür viele soziale Angebote. Freizeiteinrichtungen oder sonstige soziale Einrichtungen speziell für ausländische Mitbürger fehlen fast gänzlich.

4.3 Finkenber

4.3.1 Historische Entwicklung der Wohnquartiers Finkenber

Das Wohnquartier Finkenber liegt im südlichen Köln am rechten Rheinufer. Es gehört zum Stadtteil Porz, der mit weiteren 14 Stadtteilen zum dem gleichnamigen Stadtbezirk 7 gezählt wird.

Finkenber wurde Mitte der 60er Jahre als Wohnquartier geplant und zu Beginn der 1970er Jahre im Rahmen der damaligen sogenannten Demonstrativ-Bauvorhaben des Bundes realisiert (der heute noch allgemein verwendete Name „Demo-Siedlung“ leitet sich hieraus ab). Ziel der damaligen

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Planung war es, für die Bewohnern/innen der in dieser Zeit stark wachsenden Stadt Porz menschenfreundlichen Wohnraum zu schaffen, in dessen Rahmen demokratische Strukturen aufgebaut und gefördert werden sollten. Die geplante gemischte Anordnung von Einfamilienhäusern und hochgeschossigen Mietwohnblocks des Sozialen Wohnungsbaus sollte dabei die Durchmischung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ermöglichen; angestrebt wurde eine ausgewogene Sozialstruktur.⁵¹

Von Baubeginn im Jahr 1972 bis zur Fertigstellung der Siedlung im Jahr 1981 wurden in 8 Bauabschnitten ca. 2.800 öffentlich geförderte Wohnungen in 8 bis 20-stöckigen Wohnblocks errichtet.⁵²

Neben der Schaffung von Wohnraum sollte vor allem auch eine umfangreiche soziale und versorgende Infrastruktur zur Wohnqualität beitragen. Aus diesem Grund wurde ein Einkaufszentrum im Kernbereich der Wohnanlage errichtet: In 21 Ladenlokalen mit einer Verkaufsfläche von insgesamt 1.800 qm wurden Geschäfte sowie vier Gastronomie- und fünf Dienstleistungsbetriebe angesiedelt. Daneben wurden, mit finanziellen Mitteln des Sozialen Wohnungsbaus, Räume für soziale Einrichtungen gebaut. Um die Eigeninitiative und die Identifikation der Bewohner/innen mit dem neuen Wohngebiet zu stärken, war geplant, die öffentlichen sozialen Einrichtungen von den Bürger/innen eigenverantwortlich führen zu lassen. Zur Steigerung der quantitativen Versorgung der Siedlung mit öffentlichen Grünflächen vereinbarte der damalige Bauherr mit der Stadt Porz, dass gegen die Übernahme der Pflege und Instandhaltung die vorhande-

nen Freiflächen der Siedlung kostenlos der Stadt überlassen wurden.⁵³

In der Umsetzung des Bauvorhabens kam es jedoch zu Schwierigkeiten: Die ausführende Siedlungsgesellschaft ging in Konkurs, die nachfolgenden Eigentümer der Großwohnsiedlung wechselten häufig. Dazu kam, dass 1975 die bis zu diesem Zeitpunkt eigenständige Stadt Porz nach Köln eingemeindet wurde: Die zuvor vereinbarten Nutzungsverträge gingen auf die neuen Eigentümer und auf die Stadt Köln über, mit der Folge, dass unklare Zuständigkeiten über die Pflege der Außenanlagen auftraten und die Flächen nicht mehr in dem erforderlichen Umfang gepflegt wurden.⁵⁴

Auch die Leitgedanken der Planung zur sozialen Mischung und die zu erreichende Identifikation der Bewohnerschaft mit ihrem neuen Wohnquartier konnte nicht verwirklicht werden. Auf Grund der Größe des Bauvorhabens ließ sich die geplante und von den Bewohnerrinnen benötigte Infrastruktur (wie Einkaufsmöglichkeiten, Kindergartenplätze oder Schulen) nur langsam realisieren. Viele Bewohner/innen Finkenbergs zogen in dieser Zeit wieder aus der Wohnsiedlung weg, was zu einem erheblichen Leerstand führte, der erst durch den verstärkten Zuzug von Haushalten mit Migrationshintergrund abgebaut werden konnte.⁵⁵ In den 1980er Jahren führten die Leerstände dazu, dass durch Wohnungsamt und Wohnungsvermieter vermehrt Wohnungen mit „sozial problematischen Mietern“ belegt wurden.

Auf Grund der zunehmenden Missstände beschloss die Stadt Köln 1997 eine vorbereitende Untersuchung zur Festsetzung eines offiziellen Sanierungsgebiet in Finkenberg durchzuführen. Im Juni 2000 wurde schließlich seitens des Stadtrates

⁵¹ Vgl.: Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.7f.

⁵² Vgl.: Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.8; sowie: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 4.

⁵³ Vgl.: Stadt Köln (2001) (Hrsg.): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 4f.

⁵⁴ Vgl.: Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.10.

⁵⁵ Vgl.: Stadt Köln (2001) (Hrsg.): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 5.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

die Sanierungssatzung und damit die Ausweisung von Teilen des Stadtteils Finkenberg als Sanierungsgebiet beschlossen.

Zur Definition von Zielen und Aufgaben für die Sanierung wurde ein Integriertes Handlungskonzept erstellt, das in einem umfassenden Handlungsansatz Aufgaben und Umsetzungsschritte für Finkenberg beschreibt. Das Konzept wurde im Juni 2001 vom Rat der Stadt Köln beschlossen. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die Umsetzung des Handlungskonzeptes analog zu den Gebieten der Sozialen Stadt NRW.

4.3.2 Abgrenzung der Untersuchungsgebiete in Finkenberg

Zum besseren Verständnis der im Weiteren verwendeten Datengrundlagen werden folgende Gebiete innerhalb Finkenbergs unterschieden:

Abbildung 17 Die Grenzen des Stadtviertels Finkenberg



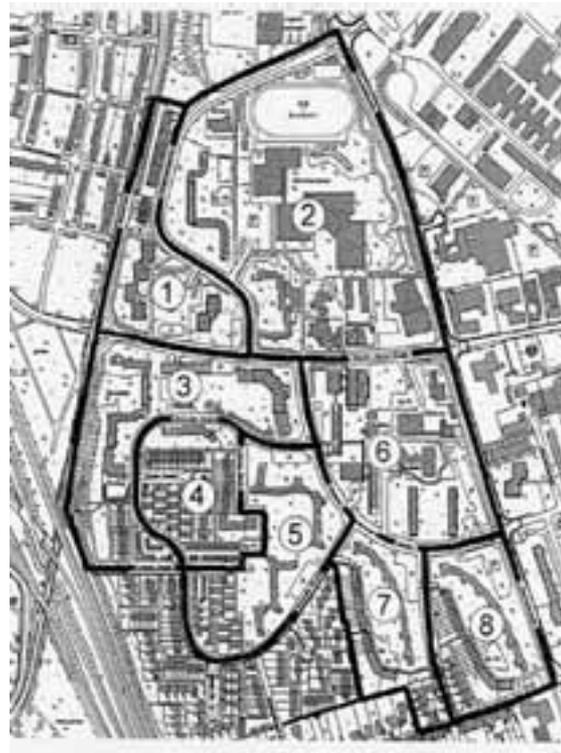
Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln (2000): Sozialraumanalyse in Köln; Köln, o.S.

Als statistischer Bezirk der Stadt Köln ist Finkenberg ein Stadtviertel des Stadtteils Porz (s.o.). Hierfür liegen auch in begrenztem Umfang statistische Daten der Stadt Köln zur Bevölkerungsstruktur vor. Die Grenze des Stadtviertels Finkenberg

lässt sich folgendermaßen umspannen: Im Westen durch die Gleisanlage der Bahn und im Nordwesten durch die Steinstraße, im Süden durch die Bergerstraße und im Nordosten durch die Humboldtstraße.

Das Gebiet der Voruntersuchung zu Festlegung des Sanierungsgebietes umfasste nahezu das ganze Stadtviertel Finkenberg, mit Ausnahme der Eigenheimbereiche im Süd-Westen.

Abbildung 18 Das Gebiet der Voruntersuchung

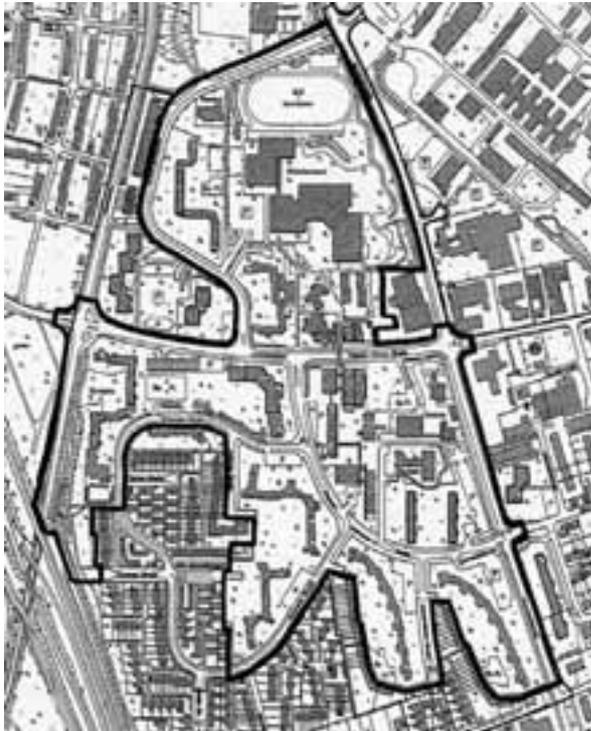


Quelle: Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999; Köln, S.13.

Das Sanierungsgebiet Finkenberg spart das Gebiet zwischen Steinstraße und Stresemannstraße (Teilbereich 1, hier befinden sich überwiegend Eigentumswohnungen) sowie die Einfamilienhäuser südlich und östlich der Brüsseler Straße und zwischen Brüsseler Straße und Lütticher Straße aus (Teilbereich 4 sowie Teile von 3 und 5). In diesem endgültigen Sanierungsgebiet wurde auch die Bewohnerbefragung des InWIS durchgeführt.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Abbildung 19 Die Grenzen des Sanierungsgebietes Finkenberg



Quelle: Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999; Köln, S.6.

4.3.3 Soziale und ökonomische Dimension der Lebenslage der Quartiersbewohner

Die nachfolgende Zusammenschau der sozialen und ökonomischen Lage der Bewohnerschaft Finkenbergs basiert, wie oben bereits dargestellt, auf drei unterschiedlichen Quellen:

- (1) auf der amtlichen Statistik der Stadt Köln; diese gibt Auskunft über das gesamte Wohnquartier Finkenberg
- (2) auf der „Vorbereitenden Untersuchung“ der Stadt Köln („VU99“) zur Festschreibung des Sanierungsgebietes Finkenberg, welche bereits einige Eigenheimbereiche ausspart,
- (3) sowie dem „Integrierten Handlungskonzept“ der Stadt Köln. Dieses bezieht sich wiederum auf die noch engere Umgrenzung des Sanierungsgebietes.

Seine höchste Einwohnerzahl besaß das Wohnquartier Finkenberg kurz nach der Fertigstellung der Wohnblöcke für die Großwohnsiedlung 1982 mit 8.800 Menschen. Doch danach nahm die Einwohnerzahl kontinuierlich ab: Heute zählt das Quartier nur noch 7.660 Einwohner, das sind rund 13% weniger als 1982. Dabei ist seit 1999 wieder eine leichte Bevölkerungszunahme zu verspüren.

Finkenberg ist geprägt durch überdurchschnittlich große Haushalte und einem dementsprechend überdurchschnittlich hohen Kinderanteil. Von der Bevölkerung im Wohnquartier Finkenberg (Stand: 2002) sind im Vergleich zu Köln gesamt mit 75% lediglich 53% der 2.800 Haushalte im Wohnquartier Finkenberg in 1- oder 2-Personenhaushalten organisiert. Dagegen ist jedoch der Anteil der großen Haushalte mit 5 oder mehr Personen mit 11% überdurchschnittlich hoch (Gesamtstadt: 4%). Entsprechend dem überdurchschnittlichen Anteil an Familienhaushalten ist auch der Anteil der Bewohner/innen unter 18 Jahren mit 24% ebenfalls erheblich höher als in der Gesamtstadt Köln mit rund 16%. Der Anteil an Personen über 60 Jahre entspricht mit 22% in etwa dem gesamtstädtischen Mittelwert. Durchschnittlich leben in Finkenberg 2,7 Personen in einem Haushalt, in Köln dagegen nur 2,0 Personen.

Der Ausländeranteil liegt mit 37% sehr viel höher als in Köln insgesamt mit 18%. Dabei stellt, laut den Aussagen des Integrierten Handlungskonzeptes der Stadt Köln, die Gruppe der Türken den höchsten Nationalitätenteil, gefolgt von Migrant/innen aus den GUS- Staaten. Da der Aussiedleranteil im Wohnquartier Finkenberg bei 16% liegt, haben insgesamt 54% der im Quartier lebenden Bewohner einen Migrationshintergrund. Insgesamt nahm die Zahl der Deutschen seit 1982 um 19% ab und die der Personen ohne deutschen Pass um 35% zu.

Eine Differenzierung in verschiedene Teilräume, wie sie in der Voruntersuchung vorgenommen wurde, zeigt folgende kleinräumige Verteilung der Ausländeranteile:

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Abbildung 20 Altersstruktur und Ausländeranteil in Porz und Finkenberg im Jahr 2002

	Einwohner gesamt		0 – 18 Jahre		18 – 25 Jahre		25 – 45 Jahre		45 – 60 Jahre		ab 60 Jahre		Ausländer	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Finkenberg	7.658	37,2	1.808	23,6	745	9,7	1.982	25,9	1.456	19,0	1.667	21,8	2.801	36,6
Porz gesamt	20.589	100	3.517	17,1	1.943	9,4	6.134	29,8	3.742	18,2	4.585	22,3	5.708	27,7
Köln gesamt	1.020.116	100	163.039	16,0	86.034	8,4	358.739	35,2	184.789	18,1	227.515	22,3	181.216	17,8

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik: Intra 2003, Stand: 31.12.2003

Abbildung 21 Ausländeranteil in den Teilräumen des Gebietes der Voruntersuchung 1999

Teilraum	Einwohner	Deutsche	Ausländer	in %
1	848	690	158	18,6
2	931	693	238	25,6
3	1.703	657	1.046	61,4
4	355	313	42	11,8
5	856	357	499	58,3
6	1.238	866	372	30,0
7	577	415	162	28,1
8	736	629	107	14,5
VU Gebiet	7.244	4.620	2.624	36,2

Quelle: Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999; Köln, S.13.

Hierbei zeigt sich, dass sich die ausländische Bevölkerung des Gebietes der Voruntersuchung auf einige Wohnblöcke in den Teilräumen 3 und 5 konzentrieren.

Die Bewohnerbefragung zeigte jedoch, dass der Migrantenanteil im Sanierungsgebiet realistisch eingeschätzt und nicht wie in den beiden anderen

Stadtteilen überschätzt wurde. Positiv ist auch zu vermerken, dass nur ein vergleichsweise geringer Anteil der Befragten (17%) keinen Kontakt mit anderen Nationalitäten hat und diesen auch nicht wünscht.

Innerhalb des Sanierungsgebiets Finkenberg lag der Anteil der Arbeitslosen im Jahr 2000 bei über 24%, während er in der Stadt Köln mit 13,2% nur fast die Hälfte betrug. Besonders betroffen waren hier ausländische Bewohner/innen: 43,3% der ausländischen Bewohnerschaft waren arbeitslos (Stadt Köln: 23,6%). Die Jugendarbeitslosigkeit war ebenfalls etwas höher als im gesamtstädtischen Durchschnitt (Anteil der unter 25-Jährigen an allen Arbeitslosen: Finkenberg 12%, Köln 9%).

Anhand der vorliegenden Daten zum 31.12.1998 kann festgestellt werden, dass die Sozialhilfedichte im Wohnquartier Finkenberg mit knapp 25% sehr viel höher war als im Stadtteil Porz mit 14% und der Gesamtstadt Köln mit 7,4%. Der Anteil der Kinder unter 14 Jahren an allen Sozialhilfeempfängern lag in Finkenberg bei 34%. Für das Sanierungsgebiet liegen zudem Daten für Januar 2003 vor. Jeder dritte Einwohner bezieht Leistungen als Hilfe zum Lebensunterhalt (30,9%).

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Abbildung 22 Sozialhilfequote im Vergleich

Gebiet	Finkenberg		Porz		Stadt Köln	
Stand der Daten	31.12.1998		31.12.1998		31.12.1998	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Sozialhilfeempfänger	1.844	24,5	3.207	16,1	71.102	7,4
- davon Kinder <14 Jahre	-	33,6	-	-	-	-
Gebiet	Sanierungsgebiet Finkenberg				Stadt Köln	
Stand der Daten	Jan. 2003				Jan. 2003	
	Anzahl	in %			Anzahl	in %
Sozialhilfeempfänger	1.653	30,9			64.154	6,6

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Intra 2003) sowie Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln (2000): Sozialraumanalyse in Köln; Köln, o.S.

Hinsichtlich der Ursachen der Sozialhilfebedürftigkeit fällt die überdurchschnittlich hohe Bedeutung der Arbeitslosigkeit im Stadtteil Porz wie auch im Sanierungsgebiet Finkenberg auf. Im Sanie-

rungsgebiet sind zudem unzureichende Einkommen bzw. Renten von hoher Relevanz.

Abbildung 23 Ursachen des Sozialhilfebezugs

Gebiet	Porz (2002)		Stadt Köln (2002)		Sanierungsgebiet Finkenberg (2003)	
	Anzahl	In %	Anzahl	In %	Anzahl	In %
Sozialhilfebezug eingetreten durch:						
- Arbeitslosigkeit	586	41,6	14.086	38,9	320	43,4
- häusliche Bindung	151	10,7	4.736	13,1	45	6,1
- Krankheit / Behinderung	87	6,2	3.567	9,8	32	4,3
- unzureichendes Einkommen	91	6,5	2.105	5,8	165	22,4
- unzureichende Rente	160	11,3	4.283	11,8	103	14,0
- Ursache beim Unterhaltspflicht	49	3,5	1.521	4,2	51	6,9
- Sonstiges	286	20,3	5.918	16,3	21	2,8
Summe Bedarfsgemeinschaften	1.410	100,00	36.216	100,00	737	100,00

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Intra 2003)

Eine kleinräumige Betrachtung für die Teilräume der Voruntersuchung „VU99“ zeigt, wo die Problemgebiete in Finkenberg liegen. Es handelt sich hier vor allem um die Teilräume 2, 3 und 5 mit Konzentrationen bis über 50% Sozialhilfebezug.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Abbildung 24 Sozialhilfedichte in den Teilräumen des Gebietes der Voruntersuchung 1999

Teilräume	Einwohner	Sozialhilfeempfänger	Anteil
1	848	44	5,2%
2	931	277	29,8%
3	1703	957	56,2%
4	355	15	4,2%
5	856	265	31,0%
6	1238	143	11,6%
7	577	45	7,8%
8	736	65	8,8%
VU-Gebiet	7244	1811	25,0%

Quelle: Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz /

Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999; Köln, S.15.

Der Vergleich der Bezugsdauer von Sozialhilfe bei den Bedarfsgemeinschaften im Sanierungsgebiet und in Köln (Januar 2003) weist deutlich daraufhin, dass im Sanierungsgebiet Sozialhilfebezug häufiger von langfristiger Dauer ist und Armutslagen verfestigt sind.

Abbildung 25 Bezugsdauer in der Sozialhilfe in Finkenberg

Gebiet	Stand	unter 6 Monate	6-24 Monate	ab 24 Monate	Summe
Finkenberg	12/1998	10,7 %	33,1 %	56,2 %	100 %
Stadt Köln	01/2003	14,1 %	30,3 %	55,6 %	100 %
Sanierungsgebiet	01/2003	12,2%	23,4%	64,4%	100 %

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Intra 2003) sowie Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Köln (2000): Sozialraumanalyse in Köln; Köln, o.S.

4.3.4 Räumliche Dimension der Lebenslage: Städtebauliche Qualität und Infrastrukturausstattung

Städtebauliches Erscheinungsbild

Finkenberg wird fast ausschließlich durch Wohnnutzung bestimmt, gewerbliche Nutzungen spielen, mit Ausnahme des Einkaufsbereiches an der Konrad-Adenauerstraße, eine untergeordnete Rolle.

Das städtebauliche Erscheinungsbild innerhalb des heutigen Sanierungsgebiets Finkenberg ist durch die hochgeschossigen (8-20 Etagen) Wohnblöcke aus den 1970er Jahren und den für diesen Bautypus typischen Abstandsflächen geprägt. Missstände bestehen hier vorwiegend in der Gestaltung

der Fassaden, die laut Integrierten Handlungskonzept aus dem Jahr 2001 „in einigen Bereichen bereits mittlere Bauschäden aufweisen“⁵⁶.

Besonders betroffen sind dabei vor allem die „sozial schwer kontrollierbaren Gebäudeteile, wie Treppenhäuser, Kellerräume und Tiefgaragen“, die „erhebliche Vandalismuserscheinungen aufweisen“⁵⁷.

Auch der Zustand der Freiflächen zwischen den Gebäudeteilen weist nach den Untersuchungen der Stadt Köln erhebliche Missstände auf: Ehemalig

⁵⁶ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 7.

⁵⁷ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 7.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

angelegte Spiel- und Sportflächen, wie z.B. der Wasserspielplatz und die Gokart-Bahn, sind verwahrlost und „befinden sich in einem desolaten Zustand“⁵⁸. Auch in Gesprächen mit Schlüsselpersonen aus dem Stadtteil wurden immer wieder die ungepflegten und teilweise sehr „vermüllten“ Grünflächen als erhebliches Konfliktpotenzial (besonders zwischen ausländischen und deutschen Bewohner/innen) innerhalb der Wohnsiedlung angesprochen.

Auch das in der Hauptzone des Sanierungsgebiets Finkenbergs liegende Stadtteilzentrum mit Angeboten des täglichen Bedarfs ist gekennzeichnet durch einen „unwirtlichen Gesamteindruck“ (Stadt Köln Integriertes Handlungskonzept 2001: 8)⁵⁹. Renovierungsbedürftige Geschäftseinrichtungen, beschädigte Werbetafeln und in Eigenregie vorgenommene Verbesserungen prägen hier das Erscheinungsbild⁶⁰.

Die Ergebnisse der Bewohnerbefragung spiegeln vor allem die Unzufriedenheit mit der Sauberkeit im Wohnquartier wider: Auf einer Skala von 1-5 (1=sehr zufrieden; 5= sehr unzufrieden) bewerten die befragten Bewohner/innen die Sauberkeit ihres Wohnquartiers sowie den Zustand von Gebäuden und Wohnumfeld mit einer 4,4.

Anbindung an ÖPNV und Straßennetz

Finkenberg ist über die Autobahn-Anschlussstelle Köln-Porz-Gremberghoven der A 559 direkt an das überörtliche Schnellstraßennetz angebunden. Über die unmittelbar westlich und östlich des Gebiets verlaufenden örtlichen Hauptverkehrsstraßen wird Finkenberg im Norden Richtung Frankfurter Straße (B8) und A 559 Richtung

Köln sowie in Richtung Kölner Straße (L82) sowie an das Bezirkszentrum Porz gut angebunden.

Hingegen ist die Anbindung an die Innenstadt mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weniger gut. Die Haltestellen von Stadtbahn und S-Bahn liegen relativ weit von den meisten Teilen Finkenbergs weg bzw. werden nur in schlechter Taktfrequenz bedient. Die Haltestelle Steinstraße der Stadtbahnlinie 7 liegt ca. in 400m fußläufiger Entfernung vom Zentrum des südlichen Teil Finkenbergs entfernt. Von hier aus kann mit der Linie 7 im 10 Minuten-Takt sowohl die Kölner Innenstadt (Fahrzeit 22 Minuten) als auch das Bezirkszentrum Porz (Fahrzeit 2 Minuten) erreicht werden. Die S-Bahn bietet mit einer Fahrzeit von 9 Minuten von der Haltestelle Steinstraße kürzere Fahrzeiten in die Kölner Innenstadt. Allerdings liegen hier die Taktzeiten zurzeit mit 30 Minuten deutlich höher. Des Weiteren fährt von der Theodor-Heuss-Straße (nördlicher Teil) die Buslinie 154 über die Haltestelle Steinstraße (Umstieg in die Stadtbahn) nach Porz-Markt (ebenfalls Umstieg in die Stadtbahn und in die S-Bahn), tagsüber im 20-Minuten-Takt.

Die Zufriedenheit der befragten Bewohner/innen mit der Anbindung durch den ÖPNV liegt trotz einiger Defizite bei 1,9 und damit deutlich im zufriedenstellenden Bereich.

Verkehrsbelastung

Das verkehrliche Erschließungssystem des Sanierungsgebiets Finkenberg ist geprägt durch überdimensionierte und unzuweckmäßig getrennte Verkehrsflächen, die teilweise erhebliche Barrieren zwischen den Wohnblöcken bilden (z.B. die vielbefahrene Theodor-Heuss-Straße, über die nur eine Fußgängerbrücke führt). Sozialräumliche Verflechtungen der einzelnen Wohnbereiche können dadurch schwerer aufgebaut werden⁶¹. Daneben sind in den Wohnbereichen zu hohe Geschwindigkeiten zulässig, Lärmbelastigungen sind hier unverhältnismäßig hoch.

⁵⁸ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 8.

⁵⁹ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 8.

⁶⁰ Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.24.

⁶¹ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 8.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Die „Parkierungsanlagen“ sind auch in Finken- berg „überdimensioniert und benutzerfeindlich (Tiefgaragen)“. Besonders die Tiefgaragen sind schon von Bauschäden am Beton betroffen. Sie werden aber aus Angst vor Vandalismus kaum genutzt.⁶²

Im Einklang mit diesen Expertenfeststellungen liegt die Zufriedenheit der Bewohner mit der Verkehrsbelastung im Rahmen der Bewohnerbefragung nur bei 3,3.

Grünflächenversorgung

Außer einer Kleingartenanlage befindet sich in bzw. an Finkenberg angrenzend keine größere Grün- oder Erholungsfläche, die von der Bewohnerschaft fußläufig zu erreichen ist. Aufenthaltspotenziale würden die bereits beschriebenen, breit angelegten Abstandsflächen zwischen den Wohnblocks bieten, die heute größtenteils aus Rasenflächen bestehen. Die Qualität dieser Grünflächen leidet jedoch unter einer teilweisen starken Verwahrlosung, die sich besonders durch üppige und undurchsichtige Vegetation entlang von Verkehrs- und Fußwegen auszeichnet und damit zu Beeinträchtigung der sozialen Kontrolle führt.⁶³ Die Zufriedenheit der Bewohnerschaft mit der Versorgung an Grünflächen liegt bei 2,8.

Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen

Die Versorgung der Bewohnerschaft des Sanierungsgebietes Finkenberg mit Gütern des täglichen Bedarfs wird derzeit durch ein Stadtteilzentrum an der Konrad-Adenauer-Straße gewährleistet. Hier stehen dem Passanten verschiedene Einzelhandels- und Dienstleistungsgeschäfte sowie Gastronomiebetriebe zur Verfügung. Auch eine Apotheke und eine Arztpraxis sind vorhanden. Ein Leerstand der Geschäftsräume ist laut Ortsbegehung nicht zu

verzeichnen und der Geschäftsbereich verfügt über ein ausreichendes Angebot an Parkmöglichkeiten, die aber nur schlecht erreichbar sind.⁶⁴

Die Attraktivität des Einkaufsbereichs lässt jedoch zu wünschen übrig, was sich u.a. in nur mäßigem Passantenaufkommen widerspiegelt.⁶⁵ „Das Zentrum macht auf Grund der teilweise verwahrlosten Geschäftsfassaden und den vernachlässigten überdachten Passagen im Schaufensterbereich einen unwirtschaftlichen Gesamteindruck. Es entsteht der Eindruck, dass unter den Eigentümern, aber auch unter den Geschäftsleuten keine Kommunikation stattfindet, und ein aufeinander abgestimmtes Handeln nicht erfolgt.“⁶⁶

Die Zufriedenheit der Bewohnerschaft mit den Einkaufsmöglichkeiten liegt mit einer 2,6 im Mittelmaß.

Die Versorgung der Bewohnerschaft mit Kindertagesstätten ist, laut dem Kindergartenplan der Stadt Köln⁶⁷, mit zwei städtischen und einer katholischen Einrichtung ausreichend. Die durchschnittliche Zufriedenheit der Befragten liegt hier bei 2,3 (auf einer Skala 1= sehr zufrieden bis 5= sehr unzufrieden). Schlüsselpersonen aus Finkenberg empfinden das Angebot, besonders für ausländische, kinderreiche Familien eher als unzureichend. Des Weiteren verfügt das Sanierungsgebiet über eine Gesamtschule, eine Sonderschule und eine Grundschule. Die Zufriedenheit der Bewohner mit dem Angebot an Schulen und Kinderbetreuung liegt bei einer noch zufriedenstellenden 2,3.

⁶² Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.31.

⁶³ Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.28.

⁶⁴ Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.24.

⁶⁵ Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.24f.

⁶⁶ Vgl.: Stadt Köln (2001) (Hrsg.): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 8.

⁶⁷ Vgl.: Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.20.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

Im Sanierungsgebiet befinden sich eine evangelische, eine katholische und eine freie Christengemeinde. Daneben gibt es außerdem eine jüdische Glaubensgemeinschaft.⁶⁸ Standorte islamischer Einrichtungen sind nicht bekannt.

Angebot an Freizeitmöglichkeiten

Die Zufriedenheit der befragten Bewohner/innen mit dem Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche liegt bei 3,3 und ist damit bereits als eher defizitär zu betrachten. Der Grund für diese relative Unzufriedenheit liegt dabei vor allem im quantitativen Mangel: So existiert im Sanierungsgebiet Finkenberg lediglich eine provisorische offene Jugendeinrichtung des Sozialdienstes katholischer Männer Porz e.V., in der, aus räumlichen und personellen Gründen, lediglich Kinder bis zu einem Alter von 13 Jahren betreut werden können. Städtische Einrichtungen und Angebote, die auch ältere Jugendliche ansprechen, bestehen nicht.⁶⁹

In der Vorbereitenden Untersuchung werden zusätzliche Angebote, besonders vor dem Hintergrund des fortschreitenden Vandalismus und des zunehmenden Drogenmissbrauchs dringend gefordert. Zwar nutzen selbstbewusste Jugendliche auch Einrichtungen außerhalb Finkenbergs (z.B. die Einrichtungen in der Ohmstraße oder der Glashüttenstraße), doch sei laut der Vorbereitenden Untersuchung, eine Jugendeinrichtung in Finkenberg als ein Stück „zu Hause“ und als Anlaufstelle unverzichtbar.⁷⁰

Das Freizeitangebot für Erwachsene fällt noch dürftiger aus: Außer wenigen Angeboten für Senioren (z.B. Angebot eines Mittagstisch und diverser Freizeitangebote durch die Paritätische Sozialarbeit

Köln e.V.) existieren keinerlei Möglichkeiten für Erwachsene, ihre Freizeit in Finkenberg zu verbringen⁷¹. Die Zufriedenheit fällt mit 3,4 dementsprechend schlecht aus.

Beratungs- und Betreuungsangebote

Ähnlich wie bei den Freizeitangeboten gibt es für Kinder und Jugendliche bzw. deren Erziehungsberechtigte nur wenig Möglichkeiten, auf Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten innerhalb des Stadtteils zurückzugreifen. Hier existieren einzelne und auf kleinere Gruppen beschränkte Angebote unterschiedlicher Vereine oder kirchlicher Träger. Das Spektrum bezieht sich vorwiegend auf Hausaufgabenhilfen und soziale Gruppenarbeit.

Möglichkeiten für Erwachsene, sich fortzubilden, ihrer Sprachfähigkeiten zu erweitern oder in schwierigen Lebenssituationen beraten zu werden, sind in Finkenberg bislang nur wenig vorhanden. Einzelne Vereine bieten eine Anlaufstelle zur Bewältigung schwieriger Lebenssituationen: So existiert z.B. ein regelmäßiger Treff sowie eine Selbsthilfegruppe für Übersiedler- und Kontingentflüchtlinge und eine Bürgerberatung des ansässigen deutsch-türkischen Vereins.⁷² Zudem hat das Familienbildungswerk Angebote für Erwachsene im Programm. Die Angebote der christlichen Gemeinden spielen in Finkenberg laut Integrierten Handlungskonzept eine eher untergeordnete Rolle⁷³. Zur Verbesserung der Beratungssituation richtet die Stadt derzeit ein Servicebüro ein, im u.a. das Amt für Statistik und Stadtentwicklung, das Jugendamt und die Abfallwirtschaftsbetriebe Sprechzeiten anbieten werden.

Im Rahmen der Bewohnerbefragung antworten 20% der Befragten auf die Frage: „Wenn Sie sich in

⁶⁸ Vgl.: Stadt Köln (2001) (Hrsg.): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 12.

⁶⁹ Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.21.

⁷⁰ Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.21.

⁷¹ Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.22.

⁷² Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 10f.

⁷³ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 12.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

einer schwierigen Lebenslage befinden und eine professionelle Unterstützung suchen würden, an welche Einrichtung im Stadtteil würden Sie sich wenden?“, dass sie sich an die Kirchen richten würden. 37% der Befragten antworteten, dass sie im Stadtteil gar keine Einrichtung aufsuchen würden. 20% wussten keine Einrichtung oder machten keine Angabe. In der Bewohnerbefragung wurde von jedem fünften Befragten ein Defizit an Hilfeangeboten im Stadtteil gesehen, im Vergleich der drei untersuchten Stadtteile der höchste Wert.

4.3.5 Wohnliche Dimension der Lebenslage: Wohnraumversorgung und Prävention vor Wohnungsverlust

Im Sanierungsgebiet Finkenberg befinden sich laut Integriertem Handlungskonzept ca. 2.800 Wohnungen, die alle im Zeitraum zwischen 1972 und 1981 erbaut wurden. 80% der Mietwohnungen wurden mit öffentlichen Mitteln gefördert. Der Anteil an Wohnungen mit Sozialbindungen ist demnach in Finkenberg sehr hoch.⁷⁴

Die Ausstattung und Grundrisse der Wohnungen im Sanierungsgebiet entsprechen, auf Grund des relativ jungen Alters der Wohnblöcke, einem zeitgemäßen Standard. Einschränkungen der Wohnqualität sind vorwiegend auf den schlechten baulichen Zustand der Gebäude zurückzuführen: So führen undichte Fenster und Fassaden zu feuchten Wänden und kalten Räumen, die in der Folge stärker beheizt werden müssen und damit die Nebenkosten in die Höhe treiben⁷⁵.

In der Bewohnerbefragung schneidet demnach die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Zustand von Gebäuden und Umfeld mit 4,4 sehr schlecht ab, während die Zufriedenheit mit der Wohnung mit einem Wert von 2,5 noch zufriedenstellend ist.

Aufgrund dieser allgemeinen Zufriedenheit der Bewohnerschaft mit den Wohnungen innerhalb der Großwohnanlage und aufgrund des nicht mehr vorhandenen Leerstandes⁷⁶ sehen die meisten Eigentümer/innen des Mietwohnungsbestandes keinen Anlass zu Sanierung der Gebäudemängel: „Die Motivation der Eigentümer, ihren Wohnungsbestand zu erhalten und eine zufriedene Mieterschaft auszubauen, ist sehr unterschiedlich. Während einige Eigentümer Bereitschaft signalisieren, ihre Wohnanlagen aufzuwerten und dies zum Teil bereits getan haben, betrachtet der Großteil der Eigentümer seinen Wohnungsbestand als reine Investitionsanlage. Da es keinen nennenswerten Wohnungsleerstand in den Gebäuden gibt, sehen diese Eigentümer keinen Anlass, ihre Betrachtungsweise zu verändern“⁷⁷.

Im Hinblick auf die Wohnungsnotfallproblematik war im Stadtteil Porz im Jahr 2002 bei 61 von 1.000 Haushalten eine Räumungsklage zu verzeichnen. Dieser Wert ist im Vergleich zur Gesamtstadt leicht überdurchschnittlich und ist darüber hinaus von 2000 bis 2002 im Gegensatz zu Köln (keine Veränderung) deutlich gestiegen.

4.3.6 Kulturelle Dimension der Lebenslage: Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Die Beschreibung der kulturellen Dimension basiert auf Ergebnissen der Bewohnerbefragung und Aussagen befragter Stadtteilakteure. Im Vergleich zu den anderen beiden Stadtteilen zeichnet sich das Sanierungsgebiet durch ein hohes Bildungsniveau aus (57% mit Abitur oder Hochschulabschluss gegenüber 39% in Stammheim).

10% der Befragten sind in Vereinen, Kirchen oder Initiativen ehrenamtlich im Stadtteil tätig. Die Teilhabe am Stadtleben ist im Vergleich zu Stammheim und Bilderstöckchen eher gering ausgeprägt: nur 42% sind über örtliche Veranstaltun-

⁷⁴ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 4f.

⁷⁵ Stadt Köln (1999): Vorbereitende Untersuchung gem. §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Porz / Finkenberg. Beschlossen vom Rat am 26. August 1999. Köln, S.16.

⁷⁶ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 5.

⁷⁷ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenberg. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 6.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

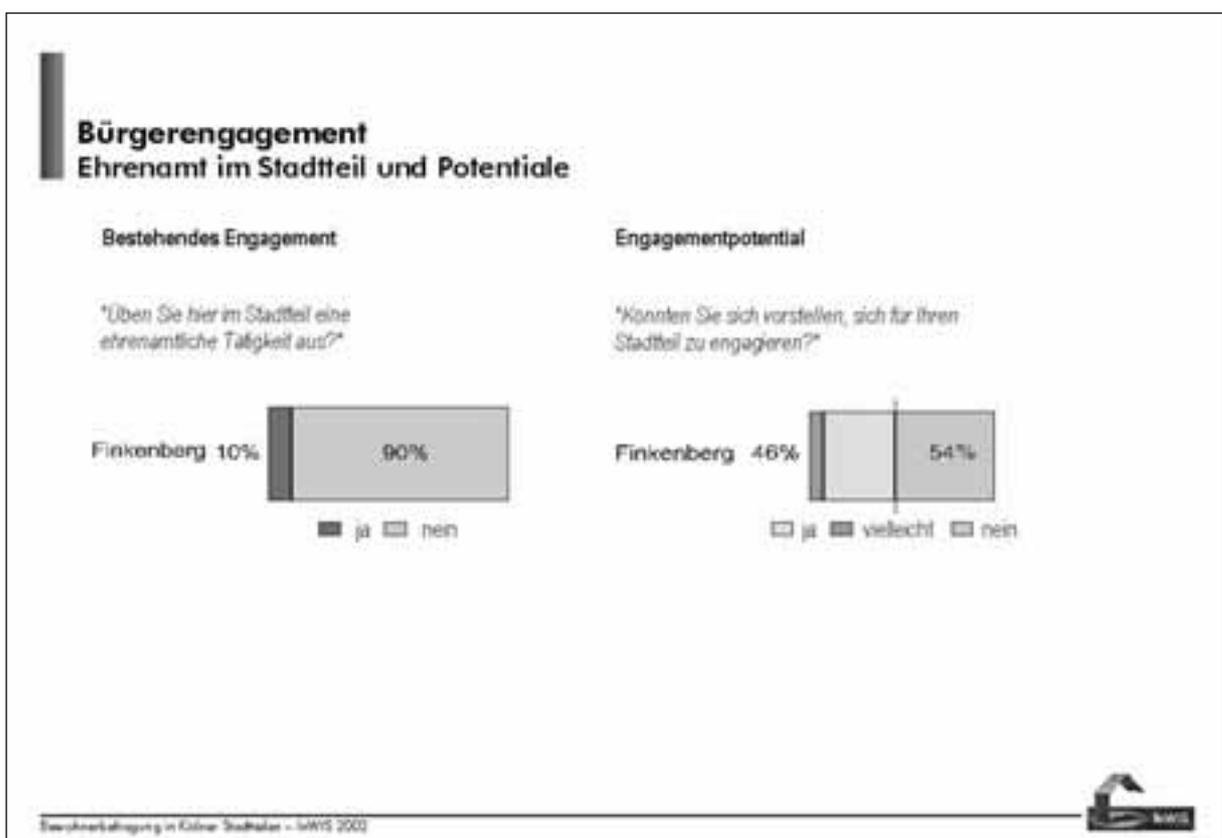
gen informiert, 28% nehmen an ihnen teil und 37% besuchen regelmäßig Stadtteilinitiativen oder Vereine. Dies ist aber nach Einschätzung von Stadtteilakteuren auch darauf zurückzuführen, dass es insgesamt nur sehr wenige Veranstaltungen und Angebote in Finkenberg gibt.

Mit dieser Erklärung korrespondiert, dass das Engagementpotenzial für den Stadtteil außerordentlich hoch ist: Fast jede/r zweite Befragte könnte sich vorstellen sich für den Stadtteil zu engagieren (46% gegenüber 39% in Stammheim und 30% in Bilderstöckchen). Dabei unterscheidet sich Finkenberg nicht nur in der Höhe des Engagementpotenzials, sondern auch in der Qualität. So ist gegenüber den anderen Stadtteilen die Bereitschaft, sich auch über einen längeren Zeitraum kontinuierlich zu beteiligen sehr hoch. Knapp 70% der Befragten mit Engagementbereitschaft könnten sich vorstellen, an regelmäßigen Arbeitskreisen teilzunehmen (zum Vergleich: 46% in Bilderstöckchen, 57% in

Stammheim). Deutlich mehr Befragte als in den anderen Gebieten wären auch bereit, Aktivitäten wie z.B. ein Stadtteilfest eigenständig durchzuführen (39% gegenüber 30% und 18%). Mit 77% weisen die Finkenberger auch eine deutlich höhere Bereitschaft auf, Aktivitäten zugunsten des Stadtteils mit kleineren Geldbeträgen zu unterstützen (47% in Stammheim und 64% in Bilderstöckchen wären dazu bereit).

Die befragten Stadtteilakteure sprechen von starker Identifikation und hohem Engagementpotenzial der Bewohner/innen mit bzw. für ihren Stadtteil. Allerdings werde versäumt, dieses Engagement zielorientiert zu mobilisieren. Hilfreich sei eine Stadtteilkonferenz mit offenem Zugang für alle. Der Zugang zum Sanierungsbeirat wird als zu „hochschwellig“ und damit ausgrenzend kritisiert. Angeregt wird zudem, dass Veranstaltungen und Feste mehr stadtteilbezogen und weniger zielgruppenbezogen durchgeführt werden sollten.

Abbildung 26 Engagement in Finkenberg



- 4.3.7 Konsequenzen aus den Lebenslagen:
Image, Kriminalität, Verbundenheit mit dem Stadtteil, sozialräumliche Problemlagen

Kriminalität und Sicherheit

Im Integrierten Handlungskonzept der Stadt Köln (2001) wird zu dem Thema Kriminalität folgende Aussage gemacht: „Laut dem Kriminalitätslagebild, das die Polizei für das Sanierungsgebiet Finkenber erstellt hat, geht der überwiegende Teil aller verübten Straftaten auf das Konto jugendlicher (14-21 Jahre) Migranten. Opfer von Gewaltdelikten sind zumeist gleichaltrige oder jüngere Jugendliche und Kinder. Neben einem starken Anstieg von Kellereintrüben häufen sich in letzter Zeit die KFZ-Delikte. Entwendete PKW werden zu ‚Spritztouren‘ oder ‚Crash-Fahrten‘ in Tiefgaragen benutzt, wodurch ein beträchtlicher Sachschaden angerichtet wird. Gründe für das Fehlverhalten der jugendlichen Straftäter, die im Rahmen polizeilicher Vernehmungen genannt werden, lassen sich unter den Kriterien Geltungssucht, Sozialneid und Langeweile zusammenfassen“⁷⁸.

Das subjektive Sicherheitsempfinden der befragten Haushalte ist entsprechend – im Vergleich zu den anderen untersuchten Stadtteilen – gering: Nur 37% der Befragten gaben an, sich in ihrem Wohnquartier stets sicher zu fühlen. Zum Vergleich hierzu fühlte sich in den Stadtteilen Bilderstöckchen und Stammheim jeder Zweite (50% bzw. 57%) stets sicher.

Image des Stadtteils

Das Image des Stadtteils wird von den befragten Bewohner/innen relativ schlecht bewertet: Auf die Frage, ob sie ihr Wohnquartier ohne Bedenken weiterempfehlen würden, antworteten nur 13% mit ja. Gleichzeitig aber möchten mit 47% der Befragten vergleichsweise wenige ihr Wohngebiet nur ungern verlassen, was dennoch auf eine hohe Bindung an das Wohngebiet hinweist.

⁷⁸ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenber. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 6.

Zusammenleben und Nachbarschaft

Besonders in den hochgeschossigen Wohnblöcken treffen Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlichen Kulturen aufeinander. Diese Vielfalt wird von den unterschiedlichen Schlüsselpersonen aus Finkenber auf der einen Seite als Potenzial betrachtet, auf der anderen Seite wurde deutlich, dass es auch immer wieder die kulturellen Unterschiede der Bewohnerschaft sind, die zu alltäglichen Missverständnissen und Auseinandersetzungen führen. Besonders unter den Jugendlichen eskalieren solche Missverständnisse immer wieder in gewaltsamen Übergriffen. Auch der hohe Anteil einkommensschwacher Haushalte, Arbeitsloser sowie Sozialhilfeempfänger bergen Konfliktpotenziale, die laut Experteneinschätzung besonders die „Integrationsleistung derjenigen, die Arbeit haben und als Normalverdiener gelten“ (Stadt Köln integriertes Handlungskonzept 2001: 6)⁷⁹, überfordern.

Trotz dieser zunächst konfliktreichen nachbarschaftlichen Beziehungen existiert laut Aussage des Integrierten Handlungskonzeptes der Stadt Köln eine relative Wohnzufriedenheit in einzelnen Bereichen der Wohnsiedlung, nämlich in den Bereichen, in denen sich Bewohnergruppen in homogenen Gruppen zusammengefunden haben⁸⁰. Diese relative Zufriedenheit drückt sich auch in den Ergebnissen der Bewohnerbefragung aus: Jeder Zweite der Befragten fühlt sich in seiner Nachbarschaft geborgen. Über die Hälfte (57%) geben sogar an, häufig oder gelegentlich nachbarschaftliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

4.3.8 Fazit

Insgesamt weist das Sanierungsgebiet Finkenber einen stark überdurchschnittlichen Anteil an benachteiligten Bevölkerungsgruppen auf: Die Arbeitslosigkeit, die Sozialhilfequote liegen weit über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Hinzu kommt ein ebenfalls stark erhöhter Anteil an Be-

⁷⁹ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenber. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 6.

⁸⁰ Vgl.: Stadt Köln (Hrsg.) (2001): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenber. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln, S. 6.

Die Situation in den Stadtteilen Bilderstöckchen, Stammheim und Finkenberg

wohner/innen mit Migrationshintergrund, denen der Zugang zum Wohnungsmarkt und zum Arbeitsmarkt häufig erschwert ist. Dabei konzentrieren sich die Problemlagen in einigen Teilräumen stärker als in anderen. Als Indikatoren kann die sehr hohe Sozialhilfedichte in den Teilgebieten 2,3 und 5 dienen.

Das soziale Zusammenleben weist neben der Kriminalitätsproblematik, die zu einem vergleichsweise geringen Sicherheitsempfinden der Bewohner/innen führt, und interkulturellen Konflikten im nachbarschaftlichen Umfeld aber auch Potenziale auf: So sind die Kontakte zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten vergleichsweise vielfältig, auch die Nachbarschaftsbeziehungen und das Engagementpotenzial für den Stadtteil sind recht gut ausgeprägt.

Im Wohnbereich weist der Zustand der Gebäude gravierende Mängel auf, auch in der Versorgungsinfrastruktur und bei den Freiflächen sind nennenswerte Defizite auszumachen. Dies sind Gründe dafür, dass Finkenberg zum Sanierungsgebiet erklärt wurde und zu den benachteiligten Stadtteilen Kölns zu zählen ist.

Die Konsequenzen aus der Lebenslage der Bewohner sind unter anderem ein schlechtes Image ihres Wohnquartiers und eine vergleichsweise geringe Verbundenheit.

5 Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

In den folgenden Abschnitten wird die Arbeit der Modellprojekte zunächst kurz dargestellt und anschließend im Hinblick auf ihre qualitativen Effekte, ihre Effekte in der Organisation und Kooperation sowie ihren Ressourceneinsatz untersucht. Die Ausführungen stützen sich dabei auf Gespräche mit den Modellprojekten, Auswertungen des Dokumentationssystems und der Bewohnerbefragung sowie auf Experteninterviews mit den lokalen Akteuren in den Stadtteilen und der Stadtverwaltung.

5.1 Kurzbeschreibung der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

5.1.1 Konzeptionierung und Initiierung

Den Anstoß für die Initiierung von zwei Modellprojekten der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention ging vom Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. (DiCV) aus. Ziel war es, anhand zweier Praxisbeispiele aufzuzeigen, welchen Beitrag die freie Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention – auch in Ergänzung zur und in der Zusammenarbeit mit Zentralen Fachstellen – leisten kann und inwieweit es ihr möglich ist, dementsprechende Wirkungen in den Sozialraum zu entfalten. Zusätzlich wurden weitere Intentionen des DiCV mit der Einrichtung der Modellprojekte verbunden:

- Zum einen bestand seitens des DiCV auch ein großes Interesse darin, zu erproben, in welcher Form sich bereits etablierte, aber auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtete Einrichtungen der katholischen Verbände im Wohnquartier zu einer für alle im Stadtteil vertretenen Gruppierungen und Akteure zuständigen Anlauf-, Organisations- und Koordinationsstelle entwickeln können. Hierzu wurde am Beispiel des Modellprojektes im Stadtteil Bilderstöckchen eine bestehende Ressource – die Jugendeinrichtung Luckys Haus – für die Arbeit „gegen soziale Entmischung“ genutzt, indem das Modellprojekt an die Einrichtung angegliedert wurde. Die Ressourcen, die für die Projektarbeit genutzt werden sollten, umfassten damit nicht nur

vorhandene Räumlichkeiten, sondern zum Beispiel auch vorhandene Zugänge zu Bewohnern und Multiplikatoren im Stadtteil.

- Zum anderen sollte durch eine Angliederung der Modellprojekte – am Beispiel des Modellprojektes im Stadtteil Stammheim – an örtliche Pfarrbüros als bestehende Kommunikationszentren innerhalb von Stadtquartieren auch eine lebendigere, karitative Gemeindepraxis, eine Verdeutlichung der diakonischen Wirkung von Kirche sowie ein Prozess der Gemeindeerneuerung angestoßen werden.

Die konkrete Auswahl der beiden Stadtteile Bilderstöckchen und Stammheim erfolgte auf mehreren Entscheidungsebenen: In Zusammenarbeit mit einem Vertreter des Kölner Amtes für Wohnungswesen, an die zum damaligen Zeitpunkt auch die Zentrale Fachstelle der Stadt Köln angegliedert war, wurde auf Grundlage der kleinräumigen Jugendhilfe- und Arbeitslosenstatistik der Stadt Köln eine Auswahl derjenigen Kölner Stadtteile getroffen, die zwar von sozialen Entmischungstendenzen bedroht sind, aber noch nicht eindeutig zu den Stadtteilen zuzurechnen sind, in denen sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen bereits in überdurchschnittlich hohem Maße konzentrieren. Durch die frühzeitige Einbeziehung des Wohnungsamtes bei der Auswahl von Stadtteilen sollte bereits vor Projektbeginn eine Basis für eine Zusammenarbeit in der Stadtteilprävention geschaffen werden.

Weitere Entscheidungen über die Stadtteilauswahl wurden in Kooperation mit den zukünftigen Projektträgern, dem Sozialdienst katholischer Frauen (SkF), den Caritasverband (CV) und dem Sozialdienst katholischer Männer (SkM) getroffen. Zudem wurde Rücksprache mit der HA Seelsorge des Generalvikariates genommen. Denn bei der Auswahl der beiden Stadtteile musste auch berücksichtigt werden, dass vor Ort Ressourcen und Potenziale der involvierten Verbände für die Umsetzung der übergeordneten Projektzielsetzungen vorhanden waren.

Das Konzept für die Initiierung der beiden Modellprojekte wurde in einer Arbeitsgruppe des DiCV erarbeitet. Demnach war es Zielsetzung der

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Modellprojekte, „Integrationsfiguren bzw. Sozialraummanager in sozial problematischen Quartieren zu installieren.“⁸¹ Diese Sozialraummanager sollten u.a.

- sich aktiv im Viertel bewegen und für die Menschen präsent sein;
- kleinere Sorgen und Nöte der Menschen regeln und Weitervermittlung an entsprechende, spezialisierte Hilfeangebote leisten;
- die Interventionsvielfalt im Stadtteil nutzen, um indirekt Wirkungen in den Sozialraum zu erzielen;
- eine Kultur partnerschaftlicher und nachbarschaftlicher Hilfe im Wohnquartier zu entwickeln und zu pflegen, um Menschen im Vorfeld von manifesten Krisen zu erreichen und Selbsthilfekräfte zu aktivieren;
- vorhandene Selbsthilfepotenziale aktivieren, z.B. durch das Organisieren von Nachbarschaftshilfe und die Anbindung ehrenamtlicher Kräfte;
- den Aufbau stabilisierender sozialer Netzwerke fördern;
- die Identifikation der Bewohner für bzw. mit ihrem Stadtteil fördern, z.B. durch die Organisation von Veranstaltungen und Festen für die Bewohner;
- das Entwickeln einer Kommunikationskultur im Stadtteil fördern;
- die Zusammenarbeit der Akteure fördern, um die endogenen Potenziale des Stadtteils und die vorhandenen Ressourcen zu nutzen und dazu engen Kontakt zu katholischen Pfarrgemeinden, aber auch zu öffentlichen Institutionen (Wohnungsbaugesellschaft, Kölner Verkehrsbetriebe, Polizei, öffentliche Verwaltung, Politik) halten.

„Übergreifende Aufgabe der Integrationsfigur ist das Fördern präventiv wirksamer Rahmenbedingungen, unter denen sich das Wohnklima im Viertel verbessern kann. Beide Modellprojekte nutzen den spezifischen Vorteil der Caritas als kirchlichem Wohlfahrtsverband, indem sie die verfügbaren pfarrgemeindlichen Ressourcen konsequent mit

einbeziehen.“⁸² Beide Projekte sollen eine niedrigschwellige Anlaufstelle für die Bürger der jeweiligen Stadtteile bilden.

Die in der Projektkonzeption festgelegte Zielgruppe umfasste alle Stadtteilbewohner und ist somit losgelöst von einer eventuellen Problematik in der jeweiligen Lebenslage, auf die soziale Arbeit in der Regel abzielt. Die Handlungsfelder, in denen die Projekte tätig werden sollten, wurden vorab nicht festgelegt, mit einer Ausnahme: Der Handlungsauftrag an die Modellprojekte schloss die Einzelfallberatung von Bewohner/innen aus. Da aber entsprechende Beratungsbedarfe vor Ort von den Projekten festgestellt wurden, die nicht von anderweitigen sozialen Einrichtungen abgedeckt werden konnten, wurden sie – allerdings mit nachrangiger Priorität, aber entsprechend der Flexibilität des Projektkonzeptes – auch in diesem Bereich aktiv.

Zu dem Modellprojekt in Bilderstöckchen werden folgende weitere Punkte aufgeführt: Das Modellprojekt wird auf eine bestehende Sozialeinrichtung im Stadtteil, die Jugendeinrichtung Luckys Haus als Anlaufstelle und Treffpunkt für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil, aufgesattelt. Hierdurch können die Zugangschancen zu der Zielgruppe der Stadtteilbewohner genutzt werden, die durch die bisherige Arbeit der Jugendeinrichtung – so bestand auch guter Kontakt zu den Eltern der Besucherkinder - bereits aufgebaut worden sind.

Zu dem Modellprojekt in Stammheim heißt es weiter, dass mit dem Projekt ein „Soziales Pfarrbüro“ als Stadtteilbüro eingerichtet werden soll. Dieses soll sich zu einer Transferstelle für Bürger entwickeln, in der Informationen über verschiedenste Angebote bzw. spezialisierte Hilfen der Träger bereitgehalten werden und an diese Hilfen weitervermittelt wird. Im Rahmen auch der bereits für beide Projekte beschriebenen Aufgaben soll der Sozialraummanager „die Funktion des „Sich-Kümmerns“ im Stadtteil (wahrnehmen), eine Aufgabe, die viele Pfarrer infolge der Anforderungen

⁸¹ Die Formulierung wurde der Projektskizze des DiCV entnommen.

⁸² Die Formulierung wurde der Projektskizze des DiCV entnommen.

vergrößerter Seelsorgebereiche nicht mehr umfassend wahrnehmen können.“⁸³

Für beide Projekte war eine Laufzeit von 3 Jahren vorgesehen, die für den Aufbau nachhaltiger, selbsttragender Organisations- und Kommunikationsstrukturen im Stadtteil und für die Gewinnung von Erfahrungen zur Formulierung von Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung derartiger Projekte als angemessen erachtet wurde.

Im Hinblick auf den Präventionsbegriff in der Sozialarbeit und der Wohnungsnotfallhilfe lässt sich das Verständnis des DiCV im Rahmen der Projektkonzeption wie folgt einordnen: In der Projektkonzeption werden die beiden zentralen Säulen der Prävention – die Stärkung der Lebenskompetenzen der Stadtteilbewohner und die Gestaltung des Lebensraumes Stadtteil – aufgegriffen. In der Präventionsstrategie steht die strukturbezogene Prävention im Vordergrund, die darauf abzielt, einschränkende, benachteiligende oder in den Entwicklungsmöglichkeiten hemmende Lebensbedingungen zu verändern. Hierzu gehören die Aufgaben der Förderung einer Kommunikationskultur und der Identifikation mit dem Stadtteil sowie die Stärkung stabilisierender sozialer Netze, die durch Sozialraummanager geleistet werden sollen. Personenbezogene Präventionsstrategien, die sich ausschließlich auf den Einzelfall konzentrieren, stehen demgegenüber stark im Hintergrund. Durch die niederschwellige Arbeit der Projekte sollen zwar frühzeitig „Nöte und Sorgen“ zur Sprache gebracht und geregelt werden, ein umfassenderer Beratungsbedarf sollte jedoch durch die Weitervermittlung an geeignete Hilfeangebote und nicht durch den Aufbau eines eigenen Beratungsangebotes, etwa im Bereich der Sozialberatung, gedeckt werden. In diesem Sinne und bei einem entsprechenden Bedarf war damit auch angedacht worden, dass die Projekte Wohnungsnotfälle unterstützen und somit zur Abwendung eines drohenden Wohnungsverlustes beitragen. Im Hinblick auf die Wohnungsnotfallprävention konzentrierte sich die Projektkonzeption

des DiCV jedoch auf die primäre Prävention⁸⁴ im weitesten Sinne, indem die Projekte das nachbarschaftliche Zusammenleben im Stadtteil fördern sowie Selbsthilfepotenziale in der Bevölkerung zur Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensbedingungen aktivieren, und dadurch indirekt dazu beitragen, allgemeine Ursachenfaktoren der Wohnungsnotfallproblematik auszuschalten oder zu verringern.

Die in der Projektskizze des DiCV enthaltene, konkretere Aufgabenbeschreibung der Modellprojekte lässt sich bestimmten Handlungsfeldern in einer Entwicklung des sozialen Ausgleichs zuordnen:

- Der nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner/innen und hier insbesondere der Verbesserung der sozialen Situation sowie
- der Förderung von Partizipation, also Handlungsfelder, in denen die freie Wohlfahrtspflege deutliche Stärken aufweisen kann. Die übrigen Handlungsfelder bleiben unerwähnt: Hier bestand offensichtlich kein expliziter Handlungsauftrag.

Das dargestellte Vorgehen bei der Konzeptionierung und Initiierung der Projekte hat Wirkungen hervorgerufen, die sich auf die Rahmenbedingungen der Projektarbeit auswirkten und deshalb bereits an dieser Stelle aufgeführt werden:

1) *Ein notwendiges, breites Handlungsfeld der Modellprojekte erfordert eine Zusammenarbeit mit der Verwaltung bereits bei der Konzeptionierung und Initiierung*

- Die den Modellprojekten zugeordnete Funktion des „Sich-Kümmerns“ im Sinne eines Sozialraummanagers ließ sich – wie die Praxis der Modellprojektarbeit zeigte – nicht auf die in der Projektskizze explizit erwähnten Handlungsfelder

⁸³ Die Formulierung wurde der Projektskizze des DiCV entnommen.

⁸⁴ Zur Begriffsbestimmung vgl.: Busch-Geertsema, Volker (2001): Stadtteilbezogene Prävention. Endbericht der Begleitforschung zum Förderbaustein „Erprobung stadtteilbezogener Prävention“ des Landesmodellprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“. Bremen, S. 10 ff.

der beschränken. Ein besonders prägnantes Beispiel hierfür war die von Bewohnern und Stadtteilakteuren getragene Sorge, dass eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Sozialmietwohnungen durch die Stadt Köln die Wegzugsbereitschaft einkommensstärkerer Haushalte im Stadtteil und damit auch die Tendenz zur sozialen Entmischung in den beiden Stadtteilen fördern würde. Hier fühlten sich die Projektmitarbeiter/innen in ihrer Funktion aufgefordert, entsprechenden Einfluss auf Kommunalverwaltung und -politik zu nehmen. Gleiches gilt auch für die vielen Projektaktivitäten, die auf einen Abbau räumlicher Disparitäten abzielten. Kurz gesagt, die Funktion des „Sich-Kümmerns“ erforderte ein Aufgreifen örtlicher Bedarfs- und Problemlagen in allen Handlungsfeldern der Entwicklung eines sozialen Ausgleichs, eine Vermittlung dieser Bedarfe an die Ressourcen- und Entscheidungsträger in Kommunalverwaltung und -politik und eine gemeinsame Diskussion, ob und inwieweit die von Bewohnern benannten Problemlagen einer Lösung zugeführt werden können. Die hierfür erforderliche Verknüpfung zur Stadtverwaltung bzw. die Kooperationsbasis für ein gemeinsames strategisches Handeln in der Stadtteilprävention fehlte jedoch. Hierzu hätte nicht nur bei der Auswahl der Stadtteile, sondern auch bzw. gerade bei der Projektkonzeption eine Einbindung von relevanten kommunalen Ämtern auf der Ebene der Amts- oder Dezernatsleitung stattfinden müssen, um die Interessen der Verwaltung an einem stadtteilbezogenen, koordinierten Handeln im Themenfeld der sozialen Entmischung in Zusammenarbeit mit dem Modellprojekt abzustimmen und einzubeziehen. Die Verwaltung in Person des Leiters der Zentralen Fachstelle wurde dann zu einem späteren Zeitpunkt der Projektarbeit vom DiCV in die Projektleitung einbezogen, allerdings ging dieser Kontakt kurze Zeit später aufgrund von Umstrukturierungen in der Kommunalverwaltung verloren, so dass die Fachstelle letztendlich doch nicht nachträglich eingebunden werden konnte.

2) *Anbindung des Modellprojektes an eine Einrichtung, die auf eine spezifische, eng umrissene Zielgruppe ausgerichtet ist und Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung und bei den Stadtteilakteuren aufwirft*

- Das Modellprojekt in Bilderstöckchen wurde an eine bestehende Jugendeinrichtung organisatorisch wie auch räumlich angebunden, die erhebliche Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung und bei den Stadtteilakteuren durch das Image als Jugendeinrichtung mit einem Drogen- und Gewaltproblem vor sich her schiebt. Dieses Image äußerte sich zum einen als nachhaltiges Hemmnis für die mit dem Projekt intendierte Ausweitung der bisherigen Zielgruppe Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auf die anvisierte Zielgruppe aller Stadtteilbewohner, da die Akzeptanzprobleme für die angestrebten Zielgruppen den Zugang zur Einrichtung und die Nutzung der Einrichtungsangebote erschwerten.
- Zum anderen ließen sich dieselben Akzeptanzprobleme auch bei einigen örtlichen Akteuren ausmachen, zu denen in der Projektarbeit nur wenig Kontakt und wenige Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit hergestellt werden konnten. Beispielsweise war die vom Diözesan-Caritasverband angestrebte Verknüpfung mit pfarrgemeindlichen Ressourcen nicht zu realisieren, weil die Jugendeinrichtung Luckys Haus im Hinblick auf ihr Klientel einen zu „zweifelhaften“ Ruf genoss. Von den befragten Stadtteilakteuren wurde auch übereinstimmend problematisiert, dass das negative Image der Einrichtung Luckys Haus dem Erreichen des Projektziels der Prävention vor sozialer Entmischung – operationalisiert durch die Anbahnung von Kooperationen mit örtlichen Akteuren und einer starken Einflussnahme auf politische Entscheider - grundsätzlich im Wege stehe.

3) *Fehlende Transparenz für die Bevorzugung einer von mehreren möglichen Einrichtungen im Stadtteil für die Anbindung des Modellprojektes*

- In Bilderstöckchen wird deutlich, dass ein bestehendes Netzwerk von Hilfseinrichtungen nicht zuletzt auch deshalb von Bestand ist, weil sich die einzelnen Bestandteile des Netzes deutlich in ihrer Funktion voneinander unterscheiden lassen. Sie haben eigene Schwerpunkte und vor allem eigene Vorstellungen darüber, wie und mit welchem Ziel sie ihre Arbeit verfolgen. Dabei herrscht innerhalb des Netzes eine ausgeglichene „Kraftverteilung“: Die Erhöfe sind aufgeteilt. Wird nun, wie in Bilderstöckchen geschehen, eine Einrichtung „aufgewertet“, so kommt dieses Gleichgewicht innerhalb des Netzes ins Gleiten, weil Ressourcen zugeteilt werden und sich Schwerpunkte in der Hilfsarchitektur verändern. Dieser Effekt stellt sich umso mehr ein, als dass die zusätzlichen Ressourcen für die Jugendeinrichtung nicht zu einer Neuprofilierung mit grundsätzlich anderen Schwerpunkten als andere soziale Akteure im Stadtteil führten. Latente Konkurrenzsituationen der einzelnen Anbieter brechen somit auf und erfordern eine neue Aushandlung der Akteure zueinander, so dass ihre Kooperation, deren Effektivierung angedacht war, gänzlich neu definiert werden muss.
- Von einigen örtlichen Akteuren, die als Interviewpartner zur Verfügung standen, wurde in dem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, warum das Projekt an die Einrichtung Luckys Haus geknüpft worden sei und nicht an andere etablierte – katholische – Einrichtungen im Stadtteil, die ein deutlich besseres Image und damit auch eine größere Breitenakzeptanz aufweisen. Damit wird die Effektivität des Mitteleinsatzes für das Modellprojekt in Frage gestellt. Die Unterstützung anderer etablierter Einrichtungen hätte unter diesen Akteuren eine größere Akzeptanz erreicht. Insgesamt gesehen wurde in diesem Punkt eine transparentere Informations- und Entscheidungspolitik des Diö-

zesan-Caritasverbandes als notwendig erachtet.

4) *Fehlende Einbindung der vorrangigen Kooperationspartner in die Projektinitiierung*

- Die Möglichkeiten und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den Modellprojekten und den in den beiden Stadtteilen zuständigen katholischen Pfarrgemeinden wurden nicht im hinreichenden Umfang ausgelotet. Nur so lassen sich die Reibungsverluste in der Anbahnung und der Praxis der Zusammenarbeit erklären, die zur Folge hatten, dass das ambitionierte Ziel der konsequenten Einbeziehung pfarrgemeindlicher Ressourcen im Projektverlauf auf Intention des DiCV fallengelassen wurde.

5) *Mangelnde Transparenz bei der Auswahl der beiden Stadtteile Stammheim und Bilderstöckchen für die örtlichen Akteure*

- Von einigen befragten Stadtteilakteuren wurde darauf hingewiesen, dass allein das Auflegen eines Projekts gegen soziale Entmischung von hoher symbolischer Ausstrahlung sei: Dadurch, dass ein solches Projekt von außen initiiert wird, wird im Stadtteil bei den Akteuren des Hilfesystems signalisiert, dass der Träger die Tendenz zur sozialen Entmischung wohl offensichtlich ausgemacht hat. Mit anderen Worten, es wird darauf hingewiesen, dass allein die Auswahl des Stadtteils und die Initiierung des Projekts dazu beitrüge, das Problem der sozialen Entmischung zu etablieren und damit ein Stück realer zu machen. Gleichwohl kann die Einstellung der Projekte nach der 3-jährigen Laufzeit den Eindruck hinterlassen, dass der Stadtteil vom Projektträger „aufgegeben“ werde, da die Tendenz zur sozialen Entmischung nach wie vor von den Akteuren wahrgenommen wird und der Erfolg der Projekte nicht nachgewiesen werden kann. Dieser Hinweis ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil weder auf der Ebene der Projektmitarbeiter/innen noch für die örtlichen Akteure die Entscheidung des Verbandes für diese beiden Stadtteile transparent war und eine Begründung für die Auswahl fehlte.

- Im Zusammenhang mit den aufgezeigten Wirkungen des Verfahrens bei der Projektinitiierung wird deutlich, dass der transparenten Auswahl des Quartiers und der Auswahl der Einrichtung innerhalb eines karitativen Trägers eine große Bedeutung zukommt.

5.1.2 **Konkrete Zielsetzungen und Handlungsebenen der Projekte**

In der Projektkonzeption wurde den Projekten einerseits ein großer Spielraum in der Operationalisierung der Zielsetzung und Ausgestaltung der Arbeit „Gegen soziale Entmischung“ (so der offizielle Auftrag) eingeräumt, um ihnen ausreichend Handlungsspielraum für die Anpassung der Zielsetzungen und Maßnahmen an die vor Ort vorhandenen Bedarfe und Rahmenbedingungen zu bieten. Andererseits entstand aber auch ein Vakuum, aus dem heraus die Projekte ihre eigene Arbeit konzipieren mussten. Das Modellprojekt Stammheim hat daher zunächst eine eigene, aufwändige Konzeptphase vorgeschaltet. Im Ergebnis entwickelten die beiden Projekte ein Selbstverständnis in der Stadtteilpräventionsarbeit, das sich deutlich voneinander unterschied. Daher werden im Folgenden die Ziele und Handlungsebenen der beiden Projekte getrennt vorgestellt.

5.1.2.1 *Das „Nachbarschaftsprojekt“ in Bilderstöckchen*

Rahmenbedingungen

Das Nachbarschaftsprojekt in Bilderstöckchen wurde im Rahmen des Modellprojekts an die im Stadtteil bestehende Jugendeinrichtung Offene Tür Luckys Haus (in Trägerschaft des Sozialdienstes katholischer Männer e.V. Köln) angegliedert. Der

Personalbestand der Einrichtung wurde aufgestockt, wobei der Leiter der Einrichtung einen wesentlichen Teil seiner Arbeitskraft in den Kontext des Modellprojekts stellte.

Das Projekt hat unmittelbar mit der Bereitstellung der Ressourcen begonnen, die inhaltliche und kundenorientierte Arbeit aufzunehmen. Es zeichnete sich insbesondere dadurch aus, dass die vorhandenen Ressourcen der Einrichtung gepoolt wurden und insgesamt in dem deutlich breiteren Kontext des Modellprojekts eingesetzt wurden. Bestehende Kontakte im Stadtteil konnten durch dieses Vorgehen unmittelbar genutzt, langwierige Kontaktanbahnungen zu örtlichen Einrichtungen und Akteuren umgangen werden. Die in der Initiierungsphase zunächst vorgesehene enge Anbindung an vorhandene pfarrgemeindliche Ressourcen konnte nicht realisiert werden. Schwierigkeiten, Räumlichkeiten der Kirchengemeinde zu nutzen, sind dafür ein Beispiel und machen deutlich, dass zwischen der Jugendeinrichtung und der Pfarrgemeinde nur wenig Kontakt und nur wenige Anknüpfungspunkte für eine intensive Zusammenarbeit bestanden.

Ziele und Maßnahmen

Durch die Verquickung von Modellprojekt und „klassischer Jugendeinrichtung“ verfolgte das Projekt einen eher klientenspezifischen, aber dennoch sehr bedarfsorientierten Zugang zur Realisierung seines übergeordneten Ziels der Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil. Dieses Ziel wurde in 5 Teilziele untergliedert, die wie folgt operationalisiert und in Maßnahmen umgesetzt wurden:

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

1. Beziehungsmöglichkeiten durch Begegnung und Kommunikation schaffen

Operative Zielpräzisierung	Beispielhafte Maßnahmen
✓ Unterschiedlichen Generationen und Altersgruppen die Begegnung ermöglichen	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Café-Angebot im Haus als Ort der Begegnung initiieren (Veedels-Café) ✓ Enge Kooperation mit dem Spielmannszug (Original kölsche Knappen) ✓ Intergenerative Fahrt in den Panoramapark (im Rahmen der Ferienaktion)
✓ Verständigung und Kommunikation verbessern	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Nachbarschaftsgespräche als Forum im Stadtteil aufbauen, um konkrete Bedarfe in die Arbeit des Projekts zu holen ✓ Anti-Gewalt-Training u.a. als Ergebnis aus den Nachbarschaftsgesprächen und der Mutter-Kind-Gruppe ✓ Sommerfest mit Anti-Drogen-Schwerpunkt u.a. auf Anregung durch den Bezirkspolizisten
✓ Begegnungsmöglichkeiten schaffen	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Polizei, der Bezirkspolizist hält im Rahmen des Café-Angebots eine niedrigschwellige Sprechstunde ab ✓ Räumlichkeiten für Weihnachtsfeiern und Kinderfeiern von Bewohnern/ Eltern bereitstellen, um die Einrichtung einem breiteren Klientel zu öffnen ✓ Mutter-Kind-Gruppen als Ergebnis konkreter Anfragen/ Bedarfsartikulation
✓ Kontakte zwischen „Kerngemeinde“ und Zielgruppen initiieren	

2. Verbesserung der Situation einzelner Menschen

Operative Zielpräzisierung	Beispielhafte Maßnahmen
✓ Verbesserung der Situation einzelner Menschen	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Essenslieferung an sozial benachteiligte Familien in Kooperation mit Ehrenamtlichen und der Kölner Tafel ✓ Alphabetisierungskurs für türkische Frauen ✓ Frauen-Kunst-Gruppe ✓ Beratung Einzelner im Ortsteil bei konkreten Problemen, wobei die einzelfall-orientierte Arbeit immer mit engem Familienbezug betrieben wird ✓ Internet-Bus in Kooperation mit der TÜV-Akademie, u.a. mit dem Schwerpunkt beruflicher Orientierung

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

3. Interessenvertretung im Sinne der Wahrnehmung einer anwaltschaftlichen Rolle

Operative Zielpräzisierung	Beispielhafte Maßnahmen
✓ Intensivierung des Kontaktes zur Kirchengemeinde	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Vorstellung des Projekts in Gemeinderatssitzung, um Interesse zu wecken und deren Ressourcen besser zu erschließen ✓ Versuch, auf Räume der Gemeinde für Bewohnerversammlungen und andere Gruppenangebote zurückzugreifen, um die jeweiligen Projekte direkt der Gemeinde anzutragen ✓ Einladung des Gemeinderats zum Kennenlernen von Luckys Haus, um Vorurteile abzubauen
✓ Verbündete/ Kooperationspartner finden	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Einladung an SPD, Ortsvereinssitzung im Haus abzuhalten, um Kooperations- und Multiplikationspartner zu gewinnen ✓ Teilnahme an der regelmäßig stattfindenden Bilderstöckchenkonferenz mit dem Ziel, Themen zu transportieren und Ressourcen zu multiplizieren ✓ Informelle Gespräche mit örtlichen „Größen“ wie dem Apotheker und anderen Multiplikatoren

4. Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne der Wahrnehmung einer „Moderatorenrolle“

Operative Zielpräzisierung	Beispielhafte Maßnahmen
✓ Aktivierung von Betroffenen	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Siedlungsorientierte Arbeit zur Ausgleichsabgabe. Hier wurde eine Bewohnerversammlung initiiert, um Fragen und Maßnahmen rund um das Thema „Ausgleichsabgabe“ zu erörtern und Aktivitäten zu planen

5. Bürgerschaftliches Engagement

Operative Zielpräzisierung	Beispielhafte Maßnahmen
✓ Verbesserung des Rufs von Luckys Haus im Stadtteil	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Projekt „sauberes Veedel“ durch Einsatz von Sozialstündern rund um die Einrichtung
✓ Förderung der Nachbarschaftshilfe	<ul style="list-style-type: none"> ✓ Unterstützung des Seniorenheims durch kleine Initiativen (z.B. Pakete transportieren)

Handlungsebenen

Das Projekt war konzeptionell in die bestehende und etablierte Jugendeinrichtung integriert. Das (zeitlich begrenzte) Projekt begriff sich als Teil der (dauerhaften) Einrichtung, was sich auch unmittelbar in der Ausrichtung der Maßnahmen ablesen lässt. So wurde insgesamt eine sehr bedarfsorientierte Sozialarbeit angeboten, die einen starken Klientel- und Brennpunktfokus aufwies. Dieses Verständnis setzte sich in den

Arbeitsprinzipien der Einrichtung und des Projekts fort:

- Die Einrichtung wird offen gehalten; jeder Gast, der kam, wurde persönlich angesprochen. Die Mitarbeiter verkörperten das „Gesicht“ des Hauses.
- Maßnahmen und Aktivitäten werden breit in die Öffentlichkeit getragen.
- Die Ressourcen der Einrichtung werden für den Stadtteil und seine Bedarfe konsequent

geöffnet, wobei die Unterstützung von Anfragen z.B. nach Räumlichkeiten immer unter der Perspektive eines möglichen Beitrags zur Zielerreichung des Projekts betrachtet wird und danach entschieden wird, ob Multiplikatoreffekte zu erwarten sind oder nicht.

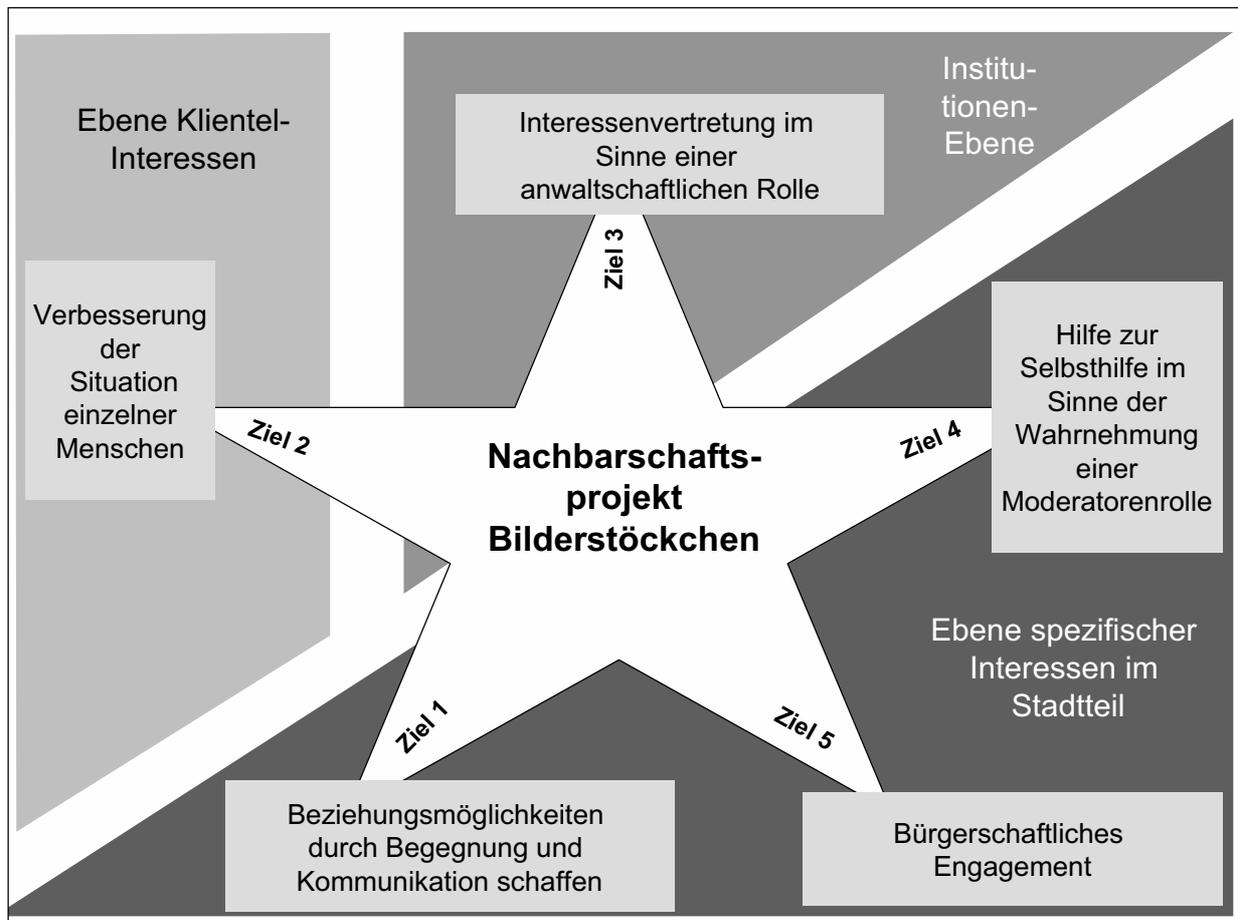
- Aus bestehenden Angeboten heraus werden ehrenamtliche Mitarbeiter zur Durchführung von weiteren Maßnahmen und Initiativen geworben.

Neu hinzugekommen war mit Aufnahme des Modellprojekts der Aspekt der Vernetzung innerhalb bestehender sowie der Aufbau neuer Kooperations- und Kommunikationsstrukturen mit dem Ziel, das Projekt in Verbindung mit der Einrichtung zu einem bedarfserhebenden und ressourcenmultiplizierenden Faktor im Stadtteil zu machen. Mit Aufnahme dieser netzwerkbezogenen Aktivitäten agierte das Projekt nunmehr nicht mehr allein auf der Ebene der unmittelbaren Klientel. Während auf der *Klientel-Ebene* von im Wesentlichen benachteiligten Personen eine kurative Leistung zur Verminderung und

zum Ausgleich von Defiziten erfolgte, hatten die netzwerkbezogenen Aktivitäten einen stärker präventiven Charakter, die einen unmittelbaren Nutzen für alle Stadtteilbewohner hervorrufen sollten. Die Verbesserung der Lebensqualität für alle Bewohner sollte damit nicht allein durch eine „soziale Befriedung“ von Brennpunkten erreicht werden, sondern den Bewohnern durch stärkere Bündelung im Stadtteil vorhandener Potenziale unmittelbar zu Gute kommen. Dabei stellte sich das Projekt zum einen als Multiplikator auf der *Ebene spezifischer Bewohnerinteressen* zur Verfügung (z.B. Initiative zur Ausgleichsabgabe und zur Erhöhung der sozialen Sicherheit im Stadtteil), zum anderen schaltete es sich direkt auf einer *institutionellen Ebene* in den Gestaltungsprozess auf Stadtteilebene ein.

Insgesamt gesehen zeichnete sich das Projekt durch die synergetische Verknüpfung von Projekt- und Einrichtungsressourcen aus, die mit Anwendung der übergreifenden Arbeitsprinzipien dazu beitrugen, Effekte auf der Stadtteilebene zu erzielen. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Wirkung des Projekts.

Abbildung 27 Ziele und Handlungsebenen der Projektarbeit im Modellprojekt Bilderstöckchen



Quelle: eigene Darstellung

5.1.2.2 Das „Projekt gegen soziale Entmischung“ in Stammheim

Rahmenbedingungen

Das Stadtteilpräventionsprojekt in Stammheim wurde komplett „neu aufgelegt“, d.h. hierfür wurden eigens Mitarbeiter/innen eingestellt, die das Projekt innerhalb des Stadtteils initiierten. Während das Projekt in Bilderstöckchen direkt mit der Arbeit beginnen konnte, durchlief das Stammheimer Projekt eine schwierige Anlaufphase.

Die Projektmitarbeiter/innen hatten sich vor der Aufnahme direkter stadtteilbezogener Aktivitäten zunächst einmal in die Situation des Stadtteils einzufinden. Sie führten eine Sozialraumanalyse im Stadtteil durch und machten eine Bestandsaufnahme der relevanten Akteure des örtlichen Hilfesystems. Daraufhin verknüpften

sie die Zielsetzung des Diözesan-Caritasverbandes mit den eigenen Analyseergebnissen und erarbeiteten eine eigene Projektkonzeption, die sehr stark auf die besondere Situation in den verschiedenen Sozialräumen des Stadtteils abhob. Im Zentrum des Konzepts steht eine permanente Ansprechbarkeit über das Stadtteilbüro.

Die in der Projektkonzeption des DiCV vorgesehene enge räumliche Anbindung an vorhandene pfarrgemeindliche Ressourcen musste wie in Bilderstöckchen fallengelassen werden, als deutlich wurde, dass sich die pfarrgemeindlichen Räumlichkeiten nicht zur Aufnahme einer offenen, nachfrage- und bedürfnisorientierten Arbeit eignen würden. Schließlich wurde ein Ladenlokal im Stadtteil angemietet. Die Standortwahl für das Stadtteilbüro spiegelt die Ergebnisse der Sozialraumanalyse wider: Es lag auf der Grenze zwi-

schen zwei Sozialräumen, dem dörflichen Ortskern und der Siedlung des Sozialen Wohnungsbaus. Erst nach dem Bezug der Räumlichkeiten auf der „Grenzlinie“ zwischen den beiden Quartieren konnte sich das Stadtteilbüro einer breiten Öffentlichkeit als Ansprechpartner andienen. In der Zwischenzeit konnte aber schon der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den relevanten örtlichen Akteuren aufgenommen werden. Die Arbeit fokussierte sich damit schon zu Beginn sehr stark auf die Anbahnung von Kooperationen. Die Integration in die örtliche Stadtteilkonferenz, den so genannten „Arbeitskreis Soziales“, war diesbezüglich ein notwendiger Schritt. Hier konnte sich das Projekt präsentieren, hier konnte es zu einer Effektivierung der Konferenzarbeit beitragen und Partner zur Zusammenarbeit gewinnen.

Ziele und Maßnahmen

Das Projekt „Gegen soziale Entmischung“ in Stammheim hat die übergeordnete Zielsetzung für die konkrete Arbeit im Stadtteil zunächst in das Ziel der „Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil“ übersetzt. Durch die Verbesserung der Lebensqualität sollte einer Wegzugsneigung von Bewohner/innen vorgebeugt und ein Beitrag zur Verminderung sozialer Entmischungstendenzen geleistet werden. Die Zielsetzung „Verbesserung der Lebensqualität“ wurde in 6 Zielsetzungen weiter konkretisiert:

1. Identifikation durch Integration

Aufgrund der vom Projekt festgestellten (starken) Teilung des Stadtteils in 3 Sozialräume bzw. Quartiere litt besonders die Identifikation der Bewohner der GAG-Siedlung des Sozialen Wohnungsbaus mit ihrem Stadtteil, während für die Bewohner der Bayer-Siedlung eine Identifikation mit dem Stadtteil keine große Bedeutung besaß. Es herrschten Vorurteile gegenüber den anderen Quartieren und - insbesondere innerhalb der Angebote im Stadtteil - starke Abgrenzungstendenzen. Durch eine starke Integration der einzelnen, für den Stadtteil verantwortlich zeichnenden Träger und Akteure sollte erreicht werden, dass sich die Angebote auf den Gesamtstadtteil beziehen. Dadurch sollten Barrieren abge-

baut, die Teilhabemöglichkeiten für die einzelnen Bewohner vergrößert und vorhandene Synergiepotenziale effektiver genutzt werden. Durch die Integration bestehender und die Entwicklung neuer, quartierübergreifender Angebote sollte die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil als Ganzem angestrebt werden.

Im Einzelnen wurden folgende, beispielhafte Maßnahmen eingesetzt, die auf eine Verbesserung der Identifikation durch verbesserte Integration abzielten:

- „Fensterzeitung“ im Stadtteilbüro, um Themen zu transportieren und die Bürger für das Stadtteilleben zu interessieren.
 - *Formelle* Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. Hier geht es darum, das Identifikationspotenzial der einzelnen Einrichtungen zu multiplizieren, aber auch darum, deren Möglichkeiten der Einflussnahme gezielt zu bündeln.
 - Beteiligung im Arbeitskreis Soziales, aktivierende Diskussion und Anstoß von Reformen.
 - Wahrnehmung einer offiziellen Vermittlerrolle für Themen zwischen dem Arbeitskreis Soziales und dem überwiegend im dörflichen Quartier verankerten Bürgerverein.
 - Informelle Gespräche mit Mitgliedern des Arbeitskreis Soziales, um Kooperationspartner für einzelne Initiativen des Projekts zu gewinnen.
 - Teilnahme am Pfarrgemeinderat mit dem Ziel, Themen einbringen zu können, um die Pfarrgemeinde stärker in die Verbesserung der Lebensqualität des Stadtteils einbinden und ihr Themen zur Bearbeitung weitergeben zu können.
2. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Bewohner fördern (bezieht sich auf Bewohner der GAG-Siedlung des Sozialen Wohnungsbaus)

Unter dem Aspekt der Teilhabe am gesell-

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

schaftlichen Leben wurde in der GAG-Siedlung ein deutliches Defizit gesehen. Hier galt es, die Defizite sowohl mit einem sozialräumlichen als auch zielgruppenspezifischem Bezug anzugehen. Beispielhafte Maßnahmen waren:

- Frauen-Treff als Forum, Frauen stärker zu aktivieren und ihre Potenziale für das Leben im Stadtteil zu nutzbar zu machen.
- Durchführung einer Sozialberatung in Kooperation mit dem Besuchsdienst der Evangelischen Gemeinde.
- Unterstützung von Mietern, Initiierung eines „Mietertreffs“ mit dem Ziel, Informationen wie etwa zur anstehenden Sanierung der Wohnungen transparent zu kommunizieren.
- Veranstaltung zum GAG-Verkauf mit Bewohnern, mit dem Ziel, Transparenz zu schaffen, einen Meinungsbildungsprozess zu unterstützen und den Austausch mit Politikern zu ermöglichen.

3. Verbesserung der (materiellen) Lebensbedingungen Einzelner

Im Stadtteil wurde der Bedarf nach „klassischer“ Sozialarbeit an das Projekt herangetragen. Zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil für alle Bewohner wurde daher die Stabilisierung einzelner Klientel-Gruppen als unabdingbar angesehen. Das Projekt verfolgte hierbei folgende, ausgewählte Maßnahmen:

- Mieterberatung in Form einer Sprechstunde, mit dem Ziel, Bedarfe, die nicht durch die GAG-Außenstelle gedeckt werden, aufzugreifen. Die Beratung wird wöchentlich für zwei Stunden durch einen Externen geleistet.
- Initiierung eines Sprachkurses für Migranten, die nicht an Maßnahmen des Arbeitsamtes teilnehmen können. Das Projekt wurde durch die Kirchengemeinde finanziert.
- Durchführung von punktueller Sozialberatung, wobei v.a. die Vermittlung an zuständige Stellen angestrebt wurde.

4. Soziale Mischung erhalten/ verbessern

Die Erhaltung bzw. Verbesserung der sozialen Mischung im Stadtteil wurde als eine Aufgabe der Kommunalpolitik angesehen. Das Projekt wollte zu diesem Thema eine anwaltschaftliche Rolle für Bewohnerinteressen einnehmen. Beispielhafte Projektaktivitäten waren:

- Inhaltliche Einmischung in Diskussion um die Ausgleichsabgabe in einer anwaltschaftlichen Rolle.
- Inhaltliche Einmischung in Belegungspolitik des Wohnungsamtes, insbesondere bezogen auf die weitere Nutzung eines ehemaligen Studentenwohnheims als Flüchtlingsunterkunft.

5. Soziale Sicherheit erhöhen

Hierzu wurden Öffentlichkeitsarbeit und eine Zusammenarbeit mit dem Bezirkspolizisten geleistet. Beispielhafte Maßnahmen waren:

- Initiierung einer Ausstellung zum Thema „Gewalt“, die verschiedene stattgefundene Einzelmaßnahmen im Stadtteil darstellen sollte.
- Initiierung einer regelmäßigen Sprechstunde des Bezirkspolizisten im Stadtteil.
- Einladung des Bezirkspolizisten zu verschiedenen Veranstaltungen.

6. Infrastruktur verbessern

Unter dieser Zielsetzung sollte die soziale Infrastruktur ergänzt, die Angebotsstruktur transparenter gemacht und die materielle Infrastruktur bedarfsgerecht aufgewertet werden. Exemplarische Einzelmaßnahmen waren:

- Spielplatzinitiative von Eltern für die Verbesserung der Spielplatzsituation. Diese Initiative war unmittelbar aus dem Frauentreff hervorgegangen und ist ein Beispiel dafür, wie ein Thema zum Stadtteilthema gemacht wurde.
- Formelle Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die im Arbeitskreis Soziales vertre-

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

ten waren, und z.B. für Trägerschaften, Bereitstellung von Ressourcen oder aber andere Formen der Unterstützung gewonnen werden konnten.

- Erstellung eines „Sozialkompass“ mit Adressen und Ansprechpartnern im Stadtteil (für den Arbeitskreis Soziales).
- Offene Sprechzeiten abhalten, um die Funktion des Projektes als Schnittstelle im Stadtteil aufzubauen.
- Mitarbeit in bezirksübergreifenden Gremien

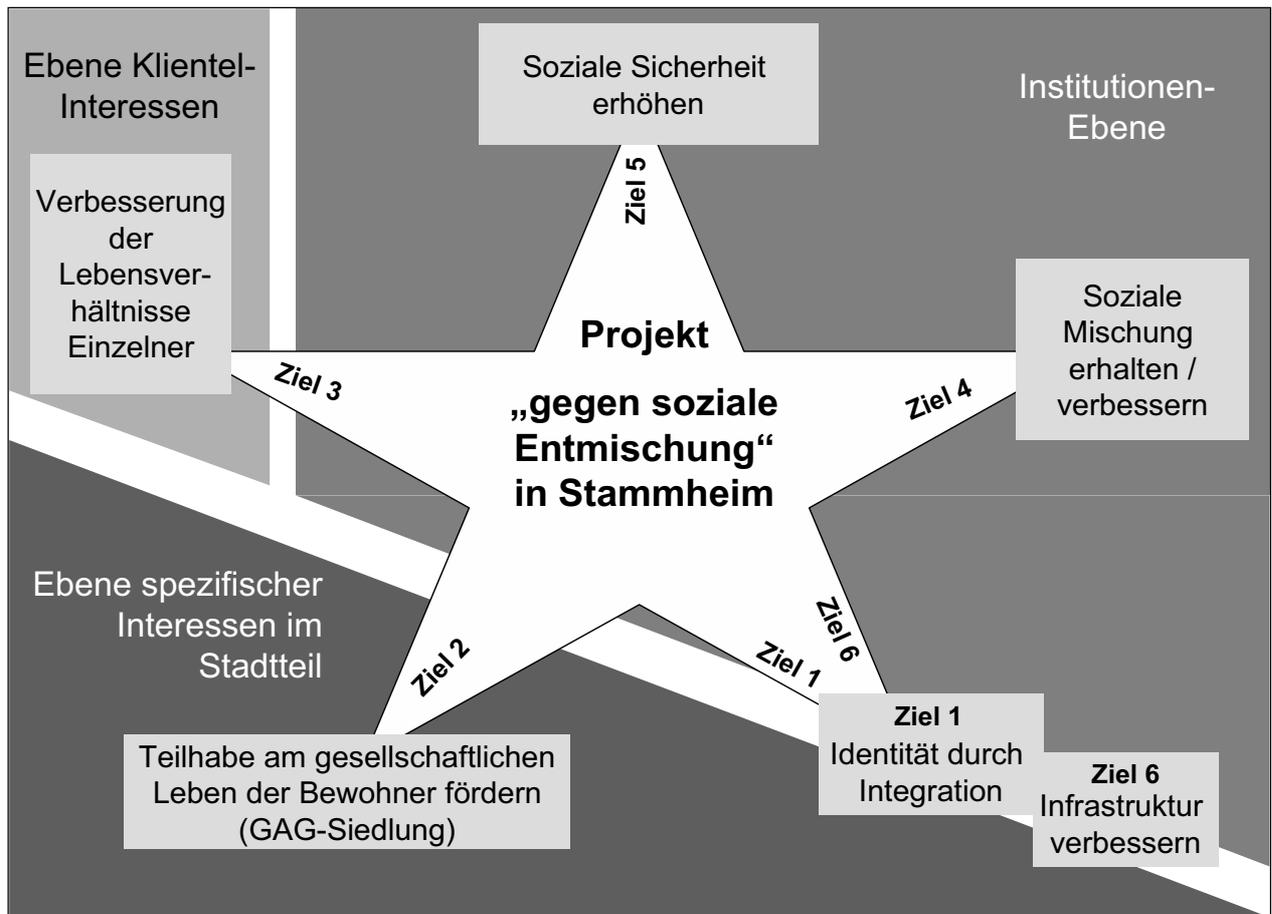
Handlungsebenen

Übergreifendes Arbeitsprinzip war es, vorrangig zur effektiveren Nutzung vorhandener Ressourcen beizutragen und erst nachrangig – gewissermaßen subsidiär – selbst tätig zu werden. Das bedeutete, dass z.B. zielgruppenbezogene Maßnahmen nur dann von dem Projekt selbst durchgeführt wurden, wenn kein anderweitiger Träger bzw. Akteur die Initiative ergriff. Die notwendige stärkere Bündelung der im Stadtteil vorhandenen Potenziale wurde durch Koope-

ration und Förderung der Vernetzung von Institutionen angestrebt. Im Ergebnis wirkte das Projekt in hohem Maße auf einer **institutionellen Ebene** in den Gestaltungsprozess auf Stadtteilebene ein. Parallel agierte das Projekt als Multiplikator auf der **Ebene spezifischer Bewohnerinteressen** (z.B. durch Förderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Bewohner der GAG-Siedlung). Die aus der Projektkonzeption abzuleitende, nachrangige **Klientel-Ebene** der sozialen Arbeit des Projektes wurde insofern relativiert, als dass auf vorhandene Bedarfe im Stadtteil, die sich aus konkreten Anfragen von Bewohnern herauskristallisieren, mit der Initiierung entsprechender Angebote (z.B. Sozialberatung) reagiert wurde.

Insgesamt gesehen charakterisierte sich das Projekt durch die Mobilisierung und synergetische Verknüpfung von Ressourcen der im Stadtteil vorhandenen Institutionen und Akteure mit dem Ziel, die Lebensqualität im Stadtteil zu verbessern und somit sozialen Entmischungstendenzen vorzubeugen.

Abbildung 28 Ziele und Handlungsebenen der Projektarbeit im Modellprojekt Stammheim



Quelle: eigene Darstellung

5.2 Qualitative Effekte

Um den unterschiedlichen Ansätzen der Modellprojekte gerecht zu werden, werden die qualitativen Effekte der Projekte in den folgenden Abschnitten getrennt voneinander im Hinblick auf die jeweiligen Zielsetzungen analysiert.

5.2.1 Qualitative Effekte des Modellprojektes in Bilderstöckchen

Das Nachbarschaftsprojekt von Luckys Haus in Bilderstöckchen hat das Oberziel „Gegen soziale Entmischung“ in fünf Zielsetzungen konkretisiert (s. Abschnitt 5.1.2.1). Die jeweils in den Zielbereichen eingesetzten Maßnahmen und die erzielten Wirkungen werden im Folgenden beschrieben.

Beziehungsmöglichkeiten durch Begegnung und Kommunikation schaffen

Innerhalb dieses Zielbereichs sollten Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, damit Kontakte zwischen unterschiedlichen Generationen und unterschiedlichen Bewohnergruppen (z.B. Mitgliedern der Kirchengemeinde und anderen Bewohner/innen, Bewohner/innen verschiedener Quartiere) gefördert würden und sich die Kommunikation zwischen den Bewohner/innen im Stadtteil verbessern würde. Dazu wurden z.B. ein Café-Angebot in Luckys Haus eingerichtet, generationenübergreifende Veranstaltungen angeboten und sogenannte Nachbarschaftsgespräche zu stadtteilrelevanten Themen organisiert.

Über das Dokumentationssystem konnten (in einem vierwöchigen Erhebungszeitraum im Juli 2002) insgesamt 8 Angebote des Nachbar-

schaftsprojektes hinsichtlich der angesprochenen Zielgruppen, der Zahl der Nutzer/innen sowie ihres Alters und Wohnortes erfasst werden. Die Mehrheit dieser Angebote (5) richtete sich an bestimmte Zielgruppen (z.B. Eltern-Kind-Treff), die übrigen wie z.B. das „Veedels-Café“ in Luckys Haus oder Tagesfahrten in einen Freizeitpark wurden bewusst zielgruppenübergreifend angeboten. Entsprechend gelang es dem Nachbarschaftsprojekt mit der Hälfte der Angebote zwei verschiedene Generationen (Jugendliche und Erwachsene, Senioren und Erwachsene bzw. Kinder und Erwachsene) gleichzeitig anzusprechen. Die dokumentierten Angebote wurden von insgesamt 170 Bewohner/innen genutzt, die aus verschiedenen Wohnquartieren in der engeren Umgebung von Luckys Haus im Norden des Stadtteils Bilderstöckchen kommen.

Das Nachbarschaftsprojekt hat damit einen Beitrag dazu geleistet, Kontaktmöglichkeiten zwischen Bewohner/innen, auch verschiedener Generationen, im Stadtteil zu schaffen. Da sich der Kreis der Nutzer/innen aber auf den engeren Einzugsbereich von Luckys Haus beschränkt, konnten mit diesen Angeboten keine Begegnungen zwischen Bewohner/innen der unterschiedlichen Siedlungsbereiche des Stadtteils initiiert werden.

In diese Richtung gehen auch die Einschätzungen der befragten Stadtteilexperten, die die Wirkung des Nachbarschaftsprojektes auf die ursprüngliche Klientel von Luckys Haus begrenzt sehen. Dies wird vor allem in der aufgrund des relativ schlechten Rufs von Luckys Haus geringen Akzeptanz der Einrichtung und damit auch des Angebotes des Nachbarschaftsprojektes begründet gesehen.

Verbesserung der Situation einzelner Menschen

Um die „Situation einzelner Menschen“ zu verbessern, führte das Nachbarschaftsprojekt neben einer Einzelfallberatung Angebote für bestimmte Zielgruppen durch. Hierzu zählten z.B. die regelmäßige Essenslieferung an benachteiligte Familien, ein Alphabetisierungskurs für türkische Frauen und ein (einmaliges) mobiles Internetangebot zur beruflichen Orientierung Jugendlicher. Diese Handlungsweise des Projekts

kann als klassische einzelfall- und zielgruppenbezogene soziale Arbeit beschrieben werden.

Das Nachbarschaftsprojekt griff mit diesen Angeboten Bedarfe auf, die im Rahmen der Arbeit von Luckys Haus offenbar geworden sind. So haben sich z.B. auch bereits vor Einrichtung des Nachbarschaftsprojektes einzelne Personen an die Einrichtung gewandt, um eine Sozialberatung zu erhalten. Aufgrund des Auftrags als Einrichtung der Jugendarbeit und der begrenzten personellen Ressourcen konnte dieser Beratungsbedarf jedoch nur in Ausnahmefällen gedeckt werden. Im Rahmen des Nachbarschaftsprojektes konnten ausreichend Personalressourcen eingesetzt werden, um nach Bedarf Beratungen anzubieten. Im Dokumentationszeitraum von ca. 4 Wochen im Oktober und November 2002 haben 35 Personen das Beratungsangebot genutzt. Thema dieser Beratungen waren vor allem Fragen bei der Antragstellung von Transferleistungen sowie Schuldenproblematiken.

In Folge der Anbindung des Modellprojektes an eine Jugendeinrichtung nahm das Projekt bei diesen Aktivitäten seinen Ausgangspunkt bei der ursprünglichen Zielgruppe von Kindern und Jugendlichen. Über dieses vorhandene Klientel wurde versucht, weitere Gruppen anzusprechen. So wurden z.B. Angebote initiiert, die sich an junge Erwachsene richteten, die in ihrer Jugendzeit Kontakt zur Einrichtung hatten. Im Grunde genommen wurden damit bestehende Bedarfe aus der Peripherie der Jugendlichen ins Angebot des Hauses integriert. Demzufolge stellte die erreichte Zielgruppe auch eine Selektion bzw. Teilgruppe der Bewohnerschaft des Stadtteils dar.

Mit seinen Angeboten in diesem Zielbereich hat das Nachbarschaftsprojekt zur Verbesserung der Situation einzelner Stadtteilbewohner beigetragen. Es erreichte jedoch im Wesentlichen nur einen sozial und räumliche begrenzten Teil der Bewohnerschaft. Deutlich wird dies u.a. darin, dass die meisten Personen, die das Angebot der Einzelfallberatung nutzten, aus den umliegenden Sozialwohnungsbeständen stammten. Damit gilt auch für diesen Zielbereich, dass sich die Effekte auf einen Teil der Stadtteilbewohner beschränkten. Neben der eingeschränkten Akzeptanz im

Stadtteil hat hierzu sicherlich auch beigetragen, dass laut Bewohnerbefragung nur jeder Vierte Bewohner des Stadtteils die Angebote des Nachbarschaftsprojektes bzw. das Projekt selbst überhaupt kennt. Dies gilt insbesondere für das Angebot der Sozialberatung: So wird das Nachbarschaftsprojekt von den befragten Stadtteilbewohner/innen nicht als Anlaufstelle bei Problemen mit der Wohnung oder anderen schwierigen Lebenslagen benannt.

Interessenvertretung im Sinne der Wahrnehmung einer anwaltschaftlichen Rolle

Die Interessenvertretung wird hier zunächst gegenüber anderen Akteuren im Stadtteil verstanden. Zur Erreichung dieser Zielsetzung hat das Nachbarschaftsprojekt daher versucht, die Kontakte zur Kirchengemeinde zu intensivieren und auch unter anderen Akteuren Kooperationspartner zu finden. Dazu wurde das Projekt z.B. in verschiedenen Gremien vorgestellt und in informellen Gesprächen auf die Aktivitäten hingewiesen.

Die Aussagen der befragten Akteure aus dem Stadtteil weisen daraufhin, dass das Nachbarschaftsprojekt zwar bei Akteuren bekannt ist, mit denen bereits zusammengearbeitet wird oder zu denen zumindest ein enger Kontakt besteht. Vielen Akteuren, zu denen kein näherer Kontakt besteht und die z.B. nur über die Bilderstöckchenkonferenz mit den Mitarbeiter/innen von Luckys Haus und Nachbarschaftsprojekt zu tun haben, ist das Projekt aber unbekannt. Dies deutet auf generelle Schwierigkeiten hin, sich mit einem Projekt wie dem „Nachbarschaftsprojekt“ von einer bestehenden Einrichtung mit festgelegter Zielgruppe und entsprechend etablierten Mitarbeiter/innen abzugrenzen.

Eine ausführlichere Beschreibung und Bewertung der Projektaktivitäten in diesem Zielbereich erfolgt im Abschnitt 5.3 „Effekte in der Organisation und Kooperation“.

Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne der Wahrnehmung einer „Moderatorenrolle“

Ansatzpunkt dieses Zielbereichs ist es, die Selbsthilfepotenziale der Bewohner/innen zu stärken. Das Nachbarschaftsprojekt hat nur wenige Maßnahmen durchgeführt, die dezidiert diesem Zielbereich zugeordnet werden können. Dies sind im Wesentlichen die Aktivitäten im Rahmen der Bearbeitung des Themas „Ausgleichsabgabe“ im Stadtteil. Hintergrund der Thematik ist, dass Bewohner/innen öffentlich geförderter Mietwohnungen, die die jeweils gültigen Einkommensgrenzen überschreiten und daher keinen Anspruch mehr auf eine öffentlich geförderte Mietwohnung haben, eine Ausgleichsabgabe an die Kommune entrichten müssen. In Bilderstöckchen entstanden aufgrund dieser Ausgleichszahlungen Befürchtungen, dass die betroffenen Haushalte aus dem Stadtteil abwandern würden, wenn sie gegenüber attraktiveren Stadtteilen nicht mehr den Vorteil einer günstigeren Miete haben würden. Da dies eher die einkommensstärkeren Haushalte betreffen würde, wurde eine weitere soziale Entmischung im Stadtteil befürchtet. Aus der Betroffenheit der einzelnen Haushalte und der befürchteten Entwicklung des Stadtteils entstand die Forderung nach einer Aussetzung der Ausgleichsabgabe für Bilderstöckchen durch die Kommune, der diese aber nicht nachkam.

Das Nachbarschaftsprojekt hat die Fragen und Befürchtungen der Stadtteilbewohner/innen aufgegriffen und zu einer Mieterversammlung eingeladen. Hier entwickelten sich Ansätze, eine Mieterinitiative zum Thema zu gründen. Das Engagement der beteiligten Bewohner/innen war jedoch nicht von Beginn an ausreichend stabil, um eine eigenständige Entwicklung einer Bewohnerinitiative zu ermöglichen. In dieser Situation wäre eine koordinierende und unterstützende Rolle des Nachbarschaftsprojektes (bzw. anderer Akteure) zur Förderung der Selbsthilfe im Stadtteil erforderlich gewesen.

Innerhalb des Projektes bzw. unter den Projektbeteiligten war jedoch nicht geklärt, welche Rolle das Projekt in diesem Zusammenhang einnehmen sollte. Unklar war z.B. wie weitgehend die Unterstützung einer Bewohnerinitiative, die sich mit ihren Forderungen gegen die Stadt wenden würde, sein sollte. Wie weit konnte eine inhaltlich neutrale Unterstützung der Bewohner/innen gehen, ab welchem Punkt wäre das Nachbarschaftsprojekt gezwungen gewesen, selbst inhaltlich Stellung zu beziehen bzw. wären die inhaltlichen Positionen der Bewohnerinitiative auch dem Nachbarschaftsprojekt und damit auch den Projektträgern zugeschrieben worden? Aufgrund der unklaren Rollendefinition ist die Arbeit des Projektes an dieser Stelle beendet worden, weitergehende Effekte hinsichtlich der Förderung von Selbsthilfepotenzialen konnten daher nicht erzielt werden. Entsprechend werden die Projektaktivitäten in diesem Bereich auch von den befragten Stadtteilakteuren als Einzelaktivitäten ohne übergeordnete Zielrichtung wahrgenommen.

Bürgerschaftliches Engagement

Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements will das Nachbarschaftsprojekt vor allem die Nachbarschaftshilfe fördern. Als Voraussetzung, um auch solche Bewohnergruppen für Nachbarschaftshilfe gewinnen zu können, die bislang nicht zum Einzugsbereich der Einrichtung zählen, wird die Verbesserung des Rufs von Luckys Haus angesehen. In diesem Kontext ist das Projekt „Sauberes Veedel“ einzuordnen, bei dem mit Einsatz von Sozialstündern das Gelände rund um Luckys Haus gesäubert und das Erscheinungsbild der Einrichtung damit verbessert wurde. Weitere Aktivitäten, die seitens der Pro-

jektmitarbeiter/innen diesem Zielbereich zugeordnet werden, beziehen sich auf kleinere Unterstützungsmaßnahmen des ansässigen Seniorenheims mit einigen Jugendlichen von Luckys Haus (z.B. Transport von Paketen mit dem Kleinbus der Einrichtung).

Insgesamt wurden in diesem Zielbereich – der auch in der Rangfolge der Projektmitarbeiter/innen die geringste Präferenz hat – nur wenige Maßnahmen durchgeführt. Die Säuberung des umgebenden Geländes ist sicherlich ein sinnvoller Ansatzpunkt zur Imageverbesserung der Einrichtung, sie kann aber nur ein Baustein in einer Reihe von Aktivitäten sein. Die Maßnahme selbst ist so von anderen Akteuren im Stadtteil auch nicht wahrgenommen worden. Allerdings wurde das Thema „Image“ im Projektzeitraum auch durch Schwierigkeiten mit Jugendbanden im Umfeld von Luckys Haus dominiert, die einen erheblichen Niederschlag in der Presse fanden. Vor diesem Hintergrund ist die Einschätzung der Wirksamkeit einzelner Maßnahmen zur Imageverbesserung von Luckys Haus nicht möglich.

Im Handlungsfeld Nachbarschaftshilfe hat das Nachbarschaftsprojekt eine sehr aktive Rolle – im Sinne von selbst aktiv werden gegenüber der Vorgehensweise andere Träger zu aktivieren – übernommen. Aktivitäten, die direkt darauf abzielten, andere Stadtteilbewohner/innen zu Nachbarschaftshilfe zu animieren, sind nicht bekannt. Insofern sind die erzielten Wirkungen auf die direkt Begünstigten der Aktivitäten begrenzt. Dies spiegelt sich auch in den Äußerungen der befragten Stadtteilakteure wider: Ihnen ist nicht bekannt, dass das Nachbarschaftsprojekt die „Förderung von Nachbarschaftshilfe“ als eigenes Handlungsfeld begriff.

Abbildung 29 Aktivitäten des Nachbarschaftsprojektes nach Zielbereichen

Ebene	Projektziele in der Rangfolge	Zahl der Maßnahmen und Angebote
Vernetzung auf Bewohnerebene	Beziehungsmöglichkeiten durch Begegnung und Kommunikation schaffen	9
Einzelinteressen	Verbesserung der Situation einzelner Menschen	5
Vernetzung auf Ebene der lokalen Akteure	Interessenvertretung im Sinne der Wahrnehmung einer anwaltschaftlichen Rolle	6
Vernetzung auf Bewohnerebene	Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne der Wahrnehmung einer „Moderatorenrolle“	1
Vernetzung auf Bewohnerebene	Bürgerschaftliches Engagement	2
	Summe	23

Quelle: eigene Darstellung

Zusammenfassung

Das Nachbarschaftsprojekt hat seine einzelnen Ziele mit unterschiedlicher Intensität verfolgt. Entsprechend der Rangfolge wurden die meisten Maßnahmen in den obersten Zielbereichen – Beziehungsmöglichkeiten schaffen, Interessenvertretung im Sinne einer anwaltschaftlichen Rolle und Situation einzelner Menschen verbessern – durchgeführt. Nachstehende Abbildung gibt einen Überblick über die Zahl der eingesetzten Maßnahmen (z.B. Vorstellung des Projektes in verschiedenen Gremien) und Angebote (z.B. Eltern-Kind-Treff) in den verschiedenen Zielbereichen. Die Zuordnung der Maßnahmen verdeutlicht die Schwerpunktsetzung sowohl hinsichtlich der Projektziele als auch hinsichtlich der Handlungsebenen.⁸⁵

Aus der Verteilung der Maßnahmen wird ersichtlich, dass das Nachbarschaftsprojekt vor

allem auf Ebene der Vernetzung zwischen Bewohner/innen arbeitet. Die Arbeit auf Ebene der Einzelinteressen hat ungefähr das gleiche Gewicht wie die Arbeit auf Ebene der Vernetzung zwischen den lokalen Akteuren im Stadtteil.

Entsprechend dieser Schwerpunktsetzung hat das Nachbarschaftsprojekt auch die meisten Effekte in den ersten beiden Zielbereichen erzielt. Die Zielbereiche, in denen es um die Förderung des Selbsthilfepotenzials als Ausgangspunkt für eine Stabilisierung des Stadtteils aus sich selbst heraus geht, wurden vom Nachbarschaftsprojekt nur nachrangig verfolgt und deutliche Effekte sind hier nicht erkennbar.

In Folge der Anbindung des Modellprojekts an eine Jugendeinrichtung sind die erzielten Effekte im Wesentlichen auf die klassischen Zielgruppen Sozialer Arbeit beschränkt. Neben den bereits über die Einrichtung Luckys Haus angesprochenen Jugendlichen konnten vor allem Bewohner/innen erreicht werden, die eine soziale oder räumliche Nähe zur Einrichtung aufwiesen.

Auch in den Arbeitsmethoden wird deutlich, dass das Nachbarschaftsprojekt weitgehend in den Grenzen klassischer einzelfall- und zielgruppenbezogener Arbeit verblieben ist.

In der konkreten Arbeit des Projektes lässt sich das übergeordnete Ziel „Gegen soziale Entmischung“ nicht (mehr) erkennen.

⁸⁵ Die Angaben beziehen sich auf den Stand der Projektarbeit im Frühjahr 2002. In einem Workshop haben die ProjektmitarbeiterInnen mit Unterstützung von InWIS F&B ihre Projektziele konkretisiert und die durchgeführten Aktivitäten den einzelnen Zielbereichen zugeordnet. Die Aufstellung gibt damit nicht sämtliche Aktivitäten der gesamten Projektlaufzeit wider, verdeutlicht aber dennoch die Schwerpunktsetzung der Projektarbeit.

5.2.2 *Qualitative Effekte des Modellprojektes Stammheim*

Im Folgenden werden die Aktivitäten und Effekte des Projektes nach den 6 Projektzielen strukturiert untersucht.

Identifikation durch Integration

Das oberste Ziel des Projektes lautet „Identifikation durch Integration“. Diese Zielsetzung resultiert aus der festgestellten Teilung des Stadtteils in 3 Quartiere.

Um die lokalen Akteure im Stadtteil für eine stärkere Integration im Stadtteil zu gewinnen, setzt das Projekt vor allem auf Öffentlichkeitsarbeit (z.B. „Fensterzeitung“ im Stadtteilbüro) und auf formelle und informelle Kontakte und Kooperationen mit anderen Akteuren. Dazu zählt z.B. Räumlichkeiten anderer Akteure für eigene Aktivitäten (z.B. Frauengruppe) zu nutzen, um so den Akteuren diese Aktivitäten nahe zu bringen. Auch durch die Teilnahme an verschiedenen Gremien im Stadtteil (z.B. Arbeitskreis Soziales, Pfarrgemeinderat) versucht das Projekt, andere Akteure auf stadtteilrelevante Themen aufmerksam zu machen und sie für die Thematik der Verbesserung der Lebensqualität im gesamten Stadtteil zu sensibilisieren und in der Folge zu aktivieren.

Eine Voraussetzung für diese Art Maßnahmen ist, im Stadtteil als Projekt und als Personen bekannt zu sein. Die Ergebnisse der Bewohnerbefragung und auch der Expertengespräche verweisen in diesem Zusammenhang auf einen sehr hohen Bekanntheitsgrad des Projektes: Rund 85% der Stadtteilbewohner/innen kennen das Stadtteilbüro. Dazu beigetragen haben vor allem die Fensterzeitung im Stadtteilbüro und Berichte in den Medien. Den lokalen Akteuren ist das Projekt mit seinen Zielsetzungen weitgehend bekannt. Die Rolle des Projektes als Vermittler von Themen wird positiv wahrgenommen, die befragten Akteure fühlen sich durch die Arbeit des Projektes gut und vor allem auch objektiv über Themen und Entwicklungen im Stadtteil informiert.

Auf die Frage, inwieweit über die Öffentlichkeitsarbeit hinaus Effekte hinsichtlich der Sensi-

bilisierung und Aktivierung der lokalen Akteure für stadtteilrelevante Themen erzielt werden konnten, wird in Abschnitt 5.3.1.2 ausführlich eingegangen.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Bewohner fördern

Zielsetzung des Projektes war, die gesellschaftliche Teilhabe der Bewohner/innen von Stammheim-Süd zu verbessern. Dazu werden sowohl zielgruppenspezifische (z.B. monatlicher Frauentreff) als auch sozialraumbezogene Angebote (z.B. Sozialberatung) gemacht. Einen Schwerpunkt der Arbeit stellt die Initiierung und Unterstützung eines Mietertreffs sowie die Durchführung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu Themen der GAG-Siedlung (Sanierung der Wohnungen, damals geplanter GAG-Verkauf) dar.

Die Initiierung und Unterstützung von Bewohnerinitiativen (wie hier der Mieterinitiative) zählt das Projekt zu seinen direkten Aufgaben. Hingegen wird angestrebt, für die Durchführung von zielgruppenbezogenen Angeboten (wie dem Frauentreff) andere Akteure zu gewinnen und hier selbst nur eine initiierende Funktion zu übernehmen. Gelingt dies nicht, sollen die Angebote zumindest in Kooperation mit anderen Akteuren durchgeführt werden. So werden z.B. für den Frauentreff Räume der Pfarrgemeinde genutzt und die Sozialberatung wird gemeinsam mit dem Besuchsdienst der Evangelischen Gemeinde angeboten.

Die Angebote und Maßnahmen des Projektes in Stammheim-Süd sind auf eine deutliche Nachfrage gestoßen. Der Frauentreff zum Beispiel wird regelmäßig von mehr als 10 Frauen mit ihren Kindern besucht, am monatlichen Mietertreff nehmen rund 15 Personen teil. Das Projekt hat damit einen im Stadtteil vorhandenen Bedarf aufgegriffen. Da das Angebot sowohl von Teilnehmerinnen aus dem Quartier Süd, als auch aus dem Quartier Mitte genutzt wird, können darüber weitergehende Kontakte entstehen, die als Brücke in das gesellschaftliche Leben von Stammheim fungieren können.

Verbesserung der (materiellen) Lebensverhältnisse Einzelner

Über die vorhandenen Angebote hinaus besteht im Stadtteil Stammheim ein Bedarf an „klassischer“, d.h. hier einzelfall- und zielgruppenbezogener Sozialarbeit, der auch aufgrund seiner Rolle als allgemeiner Ansprechpartner an das Projekt herangetragen wird. Um den Bedarf aufzufangen, hat das Projekt daher verschiedene Angebote installiert:

Die Projektmitarbeiter/innen führen selbst punktuell Sozialberatung durch, allerdings immer mit dem Ziel, die Klient/innen nach dem Erstgespräch an andere fachspezifische Beratungsstellen weiterzuvermitteln. Eine Mieterberatung erfolgt in Form einer regelmäßigen Sprechstunde durch einen externen Mitarbeiter. Die Beratung wird bewusst als niedrighschwellige Alternative zu den in der Innenstadt ansässigen Mietervereinen angeboten. An zielgruppenspezifischen Angeboten gibt es zum Beispiel einen Sprachkurs für Migrant/innen und Nachhilfe für Schüler/innen.

Die durchgeführten Maßnahmen sind adäquat für die Zielerreichung und decken einen vorhandenen Bedarf im Stadtteil. Dies zeigt sich zum Beispiel an der Zahl von über 15 Einzelberatungen, die während eines zweiwöchigen Erfassungszeitraums im Oktober 2002 durchgeführt wurden.

Soziale Mischung erhalten / verbessern

Mit dieser Zielsetzung wird dezidiert das Projektziel „Gegen soziale Entmischung“ aufgegriffen. Konkrete Arbeiten in diesem Zielbereich betreffen zum Beispiel die inhaltliche Einmischung in die Diskussion um die Ausgleichsabgabe in der Funktion eines „Anwalts der Bewohnerinteressen“. Dazu hat das Projekt u.a. eine Informationsveranstaltung in der GAG-Siedlung durchgeführt. Versuche, das Thema im Arbeitskreis Soziales zu etablieren und hier ein gemeinsames Vorgehen der Akteure zu erreichen, scheiterten. Außerdem hat das Projekt versucht, mit den zuständigen Stellen der Kommunalverwaltung in Kontakt zu kommen. Ein Dialog kam jedoch nicht zustande. Neben diesen eher sozial-

raumorientierten Ansätzen wurde mit Blick auf das Verbleiben einzelner Haushalte in Form einer Mieterberatung auch einzelfallorientiert gearbeitet.

Ein zweites relevantes Thema war die Belegung der Wohnungen im Stadtteil, das sich an der Nutzung eines ehemaligen Studentenwohnheims als Flüchtlingsunterkunft kristallisierte.

Insgesamt waren die Wirkungen des Projektes in diesem Bereich begrenzt und im Wesentlichen auf die einzelfallbezogene Arbeit beschränkt.

Soziale Sicherheit erhöhen

Zur Erhöhung der sozialen Sicherheit im Stadtteil war das Projekt vor allem bestrebt, die Präsenz und das Engagement des Bezirkspolizisten im Stadtteil sowie auf institutioneller Ebene im Arbeitskreis Soziales und in anderen Zusammenhängen zu erhöhen. So konnte z.B. eine regelmäßige Sprechstunde des Bezirkspolizisten im Stadtteil eingerichtet werden. Auf Anregung des Projektes wurde zudem das Thema „Gewalt“ im Arbeitskreis Soziales diskutiert und eine Ausstellung im Stadtteil organisiert.

Effekte konnte das Projekt auch durch gezielte Informationsarbeit bei der Aufklärung von Problemen mit Jugendbanden im Stadtteil leisten. In Zusammenarbeit mit der Polizei konnte öffentlich vermittelt werden, dass die betreffenden Jugendbanden nicht aus Stammheim selbst, sondern von außerhalb kommen. Durch objektive Informationen konnte so eine Stigmatisierung von Stammheim-Süd als Hort von Jugendbanden verhindert werden.

Infrastruktur verbessern

Bei der Zielsetzung, die soziale und materielle Infrastruktur im Stadtteil zu verbessern, wirkte das Projekt nicht primär initiativ, sondern eher als Multiplikator mit einem stark moderativen Charakter. Das Projekt griff Einzelinteressen auf, bündelte sie und unterstützte entsprechende Initiativen. Typische Maßnahmen des Projektes in diesem Bereich waren z.B. die Erstellung eines „Sozialkompasses“ mit Adressen und Ansprechpartnern im Stadtteil oder die Initiierung einer Krabbelgruppe. Herauszustellen ist in diesem

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Zielbereich vor allem die sog. Spielplatzinitiative, in der sich engagierte Mütter der GAG-Siedlung zusammengefunden haben, um die Instandsetzung und Qualitätsverbesserung eines öffentlichen Spielplatzes in Stammheim-Süd einzufordern. Mit Unterstützung der Projektmitarbeiter/innen konnte inzwischen durch Ansprache der zuständigen Ämter die Sanierung des Spielplatzes erreicht werden.

Das Handlungspotenzial des Projekts ist in diesem Zielbereich stark durch externe Faktoren (Akteure wie Kommune, Wohnungsunternehmen, soziale Träger und ihre Finanzlage) bestimmt. Effekte hat das Projekt in der Verknüpfung und Abstimmung von Angeboten sowie der Bündelung von Einzelinteressen zu Bewohnerinitiativen erreicht.

Zusammenfassung

Das Projekt hat im Wesentlichen konsequent nach der Rangfolge seiner Ziele gearbeitet. Aktivitäten im Zusammenhang mit der Spielplatz-

initiative werden unter dem Zielbereich „Infrastruktur verbessern“ erfasst. Gerade die Spielplatzinitiative ist aber ein gutes Beispiel für das Arbeitsprinzip des Projekts, andere Akteure / Bewohner zu eigenen Aktivitäten anzustoßen und sie dabei zu unterstützen. Durch ihre vernetzenden Wirkungen trägt die Spielplatzinitiative so z.B. auch dazu bei, die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Das Projekt war dem Ziel verpflichtet, durch eine Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil zu einer Verminderung sozialer Entmischungstendenzen beizutragen. Darin verdeutlichte sich der präventive Charakter des Projekts. Sozialarbeiterische (Einzel- und Gruppen-) Angebote wurden in diesem Kontext als notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung angesehen, sie hatten in der präventiven Ausrichtung des Projekts aber nur eine nachgeordnete Priorität. Sie wurden nur dort geleistet, wo sie der Entfaltung einer verbesserten Lebensqualität nachhaltig entgegenstanden

Abbildung 30 Aktivitäten des Modellprojektes in Stammheim nach Zielbereichen

Ebene	Projektziele in der Rangfolge	Zahl der Maßnahmen und Angebote
Vernetzung auf Bewohnerebene / Vernetzung auf Ebene der lokalen Akteure	Identität durch Integration	10
Vernetzung auf Bewohnerebene	Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Bewohner fördern	4
Einzelinteressen	Verbesserung der (materiellen) Lebensverhältnisse Einzelner	4
Vernetzung auf Ebene der lokalen Akteure	Soziale Mischung erhalten / verbessern	2
Vernetzung auf Ebene der lokalen Akteure	Soziale Sicherheit erhöhen	4
Vernetzung auf Bewohnerebene / Vernetzung auf Ebene der lokalen Akteure	Infrastruktur verbessern	7
	Summe	31

Quelle: eigene Darstellung

Die Möglichkeiten des Projektes, mit ihrer Arbeit Wirkungen entsprechend ihrer Zielsetzung

zu erreichen, sind bei den einzelnen Zielen sehr unterschiedlich. Während das Projekt bei den

ersten drei Zielen unmittelbar im Stadtteil Effekte erzielen kann, hängen die Möglichkeiten des Projektes bei den letzten drei Zielen wesentlich stärker von politischen und strukturellen Rahmenbedingungen ab.

Dementsprechend hat das Projekt in Stammheim seine Wirkungen vor allem in den drei erstgenannten Handlungsfeldern erzielen können. Das Projekt arbeitete im Wesentlichen auf Ebene der Vernetzung der lokalen Akteure und der Vernetzung der Bewohner/innen im Stadtteil. Im Bereich der Ansprache und Aktivierung der lokalen Akteure hat das Projekt vor allem durch seine neutrale und fundierte Informationsarbeit Erfolge erzielen können.

5.3 Effekte in der Organisation und Kooperation

5.3.1 Vernetzungstätigkeit der Projekte auf der Stadtebene

5.3.1.1 Zielvorgaben des DiCV

Hinsichtlich der Vernetzungstätigkeit der Projekte auf der Stadtebene wurden seitens des Projektinitiators und -finanziers, dem DiCV, wenig Vorgaben oder Zielvorstellungen formuliert. Im Rahmen der Tätigkeit der Projektmitarbeiter/innen als „Integrationsfiguren bzw. Sozialraummanager“ sollten sie engen Kontakt zu katholischen Pfarrgemeinden, aber auch zu öffentlichen Institutionen halten, so die Projektskizze des DiCV. Um präventiv wirksame Rahmenbedingungen für die Stadtteilentwicklung fördern zu können, sollte eine Zusammenarbeit mit den für den Stadtteil relevanten Institutionen und Akteursgruppen stattfinden.

Unter den aufgeführten Akteuren wird die Zusammenarbeit mit katholischen Pfarrgemeinden allerdings mit konkreteren Zielvorstellungen verbunden. So hatten die Modellprojekte vom DiCV die Aufgabe erhalten, die örtlichen katholischen Pfarrgemeinden in die Projektarbeit einzubeziehen. Es sollte modellhaft erprobt werden, wie durch die Zusammenarbeit zwischen kirchlichem Wohlfahrtsverband und Pfarrgemeinde in der Stadtteilprävention Wirkungen erzielt werden können, die das Wohlbefinden aller Menschen

im Stadtteil erhöhen. Dabei sollte das Projekt konsequent die Ressourcen der Gemeinde nutzbar machen und die Gemeindemitglieder als Multiplikatoren im Stadtteil gewinnen.

Im Folgenden werden die Aktivitäten und Effekte der Vernetzungstätigkeit der Modellprojekte getrennt nach Projekt dargestellt, da beide sehr verschiedene Operationalisierungen der übergeordneten Zielsetzung verfolgten und gänzlich unterschiedliche Arbeitsweisen und Wirkungen im Stadtteil erzielten.

5.3.1.2 Ziele, Aktivitäten und Effektes des Modellprojektes Stammheim

Ziele der Vernetzungstätigkeit auf Stadtebene

Da das Modellprojekt Stammheim nicht an ein bereits vorhandenes Akteursnetz anknüpfen konnte, waren die Mitarbeiter/innen darauf angewiesen, sich zu Projektbeginn einen Überblick über die im Stadtteil relevanten Akteure im Sinne möglicher und nützlicher Kooperationspartner zu verschaffen.

Die daher zu Beginn der Projektarbeit in Stammheim erstellte, knappe Bestandsanalyse der im Stadtteil existierenden Institutionen, Vereine, Gruppen und Initiativen, bei denen eine Relevanz für das Stadtteilleben vermutet wurde, kommt zu dem Schluss, dass im Stadtteil zwar Gremien existieren, die eine Vernetzung der Akteure gewährleisten sollten, dies jedoch nicht in hinreichendem Maße tun. Allerdings komme auch Einzelpersonen eine erhebliche integrative Wirkung im Stadtteil zu: So gäbe es in Stammheim-Mitte für die „Alteingesessenen“ und „im Vereinsleben eingebundenen“ Bürger/innen durchaus einzelne Integrationsfiguren wie bspw. Pfarrer oder Vereinsvorsitzende. Für die übrige Stadtteilbevölkerung würden solche Personen jedoch fehlen.

Zudem wird festgestellt, dass der Stadtteil „in den Köpfen“ der Bewohner und der örtlichen, institutionellen Akteure in drei Quartiere auseinander fällt und dadurch die Identifikation dieser Gruppen mit ihrem gesamten Stadtteil leidet. Als weitere Folge bestehe bei den bewohner- und

zielgruppenorientierten Angeboten der institutionellen Akteure die Neigung, ihre Angebote nur auf das jeweilige Quartier und nicht auf den gesamten Stadtteil auszurichten, so dass nur ein Teil der Stadtteilbewohner an dem Angebot teilhaben kann.

Auf Basis dieser Bestandsanalyse wurden die Ziele der Vernetzungstätigkeit auf Stadtteilebene konkretisiert:

- Im Rahmen der Lebensweltorientierung der Projektarbeit wurde vom Projekt als Anspruch eine integrativ wirkende Arbeitsweise formuliert: Bestandteile der Projektarbeit sollten die Vernetzung, Kooperation und Kommunikation mit örtlichen Institutionen, Gemeinden und Vereinen sowie die Bewohnerbeteiligung sein. Dabei sollten die Grenzen zwischen Nationalitäten, Generationen oder Sozialräumen wahrgenommen und ggf. aufgeweicht werden. Durch eine starke Integration der einzelnen, für das Gemeinwesen verantwortlich zeichnenden Träger und Akteure sollte erreicht werden, dass sich deren Angebote auf den gesamten Stadtteil beziehen. Dadurch sollten Barrieren abgebaut, die Teilhabemöglichkeiten für die einzelnen Bewohner vergrößert und vorhandene Synergiepotenziale effektiver genutzt werden. Durch die Integration bestehender und die Entwicklung neuer, quartiersübergreifender Angebote sollte zudem die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil als Ganzes angestrebt werden.
- Als weiterer Anspruch wurde die Ressourcenorientierung formuliert: Dabei sollten die Stärken des Stadtteils und seiner Menschen bzw. ansässigen Akteure entsprechend der festgestellten Bedarfe genutzt werden. Das Projekt sollte vorrangig zur effektiveren Nutzung vorhandener, örtlicher Ressourcen bei institutionellen Akteuren und Bewohnern beizutragen sowie Selbsthilfepotenziale und bürgerschaftliches Engagement unter den Stadtteilbewohnern zu fördern und erst nachrangig – quasi subsidiär - selbst tätig zu wer-

den. Eigene Angebote sollten nur dann geschaffen werden, wenn keine anderen Akteure als Angebotsträger oder für die Umsetzung von stadtteilbezogenen Aktivitäten gefunden werden können. Hintergrund dieses Arbeitsprinzips waren auch die eigenen, begrenzten personellen Ressourcen für die Stadtteilprävention, die es zur Realisierung der Projektziele nahe legten, die vorhandenen personellen und zeitlichen Ressourcen durch eine Vernetzung und Kooperation mit anderen örtlichen Akteuren zu multiplizieren.

- Zur Weiterführung der Projektaktivitäten nach Auslaufen der Projektförderung sollte im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Stadtteilakteuren für den eher problematischen Stadtteil Stammheim-Süd aus dem Kreis der örtlichen Akteure ein Sozialraummanager bzw. eine Integrationsfigur gewonnen werden, die die bis dahin von dem Modellprojekt übernommene Funktion ablösen sollte.
- Den Zielen des Projektinitiators DiCV und des Projektträgers Caritasverband der Stadt Köln e.V. (CV) folgend, erhielt die Erprobung der Zusammenarbeit von Verband und örtlichen, katholischen Pfarrgemeinden einen besonderen Stellenwert in der konkretisierten, eigenen Projektkonzeption. Dieses Ziel war zwar auch dem integrativen und ressourcenorientierten Arbeitsprinzip zuzuordnen, es sollte darüber hinaus aber auch den intendierten verbandspolitischen Zielen folgen.

Die Vernetzungstätigkeit des Projektes sollte damit zweierlei Funktionen erfüllen:

- Zum einen sollte sie als Querschnittsaufgabe für die Umsetzung der Projektziele dienen. Durch die angestrebte Vernetzung sollte eine Sensibilisierung der relevanten Akteure für die Problemlagen des Stadtteils und seiner Bewohner sowie eine Einbeziehung und Aktivierung der Akteure im Hinblick auf die Erzielung eines sozialen Ausgleichs im

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Stadtteil erreicht werden.

- Zum anderen kann sie aber auch im Hinblick auf die angestrebte Kooperation mit der katholischen Pfarrgemeinde als eigenständiges Projektteilziel angesehen werden.

Vernetzungsaktivitäten

Um die Projektziele und eine Vernetzung von Akteuren und Bewohnern zu erreichen, wurde ein möglichst hoher Bekanntheitsgrad des Projektes und seiner Mitarbeiter/innen angestrebt. Hierzu wurde eine intensive Öffentlichkeitsarbeit geleistet, die ein breites Spektrum an Maßnahmen für unterschiedliche Akteursgruppen umfasste. Begünstigend auf die Bekanntheit des Projektes bei Bewohnern wirkte sich auch die Gestaltung und der Standort des Stadtteilbüros aus, so dass Bewohner quasi im „Vorbeigehen“ auf das Projekt aufmerksam wurden.

Die Anbahnung und Umsetzung von Zusammenarbeit und Kooperation mit lokalen Akteuren richtete sich auf drei Wirkungsebenen in der Projektarbeit: Während die *Unterstützung für soziale Zielgruppen* darauf abzielte, Angebote und Aktivitäten für Zielgruppen anzubieten, die anhand sozialer Merkmale charakterisiert werden können (Senioren, Frauen usw.), richtete sich die

Unterstützung für „räumliche“ Zielgruppen an Personen und Gruppen, deren gemeinsames Merkmal der Wohnort in einer bestimmten Siedlung oder in spezifischen Wohngebäuden wie Hochhäusern war (z.B. Bewohnerinitiativen). Von diesen beiden Wirkungsebenen lässt sich darüber hinaus noch die *Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen* unterscheiden, bei der zunächst die Zusammenarbeit und Kooperation selbst und nicht die Initiierung spezifischer Angebote für Bewohner im Mittelpunkt stand. Maßnahmen auf dieser Wirkungsebene waren z.B. ein vereinbarter, regelmäßiger Informationsaustausch, die gemeinsame Unterstützung einer Bewohnerinitiative, eine gemeinsame Konzepterstellung u.ä.

Die Bedeutung der drei genannten Wirkungsebenen in der Projektarbeit lässt sich über die Zuordnung von durchgeführten Maßnahmen und realisierten Kooperationen zu den Wirkungsebenen nachvollziehen: Demnach nehmen die *Zusammenarbeit mit Institutionen* ebenso wie *Unterstützung für „räumliche“ Zielgruppen* im Modellprojekt Stammheim eine herausragende Stellung in der Projektarbeit ein. Zur Verdeutlichung die nachfolgende Abbildung zu den Wirkungsebenen der Projektarbeit im Modellprojekt Stammheim.

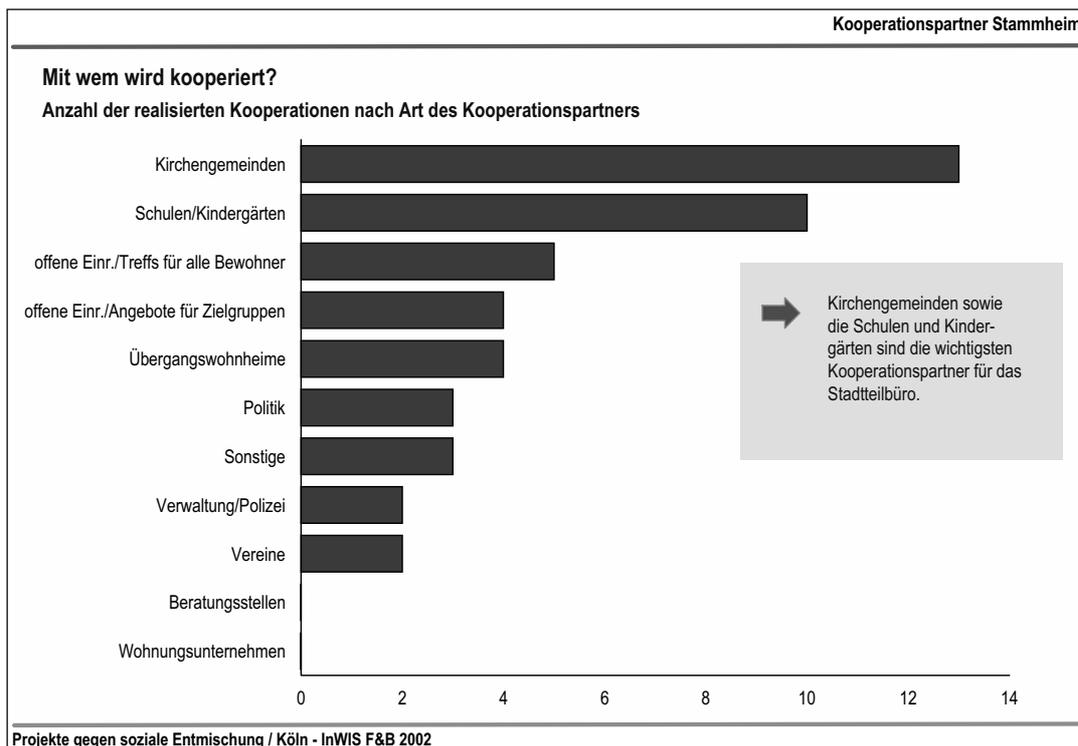
Abbildung 31 Wirkungsebenen der Projektarbeit – Projekt Stammheim

Wirkungsebene	Stammheim	
	Maßnahmen	Gewonnene Kooperationspartner **
Unterstützung/ Hilfe für soziale Zielgruppen	4	5
Unterstützung/Hilfe für „räumliche“ Zielgruppen	21 *	6
Zusammenarbeit mit Institutionen	23 *	28

Quelle: Dokumentationssystem, Erfassungszeitraum: Projekt Stammheim Febr. 2001 bis Juni 2002

Anm.: * 17 der Maßnahmen setzen sowohl bei „räumlichen“ Zielgruppen als auch bei den Institutionen an;
 ** Sind bei einer Kooperation mehrere Institutionen involviert, fließen alle Kooperationspartner in die Summe ein.

Abbildung 32 Kooperationspartner des Modellprojektes Stammheim



Quelle: Dokumentationssystem, eigene Darstellung

Demnach wurden auf der Wirkungsebene *Zusammenarbeit mit Institutionen* 23 Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern einer Entwicklung des sozialen Ausgleichs umgesetzt. Hierfür wurden 28 Kooperationspartner gewonnen, wobei eine Institution auch Partner bei mehreren Maßnahmen sein und damit mehrfach gezählt werden kann. Insgesamt fand damit auf dieser Wirkungsebene eine vergleichsweise sehr hohe Projektaktivität statt.

Die mit Abstand häufigsten Kooperationspartner waren die beiden örtlichen Gemeinden der kath. und ev. Kirche. Die Zusammenarbeit erstreckte sich u.a.

- auf gemeinsame Veranstaltungen mit dem Ziel, die Trennung zwischen den verschiedenen Sozialräumen und Kulturen im Stadtteil wahrzunehmen und zu mindern,
- auf die Nutzung der Medien der Kirchengemeinden für die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes,
- auf die Nutzung von räumlichen, finanziel-

len, personellen Ressourcen der Gemeinden für die Durchführung von zielgruppenspezifischen Angeboten (Frauentreff, Selbstbehauptungskurs u.ä.),

- auf die Mobilisierung von Ehrenamtlichen für Angebote des Projektes.

Eine engere Zusammenarbeit mit der katholischen Pfarrgemeinde in Stammheim kam jedoch nicht zustande. Die Projektmitarbeiter/innen konnten trotz zahlreicher Gespräche nicht „die fehlende Vorbereitung der Pfarrei, das unklare Rollenverhältnis zwischen Pfarrei und Verbänden (als Projektträger, d. Verf.) und die nicht erfolgte Einführung durch den Pfarrer oder die Verbände kompensieren“.⁸⁶ Zwar hatte sich aus Sicht der katholischen Pfarrgemeinde im Hinblick auf das Modellprojekt eine punktuelle Zusammenarbeit und die Bereitschaft, es sowohl finanziell als auch logistisch zu unterstützen, herausgebildet. Doch die Zusammenarbeit ging stets vom Modellprojekt aus und es fehlte eine

⁸⁶ Die Formulierung wurde aus einer vom Modellprojekt Stammheim vorgelegten Zwischenauswertung der Projektarbeit entnommen.

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

perspektivische Zielsetzung der Zusammenarbeit. Ein Nutzen aus der Zusammenarbeit wurde von der Pfarrgemeinde nicht gesehen, ebenso wenig wie ein Projekt gegen Soziale Entmischung in dem Stadtteil für notwendig erachtet wurde, da der Stadtteil noch nicht „gekippt“ sei.

Die zweithäufigsten Kooperationspartner waren Schulen und Kindergärten. Die Zusammenarbeit erstreckte sich im Wesentlichen auf die inhaltliche und logistische Unterstützung durch das Modellprojekt bei der Initiierung und Umsetzung von zielgruppenspezifischen Angeboten. Als weiterer positiver Effekt der Zusammenarbeit wurde vom Modellprojekt bei den Kooperationspartnern die Sensibilisierung für die sozialen Probleme der GAG-Siedlung und die erstmalige, konzeptionelle Ausrichtung der Einrichtungen auf Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen örtlichen Akteuren aufgeführt.

In der Rangfolge der wichtigsten Kooperationspartner folgen offene, soziale Einrichtungen (für bestimmte Zielgruppen sowie für alle Stadtteilbewohner) sowie die Mitarbeiter aus Übergangwohnheimen. Die Einrichtungen traten als Mitveranstalter von Veranstaltungen des Projektes auf, sie stellten Räumlichkeiten für Angebote des Projektes zur Verfügung und unterstützten seine Aktivitäten logistisch wie auch personell. Aus der Zusammenarbeit des Modellprojektes mit einer für alle Bürger offenen sozialen Einrichtung resultierte eine Neudefinition der Arbeitsfelder beider Einrichtungen. Die soziale Einrichtung wurde in zunehmenden Maße von Bürgern als Sozialberatungs- oder Beschwerdestelle in Anspruch genommen, was zu Lasten der eigentlichen Aufgabenstellung der Einrichtung ging. Sodann wurde zwischen Modellprojekt und der Einrichtung eine Arbeitsteilung verabredet, indem das Projekt ein Beratungsangebot für Senioren schuf und als Anlaufstelle für Bürgerbeschwerden fungierte. Die Einrichtung profitierte von der Kooperation im Sinne der Entlastung der personellen Ressourcen und einem wieder klaren Aufgabenprofil.

In geringem Umfang wurden auch Kooperationen mit der Verwaltung/Polizei, der Politik und Vereinen realisiert. Die Bezirkspolitiker wurden

vom Projekt als „Verbündete“ und Thementreiber in Bezug auf spezifische Fragestellungen angesehen, mit denen parteiübergreifend zusammengearbeitet wurde. Die örtliche Bezirksvertretung organisierte zudem Ressourcen für die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen (Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone, Spielplatzgestaltung).

In Zusammenarbeit mit der Polizei wurden ein regelmäßiger Informationsaustausch und Kursangebote zum Thema soziale Sicherheit durchgeführt.

Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung erstreckte sich zum einen auf die Weiterleitung von Bewohnern oder deren Anfragen und Anliegen, die im Rahmen der vom Projekt eingenommenen Schnittstelle gegenüber der Verwaltung und Behörden an entsprechende Stellen dieser Institutionen weitervermittelt wurden. Zum anderen wurden zu konkreten Fragestellungen, z.B. zur Parkplatzregelung in einer Siedlung oder zum Thema Grünschnitt von Bepflanzungen, Kontakte zu einzelnen Ämtern auf der Bezirks- und auf kommunaler Ebene aufgenommen.

Mit privatwirtschaftlichen Institutionen wie etwa Geschäftsleuten wurden laut Modellprojekt keine Kooperationen umgesetzt. Zwischen der Wohnungswirtschaft in Gestalt der Sozialarbeiterin des größten örtlichen Wohnungsanbieters, des Wohnungsunternehmens GAG, und dem Modellprojekt bestand allerdings eine lockere Zusammenarbeit in Form der gegenseitigen Weitervermittlung von Klienten und der weiterführenden Information über geeignete Ansprechpartner zu verschiedenen Themenstellungen. Diese lockere und informelle Form der Zusammenarbeit wurde vom Modellprojekt jedoch nicht als Kooperation gewertet. Versuche, eine weiterführende Zusammenarbeit durch Kontakt und Vereinbarungen mit dem Unternehmensmanagement anzuvisieren, wurden nach Aussagen des Projektes abgelehnt oder blieben erfolglos.

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Die meisten Kooperationen (73%) wurden durch das Modellprojekt selbst angestoßen. Während jedoch im ersten Projektjahr die Kontaktaufnahme zu den Kooperationspartnern überwiegend vom Modellprojekt ausging, kamen im zweiten Jahr die Kooperationspartner manchmal gezielt auf das Projekt zu.

Eine besondere Rolle im Rahmen der Vernetzungstätigkeit des Projektes auf der Ebene der Institutionen nahm der Arbeitskreis Soziales ein. Dieses einzige, stadtteilumfassende Gremium wurde vor vielen Jahren im Rahmen der Jugendhilfeplanung eingerichtet. Der Zusammenarbeit der dort vertretenen Institutionen liegt eine Konzeption auf Grundlage des KJHG's zu Grunde: Nach §78 KJHG sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen auch die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den AG's soll darauf hinge-

wirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen. Innerhalb dieser Konzeption nimmt der AK Soziales unterhalb des nach §80 KJHG angesiedelten Jugendhilfeausschusses eine entsprechende Rolle nach §78 KJHG ein. Der AK Soziales besteht aus rund 19 Institutionen, die sich im Abstand von 2 bis 3 Monaten regelmäßig treffen. Da der Arbeitskreis ein hohes Potenzial für die synergetische Nutzung vorhandener Ressourcen und für die Vernetzung von Akteuren bot, wurde seitens des Modellprojektes die Mitgliedschaft alsbald angestrebt und realisiert. Darüber hinaus hat sich das Modellprojekt verantwortlich in die Arbeit der Stadtteilkonferenz integriert, indem es dort kommunikative Dienstleistungen wie Moderation und Protokollierung übernahm und mit den übrigen Mitgliedern thematische Schwerpunktsetzungen vereinbarte, um der Diskussion eine größere inhaltliche Kontinuität und Struktur zu geben.

Abbildung 33 Steckbrief des Arbeitskreis Soziales

<p>Stammheim: Arbeitskreis Soziales</p> <p>Mitgliederanzahl:</p> <ul style="list-style-type: none">▪ 19 Institutionen <p>Mitgliederstruktur:</p> <ul style="list-style-type: none">▪ Kirchengemeinden▪ Schulen/ Kindertagesstätten▪ Einrichtungen freier Träger mit Schwerpunkt Jugend- und Familienhilfe▪ Verwaltung (Jugendamt, Wohnungsamt, Polizei)▪ Träger der Wohnheime▪ Wohnungsunternehmen GAG
--

Quelle: Information des Modellprojektes Stammheim

Der AK Soziales wurde von den befragten Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Stadtteilnetzwerken als aktiv bezeichnet. Die Aktivität drückt sich zum einen darin aus, dass die dort vertretenen, ortsan-

sässigen Institutionen die im Stadtteil vorhandenen Probleme mit großer Breitenwirkung und permanent „nach außen“, also in Richtung Stadtverwaltung und Politik, vertreten können, um auf vorhandene Bedarfslagen aufmerksam zu machen. Zum anderen zeichnet sich die Aktivität

durch eine Vielzahl von Aktionen aus, die von den dort vertretenen Einrichtungen initiiert und umgesetzt werden. Allerdings wird seitens der Bezirksverwaltung die Möglichkeit als gering angesehen, innerhalb des AK Soziales mit den dort vertretenen Einrichtungen eine längerfristige Perspektive in der Stadtteilprävention zu entwickeln, da bei den dort mehrheitlich vertretenen Akteuren der sozialen Arbeit kurzfristige und zielgruppenspezifische Orientierungen vorherrschen.

Bewertung der Vernetzungsaktivitäten

An dieser Stelle werden die Vernetzungsaktivitäten dahingehend beurteilt, in welcher Form und inwieweit das Projekt seine selbstgesetzten Ziele in der Vernetzungstätigkeit auf Stadtteilbene erreicht hat.

- **Bekanntheitsgrad**

Das Modellprojekt besitzt bei den interviewten Stadtteilakteuren einen hohen Bekanntheitsgrad, auch die Zielsetzung gegen soziale Entmischung wird als solche wahrgenommen. Hierzu haben maßgeblich die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes, die informellen Gespräche mit örtlichen „Größen“, die zahlreich entstandenen Kooperationen mit Stadtteilakteuren sowie das Engagement im örtlichen Arbeitskreis Soziales beigetragen.

- **Arbeitsweise des Projektes in der Stadtteilarbeit: Integrative Arbeitsweise und Ressourcenorientierung**

Das Projekt wird u.a. aufgrund der geografischen Lage auf der Grenze zwischen den beiden Quartieren Stammheim-Mitte und Stammheim-Süd als Grenzgänger bezeichnet und geschätzt. Von den meisten interviewten Stadtteilakteuren wird betont, dass die Aktivitäten des Modellprojektes auf die Gesamtheit des Stadtteils ausgerichtet seien und auf die Integration der Quartiere Alt- und Neustammheim abzielten. Bei der Integration der Stammheimer Quartiere wird der Beitrag des Stadtteilprojektes weniger in der konkreten und personenbezogenen Hilfeleistung (Stichwort: Einzelfallberatung) gesehen als vielmehr in der Initiierung von Veranstaltungen und

Angeboten und der dazu notwendigen Zusammenführung unterschiedlicher, vorhandener Hilfefpotenziale der örtlichen Institutionen in Form von anlassbezogenen Kooperationen. Durch diese bewusst vom Projekt gewählte Vorgehensweise wird die integrativ wirkende Arbeitsweise und die angestrebte Ressourcenorientierung erreicht: Indem vom Projekt angestoßene Aktivitäten im Stadtteil von den örtlichen Institutionen mitgetragen oder verantwortlich umgesetzt werden, wird eine Integration der einzelnen Träger und Akteure, eine Aufweichung der bestehenden Grenzen zwischen Nationalitäten, Generationen und Sozialräumen sowie auch eine effektivere Nutzung der vorhandenen örtlichen Ressourcen erzielt.

Über die Kooperation von Modellprojekt und örtlichen Akteuren im Rahmen von Veranstaltungen und Angeboten hinaus gründete sich eine Zusammenarbeit auch aus der Rolle des Modellprojektes als Ansprechpartner für Bürgerinteressen. Der Nutzen des Projektes für seine Partner besteht in seiner informativen und kommunikativen Funktion, indem das Projekt die Interessen der Bewohner bündelt, Informationslücken hinsichtlich der sozialen Bedarfslagen der Bewohner und insbesondere der Migranten schließt, und somit Informationen über den Stadtteil den örtlichen Akteuren in einer neuen Qualität zur Verfügung stellt und vermittelt.

- **Weiterentwicklung vorhandener Netzwerke: Anstoß zur Weiterentwicklung des örtlichen Arbeitskreises**

Die Leitung des Arbeitskreises Soziales durch das Modellprojekt hat nach eigenen Angaben und nach Aussagen der Interviewpartner zu einer höheren Beteiligung der Mitgliederinstitutionen am Arbeitskreis, zu einer größeren Themenvielfalt sowie zu einer stärker strukturierten Diskussion in dem Gremium geführt. Das Stadtteilbüro hat sich sehr erfolgreich bemüht, eine moderative Rolle zu übernehmen und grundsätzliche Themen der Zusammenarbeit anzusprechen. So hat das Stadtteilbüro auf Anregung der Mitglieder einen Kompass erstellt, in dem die wesentlichen möglichen Kooperations- und Ansprechpartner mit ihren Funktionen und Kontaktdaten aufge-

führt worden sind. Insgesamt hat das Projekt zu einer Effektivierung der Zusammenarbeit der am Arbeitskreis teilnehmenden Institutionen beigetragen.

Im Wesentlichen kamen dem Arbeitskreis die Funktionen als Gremium des Informationsaustausches, Forum für Stadtteilthemen und Koordinationsgremium für stadtteilbezogene Aktivitäten zu. Eine inhaltliche Zielvereinbarung im Sinne einer bewussten, gemeinsamen Orientierung der dort vertretenen Akteure auf die Entwicklung des sozialen Ausgleichs und einer strategischen Ableitung von Handlungsfeldern und Maßnahmen wurden vom Projekt nicht forciert, eine Weiterentwicklung des Arbeitskreises als Netzwerk mit grundsätzlicher, gestalterischer Funktion für die Stadtteilentwicklung fand somit nicht statt. Vom Modellprojekt wurde vielmehr eine neue funktionale Qualität des Stadtteilgremiums angestrebt: Anvisiert war die Entwicklung des Arbeitskreises als Anwalt für die sozialen Belange des Stadtteils, also eine Multiplikatorenfunktion für die Bedarfe und Interessen der Stadtteilbewohner. Die vom Projekt erwünschte Weiterentwicklung kam jedoch nur sehr schleppend voran: Als erste Schritte in Richtung einer Verbesserung der Arbeitsfähigkeit des Gremiums und einer stärkeren Präsenz nach Außen wurden die Entwicklung eines eigenen Briefpapiers für gemeinsame Anträge sowie die Regelung bestimmter Formalien gesehen.

In der Projektarbeit wurden die angestrebten Ziele der Entwicklung des sozialen Ausgleichs sehr häufig indirekt, durch Vermittlung von Stadtteilthemen und der notwendigen Aktivitäten an andere Akteure bearbeitet. Das Projekt lässt sich in diesem Sinne als niedrigschwelliges Bindeglied zwischen Bewohnern, ihren Themen- und Problemstellungen auf der einen Seite und den übrigen, im Stadtteil relevanten Akteuren auf der anderen Seite charakterisieren. Diese indirekte Zielverfolgung bewirkte, dass immer konkrete Anlässe Ausgangspunkte für Kooperationen waren und eine Zusammenarbeit auf strategischer Ebene mit Blick auf die Stadtteilprävention nicht erzielt wurde. Somit war die anlassbezogene Zusammenarbeit vor Ort wesentliches Kriteri-

um der Kooperation, weniger die Gestaltung des Sozialraumes auf Basis von formulierten Zielvorstellungen über die künftige Stadtteilentwicklung. Dies resultierte u.a. daraus, dass die kooperierenden Akteure des Arbeitskreises zum einen in ihrer Arbeit sehr stark auf die operative (soziale) Arbeit innerhalb des Stadtteils fokussierten und zum anderen seitens der dort vertretenen Träger der freien Wohlfahrtspflege – im Gegensatz zum Modellprojekt – keine Sozialraumorientierung erfolgte. Ausgangspunkte der Zusammenarbeit waren vielmehr die wahrgenommenen Belange und Interessen der jeweiligen Klientel. Es handelte sich bei dem Netzwerk pointiert formuliert eher um ein Netzwerk sozialer Arbeit mit starkem Fokus auf Klientelinteressen, weniger jedoch um eine Kooperation zur Gestaltung der Rahmenbedingungen der Stadtteile.

- Wahrnehmung der Rolle eines Stadtteilmanagers

Die Projektarbeit fokussierte sich schon zu Beginn sehr stark auf die Anbahnung von Kooperationen. Dazu war die Integration in die örtliche Stadtteilkonferenz, den „Arbeitskreis Soziales“, als bestehendes Akteursnetzwerk notwendig. Hier konnte sich das Projekt präsentieren, hier konnte es zu einer Effektivierung der Konferenzarbeit beitragen und sehr bald Partner zur Zusammenarbeit gewinnen. Darüber hinaus sammelt das Stadtteilbüro Themen und Informationen aus dem Stadtteil, bereitet sie auf und gibt sie an die entsprechenden Kooperationspartner weiter. Da das Stadtteilbüro über sehr attraktive Öffnungszeiten verfügt, werden hier viele Anliegen und Informationen zusammengetragen, die von den Kooperationspartnern sehr geschätzt werden.

Häufig lanciert das Stadtteilbüro neue Themen und stößt Aktivitäten wie z.B. den Weltkindertag oder die Spielplatzinitiative an, die dann von den Kooperationspartnern mit Unterstützung des Projekts realisiert werden. Insofern ist davon auszugehen, dass das Stadtteilbüro die koordinierende Funktion eines Stadtteilmanagers auf der Ebene des örtlichen Hilfesystems der freien Wohlfahrtspflege realisiert. Die horizontale quar-

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

tiersinterne Vernetzung, die durch die Institutionalisierung des Arbeitskreises Soziales angelegt war, ist durch das Stadtteilbüro deutlich besser ausgeschöpft worden. Zahlreiche befragte Stadtteilakteure waren zudem der Meinung, dass das Projekt viele sinnvolle Aktivitäten angestoßen und durchgeführt habe. Insbesondere wird die dauerhafte Ansprechbarkeit der Mitarbeiter/innen, ihre Kommunikationsstärke und ihr Engagement gewürdigt.

Die Gewinnung eines Sozialraummanagers aus dem Kreis der örtlichen Akteure oder engagierter Bürger, der die bis zum Projektende vom Modellprojekt übernommene Funktion ablösen könnte, ist jedoch nicht gelungen. Bei den örtlichen Akteuren – vornehmlich aus den sozialen Einrichtungen – ist angesichts knapper werdender Ressourcen eher ein Rückzug auf die Kernaufgaben, also auf originäre Sozialarbeit, festzustellen. Um aus dem Kreis der Stadtteilbewohner Personen für die Aufgabe des Stadtteilmanagers „heranzuziehen“, war nach Einschätzung des Modellprojektes eine längere Vorbereitungsphase als die gegebenen drei Jahre Projektlaufzeit notwendig.

- Beteiligte des geknüpften Projektnetzwerkes

Anhand der vergleichsweise großen Anzahl von Kooperationspartnern und der Kooperationsdichte (Anzahl der Kooperationen pro Partner) mit Stadtteilakteuren lässt sich ablesen, dass das Modellprojekt einen hohen Vernetzungsgrad im Stadtteil erreicht hat. Dass das Projekt die meisten Kooperationen selbst anstößt, weist darauf hin, dass das Projekt bei der Anbahnung von Kooperationen eine aktive und zugehende Rolle einnimmt und dabei vorhandene Bedarfslagen aus dem Stadtteil in die Ebene der Institutionen vermittelt. Es nimmt damit aktiv die Rolle einer Vermittlungs- bzw. Schnittstelle zwischen Bewohnerinteressen und institutioneller Ebene ein.

Bei den Kooperationspartnern des Modellprojektes handelt es sich jedoch in starkem Maße um Akteure der freien Wohlfahrtspflege oder um Akteure mit einem stark karitativen Anspruch. Deutliche Ausnahmen bilden hier jedoch die Polizei und die Kommunalpolitik. Die öffentliche

Verwaltung wird vom Projekt nicht als primärer Kooperationspartner angeführt, obschon im Rahmen des AK Soziales Ansprechstrukturen durch die offizielle Teilnahme des Bezirksjugendamtes und des Wohnungsamtes vorhanden sind. Ähnlich verhält es sich auch mit der Wohnungsgesellschaft GAG: Bei den genannten Institutionen schien zum einen ein zeitweise starkes Dienstleisterverständnis durch das Modellprojekt vorzuliegen, in dem die Ressourcen fallweise genutzt wurden (so z.B. Nutzung finanzieller Ressourcen der GAG zur Gestaltung des Weltkindertages etc.). Zum anderen schien das Modellprojekt auf der Ebene der Verwaltungs- und Unternehmensleitung, dessen Einbindung für eine konstruktive Zusammenarbeit hinsichtlich einer perspektivischen Zusammenarbeit zur Stadtteilzukunft wichtig wäre, aber auch nicht entsprechend wahrgenommen zu werden. Tatsächlich fehlte es an einer Basis für eine kontinuierliche und inhaltliche Zusammenarbeit in der Stadtteilprävention, die auf der Leitungsebene von Projektträger, Kommunalverwaltung und Wohnungsunternehmen zu Projektbeginn hätte geschaffen werden müssen und an deren Grundlage die Projektmitarbeiter/innen hätten anknüpfen können.

Eine Vernetzung in Richtung der kommunalen Verwaltung ist dem Projekt damit nicht zuzuschreiben. Zwar gab es die anlassbezogenen Kontakte mit entsprechenden Ansprechpartnern, aber es ist nicht ersichtlich, dass über diesen Anlassbezug hinaus eine neue Qualität der Zusammenarbeit entstand.

- Erprobung der Zusammenarbeit mit örtlichen, katholischen Pfarrgemeinden

Eine Zusammenarbeit mit der örtlichen katholischen Pfarrgemeinde ist nur in Ansätzen sichtbar und offensichtlich auch kaum entwicklungs-fähig, da kein Nutzen des Modellprojektes für die Gemeinde wie auch keine Notwendigkeit für eine Stadtteilprävention in Stammheim gesehen wird.

- Unterstützung für Vereine und Institutionen: Freisetzung von Synergien innerhalb des stadtteilbezogenen Hilfesystems

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Das Stadtteilbüro trägt dazu bei, neue Themen zu transportieren, die dann in Kooperation bearbeitet werden. Es ist zu beobachten, dass die vorhandenen Ressourcen durch die koordinierende Arbeit des Stadtteilbüros effektiver genutzt werden. So können unterschiedliche Kooperationspartner dazu bewegt werden, ihre jeweiligen Stärken einzubringen und zu multiplizieren. Der Auftritt des Stadtteilbüros auf der Bühne des örtlichen Hilfesystems führte bei einigen Kooperationspartnern zu einer deutlichen Fokussierung auf ihre Kernaufgaben. So haben sich diese in ihrem Angebot spezialisieren können, indem Randaufgaben durch Mitarbeit und auch Initiative des Stadtteilbüros neu organisiert, abgegeben und teilweise in Zusammenarbeit erledigt werden.

Insgesamt gesehen, hat nach Ansicht der Interviewpartner das Projekt bestehende Lücken im Hilfeangebot des Stadtteils geschlossen und dazu beigetragen, die vorhandenen Ressourcen sinnvoll auf einem hohen Synergieniveau zu bündeln.

5.3.1.3 Ziele, Aktivitäten und Effekte des Modellprojektes Bilderstöckchen

Ziele der Vernetzungstätigkeit auf Stadtteilebene

Da das Projekt durch die Angliederung an eine langjährig bestehende Einrichtung im Stadtteil an bereits bestehende Kontakte und Kooperationsmöglichkeiten anknüpfen konnte, wurde keine Analyse der örtlich relevanten Akteure durchgeführt.

Die Vernetzung wird ebenfalls als eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Projektstätigkeit begriffen. Unter Vernetzung wird die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Einzelpersonen, Gruppen sowie freien und öffentlichen Einrichtungen und Diensten innerhalb des Stadtteils verstanden. Sie dient vornehmlich dazu,

- von anderen Akteuren Informationen zu Problemen und Bedarfslagen im Stadtteil zu erhalten, entsprechende Unterstützungsangebote zu initiieren und die Stadtteilthemen im Sinne eines Multiplikators auf der Ebene der

Institutionen (in die Politik, in die Institutionen usw.) zu vermitteln,

- geplante Angebote und Aktivitäten des Modellprojektes mit anderen, relevanten Einrichtungen abzustimmen, um Doppelungen und Überschneidungen bei Angeboten zu vermeiden,
- gemeinsam zielgruppenspezifische Angebote und Veranstaltungen zu planen und durchzuführen,
- eine reibungslose Weitervermittlung von Klienten aus der Einzelfallberatung an andere Hilfeinstitutionen zu gewährleisten,
- die Zusammenarbeit mit der katholischen Pfarrgemeinde zu fördern.

Aus dieser Auflistung lässt sich ablesen, dass die Vernetzung im Wesentlichen als Mittel für eine effektivere Ausrichtung der einzelfall- und zielgruppenspezifischen Angebote im Stadtteil betrachtet wurde.

Vernetzungsaktivitäten

Da das Projekt an das bestehende Akteursnetz der übergeordneten Einrichtung Luckys Haus anknüpfen konnte und sich als Bestandteil der Jugendeinrichtung verstand, wurde keine explizite Öffentlichkeitsarbeit zur Erzielung eines hohen Bekanntheitsgrades des Projektes betrieben. Die Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt wurde vielmehr in Form von Mund-zu-Mund-Propaganda unter den Nutzern der Projektangebote geleistet und in Form von Pressearbeit unter dem Label von Luckys Haus subsummiert, so dass für Außenstehende nicht unbedingt ersichtlich wurde, dass in Luckys Haus ein Modellprojekt wirkte.

Betrachtet man die Wirkungsebenen der Projektarbeit – operationalisiert durch die Zuordnung von durchgeführten Maßnahmen und Angeboten zu den unterschiedlichen Wirkungsebenen – wird für das Modellprojekt Bilderstöckchen deutlich, dass die Wahrnehmung spezifischer Interessen im Stadtteil durch Aufbau und Stabilisierung fester Gruppenangebote eine her-

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

ausragende Stellung einnimmt und dadurch eine Vielzahl an Bürgern erreicht wird. Demgegenüber nimmt die Zusammenarbeit mit Institutionen eine untergeordnete Bedeutung ein.

Dies resultiert aus dem Selbstverständnis des Modellprojektes als konzeptioneller Bestandteil einer bestehenden und dauerhaften Jugendeinrichtung mit einem starken Klientel- und Brennpunktfokus. Der Anspruch der Sozialraumorientierung, der in dem Modellprojekt eingelöst werden sollte, wurde im Wesentlichen durch eine Ausweitung des Klientelbezugs auf alle benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Stadtteil operationalisiert. Die Zusammenarbeit auf der institutionellen Ebene ist demgegenüber ein untergeordneter Aspekt der Projektarbeit, der erst im weiteren Projektverlauf mit der aktiven Beteili-

gung an der Stadtteilkonferenz eine größere Bedeutung erhielt. Gleichwohl wurden bei der Planung der Aktivitäten des Projektes von Anfang an mögliche Kooperationen und Kontakte mit im Stadtteil vertretenen Gruppen, Einrichtungen, kirchlichen und kommunalen Diensten mitberücksichtigt.

Die Bedeutung der Zusammenarbeit auf der institutionellen Ebene verdeutlicht die Projektdokumentation zu umgesetzten Maßnahmen und realisierten Kooperationen auf den drei Wirkungsebenen der Projektarbeit: Der *Unterstützung für soziale Zielgruppen* und für „räumliche“ Zielgruppen sowie die *Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen*.

Abbildung 34 Wirkungsebenen der Projektarbeit – Projekt Bilderstöckchen

Wirkungsebene	Bilderstöckchen	
	Maßnahmen	Gewonnene Kooperationspartner *
Unterstützung/ Hilfe für soziale Zielgruppen	5	4
Unterstützung/Hilfe für „räumliche“ Zielgruppen	12	6
Zusammenarbeit mit Institutionen	6	3

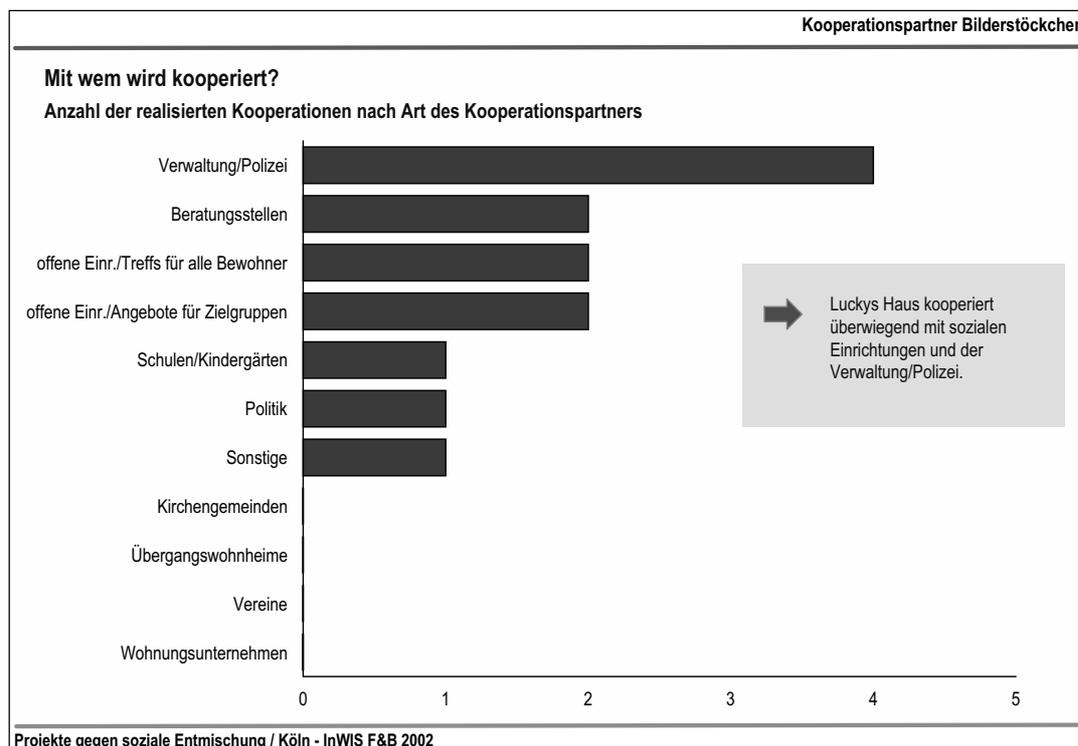
Anm.: * Sind bei einer Kooperation mehrere Institutionen involviert, fließen alle Kooperationspartner in die Summe ein.

Quelle: Dokumentationssystem, Erfassungszeitraum: Projekt Bilderstöckchen Okt. 2000 bis Juni 2002

Gemäß der Selbstdokumentation der Projekte wurden auf der Wirkungsebene *Zusammenarbeit mit Institutionen* im Projekt Bilderstöckchen lediglich 6 Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern für eine Entwicklung des sozialen Ausgleichs umgesetzt, z.B. regelmäßiger Informationsaustausch oder die gemeinsame

Durchführung von Veranstaltungen. Hierfür wurden nur 3 Kooperationspartner gewonnen, wobei eine Institution auch Partner bei mehreren Maßnahmen sein und damit mehrfach gezählt werden kann. Insgesamt fand damit auf dieser Wirkungsebene eine vergleichsweise geringe Projektaktivität statt.

Abbildung 35 Kooperationspartner des Modellprojekte Bilderstöckchen



Quelle: Dokumentationssystem, eigene Darstellung

Der mit Abstand häufigste Kooperationspartner war die örtliche Verwaltung in Form des Bezirksjugendpflegers und die Bezirkspolizei. Im Hinblick auf die Bezirksjugendpflege konnte das Modellprojekt auf eine traditionelle Zusammenarbeit mit der übergeordneten Jugendeinrichtung anknüpfen. Die Zusammenarbeit erstreckte sich u.a.

- auf gemeinsame Veranstaltungen mit dem Ziel, Kontakt- und Lernchancen für Jugendliche zu schaffen,
- auf die gemeinsame Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Wohnen“ der Stadtteilkonferenz, in der Informationsgrundlagen über soziale Entmischungsprozesse im Stadtteil erarbeitet und für die Konferenz aufbereitet werden sollen, um dieses Thema wissensbasiert in der fachlichen Öffentlichkeit des Stadtteils zu diskutieren, gemeinsame Handlungsbedarfe in der künftigen Stadtteilentwicklung zu formulieren und zu einem Thema in der Verwaltung und Politik zu ma-

chen.

Im Hinblick auf die Bezirkspolizei bestand eine enge Zusammenarbeit anlässlich der im Stadtteil und insbesondere im Zusammenhang mit der Jugendeinrichtung vorhandenen Gewalt- und Drogenproblematik unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Zusammengearbeitet wurde im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltungen und Angeboten für Jugendliche sowie in der Aufklärungsarbeit zum Thema Drogen und Kriminalität.

Die zweithäufigsten Kooperationspartner waren Treffs bzw. Einrichtungen, die für alle Einwohner oder spezifische Zielgruppen offen waren, sowie Beratungsstellen. Bei den Beratungsstellen handelte es sich um Einrichtungen des Projektträgers SKM, mit denen anlassbezogen kooperiert wurde. Die Zusammenarbeit erstreckte sich u.a.

- auf gemeinsame Veranstaltungen und Angebote mit dem Ziel, die Lebenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

verbessern, Begegnungsmöglichkeiten vor allem zwischen unterschiedlichen Altersgruppen zu schaffen und Infrastrukturausstattung im Erscheinungsbild des Stadtteils zu verbessern.

- auf die Nutzung von personellen Ressourcen und Sachmitteln der Kooperationspartner für die Durchführung der Veranstaltungen und Angebote.

In geringem Umfang wurde auch mit Schulen und den Ortsvereinen der Parteien zusammengearbeitet. Mit privatwirtschaftlichen Institutionen wie etwa Geschäftsleuten wurde in einem Fall kooperiert. Ein örtlicher Apotheker konnte als Mitveranstalter bei einer Drogenpräventionsveranstaltung gewonnen werden. Zu den großen örtlichen Wohnungsanbietern, der GAG und der Aachener Wohnungsbaugesellschaft, bestand kein Kontakt. Zum einen waren hier – anders als in Stammheim – innerhalb der Unternehmensorganisation weder Ansprechpartner auf der Stadtteilebene noch innerhalb der Stadtteilkonferenz vorhanden. Mangelnde Ansprechstrukturen waren jedoch nur ein Grund für fehlende Kontakte, ein anderer war, dass diese Akteure nicht im Blickwinkel des Modellprojektes standen.

Immer wieder gab es im Zusammenhang mit Einzelfallberatungen punktuelle Zusammenarbeit mit Behörden wie dem Arbeitsamt, dem Jugend- oder Sozialamt. Oft wurden in diesem Zusammenhang Hilfesuchende direkt an die genannten Stellen weitervermittelt.

Da das Projekt mit dem Stigma eines schlechten Rufs (Gewalt, Drogen, etc.) einer offenen Jugendeinrichtung zu kämpfen hatte, konnte eine Zusammenarbeit und eine vorgesehene enge Anbindung an vorhandene pfarrgemeindliche Ressourcen nicht realisiert werden.

Die Hälfte der Kooperationen wurden durch das Modellprojekt bzw. die Jugendeinrichtung angestoßen.

Auch im Stadtteil Bilderstöckchen existiert eine Stadtteilkonferenz, die vor Jahren im Rahmen des §78 KJHG eingerichtet wurde. In ihr sind immerhin 48 Institutionen vertreten (Stand: Juni 2002) (s. Abbildung 36). Anders als in Stammheim sind die großen örtlichen Wohnungsanbieter nicht in der Konferenz vertreten, ihre Mitgliedschaft wird jedoch anlässlich des Themas Ausgleichsabgabe angedacht und angestrebt. Ebenso fehlen aus Sicht der befragten Stadtteilakteure die politische Entscheidungsebene wie auch Vertreter der Wirtschaft und – im Sinne einer vertikalen Verknüpfung mit der Verwaltung – der Stadtverwaltung, obschon mit dem Bezirksjugendpfleger, der die Konferenz leitet, und dem Allgemeinen Sozialen Dienst auch die Verwaltung mit am Tisch sitzt. Das Modellprojekt wurde dort über den Projektleiter vertreten, der aber ausschließlich als Einrichtungsleiter von Luckys Haus wahrgenommen wurde. Aufgabe der Stadtteilkonferenz war der gegenseitige Informationsaustausch und die Abstimmung der Aktivitäten und Angebote zur Vermeidung von Doppelungen. Weitergehende Synergien waren nur schwer feststellbar.

Abbildung 36 Steckbrief der Bilderstöckchenkonferenz

<p>Bilderstöckchen: Bilderstöckchen-Konferenz</p> <p>Mitgliederanzahl:</p> <ul style="list-style-type: none">▪ 48 Institutionen <p>Mitgliederstruktur:</p> <ul style="list-style-type: none">▪ Kirchengemeinden▪ Schulen/ Kindertagesstätten▪ Einrichtungen freier Träger mit Schwerpunkt Jugend- und Familienhilfe▪ Verwaltung (ASD, Jugendamt, Bezirksvorsteher, Wohnungsamt, Polizei)▪ Träger der Wohnheime▪ Gesundheitseinrichtungen (Arzt, Klinik)

Quelle: Informationen des Modellprojektes Bilderstöckchen

In jüngerer Zeit, Anfang 2003, erweiterte sich sowohl die Organisationsstruktur als auch die thematische Arbeitsbasis der Konferenz. Aufgrund der wahrgenommenen, zunehmenden sozialen Entmischung im Stadtteil und der Jugendbandenkriminalität wurden anlässlich einer vertieften Diskussion zum Thema Ausgleichsabgabe und Jugendbandenkriminalität zwei Arbeitsgruppen gebildet, die diese Themen im Sinne einer Arbeits- und/oder Beschlussvorlage für die Konferenz bearbeiten sollten. Zum Thema Ausgleichsabgabe und soziale Entmischung sollte die dafür zuständige AG „Wohnen“ eine Arbeitsgrundlage erarbeiten, die Grundlage für eine Zielvereinbarung zwischen Vertretern der Konferenz und den örtlichen politischen Vertretern über Maßnahmen gegen soziale Entmischung bilden sollte. Die Zielvereinbarung sollte wiederum die Basis für die Erstellung eines Antrages an den Rat der Stadt Köln zur Befreiung bestimmter Wohnungsbestände im Stadtteil von der Ausgleichsabgabe und zur gezielten Belegungssteuerung in den Sozialwohnungsbeständen in Kooperation mit den verantwortlichen Wohnungsunternehmen bilden. Zuvor sollte jedoch in der Arbeitsgruppe eine ausführliche Bestandsaufnahme der sozial- und belegungsgebundenen Wohngebäude in Bilderstöckchen und der Eigentümerstrukturen sowie eine Identifizierung von Gebäu-

den stattfinden, in denen soziale Entmischung beobachtet wurde.

Entsprechend der Projektzielsetzung „Gegen soziale Entmischung“ hat sich das Modellprojekt aktiv an dieser Arbeitsgruppe beteiligt. Nachdem die Initiierung einer Bewohnerinitiative zum Thema „Ausgleichsabgabe“ gescheitert war, hoffte man nun, „(...) durch eine gemeinsame Position der unterschiedlichen gesellschaftlichen „Instanzen“ im Stadtteil Bilderstöckchen wieder Bewegung in diese Angelegenheit (...)“ zu bringen.⁸⁷

Bewertung der Vernetzungsaktivitäten

Im Folgenden folgt eine Bewertung, in welcher Form und inwieweit das Projekt seine selbstgesetzten Ziele in der Vernetzungstätigkeit auf Stadtteilebene erreicht hat.

- **Bekanntheitsgrad**

Das Projekt „Gegen soziale Entmischung“ war sowohl unter diesem „Label“ als auch unter dem selbstgewählten Namen „Nachbarschafts-

⁸⁷ S.: Sozialdienst katholischer Männer e.V. Köln, Fachbereich „Soziale Brennpunkte“ 2002: Zwischenbericht zum Projekt: Gegen soziale Entmischung im Stadtteil Köln-Bilderstöckchen. Köln, S. 17.

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

projekt“ bei den befragten Stadtteilakteuren weitgehend unbekannt. Diese fehlende Wahrnehmung des Modellprojektes resultiert daraus, dass eine Personalidentität zwischen dem Leiter der Jugendeinrichtung und Modellprojektmitarbeiter besteht und der Modellprojektmitarbeiter selbst zumeist als Einrichtungsleiter in der Außerdarstellung auftrat.

- Kommunikation und Zusammenarbeit mit freien und öffentlichen Einrichtungen und Diensten innerhalb des Stadtteils: Weiterentwicklung bestehender Netzwerke

Aufgrund der Arbeitsweise des Modellprojektes, nur zu ausgewählten Angeboten und Aktivitäten Kooperationspartner zu suchen, und zahlreiche Angebote unter dem Label der Jugendeinrichtung selbst zu initiieren, nahm die Zusammenarbeit mit freien und öffentlichen Einrichtungen im Stadtteil eine vergleichsweise untergeordnete Priorität ein.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den örtlichen Institutionen in der Bilderstöckchenkonferenz war aus Sicht der befragten Stadtteilakteure zunächst eine starke Abgrenzung des Leiters der Jugendeinrichtung/ Modellprojektes vorhanden. Mit dem Wechsel des Einrichtungsleiters/ Modellprojektmitarbeiters habe sich dies jedoch verändert. Der neue Leiter habe sich im Rahmen der Stadtteilkonferenz zunehmend engagiert. Er wurde als sehr kooperativ wahrgenommen, zeige sich ansprechbar und realisiere auch im Sinne „kurzer Dienstwege“ Kooperation und konkrete Hilfestellung. Auch im Hinblick auf stadtteilbezogene Themen brachte sich das Projekt nach dem Personalwechsel vermehrt in die Diskussionszusammenhänge der Bilderstöckchenkonferenz ein, so dass eine stärkere Vernetzung des Modellprojektes mit anderen Stadtteilakteuren erfolgte.

Ein Initialeffekt zur Effektivierung der Konferenzarbeit und zur Weiterentwicklung der Konferenz als Netzwerk mit einer gestalterischen Funktion für die Stadtteilentwicklung ist vom Modellprojekt zwar nicht ausgegangen, jedoch wird hierzu nunmehr ein Beitrag in Form der Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe „Wohnen“ geleistet. Damit hat sich das Modellprojekt mit

seiner originären Zielrichtung „Gegen soziale Entmischung“ verantwortlich in die Vernetzungsstrukturen im Stadtteil eingebunden. Inwiefern sich die nun gestarteten Aktivitäten als dauerhaft verfestigen werden und nutzbringend in der Kooperation der Mitglieder der Stadtteilkonferenz wahrgenommen werden, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden, da dieses Engagement noch recht jung ist. Es führt aber erstmals mit dem Bezirksjugendpfleger als Mitglied der Arbeitsgruppe Personen aus Verwaltung und sozialer Arbeit vor Ort in einen langfristig angelegten Diskussionsprozess. Wichtig zu erwähnen bleibt noch, dass diese Zusammenarbeit erst dann zustande kam, als alle Teilnehmer des Stadtteilnetzwerkes „Bilderstöckchenkonferenz“ einen auf die längerfristige Perspektive des Stadtteils ausgerichteten Gestaltungswillen formulierten.

- Beteiligte des geknüpften Projektnetzwerkes

Angesichts der vergleichsweise geringen Anzahl von Kooperationspartnern und der geringen Kooperationsdichte (Anzahl der Kooperationen pro Partner) kann der Vernetzungsgrad des Modellprojektes im Stadtteil als eher gering bezeichnet werden. Er korrespondiert mit der überwiegend praktizierten Arbeitsweise des Projektes, in der Umsetzung der Projektziele erst dann Kooperationspartner zu suchen, wenn zusätzliche Ressourcen benötigt wurden oder eine breite Zielgruppe von Stadtteilbewohnern angesprochen werden sollte.

Unter den Kooperationspartnern des Modellprojektes befinden sich vorwiegend Akteure der freien Wohlfahrtspflege bzw. Akteure mit einem stark karitativen Anspruch, aber auch die Polizei sowie die Verwaltung. Die letztgenannte Akteursgruppe schränkt sich zwar auf die Person des Bezirksjugendpflegers ein, aber immerhin wurde hier zu einem späteren Projektzeitpunkt eine kontinuierliche und auf die Zukunft des Stadtteils ausgerichtete Zusammenarbeit entwickelt. Zu anderen wichtigen Akteuren im Stadtteil z.B. zu Gewerbetreibenden, bestehen anlassbezogene Kontakte, die jedoch nicht als Kooperationen zu werten sind.

- Erprobung der Zusammenarbeit mit örtlichen, katholischen Pfarrgemeinden

Wie bereits an anderen Stellen des Berichtes aufgeführt, bestanden zwischen der Jugendeinrichtung und der Pfarrgemeinde nur wenig Kontakt und nur wenige Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit, da die Einrichtung Luckys Haus, an der das Modellprojekt angegliedert war, zu sehr auf das Image einer „zweifelhaften“ Jugendeinrichtung festgelegt war.

- Kommunikation und Zusammenarbeit mit freien und öffentlichen Einrichtungen und Diensten innerhalb des Stadtteils: Freisetzung von Synergien innerhalb des örtlichen Hilfesystems

Die neuerlich aufgenommene Kooperation auf der Ebene der Bilderstöckchenkonferenz führt mittlerweile dazu, die Angebote besser abzustimmen und Doppelarbeiten zu verhindern. Darüber hinaus springt man bei personellen Engpässen der Kooperationspartner zeitweise ein, so dass hier mehr Flexibilität und Reaktionsfähigkeit realisiert werden kann. So berichtete die Leiterin des von der Caritas getragenen Kellerladens, dass der Modellprojektmitarbeiter in ihrer Ferienspielaktion eingesprungen sei, als sie krankheitsbedingte Personalengpässe zu meistern hatte.

Eine Multiplikation der Ressourcen in dem Sinne, dass mit einer Bündelung von Aktivitäten grundsätzlich neue und qualitativ andersartige Leistungen erbracht werden würden, lässt sich erst seit Anfang 2003 mit der Bildung von Arbeitsgruppen im Rahmen der Bilderstöckchenkonferenz feststellen. Damit wird erstmalig der Versuch unternommen, die Arbeit der Stadtteilkonferenz auf eine längerfristige Basis zu stellen.

5.3.2 *Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung*

Zum Zeitpunkt der Arbeit der Modellprojekte gab es in Köln neben den zentralen Ämtern der Stadtverwaltung auch auf der räumlichen Ebene der Stadtbezirke sogenannte Bezirksämter. Diese Dezentralisierung betraf jedoch nur das Sozial-

amt, das Jugendamt, das Ordnungsamt sowie den Sozialpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes, d.h. zu diesen Ämtern gab es jeweils auf der räumlichen Ebene der Stadtbezirke ein entsprechendes Bezirksamt. Die Bezirksjugendpflege als auch der beim Bezirksjugendamt angesiedelte ASD entsandten Mitglieder in die Stadtteilkonferenzen, die von den Modellprojekten als Plattform für die Zusammenarbeit der Akteure auf der Stadtteilebene genutzt wurden. Jedoch war stets der konkrete und pragmatische Anlass Gegenstand der Zusammenarbeit. Eine weitergehende Kooperation zwischen Modellprojekt und Bezirksverwaltung, die strategisch und auf die Perspektive des Stadtteils ausgerichtet war, gelang – in Bilderstöckchen – erst vor dem Hintergrund der Einigung der Konferenzteilnehmer auf eine strategisch-visionäre Zusammenarbeit und führte Modellprojekt und Bezirksjugendpflege zusammen, die ebenfalls einen sozialräumlichen Arbeitsansatz verfolgten.

Im Hinblick auf die zentralen Fachämter fokussierte die Modellprojektleitung nach Beginn der Projekte eine Kooperation mit der Zentralen Fachstelle Köln, wobei der Kontakt, der zunächst auf der Leitungsebene aufgebaut werden konnte, durch die nach der Kommunalwahl erfolgten Verwaltungsumstrukturierungen wieder verloren ging.

Auf der sozialräumlichen Ebene ist die Fachstelle Wohnen, wie sie sich nach der Verwaltungsumstrukturierung nennt, in einigen Stadtteilen in Steuerungsrunden mit verschiedenen städtischen Ämtern einbezogen, deren übergeordnete Zielsetzung die koordinierte Entwicklung und Umsetzung von sozialräumlichen Stadterneuerungskonzepten ist. Sie hat aber auch selbst stadtteilbezogene Arbeitskreise unter Beteiligung der Wohnungswirtschaft, örtlicher Träger sowie städtischer Dienste mit dem Ziel der Wohnraumbelegungssteuerung ins Leben gerufen, in denen sie eine tragende Rolle einnimmt.

Um seitens der Modellprojekte die Handlungsfelder zur Entwicklung eines sozialen Ausgleichs effektiv zu bearbeiten, wäre der Aufbau von Kooperationsbeziehungen zu einem städtischen Amt bzw. der Fachstelle Wohnen, die einen sozialräumlichen Arbeitsansatz verfolgt

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

und in der Lage ist, Ressourcen der Stadtverwaltung zu poolen, ein folgerichtiger Schritt gewesen. Gemeinsam mit allen erforderlichen Akteuren und einem größeren und geeigneten Pool an Ressourcen (gemeint sind Ressourcen in Form von Personal, Zeiteinsatz, Kontakten, Handlungsinstrumenten, Finanzmitteln usw.) hätten Handlungsstrategien zur Stadtteilprävention zu entworfen und umgesetzt werden können.

Allerdings – und dies wurde bereits im Kap. 5.1.1 ausgeführt – wäre für eine mit einem zentralen Fachamt oder einer Fachstelle gemeinsame Arbeit in der Stadtteilprävention deren frühzeitige Einbindung bereits bei der Konzeption der Modellprojekte und deren Zielsetzungen notwendig gewesen, um die spezifischen Interessen der Verwaltung in diesem Aufgabengebiet zu berücksichtigen. Denn tatsächlich werden die bei der Fachstelle Wohnen vorhandenen knappen Ressourcen auf andere Kölner Stadtteile konzentriert.

So bestehen aufgrund der geringen Anzahl von Belegungsrechtswohnungen weder im Untersuchungsgebiet Stammheim noch in Bilderstöckchen von der Fachstelle Wohnen initiierte Arbeitskreise zur Belegungssteuerung. Es existiert zu den beiden Stadtteilen auch keine andere ämterübergreifende Steuerungsrunde, so dass die Modellprojekte darauf verwiesen waren, Einzelkontakte zu den relevanten Ämtern ihrer Tätigkeitsfelder aufzubauen. So wurden zahlreiche Kontakte zu einzelnen zentralen Fachämtern aufgebaut, so zum Beispiel zum Amt für Kinderinteressen im Rahmen von Spielplatzgestaltungen oder zum Grünflächenamt im Rahmen der Frage des Grünschnitts zur Erhöhung der subjektiv empfundenen Sicherheit der Stadtteilbewohner im öffentlichen Raum usw. Diese Kontakte waren jedoch informell, auf konkrete Fragestellungen und ausschließlich auf die Sachbearbeiterebene in der Verwaltung bezogen. Die für eine perspektivische Stadtteilarbeit notwendige Zusammenarbeit mit der Leitungsebene der relevanten Ämter kam kaum zustande. Zwar wurde zu Projektbeginn seitens der Modellprojekte und auch durch die Leitungsebene der Projektträger versucht, Kontakt zu der Leitungsebene der Ämter aufzunehmen. Auf diese Kontaktgesuche wurde jedoch lediglich mit dem Hinweis reagiert,

dass zu konkreten Fragestellungen – also fallbezogen - immer mit der jeweiligen Sachbearbeiterebene zusammengearbeitet werden könne.

Konkrete Möglichkeiten, nach der Verwaltungsumstrukturierung die Fachstelle Wohnen in die Stadtteilarbeit der Modellprojekte einzubeziehen, wurden von den Modellprojekten kaum gesehen:

- Zum einen wurde das Themenfeld der Wohnungsnotfallprävention im Stadtteil nicht als vergleichsweise wichtiges Themenfeld betrachtet und daher gar nicht bearbeitet.
- Zum anderen neigte sich auch die Projektlaufzeit dem Ende entgegen.

Der beschränkte Kontakt zwischen Modellprojekten und den zentralen Fachämtern führte dazu, dass

- die Arbeit der Stadtteilprävention sich notgedrungen auf diejenigen Handlungsfelder konzentrierte, in denen die Modellprojekte und ihre Kooperationspartner eigene Gestaltungsspielräume auf der Stadtteilebene besaßen,
- aus der Sicht der Projekte relevante Handlungsfelder wie etwa die Steuerung der Miethöhe durch die Ausgleichsabgabe, der Abbau räumlicher Disparitäten, eine sensible Belegungssteuerung im Sozialen Wohnungsbestand und ähnliche Handlungsfelder in der übergeordneten Zielsetzung des Entgegenwirkens fortschreitender sozialräumlicher Segregation nicht bearbeitet wurden.

5.3.3 *Einbindung in die Strukturen der Projektträger/der Verbände*

5.3.3.1 *Trägerinterne Einbindung*

Die beiden Modellprojekte wiesen im Hinblick auf ihre Einbindung in Trägerstrukturen einige Besonderheiten auf: Zum einen zeichnete für das Modellprojekt in Stammheim eine Trägergemeinschaft zwischen dem Caritasverband der Stadt Köln e.V. (CV) und dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Köln (SkF) verantwortlich, wobei jeweils eine Institution auch eine

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Personalstelle in dem Projekt bereitstellte und für den jeweiligen Projektmitarbeiter dienstrechtlich verantwortlich war. Das Modellprojekt in Bilderstöckchen war dagegen nur einem Träger, dem Sozialdienst katholischer Männer e.V. Köln (SkM), angegliedert.

Zum anderen waren die drei Projektträger unter dem Dachverband Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. (DiCV) organisiert, der im Rahmen der Modellprojekte mehrere Funktionen erfüllte. Er war

- der Ideengeber bei der Projektgenerierung, d.h. von ihm gingen die Impulse für die Konzeptionierung der wesentlichen Eckpunkte der Projekte aus,
- der Hauptinitiator für die Modellprojekte, indem er personelle Ressourcen für die zukünftige Projektarbeit bereitstellte, die Auswahl der beiden Stadtteile anleitete und für die Ansprache und Auswahl der künftigen Projektträger zuständig war,
- ein wichtiger Akteur in der laufenden Projektarbeit, indem er die Funktion der modellprojekt- und trägerübergreifenden Steuerung der Projektarbeit im Hinblick auf die übergeordneten Projektziele übernahm.

Beim SkF war das Projekt in Stammheim in der Abteilung Nichtsesshaftenhilfe/Offene Hilfen angesiedelt, um Synergien in der Verknüpfung zweier Hilfeangebote für Stadtteilbewohner zu realisieren. Beim CV war das Projekt der Stabsabteilung „Caritas und Gemeinde“ zugeordnet, damit durch das Projekt Kenntnisse und Erfahrungen in der Stadtteilarbeit in den Verband rückgekoppelt und eine aktuelle Fragestellung des Verbandes, inwieweit und in welcher Form der Verband im Gemeindegewesen Stadtteilarbeit leisten kann und soll, näher beantwortet werden konnte.

Das Modellprojekt in Bilderstöckchen war an den Fachbereich „Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten“ angegliedert, der auch für die Jugendeinrichtung Luckys Haus zuständig war. Somit wurde auch hier über den Themenbezug

der Arbeit in sozialen Brennpunkten eine thematische Nähe zwischen dem Projektträger und der Projektarbeit anvisiert.

Für alle Projektträger war die Anbindung eines sowohl sozialraumorientierten als auch auf die Stadtteilprävention ausgerichteten Projektes Neuland. Es war eine Erprobung, inwiefern sich ein solcher Arbeitsansatz in die Trägerstrukturen einbinden lässt und Synergieeffekte für den Träger erzeugt, indem z.B. Impulse für die Neuorientierung der sozialen Arbeit in den Träger hineingetragen werden können. Dieser Umstand ist insbesondere bei der Bewertung der trägerinternen Einbindung zu berücksichtigen.

Die Modellprojekte wurden innerhalb der Trägerstrukturen als eigenständige Organisationseinheiten betrachtet, die aber mit anderen trägereigenen Abteilungen und Diensten vernetzt waren. In der Regel bezog sich die interne Vernetzung auf den Austausch von Informationen, auf die Definition von Schnittstellen in der Zusammenarbeit – z.B. bei der Weiterleitung von Stadtteilbewohnern mit einem Beratungs- und Hilfebedarf an die jeweils zuständigen Fachdienste der Projektträger – und auf die Festlegung von Abgrenzungen bei thematischen Schnittstellen zwischen Modellprojekt und anderen Abteilungen bzw. Diensten des Trägers.

Folgende Vorteile waren mit der gewählten Trägereinbindung verbunden:

- Die jeweilige trägerinterne Anbindung gewährleistete, dass ein gewisser inhaltlicher Bezug zwischen den Zielen und Aufgaben der Projektarbeit und den Themenfeldern der für die Projekte zuständigen Abteilungen innerhalb der Trägerorganisationen vorhanden war. Somit war eine strukturelle Voraussetzung für den fachlichen Austausch und den Wissenstransfer zwischen Modellprojekt und Trägerinstitution geschaffen worden.
- Es wurde nicht nur ein Pool an fachlichen, sondern auch an personellen und materiellen Ressourcen gebildet, der die Projektarbeit finanzierte und im Einzelfall auch personell unterstützte (z.B. durch Einbeziehung einer

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Personalkraft des Trägers bei der Stabilisierung einer Selbsthilfegruppe).

- Es wurde eine vergleichsweise große Lobby für die Umsetzung der Projektziele gebildet, die ihre politischen Einflussmöglichkeiten nutzen konnte, um auf die Rahmenbedingungen der Projektarbeit gestaltend Einfluss zu nehmen (Bsp: Unterstützung beim Thema Erhöhung der Ausgleichsabgabe, Kontaktaufnahme zur Kommunalverwaltung).

Allerdings birgt die Trägerkonstruktion auch die Gefahr von Hemmnissen in der Projektarbeit:

- Die Anbindung an Projektträger, die eine spezifische Zielgruppenausrichtung verfolgen wie etwa der SkF mit seinen frauenspezifischen Arbeitsansätzen, sowie die Zuordnung der Projekte zu Abteilungen, die eine starke klientenorientierte, eher einzelfallorientierte soziale Arbeit favorisieren, birgt die Gefahr von Reibungsverlusten durch Zielkonflikte. Sie können dadurch entstehen, dass seitens des Projektträgers auch innerhalb der Modellprojektarbeit eine Ausrichtung auf zielgruppenspezifische oder einzelfallorientierte Arbeitsansätze erwartet wird. Zielkonflikte entstehen dann, wenn diese spezifischen Arbeitsansätze entsprechend der Philosophie des Projektträgers einen relativ breiten Raum in der Projektarbeit einnehmen sollen und dabei andere notwendige Handlungsfelder in der Arbeit gegen soziale Entmischung – etwa die für die Sensibilisierung und Aktivierung von Akteuren notwendige Strukturarbeit – vernachlässigt werden.
- Generell besteht eine Gefahr darin, dass die Verbände, an die die Modellprojekte angegliedert waren, verbandsspezifische Erwartungen an das jeweilige Modellprojekt knüpfen, die auf die Erwartung einer erfolgreichen Arbeit gegen soziale Entmischung „draufgesattelt“ werden und von den Mitarbeitern der Modellprojekte mühsam in die Stadtteilarbeit integriert werden müssen.

- Weiterhin stellt sich auch die Notwendigkeit, die „Idee“ des Modellprojektes (der sozialräumliche bzw. Stadtteilpräventionsansatz) in die verschiedenen, relevanten Leitungs- und Ausführungsebenen des Projektträgers zu kommunizieren und unterschiedliche Interessenlagen zwischen den beteiligten Personen auszugleichen, damit die „Idee“ auch bei personellen Wechseln nicht verloren geht oder Interessenkonflikte neu aufbrechen. So hat es sowohl innerhalb des Caritasverbandes als auch auf der Leitungsebene des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) während der Projektlaufzeit Personalwechsel gegeben, die die verbandsinternen Erwartungen an die Projektarbeit veränderten.
- Diese Zielkonflikte führten bspw. dazu, dass sich der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) von einer Weiterführung „seines“ Modellprojektes über die Projektlaufzeit hinaus verabschiedete, geleitet von der Erkenntnis, dass sich die frauenspezifische Orientierung des Trägers mit einer Stadtteilorientierung nicht gut verbinden lässt.
- Zudem können durch die Arbeitsweise der Projekte, vorhandene Bedarfe, Bedürfnisse und Probleme von Stadtteilbewohnern unabhängig davon aufzugreifen, welche Bewohnergruppe diese Bedarfe äußert, Konkurrenzen zu anderen im Stadtteil angesiedelten Abteilungen und Diensten desselben Projektträgers auftreten, die ebenfalls für die Bewohnergruppen zuständig sind. Diese Konflikte gilt es, am besten im Vorfeld der Projektinitiierung oder im Rahmen der Projektsteuerung durch eine Aufgabenabgrenzung oder durch die Definition von Schnittstellen in der Zusammenarbeit zu minimieren. Kommen solche Vereinbarungen aufgrund fehlender Kooperationsbereitschaft jedoch nicht im notwendigen Maße zustande, wächst nicht nur die Konkurrenz zwischen den beiden Stadtteilakteuren, sondern auch die Gefahr, dass das Modellprojekt nicht dem Anspruch des Projektträgers entspricht, sich in die Trägerstruktur zu integrieren.

5.3.3.2 Steuerung und Koordination

Aufgrund der Anzahl von vier projektbeteiligten Verbänden, die als Projektträger (SkM, SkF, CV) oder übergeordnete Projektleitung (DiCV) fungierten, wurden zur Steuerung und Koordination der beiden Modellprojekte eine Reihe von verbandsinternen und –übergreifenden Austausch- und Unterstützungsformen wie auch fachliche Rückkopplungen auf den unterschiedlichen Entscheidungs- und Trägerebenen installiert:

- Die Initiierung und Konzeptionierung der beiden Modellprojekte sowie die übergeordnete Projektleitung oblag dem DiCV. Zur Projektleitung wurde vom DiCV für die Dauer der Projektarbeit ein Lenkungsgremium – die sog. Begleitgruppe - eingerichtet, das in der Regel alle 2 Monate tagte. Aufgabe der Begleitgruppe war es, „durch stetige Überprüfung des Zielerreichungsgrades für eine dauerhaft hohe Sensibilisierung aller für den Projekterfolg Verantwortlichen (...)“⁸⁸ zu sorgen und für die Erreichung der gesteckten Ziele der Modellprojekte im vorgegebenen 3-Jahres-Zeitraum Sorge zu tragen. Die Zielkontrolle war Grundlage für die Legitimation der verausgabten Finanzmittel für die Projekte. Sie wurde durch die Darstellung der Projektfortschritte und -hemmnisse durchgeführt. Der Fokus der Zielkontrolle richtete sich auf das Erreichen der übergeordneten Projektziele - bspw. die Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen in der Bevölkerung – und nicht so sehr auf die Maßnahmenebene und deren Umsetzung in der täglichen Projektarbeit. Die Begleitgruppe setzte sich zusammen aus:

Zwei Vertretern der Projektleitung beim DiCV, beide bei der Abteilung Gefährdetenhilfe angesiedelt,

Vertretern der Projektträger CV, SkM und SkF, die jeweils zugleich auch Dienstvorgesetzte der Projektmitarbeiter/innen waren,

und den insgesamt drei Projektmitarbeiter/innen.

- Das für die Projektarbeit entscheidungsrelevante Gremium in Stammheim war das sog. „Viererteam“. Zur kontinuierlichen Projektsteuerung im Modellprojekt Stammheim fanden alle 2 bis 4 Wochen Arbeitstreffen zwischen den Projektmitarbeiter/innen und den beiden verantwortlichen Projektträgern CV und SkF statt, in der die konkreten Inhalte der einzelnen Projekte und Vorhaben des Stadtteilbüros dargelegt und die Potenziale und Grenzen der Projektarbeit aus Sicht der Projektmitarbeiter/innen, aber vor allem aus Sicht der Projektträger, aufgezeigt wurden.
- Für einen der Projektmitarbeiter in Stammheim fanden zudem monatliche Gespräche mit dem zuständigen Abteilungsleiter statt, in dem die inhaltliche Arbeit des Mitarbeiters auch vor dem Hintergrund der spezifischen Fragestellung der Verknüpfung von Stadtteilarbeit und Gemeindefarbeit diskutiert und ihr Fortgang kontrolliert wurde, inhaltliche Schwerpunkte bestimmt wurden und die Rückkopplung der Projektarbeit in den Trägerverband erfolgte.
- Verpflichtend war auch die Teilnahme der Projektmitarbeiter/innen an den Abteilungskonferenzen der jeweiligen Träger mit dem Ziel des fachlichen und Informationsaustauschs, der Definition von Schnittstellen zum trägereigenen Hilfesystem und ggf. des Controllings der Projektarbeit im Hinblick auf die Leitlinien des jeweiligen Projektträgers.
- Zu bestimmten Themen fand je nach Bedarf (ca. 1-2 mal im Jahr) eine Abstimmung auf der Ebene der Direktion bzw. der Geschäftsführung der vier involvierten Verbände (DiCV, CV, SkM, SkF) statt. Diese Treffen wurden einberufen, wenn

⁸⁸ Die Formulierung wurde der Projektskizze des DiCV entnommen.

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Entscheidungen zu speziellen übergeordneten Themen, die beide Modellprojekte betrafen, gefällt werden sollten (Bsp.: Fortbestand der Projekte über die anvisierte Projektlaufzeit hinaus; politische Unterstützung der Projektarbeit beim Thema Freistellung der Sozialwohnungen im Stadtteil von der Ausgleichsabgabe)

oder seitens der Geschäftsführungsebene ein Kontakt zu höheren Stellen in der Kommunalverwaltung hergestellt werden sollte, um die Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung und Modellprojekten zu fördern (Bsp.: Herstellung eines ersten Kontaktes zur Zentralen Fachstelle der Kommunalverwaltung).

Vorteile der gewählten Steuerungs- und Koordinationsstrukturen:

- Die Anbindung an mehrere Verbände mit jeweils unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten (Gefährdetenhilfe, Caritas und Gemeinde, soziale Arbeit in sozialen Brennpunkten) und die entsprechend in die Projektsteuerung eingebauten fachlichen Rückkopplungen ermöglichten es den Modellprojekten, auf ein vielfältiges Know-how für ihre Projektarbeit zurückgreifen und es als inhaltlichen Input zur Weiterentwicklung ihres Selbstverständnisses und ihrer Arbeit nutzen zu können.

Nachteile der gewählten Steuerungs- und Koordinationsstrukturen:

- Es wurde ein hoher organisatorischer Aufwand in der Abstimmung zwischen den Projektbeteiligten erzeugt, um auf allen relevanten Entscheidungsebenen zu jedem notwendigen Zeitpunkt einen Konsens in den Projektzielsetzungen und den geeigneten Umsetzungsformen/-aktivitäten zu erzielen.
- Um sicherzustellen, dass in der laufenden Steuerung der Projektarbeit stets eine Rückbindung an gemeinsam formulierte Zielsetzungen und Umsetzungsformen/-aktivitäten erfolgte und auch bei personellen Wechseln

auf der Träger- bzw. Leitungsebene die inhaltliche Kontinuität in der Projektsteuerung gewahrt bleibt, bedurfte es eines klaren Handlungsauftrages mit entsprechend konkret benannten Zielvorgaben und Umsetzungsformen für die Modellprojekte.

Folgende Optimierungspotenziale in der Modellprojektsteuerung und -koordination wurden innerhalb der Projektarbeit deutlich:

- Die vom DiCV bewusst mit Handlungsspielraum für die Ausgestaltung der Projektarbeit versehene Projektkonzeption bot für die Projektmitarbeiter/innen keine ausreichend konkrete Handlungsorientierung für ihre Präventionsarbeit. So bestanden unterschiedliche Interessen und Ideen in den beteiligten Verbänden hinsichtlich der Projekte, die nicht miteinander abgeglichen wurden. Zahlreiche Fragen zur Ausrichtung der Projektarbeit blieben zumindest für ein Modellprojekt lange Zeit ungeklärt. Durch die unterschiedliche Interpretation des Projektauftrages entstanden Zielkonflikte, die sich dann auf der Steuerungsebene zwischen Projektmitarbeiter/in und zuständigem Träger, aber auch zwischen Modellprojekt und übergeordneter Projektleitung niederschlugen.⁸⁹ Hier wäre ein entsprechend konkreter Handlungsauftrag an die Projekte, der zu folgenden The-

⁸⁹ Beispielsweise stellte sich in einem Projekt die Frage nach dem Rollenverständnis des Projektmitarbeiters: Soll er nur vorhandene Anliegen im Stadtteil aufnehmen oder sich auch als „Macher/Agitator“ einbringen. So ist die Initiative zur Ausgleichsabgabe eingeschlafen, weil der Projektmitarbeiter vom Projektträger keinen eindeutigen Auftrag erhielt, die Rolle des Agitatoren einzunehmen. Grund dafür ist, dass die Konzeption des Projektträgers stärker auf konkrete Hilfen für benachteiligte Bewohner ausgerichtet war. So standen zwei unterschiedliche Standpunkte gegenüber: aktiv das Themenfeld Belegungssteuerung besetzen oder konkrete Angebote für benachteiligte Gruppen im Quartier unterbreiten. Die Entscheidung über die Umsetzungsstrategien der Projektzielsetzung wurde unter dem Gesichtspunkt begrenzter Personalkapazitäten zugunsten der Angebote für benachteiligte Bewohner vom Projektträger gefällt.

men entsprechend Stellung nimmt, oder – alternativ - eine stärkere Projektsteuerung durch die Begleitgruppe notwendig gewesen:

Welche Handlungsfelder sollen mit welcher Priorität besetzt werden? Ist z.B. die Unterstützung einer Bewohnerinitiative gegen die Erhöhung der Ausgleichsabgabe ein relevantes Handlungsfeld, das ggf. auch einen entsprechend hohen Personaleinsatz des Projektmitarbeiters rechtfertigt?

Welche Zielgruppen sollen angesprochen werden? Sind es vorrangig die benachteiligten Stadtteilbewohner oder sind auch Anliegen von gut situierten Bewohnern zu unterstützen, sofern eine Nähe zur Stadtteilprävention ausgemacht werden kann?

Welche Rolle soll der Projektmitarbeiter einnehmen? Soll er nur vorhandene Anliegen im Stadtteil aufnehmen oder sich auch als treibende Kraft in der Forcierung von Themen und Initiativen einbringen?

Welche Arbeitsweise wird zu Grunde gelegt? Wird – wie im Projekt Stammheim – eine integrative, ressourcenorientierte Arbeitsweise angestrebt oder stellt das Modellprojekt z.B. Gruppenangebote selbst bereit?

Welche weiteren Zielvereinbarungen sind zu treffen, an denen sich die Arbeit der Modellprojekte messen lassen muss?

- Optimierungspotenziale bestanden aus Sicht der Modellprojekte auch in einer stärkeren Projektsteuerung durch die Begleitgruppe. Grundlage hierfür wäre zunächst eine von allen beteiligten Personen getragene Reflexion der Projektarbeit und eine darauf aufbauende offene, kreative Diskussion zu folgenden Themen gewesen: welcher Handlungsbedarf besteht aufgrund der vorgefundenen Problemlagen im Quartier, wo sind Möglichkeiten, aber auch Grenzen der von den Projekten umgesetzten Arbeitsansätze und Einzelaktivitäten im Handlungsfeld „gegen soziale Entmischung“, auf welche Ziele und Aktivitäten sollen sich die Projekte mittel- bis lang-

fristig konzentrieren usw. In diesem Sinne hätte nicht nur der Beratungsbedarf der Projektmitarbeiter/innen abgedeckt werden können, sondern es hätte auch die Möglichkeit bestanden, in der laufenden Projektarbeit die Lücken, die die Projektkonzeption des DiCV bewusst offen gelassen hat, in einem Konsens der Projektbeteiligten zu füllen.

- Es war zu Projektbeginn nicht festgelegt worden, welche Leitungsebene in welchem beteiligten Träger welche Entscheidungsbezugnis im Hinblick auf die Ausrichtung der Projektziele und deren -umsetzung hatte. Dementsprechende Festlegungen zu Projektbeginn hätten zu einer zielgerichteteren Projektsteuerung und zu einer klareren Handlungsvorgabe für die Projektarbeit beigetragen.
- In einigen Handlungsfeldern der Stadtteilprävention, bspw. im Bereich der Belegungssteuerung, wäre aus Sicht der Projektmitarbeiter/innen eine Einflussnahme auf die Kommunalverwaltung und -politik notwendig gewesen, um zumindest ansatzweise die von Verwaltung und Politik gestalteten Rahmenbedingungen für eine Stadtteilprävention zu verbessern. Hierzu wäre eine klare Aussage der projektbeteiligten Verbände hilfreich gewesen, inwieweit die Verbände eine politisch motivierte Projektarbeit unterstützen würden – sei es, indem die Projektmitarbeiter/innen eine aktive Rolle in den Stadtteilinitiativen zur Ausgleichsabgabe einnehmen, sei es, indem sie auf direktem Wege ihre Einflussmöglichkeiten als Lobby geltend machen.

5.4 Ressourceneinsatz

Im Folgenden wird den Fragen nachgegangen, wie die zeitlichen Ressourcen der Projektmitarbeiter/innen in der Projektarbeit eingesetzt wurden und welche Kosten bei der Durchführung der Modellprojekte anfielen.

5.4.1 *Beispielhafte Kostenstruktur der Modellprojekte*

Die nachfolgend dargestellten Gesamtkosten eines Projektes der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention setzen sich aus Sach-, Investitions- und Personalkosten sowie Verwaltungskosten des Trägers zusammen. Die Personalkosten beziehen sich auf zwei vollzeitbeschäftigte ProjektmitarbeiterInnen. Die Gesamtkosten als auch die aufgeführten Einzelpositionen wurden als durchschnittliche Kosten für ein Geschäftsjahr auf der Basis der Erfahrungswerte der vom DiCV durchgeführten Modellprojekte ermittelt.

Die Personalkosten stellen mit durchschnittlich 100.000 Euro jährlich und 78% der Projektgesamtkosten den Hauptkostenfaktor dar. Dabei entfallen 98% der Personalkosten auf die hauptamtlichen Projektmitarbeiter/innen.

Ein zweiter wichtiger Kostenbereich sind die Sachkosten, die mit durchschnittlich 11% oder

14.000 Euro zu Buche schlagen. Hier nehmen die Miet- und Mietnebenkosten mit 43% den größten Anteil ein. Der zweitgrößte Anteil der Sachkosten entfällt auf den Bereich Veranstaltungen/Bewirtung/Repräsentation mit 25%.

Einen ähnlich hohen Kostenfaktor stellen die Verwaltungskosten, die beim Träger mit 10% oder 13.300 Euro anfallen, dar. Darin enthalten sind die Personalkosten für die Verwaltung sowie die Kosten für die Projektsteuerung.

Die Investitionskosten bilden mit nur 2% der Gesamtkosten einen eher zu vernachlässigenden Anteil.

Auf der Seite der Einnahmen können erfahrungsgemäß kleinere Summen als Spenden eingeworben werden, zudem können durch die Erhebung von Teilnehmerbeiträgen zu ausgewählten Veranstaltungen, die vom Projekt durchgeführt werden (z.B. Informationsabende mit Fachvortrag für Stadtteilbewohner/innen) kleinere Summen als Einnahmen erzielt werden.

Abbildung 37 Beispielhafte Kostenstruktur eines Projektes der freien Wohlfahrtspflege

Kostenart	Durchschnittliche Kosten p.a. in EUR	Anteil an Gesamtkosten	Anteile der einzelnen Positionen
Sachkosten, darunter:	14.000	11%	
Raummiete / Mietnebenkosten	6.000		43%
Öffentlichkeitsarbeit / Druck	1.500		10%
Telefongebühren / Portokosten	1.000		7%
Veranstaltungen/ Bewirtung/ Repräsentation	3.500		25%
Bürobedarf / Verbrauchsmittel / Sonstiges	2.000		14%
Investitionskosten, darunter:	2.500	2%	
Abschreibung auf Anlagen	1.000		40%
Büroeinrichtung	500		20%
Sonstiges	1.000		40%
Personalkosten, darunter:	102.500	78%	
ProjektmitarbeiterInnen	100.000		98%
sonstige Personalkosten	2.500		2%
Verwaltungskosten beim Träger	13.000	10%	
Projektsteuerung	4.000		31%
Personalkosten für Verwaltung	9.000		69%
Gesamtkosten	132.000	100%	

Anm.: Die Kosten beziehen sich auf ein Jahr, wobei die Investitionskosten einmalig zu Projektbeginn anfallen.
Quelle: Angaben des DiCV, eigene Berechnungen

5.4.2 Arbeitseinsatz und Zeitaufwand

Aus der Erfassung der in den Modellprojekten geleisteten Tätigkeiten (Tätigkeitserfassung) können Anhaltspunkte für den Einsatz der vorhandenen Ressourcen (= eine Vollzeitstelle) gewonnen werden. Ziel der von den Projekten durchgeführten Tätigkeitserfassung war es, innerhalb eines festgesetzten Beobachtungszeitraumes einen Überblick über den personellen Mitteleinsatz der Projekte zu erhalten. In Stammheim erfolgte die Dokumentation vom 01.-31.10.2002, in Bilderstöckchen vom 04.-29.11.2002. Auf Grund dieser kurzen Betrachtungszeiträume sind die vorliegenden Ergebnisse als Ausschnitt aus den Tätigkeiten der Projekte zu betrachten.

Das Nachbarschaftsprojekt „Luckys Haus“ in Bilderstöckchen beschäftigte mehrere Personalkräfte mit einer geringen Stundenzahl pro Woche, insgesamt wurden 261 Arbeitsstunden dokumentiert. In Stammheim arbeiten zwei Vollzeitkräfte im Stadtteilbüro, zusätzlich waren zwei Honorarkräfte für Mieterberatung und Migranten-sprachkurse zuständig. Diese werden im Folgenden nicht weiter mit aufgeführt. Für die Vollzeitkräfte wurden 301 Arbeitsstunden erfasst. Während des Erfassungszeitraumes hatte ein/e Mitarbeiter/in eine Woche (5 Tage) Urlaub. Die fehlenden Arbeitsstunden wurden anteilig den Tätigkeiten zugerechnet, die der/die Mitarbeiter/in fünf Tage vor bzw. fünf Tage nach den Urlaubstagen nachgegangen ist.

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

Festgehalten wurde dabei der Arbeitsaufwand, der zur Erreichung der vorgegebenen Projektziele benötigt wurde. Um eine Vergleichbarkeit der Projekte herzustellen, die unterschiedlich operationalisierte Ziele verfolgen, wurde die Arbeitszeit den für beide Projekte identischen

Handlungsebenen „Einzelfallorientierte Arbeit“, „Vernetzung auf Bewohnerebene“ und „Vernetzung auf institutioneller Ebene“ zugeordnet (vgl. Kap. 5.1.2.1 sowie 1.1.1.1).

Abbildung 38 Aufgewendete Arbeitszeit in den verschiedenen Handlungsebenen der Projekte

Handlungsebene	Bilderstöckchen	Stammheim
Einzelfallorientierte Arbeit	37%	26%
Vernetzung auf Bewohnerebene	54%	35%
Vernetzung auf institutioneller Ebene	12%	39%
Gesamt	100%	100%

Quelle: Dokumentationssystem, eigene Darstellung

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, führten die verschiedenen Arbeitsansätze der Projekte zu unterschiedlichen Schwerpunkten in den drei Handlungsebenen. In Bilderstöckchen liegt das Hauptgewicht eindeutig auf der „Vernetzung auf Bewohnerebene“ (54%), gefolgt von „einzelfallorientierter Arbeit“ mit 37%, während auf die „Vernetzung auf institutioneller Ebene“ nur knapp 12% der in den Handlungsebenen aufgewendeten Arbeitszeit entfallen. Hierin verdeutlicht sich das Selbstverständnis des Projektes, die Schwerpunkte in der Präventionsarbeit zum einen auf die eher einzelfallorientierte, klassische Sozialarbeit und zum anderen auf die Bündelung spezifischer Bewohnerinteressen zu Initiativen und deren Unterstützung zu setzen.

Im Stammheimer Modellprojekt lag dagegen der Schwerpunkt mit knapp 40% auf der Vernetzung auf institutioneller Ebene, gefolgt von der „Vernetzung auf Bewohnerebene“ (35%) und „einzelfallorientierter Arbeit“ (26%). In dieser Verteilung spiegelt sich folgerichtig der in Stammheim gewählte Arbeitsansatz wider, vor-

rangig durch die Förderung von Vernetzung der lokalen Akteure eine stärkere Bündelung der im Stadtteil vorhandenen Ressourcen für eine Stadtteilprävention beizutragen, parallel als Multiplikator für spezifische Bewohnerinteressen und –initiativen zu fungieren und erst nachrangig, quasi subsidiär, Angebote der klassischen, einzelfallorientierten Sozialarbeit zu unterbreiten.

Vergleichend betrachtet werden die verschiedenen Handlungsebenen in Stammheim gleichmäßiger abgedeckt, während in Bilderstöckchen eine Ebene deutlich dominiert. Diese Aussagen müssen jedoch evtl. dadurch eingeschränkt werden, dass in Stammheim nur knapp drei Viertel aller zeitlich erfassten Tätigkeiten den Handlungsebenen zugeordnet werden konnte.

Neben der dargestellten inhaltlichen Arbeit in den drei Handlungsebenen gehörte zu den Aufgaben der Projekte die interne Projektorganisation und Verwaltung, die Öffentlichkeits- und die Lobbyarbeit

Abbildung 39 Aufgewendete Arbeitszeit der Projekte in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen

Tätigkeitsbereiche	Bilderstöckchen	Stammheim
Inhaltliche Arbeit in den drei Handlungsebenen	60%	72%
Andere Tätigkeiten, davon für:	40%	28%
✓ Interne Organisation und Verwaltung	28%	21%
✓ Öffentlichkeitsarbeit	12%	4%
✓ Lobbyarbeit	0%	2%
Gesamt	100%	100%

Quelle: Dokumentationssystem, eigene Darstellung

Betrachtet man die Verteilung der gesamten aufgebrauchten Arbeitszeit in den beiden Projekten, so fällt auf, dass der Anteil an der Gesamtarbeitszeit, der für die inhaltliche Arbeit in den drei Handlungsebenen aufgewendet wurde, in Bilderstöckchen nur bei 60%, in Stammheim dagegen bei 72% liegt. Dies liegt darin begründet, dass im Gegensatz zu Stammheim in Bilderstöckchen mehr Arbeitsanteile für die interne Organisation und Verwaltung sowie für die Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet wurde. Die Ursachen hierfür lassen sich jedoch nur vermuten: Der höhere Aufwand für interne Organisation und Verwaltung lässt sich eventuell aus der höheren Anzahl der im Projekt eingesetzten Arbeitskräfte zurückführen, deren Tätigkeit es zu planen und zu koordinieren galt. Der vermehrte Zeitaufwand für die Öffentlichkeitsarbeit ist u.U. in der höheren Anzahl von eigenen Angeboten und Aktivitäten für Bewohner, für die Werbung betrieben werden musste, begründet.

Gleichwohl zeigt sich in der Verteilung der Arbeitszeit, dass im Stammheimer Modellprojekt ein größerer Anteil der verfügbaren zeitlichen Ressourcen auf die Verfolgung der inhaltlichen

Ziele aufgewendet wurde, somit das Projekt eine höhere Effektivität aufwies.

5.5 Effekte der Modellprojekte in der Stadtteilprävention

Nachdem in den vorgehenden Abschnitten die interne, d.h. auf die individuellen (aus dem Oberziel „Gegen soziale Entmischung“ abgeleiteten) Zielsetzungen bezogene Effektivität der Modellprojekte beschrieben wurde, wird die Ebene der einzelnen Projektzielsetzungen an dieser Stelle verlassen. Der Fokus wird nun auf die externe Effektivität gerichtet, d.h. der Beitrag der Projekte zur Stadtteilprävention wird analysiert.

Für diesen Perspektivenwechsel müssen die Aktivitäten der Projekte den in Kap. 3.4 definierten Handlungsfeldern von Stadtteilprävention zugeordnet werden. Eine eindimensionale Zuordnung der jeweiligen Projektziele zu den übergeordneten Handlungsfeldern ist aufgrund vielfältiger Überschneidungen jedoch nicht möglich. Die Effekte der Projekte werden daher nicht einzeln für die Handlungsfelder, sondern jeweils zusammengefasst für die drei definierten Zielsetzungen beschrieben.

Abbildung 40 Zielsetzungen von Stadtteilprävention

- ✓ Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation
- ✓ Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner/innen benachteiligter Stadtquartiere
- ✓ Schaffung geeigneter Voraussetzungen für ein zielgerichtetes Handeln der relevanten Akteure

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 41 Von den Modellprojekten bearbeitete Handlungsfelder der Stadtteilprävention

Von den Modellprojekten bearbeitete Handlungsfelder der Stadtteilprävention		
	Bilderstöckchen	Stammheim
➔ Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation		
• Erhalt und Ausweitung des Angebotes an preiswerten Wohnungen im Stadtgebiet		
• Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte aus benachteiligten Gebieten	✓	✓
• Verhinderung der konzentrierten Zuweisung von benachteiligten Haushalten in sozialräumlich segregierte Stadtteile		✓
• Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadtteilen	✓	✓
➔ Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen von BewohnerInnen		
• Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner	✓	✓
• Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung	✓	✓
• Förderung der Partizipation und des kulturellen Lebens	✓	✓
• Verbesserung der Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention	✓	✓
➔ Schaffung geeigneter Voraussetzungen für ein zielgerichtetes Handeln		
• Abbau räumlicher Disparitäten	✓	✓
• Aktivierung der relevanten Akteure	✓	✓

InWIS F&B 2004 

Beide Modellprojekte haben – zumindest jeweils auf einzelne Handlungsfelder bezogen – alle Zielsetzungen bearbeitet, die unmittelbar im Stadtteil ansetzen. Das Arbeitsfeld „Erhalt und Ausweitung des Angebotes an preiswerten Woh-

nungen im Stadtgebiet“ erfordert einen gesamtstädtischen Arbeitsansatz und wurde daher aus den Stadtteilprojekten heraus nicht angegangen.

5.5.1 Effekte im Zielbereich „Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation“

Ein wichtiges Handlungsfeld in diesem Zielbereich ist die „Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer Haushalte“. Beide Projekte haben diesbezüglich die Thematik der Ausgleichsabgabe aufgegriffen und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Nachhaltige Effekte ging in diesem Bereich aber von keinem der beiden Projekte aus: In Bilderstöckchen wurde der Versuch, eine Bewohnerinitiative zu gründen, aufgrund der unklaren Rolle des Projektes eingestellt und in Stammheim scheiterten Bemühungen, den Arbeitskreis Soziales zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bewegen und darüber in einen Dialog mit der Kommunalverwaltung zu treten.

Effekte in diesem Handlungsfeld konnte das Stammheimer Projekt aber aufgrund seiner Anerkennung bei Bewohner/innen und lokalen Akteuren als neutraler Informationsvermittler hinsichtlich des Stadtteilimages erzielen: Als Jugendbanden in Stammheim Süd ihre Streitigkeiten austragen, konnte das Projekt in Kooperation mit der Polizei erfolgreich in die Stadtteilöffentlichkeit vermitteln, dass die Jugendbanden nicht aus dem Stadtteil, sondern von außerhalb kamen. Eine weitere Stigmatisierung des Quartiers Stammheim-Süd konnte so vermieden werden.

In Stammheim wurde auch das Handlungsfeld „Verhinderung der konzentrierten Zuweisung benachteiligter Haushalte“ angegangen. Anlass war die als schwierig angesehene Zusammensetzung der Bewohnerschaft in Stammheim-Süd. Das Projekt hat daher die aus seiner Sicht relevanten Akteure – die GAG als größte Wohnungsvermieterin vor Ort und die Kommunalverwaltung – angesprochen, um gemeinsam das Thema der Belegung der Wohnungen bzw. der Möglichkeiten, diese zu beeinflussen, zu diskutieren. Da in Stammheim-Süd jedoch keine Belegrechtswohnungen vorhanden sind, hat die Kommune hier keinen direkten Einfluss und ihre Handlungsmöglichkeiten sind begrenzt. Auf Seiten der GAG gelang es dem Projekt nicht, die relevanten Stellen für das Thema zu interessie-

ren. Da die Beteiligten keinen Handlungsbedarf bzw. keine Handlungsmöglichkeiten gesehen haben, kam ein Dialog zu diesem Thema nicht zustande. Dem Projekt ist es ebenfalls nicht gelungen, das Thema im Arbeitskreis Soziales zu etablieren. Effekte konnten daher in diesem Handlungsfeld nicht erreicht werden.

Beide Modellprojekte haben zum „Abbau räumlicher Disparitäten“ gearbeitet. Das Projekt in Bilderstöckchen hat durch seine Angebote im Bereich der Freizeitgestaltung (z.B. Tagesfahrten, Frauen-Kunst-Gruppe) und der sozialen Angebote (Krabbelgruppen) zu einer Verbesserung der Angebotssituation im Stadtteil beigetragen. Insbesondere die Angebote für Jugendliche (Basketball um Mitternacht, Hip-Hop-Projekt) wurden sehr gut angenommen und werden auch von den befragten Akteuren im Stadtteil als hoch wirksam eingestuft. Allerdings sind dies auch Projekte, die zwar mit den Ressourcen des Nachbarschaftsprojektes durchgeführt wurden, aufgrund der Inhalte aber eher den originären Aufgaben von Luckys Haus als Jugendeinrichtung zuzuordnen sind.

Die Angebote des Nachbarschaftsprojektes werden insgesamt überwiegend von der „klassischen“ Klientel sozialer Arbeit genutzt und sind daher in ihrer Wirkung auf die eher benachteiligten Bewohner/innen des Stadtteils begrenzt. Um einer fortschreitenden Segregation entgegenzuwirken, muss der Abbau räumlicher Disparitäten aber andere Ziele verfolgen: es geht darum, den Stadtteil gegenüber anderen Stadtteilen auch für diejenigen Bewohner/innen attraktiver zu machen, deren Wegzug man verhindern möchte. Es geht also in der Regel um einkommensstärkere und statushöhere Haushalte. In dieser Perspektive konnte das Nachbarschaftsprojekt mit seinen Angeboten keine Effekte im Sinne der Zielsetzungen der Stadtteilprävention erreichen.

Einen etwas anderen Ansatz hat das Modellprojekt in Stammheim gewählt. Der Schwerpunkt des Projektes lag hier bei der Initiierung und Unterstützung des Spielplatzinitiative, die die Instandsetzung eines öffentlichen Spielplatzes im Bereich Stammheim-Süd erreichen konnten. Andere Aktivitäten, die zur Verbesserung der Infrastruktur beitrugen, war etwa die Erstellung

eines Sozialkompasses. Dieser enthält alle Ansprechpartner und Adressen von Trägern sozialer und kultureller Angebote im Stadtteil und erleichtert den Bewohner/innen somit den Zugang zu diesen Angeboten. Damit sind zwei Beispiele, für Handlungsmöglichkeiten des Projektes in einem Arbeitsfeld genannt, das im Wesentlichen durch die Kommune, Träger sozialer Einrichtungen und ggf. noch Wohnungsunternehmen wie die GAG mit größeren zusammenhängenden Wohnungsbeständen und ihre finanziellen Möglichkeiten bestimmt ist: die Verknüpfung und Koordination bestehender sozialer Angebote sowie die Verbesserung der materiellen Infrastruktur in kleinsten Schritten.

Beide Projekte haben im Zielbereich „Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation“ nur wenige Effekte erzielen können. Die Handlungsfelder liegen im Wesentlichen auf kommunaler bzw. gesamtstädtischer Ebene. Der Einfluss von stadtteilbezogenen Projekten der freien Wohlfahrtspflege ist sehr begrenzt. Handlungspotenziale von stadtteilbezogenen Projekten der Wohlfahrtspflege finden sich in den Bereichen „Abbau räumlicher Disparitäten“ und „Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte“.

Ansatzpunkte zum Abbau räumlicher Disparitäten liegen vor allem in der besseren Abstimmung bestehender und der Initiierung und Unterstützung neuer Angebote im sozialen und kulturellen Bereich (z.B. Beratungs-, Bildungsangebote). Defizite in der übrigen Infrastruktur hängen in der Regel von Investitionen der öffentlichen Hand (z.B. Ausstattung mit Schulen) oder privater Akteure (z.B. Wohnungsbestand) ab. Einflussmöglichkeiten von Projekten der Wohlfahrtspflege sind hier eher begrenzt.

Alle Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Stadtteils tragen dazu bei, Anreize für den Wegzug von Haushalten abzubauen. Die Einflussmöglichkeiten stadtteilorientierter Projekte der Wohlfahrtspflege sind im Wesentlichen auf soziale Aspekte (Nachbarschaft, soziale und kulturelle Angebote) beschränkt, ihre Potenziale zur Verbesserung der Infrastrukturausstattung oder der Umweltqualität sind begrenzt.

Die Handlungspotenziale von Projekten der Wohlfahrtspflege begrenzen sich in diesem Zielbereich somit im Wesentlichen darauf, Defizite zu thematisieren und Forderungen nach sowie Initiativen zur Verbesserung der Situation zu unterstützen. Effekte zur tatsächlichen Verbesserung der Situation hängen aber von anderen Akteuren ab.

5.5.2 Effekte im Zielbereich „Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner/innen benachteiligter Stadtquartiere“

Dieser Zielbereich setzt bei den Stadtteilbewohner/innen selbst an. Entsprechend seiner Angliederung an eine Einrichtung der sozialen Arbeit lag in diesem Bereich auch der Schwerpunkt des Modellprojektes in Bilderstöckchen. Die meisten seiner Ziele und Maßnahmen können diesem Bereich zugeordnet werden. So wurden z.B. Essenslieferungen für benachteiligte Familien, Alphabetisierungskurse und Mutter-Kind-Gruppen zur Verbesserung der ökonomisch/materiellen bzw. sozialen Lage der Quartiersbewohner/innen angeboten. Aufgrund der engen Verknüpfung des Modellprojektes mit der Jugendeinrichtung Luckys Haus, die einen schlechten Ruf und daraus resultierend nur eine geringe Akzeptanz im Stadtteil hat, ist aber auch der Einzugsbereich des Modellprojektes und seiner Angebote stark begrenzt.

Das Projekt in Stammheim hat mit seiner Sozialberatung und Angeboten wie dem Sprachkurs für Migrantinnen einen ähnlichen Ansatz gewählt. All diesen Maßnahmen ist gemein, dass damit vorhandene Bedarfe aufgegriffen und Lücken im Hilfesystem des Stadtteils geschlossen und somit positive Effekte erzielt wurden. Alle Maßnahmen können jedoch der „klassischen“ einzelfall- und zielgruppenbezogenen sozialen Arbeit zugerechnet werden und könnten entsprechend auch von anderen sozialen Trägern im Stadtteil übernommen werden. Sie bilden aber durch die Unterstützung und Stabilisierung der hilfeschuchenden Stadtteilbewohner/innen eine grundlegende Voraussetzung für weitergehende Arbeitsansätze zur Stadtteilprävention.

Hinsichtlich der ökonomischen Lage der Bewohner/innen sind die Möglichkeiten von Pro-

jekten der Wohlfahrtspflege generell begrenzt. Arbeitsansätze können auf den folgenden drei Ebenen liegen, von denen die Modellprojekte die ersten beiden bearbeitet haben:

- 1) Unterstützung der Bewohner/innen bei Beantragung von Transferleistungen
- 2) Qualifizierung der Bewohner/innen
- 3) Stärkung der lokalen Ökonomie im Stadtteil

Maßnahmen auf allen drei Ebenen sind aber immer nur „Vorarbeiten“, die die Basis für eine Verbesserung der ökonomischen Situation der Bewohner/innen bilden können. Gewünschte Wirkungen sind immer nur mittelbar erzielbar und daher in ihrem Umfang begrenzt. Der Erfolg der Maßnahmen ist in hohem Maße von der Arbeit anderer Akteure sowie von den gesamtstädtischen Rahmenbedingungen abhängig. So verbessert zwar ein Sprachkurs für Migrantinnen ihre Chancen aus Erwerbsarbeit, diese werden aber maßgeblich durch die allgemeine Situation am Arbeitsmarkt bestimmt.

Durch die Verknüpfung und Abstimmung bestehender, die Initiierung neuer Beratungsangebote oder einfach durch die bessere Information über das Angebot können Projekte zur Verbesserung der sozialen Lage der Bewohner/innen beitragen. Beiden Projekten es aber nicht gelungen, über die eigenen einzelfall- und zielgruppenspezifischen Angebote hinaus durch die Vernetzung und Aktivierung der lokalen Akteure eine Verbesserung des Angebots im Stadtteil zu erreichen. Bei eigenen Angeboten stoßen Projekte der Wohlfahrtspflege zudem vielfach an Grenzen bei dem Versuch, über die „klassischen Zielgruppen sozialer Arbeit“ hinaus auch andere Bewohnergruppen mit ihren Aktivitäten anzusprechen. Diese empfinden Angebote der Wohlfahrtspflege häufig als „nicht für sie gemacht“. Besonders schwierig wird es, wenn eine ursprünglich stark zielgruppenspezifisch ausgerichtete Einrichtung auf den Stadtteil erweitert werden soll.

Im Handlungsfeld „Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention“ bestehen Handlungspotenziale für Projekte generell zum einen in der Einzelfallberatung und zum anderen in einer Funktion als Schnittstelle zwischen Stadtteil als Sozialraum und zuständigen Akteu-

ren der kommunalen Verwaltung wie auch sozialer Einrichtungen. Das Stammheimer Projekt hat diesbezüglich seinen einzelfallorientierten Ansatz (professionelle Mieterberatung, Unterstützung bei Kontaktaufnahme mit anderen, zuständigen Hilfseinrichtungen) in Form von Informationsveranstaltungen durch einen sozialräumlichen Ansatz ergänzt. Eine weitergehende Kooperation mit der Wohnungswirtschaft und der Kommune zur Diskussion der Wohnungsbelegung und der Prävention von Wohnungsnotfällen kam jedoch nicht zustande. Hier könnten Projekte als Schnittstelle zum einen die Wohnraumversorgung zum Thema im Stadtteil machen und Informationen über Hilfeangebote bündeln und zum anderen konkrete Bedarfe im Stadtteil aufnehmen und an die entsprechenden Stellen weiterleiten. Auf Stadtteilprävention orientierte Projekte der Wohlfahrtspflege haben aufgrund ihrer Kenntnisse über den Sozialraum, seine Bewohner/innen und lokalen Akteure darüber hinaus das Potenzial, die zuständigen kommunalen Stellen bei der Sozialraumorientierung ihrer Arbeit bezüglich Prävention und Wohnungsnotfallproblematik unterstützen. Die Chancen einer solchen Kooperation variieren jedoch je nach Organisationsmodell der kommunalen Verwaltung sehr.

5.5.3 Effekte im (Teil-)Zielbereich „Förderung der Partizipation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben“

Innerhalb dieses Zielbereichs ist vor allem das Handlungsfeld „Förderung von Engagement- und Selbsthilfepotenzialen“ von Interesse.

In der Arbeit des Modellprojektes in Bilderstöckchen können diesem Bereich die Projektziele „Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne der Wahrnehmung einer Moderatorenrolle“ und „Bürgerchaftliches Engagement“ zugeordnet werden. Unter diesen Zielsetzungen hat das Projekt insgesamt nur sehr wenige Maßnahmen durchgeführt. Zu nennen sind hier die Bewohnerversammlungen und die versuchte Initiierung einer Mieterinitiative zum Thema Ausgleichsabgabe.

Mit diesen Maßnahmen konnten jedoch keine nachhaltigen Erfolge erzielt werden. Wie an der hohen Teilnehmerzahl der Versammlungen abzulesen ist, stellte das Thema „Ausgleichsabgabe“

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

für die Bewohner/innen ein *relevantes Thema* dar, das unmittelbar an den eigenen Interessen ansetzte. Die *Motivation* zu Engagement in einer Mieterinitiative war dementsprechend hoch. Allerdings war die *Begleitung* durch das Nachbarschaftsprojekt aufgrund der unklaren eigenen Rolle zu kurzzeitig und die Bewohner/innen waren mit der Selbstorganisation überfordert, so dass die Initiative wieder zum Erliegen gekommen ist.

Erfolge hinsichtlich der Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen konnte das Projekt aber im Bereich der zielgruppenspezifischen Angebote erzielen. Bei einigen neuen Angeboten ist es gelungen, aus dem Kreis der Teilnehmer/innen engagierte Personen für die Leitung der Gruppenangebote zu gewinnen (z.B. bei der Krabbelgruppe).

Hinsichtlich der Förderung von Engagement- und Selbsthilfepotenzialen hat das Nachbarschaftsprojekt insgesamt nur wenige Effekte erzielen können. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass diese Zielsetzung in der Projektkonzeption nur einen nachrangigen Stellenwert hatte, daher auch nur wenige Maßnahmen dazu durchgeführt wurden und die Rolle des Projektes bezüglich der Aktivierung und Förderung von Engagement nicht eindeutig definiert war (s. Abschnitt 5.2.1).

Das Stammheimer Modellprojekt hat zur Aktivierung des Engagements- und Selbsthilfepotenzials verschiedene Maßnahmen durchgeführt, die unterschiedlichen Projektzielen – vor allem aber „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fördern“ – zugeordnet wurden. Als relevante Maßnahmen sind die Initiierung und Unterstützung der Mieterinitiative, der Spielplatzinitiative sowie des Frauentreffs und die Durchführung von themenbezogenen Wohnerversammlungen hervorzuheben.

Die hohe und über längere Zeit konstante Teilnehmerzahl dieser Angebote verdeutlicht, dass hier *relevante Themen* aufgegriffen wurden und eine grundsätzliche Bereitschaft zu Selbsthilfe und Engagement vorhanden ist. Insbesondere die Spielplatzinitiative ist ein gutes Beispiel für erfolgreiche Aktivierung von Engagement. Das Projekt hat hier ein Thema von den Bewohnerin-

nen aufgegriffen, ihnen *Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt* und sie dabei *unterstützt*, ihre Interessen gegenüber den relevanten Akteuren zu vertreten.

Auch in Stammheim wird die generelle Schwierigkeit deutlich, selbsttragende Strukturen aufzubauen. Mit Projektende ist unklar, welche Angebote fortbestehen werden. Die Leitung einiger Angebote (z.B. Frauentreff) konnte in andere Hände abgegeben werden, andere Angebote (wie der Mietertreff) werden aber nach Einschätzung der Projektmitarbeiter/innen bei fehlender Betreuung „einschlafen“.

Durch seine Rolle als Ansprechpartner ist es dem Projekt gelungen, Interessen im Stadtteil zu bündeln und in einen Mietertreff oder eine Spielplatzinitiative zu kanalisieren. Für die Bewertung dieser Aktivitäten ist wichtig, dass das Projekt hierbei nicht die Interessenvertretung für die Bewohner/innen übernommen hat, sondern diese darin unterstützt hat, ihre Interessen selbst wahrzunehmen. Dies kann als wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe angesehen werden.

Das Modellprojekt hat in Stammheim erfolgreiche Ansätze zur Aktivierung von Selbsthilfe und Engagement umgesetzt, deren nachhaltige Effekte aber fraglich sind. Zum Aufbau bewohnergetragener Strukturen war die Laufzeit des Projektes zu kurz angelegt. Die ursprüngliche Projektkonzeption sah dementsprechend vor, andere Akteure im Stadtteil als Anbieter für Aktivitäten (wie z.B. den Frauentreff) zu gewinnen, anstatt diese selbst anzubieten. Auf diesem Weg hätten die erzielten Effekte nachhaltig gesichert werden können. Die Umsetzung dieses Arbeitsansatzes ist dem Projekt aber nur in einigen Bereichen gelungen.

Potenziale von stadtteilorientierten Projekten der freien Wohlfahrtspflege für die Förderung der Partizipation der Bewohner/innen liegen in der Initiierung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen und in dem Angebot von Foren oder Plattformen für den Austausch und die Vernetzung der Bewohner/innen. Deutliche Effekte können Projekte auch in der Rolle als Ansprechpartner und Schnittstelle für die verschiedenen Interessen und Akteure erzielen. Auf Grenzen

stoßen Projekte, wenn es darum geht Partei für eine bestimmte Gruppe oder gegen kommunalpolitische Entscheidungen zu ergreifen. Ihre neutrale Rolle, die sie benötigen, um Zugang zu allen für die Stadtteilentwicklung relevanten Akteuren zu gewinnen, begrenzt ihre Unterstützungsmöglichkeiten für Bewohnerinteressen.

5.5.4 Effekte im Zielbereich „Schaffung geeigneter Voraussetzungen für ein zielgerichtetes Handeln der relevanten Akteure“

Effekte der Projekte in der Zusammenarbeit auf der Stadtteilebene müssen daran gemessen werden, inwieweit eine *Sensibilisierung und Aktivierung von Stadtteilakteuren* für die Stadtteilprävention gelang.

Vom Modellprojekt Stammheim ging eine spürbare Sensibilisierung relevanter Stadtteilakteure für die Problematik der sozialen Entmischung im Stadtteil aus. Sie wurde durch folgende Faktoren erreicht:

- Durch den Bekanntheitsgrad des Projektes, das sich in seiner Öffentlichkeitsarbeit als ein Projekt präsentiert hat, das „Gegen soziale Entmischung“ arbeitet. Hierdurch hat das Projekt dazu beigetragen, das Problem der sozialen Entmischung im Stadtteil zu etablieren und andere Akteure für die Problematik zu sensibilisieren.
- Durch das Aufgreifen von Informationen und Themen aus dem Stadtteil, die vom Projekt in direkten oder indirekten Zusammenhang mit der Problematik sozialer Entmischung und sozialer Ungleichheit gestellt wurden, und deren Vermittlung an die örtlichen Akteure.
- Durch die intensive Zusammenarbeit mit anderen Stadtteilakteuren in Form der Unterstützung der Stadtteilkonferenz mit dem Ziel, die Akteure für die Belange des gesamten Stadtteils zu interessieren sowie deren Angebote für alle Bewohnergruppen zu öffnen, sowie die gemeinsame Planung und Umsetzung von quartiersübergreifenden Angebo-

ten, die durch die integrative und ressourcenorientierte Arbeitsweise des Projektes bewirkt wurde. Sie führten sowohl zu einer Sensibilisierung der Akteure als auch zur Gewinnung von Multiplikatoren in der Stadtteilprävention.

Im Gegensatz dazu erfolgte – vor dem Wechsel des Projektleiters – durch das Modellprojekt in Bilderstöckchen eine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Abstimmung und Unterstützung bei der Umsetzung klientelorientierter Angebote und Aktivitäten, bei denen ein Bezug zur umfassenderen Thematik der Stadtteilprävention nicht ersichtlich und auch vom Modellprojekt nicht transportiert wurde.

Eine Aktivierung im Sinne eines zielgerichteten Handelns kann sich – abgeleitet aus den Erfahrungen der Modellprojekte – nur in Zusammenarbeit und Kooperation mit anderen Akteuren entfalten. Eine Zusammenarbeit und Vernetzung von Akteuren auf Stadtteilebene als Voraussetzung für eine wirkungsvolle Arbeit im Bereich der Stadtteilprävention bedarf jedoch einer gemeinsamen Zielsetzung als Kooperationsbasis. Die Zielsetzung der Stadtteilprävention als Arbeitsansatz gegen soziale Entmischungstendenzen setzt allerdings voraus, dass:

- soziale Entmischungstendenzen in den Quartieren von allen Akteuren wahrgenommen werden,
- über den Begriff und die soziale Tatsache der Entmischung ein relativ einheitliches Verständnis unter den Akteuren herrscht (im Hinblick auf kausale Ursachen, Indikatoren usw.),
- soziale Entmischung in den Quartieren als Problem verstanden wird bzw. soziale Mischung positiv zu begreifen ist.

Tatsächlich agierten beide Modellprojekte in einem Akteursumfeld, das

- die Tendenz zur sozialen Entmischung in den beiden Stadtteilen sehr unterschiedlich

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

nachvollzog und

- daher von dem Ziel „Gegen soziale Entmischung“ (wie es zumindest vom Stammheimer Projekt deutlich formuliert wurde) in seiner wenig handlungsweisenden Formulierung relativ wenig angesprochen wurde.

Eine wichtige Voraussetzung für ein zielgerichtetes Handeln der relevanten Akteure in der Stadtteilprävention, nämlich die gemeinsame Formulierung von Zielen und Umsetzungskonzepten, wurde deshalb von den Modellprojekten nicht erreicht.

Wohl aber wurde von allen Stadtteilakteuren das Ziel getragen,

- die Lebensbedingungen der Quartiersbewohner zu verbessern (und damit präventiv auf eine drohende oder bereits eingesetzte Entmischung einzuwirken) bzw.
- auf aktuelle Problematiken, die die Lebensbedingungen (ihrer Zielgruppen) im Stadtteil spürbar einschränken, zu reagieren (Kriminalität, Vermüllung usw.) und dazu
- eine niederschwellige und klientelorientierte Arbeit im nachbarschaftlichen Umfeld zu unterstützen.

Beide Modellprojekte haben diese Rahmenbedingung der Zusammenarbeit insofern nachvollzogen und für sich nutzbar gemacht, als sie

- die übergeordnete Zielsetzung „Gegen soziale Entmischung“ konkretisiert und für andere Akteure „anschlussfähig“ gemacht haben (z.B. Begegnungsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen im Stadtteil schaffen, Zustand der Sozialwohnsiedlung verbessern),
- soziale Bedarfe der Stadtteilbevölkerung aufgriffen und bündelten,
- stadtteilbezogene Angebote und Aktivitäten initiierten und eigenständig oder in Kooperation mit anderen Akteuren umsetzten.

Damit wird der Effekt erzeugt, dass

- die angestrebten Ziele der Stadtteilprävention sehr häufig indirekt bearbeitet wurden,
- stets der konkrete und ganz pragmatische Anlass immer wieder Gegenstand der Kooperation war (bspw.: gemeinsame Gestal-

tung einer Veranstaltung im Stadtteil, Einrichtung von Gruppenangeboten) (sog. „anlassbezogene Kooperation“),

- eine weitergehende Kooperation mit strategisch-visionärer Ausrichtung auf die Zukunft des Stadtteils von den Projekten nicht erzielt werden konnte (sog. „dauerhaft-visionäre Kooperation“),
- jedoch eine Bereitstellung von Ressourcen der Stadtteilakteure erfolgte, die von den Projekten bzw. dem Projekt Stammheim durch die Wahrnehmung der koordinierenden Funktion eines Sozialraummanagers gefördert wurde.

Es gelang also eine Aktivierung von Stadtteilakteuren im Sinne einer Bereitstellung und Bündelung von Ressourcen, aber überwiegend nur durch die Initiierung von anlassbezogenen Kooperationen. Dabei wurde die Thematik der Stadtteilprävention stets nur indirekt, durch die Vermittlung von Stadtteilthemen und der notwendigen Aktivitäten an die örtlichen Akteure, bearbeitet. Das Thema der Visionsbildung und nachfolgende Prozesse einer Strategiebildung, die hinsichtlich des schwergewichtigen Anspruchs der Prävention von sozialer Entmischung sinnvoll und notwendig wären, konnten auf dem Weg anlassbezogener Kooperationen somit nicht bearbeitet werden.

Den Modellprojekten gelang jedoch nur eine Aktivierung von *Akteuren der freien Wohlfahrtspflege*, aus Schulen und Kindergärten sowie aus Kirchengemeinden und eine Zusammenführung dieser Akteure im Sinne einer neuen Qualität in der Zusammenarbeit durch die synergetische Nutzung der vorhandenen örtlichen Ressourcen. Zu diesen Akteuren fanden die Projekte guten Zugang, nicht jedoch zu Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft oder Politik.

Dass die Kooperation mit den Akteuren der sozialen Arbeit stets starke Elemente von anlassbezogener Zusammenarbeit zeigt, resultiert aus

- der fehlenden Sozialraumorientierung bzw. der starken Orientierung auf die Belange und Interessen der jeweiligen Klientel und einer fehlenden mittel- bis längerfristigen Zielorientierung,

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

- der Fokussierung auf die operative (soziale) Arbeit innerhalb des Stadtteils,
- dem angesichts knapper Ressourcen zu beobachtenden Rückzug dieser sozialen Einrichtungen (Ausnahme: Kirchengemeinden) auf ihre Kerntätigkeit.

Der Kontakt der Modellprojekte zur *Zentralverwaltung* kann insgesamt als eine anlassbezogene und daher temporär begrenzte Abstimmung in Sachfragen, die auf der Sachbearbeiterebene bearbeitet werden konnten, bezeichnet werden. Sie half zwar, kleinere Hemmnisse bei konkreten Aktivitäten und Angeboten der Modellprojekte und ihrer Kooperationspartner auf Stadtteilebene zu beseitigen oder Fragestellungen zu klären; diese Arbeitsweise ist jedoch gerade vor dem Hintergrund der vielfältigen Handlungsfelder in der Stadtteilprävention, denen sich ein solches Modellprojekt stellen muss, aufwändig und zugleich in der Wirksamkeit stark begrenzt.

Eine Aktivierung bzw. Vernetzung in Richtung der *kommunalen (Bezirks-)Verwaltung und örtlichen Wohnungsanbietern oder anderen Akteuren aus der Wirtschaft* ist den Modellprojekten nicht zuzuschreiben. Die entscheidenden Hemmnisse einer solchen Vernetzungsaktivität waren:

- Eine fehlende Basis für eine vertrauensvolle und nachhaltige Zusammenarbeit. Diese Basis hätte bereits bei der Konzeptionierung und Initiierung der Modellprojekte geschaffen werden müssen, so dass eine gemeinsame Verständigung auf die Zielsetzungen und Aufgabenbereiche in der Stadtteilprävention möglich gewesen wäre. Eine punktuelle Einbeziehung z.B. der Kommunalverwaltung lediglich zu den Zeitpunkten und zu den Themen, in denen ihr Handlungsdefizite zugeschrieben werden, fördert keine nachhaltige Kooperation.
- Die bei allen Akteuren begrenzten zeitlichen, personellen, finanziellen und Entscheidungsressourcen für die Arbeit der Stadtteilprävention, die dazu führten, dass die einzelnen Akteursgruppen unterschiedliche Prioritäten im

Ressourceneinsatz für die jeweiligen Stadtteile setzten.

- Die in den Netzwerken der Akteure sozialer Arbeit vorherrschende anlassbezogene Kooperation und deutliche Zielgruppenorientierung, die wenig mit den Kooperationsinteressen der stärker sozialraumorientierten und strategisch-perspektivisch ausgerichteten Akteure aus Verwaltung und Wirtschaft harmonisiert.
- Ein zeitweise starkes Dienstleistungsverständnis der Modellprojekte gegenüber den beiden Akteursgruppen Verwaltung und Wohnungswirtschaft, in dem deren Ressourcen fallweise z.B. für eine geplante Veranstaltung oder Aktivität genutzt wurden.
- Ein für die o.g. Akteursgruppen nicht transparenter Nutzen in der Kooperation mit den Modellprojekten.

Den Modellprojekten gelang es aufgrund dieser Hemmnisse nicht, eine für die Stadtteilprävention notwendige akteursübergreifende und mittel- bis langfristig ausgerichtete Ziel- und Strategieformulierung und -umsetzung zu erzielen.

Jedoch besaßen die Modellprojekte unbestritten Potenziale in der Akteursvernetzung, die im Folgenden kurz zusammengefasst werden:

- *Potenzial als Anlaufstelle für alle Stadtteilbewohner.* Die Anbindung der Modellprojekte an einen nicht-kirchlichen Träger wurde von den befragten Stadtteilakteuren als Unabhängigkeit gewertet, die als sehr notwendig angesehen wird, damit alle Bewohner das Projekt als Anlaufstelle akzeptieren und die vom Modellprojekt an die Kooperationspartner vermittelten Stadtteilthemen eine gewisse „Allgemeingültigkeit“ besitzen.
- *Potenzial als Informationsträger und Kommunikator.* Das Potenzial gründet sich aus der Rolle des Projektes als Ansprechpartner für Bürgerinteressen, die es ermöglichen, frühzeitig vorhandene und aufkommende so-

ziale Bedarfslagen der Bewohner zu erkennen, diese Informationen zu bündeln und sie im Sinne eines Frühwarnsystems im Stadtteil anderen relevanten Akteuren in Gestalt neuer Handlungsbedarfe und Stadtteilthemen zu vermitteln (und letztlich in Kooperation zu realisieren).

- *Potenzial in der Sensibilisierung der Akteure und Gewinnung von Multiplikatoren* in der Stadtteilprävention, indem Öffentlichkeitsarbeit betrieben, die Zielsetzung der Stadtteilprävention für die Akteure anschlussfähig gemacht und konkrete Themen an sie herangetragen werden.
- *Potenzial in der Aktivierung von Akteuren aus der sozialen Arbeit* für die Stadtteilprävention, indem die Zusammenarbeit durch koordinierende und unterstützende Tätigkeiten bei der Initiierung und Umsetzung von Angeboten und Aktivitäten gefördert wird.
- *Potenzial durch eine notwendige Flexibilität bei der Umsetzung von Kooperationsvorhaben.* So wurde den Modellprojekten durch ihre Anbindung an einen Träger der freien Wohlfahrtspflege eine notwendige Flexibilität bei der Umsetzung von Kooperationsvorhaben zugesprochen, die die Kommunalverwaltung u.U. nicht besitzt (bspw. eine zügige Abstimmung und Herausgabe von Pressemitteilungen zur Ankündigung von Veranstaltungen).

Letztendlich sind dies Potenziale, die sich auch diejenigen Ämter der Zentralverwaltung zunutze machen können, die in bestimmten Stadtteilen in der Stadtteilprävention tätig sind oder tätig werden wollen. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit hätte jedoch – wie die Erfahrungen der Modellprojekte zeigen – zunächst eine andere Vorgehensweise in der Kooperationsanbahnung gewählt werden müssen:

- Es hätte eine gemeinsame Auswahl der Stadtteile stattfinden müssen, um die Interessen und Prioritäten der Verwaltung beim Einsatz ihrer Ressourcen für die Stadtteilprävention zu berücksichtigen.

- Die von der Kommunalverwaltung und -politik und der freien Wohlfahrtspflege als Projektträger wahrgenommenen Stadtteilbedarfe und Handlungserfordernisse hätten in Übereinstimmung gebracht werden müssen, um eine grundlegende Voraussetzung für ein koordiniertes, gemeinsames Handeln und daraus ein gemeinsames Konzept für die Stadtteilprävention zu schaffen.
- Die notwendigen Kontakte zu den verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung hätten gebündelt werden müssen, um ein effizientes Arbeiten zu ermöglichen. Das heißt, ein Amt in der Stadtverwaltung hätte die Koordinierungsaufgabe innerhalb der Stadtverwaltung übernehmen müssen.
- Zwischen diesem Amt und dem Modellprojekt hätten notwendige Schnittstellen in der Zusammenarbeit definiert sowie eine institutionelle Form für die Weiterentwicklung des Konzeptes und für die gemeinsame Abstimmung in der Umsetzungspraxis geschaffen werden müssen.

5.5.5 Zusammenfassende Einschätzung der Effekte der Modellprojekte in der Stadtteilprävention

Aus der Darstellung der einzelnen Zielbereiche wird deutlich, dass die Modellprojekte mit ihren sehr unterschiedlichen Ansätzen auch sehr unterschiedliche Effekte erzielt haben. Fasst man die Ergebnisse für das Nachbarschaftsprojekt in Bilderstöckchen zusammen, so kann festgehalten werden, dass

- das Projekt vor allem auf der Ebene der Verbesserung der Lebensbedingungen der Stadtteilbewohner/innen gearbeitet hat.
- der Schwerpunkt dabei auf Maßnahmen lag, die der Einzelfall- oder Zielgruppenarbeit zugeordnet werden können.
- mit Luckys Haus auch die Akzeptanz des Nachbarschaftsprojektes im Stadtteil gering war und das Projekt daher nur einen Teil der Bewohner/innen erreichen konnte.

- Effekte daher vor allem im Bereich der Einzelfallhilfe oder Zielgruppenarbeit beobachtet werden können.

Insgesamt müssen die Effekte des Nachbarschaftsprojektes hinsichtlich einer auf Stadtteilprävention ausgerichteten Zielsetzung daher als gering eingeschätzt werden.

Gegenüber dem Modellprojekt in Bilderstöckchen hat das Projekt in Stammheim seine Aktivitäten stärker auf die Vernetzung der Akteure ausgerichtet. Damit hat es sich sowohl für die Bewohner/innen als auch für andere lokale Akteure als Ansprechpartner im Stadtteil entwickeln können. Anliegen und Interessen konnten gebündelt und in Kooperation bearbeitet werden. Mit seinen Aktivitäten in diesem Bereich hat das Projekt meist die gewünschten Effekte erzielen können. Auch seitens der anderen Stadtteilakteure wird dem Stadteilbüro diesbezüglich eine hohe Wirksamkeit bescheinigt.

Damit hat das Stammheimer Projekt die Voraussetzungen für eine weitergehende Vernetzungstätigkeit im Stadtteil geschaffen und erste Schritte im Hinblick auf ein Entgegenwirken räumlicher Entmischungstendenzen sowie auf die Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil gemacht. Zur Verstetigung der Arbeit und zur nachhaltigen Sicherung der erreichten Effekte wurde bei der Pfarrgemeinde in Stammheim eine halbe Personalstelle eingerichtet, die die Arbeit des Projektes fortsetzen soll. Auf diesem Weg ist auch die stärkere Einbindung der Pfarrgemeinde in die Arbeit der Stadtteilprävention erreicht und damit eine Institution für die Langfristaufgabe Stadtteilprävention gewonnen worden, die dauerhaft vor Ort ansässig ist.

Die Übertragung der untersuchten Handlungsansätze der Freien Wohlfahrtspflege auf andere Träger der freien Wohlfahrtspflege und andere Stadtteile ist angesichts der erzielten Effekte in der Stadtteilprävention sinnvoll. Sie ist zugleich auch unproblematisch, sofern berücksichtigt wird, dass in den beiden Beispielen im Stadtteil bereits ein Netzwerk örtlicher Akteure vorhanden war, auf die die Vernetzungsarbeit der Stadtteilpräventionsprojekte anknüpfen und aufbauen konnte. Somit konnten auch schneller Effekte in der Aktivierung relevanter Stadtteilak-

teure und in der Initiierung von Maßnahmen und Angeboten im Stadtteil erzielt werden.

5.5.6 Potenziale und Grenzen von stadtteilbezogenen Ansätzen der Wohlfahrtspflege für die Stadtteilprävention

Stadtteilprävention, d.h. die Verhinderung einer (weiteren) sozialen Entmischung und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen im Stadtteil, erfordert einen umfassenden, an die jeweilige Ausgangslage im Stadtteil angepassten Handlungsansatz. Um eine von den Bewohner/innen wahrgenommene, schleichende Abwärtsentwicklung zu bremsen, müssen ihre Probleme und Bedürfnisse aufgegriffen und Lösungen entwickelt werden. Dass hierbei sehr vielfältige und komplexe Themenfelder zu besetzen sind, hat die Arbeit der Modellprojekte verdeutlicht. Die Themen reichen von Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Quartiersbevölkerung, über die Verbesserung von Wohnumfeld und Infrastrukturausstattung und die Optimierung der Wohnungsnotfallprävention bis zur Förderung der Partizipation und Teilhabe der Stadtteilbewohner/innen. Diese Handlungsfelder setzen unmittelbar im Stadtteil an. Dass sie für eine erfolgreiche Stadtteilprävention durch gesamtstädtische Ansätze ergänzt werden müssen, ist in den Schwierigkeiten der Modellprojekte mit der Auseinandersetzung um Belegungssteuerung und Ausgleichsabgabe erkennbar geworden. Bei diesen Themen wurden die Grenzen der Modellprojekte besonders deutlich: hier ist die Kommune die entscheidende Akteurin. Für erfolgreiche Stadtteilprävention muss sie als Kooperationspartnerin in die Handlungsansätze eingebunden sein.

Stadtteilprävention kann aber nur gelingen, wenn auch im Stadtteil die relevanten Akteure zusammenarbeiten. Voraussetzung dafür ist, dass die Notwendigkeit für präventive Maßnahmen gesehen wird und die Verständigung über eine wünschenswerte mittel- und langfristige Entwicklung des Stadtteils gelingt. Auf dieser Basis können einzelne Maßnahmen aufeinander abgestimmt und zu einem Handlungskonzept verdichtet werden.

In einem solchen Kontext weisen auf Stadt-

Evaluation der Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim

teilprävention ausgerichtete Projekte der freien Wohlfahrtspflege ihr größtes Potenzial in der Sensibilisierung und – in gewissem Umfang – in der Aktivierung der relevanten lokalen Akteure. In ihrer neutralen Position können mit fundierten und wertneutralen Informationen Zugang zu den lokalen Akteuren gewinnen.

Unmittelbare Effekte im Sinne von Stadtteilprävention können Projekte am ehesten im Bereich der sozialen Angebote, der Vernetzung und der Förderung der Partizipation erzielen. In den anderen Bereichen können Wirkungen nur mittelbar erreicht werden. Die Wirksamkeit von Projekten hängt hier in hohem Maße davon ab,

ob es gelingt die relevanten lokalen und kommunalen Akteure zu aktivieren und für eine gemeinsame, zielgerichtete Arbeit zu gewinnen. Die Effektivität der Projektarbeit kann durch Anknüpfungspunkte in der kommunalen Verwaltung erhöht werden. Reibungsverluste durch unklare Zuständigkeiten, schwierige Kontaktaufnahme und eine fehlende Abstimmung der jeweiligen stadtteilbezogenen Zielsetzungen können vermieden und die Umsetzung von Maßnahmen beschleunigt werden.

6 Beschreibung des Ansatzes und der Effekte in Finkenberg

Aufgabe der Begleitforschung hinsichtlich des Erneuerungsprozesses im Stadtteil Finkenberg war die Beantwortung der Fragestellung, welche Potenziale die Zentrale Fachstelle bzw. eine andere querschnittsorientierte Verwaltungseinheit für die Erneuerung sozial belasteter Quartiere sowie zur Vermeidung sozialer Brennpunkte aufweist und welche Potenziale sie besitzt, um auf Stadtteilentwicklungsprozesse Einfluss zu nehmen. Im Ergebnis sollten Aussagen darüber getroffen werden, in welcher Form sowie mit welchen Kompetenzen und Funktionen querschnittsorientierte Organisationsformen in der Kommunalverwaltung in einen Stadterneuerungsprozess eingebunden werden können und welche Abgrenzungen und Vernetzungen zu örtlichen und verwaltungsinternen Akteuren getroffen werden sollten. Die Akteurskonstellation im Stadtteil Finkenberg und die Rolle der relevanten Verwaltungseinheiten sollten vor allem mit Hilfe von Expertengesprächen und Quellenanalysen untersucht werden.

Anknüpfend an die Darstellung der Gründe für die Ausweisung des Sanierungsgebietes Finkenberg in Kap. 4.3.1 werden entsprechend der Aufgabenstellung in den folgenden Abschnitten die beteiligten Akteure im Stadtteil und innerhalb der Stadtverwaltung sowie der aktuelle Umsetzungsstand der Sanierungsmaßnahmen beschrieben.

6.1 Beteiligte Akteure und Akteurskonstellation im Stadtteil

Innerhalb der Stadtverwaltung war die Fachstelle Wohnen an der Initiierung eines umfassenden Erneuerungsprozesses für den Stadtteil Finkenberg entscheidend beteiligt. Die Fachstelle erkannte im Stadtteil erhebliche Defizite im Wohnungsbestand sowie soziale Probleme, die sich u.a. in hoher Fluktuation und häufigen Kündigungen und Räumungsklagen durch die Vermieter ausdrückten. Neben der Fachstelle als Vertreterin des Wohnungsamtes war vor allem das Amt für Stadtsanierung initiierend am Pro-

zess beteiligt.

Im Zuge der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes wurde eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, die sogenannte Koordinierungsgruppe, gebildet. An dieser Arbeitsgruppe sind neben Vertreter/innen der Fachstelle und des Amtes für Stadtsanierung Mitarbeiter/innen anderer für den Erneuerungsprozess relevanter Ämter und Abteilungen (z.B. für Jugend, Soziales und Senioren) beteiligt. Aufgrund der die Sanierung betreffenden Kompetenzen und Ressourcen war es innerhalb der Arbeitsgruppe unstrittig, dass die Federführung bei der Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes, die Koordination des Sanierungsprozesses und somit auch der Arbeitsgruppe selbst beim Amt für Stadtsanierung liegt. Die Arbeitsgruppe tagt anlassbezogen und unter Umständen arbeitsteilig unter Beteiligung der jeweils für die anstehende Thematik und Problemlösung notwendigen Ämter.

Innerhalb des Amtes für Stadtsanierung wurde ein Mitarbeiter als Stadtteilmanager eingesetzt. Ihm obliegt zum einen die Koordination der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe und die Vorbereitung von Verwaltungsvorlagen für die politischen Gremien, zum anderen aber auch die Kommunikation in den Stadtteil hinein. Hier ist es Aufgabe des Stadtteilmanagers, zum einen als zentraler Ansprechpartner der Verwaltung für den Stadtteil zu fungieren und zum anderen die Initiativen im Stadtteil zu bündeln, Projekte zu initiieren und deren Umsetzung zu unterstützen.⁹⁰ Ein Beispiel für ein solches Vorgehen ist die Initiierung eines Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebotes im Stadtteil durch den Stadtteilmanager. Dieser hat für die Umsetzung einen geeigneten, lokalen Träger gefunden, diesen bei der Beantragung von Fördermitteln aus dem ESF-Fonds der Europäischen Union unterstützt

⁹⁰ Dies entspricht den Anforderungen an die Mitwirkung der Betroffenen bei Sanierungsprozessen, wie sie in §137 BauGB formuliert werden: „Die Betroffenen sollen zur Mitwirkung bei der Sanierung und zur Durchführung der erforderlichen baulichen Maßnahmen angeregt und hierbei im Rahmen des Möglichen beraten werden.“

Beschreibung des Ansatzes und der Effekte in Finkenberg

und weitere Akteure im Stadtteil mit der Bitte angesprochen, entsprechende Teilnehmer/innen aus dem Stadtteil für die Maßnahme zu benennen. Handlungsprämisse des Amtes für Stadtsanierung ist, die örtlichen Akteure zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Stadtteilsanierung zu motivieren und selbst möglichst wenig eigene Maßnahmen durchzuführen.⁹¹ Um seine Funktion als zentraler Ansprechpartner für den Stadtteil zu unterstützen, strebt der Stadtteilmanager die Einrichtung eines ständigen Büros in Finkenberg als Kontaktstelle an.

Als „Brückenkopf“ in den Stadtteil hinein nutzt der Stadtteilmanager u.a. die AG Finkenberg. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich Ende der 1980er Jahre gegründet. Auslöser waren Veränderungen in der Eigentümerstruktur der Siedlung. In dieser Arbeitsgemeinschaft sind viele örtliche Institutionen und Akteure zusammengeschlossen. Mitglieder der AG sind zum Beispiel Schulen, Sportvereine, der ASD, Parteien, der Ausländerbeirat, Bürgerinitiativen, Beratungsstellen und Träger der freien Wohlfahrtspflege. Die AG sieht ihre Aufgabe in der Koordination und Vernetzung der unterschiedlichen Aktivitäten und Akteure in Finkenberg, mit dem Ziel, die Lebensbedingungen im Stadtteil zu verbessern. Beispiele für die Arbeit der AG sind die jährliche Organisation eines Sommerfestes mit den Bewohner/innen und Vereinen im Stadtteil oder die gemeinsame Beteiligung an der städtischen Aktion „Sauberes Köln“ unter dem Namen „Finkenberg putzt munter“.

Abbildung 42 Steckbrief der AG Finkenberg

Finkenberg: AG Finkenberg
Mitgliederzahl:
▪ 40 Vereine, Organisationen und Institutionen
Mitgliederstruktur:
▪ Soziale Dienst
▪ Kirchengemeinden
▪ Parteien
▪ Schulen/ Kindertagesstätten
▪ Fördervereine des Stadtteils
▪ Jugendeinrichtungen
▪ Senioreneinrichtungen
▪ Polizei

Quelle: Adressenlisten der Arbeitsgemeinschaft Finkenberg 1999/ 2000, eigene Darstellung

Über die AG bestehen Kontakte zu weiteren relevanten Akteuren. So haben einzelne Mitglieder der AG (z.B. der Mitarbeiter einer Wohnungsgesellschaft oder eine ehrenamtlich engagierte Bürgerin) eigene, dicht geknüpfte Kontakt- und Kooperationsnetze, die z.T. auch in die Verwaltung hineinreichen. Die AG wird daher seitens des Amtes für Stadtsanierung als geeignete Vernetzungsstruktur betrachtet, die als Steuerungsebene für den Sanierungsprozess im Stadtteil dienen kann. Um die Handlungsmöglichkeiten dieses Gremiums zu erhöhen, wurde Anfang 2004 ein Verfügungsfonds eingerichtet, aus dem unter Leitung der AG kleinere Maßnahmen und Projekte im Stadtteil finanziert wurden. Für die lokalen Akteure ihrerseits kann der Stadtteilmanager als Brückenkopf in die Verwaltung fungieren, der durch sein verwaltungsinternes Know-how und seine Kontakte zu den Ämtern Anträge und Projekte beschleunigen und bei der Beantragung von Fördermitteln behilflich sein kann. Diese Kompetenzen werden seitens des Amtes für Stadtsanierung als wichtige Aspekte für die Akzeptanz des Stadtteilmanagers in Finkenberg angesehen.

⁹¹ Aussagen aus einem Gespräch mit den zuständigen MitarbeiterInnen des damaligen Amtes für Stadtsanierung und Baukoordination im Juli 2002.

Beschreibung des Ansatzes und der Effekte in Finkenberg

Abbildung 43 Steckbrief des Sanierungsbeirates Finkenberg

<p>Finkenberg: Sanierungsbeirat Finkenberg</p> <p>Mitgliederzahl:</p> <ul style="list-style-type: none">▪ 24 Institutionen <p>Mitgliederstruktur:</p> <ul style="list-style-type: none">▪ Kirchen/Synagogengemeinden▪ Soziale Dienste▪ Wohnungsgesellschaften/-verwaltungen▪ Schulen▪ Parteien▪ Stadtverwaltung (Amt für Stadtentwicklung und Statistik)
--

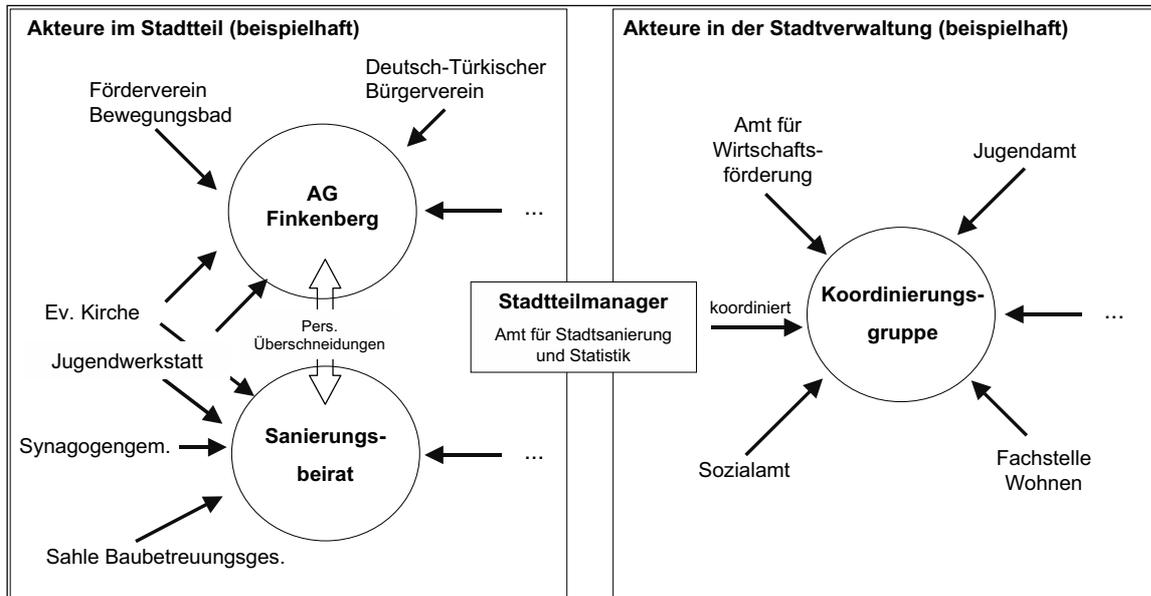
Quelle: Adressenliste des Sanierungsbeirates (Stand 2001), eigene Darstellung

Neben der AG Finkenberg als informellem Vernetzungsgremium im Stadtteil wurde zur offiziellen Begleitung des Sanierungsprozesses

ein Sanierungsbeirat eingerichtet. Vorsitzender dieses Beirates ist laut Geschäftsordnung der Bezirksvorsteher. Daneben benennen die in der Bezirksvertretung vertretenen politischen Parteien weitere Bewohner/innen oder professionelle Akteure aus Finkenberg als Mitglieder für das Gremium. Der Beirat hat rund 20 Mitglieder, die sich neben dem Stadtteilmanager aus Vertreter/innen von Kirchengemeinden, Immobilieneigentümern, der AG Finkenberg, der verschiedenen in Finkenberg tätigen sozialen Träger, der Schulen und der Polizei zusammensetzen. Der Sanierungsbeirat fungiert als Bindeglied zwischen den Bewohner/innen und Akteuren im Stadtteil, den politischen Gremien, d.h. vor allem der Bezirksvertretung, und der kommunalen Verwaltung. Der Sanierungsbeirat soll die Bezirksvertretung in allen Belangen der Sanierung beraten, er hat das Recht sich mit Vorschlägen und Anregungen an die Bezirksvertretung zu wenden und soll zu allen sanierungsrelevanten Fragen von ihr angehört werden.

Beschreibung des Ansatzes und der Effekte in Finkenberg

Abbildung 44 Akteure im Sanierungsprozess Finkenberg



Quelle: eigene Darstellung

Zwischen der AG Finkenberg und dem Sanierungsbeirat gibt es große Personalüberschneidungen. Seitens des damaligen Amtes für Stadtsanierung wird folgende Aufgabenteilung zwischen beiden Gremien als sinnvoll erachtet: Die Arbeitsgemeinschaft entwickelt Ideen und initiiert Projekte zur Stadtteilentwicklung, der Sanierungsbeirat leistet Beratung und Unterstützung bei der Umsetzung der Projekte.

6.2 Handlungskonzept und Umsetzung

Grundlage für den Sanierungsprozess ist das Integrierte Handlungskonzept, das innerhalb der Verwaltung in Abstimmung mit den lokalen Akteuren erarbeitet, seitens der Bezirksvertretung gebilligt und schließlich vom Stadtrat beschlossen wurde. Das Handlungskonzept enthält eine Problemanalyse und beschreibt aufbauend die wesentlichen Ziele und Arbeitsschritte für die Sanierung von Finkenberg. Die Ziele sind verwaltungsintern zwischen den Ämtern abgestimmt und bieten somit die Grundlage für einen integrativen Handlungsansatz.

Das Handlungskonzept soll als Leitfaden für den Sanierungsprozess dienen. Die Ziele und Arbeitsschritte werden nach fünf Handlungsfeldern differenziert:

- Wohnen
- Wohnumfeld und Infrastruktur
- Kinder und Jugend
- Arbeit und Soziales
- Qualitätssicherung und -kontrolle

Für die Handlungsfelder werden im Handlungskonzept insgesamt 12 Startermaßnahmen definiert, die zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Handlungskonzeptes bereits begonnen wurden oder deren Beginn als dringend erforderlich angesehen wird. Zu den Startermaßnahmen zählen zum Beispiel die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Entwicklung von städtebaulichen und sozialstrukturellen Maßenschwerpunkten, die Durchführung von so genannten Hausmeisterkonferenzen zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch oder die Entwicklung eines Belegungskonzeptes unter Federführung der Fachstelle Wohnen.

Die Startermaßnahmen sollen als Kick-off für einen umfassenden Sanierungsprozess dienen, der mit den ebenfalls für alle Handlungsfelder definierten, zeitlich gestaffelten Folgemaßnahmen weitergeführt werden soll. Dabei wird das Handlungskonzept nicht als starres Instrument,

Beschreibung des Ansatzes und der Effekte in Finkenberg

sondern als ein laufend an die sich verändernden Bedingungen im Sanierungsgebiet anzupassender Leitfaden verstanden.

Zur Umsetzung des Handlungskonzeptes wurden seitens der Stadt Köln Fördermittel beim Land Nordrhein-Westfalen beantragt und in Höhe von 70% der zuschussfähigen Kosten bewilligt. Bislang wurden bislang im Rahmen der Sanierung eine Wohnumfeldmaßnahme durch eine Wohnungsgesellschaft sowie eine Hausmeisterkonferenz durchgeführt.

Für diesen geringen Umsetzungsstand sind mehrere Gründe zu benennen: Der wichtigste Grund ist sicherlich die Finanzknappheit der Stadt Köln, durch die zum einen die finanziellen Ressourcen für den notwendigen Eigenanteil der Sanierungsmaßnahmen in deutlich geringerem Umfang zur Verfügung standen als ursprünglich geplant. Zum anderen hatten die kommunalen Finanzrestriktionen auch Auswirkungen auf die personellen Kapazitäten in den beteiligten Fachämtern, so dass die geplanten Maßnahmen nicht in dem anvisierten Tempo und Umfang angegangen werden konnten. In engem Zusammenhang mit den finanziellen Restriktionen steht auch die Ende 2001 durchgeführte Umorganisation der kommunalen Verwaltung. Durch die Neuorganisation einzelner Ämter, Verlagerung von Abteilungen und Aufgabenverschiebungen entstanden zumindest phasenweise Unsicherheiten für die Realisierung der einzelnen Aufgaben im Sanierungsprozess. Mit der Umorganisation waren auch erhebliche Veränderungen bei den jeweils zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten verbunden, so dass die einzelnen Abteilungen keine Planungssicherheit hinsichtlich der einsetzbaren Kapazitäten hatten.

Von den für den Sanierungsprozess relevanten Verwaltungseinheiten war die Zentrale Fachstelle von der Umorganisation besonders betroffen. Diese war ursprünglich im Wohnungsamt angesiedelt und hatte dort Steuerungsmöglichkeiten in alle für die Wohnungsnotfallprävention relevanten Bereiche. Heute gibt es eine Fachstelle Wohnen innerhalb des Amtes für Soziales und Senioren, deren Zuständigkeitsbereich gegenüber früher deutlich beschnitten wurde. So ist z.B. die Bewirtschaftung der Wohnungslosenunterkünfte

an eine eigene Dienststelle, den so genannten Wohnungsversorgungsbetrieb, übergegangen. Als zentraler Akteur für den Sanierungsprozess war (bzw. ist) auch das Amt für Stadtsanierung, das heute den Namen Amt für Stadtentwicklung und Statistik trägt, von Strukturänderungen betroffen.

Neben den strukturellen Veränderungen hat auch eine längere krankheitsbedingte Abwesenheit des Stadtteilmanagers zu Verzögerungen bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes geführt. Seine Aufgaben konnten nur in begrenztem Umfang von anderen Mitarbeitern des Amtes für Stadtsanierung übernommen werden.

6.3 Einschätzung des gewählten Organisationsmodells für die Stadtteilprävention

Aufgrund des geringen Umsetzungsstandes und der langen Verzögerungen im Sanierungsprozess sind kaum Aussagen zu qualitativen Effekten im Stadtteil und zu Effekten in der Organisation und Kooperation möglich, die eine Einschätzung der Potenziale und Restriktionen des gewählten Organisationsmodells für die Stadteilerneuerung bzw. Stadtteilprävention erlauben würden. Einige (vorsichtige) Aussagen zur Entwicklung der Vernetzung der Akteure innerhalb des Stadtteils einerseits, innerhalb der kommunalen Verwaltung andererseits und zur Kommunikation zwischen beiden Ebenen können aber getroffen werden.

6.3.1 Vernetzung im Stadtteil

Bereits vor Beginn des Sanierungsprozesses und der notwendigen Vorarbeiten gab es die AG Finkenberg, als Zusammenschluss zahlreicher und unterschiedlicher Akteure im Stadtteil, so dass bereits von einer recht guten Vernetzung im Stadtteil gesprochen werden konnte. Über den neu eingerichteten Sanierungsbeirat konnten weitere Akteure, die nicht an der AG beteiligt waren, für den Sanierungsprozess aktiviert werden. Beispielhaft zu nennen sind einige Wohnungsgesellschaften. Der Sanierungsbeirat hat in erster Linie die Aufgabe, politische Beschlüsse vorzubereiten, d.h. den Sanierungsprozess zu steuern. Durch die großen personellen Über-

Beschreibung des Ansatzes und der Effekte in Finkenberg

schneidungen zwischen AG Finkenberg und Sanierungsbeirat ist davon auszugehen, dass es im Stadtteil einen guten Informationsfluss über Entscheidungen und Fortschritte im Sanierungsprozess gibt.

Unabhängig vom Sanierungsbeirat haben nach Einschätzung einiger befragter Akteure im Stadtteil allein die Diskussionen um den Sanierungsprozess und konkret um die Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes die Kontakte zwischen den Stadtteilakteuren intensiviert.

6.3.2 *Kommunikation zwischen Stadtteil und Verwaltung*

Die Benennung eines zentralen Ansprechpartners für den Stadtteil innerhalb der kommunalen Verwaltung in Person des Stadtteilmanagers wird im Stadtteil sehr positiv aufgenommen. Die Akteure versprechen sich davon eine Vereinfachung und Beschleunigung von Kommunikationsprozessen und Zusammenarbeit mit der Verwaltung. In diesem Zusammenhang wird aber die mangelnde Präsenz des Stadtteilmanagers vor Ort kritisiert. In Kürze soll ein – lange geplantes – Vor-Ort-Büro als Kontaktstelle für den Stadtteilmanager eingerichtet werden, so dass er auch innerhalb des Stadtteils einfacher und niedrigschwelliger angesprochen werden kann.

Vor dem Hintergrund der seit Beginn an bestehenden Defizite im Stadtteil und der aus Sicht der lokalen Akteure häufigen, aber folgenlosen Versprechungen der Stadt⁹² auf Abhilfe führen die Verzögerungen im aktuellen Sanierungsprozess zu Unzufriedenheit der Akteure im Stadtteil gegenüber der Verwaltung und entsprechend auch dem Stadtteilmanager. Inwiefern diese Unzufriedenheit die Kommunikation zwischen Stadtteilmanager und Akteuren vor Ort im Weiteren belasten werden, ist – auf Basis der vorliegenden Informationen – nicht abschätzbar.

⁹² Ein besonders akutes Beispiel hierfür ist die von Beginn an immer wieder diskutierte Verbesserung der Infrastruktur für Jugendliche im Stadtteil. Bereits Mitte der 1970er Jahre hat die Stadt die eine Jugendeinrichtung für Finkenberg in Aussicht gestellt (vgl. Kölner Stadtanzeiger vom 26. Januar 2001). Diese wird auch im aktuellen Handlungskonzept angeführt.

6.3.3 *Vernetzung innerhalb der Verwaltung*

Für die stadtteilorientierte Vernetzung innerhalb der kommunalen Verwaltung stellen die neuen Arbeitsformen – ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter Koordination des Stadtteilmanagers – nach Einschätzung beteiligter Mitarbeiter/innen einen innovativen Schritt dar. Die Erarbeitung des Integrierten Handlungskonzeptes für Finkenberg hat erstmalig in Köln zu einer Integration verschiedener Handlungsbereiche bereits im Planungsstadium geführt. Die Integration bezieht sich dabei sowohl auf die verschiedenen Arbeitsfelder, als auch auf die verschiedenen Arbeitsphasen (bei der Planung der Sanierung wird die konkrete Umsetzung bereits mitgedacht, z.B. über die Definition von Startermaßnahmen). Bei der herkömmlichen Bearbeitungsweise in Form von einzelnen Fachplanungen kann hingegen die Integration und Verknüpfung der unterschiedlichen Sichtweisen und Ansätze erst in der Umsetzungsphase erfolgen und ist dann meist mit erheblichen Reibungsverlusten und Friktionen konfrontiert.

6.4 **Fazit**

Die Stadt Köln hat für die Sanierung des Stadtteils Finkenberg einen integrierten Handlungsansatz gewählt. Dies bezieht sich zum einen auf die frühzeitige Integration und Abstimmung der unterschiedlichen Fachressorts der Verwaltung und zum anderen auf die Integration von kommunalen und lokalen Akteuren in einen gemeinsamen Prozess für die Stadteilerneuerung. Die Schnittstelle zwischen Stadtteil und kommunaler Verwaltung bildet der eingesetzte Stadtteilmanager, der die Bündelung von Aktivitäten und Ressourcen sowie die Vernetzung der Akteure im Stadtteil genauso zu seiner Aufgabe macht wie die Koordination und Bündelung von Ressourcen innerhalb der Verwaltung. Aufgrund der genannten Schwierigkeiten konnte diese zentrale Koordinationsfunktion bislang allerdings nur in begrenztem Umfang ausgeübt werden.

7 Potenziale von Freier Wohlfahrtspflege und Kommune für die Stadtteilprävention

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln die untersuchten Stadtteile und Handlungsansätze dargestellt und ihre Wirkungen beschrieben wurden, soll nun der Fokus auf die übergeordnete Fragestellung gerichtet werden: Welche Potenziale weisen die Akteure Kommune und Freie Wohlfahrtspflege für den Arbeitsansatz der Stadtteilprävention auf? Ziel ist die jeweiligen Stärken und auch Schwächen diesbezüglich herauszuarbeiten, um im folgenden Kapitel geeignete Organisationsformen für die Stadtteilprävention und die diesbezüglich sinnvollen Schnittstellen zwischen Kommune und Freier Wohlfahrtspflege zu bestimmen.

Die Analyse der Potenziale für die Stadtteilprävention basiert in erster Linie auf den drei in Köln untersuchten Handlungsansätze. Um – u.a. aufgrund der beschriebenen Schwierigkeiten mit der Einschätzung des Ansatzes in Finkenbergr – die Analysegrundlage zu erweitern, werden zusätzlich entsprechende Beispiele aus anderen Städten herangezogen. Diese werden zunächst im Abschnitt 7.1 kurz vorgestellt. Anschließend werden auf Basis eines eher allgemeinen Vergleichs der strukturellen Voraussetzungen von Kommune und Freier Wohlfahrtspflege die Potenziale beider Akteure für die Stadtteilprävention untersucht.

7.1 Profile weiterer Untersuchungsbeispiele für eine stadtteilbezogene Prävention

In die nachfolgenden Analysen und Empfehlungen zu geeigneten Arbeits- und Organisationsformen einer stadtteilbezogenen Prävention sind über die Beispiele in den bereits beschriebenen drei Kölner Stadtteilen hinaus weitere Beispiele aus der Stadt Köln und anderen Kommunen in NRW eingeflossen, die sich durch die Praxis sozialräumlicher Arbeitsansätze der Stadtverwaltung in der Stadtteilprävention kennzeichnen und seitens des InWIS in Form von Expertengesprächen und Literaturanalyse ausgewertet

wurden. Es handelt sich hierbei um

- die stadtteilbezogenen Arbeitsansätze der Zentralen Fachstelle in der Stadt Duisburg,
- die stadtteilbezogenen Arbeitsansätze der Fachstelle Wohnen der Stadt Köln,
- die stadtteilbezogenen Arbeitsansätze der Stadt Gelsenkirchen,
- das sozial- und bewohnerorientierte Stadtteilentwicklungsprojekt in Hamm-Norden,
- das Projekt der stadtteilbezogenen Prävention in Siegen-Heidenberg.

Im Folgenden werden diese Beispiele jeweils in Form eines Steckbriefes dargestellt.

7.1.1 *Stadtteilbezogene Arbeitsansätze der Zentralen Fachstelle in der Stadt Duisburg*

Aufgaben- und Organisationsstruktur der Fachstelle

Die Arbeit der Zentralen Fachstelle beruht auf drei Säulen⁹³: Der Wohnungsnotfallprävention, der Beseitigung von Wohnungslosigkeit sowie – in Form von stadtteilorientierter Arbeit – der Prävention und Beseitigung von sozialen Brennpunkten.

Die Zentrale Fachstelle ist dem Amt für Wohnen und Soziales und dort einer Abteilung zugeordnet, zu der auch die Aufgabenbereiche der Wohnungsbauförderung und Wohnraumvermittlung (ehemals Wohnungsamt) sowie die Schuldnerberatung und die Verwaltung der Obdachlosensiedlungen gehört. Nach Aussagen der befragten Experten setzt die in Duisburg organisierte Fachstelle damit das Grundkonzept der Zentralen Fachstelle, wie es vom Deutschen Städtetag empfohlen wird, um.

⁹³ Die Ausführungen beruhen auf Gesprächen mit Mitarbeiter/innen der Fachstelle (Leitungsebene, Stadtteilsozialarbeit) und mit der zuständigen Leitungsebene im Amt für Soziales und Wohnen.

Sozialraumorientierte Arbeitsansätze

Sozialraumorientierte Arbeitsansätze werden in denjenigen Stadtteilen verfolgt, in denen das von der Fachstelle installierte Frühwarnsystem z.B. Hinweise auf eine signifikant steigende Anzahl akuter Wohnungsnotfälle oder Wohnungswechsel gibt. Dort werden zu den sog. Akuthelfern, deren Einsatzbereich gebietsbezogen eingegrenzt und deren Aufgabe die einzel-fallbezogene Wohnungsnotfallprävention ist, von der Zentralen Fachstelle zusätzlich sogenannte Stadtteilsozialarbeiter eingesetzt, die gebietsbezogenen tätig werden. Aufgaben der Stadtteilsozialarbeiter sind vor allem:

- Gewinnung von Informationen zu Problemen im Stadtteil in Kontakt mit anderen Verwaltungsstellen und örtlichen Akteuren sowie deren Aufbereitung als Handlungsgrundlage für die Stadtverwaltung,
- Initiierung und Unterstützung von Projekten in den Stadtteilen in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren und Verwaltung,
- Ggf. Initiierung und Moderation von stadtteilbezogenen Gremien, um im Stadtteil selbsttragende, vernetzte Strukturen aufzubauen,
- Vermittlung von Kontakten zu den Ämtern der Stadtverwaltung und anderen Akteuren bei der Umsetzung von stadtteilbezogenen Projekten,
- Wahrnehmung einer Brückenfunktion, d.h. Herstellung einer Verbindung zwischen den von Bewohnern und lokalen Akteuren geäußerten Bedarfen und der Verwaltung in Form der Zentralen Fachstelle, damit seitens der Fachstelle bzw. in Zusammenarbeit zwischen Fachstelle und anderen Ämtern begünstigende Rahmenbedingungen für die Stadtteilentwicklung geschaffen werden.

Die Stadtteilsozialarbeiter sind in die Zentrale Fachstelle integriert und arbeiten entweder anlassbezogen vor Ort, z.B. bei der Begleitung von Runden Tischen, oder aber sie richten im Stadt-

teil eine räumliche Anlaufstelle ein, in der sie regelmäßig präsent sind. Ihre stabilisierende Rolle in dem jeweiligen Stadtteil ist zeitlich begrenzt bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die örtlichen Probleme auch von den örtlichen Akteuren bearbeitet werden können und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen wie etwa eine verbesserte Belegungssteuerung durch die Verwaltung geschaffen wurden.

Sie übernehmen gegenüber der Kommunalverwaltung die Aufgabe eines „Fühlers“ der Verwaltung in den Stadtteil. Die örtliche Problemsituation und der Bedarf an flankierenden Maßnahmen der Stadtverwaltung in der Stadtteilprävention werden durch den Stadtteilsozialarbeiter bei der Zentralen Fachstelle festgestellt. Sodann wird auf der Ebene der Zentralen Fachstelle wie auch ggf. auf übergeordneter Amtsleiter Ebene über entsprechende Unterstützungsmaßnahmen für den Stadtteil entschieden. Hierbei kommen Maßnahmen zum Tragen, die in den Zuständigkeitsbereich des Amtes für Soziales und Wohnen fallen, also z.B. eine gezielte Belegungssteuerung und die Freistellung von der Ausgleichsabgabe. Durch direkte Kontakte mit anderen Ämtern (etwa in Form gemeinsamer Gremien) und durch reguläre Anschreiben anderer Ämter versucht die Fachstelle, innerhalb der Verwaltung weitere Maßnahmen für die Stadtteilprävention anzustoßen.

7.1.2 Stadtteilbezogene Arbeitsansätze der Fachstelle Wohnen in der Stadt Köln

Aufgaben- und Organisationsstruktur der Fachstelle

Die Fachstelle Wohnen der Stadtverwaltung Köln ist nach der Neustrukturierung der Verwaltung dem Amt für Soziales und Senioren zugeordnet.⁹⁴ Vor der Neustrukturierung waren alle Ressourcen für die Hilfen für Wohnungsnotfälle innerhalb der Verwaltung in Form der Zentralen Fachstelle beim Wohnungsamt angesiedelt. Das

⁹⁴ Die Ausführungen beruhen auf Gesprächen mit den zuständigen Mitarbeiterinnen der Fachstelle.

Konzept der Zentralen Fachstelle entsprach demnach dem Grundkonzept gemäß der Empfehlung des Deutschen Städtetages. Die Zentrale Fachstelle ist jedoch nicht als geschlossene Dienststelle mit allen ehemals vorhandenen Hilfen dem Amt für Soziales und Senioren zugeordnet worden, sondern die Verwaltung von Obdachloseneinrichtungen und Flüchtlingsunterkünften (mit Ausnahme der Hotel- und Wohnheimunterbringung) ist in die Zuständigkeit einer eigenen Dienststelle, dem sog. „Wohnversorgungsbetrieb“, übergegangen. Das Prinzip der Fallzuständigkeit der Fachstelle von den ersten wohnraumsichernden Maßnahmen bis zur ggf. notwendigen Notunterbringung und weiter zur Reintegration in Normalwohnraum ist damit durchbrochen worden. Mit den organisatorischen Veränderungen ging gleichzeitig die politische Vorgabe einher, die kommunale Vermittlung öffentlich geförderter Wohnungen auf die Versorgung von Wohnungsnotfällen der Dringlichkeitsstufen 1 und 2 zu beschränken.⁹⁵ In der aktuellen Diskussion ist nun wieder die Ausweitung der aktiven Wohnungsvermittlung.⁹⁶ Diese angedachte Ausweitung umfasst jedoch nicht die Gruppe derjenigen Wohnungssuchenden, die aufgrund ihres Einkommens nach §9 Abs. 2 WoFG berechtigt sind. Die Einschränkung in der Wohnraumvermittlung wird aller Voraussicht nach auch erhebliche Einschränkungen in der Belegungssteuerung in den Belegungsrechtsbeständen nach sich ziehen. Des Weiteren wird politisch diskutiert, den offensiv zugehenden hauswirtschaftlichen Dienst, der im Rahmen der Wohnungserhaltung tätig ist, aufzulösen. Bereits um-

gesetzt wurde eine Richtlinie zur Übernahme von Mietrückständen (wirtschaftliche Wohnhilfe), wonach sowohl die Zielgruppe der Haushalte, für die Mietrückstände übernommen werden, eingeschränkt als auch – vor allem – der Umfang der Hilfen auf nunmehr maximal 6 Monate Mietrückstandsübernahme beschränkt wurden. Die Wohnungsnotfallprävention wurde damit geschwächt. Von politischer Seite werden die durchgeführten und anvisierten Maßnahmen mit Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerung der Fachstelle Wohnen durch die Anbindung ans Sozialamt begründet. Insgesamt wird jedoch die Steuerungsfunktion der Fachstelle ein großes Stück aufgegeben.

Die Arbeit der Fachstelle Wohnen beruht derzeit auf drei Säulen: Der Wohnungsnotfallprävention, der Stadtteilarbeit und Belegungssteuerung in benachteiligten Stadtgebieten sowie der Wohnraumversorgung und Hotel-/ Heimunterbringung.

Organisatorisch gliedert sich die Fachstelle Wohnen in vier Bereiche:

- Akutversorgung von Wohnungsnotfällen (Unterbringungsregelungen bei Obdachlosigkeit, Verwaltung der Belegungsrechtswohnungen, wirtschaftliche Hilfen in Hotelfällen),
- Wohnungserhaltung (wirtschaftliche Wohnhilfen, ordnungsrechtliche Unterbringungen),
- Sozialer und Hauswirtschaftlicher Dienst (Stadtteilarbeit und Belegungssteuerung, Kooperation mit Wohnungswirtschaft, Konzeptionierung des Hilfesystems, aufsuchende Akuthilfe, persönliche Hilfen zur Wohnungssicherung, usw.),
- Wohnungsversorgung (Versorgung von Kernfällen mit öffentlich geförderten Wohnungen, zentrale Steuerung der Belegung öffentlich geförderter Wohnungen, Wohnungsbestandsverwaltung usw.).

⁹⁵ Stufe 1: Unbewohnbare Wohnung; Stufe 2: Akute und latente Obdachlosigkeit – Räumungsurteil rechtskräftig ohne gerichtlichen Räumungsschutz, Wohnungsbeschlagnahmefall, Entlassung aus Klinik oder Strafanstalt, Kündigung ist unabwendbar bei der Freisetzung von echten Werkdienstwohnungen

⁹⁶ Die Ausweitung betrifft Haushalte in Wohnungen, die gesundheitliche Schäden hervorrufen, Personen, deren Wohnungen erheblich zu klein oder zu groß sind, Bewohner von Übergangsheimen, Obdachloseneinrichtungen und stationären Heimen sowie Sozialhilfeempfänger in Wohnungen mit zu hoher Miete.

Sozialraumorientierte Arbeitsansätze

Die Fachstelle Wohnen verfolgt mehrere sozialräumliche Arbeitsansätze. Dabei sind vor allem zwei Ansätze hervorzuheben:

(1) In (derzeit 4) Stadtteilen, in denen die Fachstelle aufgrund eines nennenswerten Anteils an Belegungsrechtswohnungen Einflussmöglichkeiten auf die Belegungssteuerung hat und die in verschiedener Weise auffällig sind (etwa durch hohen Anteil Wohnungsnotfälle, Leerstände bei den Belegungsrechtswohnungen, hohe Fluktuation) beauftragt die Fachstelle Träger der freien Wohlfahrtspflege per Leistungsvertrag und Zielvereinbarungen mit der Initiierung und Durchführung von Gemeinwesenarbeit. Hierfür steht der Fachstelle ein Budget zur Verfügung, da eigene personelle Ressourcen nicht vorhanden sind. Die Aufgabenteilung zwischen Fachstelle und beauftragtem freien Träger gestaltet sich folgendermaßen:

- Die für den Stadtteil zuständige Mitarbeiterin der Fachstelle nimmt eine Brückenfunktion wahr zwischen den im Stadtteil festgestellten Bedarfen und der Verwaltung in Form der Fachstelle, damit seitens der Fachstelle bzw. in Zusammenarbeit zwischen Fachstelle und anderen Ämtern begünstigende Rahmenbedingungen für die Stadtteilentwicklung geschaffen werden.
- Die Fachstelle selbst organisiert „alles rund ums Wohnen“: sensible Belegungssteuerung, evtl. Initiierung von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand, Mitwirkung bei der Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil, einzelfallbezogene Arbeit, Installierung eines Frühwarnsystems für Mietrückstände in Kooperation mit Vermietern, Information und Sprechstunden des Hauswirtschaftlichen Dienstes.
- Der beauftragte freie Träger ist verantwortlich für die Initiierung und Durchführung der konkreten Gemeinwesenarbeit.

- Hinsichtlich der Vernetzung der relevanten Akteure für den Stadtteil in Form von Arbeitskreisen zur Gemeinwesenarbeit gestaltet sich die Arbeitsteilung unterschiedlich: Entweder initiiert die für den Stadtteil zuständige Mitarbeiterin der Fachstelle die Vernetzung der örtlichen Akteure und koordiniert diesen Arbeitskreis, oder aber sie unterstützt die Vernetzung, die durch die Gemeinwesenarbeit verantwortlich betrieben wird, und tritt selbst als Teilnehmerin auf. Ziel der Arbeitskreise ist es u.a., gemeinsame Zielvorstellungen für den Stadtteil zu entwickeln, daraus konkrete Projekte abzuleiten und alle möglichen Hilfen bzw. Ressourcen im Stadtteil zu koordinieren, um die Zielvorstellungen umzusetzen.

(2) In bestimmten Stadtteilen, in denen eine Konzentration von Belegungsrechtswohnungen vorhanden sind, werden von der Fachstelle örtliche Arbeitskreise zur Belegungssteuerung initiiert. Ziele der Arbeitskreise sind die gezielte Belegungssteuerung, die koordinierte Einzelfallhilfeplanung bei Wohnungsnotfällen sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil. Die Arbeitskreise werden unter Federführung der Fachstelle bewusst mit einem entscheidungsfähigen und daher begrenzten Kreis an Akteuren, wozu Vertreter der Wohnungsanbieter, des ASD, der Jugendpflege und evtl. auch einzelner stadtteilbezogener Institutionen gehören, durchgeführt.

7.1.3 Stadtteilbezogene Arbeitsansätze der Stadt Gelsenkirchen

Die Stadt Gelsenkirchen ist seit 1994 mit dem Gebiet Bismarck/Schalke-Nord im Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ bzw. heute „Soziale Stadt NRW“ vertreten.⁹⁷ In der zehnjährigen Laufzeit des Pro-

⁹⁷ Die folgenden Ausführungen beruhen auf Expertengesprächen mit den zuständigen Mitarbeiter/innen der Stadtteilbüros in Bismarck/Schalke-Nord und Südost sowie im Referat Stadtplanung. Ergänzende Informationen sind dem Abschluss-

gramms wurden sowohl innerhalb der kommunalen Verwaltung als auch auf Ebene des Stadtteils viele Erfahrungen mit der Steuerung und Umsetzung von Stadteilerneuerungsprozessen gesammelt. Seit 2002 ist mit Gelsenkirchen-Südost ein zweites Gebiet in das Landesprogramm aufgenommen worden. Auf Basis der Erfahrungen mit Bismarck/Schalke-Nord wurden für den Stadterneuerungsprozess in Südost Organisations- und Steuerungsstrukturen geschaffen, die auch für Ansätze der Stadtteilprävention von Interesse sind.

Aufgaben und Organisation auf Ebene der kommunalen Verwaltung

Um zu gewährleisten, dass seitens der kommunalen Verwaltung ein integrierter Handlungsansatz zur Stadteilerneuerung im Gebiet Südost verfolgt wird, wurden bei den drei für diesen Themenfeld zentralen Dezernaten (in Gelsenkirchen als Verwaltungsvorstände bezeichnet) jeweils Koordinationsbüros eingerichtet. Diese Büros sind unmittelbar den Dezernenten (Verwaltungsvorständen) zugeordnet. Jeweils ein Büro ist beim Vorstandsbereich Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz, Kultur, Bildung und Sport sowie Planen, Bauen und Umwelt angesiedelt.

Zur gemeinsamen Steuerung des Stadterneuerungsprozesses im Gebiet Südost wurde ein zentrales Gremium eingerichtet. Dieses als G7 bezeichnete Arbeitsgruppe besteht aus Vertreter/innen der drei Koordinationsbüros, einem Vertreter des Referats Wirtschaftsförderung, dem verantwortlichen Projektkoordinator im Referat Stadtplanung sowie 1 Vertreter/in des Stadtteilbüros. Dieses Gremium ist unmittelbar für den Erfolg des Stadterneuerungsprozesses zuständig.

Hier wird nicht nur über einzelne Maßnahmen entschieden, sondern gemeinsam die strategische und integrierte Vorgehensweise der Kommunalverwaltung entwickelt. Das Gremium ist aufgrund seiner Position und der engen Anbindung an die Verwaltungsvorstände in der Lage, den Prozess zu steuern und auf die Bereitstellung der jeweils für die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen benötigten Ressourcen innerhalb der Verwaltungsbereiche hinzuwirken.

Andere Fachbereiche, die nicht unmittelbar und kontinuierlich in dem Erneuerungsprozess involviert sind, werden in einer jährlich stattfindenden Sitzung über den Erneuerungsprozess informiert und zur aktiven Mitarbeit motiviert.

Das Stadtteilbüro Südost ist zentraler Akteur und Motor im gesamten Erneuerungsprozess. Neben seinen Aufgaben auf Stadtteilebene fällt den Mitarbeiter/innen des Büros auch die Geschäftsführung des G7-Gremiums zu. Das Stadtteilbüro bereitet die Tagesordnung und entsprechende Vorlagen vor und stellt so die Voraussetzungen für die Steuerungsfunktion des Gremiums sicher. Daneben ist das Stadtteilbüro auch für Erstellung von Vorlagen für die (auf übergeordneter Ebene) beschlussfassenden Organe zuständig. Durch seine Funktionen sowohl im Stadtteil als auch innerhalb der kommunalen Verwaltung stellt das Stadtteilbüro die zentrale Schnittstelle im Stadteilerneuerungsprozess dar, an der die Informationen über Entwicklungen und Projekte im Stadtteil und Planungsschritte und Umsetzungsstand von Maßnahmen zusammenlaufen.

Aufgaben und Organisation auf Stadtteilebene

Auf Stadtteilebene ist das Stadtteilbüro im Rahmen der Stadteilerneuerung zentraler Ansprechpartner für Akteure und Bewohner/innen aus dem Stadtteil. Es bündelt Informationen und Bedarfe und stellt den Informationsfluss zwischen Stadtteil und Verwaltung sicher. Das Stadtteilbüro ist für die gesamte Umsetzung des Prozesses im Stadtteil verantwortlich. Als Außenstelle des Referats Stadtplanung hat es dazu

bericht der sogenannten „Programmbegeleitung vor Ort“ entnommen, die während der Teilnahme des Gebiets Bismarck/Schalke-Nord als Modellgebiet am Bundesprogramm Soziale Stadt erfolgt ist (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2002): Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg der Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. ILS-Schrift Nr. 186, Dortmund.)

die erforderlichen Kapazitäten und Kompetenzen, um die einzelnen Projekte und Vorgänge von der Planung und Mittelbeantragung über die eventuelle Auftragsvergabe an Dritte bis zur Abrechnung abzuwickeln.

Für die inhaltliche Steuerung des Erneuerungsprozesses im Stadtteil wurde ein Gebietsbeirat eingerichtet. Der Gebietsbeirat hat 17 Mitglieder: jeweils 2 Vertreter/innen der beiden für das Programmgebiet Südost zuständigen Bezirksvertretungen, je 1 Vertreter/in der im Stadtrat vertretenen Fraktionen und der Vorsitzende des Ausländerbeirats; hinzu kommen 9 Bewohner/innen des Gebiets, die auf Stadtteilkonferenzen in den drei Teilräumen des Gebiets gewählt wurden. Dieses Gremium hat formal keine Entscheidungsbefugnis über die Mittelverwendung im Programm, sondern lediglich eine beratende Funktion. Faktisch werden aber die hier getroffenen Entscheidungen über das Stadtteilbüro in die Verwaltung und in das Steuerungsgremium weitergeleitet. Zudem ist über die Einbindung der politischen Vertreter/innen in den Gebietsbeirat ein informeller Weg gefunden, die Meinungsbildung in den politischen Gremien frühzeitig zu beeinflussen und die Möglichkeit eröffnet, Informations- und Reibungsverluste zwischen den verschiedenen Gremien zu reduzieren.

7.1.4 Das sozial- und bewohnerorientierte Stadtteilentwicklungsprojekt in Hamm-Norden

Aufgaben- und Organisationsstruktur im Stadtteilentwicklungsprozess

Das Gebiet Hamm-Norden wurde 1994 in das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ der Landesregierung NRW und 1999 in das Bund-/Länderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ aufgenommen.⁹⁸ Die Organisationsstruktur im Stadtteilentwicklungsprozess ist –

bedingt auch durch die weitreichenden Handlungsbedarfe und die dadurch notwendige Koordination und Vernetzung unterschiedlichster Akteursgruppen – durch eine diversifizierte Kooperationsstruktur in Form von Arbeitskreisen und Gremien und durch eine „auf mehrere Schultern“ gelagerte Entscheidungsstruktur gekennzeichnet.

Die Federführung für das sog. Stadtteilentwicklungsprojekt innerhalb der Stadtverwaltung liegt im Sozialdezernat, die Aufgabe der Koordination des Stadtteilprojektes ist im Jugendamt angesiedelt. Die Akquisition und Verwaltung der Fördermittel sowie die Leitung der Städtebauprojekte obliegt dem Planungsamt. Zur gesamtstädtischen Steuerung, d.h. für eine relativ reibungslose verwaltungsinterne Umsetzung von Stadtteilprojekten, ist eine ämterübergreifende Lenkungsgruppe eingesetzt. Zur konkreten Steuerung der im Rahmen des Stadtteilprojektes initiierten und geförderten Projekte wurde eine ämter-, ressort- und trägerübergreifende Arbeitsgruppe, der sog. Arbeitskreis Hamm-Norden, eingesetzt. Weitere Gremien und Arbeitskreise sorgen für die Vernetzung und Zusammenarbeit auf der Ebene der stadtteilbezogenen Akteure sowie zwischen örtlichen Akteuren, Stadtverwaltung und Politik.

Sozialraumorientierte Arbeitsansätze

Sowohl die Stadtverwaltung als auch die freie Wohlfahrtspflege verfolgen in Hamm-Norden sozialraumorientierte Arbeitsansätze. In der Verwaltung wurde nach einer sozialräumlichen und inhaltlichen Verknüpfung von stadtplanerischen und familien- bzw. sozialhilferechtlichen Handlungsansätzen gesucht. Es erschien sinnvoll, eine Stadtteilarbeit nicht allein als soziales oder städtebauliches Projekt zu beginnen, sondern nach einem integrierten Ansatz zu suchen. Im Rahmen dieses Ansatzes wurden modellhaft in Hamm-Norden dezentrale Verwaltungseinheiten des Jugendamtes, des Sozialamtes wie auch des Planungsamtes eingerichtet. Das Jugendamt als Koordinierungsinstanz hat für den Stadtteil einen Verwaltungsmitarbeiter als sog. Stadtteilkoordinator bzw. Quartiersmanager eingesetzt.

⁹⁸ Die Ausführungen basieren auf Fachgesprächen mit Mitarbeiter/innen von Freier Wohlfahrtspflege und Verwaltung im Stadtteil.

Zugleich ist in dem Stadtteil auch ein Stadtteilbüro in der Trägerschaft zweier Träger der freien Wohlfahrtspflege tätig. Die Einrichtung des Stadtteilbüros war eine der Hauptforderungen engagierter Akteure und Bürger im Stadtteil und wurde bereits im Jahr 1993 von der Kommune in Zusammenarbeit mit der AWO und dem Katholischen Sozialdienst Hamm (KSD) umgesetzt. Die Personalstellen wie auch die Sachmittel wurden zunächst von der Kommune und später aus dem Landesprogramm finanziert, denn das Stadtteilbüro wurde auch Bestandteil des sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm-Norden. Derzeit ist das Büro mit einer Personalstelle für die Stadtteilarbeit zzgl. eines Sachmittelbudgets ausgestattet.

Die Aufgaben des Stadtteilmanagements übernehmen mit jeweils unterschiedlicher Schwerpunktsetzung der Stadtteilkordinator des Jugendamtes und das Stadtteilbüro in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege. Sie umfassen vor allem die inhaltliche und konzeptionelle Steuerung des Stadtteilentwicklungsprojektes, die Projektentwicklung, Moderationsaufgaben, Vermittlung zwischen und Vernetzung von Akteuren.

Im Rahmen des Stadtteilmanagements stellt der Stadtteilkordinator quasi das Verbindungsglied zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und den im Stadtteil ansässigen Institutionen dar und trägt zudem für die Bereitstellung notwendiger Grundlagen für ein koordiniertes Verwaltungshandeln Sorge. Die Schwerpunkte des Stadtteilbüros liegen demgegenüber eher in der Wahrnehmung einer Brückenfunktion zwischen den Bewohnerbedarfen und der Verwaltung sowie in der Kooperation mit lokalen Akteuren der Wohlfahrtspflege. Zudem übernimmt das Stadtteilbüro selbst auch zeitlich befristete Tätigkeiten, Projekte und soziale Angebote für die Zielgruppe der Stadtteilbewohner, um bestehende Lücken im sozialen Infrastrukturangebot im Stadtteil zu schließen und bürgerschaftliches Engagement zu initiieren und zu begleiten (z.B. Initiierung und Begleitung eines Mieterbeirates).

Grundlage für die Steuerung der Tätigkeit des Stadtteilbüros auch im Sinne der Kommunalverwaltung ist einerseits das gemeinsam entwickelte Stadtteilentwicklungskonzept mit seinen Zielen und Aufgabenbeschreibungen, andererseits dazu entwickelte, gemeinsame Arbeitsstrukturen mit der Stadtverwaltung.

7.1.5 Das Projekt der stadtteilbezogenen Prävention in Siegen-Heidenberg

Aufgaben- und Organisationsstruktur im Stadtteilentwicklungsprozess

Das Stadtteilbüro in Siegen-Heidenberg ist eine Außenstelle der Zentralen Fachstelle der Stadt Siegen.⁹⁹ Der Mitarbeiter im Stadtteilbüro ist ausschließlich für die Arbeit im Stadtteil zuständig, nimmt aber an allen Dienstbesprechungen der Fachstelle teil und ist darüber in die Fachstellenarbeit eingebunden. Die Aufgaben der Zentralen Fachstelle untergliedern sich in vier Felder, aus denen sich auch die Arbeit des Stadtteilbüros ableitet:

1. Wohnungserhalt, Vorbeugende Wohnungslosenhilfe (Vollständige Verhinderung von Wohnungsverlusten)
2. Wohnraumversorgung (Verwaltung und Auflösung von Obdachloseneinrichtungen, Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten)
3. Wohnraumbeschaffung (Kooperation mit der Wohnungswirtschaft, Vermittlung angemessener Wohnungen an alle Haushalte in unzumutbaren Wohnverhältnissen)
4. Betreuung, Vermittlung und Kooperation (Koordination aller Wohnhilfen)

Gegenüber dem vom Deutschen Städtetag vorgeschlagenen Modell einer Zentralen Fachstelle bleibt die Siegener Einrichtung beim Umfang der Entscheidungsbefugnisse zurück. So obliegen etwa Gewährung von finanziellen Hil-

⁹⁹ Die Ausführungen basieren auf Fachgesprächen mit Mitarbeiter/innen von Freier Wohlfahrtspflege und Verwaltung im Stadtteil.

fen zur Wohnungssicherung (§15a, 72 BSHG) und von Anmihilfen durch Kautionsgewährung oder Umzughilfen den Mitarbeiter/innen der Abteilung Soziales.¹⁰⁰

Das Stadtteilbüro ist zunächst als Modellprojekt im Rahmen des Landesmodellprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden, dauerhaftes Wohnen sichern“ im Förderbaustein „Erprobung stadtteilbezogener Prävention“ eingerichtet worden, und wird mittlerweile unbefristet von der Stadt Siegen finanziert.

Sozialraumorientierte Arbeitsansätze

Hintergrund für die Einrichtung des Stadtteilbüros und damit für einen sozialraumorientierten Arbeitsansatz der Fachstelle in Heidenberg war der Erwerb von rund 160 ehemals von den belgischen Streitkräften bewohnten Wohneinheiten durch die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH. Durch die finanzielle Förderung des Erwerbs durch das Land NRW erhielt die Stadt Siegen ein Besetzungsrecht für diese Wohnungen. Aufgrund der damaligen Situation wurde ein Großteil der Wohnungen mit akuten Wohnungsnotfällen belegt, 20% der Wohnungen wurden allerdings bewusst fehlbelegt, um eine gemischte Belegungsstruktur zu erhalten. Dennoch war für den Großteil der neu angesiedelten Haushalte eine Mehrfachbelastung (durch ökonomische, soziale und gesundheitliche Defizite) charakteristisch. Zusammen mit den bereits ansässigen Haushalten, die ebenfalls vielfach nur über geringe und unregelmäßige Einkommen verfügen oder gänzlich auf Transferzahlungen angewiesen sind, war nun insgesamt ein großer Personenkreis im Stadtteil aufgrund unregelmä-

ßiger Mietzahlungen von Kündigungen und Wohnungsverlust bedroht.¹⁰¹

Vor diesem Hintergrund richtet sich die übergeordnete Zielsetzung des Stadtteilbüros auf die Vermeidung und Überwindung von Wohnungslosigkeit durch Prävention, die Zusammenarbeit aller Akteure der Sozial- und Wohnungsversorgung, die Verbesserung der sozialen Infrastruktur sowie die Steigerung der Wohnqualität im Stadtteil. Zur Zielerreichung setzt die Arbeit des Stadtteilbüros zum einen bei den lokalen Akteuren, zum anderen bei den Bewohner/innen des Stadtteils an. Neben dem Beratungsangebot bei und vor Wohnungsnotfällen (und aufgrund der Nachfrage auch in sozialen Notlagen) zählen zu den seitens des Stadtteilbüros eingesetzten Maßnahmen auch die Initiierung von Arbeitskreisen¹⁰² und Bürgerforen, die Aktivierung und Förderung von Selbsthilfepotenzialen der Bewohner/innen und die Anregung und Organisation von Aktionen zur Wohnumfeldverbesserung und Stabilisierung von Nachbarschaften (z.B. über Hausversammlungen in Kooperation mit den Wohnungsunternehmen)¹⁰³.

Als wichtigste Maßnahme zur Prävention von Wohnungsnotfällen hat das Stadtteilbüro Kooperationsvereinbarungen mit den beiden relevanten Wohnungsunternehmen geschlossen: Die Wohnungsunternehmen verpflichten sich, bei drohenden Mietvertragskündigungen das Stadtteilbüro zu informieren, so dass der Mitarbeiter hier seinerseits die betroffenen Haushalte mit Hinweisen

¹⁰⁰ Vgl.: Stadt Siegen, Fachbereich Soziales, Familie, Jugend und Wohnen, Abteilung Wohnen, Stadtteilbüro Heidenberg (Hrsg.) (1999): Zwischenbericht des Siegener Modellprojekts „Stadtteilbezogene Prävention“ im Stadtteil Heidenberg. Siegen. S. 4f.

¹⁰¹ Vgl.: Stadt Siegen, Fachbereich Soziales, Familie, Jugend und Wohnen, Abteilung Wohnen, Stadtteilbüro Heidenberg (Hrsg.) (1999): Zwischenbericht des Siegener Modellprojekts „Stadtteilbezogene Prävention“ im Stadtteil Heidenberg. Siegen. S.1f.

¹⁰² Zum Beispiel der Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche am Heidenberg“, an dem zahlreiche Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit teilnehmen.

¹⁰³ Beispielsweise über Hausversammlungen in Kooperation mit den Wohnungsunternehmen, auf denen Probleme zwischen den MieterInnen und mit dem Vermieter angesprochen und Lösungen angeregt werden.

Räumungsklagen wegen Zahlungsverzugs Informationen über drohende Wohnungsverluste. Hilfreich zur Bearbeitung von Wohnungsnotfällen ist aus Sicht des Mitarbeiters des Stadtteilbüros auch, dass er direkt auf die Wohnungsangebote der kommunalen Wohnungsvermittlung zugreifen kann. Vor diesem Erfahrungshintergrund benennt der Mitarbeiter des Stadtteilbüros als Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche sozialraumbezogene, präventive Arbeit die unmittelbare Erreichbarkeit der Beratungsstelle (Stadtteilbüro) im Wohngebiet, die konkreten Kooperationsvereinbarungen mit den Wohnungsunternehmen sowie die Einbindung des Stadtteilbüros in das Konzept der Zentralen Fachstelle und die enge Zusammenarbeit mit dem ASD und der Abteilung Soziales der Stadt Siegen.¹⁰⁴

7.2 Strukturelle Unterschiede zwischen freier Wohlfahrtspflege und Kommune im Hinblick auf Arbeitsansätze der Stadtteilprävention

Zur Analyse der Potenziale und Grenzen der Freien Wohlfahrtspflege und der Kommunen im Handlungsfeld der Stadtteilprävention ist es notwendig, sich zunächst die strukturellen Unterschiede zwischen beiden Akteuren zu vergegenwärtigen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Kommunen können beide als Non-Profit-Organisationen beschrieben werden, unterscheiden sich aber grundlegend hinsichtlich ihrer Zielsetzungen und Zielgruppen, ihrer internen Entscheidungsstrukturen, ihrer Finanzierung sowie ihres Images. Von größter Bedeutung im Hinblick auf Arbeitsansätze der Stadtteilprävention sind dabei die Entscheidungsstrukturen und das Image. Beide Organisationen sind von hierarchischen Entscheidungsstrukturen geprägt, die bei der Kommune durch politische Zielvorgaben gesteuert werden und die bei vielen Themenfel-

dern durch vielfältige Abstimmungs- und Abwägungsprozesse zwischen den einzelnen Fachämtern gekennzeichnet sind. Demgegenüber sind die Entscheidungsstrukturen bei Wohlfahrtsverbänden weniger starr. Sie sind zwar in der Regel hierarchisch organisiert, da sie aber nicht durch gesetzliche Regelungen bestimmt sind, ist der potenzielle Handlungs- und Entscheidungsspielraum auf den einzelnen Ebenen größer.

Hinsichtlich der Kontakte mit Bewohner/innen und lokalen Akteuren im Rahmen der Stadtteilprävention spielt das Image der beiden Organisationen eine große Rolle. Während die Kommune oft als bürokratisch und wenig transparent gilt, werden die Organisationen der Wohlfahrtspflege als sozial, ggf. kirchlich und bürger-nah wahrgenommen und häufig mit (klassischer) Sozialarbeit gleichgesetzt. Die Strukturmerkmale der beiden Akteure Kommune und Freie Wohlfahrtspflege sind in nachfolgender Tabelle überblickartig gegenübergestellt.

¹⁰⁴ vgl.: Stadt Siegen, Fachbereich Soziales, Familie, Jugend und Wohnen, Abteilung Wohnen, Stadtteilbüro Heidenberg (Hrsg.) (1999): Zwischenbericht des Siegener Modellprojekts „Stadtteilbezogene Prävention“ im Stadtteil Heidenberg. Siegen. S. 31f.

Abbildung 45 Strukturmerkmale von Kommune und Freier Wohlfahrtspflege

Kriterium	Kommune	Freier Wohlfahrtspflege
Art der Organisation	Non-Profit-Organisation	Non-Profit-Organisation
Zielsetzung der Organisation / Zielgruppe	Daseinsvorsorge im weitesten Sinne / Bürger/innen und Unternehmen	soziale Unterstützung; ggf. Wertevermittlung/ Personen mit speziellen Problemen und rechtlichen Ansprüchen
Entscheidungsstrukturen	hierarchische Entscheidungsstrukturen; politische Zielvorgaben; Abstimmungs- und Abwägungsprozesse zwischen den Fachämtern	hierarchische Entscheidungsstrukturen; kirchliche Zielvorgaben und Leitlinien; unterschiedlicher Entscheidungs- und Handlungsspielraum auf den verschiedenen Ebenen
Organisation	Aufteilung in Fachämter und Stabstellen mit jeweils eigenem, abgegrenztem Aufgabenbereich	Untergliederung in Fachabteilungen
Finanzierung	Steuerfinanzierung; Budgets für einzelne Aufgabenbereiche über politische Haushaltsentscheidungen	häufig abhängig von öffentlichen Mitteln für spezielle Aufgaben; aber auch Eigenfinanzierung durch Kirchensteuer
Image	bürokratisch, wenig transparent	Bürgernah, sozial, ggf. kirchlich gebunden, klassische Sozialarbeit

Quelle: eigene Darstellung

7.3 Stärken und Schwächen von freier Wohlfahrtspflege und kommunalen Ansätzen in der Stadtteilprävention

Vor dem Hintergrund der strukturellen Unterschiede lassen sich die Voraussetzungen der beiden Akteure für eine auf Stadtteilprävention ausgerichtete Arbeit beschreiben. Das Ziel dabei ist, lediglich die unterschiedlichen Voraussetzungen und damit die im Vergleich zueinander tendenziell unterschiedlichen Potenziale und Restriktionen darzustellen, mit denen beide Akteure eine auf Stadtteilprävention ausgerichtete Arbeit aufnehmen. In der konkreten Arbeit im Stadtteil verwischen sich diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen; je nach spezifischer Situation, Engagement und Erfahrung der Mitarbeiter/innen und den gegebenen Ressourcen eröffnen oder schließen sich Handlungsspielräume.

Grundvoraussetzung für einen auf Stadtteilprävention ausgerichteten Ansatz ist die *Orientierung der Arbeit auf die gesamte Entwicklung eines Stadtteils*, d.h. alle relevanten Handlungsfelder müssen berücksichtigt werden. Für die

freie Wohlfahrtspflege bedeutet dies, dass sie einen Perspektivenwechsel von einzel- und zielgruppenbezogener Sozialarbeit oder auch von Gemeinwesenarbeit mit ihrem sozialen Fokus auf eine ganzheitliche Betrachtung des Stadtteils und seiner Entwicklungspotenziale vornehmen muss. Auch die Kommune muss als Akteurin der Stadtteilprävention Veränderungen ihrer Arbeitsausrichtung vornehmen. So orientieren sich zwar innerhalb der Kommune einige Verwaltungseinheiten bereits an räumlichen Zusammenhängen (z.B. Stadtplanung oder eine Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe). Viele Abteilungen verfolgen jedoch eine rein fachlich-orientierte Vorgehensweise ohne Raumbezug (z.B. Arbeitsamt, Sozialamt). Neben einer konsequenten Stadtteilorientierung ist vor allem der Perspektivenwechsel von einer fachlich ausgerichteten Arbeit auf eine integrierte Vorgehensweise notwendig.

Für die Stadtteilpräventionsarbeit ist ein spezifisches *Know-how* erforderlich. Diesbezüglich bestehen unterschiedliche Kompetenzen bei Kommune und Wohlfahrtspflege: Während bei der Kommune fachspezifische Qualifikationen und Verwaltungswissen vorherrschen, ist die

Wohlfahrtspflege stark im Bereich der einzelfall- und zielgruppenorientierten Sozialarbeit sowie im Bereich der Gemeinwesenarbeit.

Zu den im Rahmen der Stadtteilprävention relevanten Themen und Akteuren bestehen bei Kommune und Wohlfahrtspflege oft unterschiedliche *Zugänge*: Durch ihr Aufgabenspektrum hat die Kommune zunächst einmal Anknüpfungspunkte zu allen im Stadtteil relevanten Themen (von lokaler Ökonomie bis Wohnqualität). Je nach Qualifikation und Ansiedlung der für die Stadtteilpräventionsarbeit eingesetzten Mitarbeiter/innen innerhalb der Verwaltung und der Vernetzung zu den jeweiligen Fachabteilungen können diese Zugänge für die konkrete Stadtteilarbeit unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Demgegenüber besteht bei der Wohlfahrtspflege meist guter Zugang zu allen Themen, die dem originären Aufgabenspektrum des jeweiligen Trägers nahe sind. Hingegen gibt es oftmals Schwierigkeiten Themen wie z.B. „Lokale Ökonomie“ aufzugreifen, da die relevanten Qualifikationen nicht vorhanden sind und solche Themen dem Träger auch nicht zugetraut werden.

Unterschiede in der Ansprache der Akteure im Stadtteil ergeben sich auch mit den Erwartungen, die aus dem Stadtteil an eine Arbeit zur Stadtteilprävention gerichtet werden: Die Kommune ist originär für die Stadtteilentwicklung zuständig und verfügt mit ihren Fachämtern und Instrumenten über die entsprechenden Ressourcen, um Einfluss auf die Situation im Stadtteil zu nehmen. Der unmittelbare Handlungsspielraum der Wohlfahrtspflege hingegen erstreckt sich nur auf den Bereich sozialer Angebote. Diese unterschiedlichen *Zuständigkeiten* und damit Erwartungen bilden für die jeweiligen Mitarbeiter/innen einer Stadtteilpräventionsarbeit eine unterschiedliche Ausgangsbasis im Stadtteil.

In der Stadtteilarbeit ist häufig hohe *Flexibilität* erforderlich, da sich – wie es ja im Sinne von Aktivierung von Selbsthilfepotenzialen und Förderung selbsttragender Strukturen auch gewünscht ist – seitens der Stadtteilakteure eine Eigendynamik entwickeln kann, die unerwartet neue Themen in der Vordergrund stellt oder schnelles Reagieren erforderlich macht. Aufgrund der sehr hierarchischen und oft langen Entscheidungswege sind Mitarbeiter/innen von Kommunen hier gegenüber Mitarbeiter/innen der freien Wohlfahrtspflege in ihrem Handeln tendenziell weniger flexibel. Gerade im Zuge der Einrichtung von stadtteilbezogenen Organisationseinheiten wird aber häufig versucht, den Mitarbeiter/innen mehr eigenständigen Handlungsspielraum einzuräumen.

Damit in engem Zusammenhang steht auch die *Unabhängigkeit* der Mitarbeiter/innen bzw. der Stadtteilarbeit insgesamt. Als Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung müssen kommunale Angestellte Entscheidungen der Verwaltung oder Politik mittragen, auch wenn sie z.B. die Schließung einer Stadtteilbibliothek betreffen, und befinden sich in einer schwierigen Situation, wenn es darum geht, Bewohnerproteste als Form von Selbsthilfe zu unterstützen. Je nach Position des jeweiligen Trägers können Mitarbeiter/innen der Wohlfahrtspflege hier deutlich unabhängiger agieren.

Stadtteilprävention ist keine kurzfristige Arbeit, sondern muss eher als Daueraufgabe verstanden werden. Aufbau und Unterstützung selbsttragender Strukturen benötigt zumindest eine mittelfristige Unterstützung. Für die Stadtteilprävention ist daher die *Dauerhaftigkeit* von Aktivitäten relevant. Wohlfahrtsverbände haben hier gegenüber der Kommune meist einen Vorteil, da sie über soziale Einrichtungen oder Kirchengemeinden über einen dauerhaften Anknüpfungspunkt in den Stadtteilen verfügen.

Potenziale von Freier Wohlfahrtspflege und Kommune für die Stadtteilprävention

Abbildung 46 Charakteristika und Kompetenzen von Kommune und Freier Wohlfahrtspflege im Hinblick auf Stadtteilprävention

Kriterium	Kommune	Freie Wohlfahrtspflege
Orientierung der Arbeit auf die Entwicklung des gesamten Stadtteils	Ist in bestimmten Fachämtern aufgrund der fachspezifischen Ausrichtung stets gegeben (z.B. Planungsamt); kann bei Koordinierung versch. Fachämter in begrenztem Rahmen eingefordert und hergestellt werden	ist in der Regel nicht vorhanden; kann bei Koordinierung versch. Fachabteilungen in begrenztem Rahmen eingefordert und hergestellt werden
fachlicher Hintergrund / Know-how	fachspezifische Qualifikationen, dazu Verwaltungswissen	stark im Bereich einzelfall- und zielgruppenorientierter sozialer Arbeit, z.T. auch im Bereich Gemeinwesenarbeit; häufig wenig Verwaltungs- und Finanzierungserfahrung
Zugang zu verschiedenen Themen	je nach Ansiedlung der kommunalen Vertreter innerhalb der Verwaltung, ihrer Qualifikation und ihres vorgegebenen Aufgabenspektrums haben sie fachlichen Zugang zu sämtlichen relevanten Themen und sind damit auch bei anderen Akteuren akzeptiert	guter Zugang zu allen Themen, die dem originären Aufgabenspektrum des Trägers nahe sind; Schwierigkeiten, Themen wie z.B. lokale Ökonomie aufzugreifen, da häufig Qualifikation nicht vorhanden und solche Themen seitens der relevanten Akteure dem Träger nicht zugetraut werden
Zuständigkeiten	Stadtteilentwicklung ist klassisches Handlungsfeld der Kommune; auf viele Faktoren besteht direkt Einfluss (z.B. weiteres Wohnumfeld, Ausstattung an sozialer Infrastruktur)	die Stadtteilentwicklung ist ein neues Handlungsfeld für die Wohlfahrtspflege; Einfluss besteht ausschließlich auf soziale Angebote
Flexibilität	generell kaum vorhanden, Verwaltungswege sind lang und müssen eingehalten werden; mit der Einrichtung und Organisationsweise von Stadtteilbüros (eigene Entscheidungsbefugnis, Budget) soll dieses Problem aufgehoben werden	hohe Flexibilität; zwar müssen häufig auch hier Hierarchien eingehalten werden, Abstimmungen sind aber deutlich schneller zu erzielen und Mitarbeiter/innen in der Stadtteilarbeit kann auch sehr viel eigener Handlungsspielraum eingeräumt werden (Beispiel: schnelle Herausgabe einer Pressemitteilung)
Unabhängigkeit / Handlungsspielraum	generell ist der Entscheidungs- und Handlungsspielraum kommunale Verwaltungseinheiten durch Vorgaben und Richtlinien stark eingeschränkt; einem Stadtteilbüro wird meist ein demgegenüber größerer Handlungs- und Entscheidungsspielraum eingeräumt	hohe Unabhängigkeit kann vorhanden sein, die z.B. ermöglicht, Entscheidungen der Kommune oder eines kommunalen Wohnungsunternehmens den Stadtteil betreffend öffentlichkeitswirksam zu kritisieren; Lobbyarbeit und Parteinahme für einzelne Gruppen oder Themen ist möglich
Dauerhaftigkeit	Engagement im Stadtteil ist meist befristet angelegt; unbefristete Einrichtungen sind selten	zumindest die kirchlichen Wohlfahrtsverbände haben mit ihren ortsansässigen Gemeinden ein theoretisches Potenzial für ein dauerhaftes Engagement; das Engagement der Gemeinden könnte als dauerhaft „selbsttragende Strukturen“ begriffen werden

Quelle: eigene Darstellung

Aufbauend auf diesen Ausführungen zu den eher *allgemeinen Voraussetzungen* von freier Wohlfahrtspflege und Kommune für eine auf Stadtteilprävention ausgerichtete Arbeit sollen nun konkret die Potenziale der beiden Akteure in den einzelnen Handlungsfeldern untersucht werden. Dazu wird auf die Ergebnisse der Analysen der beiden Modellprojekte in Bilderstöckchen und Stammheim, auf die Erfahrungen aus Finkenbergr sowie auf Hinweise aus den zusätzlich betrachteten Beispielen aus Hamm, Duisburg, Siegen, Gelsenkirchen und Köln zurückgegriffen.

7.3.1 Erhalt und Ausbau von preisgünstigen Wohnungen im Stadtgebiet

Dieses Handlungsfeld ist für die Erreichung eines sozialen Ausgleichs zwischen den Stadtteilen von großer Bedeutung, da es auf gesamtstädtischer Ebene ansetzt und den Fokus auf die Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten über die Stadtteile richtet. Aus demselben Grund ist es aber auch ein Handlungsfeld, in dem Projekte und Ansätze mit Orientierung auf einen einzelnen (benachteiligten bzw. vor Benachteiligung zu sichernden) Stadtteil nur wenig Anknüpfungspunkte haben. Entsprechend ist dieses Handlungsfeld auch von beiden untersuchten Modellprojekten nicht bearbeitet worden. Entscheidend ist in diesem Handlungsfeld die Anbindung an bzw. die Einflussnahme auf diejenigen Akteure, die Einfluss auf die gesamtstädtische Verteilung haben.

Daher haben kommunale, stadtteilorientierte Ansätze in diesem Bereich gegenüber Ansätzen der Wohlfahrtspflege Vorteile, da sie über ihre Einbindung in die kommunalen Verwaltungsstrukturen besser in der Lage sind, das Thema des Erhalts preisgünstigen Wohnraums im gesamten Stadtgebiet und seine Bedeutung für die Entwicklung einzelner (benachteiligter) Stadtteile an die relevanten Akteure heranzutragen. Dies könnte im Fall Finkenbergr zum Beispiel über die ämterübergreifende Lenkungsgruppe geschehen, aus der heraus auch Verwaltungsvorlagen für die politische Entscheidungsebene produziert werden. In Duisburg, wo die Fachstelle mit ihren Stadtteilsozialarbeitern und allen relevanten Bereichen des ehemaligen Wohnungsamtes in einer

Abteilung zusammengefasst ist, kann der Einfluss demgegenüber ggf. noch direkter erfolgen. Denn die Abteilung „Wohnen“ ist u.a. für die Bewilligung von Modernisierungsmaßnahmen und Wohnungsabrissen zuständig und kann über ihre z.T. sehr engen Kooperationen mit den Wohnungsvermietern auf den Erhalt preisgünstigen Wohnraums hinwirken. Insgesamt bleibt dies aber ein Handlungsfeld, in dem allenfalls mittelbar Wirkungen erzielt werden können.

7.3.2 Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte

Innerhalb dieses Handlungsfeldes sind insbesondere zwei Themen hervorzuheben, die vollständig unterschiedliche Arbeitsansätze erfordern: Zum einen der Abbau sozialer Konfliktlagen mit Hilfe von einzelfall- und zielgruppenorientierter Sozialarbeit sowie Gemeinwesenarbeit, zum anderen die Steuerung der Miethöhe durch die Ausgleichsabgabe.

Projekte der Wohlfahrtspflege haben beim Abbau sozialer Konfliktlagen ihre Stärken, da dieser Handlungsbereich dem originären Arbeitsfeld der Träger zuzurechnen ist. Auch Kommunen können unter Einsatz von Sozialarbeitern im Bereich der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen arbeiten. Gegenüber Trägern der Wohlfahrtspflege sind sie aber häufig weniger flexibel und unabhängig. So steht z.B. der Fachstelle Wohnen der Stadt Köln ein Budget zur Verfügung, um soziale Träger mit Gemeinwesenarbeit in einzelnen Stadtteilen zu beauftragen. Und in Hamm ist bewusst eine entsprechende Aufgabenteilung zwischen Kommune und sozialen Trägern im Stadtteil getroffen worden.

Demgegenüber verweisen die untersuchten Ansätze im Hinblick auf die Steuerung der Miethöhe durch die Ausgleichsabgabe auf deutliche Vorteile kommunaler Ansätze. So sind z.B. in Duisburg die Kompetenzen der Stadtteilsozialarbeit (die ggf. Handlungsbedarf hinsichtlich der Ausgleichsabgabe in einem Gebiet feststellt) und der Verwaltung bzw. Überwachung öffentlich geförderten Wohnraums in einer Abteilung angesiedelt. Auf Basis der Informationen der Stadtteilsozialarbeit kann innerhalb der Abteilung

direkt über ein Aussetzen der Ausgleichsabgabe entschieden werden. Auch wenn dies in Köln in dieser Form nicht möglich ist, da die entsprechenden Kompetenzen unterschiedlichen Abteilungen und Ämtern zugeordnet sind, kann doch unterstellt werden, dass der Informationsfluss zwischen der Fachstelle mit ihrem sozialraumorientierten Ansatz und der entscheidungsbefugten Stelle besser ist als zwischen dieser und einem stadtteilbezogenen Projekt der Wohlfahrtspflege. In diese Richtung weisen auch die Erfahrungen aus den Modellprojekten: Ein Dialog zwischen den Projekten und der zuständigen Abteilung innerhalb der Kommunalverwaltung zum Thema Ausgleichsabgabe kam nicht zustande.

7.3.3 *Verhinderung der konzentrierten Zuweisung von benachteiligten Haushalten*

Ähnlich ist die Situation auch beim Thema Belegungssteuerung. Hier haben kommunale Ansätze wesentlich bessere Einflussmöglichkeiten als Projekte der Wohlfahrtspflege. Während die Kommune zumindest bei einem Teil von Wohnungen unmittelbaren Einfluss auf die Belegung nehmen kann (über Besetzungs- und Benennungsrechte) und dies auch zu ihrem originären Aufgabenfeld zählt, bleibt der Wohlfahrtspflege nur der Weg des Dialogs mit der Kommune einerseits und den Wohnungsvermietern andererseits. Und auch hinsichtlich eines Dialoges zur Frage der Belegung einzelner Wohnungen haben kommunale Stellen häufig einen besseren Zugang zu den Wohnungsunternehmen als die Träger der Wohlfahrtspflege. Die Zentrale Fachstelle in Duisburg zum Beispiel nutzt ihre vielfältigen Kooperationen mit Wohnungsvermietern auch zur Diskussion der Belegungssteuerung. Die Modellprojekte in Köln hingegen hatten erhebliche Schwierigkeiten mit den Vertreter/innen der Wohnungsunternehmen ins Gespräch zu kommen, während sie zu den sozialen Institutionen in den Stadtteilen schnell und unkompliziert Kontakt aufbauen konnten.

Die Einflussmöglichkeiten der Kommune auf die Belegungssteuerung werden auch an der Arbeit der Fachstelle Wohnen in Köln deutlich. In einigen Gebieten, in denen eine Konzentration

von sogenannten Belegrechtswohnungen vorhanden ist, hat die Fachstelle lokale Arbeitskreise initiiert, an denen neben den relevanten Wohnungsvermietern in der Regel auch der ASD beteiligt ist. In diesen Arbeitskreisen wird die Belegung der Wohnungen im Gebiet gesteuert, die Hilfe für Einzelfälle koordiniert und die allgemeine Entwicklung und Problematik des Stadtteils diskutiert. Solche Arbeitskreise könnten auch einen Ansatzpunkt für Projekte der Wohlfahrtspflege darstellen, indem sie ihre fachlichen Kompetenzen und ortsbezogenen Kenntnisse als Know-how in die Belegungssteuerung einbringen.

Ein anderes Beispiel für die Kompetenzen der kommunalen Akteure in diesem Handlungsfeld ist das Sanierungsgebiet Finkenberg. Hier wurde die Entwicklung eines Belegungskonzeptes als Startermaßnahme im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes formuliert.

7.3.4 *Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadtteilen*

Der Abbau räumlicher Disparitäten zwischen Stadtteilen bzw. die Stadtteilentwicklung ist originäre Aufgabe der Kommune. Entsprechend hat sie hier auch gegenüber Ansätzen der Wohlfahrtspflege deutlich mehr Einflussmöglichkeiten. Dies zeigt sich zum Beispiel am Sanierungsgebiet Finkenberg, wo die Stadt Köln über Sanierungssatzung und Integriertes Handlungskonzept deutliche Verbesserungen der infrastrukturellen Situation im Stadtteil anstrebt und hierzu auch Fördermittel beim Land beantragen konnte. Über den Einsatz eigener Mittel in einem integrierten Ansatz gelang es auch, andere Akteure zur Investition in die Verbesserung der Stadtteilsituation zu gewinnen. So hat bereits ein ansässiges Wohnungsunternehmen das Wohnumfeld seiner Bestände aufgewertet.

Am Beispiel Finkenberg wird auch deutlich, welche Vorteile ein stadtteilorientierter Arbeitsansatz innerhalb der Verwaltung gegenüber einem entsprechenden Projekt der freien Wohlfahrtspflege hat. Die Fachstelle Wohnen ist über ihre Arbeit auf die Probleme in Finkenberg aufmerksam geworden und hat die Möglichkeit genutzt, als Teil der Verwaltung die anderen relevanten Ämter einzuladen und so den Anstoß

für einen integrierten Handlungsansatz der Verwaltung zu geben. Eine ähnliche Vorgehensweise verfolgen die Ansätze in Duisburg und Siegen: Defizite im Stadtteil werden erkannt und an die zuständigen Ämter weitergeleitet.

Am Beispiel Finkenbergr werden aber auch die Grenzen kommunaler Handlungsspielräume deutlich: Die finanziellen Ressourcen und Personalkapazitäten zur Umsetzung des Handlungskonzeptes sind begrenzt.

Demgegenüber hat die Wohlfahrtspflege ihre Stärken, wenn es darum geht, die sozialen und kulturellen Angebote in einem Stadtteil zu verbessern. Zum einen kann sie selbst Angebotslücken füllen (so wie das Modellprojekt in Stammheim über seine Angebote für Migrant/innen und seine Sozialberatung getan hat). Zum anderen hat die Wohlfahrtspflege in der Regel einen guten Zugang zu anderen sozialen Trägern im Stadtteil und kann durch Vernetzung und Koordination der Angebote zur Situationsverbesserung beitragen. Ein weiteres Beispiel für Handlungsmöglichkeiten der Wohlfahrtspflege, ist die Spielplatzinitiative in Stammheim, bei der eine Gruppe von Bewohnerinnen in ihren Bemühungen für die Instandhaltung und Aufwertung eines städtischen Spielplatzes unterstützt wurde.

7.3.5 Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner/innen

Ansätze zur Verbesserung der ökonomischen Situation der Bewohner/innen auf Stadtteilebene können nach drei Bereichen unterschieden werden:

- Unterstützung der Bewohner/innen bei Beantragung von Transferleistungen (Einzelfallorientierung)
- Qualifizierung der Bewohner/innen, Durchführung von Beschäftigungsprojekten (Zielgruppenorientierung)
- Stärkung der lokalen Ökonomie (Stadtteilorientierung)

Maßnahmen in allen drei Bereichen stellen aber immer nur „Vorarbeiten“ dar, die eine Basis für eine Verbesserung der Situation der Bewoh-

ner/innen bilden können. Der Erfolg der Maßnahmen – zumindest in den Bereichen 2 und 3 – ist aber immer in hohem Maß von gesellschaftlichen und gesamtstädtischen Rahmenbedingungen abhängig.

Die Möglichkeiten und Effekte der Modellprojekte waren entsprechend in diesem Handlungsfeld begrenzt. Die Wohlfahrtspflege hat aber ggf. gegenüber kommunalen Akteuren den Vorteil der Flexibilität. Die Einrichtung eines Projektes zur Qualifizierung und Beschäftigung von Stadtteilbewohner/innen wäre für einen Träger der Wohlfahrtspflege unbürokratischer und daher leichter zu realisieren als für die Kommune selbst¹⁰⁵. Dies gilt insbesondere für die finanzielle Abwicklung. So kann z.B. über einen freien Träger auch die Einbindung von Bankkrediten und privaten Mitteln gelingen¹⁰⁶. Vielfach bestehen auch innerhalb eines Trägers bereits Erfahrungen mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, die dann auch für den Stadtteil nutzbar gemacht werden können.

¹⁰⁵ Ein gutes Beispiel für eine solche Beschäftigungsinitiative ist Q-Rage, ist eine hauswirtschaftliche Dienstleistungsagentur in Blockdiek/Bremen, getragen von der Fraueninitiative Quirl e.V. Ziel ist die Integration arbeitsloser Frauen auf den ersten Arbeitsmarkt durch Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich und die Qualifizierung der Frauen. Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik (2003) (Hrsg.): Good Practice in Altbau- und gemischten Quartieren. Berlin, S.47ff.

¹⁰⁶ Dies hat zum Beispiel die Stadtteilgenossenschaft Wedding erfolgreich umgesetzt. Die Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen e.G. zielt auf die wirtschaftliche Förderung und Betreuung ihrer Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb, zum Ziel, sowie die Entwicklung und Durchführung von beschäftigungswirksamen sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Dienstleistungen, die Förderung des lokalen Gewerbes, die Schaffung individuell angepasster Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose sowie die Verbesserung der Lebensqualität und des interkulturellen Zusammenlebens im Stadtteil. Initiiert wurde die Gründung der Genossenschaft durch den Verein kommunales Forum Wedding e.V. Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik (2003) (Hrsg.): Good Practice in Altbau- und gemischten Quartieren. Berlin, S. 50ff.

Für eine nachhaltige Verbesserung der ökonomischen Situation der Bewohner/innen wäre aber ein umfassendes Konzept zur Förderung der lokalen Ökonomie im Stadtteil erforderlich, das daran ansetzt, den Teufelskreislauf aus Arbeitslosigkeit, sinkender Kaufkraft, Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung im Stadtteil und zurückgehender Investitionsbereitschaft zu durchbrechen. Bei den dafür entwickelten Strategien handelt es sich meist um Kombinationsmaßnahmen in den Bereichen Stadtentwicklung, Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik im Bereich des zweiten Arbeitsmarktes. Die entsprechenden Konzepte zielen im Wesentlichen auf Selbsthilfe und Eigenarbeit, niedrighschwelligem Zugang zum Arbeitsmarkt und die Förderung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen. Dazu müssen öffentliche, gemeinnützige und private Investitionen koordiniert und gebündelt werden.¹⁰⁷ Aufgrund ihres größeren Know-hows (Wirtschaftsförderung) und ihres besseren Zugangs auch zu Akteuren aus der Wirtschaft weist die Kommune in diesem Handlungsfeld gegenüber Akteuren der Wohlfahrtspflege (mit ihrem meist sozialarbeiterischen oder sozialpädagogischen Qualifikationshintergrund) deutliche Stärken auf.

7.3.6 Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung

In diesem Handlungsfeld geht es um soziale Angebote im Stadtteil, um den Abbau von sozialen Notlagen durch Beratungsangebote und die Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders sowie die Eröffnung von Kontaktchancen für die Bewohner/innen. Erforderliche Maßnahmen können der Sozial- und Gemeinwesenarbeit zugerechnet werden und fallen damit in das originäre Arbeitsfeld der freien Wohlfahrtspflege.

Durch ihr Know-how, ihren meist direkten Zugang zu anderen sozialen Institutionen im Stadtteil, ihr ehrenamtliches Potenzial und ihre größere Flexibilität weist die Wohlfahrtspflege daher in diesem Handlungsfeld ihre Stärken auf. Grenzen sind der Wohlfahrtspflege aber gesetzt, wenn es um den Ausbau sozialer Infrastruktur geht, der mit erheblichen Investitionen verbunden ist. Dies fällt in den Aufgabenbereich der Kommune, der hier selbst aufgrund finanzieller Rahmenbedingungen auch Grenzen gesetzt sind. Eine querschnittsorientierte Verwaltungseinheit wie die Fachstellen in Köln oder Duisburg kann hinsichtlich der sozialen Lage im Stadtteil und bei den Bewohner/innen Bedarfe erkennen und an die entsprechenden Fachabteilungen weitergeben. Zum Teil sind sie mit ihren Sozialarbeitern (im Rahmen der Wohnungsnotfallprävention) auch in der Lage, allgemeineren Beratungsbedarf der Haushalte zu decken.

Die Wohlfahrtspflege ihrerseits stößt häufig an Grenzen, wenn es darum geht, potentiell alle Bewohner/innen eines Stadtteils anzusprechen, um sie für eine aktive Nachbarschaft zu gewinnen. Aufgrund des Images der Wohlfahrtspflege als Sozialarbeiter fühlen sich viele Stadtteilbewohner/innen oft nicht von den Angeboten angesprochen. Dies wurde auch in den Modellprojekten deutlich. Ein gutes Beispiel dafür, wie diese Schwierigkeiten umgangen werden können, ist das Projekt „Quartiersaufbau Rieselfeld“ in Freiburg. Beim Neubau des Quartiers hat sich der soziale Träger bewusst vom Image als Sozialarbeiter abgesetzt und in Form eines Kioskes, der all die Dinge anbot, die noch nicht im Stadtteil vorhanden waren (Café, Brötchen, Werkzeugverleih, u.a.), Kontakt zu allen Bewohnergruppen aufgebaut¹⁰⁸.

7.3.7 Förderung der Partizipation und Teilhabe

¹⁰⁷ Vgl.: Weck, Sabine (1997): Entwicklungsträger und Entwicklungsformen lokaler Ökonomien – Erfahrungen aus Großbritannien. In: ILS (Hrsg.): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. ILS Schrift 130. Dortmund, S. 15-18. Hatzfeld, Ulrich (1997): Stadtentwicklung und Lokale Ökonomie. In: ILS (Hrsg.): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. ILS Schrift 130. Dortmund, S. 31-34.

¹⁰⁸ Vgl.: Maier, Konrad; Sommerfeld, Peter (1998): Alltagskultur und Nachbarschaft als Aufgabe Sozialer Arbeit. Projektbericht/Zwischenbericht im Rahmen des Bundesprogramms zur „Förderung anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen“. Teil A: Zusammenfassender Gesamtbericht. Freiburg (unveröffentlicht).

Bei der Förderung von Partizipation und Teilhabe über die Aktivierung von Bewohner/innen, die Förderung von Selbsthilfepotenzialen und die Initiierung und Unterstützung entsprechender Arbeitskreise oder Foren (also Methoden und Gemeinwesenarbeit) kann die Wohlfahrtspflege durch ihr Image als „bürgernah“ und „sozial“ und – wenn es um die Bearbeitung von Problematiken geht, für die die Kommune verantwortlich gemacht wird (z.B. fehlende Jugendeinrichtung im Stadtteil) – als „nicht-kommunal“ Stärken aufweisen. Zudem ist die Wohlfahrtspflege durch ihre klassische Arbeit im Stadtteil näher am Menschen. Dadurch gelingt es ihr besser, Informationen über Bedarfe im Stadtteil zu bündeln. Umgekehrt kann sie über ihre vielfältigen Kommunikationsbeziehungen im Stadtteil auch Entscheidungen, die im Rahmen der Stadtteilentwicklung getroffen werden, besser an die Bewohner/innen vermitteln und so Entscheidungsprozesse transparenter machen.

So konnten zum Beispiel die Modellprojekte deutliche Effekte über ihre Rolle als Ansprechpartner und Schnittstelle für die verschiedenen Interessen und Akteure im Stadtteil erzielen. Relevant ist in diesem Zusammenhang eine eindeutige Definition der Rolle, die im Stadtteil eingenommen werden soll. Die Modellprojekte haben sich nach auflaufenden Schwierigkeiten dazu entschieden, eine eindeutig neutrale Rolle beizubehalten (und z.B. Forderungen nach Auflösung eines Flüchtlingswohnheims nicht zu unterstützen). Auch die befragten Experten in den Stadtteilen haben auf die Bedeutung einer neutralen Position für eine unabhängige Funktion der Koordination und Vernetzung der Akteure hingewiesen.

Aufgrund ihrer Stärken in der Gemeinwesenarbeit ist die Wohlfahrtspflege in diesem Handlungsfeld der Kommune überlegen. Aber selbst wenn die Kommune mit einem eigenen Ansatz vor Ort und entsprechend qualifizierten Mitarbeiter/innen Gemeinwesenarbeit betreibt, ist sie in der Frage der Rollendefinition gegenüber der Wohlfahrtspflege im Nachteil. Wenn es darum geht Position zu beziehen, sind kommunale Mitarbeiter/innen immer zu Loyalität gegenüber ihrer Arbeitgeberin verpflichtet.

7.3.8 *Verbesserung der Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention*

Dies ist wiederum ein Handlungsfeld, das in vielen Punkten in den originären Aufgabenbereich der Kommune fällt und wo kommunale Akteure daher auch gegenüber der Wohlfahrtspflege Vorteile haben.

Deutlich wird dies insbesondere am Konzept der Zentralen Fachstelle in Duisburg. Über Kooperationsvereinbarungen erhält die Fachstelle von den Wohnungsvermietern Hinweise auf drohende Kündigungen. Gleichzeitig melden die Gerichte eingereichte Räumungsklagen, so dass die sogenannten Akuthelfer der Fachstelle in der Lage sind, die betroffenen Haushalte so frühzeitig aufzusuchen, dass ein Wohnungsverlust oft vermieden werden kann. Alle bei der Kommune vorhandenen Kompetenzen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten (soziale, hauswirtschaftliche und finanzielle Hilfen) sind bei der Fachstelle gebündelt, so dass die Akuthelfer die Haushalte effektiv unterstützen können. Bei nicht erhaltenswerten Wohnungen (zu groß, zu teuer) können die Akuthelfer zudem auf die Angebote der Wohnraumvermittlung zugreifen und den Haushalten direkt eine andere Wohnung anbieten. Hier bewähren sich insbesondere die Kooperationen der Fachstelle bzw. der Abteilung Wohnen insgesamt mit den Wohnungsanbietern, so dass auf einen größeren Bestand an preisgünstigen Wohnungen zurückgegriffen werden kann.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Fachstelle in Köln. Sie wird unter anderem von der GAG in Stammheim bei Mietrückständen und Kündigungen informiert, so dass sie betroffene Haushalte frühzeitig beraten kann. Ergänzend zu dieser systematischen Vorgehensweise ist ein wohnortnahes, niedrigschwelliges Beratungsangebot sinnvoll. So konnte das Modellprojekt in Stammheim Haushalte beraten, noch bevor Mietrückstände auftraten. Ähnliche Erfahrungen macht auch das Stadtteilbüro in Siegen Heidenberg, hier allerdings als Außenstelle der Zentralen Fachstelle der Kommune. An dieser Stelle wird besonders deutlich, dass die Wohlfahrtspflege gegenüber der Kommune zwar tendenziell besondere Stärken in der niedrigschwelligen

Einzelfallberatung aufweist, die Kommune aber durch ein geeignetes Organisationsmodell diese Stärken ebenso aufweisen kann. Demgegenüber ist die Wohlfahrtspflege allerdings kaum in der Lage, ein so dichtes Kooperations- und Kompetenznetz aufzubauen, um eine ebenso systematische und daher effektive Wohnungsnotfallprävention zu betreiben wie dies eine Zentrale Fachstelle leisten kann.

7.3.9 *Sensibilisierung und Aktivierung der relevanten Akteure im Stadtteil*

Die Modellprojekte haben gezeigt, dass durch eine neutrale und fundierte Öffentlichkeitsarbeit, die sich auch aufsuchender Methoden bedient (Teilnahme an diversen Gremien), eine Sensibilisierung der lokalen Akteure gut gelingen kann. Hierbei zeigt sich allerdings auch, dass Projekte der Wohlfahrtspflege vor allem zu anderen sozialen Trägern leicht Zugang finden, sich bei Akteuren der Wohnungswirtschaft oder des lokalen Gewerbes aber eher schwer tun.

Die lokalen Akteure über die Sensibilisierung für die relevanten Themen hinaus zu einem auf die Stadtteilentwicklung ausgerichteten strategischen Handeln zu aktivieren, ist insgesamt eine schwierige Aufgabe. Denn solch ein Handeln bedeutet für die lokalen Akteure (wie Schulen, soziale Einrichtungen, Gewerbetreibende, Wohnungseigentümer) ein in der Regel gänzlich neues Handlungsfeld, für das sie eine neue, stadtteilbezogene und nicht mehr fachbezogene Perspektive einnehmen müssen.

Entsprechend gelingt der Wohlfahrtspflege die Aktivierung der Akteure vor allem anlassbezogen, zu konkreten Einzelthemen, die meist relativ nah am originären Handlungsfeld der einzelnen Akteure liegen. Versuche, die Akteure für eine strategische Arbeit im Sinne der Stadtteilentwicklung zu motivieren, sind in den Modellprojekten gescheitert. Ein Grund dafür ist auch, dass für viele Aktivitäten und Projekte im Stadtteil die Kommune ein relevanter Akteur ist. Solange diese nicht in die Aktivitäten eingebunden ist, fällt auch die Initiierung von strategischem Handeln der anderen Akteure besonders schwer.

An dieser Stelle hat daher eher die Kommune ihre Stärken. Wenn die Kommune im Stadtteil auftritt und die lokalen Akteure zu strategischem Handeln für die Stadtteilentwicklung „einlädt“, bedeutet dies, dass sie selbst auch aktiv werden will bzw. dies schon ist. Die Kommune setzt damit ein starkes Signal für einen Aufbruch, das die lokalen Akteure eher motiviert als Aktivierungsstrategien eines sozialen Trägers, sich aktiv in die Stadtteilentwicklung einzubringen. Ein solches Signal vermitteln zum Beispiel die Stadtteilsozialarbeiter der Zentralen Fachstelle Duisburg, die in verschiedenen Stadtteilen mit Blick auf die Stadtteilentwicklung Runde Tische der lokalen Akteure initiieren. Die Stadtteilsozialarbeiter bringen zwar nicht – wie etwa im Sanierungsgebiet Finkenberg – die Aussicht auf größere Investitionen mit, aber allein einen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung zu haben, der auch andere Fachämter für einen Dialog vor Ort gewinnen und Handlungsbedarfe an die zuständigen Stellen weiterleiten kann, scheint für die lokalen Akteure eine ausreichende Motivation zu sein.

7.4 **Fazit**

Fasst man die Ergebnisse zu den einzelnen Handlungsfeldern zusammen, so lässt sich feststellen, dass die freie Wohlfahrtspflege überall dort stark ist,

- wo es um die direkte Arbeit mit (benachteiligten) Menschen geht. So liegt eine Stärke der Wohlfahrtspflege in niedrigschwelliger Einzelfallberatung und Zielgruppenarbeit, etwa im Handlungsfeld „Verbesserung der sozialen Situation der Bewohner/innen“.
- wo es um Gemeinwesenarbeit geht. So gelingt der freien Wohlfahrtspflege die Förderung von Nachbarschaftskontakten, die Aktivierung von Bewohner/innen und die Initiierung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen aufgrund ihrer Flexibilität, ihrer Unabhängigkeit, ihres niedrigschwelligen Ansatzes und ihres umfassenden Methodenwissens. Die freie Wohlfahrtspflege profitiert in diesem Bereich besonders davon, dass sie „nah am Menschen“ ist und dadurch in der

Potenziale von Freier Wohlfahrtspflege und Kommune für die Stadtteilprävention

Regel über das Zusammenleben, die Stimmung und die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheiten der Bewohner/innen mit dem Wohnumfeld und der Infrastruktur gut informiert ist.

- wo es um die Sensibilisierung und (anlassbezogene) Aktivierung von Akteuren und Institutionen aus dem sozialen Bereich geht. Die Ansprache dieser Akteure fällt der Wohlfahrtspflege leicht, da sie einen ähnlichen Zugang zu ihrer Arbeit, ein ähnliches ethisches Grundverständnis haben.

Die genannten Arbeitsfelder fallen in den traditionellen Handlungsbereich der Wohlfahrtspflege. In diesen Bereichen hat die Wohlfahrtspflege ihre klassischen Stärken: In der einzelfall- und zielgruppenbezogenen Sozialen Arbeit sowie in der Gemeinwesenarbeit weist sie eine große Methodenkompetenz auf; ihre Mitarbeiter/innen kommen überwiegend aus den Bereichen der Sozialarbeit, Sozialpädagogik oder ggf. Theologie. Die Arbeit der freien Wohlfahrtspflege ist in erster Linie auf die Verbesserung der sozialen Lage ihrer Klientel ausgerichtet. Dies bleibt auch bestimmend, wenn sie einen Perspektivenwechsel von den Bewohner/innen auf die gesamte Situation in einem Stadtteil versucht. Aus ihrer Arbeitstradition heraus fällt es ihr zum einen schwer, von der Notlage einzelner Menschen zu abstrahieren und ihre Ziele und Maßnahmen auf eine eher mittel- als kurzfristige Stadtteilentwicklung auszurichten. Zum anderen wird sie tendenziell bei knappen Ressourcen zunächst die Handlungsfelder aufgeben, die nicht zu ihrem klassischen Arbeitsgebiet zählen und in denen Wirkungen eher mittelbar als unmittelbar erreicht werden können (z.B. das Arbeitsfeld Lokale Ökonomie).

Demgegenüber weist die Kommune – im Vergleich der beiden Akteure – ihre Stärken in den Bereichen auf,

- die auf gesamtstädtischer Ebene angesiedelt sind und wo strategische Entscheidungen in der Kommunalverwaltung und/oder Kommunalpolitik getroffen werden müssen. Dies betrifft zum Beispiel den Abbau räumlicher

Disparitäten zwischen den Stadtteilen oder den Erhalt preisgünstigen Wohnraums im gesamten Stadtgebiet.

- in denen Akteure angesprochen und zur aktiven Mitarbeit gewonnen werden müssen, die nicht dem sozialen Bereich zugerechnet werden können. Dies gilt zum Beispiel für Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft oder für Ansätze zur Stärkung der lokalen Ökonomie.
- die zumindest teilweise in den originären Zuständigkeitsbereich der Kommune fallen. Dies gilt für die Belegungssteuerung und Wohnungsnotfallprävention genauso wie für strategisches Handeln in Rahmen der Stadtteilentwicklung. Insbesondere die Stadtteilentwicklungsplanung zählt zu den traditionellen Aufgaben der Kommune. Viele Verbesserungen können zwar auch durch die lokalen Akteure vor Ort allein erzielt werden, für umfassende und nachhaltige Lösungen ist aber meist eine Beteiligung der Kommune unerlässlich. So können sich zwar verschiedene Wohnungseigentümer auf eine Aufwertung des direkten Wohnumfeldes verständigen und diese durchführen. Dort, wo ihre Grundstücke aber z.B. an öffentliche Grünflächen oder Straßenräume stoßen, ist die Mitwirkung der Kommune erforderlich. Darüber hinaus hängt die Motivation der örtlichen Akteure, Investitionen im Stadtteil vorzunehmen, in hohem Maße davon ab, dass auch die anderen relevanten Akteure – und dazu zählt auch die Kommune – ihren Beitrag leisten.

Damit sind die tendenziellen Stärken von Kommune und Wohlfahrtspflege beschrieben und das sich ergebende Profil beider Akteure unterscheidet sich deutlich voneinander. Die Stärken und Schwächen der beiden Akteure verschwimmen allerdings, wenn man die Frage auf Ebene eines Stadtteilbüros diskutiert, das unter der Zielsetzung, die Lebensqualität im Stadtteil zu steigern, den Auftrag hat, die Bewohner/innen zu aktivieren und zu unterstützen sowie die loka-

Potenziale von Freier Wohlfahrtspflege und Kommune für die Stadtteilprävention

len Akteure zu mobilisieren und zu vernetzen. Dieses (angenommene) Stadtteilbüro ist mit politischem Beschluss von der Kommune beauftragt und verfügt über einen eigenen Sachmitteltopf, aus dem kleinere Aktivitäten im Stadtteil finanziert werden können, und ggf. darüber hinaus noch über einen Verfügungsfonds, aus dem kleinere Projekte finanziert werden und über dessen Verwendung ein Stadtteilgremium entscheidet.

Auf dieser Ebene verwischen die Stärken und Schwächen zu tendenziellen Vor- und Nachteilen, die dann überwiegend von den konkreten Bedingungen im Stadtteil abhängig sind. Dazu zählen etwa die Qualifikation und Vorerfahrungen der beteiligten Mitarbeiter/innen, das jeweilige Image von Kommune bzw. sozialem Träger im Stadtteil oder die bereits vorhandenen Kontakte und Kooperationspartner vor Ort. Es bleiben aber einige strukturelle Unterschiede, die für den Erfolg in der Arbeit im Stadtteil relevant sein können. Dies sind die größere Unabhängigkeit und Flexibilität der freien Wohlfahrtspflege sowie ihre Möglichkeit, bewusst und deutlich eine neutrale Rolle im Stadtteil einzunehmen. Demgegenüber wird kommunalen Mitarbeiter/innen

eines Stadtteilbüros aufgrund ihrer eigenen Verwaltungserfahrung und -zugehörigkeit der Zugang zu den jeweils relevanten Abteilungen innerhalb der Kommunalverwaltung leichter fallen und sie werden eher als Mitarbeiter/innen der freien Wohlfahrtspflege in der Lage sein, notwendige kommunale Ressourcen für den Stadtteil zu mobilisieren. Dies gilt selbst dann, wenn die freie Wohlfahrtspflege direkt von der Kommune mit der Trägerschaft eines Stadtteilbüros beauftragt wird, die entsprechenden Mitarbeiter/innen im Stadtteilbüro also im Auftrag der Kommune arbeiten.

8 Ziele und Organisationsformen in der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit

In den folgenden Kapiteln wird auf die eingangs gestellten Untersuchungsfragen zu geeigneten Organisationsformen in der Stadtteilprävention eingegangen. Diese Fragen beziehen sich auf geeignete Wege der Initiierung und Organisation von Projekten der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention als auch kommunale, stadtteilbezogene Handlungsansätze, auf adäquate Kooperationsformen und die Definition von Schnittstellen in der Zusammenarbeit von Kommune und freier Wohlfahrtspflege sowie auf geeignete Vernetzungsformen auf der Stadtteilbene, die lokale Akteure mit einbeziehen.

8.1 Geeignete Zielsetzungen und Organisationsformen für stadtteilbezogene Projekte der freien Wohlfahrtspflege

8.1.1 *Motivation der freien Wohlfahrtspflege für stadtteilbezogene Prävention*

Bevor im Folgenden geeignete Wege der Initiierung und Organisationsformen für eine stadtteilbezogene Präventionsarbeit der freien Wohlfahrtspflege skizziert werden, stellt sich zunächst die Frage, welche Motivation und Interessenlage der freien Wohlfahrtspflege zu Grunde liegt, einen sozialräumlichen Arbeitsansatz zu praktizieren und sich in der Stadtteilprävention zu engagieren.

Ein wichtiger Anstoß für die freie Wohlfahrtspflege entsteht dann, wenn im Stadtteil Problemlagen entstehen, die die einzelfall- oder zielgruppenbezogene Arbeit ihrer stadtteilbezogenen Einrichtungen nachhaltig behindern. Dies kann zum Beispiel auftreten, wenn die Arbeit einer Jugendeinrichtung der freien Wohlfahrtspflege durch auftretende, gewalttätige Jugendbandenauseinandersetzungen im Stadtteil stark behindert wird, weil verhindert werden muss, dass die Konflikte auch in der Einrichtung ausgetragen werden. Ein anderes Beispiel: Auf einem Spielplatz sind Bodenkontaminationen festge-

stellt worden, die vermutlich von einem nahegelegenen Industrieunternehmen stammen. Es besteht der Verdacht, dass auch andere Freiflächen wie etwa die Außenbereiche von Kindertagesstätten und weitere Spielplätze und Gärten in den Wohnsiedlungen kontaminiert sind. Nicht nur die Arbeit der Kindertagesstätten und -gärten, sondern auch die Lebensqualität insbesondere für Kinder und Jugendliche im Stadtteil sind dadurch nachhaltig beeinträchtigt.

In diesen Fällen haben sich beispielhaft die Rahmenbedingungen für die Arbeit lokaler Institutionen der freien Wohlfahrtspflege durch im Stadtteil auftretende Problemlagen derart verändert, dass die eigentliche, zielgruppenbezogene Arbeit dieser Institutionen nicht mehr sinnvoll durchgeführt bzw. bewältigt werden kann. Die Institutionen stehen dann vor der Notwendigkeit, Einfluss auf eine positive Veränderung der Rahmenbedingungen ihrer Arbeit im Stadtteil zu nehmen. Dies können sie jedoch nicht mit ihrem bisherigen, zielgruppenbezogenen Arbeitsansatz und auch nicht allein leisten. Sie müssen die Probleme, die sie sehen, auf breiterer Akteursbasis vermitteln und angehen, und ihren ursprünglichen Arbeitsansatz durch einen sozialraumbezogenen Arbeitsansatz erweitern, also eine Arbeit in der Stadtteilprävention leisten.

Dem gegenüber steht eine weitere Motivation der freien Wohlfahrtspflege für einen sozialräumlichen Arbeitsansatz, nämlich die anvisierten Zielgruppen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt – also bevor sich soziale Problemlagen bilden oder zuspitzen – zu erreichen und auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation hinzuwirken. Die Stadtteilarbeit ist in diesem Fall fest mit der Installierung einer niedrighwelligen Anlaufstelle für die Stadtteilbewohner verknüpft, von der aus (negative) Veränderungen im Sozialraum beobachtet werden, ein Vertrauensverhältnis zu Bewohnern aufgebaut und somit Sorgen und Nöte der Stadtteilbewohner aufgegriffen werden können. Dieses Frühwarnsystem bildet schließlich die Handlungsgrundlage nicht nur für eine Neuausrichtung oder Erweiterung der zielgruppenspezifischen Unterstützungsangebote, sondern für eine Stadtteilpräventionsarbeit im Sinne des Förderns präventiv wirksamer Rahmenbe-

dingungen im Stadtteil. Der sozialräumliche Arbeitsansatz ist somit als Instrument für eine effektivere zielgruppenbezogene Arbeit zu verstehen.

Des Weiteren stellt Hinte fest, dass unter dem Druck immer knapper werdender Kassen bei den öffentlichen Haushalten, den Einsparungen der Kommunen bei den freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich und der Zunahme einkommensschwacher Haushalte und Haushalten in psychosozialen Problemlagen die Mobilisierung von Selbsthilfekräften, Engagementpotenzialen und Ressourcen im Stadtteil zur Lebensbewältigung eine zunehmende Bedeutung bei den Kommunen und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege erlangt. „Lebensweltbezug, Stadtteilorientierung, Aktivierung statt Betreuung, Selbsthilfe und Nachbarschaftsstrukturen sind wieder gefragt (...)“, ¹⁰⁹ um soziales, gesellschaftliches Kapital zu aktivieren und eine ansatzweise Kompensation für die eingesparten sozialstaatlichen Leistungen zu bieten. Er sieht in dieser gesellschaftlichen Entwicklung auch eine „...Chance fachlicher Innovationen im Sinne eines kleinräumigen, aktivierenden Arbeitsansatzes“, ¹¹⁰ die bereits viele Träger mit stadtteilbezogenen, dezentralisierten Aktivitäten ergriffen haben. Dieser Arbeitsansatz wird seiner Ansicht nach zwar hauptsächlich, aber nicht nur durch die begrenzten finanziellen Ressourcen der Träger gefördert, sondern auch durch ein sozialpolitisches Engagement der Einrichtungen und fachlichen Kompetenzen der dort Tätigen in der Gemeinwesenarbeit.

8.1.2 Potenziale und geeignete Zielsetzungen in der Stadtteilprävention

Stadtteilprävention bezieht sich auf das Lebensumfeld einer sozialräumlich definierten Bevölkerung, also auf einen bestimmten Raum wie etwa den Stadtteil oder das noch kleinere

Quartier. Die Bewohner sind nicht getrennt von ihrem sozialen und baulichen Umfeld zu betrachten, vielmehr ist das Lebensumfeld ganzheitlich zu betrachten. Blickwinkel der Stadtteilprävention sind die Lebensverhältnisse der Bewohner und ihre sozialen Netze, aber auch die Rahmenbedingungen, die auf das Leben im Stadtteil Einfluss nehmen und etwa sozialräumliche Ungleichheiten verstärken. Insofern ist es Aufgabe eines Projektes der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention, sich vom Prinzip her um alle Probleme zu „kümmern“, die von den Bewohnern und den lokalen Akteuren, zu denen sie einen Kontakt aufbauen kann, für wichtig erachtet werden.

Der interdisziplinäre und sozialraumorientierte Arbeitsansatz bedeutet jedoch nicht, dass das Projekt in allen Feldern der Stadtteilprävention gleichermaßen tätig sein muss oder sollte. Die Entwicklung von eigenen Projekten und Aktivitäten und die Umsetzung von Maßnahmen sollte nur in denjenigen Handlungsfeldern erfolgen, in denen die freie Wohlfahrtspflege Umsetzungspotenziale, etwa in Form von Entscheidungskompetenzen und Umsetzungsinstrumenten, aufweist und somit effektiv sein kann. Aber gemäß dem Arbeitsansatz muss sie auch dem Motto folgen: „Das eine tun, ohne das andere zu lassen“. Örtliche Bedarfe in anderen Handlungsfeldern, in denen sie keine Stärken bzw. Handlungskompetenzen aufweist, sind ebenfalls aufzugreifen, jedoch durch Vermittlung an zuständige Instanzen einer Bearbeitung zuzuführen. Welche Bedeutung hierbei Kooperationen mit anderen Institutionen zukommt, wird an einer anderen, nachfolgenden Stelle ausgeführt.

Aus den Praxiserfahrungen der Modellprojekte als auch aus der Stärken- und Schwächen-Analyse freier Wohlfahrtspflege und Kommunalverwaltung in der Stadtteilprävention lassen sich diejenigen Arbeitsfelder bzw. Zielsetzungen in der Stadtteilprävention ableiten, in denen Projekte der freien Wohlfahrtspflege Stärken und Handlungskompetenz aufweisen und die als originäre Handlungsfelder zu begreifen sind.

¹⁰⁹ S. Hinte, Wolfgang (1992): Von der Stadtteilarbeit zum Stadtteilmanagement. Sozialraumorientierung als methodisches Prinzip sozialer Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, Heft 5, S. 120.

¹¹⁰ Ebd.

Unterhalb der übergeordneten Zielsetzung *Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation* liegt ein Umsetzungspotenzial im Handlungsfeld „Abbau von sozialen Konfliktslagen im Quartier“, das der Teilzielsetzung „Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte“ zugeordnet ist. Hier kann vorzugsweise die freie Wohlfahrtspflege wirksam werden (z.B. im Rahmen der Förderung von Nachbarschaftskontakten, von Maßnahmen zum Abbau von Vandalismus usw.).

Die Umsetzungspotenziale der freien Wohlfahrtspflege liegen jedoch überwiegend in den Handlungsfeldern, die der übergeordneten Zielsetzung der *nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner/innen benachteiligter Stadtquartiere* zugeordnet sind, und hier konkret in folgenden Handlungsfeldern bzw. Teilzielsetzungen:

1. Teilzielsetzung: Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner.

- Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten innerhalb von Beschäftigungsinitiativen der freien Wohlfahrtspflege,
- Berufliche Förderung/ Förderung der Aus- und Weiterbildung innerhalb von Qualifizierungsprojekten der freien Wohlfahrtspflege,
- Schaffung von Möglichkeiten des bargeldlosen Erwerbs von Sach- und Dienstleistungen (z.B. Förderung Nachbarschaftshilfe, Tauschringe),
- Schaffung von ortsnahen und niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfeangeboten in materiellen Problemlagen (z.B. Schuldnerberatung, Wohngeld-/Sozialberatung)

2. Teilzielsetzung: Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung

- Schaffung von ortsnahen und niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfeangeboten in sozialen Problemlagen (z.B. Familienberatung,

Kinderbetreuung usw.),

- Erhöhung des Sicherheitsempfindens, das indirekt durch die Stärkung von Nachbarschaftskontakten und durch Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten usw. gefördert werden kann,
 - Abbau von Vandalismus im Rahmen von zielgruppenspezifischen Arbeitsansätzen und Streetwork,
 - Schaffung von Kontakt- und Lernchancen zwischen verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen,
 - Förderung von Nachbarschaftskontakten und -bildung sowie Nachbarschaftshilfe,
 - Verbesserung der Bildungschancen (z.B. schulische Förderung, Sprachförderung) durch Umsetzung von Maßnahmen, die nicht an eine schulische Einrichtung gebunden ist (z.B. Schulaufgabenbetreuung, Alphabetisierungskurse).
3. Teilzielsetzung: Förderung der Partizipation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Förderung von Engagement- und Selbsthilfepotenzialen,
 - Verbesserung bestehender und Ausbau von kulturellen Angeboten,
 - Erhöhung des Bildungsniveaus (s. Verbesserung der Bildungschancen).
4. Teilzielsetzung: Verbesserung der Wohnraumversorgung und Unterstützung der Zentralen Fachstelle in der Wohnungsnotfallprävention
- Kooperationspartner der Zentralen Fachstelle bei aufsuchender Beratung von Wohnungsnotfällen (Hausbesuche), sofern eine Beauftragung durch die Zentrale Fachstelle erfolgt,
 - Erschließung weiterer, niedrigschwelliger Zugangswege zur frühzeitigen Vermeidung von Wohnungsnotfällen in Ergänzung zur präventiven Tätigkeit der Zentralen Fachstel-

le,

- Nachgehende Begleitung von Haushalten nach einem vermiedenen Wohnungsverlust, um eine Nachhaltigkeit der geleisteten Präventionsarbeit der Zentralen Fachstelle zu gewährleisten.
- 5. Teilzielsetzung: Abbau räumlicher Disparitäten
 - Erweiterung der sozialen Infrastruktur durch Beratungs- und Hilfeangebote sowie der Freizeit- und kulturellen Angebote.
- 6. Teilzielsetzung: Sensibilisierung von Akteuren aus der sozialen Arbeit und Stadtteilbewohner für die Thematik des sozialen Ausgleichs bzw. der sozialräumlichen Segregation
 - Öffentlichkeitsarbeit.
 - Gewinnung von Multiplikatoren aus dem Akteursfeld der Wohlfahrtspflege und engagierter Bürger.

Hier gilt zu beachten, dass die freie Wohlfahrtspflege gute Zugangspotenziale zu professionellen Akteuren aus der sozialen Arbeit und zu Stadtteilbewohnern, jedoch weniger gute bis keine Zugangspotenziale zu anderen Akteuren aufweist. Bei der Sensibilisierung von Akteuren für die Stadtteilprävention kann die freie Wohlfahrtspflege auch auf vielfältige Informationen zu Bedarfen und Problemlagen in den Stadtteilen zurückgreifen. Diese Informationen werden in ihren stadtteilbezogenen Einrichtungen durch den niedrigschwelligen Zugang zu ihren Klienten bzw. Stadtteilbewohnern, aber auch im Kontakt mit anderen Einrichtungen der sozialen Arbeit gewonnen, und können, sofern sie gebündelt und aufbereitet werden, als qualitatives Frühwarnsystem für Fehlentwicklungen im Stadtteil dienen.

- 7. Teilzielsetzung: Schaffung tragfähiger lokaler Netzwerke durch Aktivierung der relevanten Akteure aus dem Akteursfeld der Wohlfahrtspflege und engagierter Bürger
 - Erzielen eines kooperativen Vorgehens durch gemeinsame Ziel- und Konzept-Formulierung

- Erzielen eines kooperativen Vorgehens durch Bereitstellung und Bündelung von Ressourcen

Hier gilt zu beachten, dass die freie Wohlfahrtspflege erfahrungsgemäß Stärken in der Aktivierung von Akteuren der sozialen Arbeit und von Bürgern für anlassbezogene Aktivitäten, nicht aber für die Formulierung und Verfolgung strategischer Zielsetzungen aufweist. Die Aktivierung gelingt daher gut innerhalb der genannten Zielgruppe zu konkreten Einzelthemen, die zumeist auch noch eine Nähe zum originären Handlungsfeld der einzelnen Akteure aufweisen. Sie gelingt jedoch nicht bei anderen Akteursgruppen und auch nicht im Hinblick auf eine längerfristig-strategische Handlungsorientierung.

Jedoch weist die Freie Wohlfahrtspflege als Projektträger im Rahmen der Vernetzungstätigkeit auf Stadtteilebene im Vergleich zur Stadtverwaltung oder Kirchengemeinden gewisse Vorteile und Chancen auf:

- Dem Projektträger und damit auch dem Projekt wird eine Neutralität in der Interessenlage zugesprochen, so dass ein offeneres und vertrauensvolleres aufeinander Zugehen möglich ist (Die Neutralität wird auch als Anreiz gesehen, da sie auch immer die Möglichkeit einschließt, den Partner für sich zu gewinnen und ihn auf die „eigene Seite“ ziehen zu können).
- Die Anbindung an einen nicht-kirchlichen Träger wird als Unabhängigkeit gewertet, die als sehr notwendig angesehen wird, damit alle Bewohner das Projekt als Anlaufstelle akzeptieren und die vom Modellprojekt an die Kooperationspartner vermittelten Stadtteilthemen eine gewisse „Allgemeingültigkeit“ besitzen.
- Die Zusammenarbeit mit freier Wohlfahrtspflege kann eine notwendige Flexibilität bei der Umsetzung von Kooperationsvorhaben sichern, die die Kommunalverwaltung u.U. nicht besitzt (bspw. eine zügige Abstimmung

und Herausgabe von Pressemitteilungen zur Ankündigung von Veranstaltungen).

8.1.3 *Arbeitsansatz und Funktion stadtteilbezogener Projekte der freien Wohlfahrtspflege*

Aus den Aufgabenfeldern der Stadtteilprävention, den Stärken der freien Wohlfahrtspflege in der stadtteilbezogenen Arbeit und der Evaluation der Modellprojekte lassen sich Anforderungen an den Arbeitsansatz und die Funktion solcher Projekte der freien Wohlfahrtspflege ableiten.

Stadtteilprävention ist eine sozialräumliche Strategie. Für Projekte der freien Wohlfahrtspflege bedeutet dies, dass sie nicht (nur) einzel-fall- oder gruppenbezogen, also im Hinblick auf bestimmte Zielgruppen, sondern sozialraumbezogen handeln müssen. Der räumlichen Umwelt einzelner Bevölkerungsgruppen kommt im Rahmen der Stadtteilprävention ebenso wie in der Gemeinwesenarbeit eine besondere Bedeutung zu. Denn der gesamte Stadtteil oder das gesamte Quartier ist als eine Ressource zur Lebensbewältigung – vor allem für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen – anzusehen. Insofern muss sich die Arbeit der Stadtteilprävention ganzheitlich auf den Stadtteil ausrichten: sowohl auf seine Bewohner als auch auf seine baulichen und infrastrukturellen Besonderheiten sowie auf die politischen Rahmenbedingungen, die auf die Stadtteilentwicklung einwirken. Das bedeutet aber auch, dass die Arbeit der Stadtteilprävention den engen Rahmen der Sozialarbeit im Sinne der pädagogischen Ausrichtung auf einzelne Individuen mit den entsprechenden Angeboten der Einzelfall- oder Gruppenarbeit überschreiten oder sogar verlassen und auch stadtplanerische sowie wohnungs- und kommunalpolitische Handlungsbedarfe aufgreifen und einer Bearbeitung bei den dafür zuständigen Institutionen zuführen muss.

Stadtteilprävention ist in diesem Sinne ein interdisziplinäres Handlungsfeld, das sich an der Zielsetzung der Verbesserung der Lebensbedingungen der Stadtteilbewohner (z.B. Verbesserung der sozialen, ökonomischen Lage der Be-

wohner, Abbau der Defizite in der Infrastruktur) und an der Zielsetzung des Entgegenwirkens fortschreitender sozialräumlicher Segregation ausrichtet, und das stark stadtplanerisch wie auch wohnungs- und kommunalpolitisch beeinflusst ist. Das bedeutet für ein Projekt der freien Wohlfahrtspflege, dass die Beschränkung auf den klassischen Sozialbereich durchbrochen werden muss: Bestehen im Stadtteil aus Bewohnersicht bspw. dringende Handlungsbedarfe in der Verbesserung der Verkehrssicherheit oder in der Sanierung von Wohnungen, so besteht die Aufgabe eines Projektes der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention darin, diese Bedarfe aufzugreifen, hierzu entsprechende Informationen aufzubereiten und den Handlungsbedarf an die zuständigen Stellen in der Verwaltung und ggf. der Wohnungswirtschaft weiterzuvermitteln. Dadurch leistet das Projekt seinen Beitrag zum Abbau räumlicher Disparitäten (Bsp. Verkehrssicherheit) und zur Verbesserung der Wohnraumversorgung (Bsp. Wohnungssanierung).

In der Projektskizze des Diözesan-Caritasverbandes zu den beiden Modellprojekten ist die übergreifende Aufgabe von Projekten der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention beschrieben: Es geht um das Fördern präventiv wirksamer Rahmenbedingungen im Stadtteil, unter denen sich das Wohnklima für die Bewohner im Viertel verbessern kann.¹¹¹ Hierbei können in der Projektarbeit nicht die personenbezogenen Präventionsstrategien im Vordergrund stehen, da sie angesichts begrenzter personeller Ressourcen der Projekte erfahrungsgemäß kaum eine auf den Stadtteil ausgerichtete Breitenwirkung erzielen können und auch das Umfeld des Stadtteils als Ressource zur Lebensbewältigung nicht berücksichtigen. Es geht in der Präventionsarbeit vielmehr um strukturbezogene Präventionsstrategien, also um die Veränderung einschränkender, benachteiligender oder in den Entwicklungsmöglichkeiten der Stadtteilbewoh-

¹¹¹ Vgl. Projektskizze des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln zu den beiden Modellprojekten Stammheim und Bilderstöckchen.

ner hemmender Lebensbedingungen. Personenbezogene Präventionsstrategien sollten dementsprechend stark im Hintergrund stehen: Es gilt, durch eine niederschwellige Arbeit der Projekte zwar frühzeitig Probleme und Sorgen der Stadtbewohner aufzugreifen und den Beratungsbedarf durch Weitervermittlung an geeignete Hilfeangebote zu decken, nicht jedoch ein eigenes Beratungsangebot aufzubauen. Allerdings zeigen die evaluierten Modellprojekte auch, dass ein festgestelltes Defizit an Sozial- oder Mieterberatungsangeboten im Stadtteil unter Umständen auch von einem Projekt der freien Wohlfahrtspflege solange gedeckt werden muss, wie sich kein anderer Träger für ein solches Angebot im Stadtteil anbietet und ein dringender Bedarf weiter fortbesteht.

Um das Ziel des Entgegenwirkens fortschreitender sozialräumlicher Segregation in der Stadtteilprävention zu verfolgen, muss ein Projekt der freien Wohlfahrtspflege auch den herkömmlichen, sozialarbeiterischen Fokus auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen erweitern und auch die Probleme und Bedürfnisse von Bewohnern aufgreifen, die sich nicht in sozialen oder ökonomischen Problemlagen befinden, um auch für sie ein attraktives Wohnklima zu schaffen, das zum Bleiben einlädt. Zielgruppe des Projektes sind damit alle Stadtbewohner.

Aus der Praxis der Modellprojekte hat sich eine ressourcenorientierte und integrative Arbeitsweise als besonders effektiv und effizient herauskristallisiert. Integrativ bedeutet, dass die Kommunikation und Vernetzung mit anderen Akteuren und Bewohnern im Vordergrund steht. Dabei soll erreicht werden, dass Barrieren zwischen Sozialräumen, zwischen Nationalitäten und zwischen Generationen abgebaut, die Angebotsträger im Stadtteil in ein stadteilweites Netzwerk integriert werden und sich deren Angebote auf den gesamten Stadtteil ausweiten, sich somit die Teilhabemöglichkeiten aller Stadtbewohner erhöhen und Zugangsbarrieren zu lokalen Ressourcen abgebaut werden. Ressourcenorientiert bedeutet, dass bei der Umsetzung von Angeboten und Aktivitäten in der Stadtteilarbeit im Sinne eines effizienten Einsatzes der

Projektressourcen vorrangig andere Stadtteilakteure als Angebotsträger zu gewinnen und somit die eigenen Ressourcen zu multiplizieren sind. Das Projekt wird erst subsidiär tätig, wenn keine anderen Akteure gewonnen werden können. Das ressourcenorientierte Arbeitsprinzip basiert also auf der Stiftung von Kontakten und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, die im und für den Stadtteil aktiv sind. Diese Arbeitsweise fördert zudem die Sensibilisierung und Aktivierung relevanter Akteure für die Stadtteilprävention, sie stiftet Vernetzung und Kooperation im Stadtteil und schafft eine stärkere Nachhaltigkeit der geschaffenen Angebote und Aktivitäten, da diese eher bei Trägern angesiedelt werden, die vermutlich länger im Stadtteil ansässig bleiben als das Präventionsprojekt der freien Wohlfahrtspflege.

Wenn ein Projekt der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention Motor sein will, muss es - basierend auf den Erfahrungen der Modellprojekte - folgende Funktionen übernehmen:

- Es muss als „Hörrohr“ im Stadtteil zu funktionieren. Das heißt, es muss die örtlichen Bedarfe und Probleme der Bewohner und Akteure sammeln, bündeln und sie an geeignete Akteure bzw. Verantwortungsträger weitervermitteln. Voraussetzungen hierfür sind ein niedrigschwelliger, bewohnerorientierter Arbeitsansatz und eine Präsenz vor Ort, damit sich das Projekt zu einer Anlauf- und Organisationsstelle für alle Stadtbewohner entwickeln kann. Voraussetzung ist aber auch der Aufbau von Kontakten und Kooperationen zu lokalen Akteuren, wobei bei Projekten der freien Wohlfahrtspflege erfahrungsgemäß nur der Kontakt zu anderen Akteuren der sozialen Arbeit (Kindergärten, Beratungseinrichtungen etc.) gut gelingt, die jedoch für viele Bewohner die erste Anlaufstelle bei Problemen und Bedarfslagen darstellen. Die Funktion als „Hörrohr“ stellt ein wichtiges Potenzial der freien Wohlfahrtspflege dar, das für die Stadtteilprävention genutzt werden sollte, denn es kann mit seinen frühzeitigen Informationen über das Entstehen von Bedarfs- und Problemlagen im

Stadtteil einen wichtigen Bestandteil eines Frühwarnsystems für die Verschlechterung des Wohnklimas im Stadtteil bilden.

- Es muss eine *Moderationsfunktion* übernehmen. Es muss die gebündelten Probleme, Interessen, Bedarfe aus dem Stadtteil zur Diskussion stellen und den Prozess der Lösungs- und Handlungsorientierung anstoßen und moderieren. Dies kann für ein Projekt der freien Wohlfahrtspflege bedeuten, siedlungsbezogene Probleme in Bewohnerversammlungen zu diskutieren, die Versammlungen zu moderieren, die Bildung einer Bewohnerinitiative zu unterstützen, entsprechende Kontakte zu Umsetzungsinstanzen wie etwa Verwaltung oder Wohnungswirtschaft zu erschließen und den Gesprächsprozess zwischen Bewohnerinitiative und Umsetzungsinstanz zu moderieren. Es muss die gesammelten Bedarfe der Bewohner und professionellen Stadtteilakteure in Stadtteilgremien einbringen, sich dort verantwortlich integrieren und dafür Sorge tragen, dass die im Rahmen der Stadtteilprävention relevanten Themen dort diskutiert und bearbeitet werden. Erfahrungsgemäß entsteht somit eine anlassbezogene Zusammenarbeit örtlicher Akteure, die ihre Ressourcen bündeln, um gemeinsam neue Angebote und Aktivitäten für die Stadtteilbewohner zu initiieren. Das Projekt hat dabei stets die Aufgabe, den Informationstransfer zu gewährleisten und den Diskussions- und Lösungsprozess zu moderieren oder zumindest zu begleiten.
- Es muss eine *Brückenfunktion* wahrnehmen. Es muss Verbindungen zwischen den Bewohnern mit ihren Interessen und Problemen und den lokalen Akteuren knüpfen, damit die Bedarfe der Bewohner von den professionellen Akteuren aufgegriffen werden können und in neue Angebote und Aktivitäten münden. Allerdings wird es den Projektmitarbeiter/innen aufgrund ihrer Zuordnung zur freien Wohlfahrtspflege vergleichsweise leicht

fallen, Kontakt und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen aus der sozialen Arbeit aufzubauen, während ihnen erfahrungsgemäß der Zugang zu örtlichen Wirtschaftsakteuren wie z.B. zu ansässigen Geschäftsleuten oder Wohnungseignern schwer fallen wird. Es muss aber auch Verbindungen zwischen den im Stadtteil lebenden Bewohnern und professionellen Akteuren einerseits und der Politik und Verwaltung andererseits herstellen, damit seitens Politik und Verwaltung begünstigende Rahmenbedingungen für die Stadtteilentwicklung geschaffen werden.

- Es muss einen Beitrag zum *Stadtteilmanagement* leisten. Dabei bedeutet das 'Managen' nicht 'Entscheiden im Alleingang', sondern ein Moderieren, Koordinieren und Organisieren im Entwicklungsprozess. Die Aufgaben des Stadtteilmanagements, die ein Projekt in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege leisten kann und sollte, sind folgende:

Anlaufstelle vor Ort für Bewohner und Stadtteilakteure aus dem Bereich der sozialen Arbeit sein, Sammlung und Aufbereitung der Informationen über ihre Bedarfe und Probleme und Transfer dieser Informationen in Stadtteilgremien und andere relevante Institutionen.

Aufbau einer Zusammenarbeit mit Verwaltung, damit Ressourcen der Verwaltung für den Stadtteil nutzbar gemacht werden können und somit alle Handlungsfelder der Entwicklung eines sozialen Ausgleichs bearbeitet werden können. Abstimmung auf ein gemeinsames, zielgerichtetes Handeln und Koordination der Aktivitäten des Projektes der freien Wohlfahrtspflege mit Aktivitäten der Stadtverwaltung.

Schnittstellenkommunikation zu Stadtverwaltung im Sinne eines Dialogmanagers zwischen den Systemen „Stadtteil“ (Bewohner, professionelle Akteure aus der sozialen Arbeit) sowie „Politik und

Verwaltung“.¹¹²

Projektentwicklung im Rahmen derjenigen Handlungsfelder, in denen die freie Wohlfahrtspflege Handlungspotenziale aufweist: Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung, Abbau sozialer Konfliktlagen im Quartier, Erweiterung der sozialen, Kultur- und Freizeitinfrastruktur, Förderung der Partizipation, Förderung der Qualifizierung und Beschäftigung für Zielgruppen usw.

Förderung von Vernetzung im Stadtteil innerhalb der Bewohnerschaft (z.B. in Form von Mieterinitiativen, Tauschringen, selbstorganisierten Gruppen, Nachbarschaftshilfe usw.)

Förderung der Vernetzung von professionellen Akteuren der sozialen Arbeit im Stadtteil, z.B. durch Unterstützung bei der Initiierung und Weiterentwicklung von Stadtteilgremien, sowie Förderung der Einbindung engagierter Bewohner in Stadtteilgremien.

Aktivierung von Bürgergesellschaft und Förderung der Beteiligung der Bewohner am Stadtteilentwicklungsprozess,

Öffentlichkeitsarbeit.

- Es muss *Bündnisse mit der Verwaltung* stiften, damit von dort Ressourcen für die Stadtteilprävention bereitgestellt und die Stärken der Verwaltung für die Stadtteilprävention nutzbar gemacht werden. Denn ohne die Verwaltung, so zeigt die Praxis aus den untersuchten Stadtteilen, bleibt der Wirkungsbereich der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention zu beschränkt. Sie besitzt – im Gegensatz zur Kommunalverwaltung – so gut wie keine Einflussmöglichkeiten, um

einer fortschreitenden sozialräumlichen Segregation entgegenzuwirken, etwa über den Abbau räumlicher Disparitäten zwischen den Stadtteilen oder über eine Belegungssteuerung im Sozialen Wohnungsbau. Auch bei der Verbesserung der ökonomischen Situation der Stadtteilbewohner durch Förderung der lokalen Ökonomie sowie bei der Verbesserung der Wohnraumversorgung verfügt die Freie Wohlfahrtspflege nicht über die geeigneten Ressourcen für eine Handlungsorientierung. Des Weiteren ist die Kommune auch im Vorteil, wenn es darum geht, lokale Akteure außerhalb des Handlungsfeldes soziale Arbeit zu einem strategischen Handeln in der Stadtteilprävention zu aktivieren. Ein Projekt der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention muss also über die Sozialarbeit hinaus andere Fachlichkeiten aus der Verwaltung (je nach Problemlage im Stadtteil etwa die Stadtplanung, das Wohnungsamt, das Jugendamt, die Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle) einbeziehen und erweiterte Bündnisse eingehen, um die Aufgabefelder der Stadtteilprävention in Kooperation mit Verwaltung zu bearbeiten.

8.1.4 Geeignete Wege der Initiierung

Aus den Aufgaben und Funktionen, die ein Projekt der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention leisten sollte, wenn es erfolgreich sein will, lassen sich einige Faktoren ableiten, die bei der Frage, welche Wege für die Initiierung eines solchen Projektes geeignet sind, von Bedeutung sind.

- Zunächst ist seitens der freien Wohlfahrtspflege zu klären, in welchen Stadtteilen aus ihrer Sicht eine sozialräumliche, strukturbezogene Präventionsarbeit notwendig und sinnvoll ist. Hierfür gilt es, innerhalb der stadtteilbezogenen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege zu klären, welche Probleme und Bedarfslagen in den jeweiligen Stadtteilen vorliegen. Für diese erste Prob-

¹¹² Vgl. Hinte, Wolfgang (1992): Von der Stadtteilarbeit zum Stadtteilmanagement. Sozialraumorientierung als methodisches Prinzip sozialer Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, Heft 5, S. 121.

lemanalyse können folgende Informationsquellen dienen:

Aufbereitung von Informationen, die aus dem Kontakt der Trägereinrichtungen mit Klienten, Kunden und anderen Stadtteilakteuren gewonnen wurden und

eine Auswertung sozialräumlicher Daten der amtlichen Statistik.

- Die daraus gewonnenen Informationen sind zu bündeln und als Entscheidungsgrundlage für die Vorauswahl von Stadtteilen aufzubereiten. Für die konkrete inhaltliche Ausrichtung der Präventionsarbeit kann dann noch eine vertiefende Problemanalyse angeschlossen werden, die bspw. auch

Gespräche mit Mitarbeitern aus anderen Institutionen im Stadtteil, die oftmals die ersten Ansprechpartner für Probleme und Sorgen der Bürger sind,

Aktivierende Befragung von Bürgern und Mitarbeitern aus Institutionen im Stadtteil,

Durchführung von Bürgerforen, Fokusgruppen usw.

beinhaltet.

- Diese aufbereiteten Informationen können quasi als auch ein Frühwarnsystem der freien Wohlfahrtspflege für eine Entwicklung der sozialen Ungleichheit in den Stadtteilen betrachtet werden, sie dienen damit der Funktion, „Hörrohr im Stadtteil“ zu sein. Sie sind aber auch eine unabdingbare Diskussionsgrundlage für eine angestrebte Zusammenarbeit mit der Verwaltung in der Stadtteilprävention und für die Sensibilisierung und Aktivierung weiterer Stadtteilakteure, dienen also der Wahrnehmung der „Brückenfunktion“ und der Aufgabe, „Bündnisse mit der Verwaltung“ zu schließen.
- Der festgestellte Handlungsbedarf in der Stadtteilprävention wird nun von der freien

Wohlfahrtspflege an die Stadtverwaltung herangetragen, weil nur in einem Zusammenwirken der beiden Institutionen die Handlungsfelder des sozialen Ausgleichs bearbeitet werden und die notwendigen Ressourcen für die Stadtteilprävention bereitgestellt werden können.

- Dabei ist es wichtig, dass die Verwaltung frühzeitig in die Überlegungen der freien Wohlfahrtspflege zur Initiierung von Projekten in der Stadtteilprävention einbezogen wird, noch bevor konkrete Planungen wie etwa eine Festlegung auf bestimmte Stadtteile entwickelt wurden. Denn auch die Kommune muss sorgfältig abwägen, wo sie ihre begrenzten Ressourcen einsetzt und welche Stadtteile sie durch einen überdurchschnittlichen Ressourceneinsatz besonders fördern muss, um nachhaltige Fehlentwicklungen zu vermeiden. Letztendlich bildet aber auch eine frühzeitige Abstimmung über den Handlungsbedarf in der Stadtteilprävention die Chance, gemeinsame Handlungsleitlinien und Zielsetzungen für die Stadtteilprävention zu formulieren und damit die Basis für eine vertrauensvolle und nachhaltige Zusammenarbeit zu schaffen. Ansonsten wird die Kommune in eine Rolle gedrängt, in der sie ausschließlich als Dienstleister für die Forderungen der freien Wohlfahrtspflege bzw. der Stadtteilakteure fungiert. Diese Rolle kann sie einnehmen und wird sie einnehmen wollen, wenn es um punktuelle Interventionsbedarfe mit sehr begrenztem Ressourceneinsatz geht, die im regulären Verwaltungsvollzug üblich sind. Sie wird jedoch nicht, wie es im Rahmen der Stadtteilprävention notwendig sein kann, umfangreichere Ressourcen und diese auch noch in einem koordinierten Vorgehen (wozu entsprechende Abstimmungs- und Organisationsstrukturen in der Verwaltung geschaffen werden müssen) bereitstellen, ohne sich auf ein gemeinsames strategisches Vorgehen in der Stadtteilprävention zu verständigen.

Ziele und Organisationsformen in der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit

- Die freie Wohlfahrtspflege muss daher eruieren, welche Ämter oder Fachstellen der Kommunalverwaltung für eine Zusammenarbeit in der Stadtteilprävention in Frage kommen, um dann anschließend den Kontakt aufzubauen. Grundsätzlich sind diejenigen Ämter geeignet, die (1) sozialräumliche Handlungsstrategien aufweisen und (2) eine gewisse inhaltliche Nähe zu den Aufgabefeldern der Stadtteilprävention aufweisen. Beide Anforderungen erfüllen zumeist Jugendamt, Planungsamt, Zentrale Fachstelle usw. Die Zusammenarbeit sollte zwischen der Leitungsebene des Projektträgers und des Amtsleiters bzw. Dezernenten vereinbart werden, damit der gemeinsamen Präventionsarbeit ausreichend Relevanz und Ressourcen sowie dem Projekt der freien Wohlfahrtspflege auch ausreichend Unterstützung durch die Verwaltung beigemessen werden.
- Im Kontakt mit der Verwaltung ist evtl. noch Überzeugungsarbeit in der Frage zu leisten, warum die Verwaltung mit freier Wohlfahrtspflege kooperieren sollte. In diesen Fällen kann die freie Wohlfahrtspflege auf ihre Potenziale und Stärken in der Stadtteilprävention verweisen und deutlich machen, dass diese Potenziale von der Verwaltung im Falle einer Zusammenarbeit genutzt werden können, um Problemlagen in den Stadtteilen abzubauen. Denn die evaluierten Modellprojekte des DiCV zeigen, dass auch bei einem geringen Ressourceneinsatz der freien Wohlfahrtspflege Effekte in der Präventionsarbeit erzeugt werden können.
- Bei der Initiierung von Projekten der freien Wohlfahrtspflege ist neben der Zusammenarbeit mit der Verwaltung noch eine andere Akteursgruppe von Belang: Das Projekt bedarf eines tragfähigen Unterstützungsnetzwerkes auf der Stadtteilebene. Ist noch kein solches Netzwerk vorhanden, so muss das Projekt ein solches Netzwerk (mit)aufbauen. Auch hierbei ist die Kooperation mit der Kommunalverwaltung wichtig, denn die Kommune kann starke Signale für einen Aufbruch im Stadtteil setzen.
- Ohne die Zusammenarbeit mit der Kommune wird der Aufbau eines solchen Netzwerkes jedoch aller Voraussicht nach ein langwieriger und zeitaufwändiger Weg sein. Vor diesem Hintergrund ist es nicht ratsam, seitens der freien Wohlfahrtspflege ein Präventionsprojekt in einem Stadtteil zu initiieren, für das sie zwar einen Bedarf in der Stadtteilprävention erkennt und in dem entsprechende Ressourcen für die Stadtteilprävention bereitgestellt werden können, in dem jedoch kein stadtteilbezogenes Unterstützungsnetzwerk besteht und die Verwaltung/Kommune keine Erfordernisse in integrierten Handlungsansätzen sieht.
- Besteht jedoch ein solches Unterstützungsnetzwerk, ist allerdings die Verwaltung (noch) nicht zu einer Kooperation in der Stadtteilprävention zu bewegen, so wird es erforderlich sein, gemeinsam den notwendigen Druck auf Verwaltung und Politik auszuüben, damit seitens der Verwaltung koordinierende Maßnahmen in der Stadtteilprävention ergriffen und entsprechende Ressourcen für den Stadtteil bereitgestellt werden. Die Effektivität des Projektes in der Stadtteilprävention wird jedoch in diesem Fall in den Anfangsjahren – gemessen an dem Ressourceneinsatz – eher als gering zu bewerten sein, da zunächst die Sensibilisierung und Aktivierung der Netzwerkakteure für die Problematik der sozialen Entmischung im Vordergrund stehen und das Projekt nur in den Handlungsfeldern der Entwicklung eines sozialen Ausgleichs aktiv sein kann, in denen es Kompetenzen und Gestaltungsmacht aufweist.
- Damit ein Präventionsprojekt zugleich eine niederschwellige „Anlaufstelle vor Ort für Bewohner und Stadtteilakteure aus dem Bereich der sozialen Arbeit“ sein kann, müssen nicht nur entsprechende Räumlichkeiten im

Stadtteil seitens der Wohlfahrtspflege erschlossen oder zur Verfügung gestellt werden (d.h. Räumlichkeiten, die einen niedrigschwelligen Zugang für alle Bewohner des Stadtteils bieten), sondern auch personelle Ressourcen in Form von Projektmitarbeiter/innen.

- Es ist zu prüfen, ob das Präventionsprojekt im Stadtteil ohne oder mit einer Anbindung an eine bestehende Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege aufgebaut werden soll, bzw. an welche Einrichtung, wenn mehrere prinzipiell in Frage kommen. Die organisatorische und räumliche Anbindung eines Projektes in der Stadtteilprävention an eine bestehende Einrichtung des Trägers im Stadtteil bietet Vorteile: Die Projektmitarbeiter/innen können an bestehende Kontakte zu Stadtteilakteuren und zu Nutzergruppen anknüpfen und hierauf ihre Arbeit aufbauen. Die bestehende Einrichtung kann das Modellprojekt auch in bestehende Netzwerke wie etwa eine Stadtteilkonferenz einführen und vielfältige Informationen über den Stadtteil zur Verfügung stellen. Auch können in Engpasssituationen vorhandene personelle oder räumliche Ressourcen gepoolt werden und diese Engpässe besser überbrückt werden. Allerdings können diese Vorteile nur ausgeschöpft werden,

wenn die bestehende Einrichtung gut in den Stadtteil integriert ist und keine Akzeptanzprobleme bei institutionellen Akteuren und/oder Stadtteilbewohnern aufwirft, die den Zugang zur Einrichtung und die Kooperation erschweren,

wenn mit der Anbindung zugleich auch eine konzeptionelle Neuausrichtung der bestehenden Einrichtung als Kontakt-, Anlauf- und Koordinierungsstelle für alle Stadtteilbewohner und -akteure verknüpft werden soll.

- Stehen mehrere Stadteleinrichtung des Projektträgers für eine Projektanbindung zur

Auswahl, so ist anzuraten, diejenige Einrichtung auszuwählen, die die größere Breitenakzeptanz im Sinne der Stadtteilprävention aufweist. Eine solche Entscheidung bedeutet eine Neuzuteilung von Ressourcen, somit die „Aufwertung“ einer Einrichtung und eine neue Kräfteverteilung innerhalb des örtlichen Hilfesystems. Aufbrechenden Konkurrenzsituationen kann eine transparente Entscheidungsfindung vorzubeugen.

8.1.5 Interne Projektorganisation

Bei der Anbindung eines Projektes in der Stadtteilprävention an einen geeigneten Projektträger der freien Wohlfahrtspflege sind folgende Sachverhalte zu berücksichtigen:

- Geeignete Träger der freien Wohlfahrtspflege für ein Projekt in dem relativ neuen Arbeitsfeld der Stadtteilprävention sind solche, bei denen ein großer inhaltlicher Bezug zum Themenfeld der Stadtteilprävention mit seinem expliziten sozialräumlichen Ansatz und seinem strukturbezogenen Präventionsansatz besteht oder die ein hohes Interesse daran haben, das neue Arbeitsfeld als Ergänzung und Erweiterung ihrer zielgruppenorientierten Arbeitsfelder und ihrer personenbezogenen Präventionsstrategie zu entwickeln.
- Das Projekt muss durch die Projektträger ausreichend Handlungsspielraum bekommen, um auf verändernde inhaltliche und strukturelle Anforderungen der Stadteilarbeit eingehen zu können. Die Spielräume dürfen nicht durch einseitige Trägerinteressen bzw. durch starke Eigeninteressen des Trägers eingeengt werden. Im Zweifelsfall müssen die von den Projekten benannten Stadtteilbedarfe Vorrang vor den Bedarfen des Projektträgers finden (etwa bei der Unterstützung einer Bewohnerinitiative, die vom Projekt als Motor für die Stadtteilentwicklung eingeschätzt wird).
- Bei der jeweiligen trägerinternen Anbindung sollte gewährleistet sein, dass ein möglichst großer inhaltlicher Bezug zwischen den Inhalten der Präventionsarbeit und den Themenfeldern der für die Projekte zuständigen Abteilungen innerhalb der Trägerorganisation

on vorhanden ist. Somit ist dann auch eine strukturelle Voraussetzung für den fachlichen Austausch und den Wissenstransfer zwischen Projekt und Trägerinstitution geschaffen.

- Die Anbindung eines Projektes an eine Trägergemeinschaft im Sinne eines Zusammenschlusses mehrerer Träger bietet den Vorteil der gemeinsamen Schaffung und Sicherung der materiellen Voraussetzungen für die Projektstätigkeit durch die Bündelung von notwendigen Ressourcen (Personal, Räumlichkeiten, Sachmittel, Hilfeangebote). Die Kosten für die Bereitstellung der materiellen und personellen Voraussetzungen für Stadtteilpräventionsarbeit lassen sich – verteilt auf zwei oder mehrere Träger – damit leichter finanzieren und alle Träger profitieren in der Erweiterung bzw. Weiterentwicklung ihrer Arbeitsansätze durch die Arbeit in der Stadtteilprävention.
- In der Arbeit der Stadtteilprävention stehen die Qualifikationen Kommunikations- und Integrationsfähigkeit, Teamerfahrung, interdisziplinäres Denken, Erfahrungen in Vernetzungs- und Stadtteilarbeit obenan. Die Projektmitarbeiter/innen sollten unabhängig von ihrer Profession – wozu neben Sozialarbeiter/innen durchaus auch Geographen, Stadtplaner, Theologen gezählt werden können – in der Lage sein, von der klassischen Sozialarbeit zu abstrahieren und Moderations-, Brücken- und Managementfunktionen im Stadtteil auszufüllen.
- Erfahrungsgemäß erleichtert ein eigenes Budget, über das das Projekt zweckgebunden verfügen kann, die Projektarbeit, so z.B. bei der Durchführung von Veranstaltungen, bei der Öffentlichkeitsarbeit. Das eigene Budget muss nicht unbedingt ein Verfügungsfonds darstellen, hilfreich ist bereits ein großzügig bemessenes Sachmittelbudget.

Aus den Optimierungspotenzialen der evaluierten Projekte lassen sich zudem Empfehlungen für die Projektsteuerung und -organisation ableiten:

- Die Projekte sollten innerhalb der Trägerstrukturen als eigenständige Organisations-

einheiten betrachtet werden, die mit anderen trägereigenen Abteilungen und Diensten vernetzt sind. Diese Vernetzung ist ausgerichtet auf (1) den Austausch von Informationen, (2) auf die Definition von Schnittstellen in der Zusammenarbeit, etwa bei der Weiterleitung von Stadtteilbewohnern mit einem Beratungsbedarf an die jeweils zuständigen Fachdienste des Projektträgers, (3) auf die Festlegung von Abgrenzungen des Arbeitsgebietes bei thematischen Schnittstellen zwischen Projekt und anderen Diensten des Trägers, (4) auf den fachlichen Austausch und den Wissenstransfer zwischen Projekt und Träger.

- Die Projekte benötigen, wenn nicht bereits bei der Projektinitiierung eine enge Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung erzielt werden konnte, die konsequente Unterstützung des Trägers beim Kontaktaufbau zu denjenigen Ämtern, die entscheidend sind für die Schaffung begünstigender Rahmenbedingungen für die Stadtteilprävention (etwa zur Zentralen Fachstelle im Rahmen der Belegungssteuerung in Sozialwohnungsbeständen). Denn erfahrungsgemäß haben die Projektmitarbeiter/innen gar keinen Zugang zur jeweiligen Amtsleitung, der jedoch notwendig ist, wenn seitens eines Amtes Maßnahmen ergriffen werden sollen, die über den üblichen Rahmen des Verwaltungsvollzuges hinausreichen.
- Auch wenn keine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung erzielt werden kann, können sich die Projekte im Rahmen ihrer Projektarbeit nicht der Aufgabe entziehen, bei konkreten stadtteilbezogenen Anlässen Einflussmöglichkeiten auf Verwaltungshandeln und Kommunalpolitik zu suchen, um die Rahmenbedingungen für die Stadtteilprävention, die durch Politik und Verwaltung gesetzt werden, mit beeinflussen wollen. Diese Aufgabe wird ihnen von den lokalen Institutionen als auch von der Stadtteilbewohnern in ihrer Funktion als örtlicher Träger der Stadtteilpräventionsarbeit zugeschrieben. In diesen Fällen muss zusammen mit dem Projektträger nach Lösungsmöglichkeiten bzw. Vorgehensweisen gesucht werden, die zugleich effektiv als auch ressourcenschonend sein können. Hierbei ist auch nach We-

gen zu suchen, die benötigten Ressourcen auf einen breiten Kreis von Stadtteilakteuren bzw. auf ein bestehendes Unterstützungsnetzwerk im Stadtteil zu verteilen.

- Bei einer Trägergemeinschaft ist die Frage zu klären, wie die Projektstätigkeit innerhalb des Trägers gesteuert wird. Hierzu ist ein Organisationsrahmen in Form eines gemeinsamen Gremiums (benannt z.B. als Trägergruppe oder Lenkungsgruppe) anzuraten. Aufgaben dieses Gremiums sind die materielle Absicherung der Projektarbeit, die Sicherung der Zusammenarbeit der Träger, die konzeptionelle Weiterentwicklung der Stadtteilpräventionsarbeit sowie die Steuerung der Tätigkeit der eingesetzten Fachkräfte. Das Gremium sollte sich daher aus Vertretern der Leitungsebene der kooperierenden Träger, den eingesetzten Fachkräften sowie auch deren unmittelbaren Vorgesetzten zusammensetzen.
- Durch die Anbindung an mehrere Träger mit jeweils unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten (etwa Gefährdetenhilfe, soziale Arbeit in sozialen Brennpunkten usw.) können die Projekte dann auf ein vielfältiges Know-how für ihrer Projektarbeit zurückgreifen und es als inhaltlichen Input zur Weiterentwicklung ihres Selbstverständnisses und ihrer Arbeit nutzen, wenn in die Projektsteuerung entsprechende fachliche Rückkopplungen eingebaut werden, z.B. in Form einer gemeinsamen Lenkungsgruppe.
- Das sehr breit angelegte Handlungsfeld von Projekten in der Stadtteilprävention und die sich im Projektverlauf unter Umständen zuspitzenden Problemlagen im Stadtteil machen es für die Projekte stets erforderlich, angesichts ihrer begrenzten personellen Ressourcen klare Prioritäten in der Stadtteilprävention zu setzen. Im Rahmen der Projektsteuerung bedarf es daher einer von allen beteiligten Personen getragenen Reflexion der Projektarbeit und eine darauf aufbauende offene, kreative Diskussion zu folgenden Themen: Welcher Handlungsbedarf besteht prioritär aufgrund der bestehenden bzw. sich zuspitzenden Problemlagen im Quartier? Wo sind Möglichkeiten, aber auch Grenzen der von der Stadtteilprävention umgesetzten Arbeitsansätze und Einzelaktivitäten, um eine effektive und zugleich auch effiziente Arbeit zu gewährleisten? Auf welche Teilziele und Aktivitäten soll sich das Projekt mittel- bis langfristig konzentrieren?
- Dies wirft die Frage auf, wie die Projektsteuerung gewährleistet werden kann. Hierzu sind seitens des Projektträgers klare Zielvorgaben für die Projektmitarbeiter/innen zu verabreden, deren Zielerreichung in Rückkopplungsrunden zwischen Projektträger und Projektmitarbeiter/innen überprüft werden muss. Als Grundlage für die Beurteilung der Zielerreichung ist ein Dokumentationssystem hilfreich, das von den Projekten mit Inhalt (qualitative Einschätzungen zu Projekterfolgen, Statistiken) zu füllen ist. In den Rückkopplungsrunden ist dann zu darzulegen, welche Teilziele bisher verfolgt und welche Effekte erzielt worden sind, und es ist zu diskutieren, ob der Mitteleinsatz vertretbar war bzw. ggf. eine Zielvorgabe verändert, ergänzt oder fallengelassen werden soll. Insbesondere ist bei einer kommunalen (Mit-)Finanzierung der Personalstellen oder bei einem Leistungsvertrag mit der Kommune ist zu berücksichtigen, dass eine genaue Zielvorgabe und eine Ausrichtung auf die gemeinsam mit der Kommune verabredeten Entwicklungsziele und Maßnahmen zwingend ist.
- Das Projekt muss ausreichend Zeit und Unterstützung durch den Projektträger haben, um die notwendigen Vernetzungsstrukturen im Stadtteil und in Richtung Verwaltung aufzubauen. Je nach Problemkonstellation im Stadtteil und den bisher erzielten Wirkungen der Projektarbeit, aber auch je Grad der Unterstützung der Projekte durch die Verwaltung und ein örtliches Unterstützungsnetzwerk kann für eine nachhaltige Projektarbeit ein Zeitraum von mehreren Jahren notwendig sein. Die Projektarbeit kann generell enden, wenn innerhalb des Stadtteils ein funktionierendes Unterstützungsnetzwerk für die Stadtteilprävention aufgebaut und eine Institution bzw. ein engagierter und allseits akzeptierter Bürger bereit ist, die Funktion eines Stadtteilmanagers zu übernehmen. Die Projektarbeit endet also dann, wenn selbsttragende Strukturen im Stadtteil geschaffen

wurden, die die Stadtteilprävention selbständig und dauerhaft weiterverfolgen.

8.2 Geeignete Zielsetzungen und Organisationsformen für kommunale, stadtteilbezogene Präventionsansätze

8.2.1 Zielsetzungen und Aufgabefelder

Eine Kommune, die sich dem Ziel einer sozialen Stadt verschreibt, muss ihre Arbeit auf den sozialen Ausgleich zwischen den Teilräumen ausrichten (vgl. Kap. 3.4). Ein präventiver Ansatz – wie er mit der Stadtteilprävention verfolgt wird – ist dabei gegenüber nachsorgenden Ansätzen vorzuziehen, da er effektiver und damit ressourcenschonender ist. Insbesondere unter dem Aspekt knapper kommunaler Ressourcen muss die Kommune dabei versuchen, möglichst viele andere Akteure mit ihren Ressourcen in die Anstrengungen zur Stadtteilprävention einzubeziehen.

Um zu entscheiden, in welchen Stadtteilen und mit welcher Intensität die Kommune ihre zumeist begrenzt vorhandenen Ressourcen in der Stadtteilprävention einsetzen sollte, ist ein gesamtstädtisches Monitoringsystem als zentrale Informations- und Entscheidungsgrundlage hilfreich, das auf der Stadtebene als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen bzw. für Entwicklungen, die zu benachteiligten Quartieren führen können, dient. Je nach Umfang und Detaillierungsgrad der zu messenden Indikatoren kann es auch Aussagen zu Defiziten und Potenzialen in den Stadtteilen liefern und somit auf konkrete Handlungsbedarfe in der Stadtteilarbeit hinweisen (vgl. hierzu den Exkurs zum Monitoringsystem in Kapitel 10).

Als Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ist zu bestimmen, welche Handlungsfelder der Stadtteilprävention die Kommune selbst übernehmen muss, weil kein anderer Akteur sie effektiver oder effizienter bearbeiten kann. Dabei liegt der Schwerpunkt dieser Untersuchung auf der Frage, welche Handlungsfelder innerhalb der Kommunalver-

waltung von einer Zentralen Fachstelle übernommen werden können. Der Anknüpfungspunkt für eine Zentrale Fachstelle an die Thematik der Stadtteilprävention liegt im Auftrag der Primärprävention von Wohnungsnotfällen. Primärprävention hier verstanden als das Ausschalten von allgemeinen Bedingungsfaktoren und Ursachen der Wohnungsnotfallproblematik (unzumutbare Wohnbedingungen, Überschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Konflikte, etc.) zielt unmittelbar auf die Handlungsfelder der Stadtteilprävention.

Die untersuchten Beispiele in Köln, Duisburg und Siegen haben gezeigt, dass Fachstellen für diese Arbeit vielfältige Potenziale mitbringen, ihnen aber auch deutliche Grenzen gesetzt sind. Denn die Fachstellen bewegen sich bei ihrer Arbeit im Stadtteil in einem Spannungsfeld zwischen ihrer klassischen Arbeit im Bereich der Einzelfallhilfe (Sekundär- und Tertiärprävention) und der Gemeinwesenarbeit im Rahmen der Primärprävention. Dies wird am Beispiel des Stadtteilbüros in Siegen besonders deutlich: Das Stadtteilbüro ist mit einer umfassenden Zielsetzung im Stadtteil angetreten (wohnnaher Einzelfallhilfe und Gemeinwesenarbeit). Aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen wurde die Arbeit jedoch auf die Einzelfallhilfe konzentriert und das Feld der Gemeinwesenarbeit konnte nur in Ansätzen bearbeitet werden.¹¹³

Neben der Zentralen Fachstelle sind auch andere Dienststellen der Kommunalverwaltung originär für einzelne Handlungsfelder einer Arbeit für einen sozialen Ausgleich zuständig. Zu nennen sind hier beispielhaft die Arbeitsbereiche Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung oder Kinder- und Jugendhilfe. Auf Seiten der Kommune muss also geklärt werden, welche Handlungsfelder von der Zentralen Fachstelle und welche von anderen Dienststellen übernommen werden sollen. Zur Abgrenzung geeigneter Ar-

¹¹³ Vgl. Stadt Siegen, Fachbereich Soziales, Familie, Jugend und Wohnen, Stadtteilbüro Heidenberg (1999) (Hrsg.): Zwischenbericht des Siegener Modellprojektes „Stadtteilbezogene Prävention“ im Stadtteil Heidenberg. Siegen, S.23.

beitsfelder im Stadtteil können zwei Leitfragen herangezogen werden:

- Welche Arbeitsfelder im Rahmen der Stadtteilprävention sollten sinnvollerweise von einer kommunalen Stelle besetzt werden, weil andere Akteure hier nur weniger erfolgreich arbeiten können?
- Und welche Aufgaben sollte dabei eine Zentrale Fachstelle übernehmen, weil sie diese besser als (oder zumindest ebenso gut wie) andere Abteilungen der kommunalen Verwaltung durchführen kann und wo sollte sie besser nur Schnittstelle zwischen Bedarfen im Stadtteil und den zuständigen kommunalen Stellen sein?

Umgekehrt bedeutet dies, dass die Zentrale Fachstelle Arbeitsfelder in der Stadtteilprävention nicht übernehmen sollte, wenn

- dies andere Verwaltungseinheiten besser (effektiver und/oder effizienter) können,
- dies andere, nicht-kommunale Akteure – wie die freie Wohlfahrtspflege – besser können,
- sie mit den Aufgaben inhaltlich und/oder aufgrund der einsetzbaren personellen Kapazitäten überfordert ist (und dies zu Lasten ihrer spezialisierten Hilfen in der Wohnungsnotfallproblematik geht).

Aus den Analysen und Überlegungen der vorangegangenen Abschnitte lassen sich mit Hilfe dieser Fragen bzw. Kriterien geeignete Arbeitsfelder einer Zentralen Fachstelle mit sozialraumorientiertem Arbeitsansatz ableiten. Die erste übergeordnete Zielsetzung „*Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation*“ fällt größtenteils in den Aufgabenbereich der Kommune (und nicht der Wohlfahrtspflege). In diesem Zielbereich sollte eine Zentrale Fachstelle folgende Aufgaben übernehmen:

1. Teilzielsetzung: Erhalt und Ausweitung des Angebotes an preiswerten Wohnungen an unterschiedlichen Wohnstandorten bzw. in Stadtteilen

- Initiierung bzw. Anregung von Maßnahmen zur Schaffung von zusätzlichen Belegungsmöglichkeiten im Bestand (z.B. durch Akquisition preisgünstigen Wohnraums)
 - Empfehlungen über Standorte für sozialen Wohnungsneubau
 - Verhinderung von Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte im Zuge von Gentrifizierungsprozessen durch Einflussnahme auf Stadterneuerungsmaßnahmen und auf den Umfang von Modernisierungsmaßnahmen (Verhinderung von Modernisierungen auf höchstem Niveau) sowie durch Empfehlungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen durch Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel und zur Vereinbarung von Kontingenten zu erhaltender, preisgünstiger Wohnungen in einem Stadtteil
 - Aufbau eines Frühwarnsystems zur rechtzeitigen Erkennung von problematischen Entwicklungen in den Stadtteilen (durch oder mit Unterstützung der Zentralen Fachstelle)
 - Gewinnung von zusätzlichen Informationen zu Problemen im Stadtteil in Kontakt mit anderen Verwaltungsstellen und örtlichen Akteuren und deren Aufbereitung als Handlungsgrundlage für die Stadtverwaltung
2. Teilzielsetzung: Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte aus benachteiligten Gebieten
- Unterstützung des Abbaus von sozialen Konfliktlagen durch sensible Belegungssteuerung und ggf. die Beauftragung der freien Wohlfahrtspflege mit Gemeinwesenarbeit
 - Einflussnahme auf die Steuerung der Miethöhe durch die Ausgleichsabgabe
3. Teilzielsetzung: Verhinderung der konzentrierten Zuweisung von benachteiligten Haushalten in sozialräumlich segregierte Stadtteile
- Sensible Belegungssteuerung im Sozialen

Ziele und Organisationsformen in der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit

Wohnungsbau

4. Teilzielsetzung: Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadtteilen

- Verbesserung defizitärer Infrastrukturausstattung durch Schaffung von Beratungsstellen
- Vermittlung von Bedarfen im Stadtteil an die entsprechenden Fachressorts
- Empfehlungen zur Verbesserung des Wohnumfeldes

Im Bereich der zweiten übergeordneten Zielsetzung „*Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner/innen benachteiligter Stadtquartiere*“ sollte eine Zentrale Fachstelle folgende Handlungsfelder bearbeiten:

1. Teilzielsetzung: Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner/innen

- Beratung zur Senkung der Mietkostenbelastung bei drohendem Wohnungsverlust durch Mietrückstände (z.B. durch Wohngeldzahlungen)

2. Teilzielsetzung: Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung

- Schaffung ortsnaher Beratungs- und Hilfeangebote bei Wohnungsnotfällen

4. Teilzielsetzung: Verbesserung der Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention

- Verhinderung von Wohnungsnotfallsituationen (Wohnraumverlust, beengte, gesundheitsbeeinträchtigende, konfliktreiche Wohnsituationen)
- Hinwirken auf bedarfsgerechte Modernisierung von Wohnraum mit Ziel des Erhalts bzw. der Schaffung eines preisgünstigen, differenzierten Wohnraumangebotes

6. Teilzielsetzung: Sensibilisierung der relevanten Akteure

- Öffentlichkeitsarbeit, direkte Ansprache der relevanten Akteure, Gewinnung von Multi-

plikatoren in Arbeitsteilung mit der Freien Wohlfahrtspflege

7. Teilzielsetzung: Aktivierung der relevanten Akteure

- Aktivierung der im bzw. für den Stadtteil relevanten Akteure; in Arbeitsteilung mit der Freien Wohlfahrtspflege sollte sich die kommunale Seite hier auf Akteure aus Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft konzentrieren, die für ein Projekt der Freien Wohlfahrtspflege weniger gut zugänglich sind.

Darüber hinaus gibt es weitere Handlungsfelder, in denen die Zentrale Fachstelle zwar nicht selbst tätig werden sollte, aber in denen sie eine Brückenfunktion zwischen den von Bewohner/innen und lokalen Akteuren geäußerten Bedarfen für eine perspektivische Stadtteilentwicklung einerseits und der Verwaltung andererseits wahrnehmen sollte. Bei entsprechender Arbeitsteilung kann die Brückenfunktion in die Verwaltung hinein ggf. auch von der Freien Wohlfahrtspflege übernommen werden, die ebenso gut in der Lage ist, die Informationen und Bedarfe im Stadtteil zu bündeln und zielgerichtet weiterzugeben. Als Teil der Kommunalverwaltung hat eine Zentrale Fachstelle jedoch einen besseren Zugang zu den verschiedenen zuständigen Stellen, wenn es darum geht, um Kooperation und Ressourcen für die Lösung der gefundenen Probleme zu werben.

Beispielhaft für diese Brückenfunktion seien folgende Handlungsfelder erwähnt:

- der Ausbau der (defizitären) Infrastrukturausstattung, der in den Zuständigkeitsbereich verschiedener Ressorts fällt (z.B. verkehrliche Anbindung, Kulturangebote, Kinderbetreuungseinrichtungen),
- die Verbesserung und Modernisierung des baulichen Umfeldes im Stadtteil,
- die Erhöhung der Sicherheit durch bauliche/technische Maßnahmen (z.B. bessere Beleuchtung, Rückschnitt von Gebüsch),

- Verbesserung der Bildungschancen (z.B. durch Sprachförderung).

Arbeitsfelder, in denen die Zentrale Fachstelle nicht selbst tätig werden sollte, können zusammenfassend beschrieben werden als Handlungsfelder, in denen es um

- die konkrete Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Partizipation und der Teilhabe der Stadtteilbewohner am gesellschaftlichen Leben,
- die konkrete Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Stadtteilbewohner oder
- die konkrete Planung und Umsetzung von Maßnahmen zum Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadträumen (außer durch die Schaffung ortsnaher Beratungs- und Hilfeangebote für Wohnungsnotfälle) geht.

Welche der genannten Aufgaben in der Stadtteilprävention von der Zentralen Fachstelle jeweils ausgefüllt werden, ist auf Grundlage der konkreten, stadtteilspezifischen Analyse der Problemlagen zu entscheiden. Bei einigen Stadtteilen bedarf es evtl. nur der Wahrnehmung einer Brückenfunktion, um die von den Stadtteilakteuren formulierten, adäquaten Zielsetzungen in die Ämter der Stadtverwaltung hineinzutragen, bei anderen Stadtteilen wiederum ist ein größerer Handlungsbedarf in einer Arbeit gegen soziale Entmischung notwendig.

Stadtteilprävention insgesamt ist eine kontinuierliche Aufgabe für die Zentrale Fachstelle. Allerdings wird sie immer mit unterschiedlicher Intensität in den jeweiligen Stadtteilen aktiv sein müssen. Einige der genannten Aufgaben wird die Zentrale Fachstelle kontinuierlich leisten müssen. Dazu gehört z.B. die sensible Belegungssteuerung und die Leitung entsprechender Arbeitskreise mit den örtlichen Wohnungsanbietern und sozialen Trägern. In anderen Bereichen wird die Fachstelle die Intensität ihrer Aktivitäten konti-

nuierlich verringern können. Hierzu zählt z.B. die Aktivierung von lokalen Akteuren, wenn es gelungen ist, selbsttragende Strukturen aufzubauen bzw. Träger zu finden, die ihrerseits die übrigen Akteure kontinuierlich aktivieren. In Handlungsfeldern wie dem Abbau defizitärer Infrastruktur kann die Arbeit – zumindest theoretisch – nach Feststellung der Bedarfe und Maßnahmen zum Abbau der Defizite eingestellt werden.

8.2.2 Geeignete Organisationsformen

Grundvoraussetzung für erfolgreiche Stadtteilprävention durch eine Zentrale Fachstelle ist, dass sie (quantitativ und qualitativ) ausreichende *personelle Ressourcen* hat, um die vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können.

Wie die Beispiele aus Duisburg, Köln und Siegen zeigen, sind für die Stadtteilprävention eigens dafür zuständige Personalkräfte notwendig. Ja nach ihren zeitlichen Ressourcen und den Bedarfen im Stadtteil sind sie entweder

- ausschließlich in der Stadtteilprävention tätig, d.h. die Einzelfallhilfe in der Wohnungsnotfallprävention gehört nicht zu ihren Aufgaben, oder aber
- sie leisten sowohl Stadtteilprävention – allerdings mit einem vergleichsweise geringen zeitlichen Aufwand – und bieten zugleich vor Ort, etwa in Form einer Außenstelle der Fachstelle, auch Beratung in der Wohnungsnotfallprävention für die betreffenden Stadtteilbewohner an.

Die Trennung von strukturbezogener Präventionsarbeit (z.B. Aufbau von Vernetzungsstrukturen) und personenbezogener Arbeit hat den Vorteil, dass auch bei hohem Bedarf in der Einzelfallhilfe die Erbringung stadtteilbezogenen Leistungen gewährleistet ist. Da aufgrund der knappen Ressourcen immer von einem hohen Arbeitsdruck im Bereich der Einzelfallhilfe auszugehen ist, ist die Trennung zwischen beiden Bereichen vorzuziehen.

Vorteilhaft für die Erfüllung der Aufgaben in der Stadtteilprävention ist, wenn die Zentrale Fachstelle nach dem vom Deutschen Städtetag empfohlenen Grundkonzept konzipiert ist. Das bedeutet eine Zusammenführung aller die Wohnungsnotfallproblematik betreffenden Hilfsmöglichkeiten in der Fachstelle, die Integration präventiver und reintegrativer Hilfen sowie die alleinige und abschließende Entscheidungskompetenz und Leitungsverantwortung bezüglich des Einsatzes der Leistungen, Instrumente und Ressourcen.¹¹⁴

Darüber hinaus braucht die Zentrale Fachstelle Mitgestaltungsmöglichkeiten in der kommunalen Stadterneuerung, in der Stadtteilentwicklung und der kommunalen Wohnungspolitik, um auf die Schaffung begünstigender Rahmenbedingungen in der Stadtteilprävention Einfluss nehmen zu können.

Die *Anbindung der Fachstelle innerhalb der Verwaltung* sollte so gelöst sein, dass sie insbesondere zu den Abteilungen eine große Nähe hat, mit denen sie – je nach ihren eigenen Handlungs- und Entscheidungsspielräumen – kontinuierlich zusammenarbeiten muss. Dies betrifft etwa die Themen Wohnraummodernisierung, Erhalt preisgünstigen Wohnraums im Stadtgebiet und sozialer Wohnungsneubau.

Um ihre Brückenfunktion zwischen Stadtteil und Verwaltung wahrnehmen zu können, benö-

tigt die Zentrale Fachstelle eine *institutionelle Absicherung*, d.h. sie muss den Auftrag zur Stadtteilprävention offiziell erhalten. Dazu sind entsprechende Beschlüsse des Stadtrates und der Verwaltungsspitze erforderlich. Nur so kann erreicht werden, dass die Fachstelle von den anderen Fachressorts als Informantin über die Entwicklung und über dringende Handlungsbedarfe im Stadtteil akzeptiert wird und diese Informationen auch zur Entwicklung entsprechender Maßnahmen in den unterschiedlichen Verwaltungsabteilungen führen.

Um diese Kooperation der verschiedenen Fachressorts und Ämter zu erleichtern, sollte innerhalb der Kommunalverwaltung ein *zentrales Gremium* eingerichtet werden, in dem über die Entwicklung in dem betreffenden Stadtteil berichtet und gemeinsam eine strategische Vorgehensweise entwickelt wird.

In Gelsenkirchen hat man im Rahmen der Stadterneuerung gute Erfahrungen damit gemacht, solch ein Gremium direkt bei den Verwaltungsspitzen einzurichten. Besetzt ist das Gremium mit Vertreter/innen der relevanten Fachressort, so dass eine Integration der verschiedenen Ressorts auf hoher Ebene gewährleistet wird. Das Gremium tagt regelmäßig etwa einmal pro Monat, so dass tatsächlich eine Steuerungsfunktion ausgeübt werden kann. Wichtig für diese Integrations- und Steuerungsfunktion ist, dass alle für die Stadtteilprävention relevanten Ressorts mit entscheidungsbefugten Personen in diesem Gremium vertreten sind. Dazu gehören mindestens die Bereiche Wohnen, Soziales, Stadtentwicklung, Bildung, Jugend und Wirtschaftsförderung.

Das in Gelsenkirchen für die Umsetzung des Stadteilerneuerungsprozesses vor Ort verantwortliche Stadtteilbüro kann auf Basis der Entscheidungen des genannten Steuerungsgremiums die für die jeweiligen Aufgaben und Maßnahmen zuständigen Fachämter in den Stadteilerneuerungsprozess einbeziehen. Das Stadtteilbüro ist zwar gegenüber anderen Dienststellen nicht weisungsbefugt, kann aber bei Bemühungen um Kooperation und Mitwirkung anderer kommunaler

¹¹⁴ vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen/ Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in NRW/ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (1999) (Hrsg.): Zentrale Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Sicherung dauerhafter Wohnverhältnisse. Ein Praxisleitfaden für Kommunen. Köln, S. 12. Bei den Leistungen, die in einer Organisationseinheit zusammengeführt werden sollen, handelt es sich um Folgende: Hilfen nach § 15a BSHG, ausreichender und effektiver Zugriff auf Wohnungen, ordnungsbehördliche Einweisung oder Wiedereinweisung in Wohnungen, Verantwortung für die Wohnungslosenunterkünfte sowie Auslösung und Sicherstellung weitergehender Hilfen.

ler Akteure unmittelbar auf Entscheidungen des Steuerungsgremiums hinweisen.

Um Steuerungs- und Umsetzungsebene des Stadteilerneuerungsprozesses möglichst ohne Reibungsverluste zu verknüpfen, übernehmen in Gelsenkirchen die Mitarbeiter/innen des Stadtteilbüros auch die *Moderation und Geschäftsführung* des Steuerungsgremiums in der Verwaltung. Mit diesem Modell ist gewährleistet, dass alle Informationen über Entwicklungen und Projekte im Stadtteil und Planungsschritte und Umsetzungsstand des Erneuerungsprogramms an zentraler Stelle zusammenlaufen.

Im Rahmen der Stadtteilprävention wäre denkbar, dass die Zentrale Fachstelle die Moderation eines solchen Gremiums übernimmt. Aufgrund der umfassenden Themenfelder wäre jedoch in der Regel eine Moderation durch den für Stadtentwicklung zuständigen Verwaltungsbereich sinnvoller. Wichtig ist dabei vor allem, dass die moderierende Instanz bei allen beteiligten Ämtern in dieser Funktion anerkannt ist.

Solch *eindeutige und transparente Organisationsstrukturen* sind für die Stadteilerneuerung wie für die Stadtteilprävention zu empfehlen. In Gelsenkirchen sind diese Strukturen aufgrund von jahrelanger Erfahrung im Stadteilerneuerungsprozess in Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord eingerichtet worden. Hier werden Koordination und Kooperation der verschiedenen Ämter – neben selbstverständlicher Einhaltung des Dienstweges – häufig über informelle Kontakte vorbereitet und beschleunigt. Dies hat aber gute Kenntnisse der Gelsenkirchener Verwaltung, vielfältige Kontakte mit Kolleg/innen in den verschiedenen Ämtern und einen relativ hohen Zeitaufwand der Mitarbeiter/innen des Stadtteilbüros für Überzeugungs- und Motivationsarbeit vorausgesetzt. Um Reibungsverluste abzubauen und den Prozess zu beschleunigen und von persönlichen Kontakten unabhängiger zu machen, wurden für das zweite Stadteilerneuerungsprogramm von Beginn an klare Steuerungsstrukturen eingerichtet.

8.3 Zusammenarbeit zwischen freier Wohlfahrtspflege und Kommunalverwaltung

Für eine effektive und die Ressourcen von Kommune und Freier Wohlfahrtspflege effizient nutzende Arbeit zur Stadtteilprävention muss ihre Zusammenarbeit geregelt werden. Es stellt sich die Frage, wie aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege die Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung angebahnt und schließlich organisiert werden kann. Auf Basis der Erfahrungen aus den untersuchten Praxisbeispielen kann folgende Vorgehensweise empfohlen werden:

Ausgangspunkt bzw. Anlass zur Stadtteilprävention für die Freie Wohlfahrtspflege ist die Wahrnehmung von Handlungsbedarfen in einzelnen Stadtteilen. Diese Informationen erhält sie über ihre verschiedenen Einrichtungen und Akteure. Diese Informationen stellen quasi das Frühwarnsystem der Freien Wohlfahrtspflege zur Früherkennung von problematischen Entwicklungen in Stadtteilen dar. In der Regel laufen diese Informationen jedoch nicht systematisch zusammen. Für eine vergleichende Bewertung durch die Freie Wohlfahrtspflege – und damit als Entscheidungsgrundlage für den Einsatz ihrer Ressourcen – müssen diese *Informationen zunächst systematisiert und ausgewertet* werden. Auf dieser Basis kann die Freie Wohlfahrtspflege potenzielle Stadtteile für Ansätze der Stadtteilprävention auswählen.

Bevor ein Informationsaustausch und Abstimmungsprozess mit den fachlich zuständigen Stellen der kommunalen Verwaltung begonnen werden kann, sollte seitens der Freien Wohlfahrtspflege *auf hochrangiger Ebene mit der Stadtverwaltung Kontakt* aufgenommen werden. Die anvisierte Zusammenarbeit – und damit zumindest der Einsatz von Personalkapazitäten auf Seiten der Kommune – setzt insbesondere in Zeiten knapper Ressourcen die Befürwortung der entsprechenden entscheidungsbefugten Stellen voraus. Ohne diese Entscheidung „von oben“ ist es den einzelnen Dienststellen kaum möglich,

Ressourcen in einzelne Projekte der Stadtteilprävention zu investieren.

Nach Klärung der generellen Bereitschaft und Möglichkeit zur Kooperation in der Stadtteilprävention, wird es zunächst erforderlich sein, einen *Abgleich zwischen dem Frühwarnsystem der freien Wohlfahrtspflege und dem Kenntnisstand bzw. dem Frühwarnsystem der Verwaltung* zu vollziehen. Denn auch die Verwaltung besitzt in der Regel Informationen zu der Situation in den verschiedenen Stadtteilen, die sie aus dem Verwaltungsvollzug und aus ihren Kontakten zu dezentralen Verwaltungseinheiten und Politik bezieht, und über die die freie Wohlfahrtspflege nicht verfügt. In einigen wenigen Kommunen wird auch bereits ein Frühwarnsystem eingesetzt, gespeist durch Daten aus dem Verwaltungsvollzug und im Einzelfall auch Bewohnerbefragungen. Wie ein solches Frühwarnsystem optimal gestaltet werden kann und welcher Nutzen daraus zu ziehen ist, wird in einem Exkurs in Kapitel 10 dargelegt.

Als nächstes muss ein gemeinsamer Maßstab für die Bewertung der Notwendigkeit von Maßnahmen in der Stadtteilprävention gefunden werden, an dem sich der Einsatz von Ressourcen misst. Denn die Verwaltung wie auch die freie Wohlfahrtspflege muss ihre Ressourcen sehr sorgfältig einsetzen. Diese sind nicht nur finanzieller und personeller Art, sondern es geht auch

um den Einsatz von Entscheidungsressourcen und Handlungsinstrumenten. So kann z.B. nicht in allen Stadtteilen, die soziale Entmischungstendenzen zeigen, die Förderung des Sozialen Wohnungsbaus begrenzt werden, um hierdurch evtl. den Zuzug von Haushalten in sozialen Problemlagen zu begrenzen. Vielmehr muss der gemeinsame Bewertungsmaßstab festlegen, wo diese Entscheidungsressource gezielt eingesetzt wird.

Erst wenn die *gemeinsame Bewertung der Situation in den Stadtteilen* einen Handlungsbedarf anzeigt, können konkrete Stadtteile für Präventionsprojekte der freien Wohlfahrtspflege bestimmt werden.

Der in den ausgewählten Stadtteilen von freier Wohlfahrtspflege und Stadtverwaltung dargelegte Handlungsbedarf bildet dann die Basis für die gemeinsame Festlegung der Zielsetzungen in der Stadtteilprävention und der Bestimmung der Aufgabenfelder des Projektes und der Verwaltung. Die Verteilung der Aufgaben zwischen den beiden Akteuren sollte sich an den tendenziellen Stärken und Schwächen orientieren, so dass die Ressourcen beider Partner möglichst optimal genutzt werden können. Folgende Aufgabenteilung kann auf Basis der Erfahrungen der untersuchten Praxisbeispiele als Richtschnur dienen:

Ziele und Organisationsformen in der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit

Abbildung 47 Aufgabenteilung zwischen Zentraler Fachstelle und Freier Wohlfahrtspflege

Zentrale Fachstelle	Freie Wohlfahrtspflege
1. Übergeordnete Zielsetzung: Entgegenwirken fortschreitender sozialräumlicher Segregation	
1. Teilzielsetzung: Erhalt und Ausweitung des Angebotes an preiswerten Wohnungen an unterschiedlichen Wohnstandorten bzw. in Stadtteilen	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Initiierung bzw. Anregung von Maßnahmen zur Schaffung von zusätzlichen Belegungsmöglichkeiten im Bestand ➤ Empfehlungen über Standorte für sozialen Wohnungsneubau ➤ Einflussnahme auf Stadterneuerungs- und wohnungspolitische Maßnahmen zwecks Verhinderung von Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte im Zuge von Gentrifizierungsprozessen ➤ Aufbau eines Frühwarnsystems zur Erkennung von problematischen Entwicklungen in den Stadtteilen ➤ Gewinnung von zusätzlichen Informationen zu Problemen im Stadtteil 	
2. Teilzielsetzung: Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte aus benachteiligten Gebieten	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Unterstützung des Abbaus von sozialen Konfliktagen durch sensible Belegungssteuerung und ggf. die Beauftragung der freien Wohlfahrtspflege mit Gemeinwesenarbeit ➤ Einflussnahme auf die Steuerung der Miethöhe durch die Ausgleichsabgabe 	
3. Teilzielsetzung: Verhinderung der konzentrierten Zuweisung von benachteiligten Haushalten in sozialräumlich segregierte Stadtteile	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Sensible Belegungssteuerung im Sozialen Wohnungsbau 	
4. Teilzielsetzung: Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadtteilen	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verbesserung defizitärer Infrastrukturausstattung durch Schaffung von Beratungsstellen ➤ Vermittlung von Bedarfen im Stadtteil an die entsprechenden Fachressorts ➤ Empfehlungen zur Verbesserung des Wohnumfelds 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Erweiterung der sozialen Infrastruktur durch Beratungs- und Hilfeangebote sowie der Freizeit- und kulturellen Angebote

Ziele und Organisationsformen in der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit

Abbildung 47 Fortsetzung - Aufgabenteilung zwischen Zentraler Fachstelle und Freier Wohlfahrtspflege

Zentrale Fachstelle	Freie Wohlfahrtspflege
2. Übergeordnete Zielsetzung: Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen von Bewohner/innen benachteiligter Stadtquartiere	
1. Teilzielsetzung: Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Beratung zur Senkung der Mietkostenbelastung bei drohendem Wohnungsverlust durch Mietrückstände 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten innerhalb von Beschäftigungsinitiativen der freien Wohlfahrtspflege ➤ Berufliche Förderung innerhalb von Qualifizierungsprojekten der freien Wohlfahrtspflege ➤ Schaffung von Möglichkeiten des bargeldlosen Erwerbs von Sach- und Dienstleistungen ➤ Schaffung von ortsnahe Beratungs- und Hilfeangeboten in materiellen Problemlagen
2. Teilzielsetzung: Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schaffung ortsnahe Beratungs- und Hilfeangebote bei Wohnungsnotfällen 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Schaffung von ortsnahe Beratungs- und Hilfeangeboten in sozialen Problemlagen ➤ Erhöhung des Sicherheitsempfindens ➤ Abbau von Vandalismus im Rahmen von zielgruppenspezifischen Arbeitsansätzen und Streetwork ➤ Schaffung von Kontakt- und Lernchancen zwischen verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen ➤ Förderung von Nachbarschaftskontakten sowie Nachbarschaftshilfe ➤ Verbesserung der Bildungschancen
3. Teilzielsetzung: Förderung der Partizipation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben	
	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Förderung von Engagement- und Selbsthilfepotenzialen ➤ Verbesserung bestehender und Ausbau von kulturellen Angeboten ➤ Erhöhung des Bildungsniveaus
4. Teilzielsetzung: Verbesserung der Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verhinderung von Wohnungsnotfallsituationen ➤ Hinwirken auf bedarfsgerechte Modernisierung von Wohnraum 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ergänzung der Tätigkeit der Kommune durch aufsuchende Beratung und Erschließung weiterer Zugangswege zu drohenden Wohnungsnotfällen
5. Teilziel: Abbau räumlicher Disparitäten (s.o.)	

Abbildung 47 Fortsetzung - Aufgabenteilung zwischen Zentraler Fachstelle und Freier Wohlfahrtspflege

Zentrale Fachstelle	Freie Wohlfahrtspflege
6. Teilzielsetzung: Sensibilisierung der relevanten Akteure	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Öffentlichkeitsarbeit ➤ Gewinnung von Multiplikatoren aus den Bereichen Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Öffentlichkeitsarbeit ➤ Gewinnung von Multiplikatoren aus dem Akteursfeld der freien Wohlfahrtspflege und engagierter Bürger
7. Teilzielsetzung: Aktivierung der relevanten Akteure	
<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aktivierung insbesondere im Bereich der Akteure aus Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aktivierung insbesondere im Bereich der Akteure der freien Wohlfahrtspflege und engagierter Bürger

Für die Zusammenarbeit der freien Wohlfahrtspflege mit der Kommunalverwaltung sind grundsätzlich zwei Kooperationsmodelle denkbar und praxiserprobt:

Modell A) Die Kommune erteilt der freien Wohlfahrtspflege den Auftrag für die Durchführung von Maßnahmen in der Stadtteilprävention und finanziert den dafür notwendigen Ressourceneinsatz (Personal, Räumlichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit usw.). In diesem Fall ist zuvor ein konsensuales Entwicklungskonzept für den Stadtteil mit Ziel- und Aufgabenbeschreibungen für die freie Wohlfahrtspflege zu entwickeln, an das die Arbeit des Projektes der freien Wohlfahrtspflege stets rückgebunden werden muss. Als weitere Grundlage hat sich der Leistungsvertrag mit einer Leistungsbeschreibung und einer Projektsteuerung, bestehend aus einer Ziel- und Maßnahmenplanung und eines Soll-Ist-Vergleichs von benannten Zielgrößen, bewährt.

Modell B) Die freie Wohlfahrtspflege finanziert „ihr“ Stadtteilpräventionsprojekt aus Eigenmitteln, während die Verwaltung ihrerseits für die Schaffung von begünstigenden Rahmenbedingungen für die Projektarbeit Sorge trägt. Als Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung wird eine informelle oder formelle Kooperationsvereinbarung geschlossen, in der zumindest die Ziele der Zusammenarbeit, die jeweiligen Handlungsfelder, die Leistungen und Gegenleistungen der Kooperationspartner (bbspw. die Bereitstellung eines Ansprechpartners in der Stadtverwaltung für das Präventionspro-

jekt der freien Wohlfahrtspflege) sowie das Abstimmungsverfahren für ein koordiniertes Vorgehen in der Stadtteilprävention beschrieben sind und der Willen zur Kooperation bekräftigt wird. Die Steuerung und Abstimmung der seitens der Wohlfahrtspflege und der Stadtverwaltung einzusetzenden Maßnahmen erfolgt über ein zentrales Gremium. Hier sollten sowohl die jeweils mit der Umsetzung beauftragten Mitarbeiter/innen aus der Kommune und dem Projekt der freien Wohlfahrtspflege als auch Mitarbeiter/innen mit Entscheidungsbefugnissen aus den Leitungsebenen der beiden Institutionen zusammenkommen. Das gemeinsame Konzept, die Kooperationsvereinbarung wie auch geeignete Abstimmungsstrukturen gewährleisten erfahrungsgemäß eine enge Verzahnung der Präventionsarbeit der Kommune und des Projektes.

In der Ausgestaltung der Organisations- und Abstimmungsstrukturen ist seitens der Wohlfahrtspflege in beiden Modellen darauf hinzuwirken, dass das Präventionsprojekt einen festen Ansprechpartner im kooperierenden Amt zugeordnet bekommt, der innerhalb des Amtes und – soweit wie möglich – auch ämterübergreifend die Koordinierungsfunktion für die von der Verwaltung zu leistenden Tätigkeiten in der Stadtteilprävention ausübt.

Folgende, ausgewählte Beispiele zeigen geeignete Organisations- und Abstimmungsstrukturen zwischen freier Wohlfahrtspflege und Kommunalverwaltung:

Ziele und Organisationsformen in der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit

1. Beispiel: Hamm-Norden

Beispielhaft für die Verzahnung eines Präventionsprojektes der freien Wohlfahrtspflege mit kommunaler Verwaltung sind die Organisationsstrukturen der Stadtteilarbeit im Stadtteil Hamm-Norden. Die Aufgaben des Stadtteilkordinators der Stadtverwaltung umfassen die inhaltliche und konzeptionelle Steuerung des Stadtteilentwicklungsprojektes zusammen mit dem Leiter des Stadtteilbüros in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege, und zwar auf der praktischen, umsetzungsorientierten Ebene. Beide Personen übernahmen zunehmend die Aufgaben des Stadtteilmanagements. Die Aufgabenteilung hat sich in den Jahren der Zusammenarbeit zwar zunehmend aufgelöst, jedoch können die jeweiligen Aufgabenfelder grob differenziert werden. Demnach gehören zu den Aufgaben des Stadtteilkordinators vor allem:

- Projektentwicklung und Umsetzung von Projektideen vor allem mit den Akteuren aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft,
- Vermittlung zur Politik,
- Moderationsaufgaben,
- Koordination innerhalb der Verwaltung,
- Vermittlung zu Fachämtern,
- Erstellung von regelmäßigen Vorlagen für die Verwaltung.

Die Aufgaben des Stadtteilprojektes umfassen vor allem:

- Aktivierende und gemeinwesenorientierte Zusammenarbeit mit den Stadtteilbewohner/innen,
- Wahrnehmung einer Brückenfunktion zwischen den Bedarfen der Bewohner und der Verwaltung,
- Koordination auf der Ebene der Stadtteilbewohner und -akteure,
- Projektentwicklung und Umsetzung von Projektideen vor allem mit den lokalen Akteuren der freien Wohlfahrtspflege,

- Übernahme der Trägerschaft für eigenständige, zeitlich befristete Projekte der sozialen Arbeit.

Neben der Zusammenarbeit mit dem Stadtteilkordinator sind zur übergeordneten Steuerung und Abstimmung der Arbeit des Stadtteilbüros und der Verwaltung zwei weitere Gremien tätig: Der Arbeitskreis Hamm-Norden und die so genannte Koordinierungsrunde.

Der Arbeitskreis Hamm-Norden ist eine ämter-, ressort- und trägerübergreifende Arbeitsgruppe, die projektorientiert in kooperativer Arbeit das Stadtteilerneuerungsprojekt verantwortlich weiterentwickelt. Der Arbeitskreis ist zuständig für alle Fragen und Probleme im Stadtteil. Er entwickelt Lösungen für Probleme und schlägt sie den entsprechenden Entscheidungsgremien vor. Er übernimmt die Kontrolle der Stadtteilarbeit und die (Grob-)Abstimmung der entwickelten Stadtteilprojekte. Die Schwerpunkte und Ziele der Arbeit werden in jährlichen Klauertagungen reflektiert und neu abgestimmt.¹¹⁵

Zwischen dem Arbeitskreis Hamm-Norden und dem Stadtteilbüro/ dem Stadtteilkordinator ist die Koordinierungsrunde zwischengeschaltet. Die Koordinierungsrunde übernimmt die Aufgabe der Feinsteuerung der Maßnahmen und Projekte im Stadtteil. Sie umfasst die Person des Leiters des Stadtteilbüros, den Stadtteilkordinator, die zuständigen Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes und den Leiter eines selbstorganisierten Zusammenschlusses von engagierten Bürgern, Politikern und Mitarbeitern aus stadtteilbezogenen Einrichtungen der sozialen Arbeit.

Insgesamt ist diese Organisations- und Abstimmungsform vergleichsweise ressourcenaufwändig, sie entspricht aber auch dem umfassenden und längerfristigen Handlungsbedarf in dem betreffenden Stadtteil.

¹¹⁵ Vgl.: Präventivkreis und Stadtteilbüro Hamm-Norden, Stadt Hamm (2003): Hamm-Norden. Ein Stadtteil blüht auf. Das „sozial- und bewohner(innen)orientierte Stadtteilentwicklungsprojekt“ 1992-2002. Kurzdarstellung. Hamm. S. 10.

2. Beispiel: Fachstelle Wohnen, Köln

Die Fachstelle Köln kooperiert in vier Stadtteilen, die als benachteiligt gelten, mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention. Die freien Träger sind von der Fachstelle per Leistungsvereinbarung beauftragt, in dem Stadtteil Gemeinwesenarbeit zu betreiben. Die Projektsteuerung erfolgt über eine gemeinsame Zielvereinbarung und ein Controllingssystem.

Die Aufgabe der Fachstelle besteht in der Organisation aller notwendigen administrativen Unterstützungsmöglichkeiten für die Stadtteilprävention innerhalb der Fachstelle. Dies umfasst vor allem die Belegungssteuerung, die Kooperation mit den Wohnungsunternehmen, die einzelfallbezogene Wohnungsnotfallprävention sowie die Initiierung von stadtteilbezogenen Arbeitskreisen. Zusätzlich übernimmt die Fachstelle die Aufgabe, weitere relevante Ämter einzuschalten, d.h. sie übernimmt die Schnittstellenfunktion innerhalb der Stadtverwaltung und zu den Wohnungsanbietern. Hierfür ist innerhalb der Fachstelle eine für den Stadtteil zuständige Mitarbeiterin verantwortlich.

Das Projekt der freien Wohlfahrtspflege übernimmt „ergänzend“ folgende Aufgaben:

- Wahrnehmung einer Brückenfunktion zwischen den Bedarfen der Bewohner und der Verwaltung,
- Moderationsfunktion auf der Ebene des Stadtteils,
- Stadtteilmanagement.

Neben der Zusammenarbeit des Projektes mit der für den Stadtteil zuständigen Mitarbeiterin in der Fachstelle Wohnen fungiert die Stadtteilkonferenz als Instrument der Steuerung aller am Stadtteilentwicklungsprozess beteiligten Akteure. In der Stadtteilkonferenz, die von der Fachstelle initiiert wird, werden gemeinsam mit den dort vertretenen Akteuren die Zielvorstellungen für den Stadtteil entwickelt und Verabredungen für die Umsetzung der entwickelten Ideen und Projekte getroffen. Vertreten sind örtliche Institutionen, relevante Fachämter und Fachdienste, die

Wohnungsunternehmen sowie das Projekt der freien Wohlfahrtspflege.

Beide Organisations- und Abstimmungsstrukturen haben sich bewährt und sind – von einigen Nuancen abgesehen – ähnlich aufgebaut: „Federführend“ für die Arbeit der Stadtteilprävention ist ein städtisches Amt, das sozialraumorientiert tätig ist, sowie das Projekt, jeweils mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Das Projekt übernimmt eine Brückenfunktion zu den Bewohnern und den Stadtteilakteuren der sozialen Arbeit, das städtische Amt die Brückenfunktion zu den Ressourcen, Ämtern und Fachdiensten der Stadtverwaltung. Das Projekt und das federführende Amt stimmen ihre Arbeit auf Basis gemeinsam entwickelter Zielvorstellungen für den Stadtteil eng ab, die für Projektarbeit bindend sind und ggf. vertraglich festgelegt werden. Die Aktivierung und Koordination aller für die Stadtteilprävention relevanten Akteure (aus der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, der Stadtverwaltung, der Wohnungswirtschaft, engagierter Bürger usw.) erfolgt in Form eines stadtteilbezogenen Arbeitskreises.

Neben der Einrichtung geeigneter Organisations- und Abstimmungsstrukturen sind weitere wichtige Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen Projekt der freien Wohlfahrtspflege und der Kommunalverwaltung:

- Allen Beteiligten wird eine gleichberechtigte Stellung zugesprochen, Verhandlungen finden „auf gleicher Augenhöhe“ statt.
- Beide Partner müssen für einen gegenseitigen Lernprozess bereit sein.
- Die Bereitschaft, Aufgaben und Zuständigkeiten abzustimmen und neu zu ordnen, muss auf beiden Seiten vorhanden sein.
- Die freie Wohlfahrtspflege muss das Selbstbild des Dienstleistungsträgers aufgeben und eine aktive Rolle in der Stadtteilentwicklung einnehmen (vgl. Kapitel 8.1.3).

Ziele und Organisationsformen in der stadtteilbezogenen Präventionsarbeit

Eine Zusammenarbeit von Freier Wohlfahrtspflege und Kommunalverwaltung in der Form, wie sie hier beschrieben wurde, bietet für die Stadtteilprävention insbesondere folgende Vorteile:

- Das Präventionsprojekt der freien Wohlfahrtspflege wird aufgrund eines von Stadtteilakteuren und der Verwaltung formulierten Bedarfes in der Stadtteilprävention initiiert. Die Berücksichtigung der Interessenlagen der relevanten Akteure bietet eine gute Ausgangsbasis, diese für eine Stadtteilpräventionsarbeit zu mobilisieren.
- Das Projekt berücksichtigt bei seiner Stadtteilauswahl und Zielstellung die spezifischen Interessen der Verwaltung/ Kommune bei der Umsetzung sozialräumlicher Handlungsstrategien, so dass das Projekt auf ein Bündnis mit der Verwaltung aufbauen kann. Durch dieses Bündnis erhöhen sich die Chancen auf die Umsetzung integrierter Problemlösungsstrategien in der Stadtteilprävention.
- Durch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung erhöht sich die Chance, ein tragfähiges Unterstützungsnetzwerk im Stadtteil auf- bzw. auszubauen. Dieses Unterstützungsnetzwerk ist nicht nur für eine ressourcenorientierte Arbeitsweise in der Projektarbeit von entscheidender Bedeutung, es kann auch wichtig werden, wenn es darum geht, bei einem auftretenden Ressort- und Sektordenken in der Verwaltung ein koordiniertes Verwaltungshandeln einzufordern.

8.4 Geeignete Vernetzungsformen im Stadtteil

Die Erfahrungen aus den Untersuchungsbeispielen zeigen: Damit die Stadtteilprävention gelingt, bedarf es der Zusammenarbeit der im Stadtteil relevanten Institutionen (Gewerbetreibende, Lehrer aus Schulen, Mitarbeiter der freien Träger wie etwa Vereine, Kindertageseinrichtungen, Kirchengemeinden, Horte usw.), Politiker

aus dem Stadtbezirk und engagierten Bürgern. Sie sind erfahrungsgemäß

- wichtige Impulsgeber für den Prozess der Stadtteilprävention, denn sie sehen durch ihre konkrete Arbeit vor Ort den Veränderungsbedarf im Stadtteil und haben vielfach bereits Problemlösungsideen und Verbesserungsvorschläge, für deren Umsetzung ihnen aber Kooperationspartner und Ressourcen fehlen.
- das Bindeglied zwischen den Bewohnern und den professionellen Akteuren aus der Verwaltung. Gerade stadtteilbezogene Institutionen wie etwa Schulen, Kindertageseinrichtungen u.ä. werden von Bewohnern häufig zuerst angesprochen, wenn persönliche Problemlagen vorliegen oder Unzufriedenheit mit dem Quartier herrscht. Diese Informationen können für die Benennung von Defiziten und Handlungsbedarfen im Stadtteil, aber auch als Ideengeber für angestrebte Veränderungen genutzt werden.
- Ressourcenträger für die Umsetzung von Aktivitäten und Angeboten im Stadtteil, da sie Know-how, Räumlichkeiten, ggf. Personal usw. einbringen und Öffentlichkeitsarbeit betreiben können.
- Multiplikatoren für die Ziele und Maßnahmen der Stadtteilprävention, d.h. sie können durch ihre jeweiligen Zugänge zu Bewohnern und anderen Stadtteilakteuren die Ideen, Ziele und Aktivitäten der Stadtteilprävention vermitteln und für Unterstützung werben.
- eine wichtige Lobby für die Forderung nach integrierten Lösungsansätzen für den Stadtteil. Diese Lobby wird benötigt, wenn innerhalb der Verwaltung als wesentlicher Akteur in der Stadtteilprävention das Ressortdenken die Konzeption und Umsetzung integrierter Handlungsstrategien und -maßnahmen behindert. Oelschlägel¹¹⁶ bezeichnet das Res-

¹¹⁶ Vgl.: Oelschlägel, Dieter (1999): Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit. In: Prä-

sort- und Sektordenken als ein Haupthindernis für integrierte Problemlösungsstrategien im Stadtteil, das in der Struktur öffentlicher Verwaltungen angelegt ist¹¹⁷.

Damit solche Impulse für die Stadtteilprävention gesetzt werden können, muss die Zusammenarbeit so gefestigt sein, dass im Stadtteil ein tragfähiges Unterstützungsnetzwerk für die Arbeit der Stadtteilprävention entsteht.

Entsprechend ihrer Bedeutung für die Stadtteilprävention wurden in allen untersuchten Praxisbeispielen solche Netzwerke durch die Präventionsprojekte aufgebaut oder aber es wurden bestehende Zusammenschlüsse von örtlichen Akteuren unterstützt und in den Stadtteilentwicklungsprozess eingebunden. Hierzu einige ausgewählte Beispiele:

- Bei den beiden vom Diözesan-Caritasverband in Köln initiierten Projekten waren es formelle Gruppierungen, die von den Projekten als Unterstützungsnetzwerk für die Stadtteilprävention gewonnen werden sollten. Es handelte sich um stadtteilbezogene Arbeitsgemeinschaften, die sich auf Grundlage von §78 KJHG gebildet hatten (Abstimmung von geplanten Maßnahmen in der Jugendhilfe). Zu den Teilnehmern gehören alle für den Stadtteil zuständigen Träger der Kinder- und Jugendhilfe (darunter freie Träger, Bezirksjugendamt, Schulen, ASD), Kirchengemeinden, Polizei, z.T. Ärzte und Sozialarbeiter aus den Wohnungsunternehmen.
- In Köln hat die Fachstelle Wohnen in bestimmten Stadtteilen örtliche Arbeitskreise initiiert, deren Ziele es sind, das im Stadtteil bestehende Hilfesystem besser zu koordinieren, gemeinsam Zielvorstellungen zur zukünftigen Stadtteilentwicklung zu formulie-

ren und an der Umsetzung mitzuwirken. Zu den Teilnehmern der Arbeitskreise gehören örtliche Träger der freien Wohlfahrtspflege, Fachämter, Sozialbetreuer aus Wohnungsunternehmen, die Träger der Gemeinwesenarbeit, bei Bedarf besondere Institutionen (z.B. Polizei, Drogenprävention).

- Im Hammer Norden formierte sich aufgrund der Problemlagen im Stadtteil ein Initiativkreis, in dem „Profis aus den Schulen, städtischen Dienststellen, Mitarbeiterinnen der freien Träger (Vereine, Kindertageseinrichtungen, Kirchengemeinden, Horte) und Politiker aus dem Stadtbezirk mit engagierten Bürgerinnen zusammen kommen“.¹¹⁸ Dieser Initiativkreis – zu Beginn noch mit weniger Akteuren - lieferte durch seine Öffentlichkeitsarbeit den Anstoß für den zusammen mit der Stadtverwaltung und der freien Wohlfahrtspflege getragenen Stadtteilerneuerungsprozess. Der Initiativkreis wurde in die Organisationsstrukturen, die den Stadterneuerungsprozess steuern, eingebunden.
- In Duisburg initiiert die Zentrale Fachstelle in den Stadtteilen, in denen sie mit stadtteilbezogenen Handlungsstrategien aktiv wird, so genannte Runde Tische. Hierzu aktiviert sie die im Stadtteil vorhandenen Institutionen (z.B. Träger der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege), formelle Gruppierungen und die lokale Politik. Die Fachstelle organisiert zwar die Runden Tische, sie übernimmt aber nicht dauerhaft die Leitung, sondern versucht, die Leitung an andere Netzwerkteilnehmer wie Pfarrer, Bezirksvorsteher oder engagierte Bürger abzugeben, die dann für die langfristige Stabilisierung des Netzwerkes Sorge tragen. Aufgabe der Runden Tische bzw. des stadtteilbezogenen Netz-

ventivkreis und Stadtteilbüro Hamm-Norden / Stadt Hamm (Hrsg.): Möglichkeiten und Grenzen der Stadtteilarbeit am Beispiel Hamm-Norden. Dokumentation einer Klausurtagung. Hamm, S. 6-18.

¹¹⁷ ebd., S.18.

¹¹⁸ Vgl.: Präventivkreis und Stadtteilbüro Hamm-Norden, Stadt Hamm (2003): Hamm-Norden. Ein Stadtteil blüht auf. Das „sozial- und bewohner(innen)orientierte Stadtteilentwicklungsprojekt“ 1992-2002. Kurzdarstellung. Hamm. S. 10.

werkes ist es, eine gestaltende Funktion für die Zukunft des Stadtteils einzunehmen.

Generell ist eine breite Einbindung von im Stadtteil agierenden Akteuren bzw. Interessengruppen als erstrebenswert anzusehen, d.h. es sollten Akteure aus allen relevanten Handlungsfeldern mitwirken (Gewerbetreibende, Vertreter aus Wohnungsunternehmen, Personen aus sozialen Institutionen, Schulen, Lokalpolitik usw.). Hierin besteht eine Chance, eine möglichst breite Lobby für die Stadtteilprävention zu schaffen, zusätzliche Multiplikatoren und Impulsgeber zu gewinnen, aber auch weitere Ressourcen- bzw. Handlungsträger einzubinden, die mit ihren wenngleich auch begrenzten Möglichkeiten die Gestaltungsspielräume der Netzwerkteilnehmer auf die Handlungsfelder der Stadtteilprävention erweitern und weitere Synergieeffekten im gemeinsamen Handeln schaffen können.

Erfahrungsgemäß ist es zeitaufwändig und nicht einfach, lokale Akteure dafür zu gewinnen, eine gestaltende Funktion für die Zukunft „ihres“ Stadtteils einzunehmen. Damit ein solches Netzwerk unterstützend in der Stadtteilprävention wirkt, bedarf es oft eines Perspektivenwechsels bei den örtlichen Akteuren. Sie müssen neben ihrer kundenorientierten Arbeit und ihrer Zielgruppenorientierung bereit sein, ihr Blickfeld ganzheitlich auf den Stadtteil auszurichten, sich mit sozialräumlichen und langfristig angelegten Problemlösungsstrategien für den Stadtteil auseinander zu setzen und sich an der Einflussnahme auf das öffentliche, politische Leben im Stadtteil zu beteiligen. Diese Bereitschaft muss immer wieder durch die Sensibilisierung für die Thematik des sozialen Ausgleichs, durch das *Setzen von Kooperationsanreizen* und durch die *Unterstützung von Kooperationen* gefördert werden.

Starke Kooperationsanreize können seitens der Verwaltung vor allem gesetzt werden durch

- die Perspektive für örtliche Akteure, in einen Dialog mit der Verwaltung zu treten und im Gespräch auf die Bearbeitung von Handlungsbedarfen hinzuwirken,

- die Lenkung zusätzlicher Ressourcen in den Stadtteil, von denen die örtlichen Akteure direkt (durch die Zuweisung zusätzlicher Ressourcen) oder indirekt (durch Verbesserung des materiellen und immateriellen Arbeitsumfeldes) profitieren können,
- das Einräumen von politischer Einflussnahme auf die Weiterentwicklung der von den Institutionen vertretenen Arbeitsfelder im Stadtteil (Kinder- und Jugendhilfe, Wirtschaftsförderung usw.).

Zudem haben bestimmte Ämter der Kommunalverwaltung wie etwa Wohnungsamt oder Zentrale Fachstelle auch Einflussmöglichkeiten auf die im Stadtteil agierenden Wohnungsanbieter und auf andere städtische Dienststellen und Ämter, die genutzt werden können, um sie für eine stadtteilbezogene Vernetzung zu gewinnen.

Demgegenüber sind die Kooperationsanreize, die ein Projekt der freien Wohlfahrtspflege setzen kann, deutlich geringer und der Zugang zu Akteursgruppen außerhalb des Feldes der sozialen Arbeit erschwert. Sein Vorteil liegt eher darin, dass dem Projektträger und damit auch dem Projekt seitens der im Stadtteil agierenden freien Träger und Initiativen eher eine Neutralität in der Interessenlage zugesprochen wird als der Kommunalverwaltung, so dass ein vergleichsweise offeneres und vertrauensvolleres aufeinander Zugehen möglich ist.

Von daher bestehen größere Chancen auf eine Aktivierung eines breiten Kreises von örtlichen Akteuren im Sinne eines kooperativen und strategischen Handelns in der Stadtteilprävention, wenn sich die Kommune selbst aktiv in den Stadtteilprozess einbringt oder sogar initiiert tätig ist.

Die Kooperation und Vernetzung im Stadtteil bedarf aber auch vielfältiger *Unterstützung*. „(Die in der Stadtteilprävention tätigen Akteure) ... haben unterschiedliche Interessen, sprechen unterschiedliche Sprachen, agieren in wechselnden Koalitionen, haben Konflikte mit- und untereinander. Das setzt „Brückeninstanzen“ voraus, die vermittelnde Funktionen übernehmen können, die 'übersetzen' können, die neue Diskussi-

ons- und Kooperationsformen entwickeln und erproben. Sie können zwischen Verwaltungsrationalität und Stadtteilrealität Dolmetscher sein und Koordination und Kooperation herstellen¹¹⁹. Dies ist die Aufgabe der Präventionsprojekte, die sie im Rahmen ihrer Vernetzungsarbeit im Stadtteil übernehmen müssen. Sie tragen diese Aufgabe so lange, bis es ihnen gelungen ist, andere Personen aus dem Stadtteil, die als Integrationsfiguren wirken können, für diese Aufgabe zu gewinnen (bspw. Bezirksvorsteher, engagierte Bürger, Mitarbeiter aus lokalen Institutionen, für den Stadtteil zuständige Verwaltungsmitarbeiter usw.).

Am Beispiel der untersuchten Präventionsprojekte des Diözesan-Caritasverbandes in Köln können Projekte der freien Wohlfahrtspflege folgende Unterstützung in der Kooperation und Vernetzung im Stadtteil leisten:

1. Unterstützung durch Wahrnehmung der Brückenfunktion

Sie haben bei der Wahrnehmung der o.g. Brückenfunktion den besonderen Vorteil, dass sie von den örtlichen Akteuren in der Regel als ein „neutraler“, d.h. wenig interessengeleiteter Akteur, eingeschätzt werden. Darüber hinaus können sie eine besondere Unterstützung bieten, indem sie Bewohnerinteressen bündeln, Informationslücken bzgl. sozialer Bedarfslagen der Bewohner schließen und somit Informationen über den Stadtteil den örtlichen Akteuren in einer neuen Qualität zur Verfügung stellen, aber auch neue Themen vermitteln, die dann in Kooperation realisiert werden. Andererseits sind die Projekte aber auch prädestiniert, die Zusammenarbeit im Stadtteil dadurch zu fördern, dass sie für diejenigen Stadtteilbewohner und Akteure der sozialen Arbeit, die sich von den übergeordneten Zielen der Stadtteilprävention wenig angesprochen fühlen, diese Zielsetzungen konkretisieren

und sie „anschlussfähig“ machen, so dass konkrete Anknüpfungspunkte für Kooperationen und Engagement entstehen können.

2. Unterstützung durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen institutionellen Akteuren

Die Unterstützung beruht auf der koordinierenden und unterstützenden Rolle bei der Initiierung und Umsetzung von Angeboten und Aktivitäten, indem materielle und personelle Ressourcen verschiedener Akteure gebündelt werden.

3. Unterstützung mittels kommunikativer Dienstleistungen

Die Unterstützung besteht in der Übernahme kommunikative Aufgaben wie Moderation, Themenbildung und -strukturierung sowie Entwicklung effizienter Diskussionsformen.

4. Unterstützung bei der Weiterentwicklung bestehender Netzwerke

Hier kann Unterstützung bei der Weiterentwicklung der Arbeitsform der Netzwerke geleistet werden, indem Anstöße zur Schaffung geeigneter Organisations- und Entscheidungsstrukturen gegeben und an deren Umsetzung aktiv mitgearbeitet wird. Beispielsweise kann sich für die Erarbeitung strategisch-visionärer Zielsetzungen für den Stadtteil die Bildung von thematischen Arbeitsgruppen als geeignet erweisen, in denen Mitarbeiter/innen des Präventionsprojektes praktische Mitarbeit leisten können. Zudem kann das Netzwerk durch eine aktive Mitwirkung bei der strategischen Erweiterung der Netzwerkteilnehmer in der horizontalen (Stadtteil) und vertikalen (Stadtteil-Gesamtstadt) Ebene unterstützt werden, um eine neue Qualität der Kooperation zu ermöglichen (durch Diskussion neuer Themen sowie integrierte Strategien und Entwicklungskonzepte).

Von den dargestellten Vernetzungsformen im Stadtteil, die darauf ausgerichtet sind, ein örtliches, breit angelegtes Unterstützungsnetzwerk für die Stadtteilprävention in der gesamten Bandbreite der Handlungsfelder aufzubauen und zu verankern, sind partielle Vernetzungsformen zu unterscheiden, die zu einem speziellen Hand-

¹¹⁹ Vgl.: Oelschlägel, Dieter (1999): Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit. In: Präventivkreis und Stadtteilbüro Hamm-Norden / Stadt Hamm (Hrsg.): Möglichkeiten und Grenzen der Stadtteilarbeit am Beispiel Hamm-Norden. Dokumentation einer Klausurtagung. Hamm, S. 12.

lungsfeld arbeiten.

Ein Beispiel hierfür sind die so genannten Arbeitskreise zur Belegungssteuerung, die unter der Federführung der Fachstelle Wohnen der Stadt Köln für diejenigen Stadtteile eingerichtet wurden, in denen sich Sozialmietwohnungen konzentrieren, an denen die Kommune Belegungsrechte besitzt. Allein bei diesen Wohnungsbeständen besitzt die Fachstelle nach eigener Einschätzung ausreichend Gestaltungsmacht, um die Wohnungseigner für ein kooperatives Vorgehen zu gewinnen. Ziel und Inhalte dieser Arbeitskreise sind eine sozialverträgliche Belegungssteuerung und eine auf den einzelnen „Problemfall“ ausgerichtete Hilfeplanung, wobei auch Einfluss auf die Verbesserung der Lebensbedingungen genommen wird. Diese Arbeitskreise sind auf Dauer eingerichtet. Die Belegungssteuerung ist eingebettet in eine umfassendere Sichtweise auf die Probleme und Potenziale des Stadtteils. So werden in den Arbeitskreisen auch Fragen diskutiert wie z.B. „Wie können neue Mieter(-gruppen) gewonnen werden, die stabilisierend auf das Haus bzw. auf das Quartier wirken können?“. Entsprechend dieser erweiterten Themenstellung, in denen es um die Mobilisierung aller Ressourcen im Stadtteil geht, nennen sich diese Arbeitskreise bewusst allgemein „Arbeitskreis im Stadtteil xy“ statt „Belegungssteuerungs-Arbeitskreis“.

Die aufgezeigten Beispiele stadtteilbezogener Vernetzung zeigen, dass abhängig von der für den Stadtteil verfolgten thematischen Zielsetzung unterschiedliche Vernetzungsformen im Stadtteil mit unterschiedlichen Akteursgruppen notwendig und sinnvoll sind, um Stadtteilprävention zu betreiben. Die Basis für die Nutzung der Stärken der Kommune in der Aktivierung von lokalen Akteuren und der Potenziale der freien Wohlfahrtspflege in der Unterstützung von örtlichen Netzwerken liegt jedoch in einer Kooperation beider Institutionen in der Stadtteilprävention. Der Kommune käme eher die Rolle des Initiators eines stadtteilbezogenen Kooperationsnetzwerkes zu, die freie Wohlfahrtspflege kann dagegen vielfältige Unterstützung in der praktischen Vernetzungsarbeit leisten.

9 Leitfaden für zukünftige Projekte der Freien Wohlfahrtspflege in der Stadtteilprävention

Dieser Leitfaden richtet sich an die Freie Wohlfahrtspflege. Er fasst die Ergebnisse der Begleitforschung und die daraus entwickelten Handlungsempfehlungen zur Stadtteilpräventionsarbeit zusammen und gibt Umsetzungshilfen zur Initiierung und praktischen Erprobung eines Projektes in der Stadtteilprävention. Er skizziert geeignete Wege in der Projektinitiierung, gibt Hinweise für eine optimale Projektorganisation und -steuerung, benennt die wichtigen Handlungsfelder für die freie Wohlfahrtspflege und gibt Empfehlungen zu notwendigen Vernetzungsformen auf Stadtteilebene und zu einer Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung.

9.1 Zielsetzungen in der Stadtteilprävention

Stadtteilprävention beinhaltet einen sozialräumlichen Arbeitsansatz mit dem Ziel, sozialen Entmischungstendenzen in Stadtteilen und der Entstehung benachteiligter Quartiere entgegenzuwirken.

Dies erfordert nicht nur, auf der kommunalpolitischen Ebene durch

- den Erhalt und die Ausweitung des Angebotes an preiswerten Wohnungen in unterschiedlichen Stadtteilen,
- die Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer Haushalte und einer konzentrierten Zuweisung von benachteiligten Haushalten sowie durch
- den Abbau räumlicher Disparitäten zwischen einzelnen Stadträumen

einer *fortschreitenden sozialräumlichen Segregation in den Kommunen entgegenzuwirken.*

Denn die sozialräumliche Segregation und damit auch die Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Quartieren wird aufgrund ihrer gesamtgesellschaftlichen Ursachen nicht verhindert werden können. Deshalb sind auch *lokalspezifische Strategien zu*

entwickeln, die die Lebensbedingungen der BewohnerInnen benachteiligter Quartiere nachhaltig verbessern. Hierzu gehören Strategien

- zur Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner,
- zur Verbesserung der sozialen Lage der Bewohner,
- zur Förderung der Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,
- zur Verbesserung der Wohnraumversorgung und Wohnungsnotfallprävention sowie
- zum Abbau räumlicher Disparitäten.

9.2 Geeignete Wege in der Projektinitiierung

Aus den untersuchten Praxisbeispielen lassen sich folgende Empfehlungen für eine Projektinitiierung ableiten, die eine effektive und wirkungsvolle Präventionsarbeit fördern:

Zunächst ist seitens der freien Wohlfahrtspflege zu klären, *in welchen Stadtteilen* aus ihrer Sicht eine sozialräumliche, strukturbezogene Präventionsarbeit notwendig und sinnvoll ist. Hierfür gilt es, innerhalb der stadtteilbezogenen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege zu klären, welche Probleme und Bedarfslagen in den jeweiligen Stadtteilen vorliegen. Für diese erste Problemanalyse können folgende Informationsquellen herangezogen werden:

- Aufbereitung von Informationen, die aus dem Kontakt der Trägereinrichtungen mit Klienten, Kunden und anderen Stadtteilakteuren gewonnen wurden und
- eine Auswertung sozialräumlicher Daten der amtlichen Statistik (aussagekräftige Indikatoren sind: Arbeitslosenquote, Sozialhilfeempfängerquote, Jugendarbeitslosenquote, Anteil der Kinder und Jugendlichen in Sozialhilfe, Ausländeranteil – letzterer gewertet als Indikator für eine bestehende soziale Benachteiligung im Stadtteil).

Die daraus gewonnenen Informationen sind zu bündeln und als Entscheidungsgrundlage für die Vorauswahl von Stadtteilen aufzubereiten. Sie sind gleichzeitig als stadtteilbezogenes

Frühwarnsystem der freien Wohlfahrtspflege für eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bewohner zu betrachten und dienen als eine unabdingbare Diskussionsgrundlage für eine angestrebte Zusammenarbeit mit der Verwaltung in der Stadtteilprävention und für die Sensibilisierung und Aktivierung weiterer Stadtteilakteure.

Der festgestellte Handlungsbedarf in der Stadtteilprävention wird nun von der freien Wohlfahrtspflege an die *Stadtverwaltung* herangezogen, weil nur in einem Zusammenwirken der beiden Institutionen die Handlungsfelder der Stadtteilprävention bearbeitet werden und die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden können.

Dabei ist anzuraten, bereits in der Phase der Projektkonzeption – also noch vor der Festlegung auf bestimmte Stadtteile und vor Beginn der Projektarbeit - den *Kontakt mit der Stadtverwaltung zu suchen* und eine *Zusammenarbeit anzustreben*. Denn für die Projektarbeit in der Stadtteilprävention ist die Unterstützung bzw. die Kooperation mit der Verwaltung immens wichtig, um in einem gemeinsamen Handeln auch auf diejenigen Handlungsfeldern der Stadtteilprävention Effekte erzielen zu können, auf die die freie Wohlfahrtspflege allein keinen Einfluss ausüben kann. Dies betrifft fast alle Handlungsfelder, in denen einer fortschreitenden sozial-räumlichen Segregation durch wohnungspolitische und stadtentwicklungspolitische Maßnahmen entgegengewirkt werden müsste. Die Anbahnung einer Zusammenarbeit sollte deshalb so frühzeitig erfolgen, damit eine gemeinsame inhaltliche wie auch organisatorische Grundlage für die Stadtteilprävention entstehen kann, die die Interessen der Verwaltung an einer Stadtteilprävention ebenso wie die der freien Wohlfahrtspflege berücksichtigt und für beide Akteure verbindlich für das weitere Vorgehen ist.

Bei der *Auswahl des Stadtteils*, in dem das Präventionsprojekt tätig werden soll, sind folgende Sachverhalte zu berücksichtigen:

- Die Auswahl des Stadtteils sollte mit einem erhöhten Interesse der Stadtverwaltung an

der Präventionsarbeit einhergehen bzw. gemeinsam mit dem Kooperationspartner Verwaltung erfolgen, damit sichergestellt wird, dass die Verwaltung Unterstützung leisten bzw. ihre Ressourcen einbringen wird.

- Sofern keine Kooperationsanbahnung mit der Verwaltung gelingt, ist für ein zukünftiges Präventionsprojekt ein tragfähiges Unterstützungsnetzwerk auf der Stadtteilebene von großer Bedeutung, um gemeinsam den notwendigen Druck auf Verwaltung und Politik auszuüben, damit seitens der Verwaltung koordinierende Maßnahmen in der Stadtteilprävention ergriffen und entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden. Daher sollte im Stadtteil zumindest ansatzweise ein solches Unterstützungsnetzwerk bestehen.
- Es ist keinesfalls ratsam, ein Präventionsprojekt in einem Stadtteil zu initiieren, in dem weder ein Unterstützungsnetzwerk aus lokalen Akteuren und/oder Bewohnern für die Projektarbeit besteht, noch die Verwaltung/Kommune Erfordernisse in integrierten Handlungsansätzen sieht.
- Zudem ist anzuraten, die Auswahlkriterien für die örtlichen Akteure nachvollziehbar zu vermitteln. Denn mit der Einrichtung eines Projektes gegen soziale Entmischung, das von außen initiiert wird, geht die hohe symbolische Ausstrahlung einher, dass der Projektträger die Tendenz zur sozialen Entmischung im Stadtteil wohl offensichtlich festgestellt habe.

Um eine an den Zielsetzungen und Erwartungen des Projektinitiators und Projektträgers ausgerichtete Arbeit in der Stadtteilprävention und eine Überprüfung der hierbei erreichten Ziele zu gewährleisten, ist eine *handlungsanleitende Projektkonzeption* notwendig, die vom Projektinitiator und –träger erarbeitet wird und folgende Spezifizierungen aufweisen sollte:

- (1) Wie ist die *Zielgruppe der Projektarbeit* definiert? Soziale Entmischungsprozesse kennzeichnen sich durch eine Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen und einen Fortzug besser situierter Haushalte. Um die soziale Mischung zu erhalten, ist auch auf einen Verbleib besser situierter

Haushalte hinzuwirken und deren Bedarfe im Rahmen der Stadtteilprävention aufzugreifen. Die Zielgruppe umfasst daher die gesamte Stadtteilbevölkerung. Zudem gehören zur Zielgruppe auch die institutionellen Akteure, die im Stadtteil wirken. Denn erst durch die Kooperation der institutionellen Akteure und der dadurch möglichen Synergieeffekte und Verknüpfung von Handlungsfeldern kann eine umfassende und wirksame Stadtteilprävention erreicht werden.

- (2) Welches *Selbstverständnis* soll der *Arbeitsweise* in der Stadtteilprävention zu Grunde gelegt werden? Soll das Projekt – soweit die eigenen Ressourcen reichen – Angebote für Bewohner und Aktivitäten in erster Linie selbst durchführen oder soll es vorrangig bereits etablierte Institutionen im Stadtteil dafür gewinnen, sich im Sinne der Stadtteilprävention zu engagieren? Zu empfehlen ist eine Arbeitsweise, die als integrativ wirkende und ressourcenorientierte Arbeitsweise bezeichnet werden kann: Durch Vernetzung, Kooperation und Kommunikation des Projektes mit örtlichen Institutionen, Kirchengemeinden und Vereinen ist eine Integration der Akteure und ihrer Angebote in den gesamten Stadtteil anzustreben, mit den Effekten, dass bestehende Barrieren zwischen Nationalitäten, Generationen und Sozialräumen aufgeweicht werden, Stadtteilakteure für die Stadtteilprävention sensibilisiert und aktiviert und somit Synergieeffekte in der Stadtteilprävention erzielt werden können. Der Anspruch der Ressourcenorientierung besagt, dass das Projekt bei der Umsetzung von Angeboten und Aktivitäten zur Deckung der örtlichen Bedarfe nur subsidiär tätig wird, wenn keine anderen Akteure als Angebotsträger gewonnen werden können. Angesichts der begrenzten personellen und materiellen Ressourcen eines Projektes der Stadtteilprävention liegt es nahe, zur Realisierung der Projektziele die eigenen Ressourcen mit denen anderer Akteure durch Vernetzung und Kooperation zu multiplizieren. Zudem kann über diese Arbeitsweise auch eine stärkere Nachhaltigkeit der geschaffenen Angebote und Aktivitäten erzielt werden.
- (3) In welchen *Handlungsfeldern* soll das

Projekt vorzugsweise tätig werden? Wie lautet diesbezüglich der Handlungsauftrag? Das Handlungsfeld ist für ein Präventionsprojekt zu breit angelegt, als dass sinnvoll und effektiv auf allen Feldern gleichermaßen intensiv agiert werden kann. Daher ist eine Eingrenzung und Konkretisierung notwendig, die jedoch noch die notwendige Flexibilität bestehen lässt, um auf Bedarfslagen reagieren zu können, die während der Projektarbeit festgestellt werden oder sich entwickeln. Zu empfehlen ist, diejenigen Handlungsfelder als vorrangig zu benennen, in denen die freie Wohlfahrtspflege maßgebliche Handlungspotenziale und Einflussmöglichkeiten besitzt (vgl. zur Konkretisierung der Handlungsfelder Kap. 9.4).

- (4) Welche *Präventionsstrategie* soll vorrangig umgesetzt werden? Es ist anzuraten, in der Projektkonzeption zu verdeutlichen, dass in der Projektarbeit die strukturbezogene Prävention im Vordergrund steht, also die Veränderung einschränkender, benachteiligender oder die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadtteilbewohner hemmender Lebensbedingungen. Personenbezogene Präventionsstrategien sollten angesichts der begrenzten personellen Ressourcen dementsprechend stark im Hintergrund stehen: Es gilt, durch eine niederschwellige Arbeit der Projekte zwar frühzeitig Probleme und Sorgen der Stadtteilbewohner aufzugreifen und den Beratungsbedarf durch Weitervermittlung an geeignete Hilfeangebote zu decken, nicht jedoch ein eigenes Beratungsangebot aufzubauen. Fehlen jedoch niederschwellige Beratungsangebote im Stadtteil, so ist im Sinne einer integrativen und ressourcenorientierten Arbeitsweise zunächst ein anderer Träger für den Aufbau eines entsprechenden Beratungsangebotes zu finden.
- (5) Welche *Funktionen* soll das Projekt im Stadtteilentwicklungsprozess einnehmen? Soll das Projekt Motor in der Stadtteilprävention sein, muss es folgende Funktionen übernehmen:

Es muss als „Hörrohr“ im Stadtteil fungieren. D.h. es muss die örtlichen Bedarfe und Probleme der Bewohner und Stadtteilakteure sammeln, bündeln und sie an

geeignete Akteure zwecks Bearbeitung und Problemlösung weiterleiten.

Es muss es eine Moderationsfunktion übernehmen, d.h. gebündelte Probleme, Interessen und Bedarfe aus dem Stadtteil zur Diskussion stellen sowie den Prozess der Lösungs- und Handlungsorientierung anstoßen und moderieren.

Es muss eine Brückenfunktion zwischen den Interessen der Bewohner und den lokalen Akteuren mit ihren Angeboten und Aktivitäten einerseits sowie zwischen den Bedarfen auf der Stadtteilebene und der Politik und Verwaltung andererseits herstellen, damit begünstigende Rahmenbedingungen für die Stadtteilentwicklung geschaffen werden.

Es muss einen Beitrag zum Stadtteilmanagement leisten, d.h. Anlaufstelle für Bewohner und Stadtteilakteure aus dem Bereich der sozialen Arbeit sein, Schnittstellenkommunikation zur Stadtverwaltung im Sinne eines Dialogmanagers zwischen den Systemen „Stadtteil“ (Bewohner, professionelle Akteure aus der sozialen Arbeit) sowie „Politik und Verwaltung“ leisten, Projektentwicklung betreiben, die Vernetzung im Stadtteil fördern, bürgerschaftliches Engagement und die Beteiligung der Bewohner am Stadtteilentwicklungsprozess fördern und letztlich Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

- (6) Welche *Ziele* sollen in der Kooperation mit anderen Akteuren verfolgt werden? Im Sinne eines gemeinsamen, zielgerichteten Handelns der in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Stadtteilprävention agierenden Akteure stehen die Sensibilisierung und die Aktivierung der Akteure für die Stadtteilprävention im Vordergrund des Kontaktaufbaus und der Zusammenarbeit. Hierzu eignet sich am Besten eine ressourcenorientierte und integrative Arbeitsweise.

Für den Fall, dass das *Projekt an eine bestehende Einrichtung angebunden* werden soll,

sollte nur eine Einrichtung gewählt werden, die eine hohe Akzeptanz in der gesamten Stadtteilbevölkerung und bei allen Stadtteilakteuren aufweist. Andernfalls ist zu befürchten, dass der Zugang zur Einrichtung und damit auch zum Projekt für die Stadtteilbewohner erschwert wird und die mangelnde Akzeptanz die Anbahnung von wichtigen Kooperationen mit Stadtteilakteuren erschwert. Sollte eine Einrichtung unter mehreren möglichen Einrichtungen für die Anbindung des Projektes ausgewählt werden, ist diese Auswahl innerhalb des Beziehungsnetzwerkes der Stadtteilakteure transparent zu vermitteln. Denn die „Aufwertung“ einer Einrichtung durch das Angliedern eines Projektes führt zu Veränderungen innerhalb der eingespielten Konstellation der örtlichen Hilfeinrichtungen, die eine Neupositionierung der Akteure zueinander erforderlich macht.

Bei der Auswahl des *Standortes für das Stadtteilbüro* ist mitzubedenken, dass diese von außen betrachtet als eine Zuordnung zu und Abgrenzung zu Sozialräumen und seinen Bewohnern innerhalb eines Stadtteils interpretiert werden kann. Die bestmögliche stadträumliche Lage liegt daher an der Grenze zwischen den verschiedenen Sozialräumen des Stadtteils. Dies symbolisiert Bewohnern und lokalen Akteuren am ehesten den Willen zu einer unparteiischen Präventionsarbeit für alle Stadtteilbewohner.

9.3 Hinweise zur Projektorganisation und -steuerung

Bei der *Anbindung an einen geeigneten Projektträger* sind folgende Sachverhalte zu berücksichtigen:

- Ein Träger der freien Wohlfahrtspflege wird – im Vergleich etwa zu einem kirchlichen Träger – aus Sicht der Stadtteilakteure als eine *Stärke des Projektes* bewertet, da ein solcher Träger als „neutraler“ Partner in der Zusammenarbeit, der keine spezifischen Klientelinteressen und auch keine missionarische Tätigkeit verfolgt, und als „neutraler“ Interessensvertreter aller Stadtteilbewohner wertgeschätzt wird.

- *Geeignete Träger* der freien Wohlfahrtspflege für ein Projekt in dem relativ neuen Arbeitsfeld der Stadtteilprävention sind solche, bei denen ein großer inhaltlicher Bezug zur Stadtteilprävention mit seinem expliziten sozialräumlichen Ansatz und seinem strukturbezogenen Präventionsansatz besteht oder die ein hohes Interesse daran haben, das neue Arbeitsfeld als Ergänzung und Erweiterung ihrer zielgruppenorientierten Arbeitsfelder und ihrer personenbezogenen Präventionsstrategie zu entwickeln.
 - Die *Anbindung an einen Träger* darf nicht dazu führen, dass trägerspezifische Erwartungen an das Projekt geknüpft werden, die auf die Erwartung an eine erfolgreiche Stadtteilpräventionsarbeit „draufgesattelt“ werden. Dies wäre der Fall, wenn entsprechend der zielgruppenspezifischen Trägerorientierung ebenso innerhalb der Projektarbeit zielgruppenspezifische Arbeitsansätze praktiziert und entsprechende Angebote initiiert werden sollen, die nur mittelbar in die Arbeit der Stadtteilprävention integriert werden können.
 - Bei der jeweiligen *trägerinternen Anbindung* sollte gewährleistet sein, dass ein gewisser inhaltlicher Bezug zwischen den Inhalten der Präventionsarbeit und den Themenfeldern der für die Projekte zuständigen Abteilungen innerhalb der Trägerorganisation vorhanden ist. Damit wäre auch eine strukturelle Voraussetzung für den fachlichen Austausch und den Wissenstransfer zwischen Projekt und Trägerinstitution geschaffen.
 - Die Anbindung eines Projektes an eine *Trägergemeinschaft* im Sinne eines Zusammenschlusses mehrerer Träger bietet den Vorteil der gemeinsamen Schaffung und Sicherung der materiellen Voraussetzungen für die Projektstätigkeit durch die Bündelung von notwendigen Ressourcen (Personal, Räumlichkeiten, Sachmittel, Hilfeangebote). Die Kosten für die Bereitstellung der materiellen und personellen Voraussetzungen für Stadtteilpräventionsarbeit lassen sich – verteilt auf zwei oder mehrere Träger – damit leichter finanzieren und alle Träger profitieren in der Erweiterung bzw. Weiterentwicklung ihrer Arbeitsansätze durch die Arbeit in der Stadtteilprävention.
- Aus den Optimierungspotentialen der evaluierten Projekte lassen sich zudem Empfehlungen für die *Projektsteuerung und -organisation* ableiten:
- Die Projekte sollten innerhalb der Trägerstrukturen als *eigenständige Organisationseinheiten* betrachtet werden, die mit anderen trägereigenen Abteilungen und Diensten vernetzt sind. Diese Vernetzung ist ausgerichtet auf (1) den Austausch von Informationen, (2) auf die Definition von Schnittstellen in der Zusammenarbeit, etwa bei der Weiterleitung von Stadtteilbewohnern mit einem Beratungsbedarf an die jeweils zuständigen Fachdienste des Projektträgers, (3) auf die Festlegung von Abgrenzungen des Arbeitsgebietes bei thematischen Schnittstellen zwischen Projekt und anderen Diensten des Trägers, (4) auf den fachlichen Austausch und den Wissenstransfer zwischen Projekt und Träger.
 - Bei einer Trägergemeinschaft ist die Frage zu klären, wie die *Projektstätigkeit gesteuert* werden soll. Hierzu ist ein Organisationsrahmen in Form eines gemeinsamen Gremiums (benannt z.B. als Trägergruppe oder Lenkungsgruppe) anzuraten. Aufgaben dieses Gremiums sind die dauerhafte finanzielle Absicherung und konzeptionelle Weiterentwicklung der Stadtteilpräventionsarbeit, die Steuerung der Tätigkeit der eingesetzten Fachkräfte und die Sicherung der Zusammenarbeit der Träger. Das Gremium sollte sich daher aus Vertretern der Leitungsebene der kooperierenden Träger, den eingesetzten Fachkräften sowie auch deren unmittelbaren Vorgesetzten zusammen setzen.
 - Durch die *Anbindung an mehrere Träger* mit jeweils unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten (etwa Wohnungslosen-, Jugendhilfe, spezifische Hilfen für Frauen, Stadtteilarbeit usw.) können die Projekte dann auf ein vielfältiges Know-how für ihre Projektarbeit zurückgreifen und es als inhaltlichen Input zur Weiterentwicklung ihres Selbstverständnisses und ihrer Arbeit nutzen, sofern in die Projektsteuerung entsprechende

fachliche Rückkopplungen eingebaut werden.

- Das sehr breit angelegte Handlungsfeld von Projekten in der Stadtteilprävention und die sich im Projektverlauf unter Umständen zuspitzenden Problemlagen im Stadtteil machen es für die Projekte erforderlich, angesichts ihrer begrenzten personellen Ressourcen *klare Prioritäten* in der Stadtteilprävention zu setzen. Im Rahmen der Projektsteuerung ist daher einer von allen beteiligten Personen getragene Reflexion der Projektarbeit und eine darauf aufbauende offene, kreative Diskussion zu folgenden Themen anzustreben: Welcher Handlungsbedarf besteht prioritär aufgrund der bestehenden bzw. sich zuspitzenden Problemlagen im Quartier? Wo sind Möglichkeiten, aber auch Grenzen der von der Stadtteilprävention umgesetzten Arbeitsansätze und Einzelaktivitäten, um eine effektive und zugleich auch effiziente Arbeit zu gewährleisten? Auf welche Teilziele und Aktivitäten soll sich das Projekt mittel- bis langfristig konzentrieren?
- Zur Projektsteuerung sollten seitens des Projektträgers *klare Zielvorgaben* für die ProjektmitarbeiterInnen verabredet werden, deren Zielerreichung in Rückkopplungsrunden zwischen Projektträger und -mitarbeiter/-innen überprüft wird. Als Grundlage für die Beurteilung der Zielerreichung ist der Einsatz eines Dokumentationssystems anzuraten, das von den Projekten mit Inhalt zu füllen ist. In den Rückkopplungsrunden ist dann darzulegen, welche Teilziele bisher verfolgt und welche Effekte erzielt worden sind, und es ist zu diskutieren, ob der Mitteleinsatz vertretbar war bzw. ggf. eine Zielvorgabe verändert, ergänzt oder fallengelassen werden soll. Praxiserprobte Vorlagen für ein solches Dokumentationssystem befinden sich im Materialienanhang zu diesem Leitfaden. Er umfasst

eine Vorlage zur Erfassung des Personaleinsatzes und dessen Zuordnung zu Tätigkeitsbereichen (dies erleichtert die Beurteilung der Effizienz des Mitteleinsatzes),

eine Vorlage zur Erfassung der Personal-, Investitions-, Verwaltungs- und Sachkosten,

eine Vorlage zur Erfassung der Aktivitäten und Kooperationen nach verschiedenen Projektzielsetzungen (dies erleichtert die Beurteilung der Zielerreichung),

- eine Vorlage zur Erfassung von Angeboten und Maßnahmen in der Projektarbeit sowie
- eine Vorlage zur Erfassung der Einzelfallkontakte in der Beratungstätigkeit: pro Besucher/in werden Angaben zum Besucherprofil und zum Anlass des Besuchs erfasst und notiert, an welche Einrichtung oder Dienststelle die Besucher/innen jeweils weitervermittelt wurden.

Für die *personelle und materielle Ausstattung* eines Präventionsprojektes lassen sich folgende Empfehlungen ableiten:

- Die Mitarbeiter/innen in der Stadtteilprävention benötigen folgende *Qualifikationen*: Kommunikations- und Integrationsfähigkeit, Teamerfahrung, interdisziplinäres Denken, Erfahrungen in der Vernetzungs- und Stadtteilarbeit. Sie sollten unabhängig von ihrer Profession – wozu neben SozialarbeiterInnen durchaus auch Geographen, Stadtplaner, Theologen gezählt werden können – in der Lage sein, von der klassischen Sozialarbeit zu abstrahieren und Moderations-, Brücken- und Managementfunktionen im Stadtteil auszufüllen.
- Erfahrungsgemäß erleichtert ein *eigenes Budget*, über welches das Projekt zweckgebunden verfügen kann, die Projektarbeit, so z.B. bei der Durchführung von Veranstaltungen und bei der Öffentlichkeitsarbeit. Das eigene Budget muss nicht unbedingt ein Verfügungsfonds darstellen, hilfreich ist bereits ein großzügig bemessenes Sachmittelbudget.
- Die Projektarbeit sollte in *gut zugänglichen Räumlichkeiten*, vorzugsweise ebenerdig mit Möglichkeit der Schaufenstergestaltung stattfinden. Sofern es sich im Laufe der Projektarbeit als notwendig erweisen sollte, ein ei-

genes Beratungsangebot für Stadtteilbewohner aufzubauen (z.B. Sozial- oder Mieterberatung), sollte auch hierzu eine separate Räumlichkeit innerhalb des Stadtteilbüros vorhanden sein.

9.4 Relevante Handlungsfelder in der Stadtteilprävention

Da sich Stadtteilprävention auf das Lebensumfeld einer Stadtteilbevölkerung bezieht und dieses Lebensumfeld ganzheitlich zu betrachten ist, ist es Aufgabe eines Projektes der freien Wohlfahrtspflege, sich vom Prinzip her um alle Probleme zu „kümmern“, die im Stadtteil auftreten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es in allen Feldern der Stadtteilprävention gleichermaßen tätig sein muss oder sollte. Die Entwicklung von eigenen Projekten und Aktivitäten und die Umsetzung von Maßnahmen sollte nur in denjenigen

Handlungsfeldern erfolgen, in denen es Umsetzungspotenziale aufweist und somit effektiv sein kann. Aber es muss auch dem Motto folgen: „Das eine tun, ohne das andere zu lassen“. Örtliche Bedarfe in Handlungsfeldern, in denen es keine Stärken bzw. Handlungskompetenzen aufweist, sind ebenfalls aufzugreifen, jedoch durch Vermittlung an zuständige Instanzen einer Bearbeitung zuzuführen.

In der folgenden Tabelle werden die *Handlungsfelder* dargestellt, auf die sich ein Präventionsprojekt der freien Wohlfahrtspflege *konzentrieren sollte*, da es dort entsprechende Handlungspotenziale aufweist (linke Spalte). Zugleich werden zu jedem Handlungsfeld beispielhafte Aktivitäten vorgestellt (rechte Spalte). Die Handlungsfelder und Aktivitäten sind jeweils bestimmten Zielsetzungen in der Stadtteilprävention zugeordnet (Ziel 1 bis 8).

Leitfaden für zukünftige Projekte der Freien Wohlfahrtspflege

Handlungsfelder	Beispielhafte Aktivitäten
1. Ziel: Verhinderung von Anreizen für den Wegzug einkommensstärkerer und statushöherer Haushalte, darunter	
Abbau von sozialen Konfliktlagen im Quartier	Das Projekt fungiert als niedrighschwellige Anlaufstelle für alle Stadtteilbewohner. Es bündelt ihre geäußerten Bedarfe, trägt sie an Akteure aus dem Stadtteil und aus der Kommunalverwaltung heran und initiiert mit ihnen gemeinsam bedarfsge-rechte Aktivitäten und Maßnahmen (z.B. Streetwork, Einrichtung einer nicht störenden Aufenthaltsmöglichkeit für Jugendliche im Außenbereich der Wohnanlagen).
2. Ziel: Verbesserung der ökonomischen bzw. materiellen Situation der Bewohner, darunter	
Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten innerhalb von Beschäftigungsinitiativen der freien Wohlfahrtspflege	Das Projekt regt beim eigenen Träger an, im Stadtteil oder stadtteilnah eine Beschäftigungsinitiative einzurichten und benennt entsprechende Teilnehmer/innen aus dem Stadtteil für die Maßnahmen.
Berufliche Förderung/ Förderung der Aus- und Weiterbildung innerhalb von Qualifizierungsprojekten der freien Wohlfahrtspflege	Das Projekt regt beim eigenen Träger an, an eine bestehende, stadtteilbezogene Einrichtung des Trägers z.B. ein Stadtteilcafe anzugliedern, mit dem eine Qualifizierungsmaßnahme im Gastronomiebereich verknüpft wird.
Schaffung von Möglichkeiten des bargeldlosen Erwerbs von Sach- und Dienstleistungen	Das Projekt initiiert Unterstützung für hilfebedürftige ältere Menschen, indem es engagierte Bürger dafür gewinnt, ohne Gegenleistung kleine Serviceaufgaben für Senioren zu übernehmen. Es kann auch Initiative ergreifen, und die Gründung eines stadtteilbezogenen Tauschrings unterstützen.
Schaffung von ortsnahen und niedrighschwelligen Beratungs- und Hilfeangeboten in materiellen Problemlagen	Das Projekt wirkt beim Träger oder bei anderen sozialen Institutionen darauf hin, im Stadtteil eine Möglichkeit zur Schuldnerberatung aufzubauen.
3. Ziel: Verbesserung der sozialen Lage der Quartiersbevölkerung, darunter	
Schaffung von ortsnahen und niedrighschwelligen Beratungs- und Hilfeangeboten in sozialen Problemlagen	Das Projekt wirkt beim Träger oder bei anderen sozialen Institutionen darauf hin, im Stadtteil eine Sozialberatungsstelle aufzubauen. Bis dahin übernimmt es selbst eine zeitlich eingeschränkte Sozialberatung, bei der die Vermittlung an geeignete Fachdienste im Vordergrund steht.
Erhöhung des Sicherheitsempfindens	Das Projekt initiiert eine regelmäßige, niedrighschwellige Sprechstunde des Bezirkspolizisten im Stadtteil.
Abbau von Vandalismus im Rahmen von zielgruppenspezifischen Arbeitsansätzen und Streetwork	Das Projekt initiiert ein Anti-Gewalt-Trainingskurs für Jugendliche aus dem Stadtteil in Kooperation mit dem Bezirkspolizisten.
Schaffung von Kontakt- und Lernchancen zwischen verschiedenen sozialen Bevölkerungsgruppen	Das Projekt initiiert Stadtteilstefte in Kooperation mit lokalen Akteuren; es liefert Anstoß zur und gibt Unterstützung bei der Beteiligung von Bewohnern an der Planung und Umsetzung einer Spielplatzgestaltung.
Förderung von Nachbarschaftskontakten und -bildung sowie Nachbarschaftshilfe	Das Projekt initiiert einen Frauen-Treff, um Frauen zu aktivieren und ihre Potenziale für das Leben im Stadtteil nutzbar zu machen.
Verbesserung der Bildungschancen	Das Projekt initiiert einen Alphabetisierungskurs für weibliche Migranten in Kooperation mit einem Träger der freien Wohlfahrtspflege und der VHS.

Leitfaden für zukünftige Projekte der Freien Wohlfahrtspflege

Fortsetzung

Handlungsfelder	Beispielhafte Aktivitäten
4. Ziel: Förderung der Partizipation und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, darunter	
Förderung von Engagement- und Selbsthilfepotenzialen	Das Projekt unterstützt Mieter durch die Initiierung eines „Mietertreffs“ mit dem Ziel, Informationen z.B. zur anstehenden Sanierung der Wohnungen transparent zu kommunizieren.
Verbesserung bestehender und Ausbau von kulturellen Angeboten	Das Projekt unterstützt eine Kirchengemeinde beim Aufbau eines Café-Angebotes als Ort der Begegnung.
Erhöhung des Bildungsniveaus	Das Projekt initiiert in Kooperation mit der Kirchengemeinde einen Sprachkurs für Migranten.
5. Ziel: Verbesserung der Wohnraumversorgung und Unterstützung der Zentralen Fachstelle der Kommune in der Wohnungsnotfallprävention, darunter	
Erschließung weiterer, niedragschwelliger Zugangswege zur frühzeitigen Vermeidung von Wohnungsnotfällen in Ergänzung zur präventiven Tätigkeit der Zentralen Fachstelle	Das Projekt präsentiert sich im Wohnquartier als niedragschwellige Anlaufstelle für Haushalte in sozialen und materiellen Problemlagen und vermittelt die Haushalte an geeignete Beratungsstellen bzw. an die Zentrale Fachstelle
Als Kooperationspartner der Zentralen Fachstelle bei aufsuchender Beratung von Wohnungsnotfällen (Hausbesuche) fungieren	Das Projekt wird von der Zentralen Fachstelle mit einer aufsuchenden Beratung bei besonders schwer erreichbaren Wohnungsnotfällen im Quartier, die von der Fachstelle benannt werden, beauftragt.
Nachgehende Begleitung von Haushalten nach einem vermiedenen Wohnungsverlust, um eine Nachhaltigkeit der geleisteten Präventionsarbeit der Zentralen Fachstelle zu gewährleisten	Das Projekt wird von der Zentralen Fachstelle im Einzelfall beauftragt, eine soziale Begleitung für Haushalte zu leisten, bei denen ein Wohnraumverlust vermieden werden konnte.
6. Ziel: Abbau räumlicher Disparitäten, darunter	
Erweiterung der sozialen Infrastruktur durch Beratungs- und Hilfeangebote sowie der Freizeit- und kulturellen Angebote	Das Projekt richtet in Kooperation mit dem örtlichen Mieterverein eine Mieterberatung im Stadtteil, indem ein Rechtsberater des Vereins wöchentlich im Stadtteilbüro eine Mietersprechstunde abhält.

Leitfaden für zukünftige Projekte der Freien Wohlfahrtspflege

Fortsetzung

Handlungsfelder	Beispielhafte Aktivitäten
7. Ziel: Sensibilisierung von Akteuren aus der sozialen Arbeit und Stadtteilbewohner, darunter	
Öffentlichkeitsarbeit	Das Projekt erstellt eine „Fensterzeitung“ im Stadtteilbüro, um Themen zu transportieren und die Bürger für das Stadtteilleben zu interessieren.
Gewinnung von Multiplikatoren	Das Projekt stellt sich in verschiedenen lokalen Gremien wie etwa bei der Sitzung des Ortsvereins vor. Es baut informelle Kontakte zu lokalen Akteuren auf. Es arbeitet aktiv in lokalen Gremien mit.
8. Ziel: Schaffung tragfähiger lokaler Netzwerke durch Aktivierung der relevanten Akteure aus dem Akteursfeld der freien Wohlfahrtspflege und engagierter Bürger, darunter	
Erzielen eines kooperativen Vorgehens, indem Anknüpfungspunkte für Aktivitäten aufgezeigt werden	Das Projekt nimmt an verschiedenen stadtteilbezogenen Gremien teil (Arbeitskreis, Pfarrgemeinderat usw.), in denen es auf stadtteilrelevante Themen aufmerksam macht und zur Bearbeitung der Themen konkrete Ideen und Vorschläge für gemeinsame Aktivitäten unterbreitet.
Erzielen eines kooperativen Vorgehens durch Bereitstellung und Bündelung von Ressourcen	Bei der Initiierung eines Sprachkurses für Migranten übernimmt das Projekt zunächst die Aufgabe der Ansprache und Gewinnung von Vereinen und Institutionen, die einen Beitrag zur Umsetzung des Angebotes leisten können (z.B. Bereitstellung Räumlichkeit, Übernahme der Öffentlichkeitsarbeit). Im nächsten Schritt bündelt es die Ressourcen der Vereine und Institutionen, die sich beteiligen wollen, und unterstützt sie bei der Erstellung des Sprachkursesangebotes.

9.5 Empfehlungen zur Vernetzung im Stadtteil

Um wirkungsvolle Impulse für die Stadtteilprävention zu setzen und die Präventionsarbeit auf eine breite Basis zu stellen, ist es Aufgabe eines Präventionsprojektes, eine Vernetzung der örtlichen Akteure im Sinne eines *Unterstützungsnetzwerkes* für die Stadtteilprävention zu fördern. Ziel eines Präventionsprojektes muss es daher sein, ein vorhandenes Netzwerk zu unterstützen oder ein solches Netzwerk in Kooperation mit der Kommunalverwaltung aufzubauen.

Dabei ist eine *breite Einbindung von im Stadtteil agierenden Akteuren und Interessengruppen anzustreben*, um eine möglichst breite Lobby für die Stadtteilprävention zu schaffen, zusätzliche Multiplikatoren und Impulsgeber zu gewinnen, aber auch weitere Ressourcen- bzw. Handlungsträger in die Stadtteilpräventionsarbeit einzubinden. Als optimal ist eine Mitwirkung von Akteuren aus allen relevanten Handlungsfeldern einer Stadtteilpräventionsarbeit anzusehen, d.h. Gewerbetreibende, Vertreter aus Wohnungsunternehmen, soziale Dienstleister, Schuldirektoren, Lokalpolitiker usw. Diese vertikale Vernetzung voranzutreiben ist Aufgabe des Präventionsprojektes.

Sie ist jedoch mit Schwierigkeiten behaftet: Zum einen wird zwar der Zugang der ProjektmitarbeiterInnen zu Akteuren aus der Wohlfahrtspflege, der sozialen Arbeit oder anderer „nahestehender“ Institutionen leicht fallen, dafür ist es für sie umso schwerer, z.B. Zugang zu Akteuren aus der lokalen Ökonomie zu finden. Hier ist, sofern eine Kooperation mit der Verwaltung besteht, diese aufzufordern, ihrerseits tätig zu werden. Zum anderen ist zu beachten, dass ein Engagement von lokalen Akteuren in einem Unterstützungsnetzwerk für die Stadtteilprävention einen Perspektivenwechsel voraussetzt - von der kundenorientierten Arbeit hin zur Entwicklung von Zukunftsperspektiven für den gesamten Stadtteil. Das bedeutet, dass die Bereitschaft dieser Akteure, eine gestaltende Funktion für die Zukunft des Stadtteils einzunehmen, durch die

Sensibilisierung für die Thematik der Stadtteilprävention, durch das Setzen von Kooperationsanreizen und durch die Unterstützung von Kooperationen gefördert werden muss.

Zur *Sensibilisierung* sollte ein Präventionsprojekt durch folgende Maßnahmen und Funktionen beitragen:

- Thematisierung der übergeordneten Projektzielsetzung „Prävention von sozialer Entmischung“ im Kontaktaufbau und in der Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren auf Basis einer sachlichen Darstellung der diesbezüglich vom Projekt wahrgenommenen und analysierten Stadtteilprobleme.
- Kontinuierliche und auf die jeweiligen Akteursgruppen zugeschnittene Formen der Öffentlichkeitsarbeit und des Kontaktaufbaus (Persönliche und schriftliche Vorstellung bei den örtlichen Institutionen, Presseartikel für die stadtteilbezogenen Medien, Tag der offenen Tür, Verteilung von selbst erstellten Flyern, Informationsstand bei Stadtteilveranstaltungen).
- Einnehmen einer Vermittlerrolle zwischen Bewohnerinteressen und den örtlichen Institutionen bzw. Stadtteilgremien, indem vorhandene Bedarfslagen aus dem Stadtteil gebündelt und an die örtlichen Akteure vermittelt werden.
- Förderlich für eine Sensibilisierung ist eine Anbindung des Projektes an einen von den Stadtteilakteuren „neutral“ bewerteten Projektträger und eine wohlhabgewogene Standortwahl des Projektbüros, von dem sich als Wirkungsort der Projektarbeit auch alle relevanten Akteursgruppen angesprochen fühlen.

Wirkungsvolle Kooperationsanreize zur Bildung oder Erweiterung eines bestehenden Unterstützungsnetzwerkes kann nur die Kommune setzen, deshalb ist eine Zusammenarbeit mit ihr bereits vor Projektbeginn anzuvisieren und zu vereinbaren.

Allerdings besitzt auch das Präventionsprojekt seinerseits einige Möglichkeiten, relevante Stadtteilakteure *für die Mitwirkung an einem Unterstützungsnetzwerk zu aktivieren*, die es unbedingt einsetzen sollte:

- Konsequente Verfolgung und Umsetzung einer integrativen und ressourcenorientierten Arbeitsweise, da dieses Selbstverständnis in der Stadtteilarbeit darauf abzielt, einen breiten Kreis an örtlichen Akteuren in die Stadtteilprävention einzubeziehen, und gute Voraussetzungen für die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung dauerhafter, lokaler Netzwerke zwischen den Stadtteilakteuren bietet.
- Schaffung und Unterstützung geeigneter Kooperationsanlässe und –formen für die unterschiedlichen potenziellen Kooperationspartner. Zumeist wird für eine Zusammenarbeit ein ganz konkreter Anlass benötigt (z.B. die Planung und Umsetzung eines Angebotes oder einer Veranstaltung). Dem Präventionsprojekt kommt hierbei die Aufgabe zu, die Zielsetzung bzw. das Handlungsfeld der Stadtteilprävention für die örtlichen Akteure „anschlussfähig“ zu machen, also auf einen ganz konkreten Sachverhalt „herunterzubrechen“ und bearbeitbar zu machen.
- Es hat die Aufgaben der Vermittlung von neuen Themen, die es aus seinen Informationen zu Bewohnerinteressen und sozialen Bedarfslagen ableitet, und der Förderung der Kooperation bei der Bearbeitung der Themen.
- Es sollte eine koordinierende und unterstützende Rolle bei der Initiierung und Umsetzung von Angeboten und Aktivitäten im Stadtteil einnehmen, indem es materielle und personelle Ressourcen verschiedener Akteure bündelt.
- Es kann bestehende Netzwerke mittels kommunikativer Dienstleistungen unterstützen (durch Moderation, Themenbildung und -strukturierung), so dass eine Effektivierung der Netzwerkarbeit und im Gegenzug eine stärkere Motivation zur Teilnahme seitens relevanter Stadtteilakteure erzielt werden kann.

Die Kooperation und Vernetzung im Stadtteil bedarf aber auch *weiterer Unterstützung*, bei der dem Präventionsprojekt folgende Aufgaben zufallen:

- Das Projekt muss eine Brückenfunktion einnehmen. Diese Funktion umfasst ein Vermitteln zwischen unterschiedlichen Interessen und bei Konflikten im Netzwerk, das Einnehmen der Rolle eines Dolmetschers zwischen Verwaltungsrationalität und Stadtteilrealität, die Förderung von Koordination und Kooperation zwischen Verwaltung und Stadtteilakteuren sowie zwischen den Stadtteilakteuren.
- Gleichzeitig sollte das Präventionsprojekt auch die für eine Präventionsarbeit so wichtige, gemeinsame, strategisch-inhaltliche Diskussion zur Zukunft des Stadtteils innerhalb des Unterstützungsnetzwerkes einfordern und vorantreiben, damit Ziele und Umsetzungskonzepte für die Stadtteilprävention konsensual erarbeitet werden. Das Projekt hat hierbei dafür Sorge zu tragen, dass eine stetige Rückbindung zwischen erarbeiteten Zielen und geplanten, anlassbezogenen Aktivitäten stattfindet, indem Zielsetzungen und Aktivitäten in einem akteursübergreifenden Zusammenhang wie etwa in Stadtteilkonferenzen diskutiert werden.

9.6 Empfehlungen zur Zusammenarbeit mit der kommunalen Verwaltung

Die Projektstätigkeit bleibt in Richtung der Stadtverwaltung als maßgeblicher Akteur in der Stadtteilprävention unvernetzt und die Wirkungen des Projektes somit deutlich beschränkt, wenn diese Akteursgruppe nicht für *eine Unterstützung der Projektarbeit* oder sogar für eine Kooperation im Sinne eines abgestimmten Vorgehens in der Stadtteilprävention gewonnen werden kann (vgl. hierzu auch Kap. 9.2).

Die freie Wohlfahrtspflege als Projektträger muss daher bereits bei der Projektkonzeption eruieren, welche zentralen Ämter oder Dienststellen für eine Zusammenarbeit in der Stadtteilprävention in Frage kommen, um dann anschließend den Kontakt aufzubauen und die Zusammenarbeit anzustreben.

Grundsätzlich sind diejenigen Ämter geeignet, die (1) sozialräumliche Handlungsstrategien praktizieren und (2) eine gewisse inhaltliche Nähe zu den Aufgabenfeldern der Stadtteilprävention aufweisen. Beide Anforderungen erfüllen zumeist das Jugendamt, das Planungsamt und die Zentrale Fachstelle für Wohnungsnotfälle. Hat der Projektträger jedoch bereits auf Basis seines Frühwarnsystems eine Vorauswahl von Stadttei-

len getroffen, die er für eine Präventionsarbeit vorschlagen möchte, so ist anzuraten, vorzugsweise diejenigen Ämter anzusprechen, die aufgrund der im Stadtteil vorzufindenden Problematik das höchste Interesse an gemeinsamen Handlungsansätzen haben könnten (also z.B. bei einer Problematik im Bereich Kinder- und Jugendhilfe das Jugendamt).

Im Kontakt mit der Verwaltung ist evtl. Überzeugungsarbeit in der Frage zu leisten, warum die Verwaltung mit der freien Wohlfahrtspflege kooperieren sollte. In diesen Fällen sollte die freie Wohlfahrtspflege auf *ihre Potenziale und Stärken in der Stadtteilprävention* verweisen und deutlich machen, dass folgende Potenziale von der Verwaltung im Falle einer Zusammenarbeit genutzt werden können, um Problemlagen in den Stadtteilen abzubauen:

- Sie kann die Arbeit der Stadtteilprävention durch eine niederschwellige Anlaufstelle für alle Stadtteilbewohner in Form eines Stadtteilbüros ergänzen und somit gute Zugänge zu Bewohnern aufbauen.
- Sie wird die Rolle des Ansprechpartners für Bürgerinteressen wahrnehmen, die es ermöglicht, frühzeitig vorhandene und aufkommende soziale Bedarfslagen der Bewohner zu erkennen, diese Informationen zu bündeln und sie im Sinne eines Frühwarnsystems im Stadtteil anderen relevanten Akteuren in Gestalt neuer Stadtteilthemen zu vermitteln.
- Sie hat gute Zugänge zu örtlichen Akteuren aus dem Handlungsfeld der sozialen Arbeit, die seitens des Projektes für eine Mitarbeit in der Stadtteilprävention gewonnen werden sollen.
- Sie wird ihre Potenziale in der Initiierung und Unterstützung von Bürgerengagement einbringen.
- Sie wird Projektentwicklung in den Handlungsfeldern „Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation der BewohnerInnen“, „Abbau sozialer Konfliktlagen im Quartier“, „Erweiterung der sozialen, Kultur- und Freizeitinfrastruktur“ sowie „Förderung der Partizipation“ betreiben.
- Sie kann sich als Dialogmanager zwischen den Systemen „Stadtteil“ und „Politik und

Verwaltung“ einbringen und damit Schnittstellenkommunikation leisten.

- Sie wird Moderationsfunktionen im Stadtteilentwicklungsprozess übernehmen, d.h. Interessen, Bedarfe aus dem Stadtteil zur Diskussion stellen und den Prozess der Lösungs- und Handlungsorientierung auf der Stadtteilebene moderieren.
- Sie wird mit all diesen Aktivitäten einen eigenen Beitrag zum Stadtteilmanagement leisten.

Auf Grundlage des von der freien Wohlfahrtspflege erhobenen Handlungsbedarfes und der in dem kooperierenden Amt vorliegenden Informationen zum Stadtteil sind gemeinsam die *Leitziele der Stadtteilprävention* zu formulieren und als gemeinsame Ziele anzuerkennen. Die Beteiligung von Bürgern und lokalen Akteuren sollte dabei eine allseits akzeptierte Zielsetzung darstellen und eine entsprechende institutionelle Form erhalten (Aufbau eines Akteursnetzwerkes, Einbindung von engagierten Bürgern usw.). Zudem ist zu verabreden, wie eine gemeinsame, laufende Abstimmung zwischen Projekt, kooperierendem Amt und Stadtteilakteuren und eine Aufgabenteilung in der Umsetzung von Maßnahmen erfolgen soll.

Für die Zusammenarbeit der freien Wohlfahrtspflege mit der Kommunalverwaltung sind grundsätzlich *zwei Kooperationsmodelle* denkbar und praxiserprobt:

Modell A) Die Kommune erteilt der freien Wohlfahrtspflege den Auftrag für die Durchführung von Maßnahmen in der Stadtteilprävention und finanziert den dafür notwendigen Ressourceneinsatz (Personal, Räumlichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit usw.). In diesem Fall ist zuvor ein konsensuales Entwicklungskonzept für den Stadtteil mit Ziel- und Aufgabenbeschreibungen für die freie Wohlfahrtspflege zu entwickeln, an das die Arbeit des Projektes der freien Wohlfahrtspflege stets rückgebunden werden muss. Als weitere Grundlage hat sich der Leistungsvertrag mit einer Leistungsbeschreibung und einer Projektsteuerung, bestehend aus einer Ziel- und Maßnahmenplanung und eines Soll-Ist-Vergleichs von benannten Zielgrößen, bewährt.

Modell B) Die freie Wohlfahrtspflege finanziert „ihr“ Stadtteilpräventionsprojekt aus Eigenmitteln, während die Verwaltung ihrerseits für die Schaffung von begünstigenden Rahmenbedingungen für die Projektarbeit Sorge trägt. Als Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung wird eine informelle oder formelle Kooperationsvereinbarung geschlossen, in der zumindest die Ziele der Zusammenarbeit, die jeweiligen Handlungsfelder, die Leistungen und Gegenleistungen der Kooperationspartner (beispielsweise die Bereitstellung eines Ansprechpartners in der Stadtverwaltung für das Präventionsprojekt der freien Wohlfahrtspflege) sowie das Abstimmungsverfahren für ein koordiniertes Vorgehen in der Stadtteilprävention beschrieben sind und der Willen zur Kooperation bekräftigt wird. Die Steuerung und Abstimmung der seitens der Wohlfahrtspflege und der Stadtverwaltung einzusetzenden Maßnahmen erfolgt über ein zentrales Gremium. Hier sollten sowohl die jeweils mit der Umsetzung beauftragten Mitarbeiter/innen aus der Kommune und dem Projekt der freien Wohlfahrtspflege als auch Mitarbeiter/innen mit Entscheidungsbefugnissen aus den Leitungsebenen der beiden Institutionen zusammenkommen. Das gemeinsame Konzept, die Kooperationsvereinbarung wie auch geeignete Abstimmungsstrukturen gewährleisten erfahrungsgemäß eine enge Verzahnung der Präventionsarbeit der Kommune und des Projektes.

In der Ausgestaltung der Organisations- und Abstimmungsstrukturen ist seitens der Wohlfahrtspflege in beiden Modellen darauf hinzuwirken, dass das Präventionsprojekt einen *festen Ansprechpartner im kooperierenden Amt* zugeordnet bekommt, der innerhalb des Amtes und – soweit wie möglich – auch ämterübergreifend die Koordinierungsfunktion für die von der Verwaltung zu leistenden Tätigkeiten in der Stadtteilprävention ausübt.

Gelingt die angestrebte Kooperation mit einem zentralen Amt der Kommunalverwaltung nicht, so wird das Präventionsprojekt in seinen Tätigkeitsfeldern auf *eigene Einzelkontakte zu den relevanten Ämtern* angewiesen sein. Diese Kontakte werden erfahrungsgemäß eher informell, auf konkrete Fragestellungen und auf die

Sachbearbeiterebene bezogen sein. Es ist aber dennoch hilfreich, seitens der Amtsleiter schriftliche, generelle Unterstützungszusagen zu erhalten, auf die sich das Projekt im Fall eines Unterstützungsbedarfes beziehen kann. Dafür ist es notwendig, dass der Projektträger mit der Leitungsebene der betreffenden Ämter Kontakt aufnimmt, das Präventionsprojekt vorstellt und um grundsätzliche Unterstützung bittet.

Parallel zur Kooperationsanbahnung auf der Ebene der zentralen Ämter der Kommunalverwaltung ist auch auf der *Stadtteilebene der Kontakt zu relevanten Bezirks- bzw. dezentralen Ämtern* aufzubauen. Hier ist ebenfalls der Projektträger zusammen mit den Projektmitarbeiter/innen gefordert, das Projekt persönlich vorzustellen und gemeinsame Interessen und Anknüpfungspunkte in der Stadtteilpräventionsarbeit auszuloten. Ein Verständnis von öffentlicher Verwaltung ausschließlich als Dienstleister für die Umsetzung von Angeboten und Aktivitäten (durch Bereitstellung materieller Ressourcen, Erteilung von Genehmigungen usw.) im Rahmen der Stadtteilarbeit sollte vermieden werden. Ziel dieser Kooperationsanbahnung sollte es vielmehr sein, die dezentralen Ämter für eine Mitarbeit an der Stadtteilprävention im Sinne einer strategisch-visionären Zusammenarbeit zu gewinnen und Schnittstellen sowie Synergieeffekte einer gemeinsamen Arbeit aufzuzeigen.

Als geeigneter organisatorischer Rahmen für eine Zusammenarbeit mit der Bezirksverwaltung ist das *stadtteilbezogene Unterstützungsnetzwerk* als aktorsübergreifendes Stadtteilgremium zu empfehlen, dessen Aufbau entweder gemeinsam verabredet werden sollte oder – sofern es bereits besteht - in das sich sowohl Bezirksverwaltung als auch das Präventionsprojekt verantwortungsvoll einbinden.

9.7 Arbeitsmaterialien

Vorlage zur Erfassung des Personaleinsatzes und dessen Zuordnung zu Tätigkeitsbereichen

Projekt: _____ Datum: _____				
Einzelfallorientierte Arbeit	Vernetzung auf Bewohner-ebene im Stadtteil	Vernetzung auf institutioneller Ebene im Stadtteil	Interne Strukturarbeit / Organisation und Verwaltung	Zeitaufwand
(1) Kontakt mit Besuchern (2) Sozialberatung/Vermittlung an zuständige Stellen (3) Organisation /Initiierung von Angeboten der Einzelfallberatung (4) Sonstiges	(5) Organisation/Initiierung von Zielgruppenangeboten durch Dritte (6) Eigene Angebote und Unerstützungsleistungen für Zielgruppen (7) Eigene zielgruppenübergreifende Angebote (8) Sonstiges	(9) Formelle Zusammenarbeit mit anderen Institutionen im Stadtteil (10) Organisation/Initiierung von Kooperationen Dritter (11) Informelle Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern (12) Öffentlichkeitsarbeit auf Ebene der Institutionen im Stadtteil (13) (Formelle und informelle) Kontaktaufnahme/ Zusammenarbeit mit Pfarrgemeinde (14) Sonstiges	(15) Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil (16) Öffentlichkeitsarbeit stadtteilübergreifend (17) Trägerinterne und trägerübergreifende Koordination/Kooperation (18) Konzeptionelle Arbeiten (19) Teamgespräche (20) Projektdokumentation, Datenpflege, Statistik (21) Sicherung des Fortbestandes der Angebote/Schnittstellenfunktion (22) Fortbildung, Beratung, Fachliteratur, Tagungen (23) Verwaltungsaufgaben (24) Sonstiges	

Vorlage zur Erfassung der Personal-, Investitions-, Verwaltungs- und Sachkosten

	von	bis
Projektlaufzeit		
davon: Vorbereitungsphase (Konzepterstellung, etc.)		
davon: Umsetzungsphase		

Leitfaden für zukünftige Projekte der Freien Wohlfahrtspflege

Welche Kosten entstanden den Trägern des Projektes?

Art der Kosten	Betrag in EUR
Sachkosten	
Mietnebenkosten	
Reparaturen / Anstrich	
Telefongebühren	
Portokosten	
Bürobedarf / Verbrauchsmittel	
EDV / Datenverarbeitung / Software	
Fahrt- bzw. Reisekosten	
Öffentlichkeitsarbeit / Druck	
Fachliteratur	
Teilnahmegebühren / Fortbildungen	
Bewirtung / Repräsentation	
Sonstige Sachkosten: _____	_____
Investitionskosten	
Abschreibungen auf Anlagen	
Miete Räume	
Miete / Leasing Anlagen	
Sonstige Investitionskosten: _____	_____
Personalkosten	
Personalkosten für die Projektmitarbeiter/innen	
Personalkosten für weitere Mitarbeiter/innen (z.B. Mietrechtsberatung, Übersetzungsdienstleistungen, etc.)	
Sonstige Personalkosten: _____	_____
Verwaltungskosten	
Personalkosten für Verwaltung beim Träger	
Sonstige Verwaltungskosten: _____	_____

Leitfaden für zukünftige Projekte der Freien Wohlfahrtspflege

Fortsetzung

Einnahmen	
Spenden	
Landeszuschüsse	
kommunale Zuschüsse	
Sonstige Zuschüsse:	
_____	_____
_____	_____

Vorlage zur Erfassung der Aktivitäten und Kooperationen nach verschiedenen Projektzielsetzungen

Dieser Bogen dient der Erfassung der Kooperationsstruktur. Pro Kooperationspartner wird ein- bis zweimal jährlich rückblickend von einem zuständigen Mitarbeiter/ einer zuständigen Mitarbeiterin ein Bogen ausgefüllt. Die Kooperationspartner und damit verbundene Zielaktivitäten/ Angebote/ Maßnahmen können den Zielen des Projekts mit Hilfe des Bogens zugeordnet werden und helfen so, den Einsatz und Erfolg des Projekts zu dokumentieren. Auch mögliche Kooperationspartner, mit denen aktuell nicht kooperiert wird, werden erfasst. Die Bögen können fortgeschrieben werden, so dass Zeitreihen entstehen.

Kooperationspartner: _____

Die Kooperation dient der Erreichung des Projektziels _____

Kooperation besteht seit _____ oder Kooperation wird seit _____ angestrebt, besteht aber nicht.

Kooperation wurde von _____ angestoßen.

Kooperation scheitert an: _____
(Grund des Scheiterns nennen)

Ergebnis der Kooperation ist: _____

Bereitgestellte Ressourcen durch Kooperationspartner	Räumlichkeiten		Geld		Personal		Sachmittel	

Vorlage zur Erfassung von Angeboten und Maßnahmen

Dieser Bogen dient der Erfassung der Angebotsstruktur. Pro Angebot wird ein- bis zweimal jährlich rückblickend von dem zuständigen Mitarbeiter/ der zuständigen Mitarbeiterin ein Bogen ausgefüllt. Die Angebote/ Maßnahmen können den Zielen des Projekts zugeordnet werden und helfen so den Einsatz und Erfolg des Projekts zu dokumentieren. Die Bögen können fortgeschrieben werden, so dass Zeitreihen entstehen.

Maßnahme/ Angebot: _____

Die Maßnahme/ das Angebot wird im Schnitt von ____ Personen wahrgenommen.

Die Maßnahme/ das Angebot besteht seit: _____.

Die Maßnahme/ das Angebot wird voraussichtlich ab _____ weitergeführt werden durch _____, wird nicht weitergeführt werden, weil _____

Die Maßnahme/ das Angebot findet ____ mal wöchentlich oder ____ mal monatlich oder ____ mal jährlich statt.

Die Nutzer kommen zumeist aus den Quartieren _____.

Wie viele ehrenamtliche Mitarbeiter/innen konnten aus dem Angebot/ der Maßnahme gewonnen werden? _____

Wie viele ehrenamtliche Mitarbeiter/innen waren am Zustandekommen des Angebots beteiligt? _____

Geschlecht der Erwachsenen	Anteil der Männer in %						
Überwiegende Altersgruppe der Nutzer	Kinder		Jugendliche		Erwachsene		Senioren
Nutzerfrequenz	regelmäßig		sporadisch				

Vorlage zur Dokumentation der Einzelfallarbeit bzw. der Kontakte mit Besuchern

Projekt: _____ Monat/Jahr: _____

Besucherprofil					Anlass des Besuchs	Wie auf das Projekt aufmerksam geworden?	Weitervermittelt an:
Geschlecht	Alter der Bezugsperson	Wohnort/ Quartier	sozialer Status	Erst- oder Folgekontakt			
(1) weiblich (2) männlich	(3) Kind (4) Jugendliche/r (5) Erwachsene (6) Senioren	Stadtteil 1: (7) Eigentumswohnungen (8) Sozialwohnungen (9) Übergangswohnheime Stadtteil 2: (10) Dorf (11) Siedlung x (12) Siedlung y	(13) Wohneigentümer/-in (14) Mieter/-in (15) Deutsch (16) Migrant/-in (17) Familie (18) Alleinerziehende/-r (19) Single (20) Kinderloses Paar Bitte alle zutreffenden Antworten angeben!	(21) Erstkontakt (22) Folgekontakt	(23) Hilfe bei Anträgen für Transferleistungen (24) Familiäre Probleme/ Erziehungsberatung (25) Mietschulden/Mietkonflikte (26) Allg. Schuldenprobleme (27) Sonstige Sozialberatung (28) Frage nach anderen Angeboten (29) Frage/Anregung/Beschwerde zu Stadtteil-thema (30) Bitte um Unterstützung von Eigeninitiative / Selbsthilfe (31) Suche-/Biete - Fenster (32) Auslegen von Infomaterial (33) Neugier (34) Sonstiges Bitte den Hauptgrund angeben, eine Antwort!	(35) Empfehlung von Bekannten/Verwandten (36) Empfehlung/Vermittlung durch andere Institutionen (37) Schon öfter ins Fenster geschaut (38) Über Projekt gelesen / gehört (39) Wusste nicht, wo sonst hinzugehen (40) Sonstiges Ggf. mehrere Antworten angeben	(41) Sozialamt (42) Wohnungsamt (43) Andere Ämter der Stadt (44) Beratungsstelle beim eigenen Träger (45) Eigene Mieterberatung (46) Pfarrgemeinde (47) Bürgerinitiative / Verein (48) Sonstige Eine Antwort!

10 Exkurs: Monitoringsystem als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen auf Stadtteilebene

10.1 Einleitung

Handlungsleitend für die Entwicklung eines Monitoringsystems war die Fragestellung, wie ein gesamtstädtisches Monitoringsystem ausgestaltet werden sollte, das auf der Stadtteilebene als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen bzw. für Entwicklungen, die zu benachteiligten Quartieren führen können, eingesetzt werden kann. Das vorliegende Monitoringsystem kann den relevanten Akteuren aus der öffentlichen Verwaltung und der freien Wohlfahrtspflege als eine zentrale Informations- und Entscheidungsgrundlage für den Einsatz ihrer zumeist begrenzt vorhandenen Ressourcen in der stadtteilbezogenen Arbeit dienen. Es kann je nach Umfang und Detaillierungsgrad der zu messenden Indikatoren auch Aussagen zu Defiziten und Potenzialen in den Stadtteilen liefern und somit auf konkrete Handlungsbedarfe in der Stadtteilarbeit hinweisen.

Das Monitoringsystem wurde am Beispiel der Stadt Köln mit seinen insgesamt 85 Stadtteilen entwickelt, für drei ausgewählte Kölner Stadtteile um Ergebnisse einer Bewohnerbefragung erweitert, und einer praktischen Prüfung unterzogen. Die zu Grunde liegende Methodik wurde in Rückkopplung mit den forschungsbegleitenden Institutionen – d.h. Vertreter/innen des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln e.V., des Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes NRW und der Fachstelle Wohnen der Stadtverwaltung Köln – entwickelt.

Das nachfolgend dargestellte Monitoringsystem dient ausdrücklich nicht zur Evaluation von Stadtteilentwicklungsmaßnahmen, da die gewählten Indikatoren keine eindeutig nachweisbaren Zusammenhänge zu derartigen Maßnahmen aufweisen.

10.2 Zielsetzung eines Monitoringsystems

Monitoring ist die begleitende, regelmäßig erfolgende Beobachtung und Erhebung von Prozessen und Sachverhalten. Allgemein wird in der Literatur die Zielstellung eines sozialräumlichen Monitoringsystems als kontinuierliche, zeitnahe Gewinnung von Informationen über die Situation eines Quartiers oder eines Stadtteils bzw. dessen Bewohner formuliert. Zwei Ziele werden mit dieser Informationsgewinnung und Dauerbeobachtung verbunden: Einerseits dienen sie als Frühwarnsystem – andererseits als Instrument der Evaluation politischer, sozialer oder gesellschaftlicher Aktivitäten zur Verbesserung der Situation im betreffenden Stadtteil. Während die Evaluation den Fokus auf die Bewertung von Prozessen und deren Zielerreichung legt, liegt der Schwerpunkt bei einem Monitoring auf der Beobachtung von Prozessen. Das nachfolgend dargestellte Monitoringsystem verfolgt hierbei das Ziel, ein Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen auf der Stadtteilebene darzustellen.

Ein Frühwarnsystem ist eine organisatorisch-institutionell langfristig verankerte Beobachtung und Analyse eines definierten Beobachtungsobjekts – in diesem Fall ein räumlich abgegrenzter Teilraum - mit dem Ziel, Risiken, Schwachstellen und drohende Fehlentwicklungen frühzeitig zu identifizieren, vorbeugend auszuräumen und zu minimieren.¹²⁰ Die Beobachtung erfolgt anhand definierter Variablen, die die Entwicklung in verschiedenen Beobachtungsfeldern im Zeitverlauf darstellen sollen. Dabei werden Veränderungen bzw. Entwicklungen der Variablen in den beobachteten Bereichen als Indikatoren oder Signale für latente Bedrohungen frühzeitig wahrgenommen und analysiert. Im Falle gravierender Veränderungen der Variablen (z. B. bei signifikanten Abweichungen von vorgegebenen Grenzen oder für zulässig gehaltenen Entwicklungen) werden für den/die Benutzer verständliche Früh-

¹²⁰ siehe http://www.micic.com/help_und_info/go-fruehwarnsystem.htm vom 25.09.2003

warninformationen ausgestoßen. Benutzern wird wegen des zeitlichen Vorlaufs solcher Informationen die Chance zur Ergreifung präventiver Maßnahmen mit dem Ziel der Abwehr oder Minderung signalisierter Bedrohungen eingeräumt.¹²¹ Übertragen auf die Problematik sozialer Entmischung heißt dies, dass mit dem Frühwarnsystem Prozesse der sozialen Entmischung im Sinne der residentiellen Segregation anhand ausgewählter Variablen bzw. Indikatoren abgebildet, eine Bewertung der Prozesse im Sinne einer möglichen Überschreitung vorgegebener Grenzen (sog. tipping-points) stattfinden und entsprechende Frühwarnsignale angezeigt werden sollen, um präventiv der Entstehung oder Verstärkung sozialer Entmischungstendenzen mit entsprechenden Maßnahmen und Instrumenten z.B. der Wohnungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik entgegenzuwirken.

Um ein entsprechendes Frühwarn- bzw. Monitoringsystem für soziale Entmischungstendenzen zu entwickeln, bedarf es zunächst der Begriffsbestimmung. Soziale Entmischung, auch Segregation genannt, ist sowohl als Prozess wie auch als Merkmal zu interpretieren. Überwiegend wird davon ausgegangen, dass es sich bei der Segregation oder auch Konzentration sozialer Gruppen um ein Abbild bzw. eine Übertragung sozialer Ungleichheit in den (städtischen) Raum handele. Anhand sog. Segregationsindizes lässt sich dann das Ausmaß der Segregation messen.

Zu berücksichtigen ist jedoch, dass bereits durch die Lage und die Ausstattung des Wohnstandortes selbst unmittelbare Vor- oder Nachteile entstehen, die die ohnehin vorhandenen sozialstrukturellen Unterschiede vergrößern können. So ist in den vergangenen Jahren eine zunehmende Konzentration benachteiligter Haushalte in bestimmten städtischen Quartieren zu beobachten, die aufgrund ihrer Defizite hinsichtlich ihrer Lage, ihrer städtebaulichen Struktur, der Infrastrukturausstattung und/oder der Umwelt-

qualität selbst zum Faktor der Benachteiligung der hier lebenden Menschen werden und benachteiligend wirken (sog. benachteiligte Quartiere). Insofern muss der Fokus auf soziale Ungleichheit – gemessen an der ökonomischen, sozialen und kulturellen Lebenslage sozialer Gruppen - erweitert werden durch die zusätzliche Perspektive auf die Lage und Ausstattung der Wohnstandorte bzw. städtischen Quartiere. Beide Perspektiven werden integriert, wenn man auf sog. benachteiligte Quartiere blickt und diese anhand des Lebenslagenansatzes analysiert. Bei der Analyse können folgende Lebenslagen in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren unterschieden werden:

- die ökonomische Dimension (bspw. hoher Anteil an Empfängern von Transfereinkommen),
- die soziale Dimension (bspw. hoher Anteil an Migranten, hoher Kriminalitätsrate),
- die kulturelle Dimension (bspw. geringe Teilhabe am kulturellen bzw. gesellschaftlichen Leben),
- die wohnliche Dimension (bspw. hoher Anteil von Wohnungsnotfällen),
- die räumliche Dimension (bspw. defizitäre Infrastrukturausstattung).

Das Kennzeichen benachteiligter Gebiete liegt in der Kumulation verschiedener Formen der Benachteiligung: Neben benachteiligenden Wohn- und Umweltbedingungen zeichnen sich die Gebiete zugleich auch durch in soziokultureller und ökonomischer Hinsicht besonders benachteiligte Gruppen aus. Die Problemkumulation erzeugt wiederum Rückwirkungen auf die Bewohner (z.B. eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten, allgemeine Perspektivlosigkeit) und auf das Image der Gebiete und ihrer Bewohner (negatives Image, Stigmatisierung).

Damit sind zugleich auch die verschiedenen Beobachtungsfelder benannt, deren Entwicklung im Zeitverlauf anhand definierter Variablen im Sinne eines Frühwarnsystems beobachtet werden sollen.

¹²¹ Gabler Wirtschaftslexikon (1998). 12. vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, S. 2545.

10.3 Anforderungen an ein Monitoringssystem

Das folgende Monitoringsystem soll geeignete Variablen bzw. Indikatoren zu den verschiedenen Dimensionen der Lebenslagen in benachteiligten Quartieren zusammenführen und eine kontinuierliche Beobachtung und Bewertung der verschiedenen Lebenslagen ermöglichen. Darüber hinaus soll es so konzipiert sein, dass es generell in Kommunen und Kreisen angewendet werden kann und sich keine Anwendungsrestriktionen etwa aus der Datenverfügbarkeit oder der räumlichen Beobachtungsebene ergeben.

Aus der Praxis der handlungsbezogenen Sozialberichterstattung¹²² sowie des Monitorings auf kleinräumiger Ebene¹²³ lassen sich folgende Anforderungen an ein Monitoringsystem ableiten. Es sollte

- flächendeckend,
- kleinräumig differenziert,

¹²² Vgl. u.a. Alisch, Monika (1998): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen, S. 107; Klein, Thomas (2001b): Sozialraumorientierte Monitoringprozesse auf kommunaler Ebene. In: ILS Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsforschung des Landes NRW (Hrsg.): Materialien zum Workshop. Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund; Bartelheimer, Peter (2001): Sozialberichterstattung für die „Soziale Stadt“. Methodische Probleme und politische Möglichkeiten. Frankfurt/Main; Kamensky, Jutta/Zenz, Helmuth (2001): Armut. Lebenslagen und Konsequenzen. Ulm.

¹²³ Vgl. u.a. Mertens, Rosita (2001): Erfahrungen mit dem Monitoring von Stadtteilerneuerungsprogrammen auf kleinräumiger Ebene. In: Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsforschung des Landes NRW (Hrsg.): Materialien zum Workshop. Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund; Austermann, Klaus (2001): Projektevaluation – Die Analyse integrierter Stadtteilerneuerungsprojekte. In: Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsforschung des Landes NRW (Hrsg.): Materialien zum Workshop. Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund.

- geeignet für zeitdynamische Vergleiche und Trendaussagen, sowie
- differenzierungsfähig und
- aussagefähig bezogen auf die Dimensionen der Lebenslagen von Bewohnern

konzipiert werden. Die aus der Praxis ableitbaren Anforderungen an die Daten sowie an die Datenerfassung können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- periodisch (periodical),
d.h. es muss die Möglichkeit der laufenden Berichterstattung und damit periodischen Datenerhebung gegeben sein, um zeitdynamische Vergleiche und Trendaussagen zu ermöglichen,
- systematisch (systematic),
- aktuell und laufend beziehbar (current),
d.h., um Maßnahmen zur Gegensteuerung zu entwickeln, sollten die Daten möglichst zeitnah erhoben werden. Oftmals stehen die Daten aus den unterschiedlichen Verwaltungseinheiten allerdings nicht zeitnah zur Verfügung oder es gibt Probleme bei der Kooperation,
- kleinräumig,
da sich Segregationsprozesse und Benachteiligung häufig auch auf eng umrissene städtische Teilräume, z.B. einzelne Siedlungen, beschränken können,
- Nützlichkeit,
d.h. die Ergebnisse des Monitoring sollten für die (Kommunal-)Politik anwendbar sein (relevant to policy), zudem sollte eine sinnvolle Menge an Indikatoren verwendet werden,
- Auswahl homogener Indikatoren (indicators should always remain the same),
- Vergleichbarkeit (monitor has a benchmark),

d.h. es muss eine Vergleichszahl oder Bezugsbasis zur Bewertung sozial-räumlicher Daten aufweisen,

- Interpretierbarkeit der Daten (a monitor contains an analysis of the data): Die Daten bzw. Indikatoren müssen valide sein, d.h. sie müssen die Realität, die sie abbilden sollen, auch tatsächlich widerspiegeln.

Darüber hinaus gelten (insbesondere für die Entwicklung eines Monitoringsystems im Rahmen dieses Begleitforschungsprojektes) eher praktische Anforderungen:

- es sollte ein „geringer“ finanzieller, personeller und zeitlicher Aufwand zum Aufbau und zur Anwendung des Monitoringsystems sowie zur Datenauswertung erforderlich sein, um die Durchführbarkeit des Monitorings im Hinblick auf Adressaten in den Kommunen (Stadtentwicklungs-, Planungs-, Wohnungsämter, Zentrale Fachstellen usw.) zu gewährleisten. Das bedeutet, das Verhältnis von Aufwand zu Nutzen möglichst effizient zu gestalten, bspw. durch eine begrenzte, aussagekräftige Menge an Indikatoren und durch
- einen guten Datenzugang (leichte Datenverfügbarkeit). Das heißt, die Verwendung bereits vorliegender Daten etwa aus dem Verwaltungsvollzug genießt – nach Überprüfung ihrer Anwendbarkeit – Priorität. Eigene Erhebungen sind als qualitative Ergänzung zu den verwendeten sekundärstatistischen Daten zwar wünschenswert, aber aufgrund des hohen Erhebungsaufwandes nur sparsam einzusetzen.
- Den datenschutzrechtlichen Bestimmungen muss ausreichend genüge geleistet werden, d.h. es dürfen keine Rückschlüsse auf einzelne Haushalte möglich sein.

In allen Praxisberichten wird betont, dass die Verwendung und Interpretation rein quantitativer Daten und Indikatoren allenfalls zu einer ersten Einschätzung der Situation im Stadtteil befähigt,

so dass eine Ergänzung durch qualitative empirische Methoden (wie in der Begleitforschung in Form einer Bewohnerbefragung durchgeführt) vorgeschlagen wird.¹²⁴ Berücksichtigt werden sollte dabei insbesondere die Perspektive und Wahrnehmung der Betroffenen vor Ort.

Daneben wird auf Gefahren hingewiesen, die ein leichtfertiger (interpretativer) Umgang mit einem Monitoringsystems zur Einschätzung der sozialen Situation von Stadtteilen birgt: Einerseits die Gefahr der Stigmatisierung eines Stadtteils sowie einiger seiner Bewohnergruppen und andererseits die Gefahr der „Verdinglichung“ sozialer Prozesse, d.h. die Gefahr, dass die auf wenige Informationen reduzierte Wirklichkeit als technisch beeinflussbar betrachtet wird (Indikatoren sind gedankliche Konstrukte und können Wirklichkeit immer nur scheinbar abbilden). Themenfelder und Indikatoren

10.3.1 Themenfelder

Die im Monitoring dargestellten Indikatoren sind auf Basis des Lebenslagenansatzes den folgenden Dimensionen der Lebenslagen zugeordnet:

- Ökonomische Dimension
- Soziale Dimension
- Kulturelle Dimension
- Wohnliche Dimension
- Räumliche Dimension

Als Resultat der Bewertung dieser Dimensionen aus Bewohnersicht bzw. als Konsequenz der Lebenslagen können diese Dimensionen noch erweitert werden um (1) die Bewertung des Images des Stadtteils und der Verbundenheit der Bewohner mit dem Stadtteil sowie um die Bewertung der eigenen Lebensperspektiven aus Bewohnersicht.

¹²⁴ Vgl. Alisch, Monika (1998): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die Soziale Stadt. Opladen, S. 198f.

Vorgehensweise zur Auswahl eines Indikatorenkatalogs

Für die Auswahl geeigneter Indikatoren zur Bewertung dargestellter Themenfelder des Monitoringsystems, die den genannten Anforderungen an die Daten und Datenbereitstellung erfüllen, wurde eine Literaturanalyse bezüglich bereits entwickelter und praktisch angewandeter Dokumentations- und Indikatorensysteme auf sozialräumlicher Ebene durchgeführt. In der Praxis werden zur kleinräumigen Dauerbeobachtung bzw. zur Informationsgewinnung unterschiedlich breit angelegte Dokumentations- bzw. Indikatorensysteme, die zudem unterschiedliche Erhebungs- und Beobachtungsdimensionen berücksichtigen, eingesetzt. Von den von uns ausgewerteten Studien können beispielhaft zitiert werden:

- Sozialstrukturberichte und Sozialraumanalysen

Sozialstrukturberichte sollen die örtliche Sozialstruktur möglichst genau abbilden. Häufig werden dazu Aussagen über Demographie, Haushaltsstruktur, Bildung, Erwerbsleben, Einkommen und Gesundheitszustand erfasst.¹²⁵ Die Sozialraumanalyse dient der Klassifikation städtischer Teilräume, welche sich aus homogenen Gebieten (sog. natural areas) zusammensetzen sollen. „Sozialraumanalysen sollen aufzeigen, wo sich soziale Problemlage zuspitzen – oder entschärfen, und wie sich die verschiedenen Sozialräume im Vergleich entwickeln“.¹²⁶ Die Einteilung der Stadt in Sozialräume orientiert sich an

der konkreten sozialen Wirklichkeit¹²⁷ und nicht an den statistisch abgegrenzten Gebietsebenen.

Zur Verbesserung der Planung und Umsetzung wie auch zur gezielten Evaluation von Sozialinterventionen in einzelnen Planungsräumen (des Jugendamtes) wurden in einer Sozialstrukturanalyse die zehn Düsseldorfer Stadtbezirke zunächst von den MitarbeiterInnen des Bezirkssozialdienstes in 156 homogene Sozialräume unterteilt. Als kontinuierlich sozialräumlich auswertbare Datenbestände gelten: Sozialhilfedatei, Gebäudedatei, Schülerdatei, Einwohnerdatei, HZE-Daten, Jahresstatistiken des Jugendamtes. Die Auswertung erfolgt mit Hilfe einer Clusteranalyse anhand ausgewählter Indikatoren. Die Erstellung der Sozialstrukturanalyse für das gesamte Stadtgebiet ist allerdings mit hohem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden.¹²⁸

In Berlin wurde versucht, mit einem Sozialstrukturatlas die soziale Ungleichheit zwischen den Bezirken anhand der vorhandenen Daten des Statistischen Landesamtes abzubilden. Ein Sozialindex bringt die erfassten Bezirke in eine Reihenfolge. Dabei werden die demographischen Indikatoren Alter und Staatsangehörigkeit sowie die sozialen Indikatoren Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug herangezogen.¹²⁹

¹²⁵ Bartelheimer, Peter (2001): Sozialberichterstattung für die „Soziale Stadt“. Methodische Probleme und politische Möglichkeiten. Studienreihe des Instituts für Sozialforschung. Frankfurt am Main, S. 32.

¹²⁶ Freyberg, Thomas von / Schneider, Johann (1999): Sozialraumanalyse als Lernprozeß. Beiträge zur qualitativen Segregationsanalyse. Frankfurt am Main, S. 51.

¹²⁷ Vgl. Klein, Thomas (2001b): Sozialraumorientierte Monitoringprozesse auf kommunaler Ebene. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Materialien zum Workshop. Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund, S. 40.

¹²⁸ Vgl. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2001a) (Hrsg.): Sozialraumorientierte Monitoringprozesse auf kommunaler Ebene. Protokoll AG 1. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Reader zum Workshop „Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dortmund, S. 78.

¹²⁹ Vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2001) (Hrsg.): Stadtmonitoring. Soziale Stadtentwicklung 2000. Berlin, S. 7.

Für den Sozialstrukturatlas Leipzig wurden kleinräumige Daten zur Bevölkerungsentwicklung, Wohnraumversorgung, sozialen Infrastruktur und Flächennutzung erhoben und zur Typisierung der Leipziger Stadtteile in geographischen Karten und Graphiken veranschaulicht.

Zielsetzung eines Gutachtens der Prognos AG zur Einschätzung der zukünftigen sozialen Entwicklung in der Stadt Köln war die Messung des sozialen Klimas, verstanden als ein Geflecht menschlicher, sozialer, räumlicher und institutioneller Beziehungen. Folgende Erhebungsdimensionen wurden u.a. berücksichtigt: Integration der BewohnerInnen in soziales / städtisches Umfeld, materielle Situation, Kriminalität, räumliches Miteinander, soziale Beziehungsgeflechte, soziale Infrastruktur.¹³⁰

In Köln wurde im Rahmen der Jugendhilfeplanung eine Sozialraumanalyse durchgeführt, um Wohnbereiche mit besonderem Jugendhilfebedarf zu definieren. Dazu wurden sozioökonomische und demographische Daten erhoben, die Auskunft über die Belastung der sozialen Lebensrealität von Kindern, Jugendlichen und Familien gaben. Ziel der Sozialraumanalyse war die Abbildung der sozialstrukturellen Verhältnisse im Stadtgebiet. Durch eine Fortschreibung sollen kleinräumige Veränderungen in der Bevölkerung nachgezeichnet werden. Die Kölner Sozialraumanalyse besteht aus drei Teilen, die aufeinander aufbauen. Grundlage ist eine Sammlung sozialstruktureller Daten. Darauf baut die Einteilung der Wohnbereiche in Ranglisten auf. Letzter Teil ist ein Indexvergleich der Stadtviertel anhand der Indizes „allgemeiner Jugendhilfebedarf“ und „Soziale Belastung“.¹³¹

▪ Sozialberichte

Sozialberichte orientieren sich am Ziel einer integrierten Sozialberichterstattung. Die Daten stammen aus der Sozialhilfestatistik, der Arbeitsmarktstatistik sowie der Bevölkerungs- und Wohnungsstatistik. Sie sollen mehr Transparenz in der Armutsentwicklung schaffen und den handelnden Akteuren als Grundlage für die Planung und Durchführung ihrer Aktivitäten dienen.¹³² Ein weiterer Zweck ist der Einsatz als Entscheidungshilfe für Politik und andere gesellschaftspolitische Akteure. Über die Methodik und Vorgehensweise der Sozialberichterstattung herrscht allerdings Uneinigkeit. Insbesondere die sehr starke Ausrichtung auf statistische Indikatoren wird kontrovers gesehen, denn eine realistische Einschätzung der sozialen Situation von Menschen kann nur durch weitergehende Beobachtungen erfasst werden. D.h., qualitative Indikatoren sollten eine Sozialberichterstattung zumindest ergänzen. Die Schwerpunkte der Sozialberichterstattung in NRW sind eine Analyse und Definition von Benachteiligung (Armut), die Auswertung vorhandener Sozialstatistiken, die Zusammenstellung vorliegender Forschungsbefunde und die Erfassung der Sicht der betroffenen Menschen selbst.¹³³

▪ Stadtteil-Monitoringmodelle

Aufgabe des Monitorings kleinräumiger Entwicklungsprozesse in Duisburg-Marxloh war es, die Wechselwirkungen zwischen stadtteilorientiertem Erneuerungsprozess einerseits und den Lebensbedingungen der Bevölkerung, der lokalen Ökonomie und dem städtischen Erscheinungsbild andererseits zu analysieren. Dazu wird das Stadtgebiet unter sozialräumlichen Aspekten in homogene Wohnviertel unterteilt. Die Verän-

¹³⁰ Vgl. Stadtparkasse Köln (2001) (Hrsg.): Einschätzung der zukünftigen sozialen Entwicklung in der Stadt Köln. Ein Gutachten der Prognos AG. Köln.

¹³¹ Vgl. Amt für Kinder, Jugend und Familie (o.J.) – Jugendhilfeplanung: Sozialraumanalyse in Köln. o.O., S. 1ff.

¹³² Vgl. MASQT (Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie NRW) (o.J.) (Hrsg.): Sozialbericht '98. für das Land Nordrhein-Westfalen. o.O., S. 4.

¹³³ Vgl. MASQT (Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie NRW) (o.J.) (Hrsg.): Sozialbericht '98. für das Land Nordrhein-Westfalen. o.O., S. 5.

derung der Lebensbedingungen im Stadtteil wird anhand objektiver Strukturmerkmale und subjektiver Einschätzungen der Bevölkerung gemessen. Die subjektiven Einschätzungen beruhen auf kontinuierlich durchgeführten Befragungen zu unterschiedlichen Erhebungsdimensionen (Lebensqualität / Wohnzufriedenheit, interkulturelles Zusammenleben, Umfeld- und Wohnqualität, soziale Infrastruktur, Wahrnehmung des Stadtteils als Lebensraum, demographische und wirtschaftliche Strukturmerkmale, Standortfaktoren). Diese Ergebnisse werden mit sozialräumlichen Strukturindikatoren aus der amtlichen Statistik verknüpft, um die soziale Situation der Bevölkerung im Stadtgebiet differenziert beurteilen zu können.¹³⁴

10.3.2 Vorauswahl geeigneter Indikatoren für ein Monitoringmodell

In den erwähnten Praxisberichten und der wissenschaftlichen Literatur zum Thema sozialräumliche Segregation werden zahlreiche Vorschläge für Indikatoren unterbreitet, die im Rahmen eines Monitorings Verwendbarkeit finden sollen bzw. können. Diejenigen Indikatoren, die in der ausgewerteten Literatur als aussagekräftig beurteilt werden und zugleich auch eine praktische Anwendung fanden, können in quantitative, sekundärstatistische Daten oder qualitative Ergebnisse aus Befragungen (Bewohnerbefragung u.ä.) unterschieden werden.

Die quantitativen, sekundärstatistischen Indikatoren spielen in dem hier erstellten Monitoringmodell die wichtigste Rolle, da sie den Anforderungen an die Datenverfügbarkeit entsprechen. Sie werden aus der Sekundärstatistik der jeweiligen Kommune übernommen und daher durch das Erhebungsintervall, die Detailschärfe

und die Bandbreite der kommunal erfassten Daten begrenzt.

Bei wohl allen Monitoring- und Evaluationsansätzen sind die Arbeitslosenquote, der Ausländeranteil und die Sozialhilfedichte wesentliche quantitative Indikatoren:

- Das ILS (Institut für Landes und Stadtentwicklung) zählt die Arbeitslosenquote zu den im Rahmen der Evaluation von Maßnahmen des Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ regelmäßig zu erhebenden aussagefähigen Indikatoren.¹³⁵ Auch der „Expertenkreis Evaluation“ hat die Arbeitslosigkeit als Kontextindikator zur Stadtteilanalyse in seinen Indikatorenkatalog aufgenommen.¹³⁶ Im Rahmen einer kommunalen Sozialbrichterstattung sehen Alisch et al. den Indikator Arbeitslosigkeit nur als bedingt empfehlenswert, denn es gebe Fälle, in denen die Arbeitslosenunterstützung über der objektiven Armutsgrenze liege.¹³⁷ Arbeitslosigkeit ist aber dennoch als Risikofaktor für soziale Ausgrenzung zu beurteilen.
- Der Anteil ausländischer Mitbürger an der Gesamtbevölkerung ist ein weiterer Indikator, der häufig zur Beurteilung einer Benachteiligung herangezogen wird. Der Ausländeranteil gehört zur „Liste der regelmäßig zu erhebenden aussagefähigen Indikatoren“ im Rahmen der Analyse des Handlungspro-

¹³⁴ Vgl. N.U.R.E.C. – Institute Duisburg e.V. (1999): Sozioökonomischer Strukturwandel und Lebensbedingungen in Duisburg Marxloh. Stadtteilentwicklung und Umsetzung des operationellen Programms URBAN. Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse Projektergebnisse 1996 bis 1999. Duisburg, S. 3ff.

¹³⁵ Vgl.: Austermann, Klaus / Zimmer-Hegmann, Ralf (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Evaluationsbericht zum nordrhein-westfälischen Landesprogramm. ILS Schrift 166. Dortmund, S. 80.

¹³⁶ Vgl.: Expertenkreis Evaluation (2002): Kontextindikatoren zur Stadtteilanalyse, Stand 06/2002, erhalten von Klaus Austermann, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, o.S.

¹³⁷ Vgl.: Alisch, Monika / Dangschat, Jens S. (1998): Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen, S. 49.

gramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf.¹³⁸ Der Anteil der Ausländer kann wichtige Hinweise auf mögliche ethnisch-soziale Konfliktpotenziale geben. Auch der „Expertenkreis Evaluation“¹³⁹ hat den Indikator Ausländeranteil in seinen Kontextindikatorenkatalog aufgenommen.¹⁴⁰ Ein hoher Ausländeranteil gilt als Risikofaktor sozialer Ausgrenzung.¹⁴¹ Nach Alisch et al. ist ein hoher Ausländeranteil allein kein Zeichen für eine Benachteiligung oder besondere soziale Probleme. Aber „im Zusammenhang mit anderen Faktoren, die auf Benachteiligungen hinweisen, kann ein hoher Ausländeranteil als problemverschärfend gewertet werden“.¹⁴²

- Die Sozialhilfequote gehört ebenfalls zu den Kontextindikatoren zur Stadtteilanalyse des „Expertenkreises Evaluation“ und zur Liste der regelmäßig zu erhebenden aussagefähigen Indikatoren einer Analyse des Hand-

lungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Die Sozialhilfestatistik allgemein ist nach Strohmeier et al. eine der wichtigsten Informationsquellen zur Beobachtung und Erklärung sozialer Probleme.¹⁴³ Der Bezug von Sozialhilfe gilt als Ausdruck einer sozialen Notlage und wird in der Regel auch als Ausdruck eines gesellschaftlichen Abstiegs angesehen.

Über diese drei genannten Indikatoren hinaus, gibt es weitere, von der Literatur als aussagefähig eingeschätzte Indikatoren. Dazu gehören:

- die Höhe der Fluktuation, welche Hinweise auf die Stabilität von sozialen Beziehungen und die Zufriedenheit der Bevölkerung gibt¹⁴⁴
- die Kriminalität als Risikofaktor der sozialen Ausgrenzung¹⁴⁵
- die Zahl der Wohnräume pro Person als Zeichen für eine Überbelegung der Wohnung und sinnvollem Indikator einer kommunalen Sozialberichterstattung¹⁴⁶
- die Zahl der Erwerbstätigen in verschiedenen Branchen, welche ein Faktor zur Beschrei-

¹³⁸ Vgl.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2000) (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. ILS Schrift 167. Dortmund, S. 80.

¹³⁹ Expertenkreis Evaluation: Auf Grund der Ergebnisse des ILS-Workshops „Evaluation und Monitoring in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ im Oktober 2000 hat das ILS im Auftrag des MSWKS einen Expertenkreis Evaluation organisiert, an dem sich Vertreter und Vertreterinnen aus Stadtteilen, aus verschiedenen Landesministerien, der Wissenschaft und dem Stadtteil-Netzwerk NRW beteiligen.

¹⁴⁰ Vgl.: Expertenkreis Evaluation (2002): Kontextindikatoren zur Stadtteilanalyse, Stand 06/2002, erhalten von Klaus Austermann, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen.

¹⁴¹ Vgl.: Lawaetz-Stiftung (2001) (Hrsg.): Lokale Partnerschaften und Quartiersmanagement zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Abschlussbericht. Hamburg, S. 8.

¹⁴² Vgl.: Alisch, Monika / Dangschat, Jens S. (1998): Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen, S. 51.

¹⁴³ Vgl.: Strohmeier, Klaus Peter / Hank, Karsten / Kersting, Volker / Langenhoff, Georg (1999): Armut in Nordrhein-Westfalen. Umfang und Struktur des Armutspotentials. Forschungsbericht für den 8. Sozialbericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW. Bochum, S. 15.

¹⁴⁴ Vgl.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2000) (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. ILS Schrift 167. Dortmund, S. 80.

¹⁴⁵ Vgl.: Lawaetz-Stiftung (2001) (Hrsg.): Lokale Partnerschaften und Quartiersmanagement zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Abschlussbericht. Hamburg, S. 8.

¹⁴⁶ Vgl.: Alisch, Monika / Dangschat, Jens S. (1998): Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen, S. 47.

bung der sozialen Lage ist und zu den Kontextindikatoren des „Expertenkreises Evaluation“ zählt¹⁴⁷

- das Einkommen, als Risikofaktor sozialer Ausgrenzung und sinnvoller Indikator einer kommunalen Sozialberichterstattung¹⁴⁸
- die Mietbelastung, welche den Anteil der Miete am Nettohaushaltseinkommen misst und nach Alisch et al. ein sinnvoller Indikator einer kommunalen Sozialberichterstattung ist¹⁴⁹
- die Wohnungsausstattung mit dem Anteil der Wohnungen ohne WC als sinnvoller Indikator einer kommunalen Sozialberichterstattung¹⁵⁰
- der Anteil durch Sozialhilfebezug erfasster Alleinerziehender, als Risikofaktor sozialer

¹⁴⁷ Vgl.: Hermann, Thomas (1997): Sozialer Wandel im Stadtteil. Vom Zusammenbruch traditioneller Sozialmilieus und der Bedeutung sozialer Netze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. ILS Schrift 117. Dortmund, S. 11. / Expertenkreis Evaluation (2002): Kontextindikatoren zur Stadtteilanalyse, Stand 06/2002, erhalten von Klaus Austermann, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen. o.S.

¹⁴⁸ Vgl.: Lawaetz-Stiftung (2001) (Hrsg.): Lokale Partnerschaften und Quartiersmanagement zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Abschlussbericht. Hamburg, S. 8. / Alisch, Monika / Dangschat, Jens S. (1998): Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen, S. 45f.

¹⁴⁹ Vgl.: Alisch, Monika / Dangschat, Jens S. (1998): Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen, S. 46f.

¹⁵⁰ Vgl.: Alisch, Monika / Dangschat, Jens S. (1998): Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen, S. 47.

Ausgrenzung, welcher bspw. in Hannover zur Definition von Räumen mit sozialen Problemlagen herangezogen wurde¹⁵¹

- die Bildung der Menschen, welche durch verschiedene Indikatoren erfasst als Risikofaktor sozialer Ausgrenzung, Faktor zur Beschreibung der sozialen Lage und bedingt empfehlenswerter Indikator einer kommunalen Sozialberichterstattung eingestuft wird. Außerdem gehört Bildung zu den Kontextindikatoren des „Expertenkreises Evaluation“.¹⁵²

Es gibt natürlich neben den hier aufgeführten weitere mögliche Indikatoren zur Messung einer besonderen Benachteiligung in einem städtischen

¹⁵¹ Vgl.: Lawaetz-Stiftung (2001) (Hrsg.): Lokale Partnerschaften und Quartiersmanagement zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Abschlussbericht. Hamburg, S. 8. / Hermann, Thomas (1997): Sozialer Wandel im Stadtteil. Vom Zusammenbruch traditioneller Sozialmilieus und der Bedeutung sozialer Netze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. ILS Schrift 117. Dortmund, S. 11.

¹⁵² Vgl.: Lawaetz-Stiftung (2001) (Hrsg.): Lokale Partnerschaften und Quartiersmanagement zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Abschlussbericht. Hamburg, S. 8. / Hermann, Thomas (1997): Sozialer Wandel im Stadtteil. Vom Zusammenbruch traditioneller Sozialmilieus und der Bedeutung sozialer Netze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. ILS Schrift 117. Dortmund, S. 11. / Alisch, Monika / Dangschat, Jens S. (1998): Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen, S. 49 / Expertenkreis Evaluation (2002): Kontextindikatoren zur Stadtteilanalyse, Stand 06/2002, erhalten von Klaus Austermann, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen. o.S.

Raum. Diese werden aber z.T. sehr kontrovers gesehen, die Einschätzungen in der Literatur über deren Eignung widersprechen sich teilweise. Aus diesem Grund werden Indikatoren, welche eindeutig von einer Quelle abgelehnt werden, nicht näher betrachtet.

Aber auch jeder der hier aufgeführten Indikatoren erfüllt nicht alle Anforderungen an ein Monitoringmodell. Bspw. ist nicht in jedem Fall und in jeder Kommune der Zugriff auf alle Indikatoren möglich. Sei es, dass Erhebungen gar nicht oder nur in unregelmäßigen Abständen stattfinden oder dass die Aktualität der Daten nicht gewährleistet ist, da eine Auswertung erst Jahre nach Erhebung der Daten abgeschlossen ist (z.B. Einkommensteuerstatistik).

Neben den aufgeführten quantitativen Indikatoren bedarf ein Monitoring immer auch qualitativer Indikatoren, um das Set aus quantitativen Indikatoren zu ergänzen und zu verfeinern. Dies betrifft vor allem Themenfelder, zu denen quantitative Indikatoren gänzlich fehlen oder in denen Mängel in der Qualität statistischer Daten (Kleinräumigkeit, Aktualität usw.) vorhanden sind.¹⁵³

Die qualitativen Daten können methodisch auf verschiedene Art und Weise erhoben werden. Die Befragung hat sich allerdings im Allgemeinen als sehr ergiebige Methode erwiesen. Dies kann eine Befragung von Schlüsselpersonen im betreffenden Gebiet¹⁵⁴ oder eine Bewohnerbefra-

gung sein. Es können aber auch Informationen durch sog. teilnehmende Beobachtung im Rahmen einer Begehung oder im Rahmen von Diskussionen gewonnen werden. Allerdings schränkt die vergleichsweise aufwändige Erhebung qualitativer Daten ihre Verwendung im Rahmen eines Monitoringmodells ein, denn eine Erhebung bedeutet sowohl zeitlich als auch finanziell einen erheblichen Aufwand.

Ebenso wie zu den quantitativen Indikatoren gibt es auch zu den qualitativen Indikatoren eine Einschätzung in der Literatur. Folgende Indikatoren werden dabei als aussagekräftig angesehen:

- Die Lebensqualität, im Sinne einer Wohnumfeldqualität als Zeichen residentieller und sozialer Segregation.¹⁵⁵
- Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in einem Stadtteil. Dieser Indikator kann im Rahmen eines Frühwarnsystems verwendet werden.¹⁵⁶
- Die Wahrnehmung des Stadtteils von Bewohnern insgesamt und speziellen Gruppen von Bewohnern, z.B. Kindern, als Hinweise über Defizite im Stadtteil.¹⁵⁷

„Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dortmund, S. 12.

¹⁵³ Vgl.: Austermann, Klaus / Zimmer-Hegmann, Ralf (2001): Empfehlungen für ein kontinuierliches Berichtswesen. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Reader zum Workshop „Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dortmund, S. 12; Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2000) (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. ILS Schrift 167. Dortmund, S. 80.

¹⁵⁴ Vgl.: Austermann, Klaus / Zimmer-Hegmann, Ralf (2001): Empfehlungen für ein kontinuierliches Berichtswesen. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Reader zum Workshop

¹⁵⁵ Vgl.: Isoplan (Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH) (2000) : Schwerpunkt: Migranten in der Sozialen Stadt. In: AiD (Ausländer in Deutschland). 16. Jahrgang. (o.O.). Quelle: www.isoplan.de, zugegriffen am 23.05.2002. o.S.

¹⁵⁶ Vgl.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2001c) (Hrsg.): Projektevaluation – Die Analyse integrierter Stadtteilerneuerungsprojekte. Protokoll AG 2. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Reader zum Workshop „Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dortmund, S. 80f.

¹⁵⁷ Vgl.: ebd.

- Die Identifikation mit dem Stadtteil von Seiten der Bewohner als Zeichen für eine Akzeptanz der Lebensbedingungen.

Die genannten quantitativen und qualitativen Indikatoren können folgenden Themenfeldern eines Monitoringsystems zugeordnet werden:

- Ökonomische Dimension (Arbeitslosenquote, Sozialhilfequote, Zahl der Erwerbstätigen in verschiedenen Branchen, Haushaltseinkommen, Mietbelastung)
- Soziale Dimension (Migrantenquote, Kriminalität, subjektives Sicherheitsempfinden, Fluktuation, Anteil Alleinerziehender)
- Kulturelle Dimension (Bildungsniveau)
- Wohnliche Dimension (Wohnräume pro Person, Wohnungsausstattung)
- Räumliche Dimension (Wohnumfeldqualität, Wahrnehmung des Stadtteils)
- Konsequenzen der Lebenslage (Identifikation mit dem Stadtteil, Lebensqualität)

10.3.3 Räumliche Darstellungsebene der ausgewählten Indikatoren

Die räumliche Ebene, auf der die quantitativen Daten von den Kommunen erhoben und dargestellt werden, ist maßgeblich für die räumliche Detailschärfe der Aussagen verantwortlich. In der überwiegenden Zahl der Kommunen in Deutschland stellen die Stadtteile die unterste räumliche Ebene der Kommunalstatistik dar. Aussagen können demnach nur auf dieser Ebene getroffen werden. Aufgrund dessen ist die Aussagekraft des Monitoringmodells auf der teileräumlichen Ebene wenig detailliert. Denn der statistisch erfasste Mittelwert eines Indikators auf der Ebene eines Stadtteils kann gegebenenfalls durch kleinräumig sehr heterogene Situationen innerhalb des Stadtteils gebildet werden. Daraus ergibt sich das Erfordernis, die gewonnenen Ergebnisse aus der amtlichen Statistik sehr vorsichtig zu gebrauchen und zusätzliche Informationsquellen wie etwa detailliertere Untersuchungen

vor Ort bzw. zusätzliche Ergebnisse einer kleinräumig differenzierten Erhebung qualitativer Daten einzubeziehen.

10.3.4 Festlegung und Definition geeigneter quantitativer Indikatoren

Am Beispiel der Stadt Köln, die als Referenzbeispiel für die Entwicklung eines Stadtteil-Monitoringsystems diente, wurden die aus der Literaturanalyse ausgewählten quantitativen Indikatoren hinsichtlich des Erfüllungsgrades der Anforderungen an ein Monitoringsystem geprüft. Die Stadt Köln eignet sich deshalb auch gut als Referenzbeispiel, weil sie über eine durchschnittlich gut aufbereitete Kommunalstatistik verfügt und insofern im Hinblick auf die Übertragbarkeit des Monitoringsystems auf andere Kommunen beispielhaft für andere Kommunen ist.

Die Prüfung der vorausgewählten quantitativen Indikatoren hinsichtlich ihres Erfüllungsgrades der Anforderungen an ein Monitoringsystem ergab, dass letztlich nur drei Indikatoren für ein Monitoringsystem in Frage kommen:

- Migrantenanteil (Soziale Dimension),
- Sozialhilfequote (Ökonomische Dimension) sowie
- Arbeitslosenquote (Ökonomische Dimension).

Alle übrigen quantitativen Indikatoren sind entweder nicht kleinräumig verfügbar (Haushaltseinkommen, Kriminalität, Erwerbstätige in verschiedenen Branchen), nicht laufend verfügbar (Bildung, Wohnungsausstattung, Mietbelastung, Wohnräume pro Person), nicht eindeutig interpretierbar (Fluktuation: eine hohe Fluktuation kann sowohl auf einen Generationswechsel als auch auf eine hohe Abwanderung in dem Stadtteil hindeuten) oder nicht aussagekräftig genug (Anteil Alleinerziehender: Der Anteil der Alleinerziehenden an der Bevölkerung auf Stadtebene ist zwar verfügbar, die Abweichungen zwischen den Stadtteilen sind jedoch zu gering, um daraus Aussagen über eine Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen ableiten zu

können). Allerdings können mit den ausgewählten quantitativen Indikatoren nur zwei von sechs Dimensionen der Lebenslagen in benachteiligten Quartieren abgedeckt werden.

Für diese drei Indikatoren erlaubt die Statistik noch einmal eine sachliche Differenzierung. So kann bei

- dem Migrantenanteil unterschieden werden zwischen dem Anteil der Ausländer und dem Anteil der Aussiedler (deutschstämmige Migranten) an der Bevölkerung eines Stadtteils,
- der Sozialhilfequote die Gruppe der Kinder und Jugendlichen (unter 18 Jahren) an den Sozialhilfeempfängern gesondert betrachtet werden,
- der Arbeitslosenquote die Gruppe der unter 25 Jährigen an den Arbeitslosen getrennt ausgewiesen werden.

Hierdurch ergibt sich die Möglichkeit, eine besondere Benachteiligung der Bevölkerungsgruppe der Kinder und Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen nachzuzeichnen.

Die exakte Definition der ausgewählten quantitativen Indikatoren ist wichtig, da in der Sekundärstatistik verschiedener Kommunen häufig Daten zu unterschiedlichen Indikatoren aggregiert werden. Um aber in allen Kommunen das selbe Modell anwenden zu können, muss die jeweils gemessene Ausprägung exakt definiert werden:

- Arbeitslosenquote

Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen an allen abhängig beschäftigten, zivilen Erwerbspersonen. Zu den abhängig beschäftigten Arbeitnehmern zählen Beamte, Angestellte, Arbeiter einschließlich Auszubildender in anerkannten Ausbildungsberufen (Personen, die in praktischer Berufsausbildung stehen, einschließlich Praktikanten und Volontäre) sowie alle geringfügig Beschäftigten.

- Jugendarbeitslosenquote

Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben an allen Arbeitslosen.

- Sozialhilfequote bzw. -dichte

Anteil der Menschen, die Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe in besonderen Lebenslagen (Behinderung, Alter, Krankheit)) beziehen, an der Gesamtbevölkerung. Zu den Hilfen gehören im Wesentlichen die Leistungen für vorbeugende Gesundheitshilfe, Krankenhilfe, Eingliederungshilfe für Behinderte, die Hilfe zur Pflege sowie Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Als weitere Leistungen der Sozialhilfeträger sind die Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz und die Geschlechtskrankenfürsorge zu nennen, ferner Sozialhilfe für Deutsche im Ausland.

- Sozialhilfequote bzw. -dichte der Kinder und Jugendlichen

Anteil der Einwohner unter 18 Jahren, die Sozialhilfe beziehen, im Verhältnis zu allen Einwohnern unter 18 Jahre.

- Ausländeranteil

Anteil der Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und in Deutschland melderechtlich erfasst sind. Hierzu gehören alle Personen, die nicht Deutsche und auch nicht den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz) gleichgestellt sind. Hierzu zählen Personen mit nur fremder Staatsangehörigkeit, die Inhaber des Nansen-Passes (Ausweis für Staatenlose) und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Die in der Bundesrepublik Deutschland anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen auch zu den Ausländern. Personen, die neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit angeben, rechnen nicht zu den Ausländern.

- Aussiedleranteil

Anteil der Personen an der Bevölkerung, die neben der deutschen Staatsbürgerschaft als 1. Staatsangehörigkeit eine weitere Staatsangehörigkeit angeben. Als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling gilt, wer in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat. Aussiedler werden solange in der Statistik geführt, bis sie die zweite Staatsbürgerschaft neben der deutschen ablegen.

10.3.5 Festlegung von Grenzwerten bzw. „tipping-points“

Ob die Wohnstandortsegregation, d.h. die sozialräumliche Spaltung verschiedener Bevölkerungsgruppen im Siedlungsraum, als Problem einzuschätzen ist, ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der wohnungswirtschaftlichen und kommunalen Praxis außerordentlich umstritten. So wird in der Stadtforschung einerseits bezweifelt, ob sich Segregation überhaupt vermeiden lässt, andererseits ist man sich über die Bewertung von Segregation uneinig. Zur Zeit scheint die Debatte über die soziale Mischung von Siedlungen – Homogenität versus Polarisierung versus Milieuheterogenität – offen: Angesichts der gesellschaftlichen Verschiebungen sind die Vorstellungen von „natürlichen“ oder „richtigen“ Mischungen nicht mehr pauschal zu bestimmen.¹⁵⁸ Gleichwohl kann man sich bei einem Monitoringmodell, das als Frühwarnsystem für benachteiligte Stadtteile fungieren soll, der Frage nicht entziehen, welche Höhe der räumlichen Konzentration von benachteiligten Personengruppen in einem Stadtteil als so auffällig zu bewerten ist (sog. tipping-points), dass eine Frühwarninformationen gegeben werden muss, um präventiv geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

¹⁵⁸ Vgl.: Alisch, Monika; Dangschat, Jens S. (1998): Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen, S. 174.

In der Armutsforschung wird das Problem der Definition von Benachteiligung durch normative Festlegungen von Grenzwerten gelöst: Armut wird als eine relative Abweichung von einem ermittelten Durchschnitt, in diesem Fall des Nettohaushaltseinkommens, definiert¹⁵⁹. Diese Herangehensweise erscheint durchaus sinnvoll, um Armut praktisch messbar zu machen.

Für die dem Monitoringmodell zu Grunde gelegten Indikatoren wird deshalb eine ähnliche Herangehensweise vorgeschlagen. Es kann allerdings nicht auf politisch normativ festgelegte Schwellenwerte für Benachteiligung zurückgegriffen werden. Denn die von der Kommunalpolitik definierten Ziele variieren von Kommune zu Kommune. Auch liegt nicht in jedem Fall eine quantitative Zielvorgabe vor, sondern häufig handelt es sich um qualitative Ziele. Daher wird, um einen praktikablen Ansatz zu bekommen, die folgende Herangehensweise gewählt: Maßstab für eine Definition von Benachteiligung ist die durchschnittliche Ausprägung eines gemessenen Indikators in der jeweiligen Kommune, also der städtische Durchschnitt. Die tipping-points werden ebenfalls normativ festgelegt. Das Spektrum der gemessenen Ausprägungen des Indikators bzw. die sog. tipping-points werden in drei Bereiche eingeteilt:

- Der dunkelgraue erstreckt sich über alle betrachteten Stadtteile, welche über 25% schlechter als der städtische Durchschnitt abschneiden. In diesem Bereich ist davon auszugehen, dass in dem betreffenden Gebiet eine besondere Benachteiligung des vom Indikator gemessenen Aspektes vorliegt.
- Der mittelgraue Bereich deckt die übrigen Stadtteile mit überdurchschnittlicher Ausprägung eines Indikators ab. Dies ist der Bereich, in dem sich das größte Potenzial für

¹⁵⁹ Vgl.: Kersting, Volker: Armut – Definition, Messung und Erfassungsprobleme. In: MASQT (Hrsg.): Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung in NRW. Ergebnisse und Konsequenzen. Fachtagung am 02.11.2000. Düsseldorf, 2001, S. 149f.

präventive Maßnahmen befindet. Denn hier ist davon auszugehen, dass eine gewisse Benachteiligung in dem jeweils gemessenen Aspekt vorherrscht, diese aber noch nicht zu einer ernsthaften Benachteiligung geworden ist.

- Der hellgraue Bereich umfasst alle Räume mit unterdurchschnittlicher Ausprägung eines Indikators. Hier sind sehr wahrscheinlich keine besonderen benachteiligenden Tendenzen vorhanden.

Die Einschätzung eines Stadtteils anhand eines Schwellenwertes kann zwar keine differenzierte Beurteilung durch qualitative Indikatoren und gegenseitige Beeinflussungen von Merkmalsausprägungen ersetzen, aber sie ermöglicht eine einfache und schnelle Grobeinschätzung der Stadtteilsituation.

Die Einteilung der betrachteten Räume in ein relativ frei definiertes, dreiteiliges Raster ist wissenschaftlich nicht exakt ableitbar. In Anbetracht des mit dem Monitoring verfolgten Erkenntnisinteresses hat sie aber durchaus ihre Berechtigung. Denn die temporären, monetären und personellen Restriktionen erlauben keine aufwendige Analyse der gewonnenen Daten, wie sie unter wissenschaftlichen Kriterien notwendig oder wünschenswert wäre. Es muss aber deutlich betont werden, dass eine so gestaltete Auswertung nicht für eine detaillierte Einschätzung eines Stadtteils geeignet ist. Dazu sind gegebenenfalls weitere Untersuchungen, möglichst auf der Ebene von Sozialräumen notwendig. Sie ist jedoch geeignet, Hinweise auf problematische Entwicklungen in den Stadtteilen zu liefern.

10.4 Beispielhafte Darstellung eines Monitoringsystems für die Stadt Köln

10.4.1 Monitoringsystem auf Basis quantitativer Indikatoren

Die kleinste räumliche Ebene, auf der in der Stadt Köln die entsprechenden Daten für die ausgewählten Indikatoren verfügbar sind, ist die Ebene der Stadtteile. Das Kölner Stadtgebiet

umfasst 85 Stadtteile mit einer Bevölkerung von 860 bis 40.000 Einwohner.

Die folgende Abbildung zeigt beispielhaft aus dem Jahr 2002 die Ausprägung des Indikators „Arbeitslosenquote“ auf Stadtteilebene, wobei

- die Stadtteile mit einem hellgrauen Balken unterhalb des städtischen Durchschnitts liegen,
- die Stadtteile mit einem mittelgrauen Balken eine Merkmalsausprägung von bis zu 25% über dem städtischen Durchschnitt aufweisen,
- und die Stadtteile mit einem dunkelgrauen Balken eine Merkmalsausprägung von über 25% über dem städtischen Durchschnitt haben.

Insofern lässt sich anhand der Merkmalsausprägungen bei diesem Indikator, des Referenzmaßstabes „städtischer Durchschnitt“ und des Grenzwertes von 25% Abweichung vom städtischen Durchschnitt aufzeigen, welche Stadtteile eine besondere Benachteiligung im Hinblick auf die Arbeitslosenquote als Indikator für die ökonomische Dimension der Lebenslage aufzeigen (dunkelgrauer Bereich) und bei welchen Stadtteilen eine gewisse Benachteiligung, die jedoch noch nicht sehr ausgeprägt ist, in diesem Aspekt der Lebenslage vorliegt (mittelgrauer Bereich). Um jedoch die ausgewählten Indikatoren im Zusammenhang zu betrachten und zugleich auch die zeitliche Komponente im Sinne der zeitlichen Veränderung einer Indikatorausprägung darzustellen, bedarf es einer zusammenfassenden Darstellungsform (s. Abbildung 49).

Dabei werden für jeden Stadtteil die Merkmalsausprägungen in den ausgewählten Indikatoren für den aktuellen Erhebungszeitraum (und die jeweilige farbliche Ausprägung) als auch die zeitliche Veränderung des Indikators zu einem zurückliegenden Zeitpunkt dargestellt. Zudem werden die Stadtteile wiederum in einem Ranking sortiert. Das Ranking orientiert sich an der Summe der Merkmalsausprägungen im dunkelgrauen, mittelgrauen oder hellgrauen Bereich.

Monitoringsystem als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen

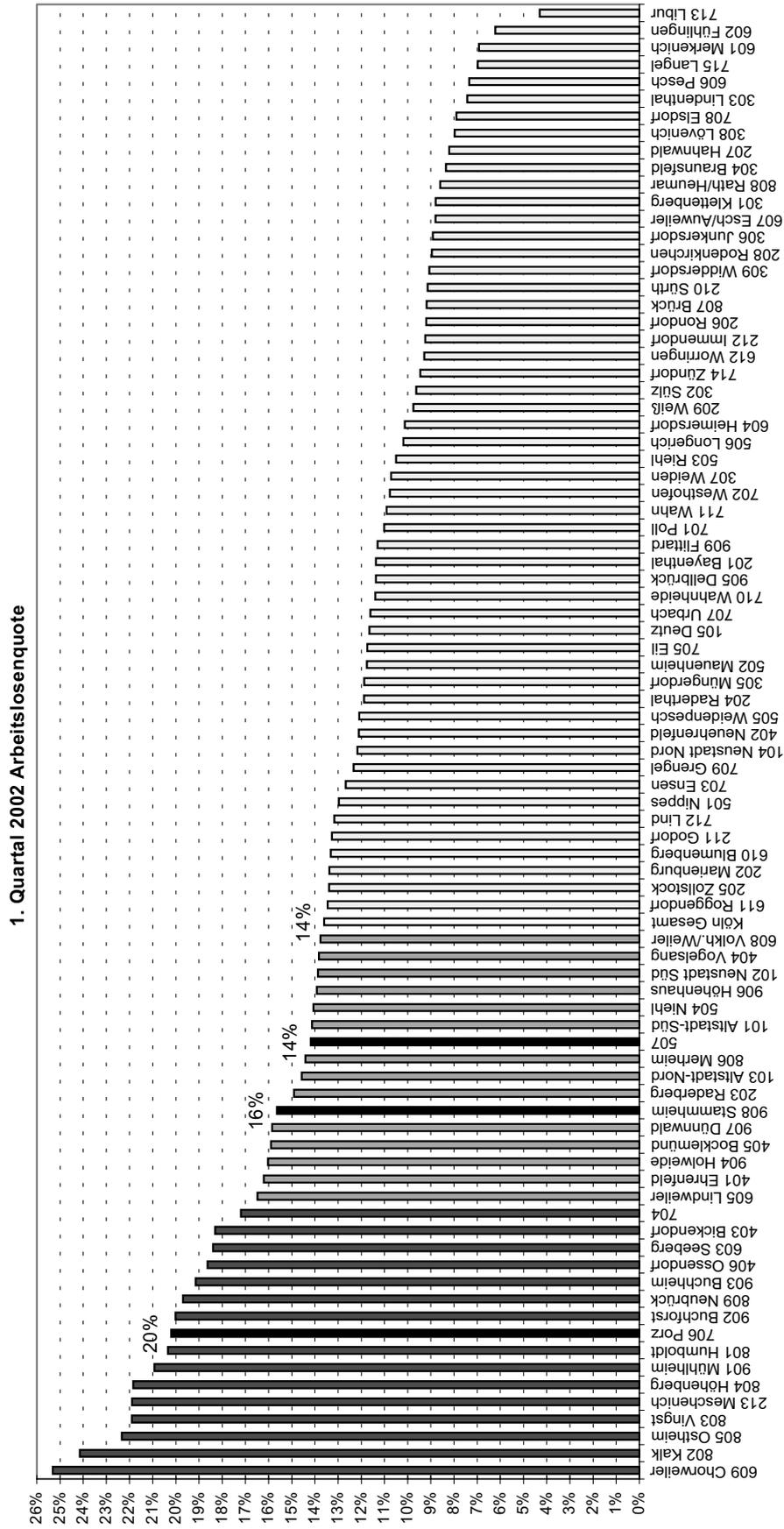
Dabei wird keine Gewichtung der Indikatoren vorgenommen. Folgende Kategorisierung wird normativ festgelegt:

- Stadtteile mit „mehr als 4 dunkelgrauen Kästchen“. Stadtteile, die bei mehr als der Hälfte der Indikatoren 25% über dem städtischen Durchschnitt liegen, weisen eine vergleichsweise hohe Benachteiligung in den gemessenen Indikatoren auf. Dieser Bereich umfasst 15 Kölner Stadtteile (18% aller Stadtteile).
- Stadtteile mit „3 bis 4 dunkelgrauen oder mittelgrauen Kästchen“. Für Stadtteile, die bereits bei der Hälfte der Indikatoren überdurchschnittliche Werte aufweisen, kann eine spürbare Benachteiligung in den gemessenen Indikatoren festgestellt werden. Dieser Bereich umfasst 13 Kölner Stadtteile (15% aller Stadtteile).
- Stadtteile mit „weniger als 3 dunkelgrauen oder weniger als 3 mittelgrauen Kästchen“. Diese Stadtteile weisen nur in einzelnen Bereichen kritische Werte auf und können als vergleichsweise unproblematisch angesehen werden. Dieser Bereich umfasst die restlichen 57 Kölner Stadtteile und damit 67% aller Stadtteile. In der folgenden Abbildung werden hiervon nur die Stadtteile dargestellt, die schon mit mindestens einem Wert im dunkelgrauen Bereich sind.

Die zeitliche Entwicklung der Merkmalsausprägung wird folgendermaßen dargestellt:

- \Rightarrow = Veränderung etwa im städtischen Durchschnitt,
- \Uparrow = kritischere Entwicklung als im städtischen Durchschnitt,
- \Downarrow = unkritischere Entwicklung als im städtischen Durchschnitt.

Abbildung 48 Arbeitslosenquote in Kölner Stadtteilen am 31.12.2002 (eigene Darstellung)



Quelle: Stadt Köln

Abbildung 49 Monitoringsystem Köln

Indikatoren	Ausländeranteil		Aussiedleranteil		Sozialhilfedichte		Arbeitslosenquote		Jugendarbeitslosenquote		Anteil Kinder in Sozialhilfe an allen Kindern	
	Quote 2002	96-02	Quote 2002	96-02	Quote 01/02	96-02	Quote 03/02	96-02	Quote 03/02	96-02	Quote 01/02	96-02
Städtischer Durchschnitt	18%	-1%	3%	+0,5%	7%	+0,3%	14%	+1,4%	9%	+0,5%	14%	+1%
Bereich >4 dunkelgraue Kästchen												
Chorweiler	39%	↑	16%	↑	24%	↑	25%	↑	12%	↓	29%	↑
Porz	28%	↑	11%	⇒	15%	↑	20%	↑	11%	↓	25%	↑
Seeburg	33%	↑	10%	↑	12%	↑	18%	↓	10%	↑	20%	↓
Ossendorf	20%	↑	4%	⇒	11%	↑	19%	↓	12%	↓	17%	↑
Bickendorf	22%	↑	5%	↓	14%	↑	18%	↓	10%	↓	25%	↑
Mühlheim	30%	⇒	3%	⇒	10%	↑	21%	↓	12%	↑	19%	↑
Buchforst	24%	↑	5%	⇒	10%	↑	20%	↓	11%	↓	20%	↑
Buchheim	23%	↑	4%	⇒	10%	↑	19%	↑	9%	↓	19%	⇒

Fortsetzung		Monitoringsystem Köln										
Kalk	39%	↑	3%	↓	11%	⇔	24%	↑	10%	↑	20%	↓
Höhenberg	32%	↑	4%	↓	10%	⇔	22%	↓	12%	↓	18%	↓
Vingst	30%	↑	6%	↓	12%	⇔	22%	↓	11%	↓	22%	↑
Humboldt	29%	↑	4%	⇔	9%	⇔	20%	↓	10%	⇔	19%	↑
Ostheim	26%	↑	7%	⇔	14%	↑	22%	↑	9%	↓	27%	↑
Neubrück	19%	↑	9%	↑	11%	↑	20%	↓	9%	↓	23%	↑
Meschenich	41%	↓	3%	⇔	14%	↓	22%	↑	12%	↓	25%	↓
BEREICH 3-4 DUNKELGRAUE ODER MITTELGRAUE KÄSTCHEN												
Volkh./Weiler	20%	↑	13%	↑	9%	↓	14%	↓	10%	⇔	16%	↑
Holweide	16%	↑	4%	↑	9%	↑	16%	↑	11%	↓	17%	↑
Dünwald	14%	↑	5%	↑	9%	↑	16%	⇔	8%	↑	18%	↑
Lindweiler	15%	⇔	7%	↑	12%	⇔	17%	↓	9%	⇔	23%	↓

Fortsetzung		Monitoringsystem Köln										
Bocklemünd	19%	↑	3%	↓	12%	↑	16%	↓	12%	↓	24%	↑
Bilderstöck.	24%	↑	2%	↓	9%	⇒	14%	↓	12%	↓	18%	⇒
Gremberghov.	39%	↑	2%	⇒	7%	↑	17%	↓	22%	↓	12%	↑
Blumenberg	23%	⇒	14%	↓	7%	↑	13%	⇒	14%	↓	12%	↑
Stammheim	14%	⇒	11%	↑	7%	⇒	16%	↓	10%	↓	12%	↓
Ehrenfeld	27%	↓	1%	↓	8%	⇒	16%	↓	9%	↓	15%	↓
Niehl	22%	↓	2%	↓	8%	⇒	14%	↓	9%	⇒	16%	↓
Vogelsang	12%	↑	1%	⇒	7%	↑	14%	↓	10%	↓	11%	⇒
Raderberg	18%	⇒	1%	⇒	7%	↓	15%	↑	6%	↓	15%	↓
BEREICH WENIGER ALS 3 DUNKELGRAUE ODER MITTELGRAUE KÄSTCHEN – MIT MIND. 1 DUNKELGRAUEM KÄSTCHEN												
Merheim	15%	↑	5%	↑	9%	↑	15%	↑	11%	↓	13%	↑
Roggendorf	15%	↑	10%	↓	8%	↓	14%	↓	17%	↓	14%	↓
Immendorf	8%	↑	5%	↑	3%	↓	9%	↑	19%	↓	9%	↓

Fortsetzung Monitoringsystem Köln

Worringen	11%	⇒	2%	⇒	3%	⇒	9%	⇒	15%	⇔	6%	⇔
Elsdorf	6%	↑	2%	↓	3%	↑	8%	↓	14%	↓	8%	↑
Mauenheim	15%	↓	2%	↓	5%	↓	12%	↑	13%	⇔	10%	↓
Müngerdorf	14%	↑	1%	↓	5%	↓	12%	↑	12%	⇔	14%	⇔
Godorf	20%	↑	3%	↓	4%	↓	13%	⇔	10%	↓	12%	↓
Ensen	11%	↑	6%	↑	6%	↓	13%	⇔	9%	↓	13%	↓
Urbach	12%	↑	5%	↑	5%	⇔	12%	↑	9%	↓	11%	⇔
Poll	16%	↑	5%	↓	5%	↓	11%	↓	10%	↓	10%	↓
Wahn	10%	↑	4%	↑	4%	↑	11%	↓	9%	⇔	8%	↑
Eil	11%	↑	4%	↑	5%	↑	12%	↓	11%	↓	13%	↑
Grengel	16%	↑	4%	↑	5%	↑	12%	↓	10%	↓	12%	↑
Altstadt-Nord	23%	↓	1%	↓	4%	↓	15%	↓	6%	↓	9%	↓

Quelle: eigene Darstellung

Um die Validität der Befunde zu prüfen und Ausreißer zu identifizieren, sollten die Einwohnerzahl der Stadtteile und die Fallzahlen bei den Indikatoren Jugendarbeitslosigkeit und Anteil Kinder in Sozialhilfe an allen Kindern hinzugezogen werden. So nimmt z.B. der Stadtteil Libur mit 25% den Spitzenplatz bei der Jugendarbeitslosigkeit ein, obwohl nur drei Personen betroffen sind. Dieser Wert ist also aus dem Schema auszuschließen.

Als zusätzliche Informationsquellen zur Überprüfung der Validität der Befunde können die vorhandene Ortskenntnis der Anwender des Monitoringsystems, aber auch weitere Indikatoren wie z.B. die Einwohnerdichte (Einwohner pro qm) als Indikator für hochverdichtete Gebiete oder – falls vorhanden – der Anteil der Sozialwohnungen am Wohnungsbestand dienen. Erfahrungsgemäß lebt in hochverdichteten Stadtteilen ebenso wie in Sozialwohnungsbeständen eher ein größerer Anteil an benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Alle Gebiete, die mehr als vier dunkelgraue Kästchen und damit Anzeichen von hoher Benachteiligung aufweisen, sind altindustriell geprägt oder Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre. Durch den Niedergang der produzierenden Industrie hat sich die Lebenssituation der meist in der Nähe der Betriebe, in denen sie arbeiteten, lebenden Menschen sehr verschlechtert. Dies trifft auf alle rechtsrheinischen Problemstadtteile sowie auf die linksrheinischen Stadtteile im Bezirk Ehrenfeld zu. Die Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre sind in der Regel durch eine schlechte Qualität des Wohnumfeldes und durch eine Belegung mit eher sozial benachteiligten Haushalten gekennzeichnet. Sechs der insgesamt 15 Kölner Stadtteile, die Anzeichen von hoher Benachteiligung aufweisen, sind zugleich Sanierungsgebiete bzw. Gebiete im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“.

Das Stadtteilranking kann in regelmäßigen Abständen durch eine Anpassung der Einfärbung der Kästchen und die Darstellung der zeitlichen Entwicklung der Indikatorenausprägung fortgeschrieben und so die Entwicklung der Stadtteile

beobachtet werden.

10.4.2 Erweiterung des Monitoringsystems durch qualitative Indikatoren

Anhand der Ergebnisse der Bewohnerbefragung in den drei Stadtteilen Bilderstöckchen, Finkenberg und Stammheim kann aufgezeigt werden, inwieweit in einem Monitoringsystem zur Identifizierung benachteiligter Quartiere quantitative Indikatoren – gespeist durch die amtliche Statistik – und qualitative Indikatoren – gewonnen aus Bewohnerbefragungen – zusammengeführt und alle Dimensionen der Lebenslage in einem benachteiligten Quartier berücksichtigt werden können.

Die sechs Dimensionen der Lebenslage werden zusätzlich zu den bereits dargestellten quantitativen Indikatoren durch folgende qualitative Indikatoren (*in Kursivschrift*) beschrieben:

- Ökonomische Dimension (Arbeitslosenquote, Jugendarbeitslosenquote, Sozialhilfedichte, Anteil Kinder und Jugendliche in Sozialhilfe)
- Soziale Dimension (Ausländerquote, Ausiedlerquote, Wahrnehmung anderer Nationalitäten, interkulturelle Kontakte zwischen Stadtteilbewohnern, Geborgenheit in der Nachbarschaft, Umfang der Nachbarschaftshilfe, Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen, Zufriedenheit mit dem sozialen Umfeld, subjektives Sicherheitsempfinden)
- Kulturelle Dimension (Bürgerengagementpotenziale, Bildungsniveau, Teilnahme am Stadtteilleben)
- Wohnliche Dimension (Zufriedenheit mit Wohnung und Wohngebäude, Mietkostenbelastung, Anteil überbelegter Wohnungen, Häufigkeit von Wohnungsnotfallsituationen)
- Räumliche Dimension (Zufriedenheit mit Wohnumfeld und Infrastruktur, Verkehrsemissionen, Wahrnehmung von Hilfeangeboten)
- Konsequenzen der Lebenslage (Stadtteil-

image, Verbundenheit mit Stadtteil)

Durch eine Bewohnerbefragung können alle Dimensionen der Lebenslagen benachteiligter Stadtteile durch relevante Indikatoren beurteilt werden. Die Berücksichtigung der Perspektive der Stadtteilbewohner ermöglicht somit auch einen Blick in das „Innenleben“ der Stadtteile und bei einer entsprechenden Stichprobengröße und einer Vorauswahl von Sozialräumen aufgrund einer Ortsbegehung oder entsprechender Ortskenntnis auch eine sachlich begründete, räumliche Differenzierung nach Sozialräumen. So können benachteiligte Quartiere auch kleinräumig eingegrenzt werden. Die Schwierigkeit bei der Auswertung von Ergebnissen einer Bewohnerbefragung liegt in einem fehlenden Referenzmaßstab und in der Festlegung der tipping-points. Zumeist liegen für die Indikatoren keine

Referenzwerte auf der gesamtstädtischen Ebene vor, so dass erst bei mehreren Bewohnerbefragungen in verschiedenen Stadtteilen ein Referenzmaßstab durch den Stadtteilvergleich gefunden werden kann. Die tipping-points können normativ auch erst dann festgelegt werden, wenn Erfahrungen über die übliche Spanne von Indikatorenausprägungen aus verschiedenen Stadtteilen vorliegen.

Die Ergebnisse des erweiterten Monitoringsystems am Beispiel der drei Untersuchungsstadtteile sind den folgenden Tabellen zu entnehmen.

Abbildung 50 Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Dimension Ökonomie

Dimensionen der Lebenslagen		Stammheim	Bilderstöckchen	Porz/ Finkenberg	Anmerkungen
Ökonomie					Städtischer Durchschnitt
Arbeitslosenquote	Wert in % 03/2002 Entwickl. '96-'02	16% ⇒	14% ⇑	20% ⇑	13,6% -0,1%
Jugend-Arbeitslosenquote	Wert in % 03/2002 Entwickl. '96-'02	10% ⇑	12% ⇓	11% ⇓	9,3% -1,2%
Sozialhilfedicke	Wert in % 01/2002 Entwickl. '96-'02	7% ⇑	9% ⇒	15% ⇑	6,7% +0,3%
Anteil Kind/ Jugendlichen in Sozialhilfe an allen Kindern/Jugendlichen	Wert in % 01/2002 Entwickl. '96-'02	12% ⇓	18% ⇑	25% ⇑	13% +1 %

Quelle: eigene Darstellung

Legende:

Hellgraues Kästchen: unterhalb städt. Durchschnitt

Mittelgraues Kästchen: Spanne zwischen städt. Durchschnitt und 25% über städt. Durchschnitt

Dunkelgraues Kästchen: mehr als 25% über städt. Durchschnitt

⇒ : Veränderung etwa im städtischen Durchschnitt

⇑ : kritischere Entwicklung als im städtischen Durchschnitt

⇓ : unkritischere Entwicklung als im städtischen Durchschnitt

Abbildung 51 Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Dimension Soziales

Dimensionen der Lebenslagen		Stammheim	Bilderstöckchen	Porz/ Finkenberg	Anmerkungen
Soziales					
Ausländeranteil	In % 2002 '96-'02	14% ⇒	24% ↑↑	28% ↑↑	18% (Städt. Durchschnitt) -1,0%
Aussiedleranteil	In % 2002 '96-'02	11% ↑↑	2% ↓↓	11% ⇒	3% % (Städt. Durchschnitt) +0,5%
Wahrnehmung anderer Nationalitäten	Befragung 2002	46%	25%	5%	Deutsche HH, die den Migrantenanteil um mehr als 10% überschätzen
Interkulturelle Kontakte	Befragung 2002	33%	31%	17%	HH, die keinen Kontakt mit anderen Nationen haben u. auch nicht mehr wünschen
Geborgenheit in Nachbarschaft	Befragung 2002	48%	47%	50%	Anteil HH, die sich geborgen fühlen
Nachbarschaftshilfe	Befragung 2002	55%	50%	57%	Anteil HH mit häufiger/ gelegentlicher Nachbarschaftshilfe
Qualität d. Nachbarschaftsbeziehungen	Befragung 2002	103 von 200 Punkten	97 von 200 Punkten	107 von 200 Punkten	200 Punkte= alle HH fühlen sich geborgen und leisten häufig/ gelegentlich Nachbarschaftshilfe
Zufriedenheit mit sozialem Umfeld im Stadtteil ¹⁾	Befragung 2002	2,6	3,0	3,2	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Sicherheitsempfinden	Befragung 2002	57%	50%	37%	Anteil HH, die sich stets sicher fühlen

¹⁾ Hellgraues Kästchen: Wert zwischen 0 und 2,5; Mittelgraues Kästchen: Wert zwischen 2,6 und 3,0; Dunkelgraues Kästchen: Wert höher als 3,0;

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 52 Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Dimension Kulturelles

Dimensionen der Lebenslagen		Stammheim	Bilderstöck.	Porz/ Finkenberg	Anmerkungen
Kulturelles					
Bürgerengagement	Befragung 2002	39%	29%	48%	Anteil HH, die sich für Stadtteil engagieren (würden)
Bildungsniveau	Befragung 2002	39%	33%	57%	Anteil HH mit Abitur / Hochschulabschluss
Teilnahme am Stadtleben:					
Bekanntheitsgrad örtlicher Veranstaltungen	Befragung 2002	76%	40%	42%	Spezielle Stadtteil- Veranstaltungen sind bekannt
Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen	Befragung 2002	48%	13%	28%	an speziellen Stadtteil- Veranstaltungen wird teilgenommen
Teilnahme an Stadtlebeninitiativen/ -vereinen	Befragung 2002	34%	18%	37%	Regelmäßiger Besuch von Stadtlebeninitiativen/-vereinen

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 53 Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Dimension Wohnen

Dimensionen der Lebenslagen		Stammheim	Bilderstöck.	Porz/ Finkenber	Bemerkungen
Wohnen					städtischer Durchschnitt
Zufriedenheit mit Zustand v. Gebäuden u. Umfeld ¹⁾	Befragung 2002	2,8	3,1	4,4	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Zufriedenheit mit Wohnung ¹⁾	Befragung 2002	2,5	2,4	2,5	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Mietkostenbelastung	Befragung 2002	31%	36%	39%	Anteil Wohnkosten am HH-Nettoeinkommen pro Monat
Mietkostenbelastung von Migranten	Befragung 2002	48%	41%	52%	Anteil Wohnkosten am HH-Nettoeinkommen pro Monat
Anteil überbelegter Wohnungen	Befragung 2002	15%	14%	0%	Zahl der Räume unterschreitet Zahl der HH-Mitglieder
Häufigkeit von Wohnungsnotfallsituationen: Räumungsklagen je Wohnung ²⁾	Wert für 2002 Entw. '00-'02	0,55% ↑↑	0,82% ↑↑	0,61% ↑	0,50% (städt. Durchschnitt) +0,01% (Entw. 00-02)

¹⁾ Hellgraues Kästchen: Wert zwischen 0 und 2,5; Mittelgraues Kästchen: Wert zwischen 2,6 und 3,0; Dunkelgraues Kästchen: Wert höher als 3,0

²⁾ Hellgraues Kästchen: unterhalb städt. Durchschnitt; Mittelgraues Kästchen: Spanne zwischen städt. Durchschnitt und 25% über städt. Durchschnitt; Dunkelgraues Kästchen: mehr als 25% über städt. Durchschnitt; Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 54 Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, räumliche Dimension

Dimensionen der Lebenslagen		Stammheim	Bilderstöckchen	Porz/ Finkenberg	Anmerkungen
Räumliche Dimension¹⁾					
Zufriedenheit mit Sauberkeit/ Ordnung	Befragung 2002	2,6	3,4	4,4	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Zufriedenheit mit Verkehrsbelastung	Befragung 2002	2,9	3,1	3,3	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Zufriedenheit mit Anbindung an ÖPNV	Befragung 2002	2,1	1,7	1,9	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Zufriedenheit mit Angebot an Grünflächen	Befragung 2002	2,2	2,5	2,8	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Zufriedenheit mit Einkaufsmöglichkeiten	Befragung 2002	2,4	2,8	2,6	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Zufriedenheit mit Angebot Schulen u. Kinderbetreuung	Befragung 2002	2,5	2,5	2,3	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Zufriedenheit mit Freizeitmöglichkeiten (alle Altersgruppen)	Befragung 2002	3,3	3,8	3,3	Punkte auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden)
Wahrnehmung von Hilfeangeboten im Stadtteil	Befragung 2002	12%	5%	20%	Anteil HH, die Defizite im Angebot sehen

1) Hellgraues Kästchen: Wert zwischen 0 und 2,5; Mittelgraues Kästchen: Wert zwischen 2,6 und 3,0; Dunkelgraues Kästchen: Wert höher als 3,0; Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 55 Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Konsequenzen der Lebenslage

Dimensionen der Lebenslagen		Stammheim	Bilderstöckchen	Porz/Finkenberg	Anmerkungen
Konsequenzen aus Lebenslagen					
Image des Stadtteils	Befragung 2002	43%	23%	13%	Anteil d. HH, die ohne Bedenken d. Stadtteil weiterempfehlen
Verbundenheit mit Stadtteil	Befragung 2002	66%	76%	47%	Anteil HH, die ungern Wohngebiet verlassen wollen

Quelle: eigene Darstellung

Monitoringsystem als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen

Aus dem erweiterten Monitoringsystem, das sowohl quantitative wie auch qualitative Indikatoren umfasst, lassen sich beispielhaft folgende Aussagen zur Art und Grad der Benachteiligung der Stadtteile herausfiltern:

10.4.2.1 Stammheim

- Grad der Benachteiligung:

Der Grad der Benachteiligung wird anhand der ausgewählten quantitativen Indikatoren gemessen. Demnach gehört Stammheim zu der Kategorie der Stadtteile mit „3 bis 4 dunkelgrauen oder mittelgrauen Kästchen“. Für diese Stadtteile, die bereits bei der Hälfte der Indikatoren überdurchschnittliche Werte aufweisen, kann eine spürbare, aber noch keine sehr hohe Benachteiligung in den gemessenen Indikatoren festgestellt werden.

- Art der Benachteiligung:

Ökonomische Dimension

- » überdurchschnittlicher, aber kein sehr hoher Anteil ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen

Soziale Dimension

- » sehr hoher Anteil an Aussiedlern; Defizite: geringes Sicherheitsempfinden, Überschätzung des Migrantenanteils, Separierung zwischen Deutschen und Migranten

Dimension Wohnen

- » wenig Defizite im Zustand von Gebäuden und Umfeld

Räumliche Dimension

- » wenig herausragende Defizite; Infrastruktur und Umweltbedingungen wirken daher nur in bestimmten Merkmalen benachteiligend

- Potenziale des Stadtteils:

Soziale Dimension

- » gut entwickelte Nachbarschaftsbeziehungen

Kulturelle Dimension

- » Potenziale im Engagement und hohe Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Konsequenzen

- » hohe Verbundenheit mit dem Stadtteil

10.4.2.2 Bilderstöckchen

- Grad der Benachteiligung:

Bilderstöckchen gehört ebenfalls zu der Kategorie der Stadtteile mit „3 bis 4 dunkelgrauen oder mittelgrauen Kästchen“. Für diese Stadtteile, die bereits bei der Hälfte der Indikatoren überdurchschnittliche Werte aufweisen, kann eine spürbare, aber noch keine sehr hohe Benachteiligung in den gemessenen Indikatoren festgestellt werden.

- Art der Benachteiligung:

Ökonomische Dimension

- » überdurchschnittlicher Anteil ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen, der im Hinblick auf den Sozialhilfeanteil bei Kinder und Jugendlichen die kritische Grenze überschritten hat

Soziale Dimension

- » sehr hoher Ausländeranteil; zahlreiche Defizite: unterdurchschnittlich gute Nachbarschaftsbeziehungen, geringes Sicherheitsempfinden, Unzufriedenheit mit nachbarschaftlichem Umfeld, Überschätzung des Migrantenanteils, Separierung zwischen Deutschen und Migranten

Kulturelle Dimension

- » Defizite: geringes Engagementpotenzial, geringe Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Dimension Wohnen

- » einige herausragende Defizite im Zustand von Gebäuden und Umfeld; erhöhter Anteil an Räumungsklagen

Räumliche Dimension

- » einige herausragende Defizite; Infrastruktur und Umweltbedingungen wirken daher in bestimmten Merkmalen benachteiligend

Konsequenzen

- » Defizit: schlechtes Image

- Potenziale des Stadtteils:

Konsequenzen

- » vergleichsweise hohe Verbundenheit

Monitoringsystem als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen

10.4.2.3 Porz/ Finkenberg

- Grad der Benachteiligung:

Porz/Finkenberg gehört zu der Kategorie der Stadtteile mit „4 und mehr dunkelgrauen Kästchen“. Für diese Stadtteile, die bei mehr als der Hälfte der Indikatoren 25% über dem städtischen Durchschnitt liegen, kann eine vergleichsweise hohe Benachteiligung in den gemessenen Indikatoren ausgewiesen werden.

- Art der Benachteiligung:

Ökonomische Dimension

» stark überdurchschnittliche Anteile ökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen

Soziale Dimension

» stark überdurchschnittlicher Anteil an Aussiedlern und Ausländern; Defizite: geringes Sicherheitsempfinden, Unzufriedenheit mit nachbarschaftlichem Umfeld

Dimension Wohnen

» einige herausragende Defizite im Zustand von Gebäuden und Umfeld

Räumliche Dimension

» einige herausragende Defizite; Infrastruktur und Umweltbedingungen wirken daher in bestimmten Merkmalen benachteiligend

Konsequenzen

» Defizite: schlechtes Image, geringe Verbundenheit

- Potenziale des Stadtteils:

Soziale Dimension

» gut entwickelte Nachbarschaftsbeziehungen, geringe Separierung zwischen Deutschen und Migranten

Kulturelle Dimension

» hohe Potenziale im Engagement, durchschnittliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Der Stadtteil Porz/Finkenberg gehört demnach bereits zu den benachteiligten Stadtteilen. Die Stadtteile Stammheim, aber insbesondere auch Bilderstöckchen, laufen Gefahr, sich ebenfalls zu benachteiligten Stadtteilen zu entwickeln. Hier

kann eine Frühwarnung ausgesprochen werden, d.h. hier besteht Handlungsbedarf in der Stadtteilprävention. Die konkreten Handlungsfelder der Stadtteilprävention können aus den Ergebnissen des erweiterten Monitoringsystems abgeleitet werden.

10.5 Fazit und Empfehlungen

Zunächst muss vorausgeschickt werden, dass sich das Monitoringsystem ausschließlich zur Früherkennung von Entwicklungen in städtischen Teilräumen eignet, die zu benachteiligten Quartieren führen können. Zudem lassen sich die städtischen Teilräume – im Falle Köln sind es die 85 Stadtteile – hinsichtlich ihres Grades der Benachteiligung charakterisieren. Es dient jedoch nicht zur Evaluation von Stadtteilentwicklungsmaßnahmen, da die gewählten Indikatoren keine eindeutig messbaren Zusammenhänge zu solchen Maßnahmen aufweisen.

Das Monitoringsystem für Köln – basierend auf den quantitativen Indikatoren – ist ein System, das sehr einfach zu handhaben und flexibel im Hinblick auf die Zufügung weiterer Indikatoren ist, sich also an die jeweiligen Möglichkeiten der Kommunalstatistik anpassen kann. Es erfüllt zudem folgende Anforderungen an die Datenbeschaffung und Datenqualität:

- Es ist periodisch, d.h. es ermöglicht eine laufende Raubeobachtung und damit auch zeitdynamische Vergleiche und Trendaussagen, inwiefern sich Tendenzen der Benachteiligung von städtischen Teilräumen verstärken oder abschwächen.
- Es ist systematisch, d.h. es ist flächendeckend und die Auswahl der Indikatoren leitet sich aus den Dimensionen der Lebenslage in benachteiligten Quartieren ab.
- Die gewählten Indikatoren sind gemessen an der Zielsetzung des Monitoringsystems – Früherkennung von Tendenzen der Benachteiligung in den ausgewählten Themenfeldern - aktuell und laufend beziehbar.

Monitoringsystem als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen

- Die ausgewählten Indikatoren sind homogen, da stets dieselbe Definition zu Grunde gelegt wird.
- Die städtischen Teilräume sind untereinander vergleichbar, da sie als Bezugsbasis bzw. Referenzraum den gesamtstädtischen Durchschnitt haben.
- Die Indikatoren sind interpretierbar, da sie eindeutig auf eine vorhandene oder nicht vorhandene Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den städtischen Teilräumen hinweisen.
- Durch das Monitoringsystem ist ein relativ geringer finanzieller, personeller und zeitlicher Aufwand zur Datenerhebung und Datenauswertung erforderlich, da eine begrenzte Menge an Indikatoren, die zudem in der Kommunalstatistik laufend verfügbar sind, verwendet wird.
- Es gewährleistet eine leichte Datenverfügbarkeit, da sich die Daten aus dem Verwaltungsvollzug speisen.
- Den datenschutzrechtlichen Bestimmungen wird ausreichend genüge geleistet.

Folgende Anforderungen an ein Monitoringsystem werden jedoch nur mit Einschränkungen erfüllt:

- Es ist kleinräumig nicht sehr differenziert, d.h. Segregationsprozesse und Benachteiligung, die sich auf eng umrissene städtische Teilräume, z.B. einzelne Siedlungen, beschränken, können nicht erkannt werden. Denn das Monitoringsystem orientiert sich an der kommunalen Verwaltungsgliederung, da es durch Verwaltungsvollzugsdaten gespeist wird. Benachteiligungen in Siedlungen werden erst dann erkannt, wenn sie auf den gesamten Stadtteil ausstrahlen.
- Nur die ökonomische Dimension der Lebenslage in benachteiligten Quartieren kann durch die vier gewählten Indikatoren – Arbeitslosen- und Sozialhilfequote, Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen – hinreichend differenziert bewertet werden. Auch in der sozialen Dimension der Lebenslage können durch die Indikatoren Ausländer- und Aussiedleranteil Hinweise auf Benachteiligung beurteilt werden. Für die übrigen Lebenslagen können jedoch keine Aussagen getroffen werden. Das Monitoringsystem ist daher sachlich nicht sehr differenziert und kann auch keine Hinweise für die Politik liefern. Es liefert jedoch erste, prägnante Hinweise auf benachteiligte Gebiete, die aber sachlich und räumlich differenziert und ergänzt werden müssen, um ein genaueres Bild zu erhalten.

Bei dem erweiterten Monitoringsystem, das sowohl quantitative als auch qualitative Indikatoren umfasst, können auch die beiden eben genannten Anforderungen uneingeschränkt erfüllt werden:

- Die qualitativen Indikatoren können auch kleinräumig erhoben werden, z.B. durch eine Bewohner- oder eine Befragung von Stadtteilakteuren, so dass innerhalb der Stadtteile Sozialräume abgegrenzt und hierfür differenzierte Aussagen über die Formen der Benachteiligung abgeleitet werden können.
- Es ist nicht nur räumlich, sondern auch sachlich sehr differenziert, denn es ermöglicht eine Beurteilung aller relevanten Lebenslagen in benachteiligten Quartieren anhand jeweils mehrerer Indikatoren.
- Es ist ausgesprochen nützlich für die relevanten Akteure in Politik, Verwaltung sowie öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege, denn es ermöglicht durch seine sachliche und räumliche Differenziertheit die Ableitung von Handlungsbedarfen in der Stadtteilprävention.

Allerdings erfüllt das erweiterte Monitoringsystem nicht mehr die Anforderungen an einen geringen finanziellen, personellen und zeitlichen Aufwand zur Datenerhebung und Datenauswertung, da durch die Erhebung der qualitativen Daten entsprechende Ressourcen gebunden werden. Daher die Empfehlung, beide Monitoringsysteme zeitlich aufeinanderfolgend einzusetzen: Zunächst

Monitoringsystem als Frühwarnsystem für soziale Entmischungstendenzen

im Sinne einer laufenden Beobachtung und Einschätzung der städtischen Teilräume das ausschließlich quantitative Monitoringsystem, um eine erste Charakterisierung und Grobeinschätzung der Stadtteile im Hinblick auf den Grad der Benachteiligung und der Segregationsprozesse zu erhalten. Dann sind auf der Basis in einem zweiten Schritt eine detaillierte Analyse in ausgewählten, „auffälligen“ Stadtteilen durch das erweiterte Monitoringsystem vorzunehmen und geeignete Erhebungsmethoden auszuwählen, um abschließend den Handlungsbedarf in der Stadtteilprävention zu beurteilen und zu beschreiben.

Abbildungsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Die Untersuchungsbausteine im Überblick..... 21	Abbildung 20	Altersstruktur und Ausländeranteil in Porz und Finkenberg im Jahr 200259
Abbildung 2	Dimensionen der Lebenslagen in benachteiligten Stadtteilen und Quartieren..... 29	Abbildung 21	Ausländeranteil in den Teilräumen des Gebietes der Voruntersuchung 1999.....59
Abbildung 3	Stadtviertel Bilderstöckchen..... 37	Abbildung 22	Sozialhilfequote im Vergleich60
Abbildung 4	Altersstruktur und Ausländeranteil in Bilderstöckchen im Jahr 2001..... 38	Abbildung 23	Ursachen des Sozialhilfebezugs60
Abbildung 5	Ursachen des Sozialhilfebezugs im Jahr 2002..... 38	Abbildung 24	Sozialhilfedichte in den Teilräumen des Gebietes der Voruntersuchung 1999.....61
Abbildung 6	Bezugsdauer in der Sozialhilfe im Jahr 2002..... 39	Abbildung 25	Bezugsdauer in der Sozialhilfe in Finkenberg61
Abbildung 7	Arbeitslosigkeit im Jahr 2002 Bilderstöckchen nach Alter 39	Abbildung 26	Engagement in Finkenberg66
Abbildung 8	Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in Bilderstöckchen und Köln im Vergleich 39	Abbildung 27	Ziele und Handlungsebenen der Projektarbeit im Modellprojekt Bilderstöckchen.....78
Abbildung 9	Engagement in Bilderstöckchen ... 44	Abbildung 28	Ziele und Handlungsebenen der Projektarbeit im Modellprojekt Stammheim.....82
Abbildung 10	Stadtviertel in Stammheim..... 46	Abbildung 29	Aktivitäten des Nachbarschaftsprojektes nach Zielbereichen.....86
Abbildung 11	Altersstruktur und Ausländeranteil in Stammheim 47	Abbildung 30	Aktivitäten des Modellprojektes in Stammheim nach Zielbereichen89
Abbildung 12	Arbeitslosigkeit im Jahr 2002 in Stammheim und Köln..... 48	Abbildung 31	Wirkungsebenen der Projektarbeit – Projekt Stammheim92
Abbildung 13	Sozialhilfequote im Jahr 2002..... 48	Abbildung 32	Kooperationspartner des Modellprojektes Stammheim93
Abbildung 14	Bezugsdauer in der Sozialhilfe im Jahr 2002..... 49	Abbildung 33	Steckbrief des Arbeitskreis Soziales95
Abbildung 15	Ursachen des Sozialhilfebezugs im Jahr 2002..... 50	Abbildung 34	Wirkungsebenen der Projektarbeit – Projekt Bilderstöckchen100
Abbildung 16	Engagement in Stammheim 54	Abbildung 35	Kooperationspartner des Modellprojekte Bilderstöckchen..101
Abbildung 17	Die Grenzen des Stadtviertels Finkenberg 57	Abbildung 36	Steckbrief der Bilderstöckchenkonferenz103
Abbildung 18	Das Gebiet der Voruntersuchung. 57		
Abbildung 19	Die Grenzen des Sanierungsgebietes Finkenberg 58		

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 37	<i>Beispielhafte Kostenstruktur eines Projektes der freien Wohlfahrtspflege</i> 122	Abbildung 47	<i>Fortsetzung - Aufgabenteilung zwischen Zentraler Fachstelle und Freier Wohlfahrtspflege</i> 174
Abbildung 38	<i>Aufgewendete Arbeitszeit in den verschiedenen Handlungsebenen der Projekte</i> 114	Abbildung 47	<i>Fortsetzung - Aufgabenteilung zwischen Zentraler Fachstelle und Freier Wohlfahrtspflege</i> 175
Abbildung 39	<i>Aufgewendete Arbeitszeit der Projekte in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen</i> 115	Abbildung 48	<i>Arbeitslosenquote in Kölner Stadtteilen am 31.12.2002 (eigene Darstellung)</i> 216
Abbildung 40	<i>Zielsetzungen von Stadtteilprävention</i> 116	Abbildung 49	<i>Monitoringsystem Köln</i> 217
Abbildung 41	<i>Von den Modellprojekten bearbeitete Handlungsfelder der Stadtteilprävention</i> 116	Abbildung 50	<i>Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Dimension Ökonomie</i> 223
Abbildung 42	<i>Steckbrief der AG Finkenberg</i> 128	Abbildung 51	<i>Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Dimension Soziales</i> 224
Abbildung 43	<i>Steckbrief des Sanierungsbeirates Finkenberg</i> 129	Abbildung 52	<i>Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Dimension Kulturelles</i> . 225
Abbildung 44	<i>Akteure im Sanierungsprozess Finkenberg</i> 130	Abbildung 53	<i>Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Dimension Wohnen</i> 226
Abbildung 45	<i>Strukturmerkmale von Kommune und Freier Wohlfahrtspflege</i> 142	Abbildung 54	<i>Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, räumliche Dimension</i> . 227
Abbildung 46	<i>Charakteristika und Kompetenzen von Kommune und Freier Wohlfahrtspflege im Hinblick auf Stadtteilprävention</i> 144	Abbildung 55	<i>Erweitertes Monitoringsystem am Beispiel ausgewählter Kölner Stadtteile, Konsequenzen der Lebenslage</i> 228
Abbildung 47	<i>Aufgabenteilung zwischen Zentraler Fachstelle und Freier Wohlfahrtspflege</i> 173		

Literatur

Alisch, Monika; Dangschat, Jens (1993): Die solidarische Stadt; Darmstadt.

Alisch, Monika; Dangschat, Jens S. (1998): Armut und Soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen.

Amt für Kinder, Jugend und Familie (o.J.) – Jugendhilfeplanung: Sozialraumanalyse in Köln. o.O.

Austermann, Klaus (2001): Projektevaluation – Die Analyse integrierter Stadtteilerneuerungsprojekte. In: Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsforschung des Landes NRW (Hrsg.): Materialien zum Workshop. Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund.

Austermann, Klaus; Zimmer-Hegmann, Ralf (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Evaluationsbericht zum nordrhein-westfälischen Landesprogramm. ILS Schrift 166. Dortmund.

Bartelheimer, Peter (2001): Sozialberichterstattung für die „Soziale Stadt“. Methodische Probleme und politische Möglichkeiten. Studienreihe des Instituts für Sozialforschung. Frankfurt am Main.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Frankfurt am Main.

Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.) (1994): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main.

Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bürger-schaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestagsdrucksache 14/2351. Berlin.

Blasius Jörg; Dangschat, Jens (1994): Lebensstile in den Städten. Opladen.

Blasius, Jörg (1996): Neue Lebensstile und Wohnformen. Der Wandel von innenstadtnahen Wohngebieten infolge der Wiederaufwertung. In: Schäfers, Bernhard; Wewer, G. (Hrsg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Gegenwartskunde. Sonderheft 9, S. 183-200.

Blasius, Jörg; Dangschat, Jens S. (Hg.) (1990): Gentrification – Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnviertel. Frankfurt am Main, New York.

Buchheimer Projekt für Kinder, Jugendliche und Familien (2001): Erster Erfahrungsbericht des Modellprojektes „Sozialraumorientierte Vernetzung von Jugendhilfe“. Kooperationsprojekt des Amtes für Kinder, Jugend und Familie Köln, Amt für Diakonie, Buchheimer Selbsthilfe e.V. und Neukirchener Erziehungsverein. Köln.

Buitkamp, Martin (2001): Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslage und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt. agis texte Band 23. Hannover.

Bundesministerium des Innern (2002) (Hrsg.): Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Wegweiser Bürgergesellschaft. Berlin.

Burgess, Ernest W. (1925): The Growth of the City. In: Park, Robert E. et al. (Hrsg.): The City. Chicago, S. 47-62.

Literatur

- Busch-Geertsema, Volker (2001)*: Stadtteilbezogene Prävention. Endbericht der Begleitforschung zum Förderbaustein „Erprobung stadtteilbezogener Prävention“ des Landesmodellprogramms „Wohnungslosigkeit vermeiden – dauerhaftes Wohnen sichern“. Bremen.
- Dangschat, Jens (1998)*: Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen, S. 209-221.
- Deutsche Gesellschaft für Evaluation (2002)*: Standards für Evaluation der Deutschen Gesellschaft für Evaluation. In: www.degeval.de; zugegriffen am 22.07.2002.
- Deutscher Städtetag (1987) (Hrsg.)*: Sicherung der Wohnungsversorgung in Wohnungsnotfällen und Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten – Empfehlungen und Hinweise. DST-Beiträge zur Sozialpolitik, Heft 10, Köln.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2000) (Hrsg.)*: Programmgrundlagen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 3. Berlin.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2003) (Hrsg.)*: Good Practice in Altbau- und gemischten Quartieren. Berlin.
- Eichener, Volker; Fischer, Veronika u.a. (2002)*: Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements in einer Großstadt. Wissenschaftliche Evaluation der Altenarbeit der Düsseldorfer Netzwerkarbeit. Erstellt am Fachbereich Sozialarbeit der Fachhochschule Düsseldorf im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW. Düsseldorf.
- Engels, Friedrich (1957)*: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Marx-Engels-Werke, Bd. 2, Berlin.
- Expertenkreis Evaluation (2002)*: Kontextindikatoren zur Stadtteilanalyse, Stand 06/2002, erhalten von Klaus Austermann, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Farwick, Andreas (2001)*: Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern. Opladen.
- Fischer, Veronika (2003)*: Der Stellenwert der Erwachsenenbildung im Rahmen der Netzwerkarbeit. In: Fischer, Veronika; Eichener, Volker; Nell, Karin (Hg.): Netzwerke – ein neuer Typ bürgerschaftlichen Engagements. Zur Theorie und Praxis der sozialen Netzwerkarbeit mit Älteren. Schwalbach/Ts., S. 171-186.
- Freiwald, Jens; Müller, Brigitte (2001)*: Stadtteil- und Lebensweltanalyse Köln-Stammheim im Auftrag des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln e.V. Köln, unveröff. Manuskript. Köln.
- Freyberg, Thomas von; Schneider, Johann (1999)*: Sozialraumanalyse als Lernprozeß. Beiträge zur qualitativen Segregationsanalyse. Frankfurt am Main.
- Gabler Wirtschaftslexikon (1998)*. 12. vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden.
- Harris, C.D.; Ullmann, E.L. (1945)*: The Nature of Cities. The Annales 242, S. 7-17.
- Hatzfeld, Ulrich (1997)*: Stadtentwicklung und Lokale Ökonomie. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. ILS Schrift 130. Dortmund, S. 31-34.

Literatur

- Häußermann, Hartmut (2002):* Die Krise der sozialen Stadt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B10-11, S. 13-21. Online im Internet: www.das-parlament.de; zugegriffen am 23.04.2002.
- Häußermann, Hartmut (Hg.) (2000):* Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1991):* Bausteine zu einem Szenario der Entwicklung von Berlin. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Hrsg.): Metropole Berlin: Mehr als Markt! Berlin.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987):* Neue Urbanität. Frankfurt am Main
- Heinze, Rolf G. (1998):* Die blockierte Gesellschaft. Opladen/Wiesbaden.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (1997a):* Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (1997b):* Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, Wilhelm /Dollase, Rainer/Backes, Otto (1998):* Die Krise der Städte. Frankfurt am Main.
- Hermann, Thomas (1997):* Sozialer Wandel im Stadtteil. Vom Zusammenbruch traditioneller Sozialmilieus und der Bedeutung sozialer Netze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. ILS Schrift 117. Dortmund, S. 10-21.
- Hinte, Wolfgang (1992):* Von der Stadtteilarbeit zum Stadtteilmanagement. Sozialraumorientierung als methodisches Prinzip sozialer Arbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, Heft 5, S. 119-122.
- Hoyt, Homer (1939):* The Structure and Growth of Residential Neighborhoods in American Cities. Washington.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (1997) (Hrsg.):* Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf: ILS Schrift 117. Dortmund.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2000) (Hrsg.):* Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. ILS Schrift 167. Dortmund.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2001a) (Hrsg.):* Sozialraumorientierte Monitoringprozesse auf kommunaler Ebene. Protokoll AG 1. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Reader zum Workshop „Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dortmund.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2001c) (Hrsg.):* Projektevaluation – Die Analyse integrierter Stadtteilerneuerungsprojekte. Protokoll AG 2. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Reader zum Workshop „Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dortmund.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2002) (Hrsg.):* Integrierte Stadtteilentwicklung auf dem Weg der

Literatur

- Verstetigung. Gelsenkirchen-Bismarck/ Schalke-Nord. ILS-Schrift Nr. 186, Dortmund.
- Isoplan (Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH) (2000):* Schwerpunkt: Migranten in der Sozialen Stadt. In: AiD (Ausländer in Deutschland). 16. Jahrgang. (o.O.). Online im Internet: www.isoplan.de, zugegriffen am 23.05.2002.
- Kersting, Volker:* Armut – Definition, Messung und Erfassungsprobleme. In: *MASQT (Hrsg.): Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung in NRW. Ergebnisse und Konsequenzen. Fachtagung am 02.11.2000. Düsseldorf, 2001.*
- Klein, Thomas (2001a):* Definition und Bildung von Sozialräumen am Beispiel des Jugendamtes der Stadt Düsseldorf. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Reader zum Workshop „Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dortmund.
- Klein, Thomas (2001b):* Sozialraumorientierte Monitoringprozesse auf kommunaler Ebene. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Materialien zum Workshop. Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Dortmund.
- Kloth, Melanie (2003):* Quartiermanagement zur Entwicklung von Neubauquartieren in benachteiligten Stadtteilen. Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): InWIS-Berichte, Heft Nr. 30, Bochum.
- Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder (Argebau) (2000):* Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, Zweite Fassung vom 01.03.2000. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Programmgrundlagen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 3. Berlin.
- Krätke, Stefan (1991):* Strukturwandel der Städte. Frankfurt am Main.
- Kreft, Dieter; Mielenz, Ingrid (1996):* Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 4.Auflage. Weinheim.
- Lawaetz-Stiftung (2001) (Hrsg.):* Lokale Partnerschaften und Quartiersmanagement zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung. Abschlussbericht. Hamburg.
- Lichtenberger, Elisabeth (1986):* Stadtgeographie. Stuttgart.
- MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen) (1996):* Freiwilliges soziales Engagement in NRW: Potenziale und Förderungsmöglichkeiten. Zukunft des Sozialstaates Band IV. Düsseldorf.
- Maier, Konrad; Sommerfeld, Peter (1998):* Alltagskultur und Nachbarschaft als Aufgabe Sozialer Arbeit. Projektbericht/Zwischenbericht im Rahmen des Bundesprogramms zur „Förderung anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen“. Teil A: Zusammenfassender Gesamtbericht. Freiburg (unveröffentlicht).
- MASQT (Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie NRW) (o.J.) (Hrsg.):* Sozialbericht '98. für das Land Nordrhein-Westfalen. o.O.
- MASQT (Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie NRW) (1999) (Hrsg.):* Zentrale Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Sicherung dauerhafter Wohn-

Literatur

- verhältnisse. Ein Praxisleitfaden für Kommunen. Düsseldorf.
- Mertens, Rosita (2001):* Taking good measure: Monitoring Urban Renewal Programms. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Reader zum Workshop „Monitoring und Controlling in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dortmund.
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen; Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in NRW/ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (1999) (Hrsg.):* Zentrale Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit und Sicherung dauerhafter Wohnverhältnisse. Ein Praxisleitfaden für Kommunen. Köln.
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen; Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in NRW/ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (2000) (Hrsg.):* Zentrale Fachstellen: Prävention, Wohnraumsicherung und Quartiersmanagement. „Sozialpolitische Perspektiven der wohnungspolitischen Steuerung und des Quartiersmanagements“ Workshop vom 18. Februar 2000 in Köln.
- N.U.R.E.C. – Institute Duisburg e.V. (1999):* Sozio-ökonomischer Strukturwandel und Lebensbedingungen in Duisburg Marxloh. Stadtteilentwicklung und Umsetzung des operationellen Programms URBAN. Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse Projektergebnisse 1996 bis 1999. Duisburg.
- Oelschlägel, Dieter (1999):* Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit. In: Präventivkreis und Stadtteilbüro Hamm-Norden / Stadt Hamm (Hrsg.): Möglichkeiten und Grenzen der Stadtteilarbeit am Beispiel Hamm-Norden. Dokumentation einer Klausurtagung. Hamm, S. 6-18.
- Präventivkreis und Stadtteilbüro Hamm-Norden; Stadt Hamm (1999):* Möglichkeiten und Grenzen der Stadtteilarbeit am Beispiel Hamm-Norden. Dokumentation einer Klausurtagung. Hamm, 1999.
- Präventivkreis und Stadtteilbüro Hamm-Norden; Stadt Hamm (2003):* Hamm-Norden. Ein Stadtteil blüht auf. Das „sozial- und bewohner(innen)orientierte Stadtteilentwicklungsprojekt“ 1992-2002. Kurzdarstellung. Hamm.
- Rosenblatt, Bernhard von (2000):* Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart
- Schellhorn, Walter; Jirasek, Hans; Seipp, Paul (1997):* Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Ein Kommentar für Ausbildung, Praxis und Wissenschaft. 15. Auflage. In: <http://www.5-q.de/paso/instrumente/ErlaeunterungGrunddaten.pdf>, Zugriff am 23.05.2003.
- Schulze, Gerhard (1992):* Die Erlebnis-Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Selle, Klaus (1991):* Mit den Bewohnern die Stadt erneuern. Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Beobachtungen aus sechs Ländern. Dortmund.

Literatur

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2001)* (Hrsg.): Stadtmonitoring. Soziale Stadtentwicklung 2000. Berlin.
- Sozialdienst katholischer Männer e.V. Köln (o.J.)* (Hrsg.): Zwischenbericht zum Projekt gegen soziale Entmischungstendenzen im Stadtteil Köln-Bilderstöckchen mit Standort in der OT „Luckys Haus“ des SKM e.V. Köln. Projekt Nachbarschaftshilfe OT „Luckys Haus“. Köln.
- Sozialdienst katholischer Männer e.V. Köln, Fachbereich „Soziale Brennpunkte“ (2002)* (Hrsg.): Zwischenbericht zum Projekt: Gegen soziale Entmischung im Stadtteil Köln-Bilderstöckchen. Köln.
- Stadt Köln (1995)* (Hrsg.): Wohnungssicherung und Wohnungsversorgung. Köln.
- Stadt Köln (1999)* (Hrsg.): Vorbereitende Untersuchung gemäß §§ 140 und 141 Baugesetzbuch (BauGB) Köln-Porz/Finkenbergr. Köln.
- Stadt Köln (2001)* (Hrsg.): Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Finkenbergr. Integriertes Handlungskonzept Stufe 1. Köln.
- Stadt Siegen, Fachbereich Soziales, Familie, Jugend und Wohnen, Abteilung Wohnen, Stadtteilbüro Heidenbergr (1999)* (Hrsg.): Zwischenbericht des Siegener Modellprojekts „Stadtteilbezogene Prävention“ im Stadtteil Heidenbergr. Siegen.
- Stadtparkasse Köln (2001)* (Hrsg.): Einschätzung der zukünftigen sozialen Entwicklung in der Stadt Köln. Ein Gutachten der Prognos AG. Köln.
- Staubach, Reiner (1997)*: Bürger/innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hrsg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst - Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund (ILS-Schriften 117), S. 22-27.
- Strohmeier, Klaus Peter (1993)*: Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 17, S. 11-22.
- Strohmeier, Klaus Peter (1996)*: Die Polarisierung der Lebensformen in den Städten und Gemeinden – demographische Strukturbrüche, soziale Hintergründe und sozialpolitische Probleme. In: Schäfers, Bernhard; Wewer, G. (Hrsg.): Die Stadt in Deutschland. Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt. Gegenwartskunde. Sonderheft 9, S. 63 - 84.
- Strohmeier, Klaus Peter; Hank, Karste; Kersting, Volker; Langenhoff, Georg (1999)*: Armut in Nordrhein-Westfalen. Umfang und Struktur des Armutspotentials. Forschungsbericht für den 8. Sozialbericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW. Bochum.
- Weck, Sabine (1997)*: Entwicklungsträger und Entwicklungsformen lokaler Ökonomien – Erfahrungen aus Großbritannien. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. ILS Schrift 130. Dortmund.
- Wer? Was? Wo? Arbeit, Hilfe und Unterstützung, Beratung, Bildung, Freizeit und Kultur im Bezirk Nippes. Broschüre. Köln.

Literatur

Internet:

<http://www.koeln.de/muelheim/stammheim.htm>,
Zugriff am 14.02.2003.

http://www.micic.com/help_und_info/go-fruehwarnsystem.htm, Zugriff am 25.09.2003.

Mitglieder des Lenkungsgremiums des Projektes

Mitglieder des Lenkungsgremiums des Projektes

Guhrun Schmidt

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen

Michaela Hofmann

Andreas Sellner

Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V.

Josef Ludwig

Anna Genz

Ursula Haller

Stadt Köln, Amt für Soziales und Senioren

Prof. Dr. Ulrike Berendt

Regina Höbel

Melanie Kloth

InWIS Forschung & Beratung GmbH

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen und -werbern oder Wahlhelferinnen und -helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum

Herausgeber:
Ministerium für Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie
des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Internet: www.mgsff.nrw.de
e-mail: info@mail.mgsff.nrw.de
Fax: (0211) 855-3211

Landesarbeitsgemeinschaft der Öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen, Arbeitskreis Wohnungssicherung und soziale Brennpunkte
c/o Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V., Georgstr. 7, 50676 Köln

Titelgestaltung:
Holger Giffhorn Design, Wuppertal

Druck:
Toennes Druck+Medien GmbH, Erkrath

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Düsseldorf, August 2004



www.mgsff.nrw.de